DER SPIEGEL

von Behörden und Gesellschaft

Erklärung der persönlich erlebten Behördenwillkür
anhand der tatsächlichen Weltgeschichte.

Manifest

Stand: 14. August 2017

Mit Ergänzung vom 3. Juli 2018

Alex Brunner
Architekt HTL

Bahnhofstrasse 210
CH-8630 Wetzikon
Telefon +41 44 930 62 33
Fax +41 44 930 71 69

www.brunner-architekt.ch

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 2

Einleitung 6

1 Die persönlichen Erlebnisse der Behördenwillkür 7

1.1 Ausgangslage 7
1.1.1 Die Anfänge 7
1.1.2 Die Weiterungen 8

1.2 Aufsichtsbeschwerden 10
1.2.1 Aufsichtsbeschwerde gegen Gemeinderat 10
Überprüfung der Baubewilligungsverfahren der Jahre 1988 bis 1998 10
Die Berichte der Geschäftsprüfungskommission (GPK) 11
Die Aufhebung von Entscheiden 12
Die Befangenheit von Felix Bossart 12
1.2.2 Die amtlichen Publikationen 12

1.3 Die Strafanzeige und deren Folgen 14

1.4 Der Wahlkampf 16
1.4.1 Die öffentliche Auseinandersetzung ... 16
mit dem Gemeinderat – ohne Felix Bossart 17
mit Felix Bossart 18
1.4.2 Die Wahlbeschwerde 19

1.5 Die weiteren Massnahmen des Gemeinderates 20
1.5.1 Die weitere Entwicklung der Erschliessung 20
1.5.2 Die Anzeige 22

1.6 Die St. Galler Politik 23
1.6.1 Die St. Galler Regierung 23
1.6.2 Die Problematik der Berichte der Geschäftsprüfungskommission 24
1.6.3 Der St. Galler Grosse Rat 25
Die erste Eingabe an den Grossen Rat 25
Die neue Kantonsverfassung[55,] 25
Die zweite Eingabe an den Grossen Rat 26

1.7 Der über mich verhängte Konkurs 27
1.7.1 Kündigung der Darlehen 27
1.7.2 Die Umsetzung des Konkurses, 29
1.7.3 Zum Nachdenken 30

1.8 Die Züricher Politik 31
1.8.1 Der Zürcher Regierungsrat 31
1.8.2 Das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen 31
Der Einfluss der Politik in die Strafverfolgung 32
1.8.3 Der Zürcher Kantonsrat[74] 32
1.8.4 Die neue Zürcher Kantonsverfassung[74] 32

1.9 Die eidgenössische Politik 33
1.9.1 Der Bundesrat 33
1.9.2 Die Bundesversammlung 34
1.9.3 Strafverfolgung von Behördenmitgliedern und Beamten 35
1.9.4 Die Einstellung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Justiz' 35
Die parlamentarischen Protokolle 35
Die Veränderung der Rechtsprechung in den Gerichten 36
Die Einsicht in die Akten beim Bundesgericht 38

1.9.5 Die politische Bedeutung der Aufhebung 38
1.9.6 Die gestellten Forderungen an die Bundesversammlung[91] 39

2 Geschichte wie sie nie im Zusammenhang aufgezeigt wird 40

2.1 Einführung und Übersicht bis zur Neuzeit 40
2.1.1 Erste Geschichtskenntnisse 40
2.1.2 Antike 43
2.1.3 Zeit zwischen Antike bis zur Französischen Revolution 45
Allgemeines 47
Entstehung und Funktion der Universitäten 48
Die Zeit bis zur Gründung der Territorialstaaten 49
Die Weiterentwicklung der Territorialstaaten 51
Das Recht 52
Ökonomie' 52
2.1.4 Veränderung der Religion 54
Die Reformation und ihre Folgen 55
Great Awakening – die Erweckungsbewegungen 57
Erweckungsbewegungen 57
Unitarismus 58
Transzendentalismus 60
Der moderne Spiritualismus 61
Die Vatikanischen Konzile 62
Änderungen in der Union der Staaten Amerikas 64

2.2 Das abhängige, aber alles dominierende England 65
2.2.1 Die Erstarkung Englands 65
2.2.2 Das Abhängig machen der USA 72
Einleitung 72
Unabhängigkeitskrieg von 1775-1783 und Gründung der Union 74
Die Union der Staaten Amerikas bis 1811 77
Der Britisch-Amerikanische Krieg von 1812 bis 1814/15 84
Die Union der Staaten Amerikas von 1815 bis 1860 85
Sezessionskrieg von 1861 bis 1865 und deren Folgen 95
2.2.3 Amerika zwischen Sezessionskrieg und Erstem Weltkrieg 107
Annexion Hawaiis 107
Der Spanisch-Amerikanische Krieg 108
Die Kanonenbootpolitik 110
Big Stick 110
Gilded Age (Vergoldetes Zeitalter – 1877-1900) 112
Progressive Ära (1900-1917) 112
2.2.4 Verschiedene Doktrinen 113
2.2.5 Die Unterwerfung Chinas 113

2.3 Die babylonische Strategie[1] 116
2.3.1 Strategie der Religionen 116
Judentum 116
Christentum 118
Islam 119
Symbolik 123
Die Protokolle von Babylon 129
2.3.2 Babylonischer Kommunismus 132
Das Kommunistische Manifest 132
Die kommunistische Strategie 133
Die Frankfurter Schule 136
Ziele des Komitees der 300 138

Der Humanismus[1] 139
2.3.3 Der Faschismus weiter geht 140
Im Recht 140
Weltweite Ereignisse 143

2.4 Organisationen 143
2.4.1 Das babylonische Netzwerk 144
2.4.2 Universitäten 144
2.4.3 Vereine und dergleichen 145
2.4.4 Behörden 146
Die Polizeien 146
Die Staatsanwaltschaften 151
Armee 156
2.4.5 Medien 167
Die Funktion der Medien 167
Nachrichtenagenturen 170
Presse 174
Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft 176
Eidgenössische Medienkommission (EMEK) 180
Die Chefredaktorenkonferenz 181
Fake News 184
Internet 185

2.5 Materialismus 185
2.5.1 Gesundheit und Ernährung 186
Allgemeines 186
Unsere grösste Krankheit 187
Impfen 188
Drogen 190
2.5.2 Energie und Technik[1] 192
Die Energiekrise 193
Klimaveränderung 193
Energiestrategie 2050 des Bundes 195
Mobilfunk 196
2.5.3 Geld – 2. Teil 196
Nationalbank 196
Eidgenössische Finanzmarktaufsicht – FINMA 197
Wechselkurse und Quantitative Easing (QE) 198
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich - BIZ 199
Der Kampf um die Geld-Weltherrschaft 202

3 Erklärung der Behördenwillkür aufgrund der Geschichte 203

3.1 Die persönlich erlebte Behördenwillkür 203
3.1.1 Die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht 203
Die Nichtigkeitsbeschwerden 206
Das Inkasso der Verfahrenskosten 208
3.1.2 Die Berichte der GPK an die Bürgerversammlungen 209
3.1.3 Strafrecht 210
3.1.4 Die Entscheide der St. Galler Regierung 211
Die Vergabe der amtlichen Publikationen 211
Die Wahlbeschwerden 213
3.1.5 Die Entscheide des Gemeinderates Flawil 215
3.1.6 Konkurs 215
Die gerichtliche Auseinandersetzung 216
Erklärungen zur Umsetzung des Konkurses 217

3.1.7 Ergänzende Verfahren und Erlebnisse 222
Kantonsratspräsident Fritz Lüdi 222
Der Versuch, mich psychiatrisch zu behandeln 224
Das Fest für den neuen Kantonsratspräsidenten Fritz Lüdi 224
Bericht aus Bedrohungsmanagement 224
Die Überwachung durch die Sozialbehörde 225
Anwälte 225
3.1.8 Strafverfahren 226
Pfändungsbetrug 226
Die Drohung 227
Nicht genehme Äusserungen 229
3.1.9 Anfrage an die St. Galler Regierung 236

3.2 Erklärung von politischen Vorgängen 237
3.2.1 Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» 237
Ausgangslage 237
Nach der Abstimmung 239
Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative) 240
Kurzbesprechung 240
3.2.2 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) 240
Die Revision des ZGB 241
Die babylonische Medientaktik 245
Sozialindustrie 246
Vertreter der KESB und Meldungen über die KESB 249
Volksinitiative gegen die KESB 249
Es kommt noch viel auf uns zu 250

3.3 Erklärung von speziellen Fällen 256
3.3.1 Psychex 256
3.3.2 Das Zuger Attentat vom 27.09.2001 257
Der Haupttäter setzt sein Spiel im Innerrhoden fort 257
3.3.3 Kneubühl 260
3.3.4 Brunschwiler 261
3.3.5 Tod des Polizeikommandanten des Kantons Graubünden 263
3.3.6 Lehrer H in Basel 264

Schlussbemerkung 269
Geheime Organisationen 269
Herrschaft 270
Behörden 274
Wie kommt man da heraus? 278
Persönliche Versicherung 281

Einleitung

«Wer nicht den Mut hat, Grosses zu denken, wird nur Kleines erreichen.»
Alexander der Grosse (356-323 v.u.Z.), König von Makedonien

Die erste Behördenwillkür habe ich im Jahre 1989 anlässlich einer Baubewilligung in Flawil erfahren. Dieses Verfahren gipfelte 1992/1993 in einer vollendeten Nötigung. Beim nächsten Projekt widerfuhr mir die Behördenwillkür erneut, setzte sich latent fort, bis sie wieder voll ausbrach. Der Grund war ein Amtsmissbrauch der Baukommission und des Gemeinderates bei früheren Bauprojekten Dritter, die meine Liegenschaften beeinträchtigten. Der Gemeinderat liess nicht mit sich reden, weshalb der Streit eskalierte. Dieser brach im Jahre 2000 offen aus, zuerst mit einer Aufsichtsbeschwerde und später mit dem Gemeinderatswahlkampf.

Bedingt durch den Umstand, dass alle meine Begehren mit konstanter Praxis und bösem Willen niedergeschmettert wurden, habe ich darin immer Mängel in der Staatsführung bzw. in der Ausübung der Herrschaft über die Staatsverwaltung erkannt. Diese Mängel stellen die Ursache für die institutionelle Behördenkriminalität dar. Ich sah mich gezwungen, diese unerträglichen Zusammenhänge zu thematisieren, weil mit baulichen Nebensachen diese Willkür nicht zu beenden und das Recht schon gar nicht zu erhalten war. Das alles haben die Zaungäste nicht bemerkt; ob aus Unfähigkeit, Faulheit oder weil sie der Meinung waren, dass Parlament, Regierung und Gerichte die Sache schon richtig machen, spielt keine Rolle. Im Gegensatz zu den Zaungästen wurde ich von den Behörden immer mehr als Gefahr erkannt, weil ich an ihrem Stuhlbein sägte. Das machte ich damals natürlich nicht bewusst. Ich wollte nicht die Regierung absetzen, denn es ging mir nur darum, die Mechanismen der Behördenwillkür aufzudecken und zu eliminieren.

Das war mein grosser Fehler, aber auch meine einzige Chance, gepaart mit Hartnäckigkeit und Durchhaltewillen. Dabei wurde ich richtig durchgeschüttelt, kriminalisiert und öffentlich geächtet. Doch weil ich wie ein Berserker vorwärts ging, prallte das meiste an mir ab. Auf diesem Weg habe ich aufgrund von offiziellen Amtsdokumenten sehr viele Verbrechen gegen die Bevölkerung aufgedeckt. Um dies alles verstehen, einordnen und verarbeiten zu können, musste ich zudem die tatsächliche Geschichte der Menschheit studieren, die uns in der Schule nicht erzählt wird.

Dieses Wissen, das ich mir in all den Jahren angeeignet habe, ermöglicht es mir, nachstehend meine Erfahrungen nicht nur zu erzählen, sondern sie im Rahmen der Weltgeschichte zu erklären. Das, was ich hier wiedergebe, hat enorme Sprengkraft, sofern die eingelullte Bevölkerung endlich aufwacht und dieses Wissen zur Waffe macht. Allerdings ist das Erklären der Geschichte nicht so einfach, denn bei jedem einzelnen und der gesamten Gesellschaft fehlt das nötige Wissen an allen Ecken und Enden; spätestens mit der zwangsweisen Einführung der Religionen wurden wir verblödet. Ich habe in den letzten zwölf Jahren mehr gelernt als in meinem ganzen Leben davor. Was in der Schule gelernt wird, ist zu 80 Prozent Müll - Tendenz steigend - und sind nur «babylonische» Konventionen.

Das nachstehende Manifest *«Der Spiegel»* umfasst daher nicht nur meine erlebte Behördenwillkür, sondern versucht die Weltgeschichte in grundsätzlicher, strategischer Hinsicht zu erklären, mit Schwergewicht der Geschichte Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika. Das erste Manifest *«Unser manipuliertes Rechtssystem»*[1] beschreibt das Rechtssystem der Oberaufsicht über Gemeinde und Staat zusammen mit dem Strafrecht und erklärt die Hintergründe der Religionen und Götter, der Ernährung und Gesundheit, der Psychologie und Soziologie, der Technik und der drei Weltkriege. Das Manifest *«Unser manipuliertes Rechtssystem»* ist ein integrierender Bestandteil des Manifestes *«Der Spiegel»*.

Das nachstehende Manifest *«Der Spiegel»* ist aufgrund der fehlenden Ressourcen sowohl inhaltlich als auch redaktionell nicht fertig. Diejenigen, welche sich daran stören, bitte ich, den Text wo nötig zu ergänzen und zu bereinigen.

---

[1] Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»
Vollversion: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel.pdf
Kurzfassung: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel_Kurzfassung.pdf

1 Die persönlichen Erlebnisse der Behördenwillkür

«Es ist gefährlich Recht zu haben, wenn der Staat Unrecht hat.»
Mathias Richling (1953-), deutscher Kabarettist

1.1 Ausgangslage

1.1.1 Die Anfänge

Nachdem ich zehn Jahre zuvor ausgezogen und seither nichts mehr in der Gemeinde Flawil zu tun hatte, realisierte ich 1989 für meinen Vater eine Wohnüberbauung an der Mühlebachstrasse. Angefangen hatte es mit Einsprachen gegen das Bauprojekt. An vorderster Front erhob der Quartierverein Botsberg Einsprache, obschon der Vorstand nichts davon wusste. Diese führte die Namen von Hanspeter Bauer[2] (CVP) und Walter Baumberger[3] (CVP). Bauer von Beruf Architekt, arbeitete beim Büro HAB[4]. Im Jahre 2004 wurde er (dafür?) vom Quartierverein zum Ehrenmitglied ernannt. Der Nachbar Walter Baumberger wurde (dafür?) zum Ehrenpräsident des Quartiervereins geehrt. Das muss ja ein ehrbarer Verein sein, der solche illustre Mitglieder ehrt. Sie beanstandeten, das Projekt gehe nicht auf die Massstäblichkeit des bestehenden Quartiers ein. Ja, sogar der nachfolgende Baupräsident Felix Bossart[5] (CVP) erhob Einspruch gegen das Projekt und behauptete, er sei mit uns in Verhandlung und wolle sich bei uns in die Tiefgarage einkaufen. Tatsächlich gab es nie eine Anfrage.

Hans Müller*	Gallus Steiner	Felix Bossart
Die Erklärung zu «*» erfolgt im Kapitel 2.4.1 Das babylonische Netzwerk.		

Damit war das Vorgehen für die Baukommission vorgespurt und die Behördenwillkür konnte beginnen. Die Behauptung des Quartiervereins bzw. vor allem des Einsprechers, dem Architekten Bauer, oder dessen Auftraggeber, wurde von der Baukommission übernommen. Uns wurde nun vorgeworfen, was dem Architekturbüro HAB Jahre zuvor bewilligt wurde: Ein nicht in den Ortskern passendes Jumbochalet. Allerdings unterstützte der Heimatschutz unser Projekt im Grundsatz und so hatte die Baukommission einen schweren Stand und wurde so zum Rückzug gezwungen.

> Fazit: Die Baukommission verlangte bauliche Massnahmen, was sie bei der Konkurrenz vor Jahren hätte anwenden müssen.

Diese Niederlage hat die *«Baukommission»* nicht vergessen, weshalb sich ein halbes Jahr nach der Abnahme der Bausekretär Angehrn meldete und mir mitteilte, es gäbe ein Problem mit den oberirdischen Parkplätzen, die an der Grundstücksecke parallel zu einer Zufahrt liegen. In einem Gespräch vor Ort erklärte er mir, dass der Nachbar Gallus Steiner[6] (CVP) reklamiert habe, die Ausfahrt aus seiner Zufahrt sei «schwierig», weil angeblich die Parkplätze 28 cm zu kurz waren. Angehrn (CVP) und ich waren beide der Meinung, dass die Situation in Ordnung sei.

---

2 Bauer Hanspeter, Architekt, Fohlenweg 4, 9230 Flawil, Telefon 071 393 28 83
3 Walter Baumberger, Schreiner, Mühlebachstrasse 21, 9230 Flawil, Telefon 071 393 27 09
4 Das Büro HAB ist aus dem Architekturbüro Kurt Hättenschwiler zuzüglich den beiden Mitarbeitern Bobby Allenspach und Otto Bommeli entstanden, wobei ersterer dominierend war.
Kurt Hättenschwiler, Mittlerer Botsberg, 9230 Flawil, Telefon 071 393 22 30
5 Felix Bossart, Eidg. dipl. Elektro-Installateur, Rosenberg 4, 9230 Flawil, Telefon 071 393 24 88
6 Gallus Steiner, Mittlerer Botsberg 56, 9230 Flawil, Telefon 071 393 48 45

Keine zwei Monate später, am 07.12.1992, stand ich mit dem damaligen Baupräsidenten Hans Müller[7] (CVP - Amtsperiode bis 1992), dem ehemaligen Geschäftsführer des St. Galler Bauernverbandes und Möchtegern Regierungsrat, vor Ort. Er war der Meinung, dass der Parkplatz gesamthaft um 78 cm zu verschieben sei. Nun wurden wir nicht mehr einig und der Schriftenwechsel nahm seinen Lauf. Auch der damalige Gemeindeammann Bruno Isenring setzte sich persönlich für eine «saubere Lösung» ein. Die formelle Nötigung (SR 311.0, Art. 181) - es ist ein Verbrechen - wurde aber erst 1993 unter dem Baupräsidenten Felix Bossart (CVP - Amtsperiode 1993-1996) ausgesprochen und unter der gemeinderätlichen Androhung der Ersatzvornahme vollendet. Wie hier noch erklärt werden wird, war eine Verschiebung gar nicht nötig. Weiteres ist in der Aufsichtsbeschwerde an das Baudepartement[8] beschrieben.

Werner Abegg

Peter Hartmann

René Simon

Fazit: Die Baukommission hat mich mit dem Segen des Gemeinderates im Jahre 1993 vollendet genötigt. Ausgelöst hat das Baupräsident Hans Müller, und Felix Bossart hat es umgesetzt.

Die Baukommissionen bestanden damals 1989 bis 1992 aus den Mitgliedern Bruno Isenring, Gemeindammann, ehem. Grossratspräsident, Stephan Stadler[9] und Werner Abegg[10] (CVP) sowie 1993 bis 1996 aus Bruno Isenring, der im Dorf genannte Giftzwerg Peter Hartmann[11] und René Simon[12].

1.1.2 Die Weiterungen

Als 1996 ein Baugesuch für ein Einfamilienhaus im Areal Mittlerer Botsberg eingereicht wurde, hatte das Konsequenzen zur Planung einer Arealerschliessung. Die erste Reaktion der Baukommission war ablehnend. Sogar an der ersten Besprechung in der Baukommission äusserte sich der im Dorf genannt Giftzwerg, Peter Hartmann, äusserst kritisch gegenüber dem Bauprojekt und wollte eine umständliche Erschliessung erreichen. Felix Bossart (CVP) erkannte die Gunst der Stunde und witterte Aufträge für seine Firma, weshalb er die Seite wechselte.

Bei der Erschliessungsplanung kamen die Altlasten der Baukommission wieder zum Vorschein. So hatte das Baukonsortium Kerbelring 1991 eine Stützmauer in die Fahrbahn des Mittleren Botsbergweges gestellt und dazu gar keine Abstände für Stützmauer und Bepflanzung eingehalten. Dafür wurde keine Baubewilligung eingeholt und der Augenschein des Bauamtes führte nur zu einem Brief, dass sie etwas hoch sei, doch auf eine ultimative Aufforderung, wie sie dem Schreibenden zuteilwurde, um einen Quadratmeter Verbundstein in eine Kiesrabatte zu verlegen, wurde verzichtet, obschon Nachbarrecht verletzt wurde. Die Baukommission hatte daher nachweislich Kenntnis von der Rechtswidrigkeit dieser Stützmauer und trotzdem schritt sie nicht ein. Im Gegenteil, es wurden sogar Dokumente manipuliert! Damit hat sie nicht nur ungetreue Amtsführung, sondern auch Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung begangen, indem sie die Rechte der Nachbarn missachtete. Demzufolge musste zuerst geklärt werden, ob die Strasse oder die Stützmauer zu weichen habe, was angesichts der behördlichen Kriminalität nicht einfach war.

---

7 Hans Müller, Ing. Agr. ETH, Kronbergstrasse 7, 9230 Flawil, Telefon 071 393 44 60

8 Aufsichtsbeschwerde an das Baudepartement vom 14.02.2000
http://politik.brunner-architekt.ch/wp- content/uploads/2013/12/sg_reg_aufsichtsbeschwerde_1_gemeinderat_flawil.pdf

9 Stephan Stadler, Bahnhofvorstand, Fichtenstrasse 34, 9230 Flawil, Telefon 071 393 42 90

10 Werner Abegg, Malermeister, Schweissbrunnstrasse 24, 9230 Flawil, Telefon 071 393 03 32

11 Peter Hartmann, ehem. Sekundarlehrer, ehem. Gewerkschaftssekretär SEV Ostschweiz, Kantonsrat, Kronenstrasse 19, 9230 Flawil, Telefon 071 393 42 33

12 René Simon, Informatik-Kaufmann, Riedernstr. 28, 9230 Flawil, Tel. P: 071 393 53 59, G: 071 393 04 30

Fazit: Die Baukommission unter Hans Müller hatte nachweislich Kenntnis von rechtswidrigen Anlagen, die Dritte belasteten, doch sie vertuschte alles und beging ungetreue Amtsführung.

Im Februar 1997 suchte ich mit Felix Bossart das Gespräch. Am Anfang des Gesprächs tat er so, als ob zwischen uns noch nie etwas geschehen sei. Doch dann sprach ich ihn auf die seinerzeitige Einsprache an. Mit entwaffnender Offenheit gab er zu: *«Man wollte einem anderen helfen!»* Das war aber damals schon allseits bekannt. Als ich ihm vorschlug, sauberen Tisch zu machen, verweigerte er das Gespräch mit dem Hinweis, der Gemeinderat werde dazu keine Hand bieten. Also sorgte ich dafür, Fakten zu schaffen. Das führte dazu, dass mich Felix Bossart zu einer ausserordentlichen Baukommission vom 28.01.1998 einladen musste, an der die verschiedenen Problembereiche geklärt werden sollten. Die meisten Verfehlungen der Behörden wurden vom Rechtsvertreter Raphael Kühne mit Wenn und Aber halbwegs eingestanden, aber in einem Punkt bei Gallus Steiner (CVP) verweigerte er mir das Recht. Am Schluss wurde verlangt, diese Vorbringen dem Gemeinderat zu unterbreiten. Das tat ich dann am 30.04.1998.

Zwischenzeitlich stellte ich ein Pro-forma-Baugesuch, um die Parkplätze an der Mühlebachstrasse wieder an den ursprünglich gebauten Standort zurück zu versetzen. Und siehe da, das Baugesuch wurde anstandslos bewilligt. Gleichzeitig wurden mir auch noch die rechtlichen Bedingungen mitgeliefert. Summa summarum kann festgehalten werden, dass die Parkplätze gar nicht hätten versetzt werden müssen. Dazu kommt noch, dass der Gemeinderat im Jahre 1991 eine Verkehrsberuhigung wünschte und dabei ausgerechnet vor der Überbauung in der Mühlebachstrasse Parkplätze installierte, die Steiners Sicht auf die Mühlebachstrasse beeinträchtigte!

Unterdessen hatte der Gemeinderat meine Vorbringen beraten. Entgegen der seinerzeitigen Meinung der Baukommission wies der Gemeinderat am 05.08.1998 alles pauschal und schroff ab. Nun hatte ich erst recht Grund, nochmals darauf zurück zu kommen und bohrende Fragen zu stellen, doch die Baukommission wies alles ab. Die Fragen wurden vom Gemeinderat gar nicht mehr beantwortet, denn er versteckte sich hinter seiner Absage. Der Gemeinderat hat damit Amtsmissbrauch, also Verbrechen, gegen den Schreibenden begangen. Der Zeitung konnte man dann entnehmen, dass der Gemeinderat zwei Rekurse gebodigt habe, ohne den kriminellen Hintergrund zu lüften. So wird alles verdreht und manipuliert. An dieser Aktion waren der Gemeindepräsident Muchenberger (CVP) und die Gemeinderäte Bossart (CVP), Haunreiter, Klaus, Simon, Winiger (CVP), Zeller und Zwingli beteiligt und der Gemeindeschreiber Hardegger setzte es um.

Fazit: Der Gemeinderat hatte kein Interesse, sauberen Tisch zu machen. Im Gegenteil, er beging weiter Amtsmissbrauch.

Nachdem ich einmal mehr festgestellt hatte, dass der Gemeinderat kein Interesse hatte, aufzuräumen, sondern vielmehr im gleichen Stil weiterfuhr, und ich schauen musste, wie es mit der Erschliessung weiter ging, kam ich zum Schluss, dass ich einmal mehr den Kopf einziehen musste, um vorwärts zu kommen. Doch nun machte ich die Rechnung ohne den Wirt.

Im Herbst 1998 bestätigte mir der Chef des Bauamtes, Niedermann, in Anwesenheit des Bausekretärs Bosshard in einem Gespräch, dass das Erschliessungsprojekt grundsätzlich in Ordnung sei, wobei die Strassenführung des Mittleren Botsbergweges noch offen blieb. Auch die geäusserten Anliegen betreffend einer Entsorgungsstelle waren kein Hindernis.

W. Muchenberger

Stefan Haunreiter

Markus Klaus

Andreas Winiger

Andreas Zeller*

Simone Zwingli*

Also stellte ich am 23.03.1999 der Baukommission die Frage, wie der Ausbau des Mittleren Botsbergweges auszubauen sei. Die Baukommission behandelte die Anfrage am 27.04.1999, doch der Baupräsident Bossart verweigerte drei Wochen die Unterschrift zum Protokoll; es war kein Einzelfall, wie ich erfahren musste. Im Ergebnis gab es keine konkreten Angaben zu meiner Frage über die Ausgestaltung des Mittleren Botsbergweges mit Ausnahme, dass der Einlenker in die Bogenstrasse gegen Westen zu versetzen sei, also kein Land des östlichen Anstössers belastet werden dürfe. Bei der damaligen Realisierung der Baute wurde so «gebastelt», dass kein Lastwagen in den Mittleren Botsbergweg einfahren konnte. Über den Ausbau des Mittleren Botsbergweges wurde lediglich der Hinweis angebracht, dass ein Minimalausbau zu erfolgen habe. Aber angesichts der aufgedeckten Problematik wäre die Baukommission verpflichtet gewesen, zu definieren, ob der neue Weg auf die ursprüngliche Lage zurückzusetzen sei oder ob er eine andere Lage erhalte. Gleichzeitig hätte sie auch vorschlagen müssen, wer welche Kosten zu tragen habe und wie die Entschädigung erfolge. Das alles blieb offen, weshalb die Baukommission hiermit Amtsmissbrauch begangen hat.

Das war der Auslöser zur Aufsichtsbeschwerde[8]. Aber wenn ich schon schreiben musste, so sammelte ich weitere Delikte, die gleichzeitig zu klären waren.

Gleichzeitig bereitete ich mich auf die kommenden Gemeinderatswahlen vor, indem ich Verbündete suchte, um den führungsschwachen Gemeindammann Muchenberger (CVP) zu ersetzen. Die beiden Kantonsräte Bosco Bueler und Josef Brunner waren spontan bereit, mitzumachen. Fritz Lüdi hingegen machte einen Rückzieher, indem er vorschob, er springe dann auf unseren Zug auf, wenn es publik werde. Wir werden die Seriosität dieses Herrn noch kennen lernen. Der Rest ist Geschichte, obschon die grosse Mehrheit die Vorgänge nicht verstanden hat. Ich werde später auf einzelne Vorgänge zurückkommen.

1.2 Aufsichtsbeschwerden

1.2.1 Aufsichtsbeschwerde gegen Gemeinderat

Als ich den Entscheid der Regierung über die Aufsichtsbeschwerde vom 05.12.2000 erstmals gelesen hatte, war mir nicht wohl, weil ich fühlte, dass der Entscheid nicht griffig, sondern schwammig war und deshalb die Umsetzung zu Problemen führen werde. Für mich waren zu viele Fragen offen geblieben. Also harrte ich der Dinge, die da kommen sollten.

Ich gehe hier nur auf einige Punkte zum Entscheid über die Aufsichtsbeschwerde ein.

Überprüfung der Baubewilligungsverfahren der Jahre 1988 bis 1998

Aufgrund meiner Aufsichtsbeschwerde hat die Regierung den Gemeinderat verpflichtet[13], alle Baubewilligungsverfahren der Jahre 1988 bis 1998 zu überprüfen. Der Gemeinderat hat diese Aufarbeitung vorgenommen und am 31. Januar 2003 im Anzeiger Flawil publiziert[14], obschon die Arbeit noch nicht fertig war. Von den 1273 geprüften Dossiers wurden 311 beanstandet. Bei 250 Dossiers musste die kommunale Bewilligung nachgeholt werden, bei 49 Dossiers musste die kantonale Bewilligung nachgeholt werden und bei 12 Dossiers waren weitere Abklärungen erforderlich. Dass 250 kommunale Bewilligungen nachgeholt werden mussten, ist auf die Regelung des Ersatzes in der Baukommission zurückzuführen. War ein Gemeinderat an einer Baukommissionssitzung verhindert, musste ein Ersatz daran teilnehmen, ansonsten war die Baukommission nicht beschlussfähig. Diese Regelung

---

13 Entscheid der Regierung vom 05.12.2000 über die Aufsichtsbeschwerde http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_reg_entscheid_aufsichtsbeschwerde_gemeinderat_flawil.pdf

14 Siehe Tabelle unter Position 5.1 Einleitung zur Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung (Seite 55) im Manifest FN 1.

wurde Jahre nach meiner Aufsichtsbeschwerde geändert. Aus dem Entscheid über die Strafanzeige[15] geht eindeutig hervor, dass sowohl die Anklagekammer als auch die Regierung festgehalten haben, dass das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen den Tatbestand der ungetreuen Amtsführung (SR 311.0, Art. 314) erfülle.

Fazit: Das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen erfüllt den Tatbestand der ungetreuen Amtsführung. Regierung und Anklagekammer haben das bestätigt, aber nichts dagegen unternommen. Im Gegenteil, sie haben alle begünstigt.

Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen lediglich ein formeller Akt ist und mit der Publikation im Amtsblatt diese Verbrechen bereits bestätigt sind. Eine Baubewilligung beinhaltet aber mehrheitlich materielle Entscheide. Diese habe ich in meiner Aufsichtsbeschwerde nur punktuell beschrieben. Doch wenn man nur diese Vorbringen auf alle Verfahren hochrechnet, ergibt sich mit grösster Wahrscheinlichkeit eine grosse Anzahl von Vorteilen oder Nachteile zugunsten oder zulasten Dritter. Das wäre dann Amtsmissbrauch (SR 311.0, Art. 312), über den wir hier gar nicht weiter reden werden. Tatsache aber ist, dass es solche gibt. Wenn der ehemalige Baupräsident Felix Bossart als Elektrounternehmer selbst ausgesagt hat, dass er, nachdem er in den Gemeinderat gewählt worden sei, vom Büro HAB mit Aufträgen zugedeckt worden sei, obschon er in der Zeit davor keine Aufträge erhalten habe, so stellt sich die Frage der Vorteilsgewährung und der Vorteilsnahme und damit der Bestechung (Korruption). Aber das ist noch lange nicht der ganze Katalog von Strafartikeln, die zur Anwendung kommen müssten.

Auf die Behandlung der Strafanzeige gehe ich später ein. Es stellt sich aber die Frage, weshalb die Geschäftsprüfungskommission in all den Jahren nie auf diese Problematiken hingewiesen hat. Auf diese Frage werde ebenfalls später eingehen.

Die Berichte der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

In meiner Aufsichtsbeschwerde habe ich die Berichte der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gerügt, weil die Berichte immer gleich nichtssagend abgefasst und mehr oder weniger nur die Variablen wie Beträge, Datum und Namen geändert werden. Inhaltlich kann den Berichten nichts, aber auch gar nichts als Handhabe zur Herrschaft der Bürgerversammlung über die Gemeindeverwaltung entnommen werden.

Im Gemeindegesetz hiess es damals aber ausdrücklich, dass *die GPK der Bürgerversammlung über das Ergebnis ihrer Prüfung berichte,* und *sie kann dem Rat von sich aus Anregungen unterbreiten und gemeinsame Aussprachen verlangen.*

Die Berichte der GPK erklären nicht einmal, was geprüft wurde und schon gar nicht, ob die Geschäfte korrekt ausgeführt wurden oder nicht. Im Bericht wird die Arbeit der Gemeindeverwaltung mit keinem Wort erwähnt. Dafür wird über die Kasse berichtet, aber nicht, ob die Geschäfte richtig abgewickelt worden sind. Von einem Ergebnis der Prüfung ist also nicht die Rede. Vielmehr erhält man den Eindruck, dass die GPK die Geschäfte nicht geprüft habe.

Betrachten wir nun den Augias-Stall «Bauamt», so fällt einem die Diskrepanz zwischen GPK-Berichten und der Überprüfung der Baubewilligungsverfahren der Jahre 1988 bis 1998 auf. Da muss man sich natürlich fragen, ob die GPK diese Geschäfte je überhaupt geprüft habe. Vielmehr erhält man den Verdacht, dass sie das nie getan hat, weshalb es an der Zeit wäre, ihr endlich einmal auf den Zahn zu fühlen.

Die GPK hat es daher unterlassen, der Bürgerversammlung die für ihre Herrschaft erforderlichen Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Somit wiegte sich die Bürgerversammlung im Gefühl, dass die Gemeindeverwaltung in Ordnung arbeite, was sich im Nachhinein als Trugschluss erwiesen hat, den die Bürgerversammlung immer noch nicht bemerkt hat, obschon die Grundlagen franko Haus gelie-

[15] Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten vom 10.01.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_ak_strafanzeige_gemeinderat_flawil.pdf

fert worden sind. Das zeigt schon einmal, wie intensiv sich die Flawiler Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Herrschaft beschäftigen und überhaupt ihr Geschäft verstehen; nämlich gar nicht!

> Fazit: Die Berichte der Geschäftsprüfungskommission an die Bürgerversammlung spricht nie aus, was in der Gemeindeverwaltung faul ist und welche Vorgänge sich verbrecherisch abspielen. Diese Berichte sind lediglich eine vorsätzliche Täuschung der Bürger!

Die Regierung gab mir zu diesem Thema keine Folge, was materiell eigentlich nichts bedeuten müsste. Aber wie wir noch sehen werden, hat nicht nur die Regierung vorsätzlich kein Interesse, dass die Bürgerversammlung ihre Herrschaft ausüben kann, sondern auch noch andere Kreise.

Nur so nebenbei: Als ich im Jahre 2001 als Zuschauer an der Gemeindeversammlung teilnahm, stellte ich zweimal fest, dass der Gemeindammann Muchenberger (CVP) das offensichtliche Wahlmehr ins Gegenteil veränderte. Ein Geschäft betraf den Scheidweg-Kreisel. Als ich mich dann so empörte, dass es die anderen Zuschauer hören konnten, erklärten sie mir, dass es bereits das dritte Mal gewesen sei. In der Schulgemeindeversammlung habe es Peter Hartmann ebenfalls so praktiziert.

Die Aufhebung von Entscheiden

Die Regierung hat in Sachen der Parkplätze Mühlebachstrasse 33 die Verfügung des Bausekretärs vom 25.06.1993, den Rekursentscheid der Baukommission vom 08.09.1993 sowie des Gemeinderates vom 19.10.1993 und 11.01.1994 wegen Nichtigkeit aufgehoben. Aber nicht nur diese, sondern auch mein Rekurs auf das erneute Baugesuch in Sachen der Parkplätze durch die Entscheide der Baukommission vom 03.11.1998 sowie der Entscheid des Gemeinderates vom 09.02.1999 wurden aufgehoben.

Mit andern Worten wird mein in der Ausgangslage beschriebener Sachverhalt vollumfänglich bestätigt, ansonsten die Entscheide nicht aufgehoben worden wären. Das heisst, Baukommission und Gemeinderat haben auf Antrag Dritter wiederholt und vorsätzlich Amtsmissbrauch gegen den Schreibenden begangen, damit diese Dritten weiter zulasten anderer bevorteilt werden konnten.

Die Regierung hat aber den Entscheid des Gemeinderates vom 05.08.1998 nicht aufgehoben, obschon ich dafür alle Vorbringen aufgelistet hatte, auch solche, die die Regierung nachträglich kassierte.

Die Befangenheit von Felix Bossart

Die Regierung verpflichtete den Gemeinderat hinsichtlich der Erschliessung Mittlerer Botsberg erneut über den Ausstand von Felix Bossart zu entscheiden. Ob er das je getan hat, entzieht sich meiner Kenntnis, denn ich wurde nie über dieses Ergebnis ins Bild gesetzt. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass er das nie getan hat, weil er den Gemeinderat verlassen hat. Wie befangen aber der gesamte Gemeinderat gegenüber dem Schreibenden war, werde ich erst noch erklären.

1.2.2 Die amtlichen Publikationen

Mit Beschluss vom 11. Juli 2000 wollte der Gemeinderat die amtlichen Publikationen neu exklusiv im neuen *Anzeiger Flawil* publizieren lassen. Die Idee für den *Anzeiger Flawil* wurde vom Verlagsleiter Gut der Druckerei Flawil AG (DFAG) ausgeheckt. Als er die vorgesehene Vergabe publizierte, intervenierte ich dagegen. In der Folge fragte der Gemeinderat die Wettbewerbskommission (WEKO) an, was wer zu tun habe, weil es sich bei der Vergabe nur um einen Probeversuch von zwei Jahren handle. Von einem Probeversuch war aber bisher nie die Rede. Mit andern Worten wollte der Gemeinderat die Druckerei Flawil AG (DFAG) vorsätzlich bevorteilen. Die Auskunft der WEKO war klar: ein offenes Submissionsverfahren durchführen. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass für diese öffentliche Beschaffung die DFAG das Leistungsverzeichnis für alle Anbieter erstellt hat. Dass diese Konstellation nicht tolerierbar ist, weiss jedes Kind, nur angeblich die Handelnden nicht. Am 12.12.2000 stellte ich dem Gemeinderat verschiedene Fragen zur Vergabe, die er mit der GPK besprach. Diese kritisierte einzig die nicht in der Submission kommunizierte Abgebotsrunde. Von den fünf eingeladenen Unter-

nehmen offerierten nur die DFAG und die Zehnder AG in Wil. Zehnder und die DFAG hatten (immer noch?) jedoch eine Gebietsabsprache. Zudem ging diese Offerte verspätet ein und war mehr als doppelt so teuer als die der DFAG. Dass die übrigen drei Unternehmen nicht offerierten, war zu erahnen. Im Endeffekt lief dieses Verfahren darauf hinaus, die Submissionsordnung zu unterlaufen und die DFAG zu bevorteilen. Dagegen erhob ich Aufsichtsbeschwerde.[16]

Mit Entscheid vom 09.11.2001[17] wies das Baudepartement die Beschwerde ab. Da ich keinen Einblick in die Unterlagen haben durfte, musste ich den materiellen Entscheid so zur Kenntnis nehmen. Nicht aber die willkürlich auferlegte Entscheidgebühr und die willkürlich auferlegte ausseramtliche Parteientschädigung für den Anwalt Adrian Rüesch, St. Gallen. Der *Volksfreund* konnte sodann am 17.11.2001 triumphierend berichten, dass meine Beschwerde abgeschlagen wurde. Von den Hintergründen berichtete er aber nicht, obschon sie ihm vor der Vergabe bekannt waren. Das sind unsere Qualitätsmedien.

Gegen die Entscheidgebühr und die ausseramtliche Parteientschädigung erhob ich Beschwerde beim Verwaltungsgericht[18] und bei der Regierung[19]. Die Regierung wies meine Beschwerde am 05.03.2002 vollumfänglich ab und behauptete weiter, dass sie fortan Kosten für trölerische Anzeigen erheben werde. Am 04.06.2002 entschied das Verwaltungsgericht und hiess meine Beschwerde gut. Das war zudem eine Ohrfeige an die Regierung. Nun musste der Gemeinderat eine neue Submission durchführen. Damit haben sowohl das Baudepartement, verantwortlich RR Willy Haag und Chefjurist Christoph Gämperle sowie die ganze Regierung Amtsmissbrauch (SR 311.0, Art. 312) begangen.

Fazit: Das Baudepartement, unter Willy Haag und Chefjurist Christoph Gämperle sowie die ganze Regierung haben Amtsmissbrauch (SR 311.0, Art. 312) begangen.

Der Gemeinderat schrieb die Vergabe wiederum mit einer Submission im Einladungsverfahren aus. Die Unterlagen wurden von fünf Unternehmen abgeholt (oder mussten abholen), aber nur die DFAG reichte ein Angebot ein. Da der Gemeinderat die Submissionsbestimmungen über die Sommerferien formell unterlaufen wollte, erhob ich am 24.08.2002 wiederum Aufsichtsbeschwerde[20].

Das Baudepartement hat sich die Angelegenheit wiederum einfach gemacht. Es wies meine Beschwerde ab. Diesmal erhob es aber keine Kosten, obschon dies gemäss Art. 241 Gemeindegesetz möglich wäre, weshalb ich kein Rechtsmittel erhielt. Deshalb gilt auch hier, dass die Submissionsverordnung einmal mehr nicht eingehalten wurde und die DFAG einmal mehr bevorteilt worden ist. Dafür waren am Schluss die Kosten 24 Prozent höher als am Anfang. Da stellt sich im Zusammenhang natürlich die Frage, ob der Gemeinderat nicht Vorteilsgewährung begangen habe. Die Spatzen pfeifen es schon lange von den Dächern, dass Willy Haag und Christoph Gämperle auch hier ungetreue Amtsführung begangen haben.

Anzumerken ist, dass der Entscheid des Verwaltungsgerichtes der beste Entscheid war, den ich in den letzten zwei Jahrzenten je von einem Gericht gesehen habe. Allerdings, und das muss auch gesagt sein, blieb er ein Papiertiger, denn er entfaltete keine praktische Wirkung. Das alleine spricht Bände! Aber deswegen kann ich dem Verwaltungsgericht trotzdem keinen «Persilschein» ausstellen.

---

16 Aufsichtsbeschwerde über die Vergabe der Druckaufträge vom 21.03.2001 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_bd_aufsichtsbeschwerde_2_vergaben_flawil.pdf

17 Entscheid Baudepartement vom 09.11.2001, http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_bd_entscheid_vergaben_2_flawil.pdf

18 Beschwerde ans Verwaltungsgericht vom 26.11.2001. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_verwg_verwaltungsbeschwerde_vergaben_2_flawil.pdf

19 Beschwerde an die Regierung vom 12.12.2001. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_reg_aufsichtsbeschwerde_departemente.pdf

20 Aufsichtsbeschwerde über die Vergabe der Druckaufträge vom 24.08.2002. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_bd_aufsichtsbeschwerde_3_vergaben_flawil.pdf

1.3 Die Strafanzeige und deren Folgen

Als mein Vater gestorben war, musste ich die Vertreter des Bezirksamtes aufbieten. Willi Brunschwiler[21], der damalige Bezirksammann, kam persönlich. Als wir auf den Amtsarzt warten mussten, erzählte mir Brunschwiler, er war immerhin der oberste Strafverfolger im Bezirk, auf einmal: *«Es sei unglaublich, was da alles passiere!»* Dabei sagte ich mir im Stillen, ich werde alles unternehmen, dass mir das nicht passiert. Allerdings, Brunschwiler, wie übrigens jeder Behörde, würde ich heute nicht mehr über den Weg trauen.

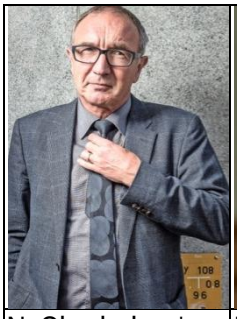
Fazit: Bezirksammann und Strafverfolger Brunschwiler: *«Es sei unglaublich, was da alles passiere!»*

Nachdem die Aufsichtsbeschwerde entschieden war, erhob ich am 10.01.2001 Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten.[22] Die Anzeige hatte ich vorgängig mit dem Anwalt Thomas Schütz, Uster, einem ehemaligen Bezirksanwalt (heute Staatsanwalt) abgesprochen. Der Themenkomplex war derselbe wie die Aufsichtsbeschwerde. Diese schickte ich an die Staatsanwaltschaft Gossau, doch diese leitete sie an die Anklagekammer, einer Abteilung des Kantonsgerichtes weiter. Für mich war das sonderbar, dass zuerst ein Gericht zu entscheiden habe. Also fragte ich nach ca. zwei Wochen bei der Anklagekammer nach, wie der Stand der Arbeiten sei. Dann erklärte mir der Präsident der Anklage, Niklaus Oberholzer, er ist heute Bundesrichter, dass die Strafanzeige bei den Verdachtspersonen in Vernehmlassung sei. Zudem sagte er mir noch, ich hätte Anspruch auf die Korrespondenz mit den Verdachtspersonen. Mein Anwalt kannte dieses sogenannte Ermächtigungsverfahren ebenfalls nicht und fand es eine Anmassung.

Aus der Korrespondenz ging hervor, dass auch die Regierung Strafanzeige eingereicht hatte und zwar gegen Felix Bossart, Peter Hartmann und Andreas Winiger. Sie alle waren Mitglieder der Baukommission. Doch in der Baukommission waren jeweils vier Gemeinderäte. Die Regierung hat daher den Gemeindammann Bruno Isenring begünstigt! Es liegt in der Natur des Vorgehens, dass die Beschuldigten im Rahmen dieses Verfahrens jegliche Schuld von sich wiesen und so taten, wie wenn nichts Strafbares geschehen wäre.

Fazit: Die Regierung hat im Minimum den ehem. Gemeindeamman Bruno Isenring begünstigt.

Schlussendlich entschied die Anklagekammer am 17.05.2001[23], dass nur einstweilen gegen den Präsidenten der Baukommission Felix Bossart vorläufige Ermittlungen aufgenommen werden dürfen. Mir wurden 2000 Franken Verfahrenskosten auferlegt.


N. Oberholzer*

Markus Schultz[24]

V. Hälg-Büchi*

Aus dem Entscheid ist ersichtlich, dass sowohl die Regierung als auch die Anklagekammer der Meinung waren, dass das Nichteinholen der kantonalen Bewilligungen ungetreue Amtsführung sei. Ich habe unter dem Kapitel Überprüfung der Baubewilligungsverfahren festgehalten, dass mit der Publikation des Nichteinholens der Bewilligungen das Delikt der ungetreuen Amtsführung bereits bestätigt ist. In diesem Sinn hatte mir das auch schon ein Staatsanwalt bestätigt und ergänzt, dass dieses Delikt relativ einfach zu klären sei. Wenn nun die Anklagekammer nur gegen den Baupräsidenten eine einstweilige Ermittlung beantragt und nicht für alle Mitglieder, so ist das blosse Begünstigung, also ungetreue Amtsführung, was sich die Anklagekammer «erlaubte». Alle anderen Straftaten wurden

21 Willi Brunschwiler, lic.iur., Weidegghaldenstrasse 4, 9230 Flawil, 071 393 12 74

22 Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten vom 10.01.2001

23 Entscheid der Anklagekammer vom 17.05.2001. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_ak_entscheid_strafanzeige_gemeinderat_flawil.pdf

24 Markus Schultz, Villa Viktoria, 9402 Mörschwil, 071 866 20 01
Geschäft: Frey Eugster Storchenegger Schultz Frei, Rorschacher Str. 107, 9000 St. Gallen, 071 244 33 23

blind niedergeschlagen. Das ist gängige Praxis und steht in einem «höheren» Zusammenhang, der mir damals unbekannt war.

> Fazit: Die Anklagekammer begeht institutionell Amtsgeheimnisverletzung sowie Amtsmissbrauch und ungetreue Amtsführung. Regierung und Parlament haben davon Kenntnis, lassen sie aber willentlich gewähren.

Noch nebenbei: Oberholzer[25] (Präsident) und Hälg-Büchi[26] sind zurzeit u.a. Mitglieder der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (BA). Da weiss man schon im Voraus, was bei der Bundesanwaltschaft kontrolliert wird.

Dagegen legte ich Beschwerde ein. Allerdings kam nur eine (Nichtigkeits- oder Staatsrechtliche) Beschwerde ans Bundesgericht in Frage, weil keine kantonale Beschwerdeinstanz vorgesehen ist. Also erhob mein Anwalt am 20.06.2001 Staatsrechtliche Beschwerde.[27]

Aemisegger[28]

Michel Féraud

Das Bundesgericht bezog sich bei der Beurteilung[29] ausgerechnet auf die Literatur von Niklaus Oberholzer, der am zu beurteilenden Entscheid federführend mitgewirkt hat. Das Bundesgericht unter den Bundesrichtern Heinz Aemisegger, Michel Féraud und Marie-Claire Pont Veuthey haben demzufolge eine Parteibegutachtung gemacht. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn es den Entscheid und somit dieses Ermächtigungsverfahren schützte. Das Bundesgericht fand es nicht für nötig, sich grundsätzlich mit diesem Verfahren auseinander zu setzen. Auch die Bundesrichter haben hier Amtsmissbrauch bzw. ungetreue Amtsführung begangen. Immerhin halbierten sie die Kosten wegen Willkür (Amtsmissbrauch) der Anklagekammer.

> Fazit: Das Bundesgericht berücksichtigte «Parteiliteratur», um Strafdelikte zu legalisieren, und beging damit Amtsmissbrauch.

Die Strafuntersuchung ist mir im Detail nicht bekannt. Jedenfalls konnte der Zeitung[30] entnommen werden, dass die Anklage im Juni 2007 vor dem Kantonsgericht ein Ende nahm. Aus der Meldung muss geschlossen werden, dass «nur» eine Ausstandsverletzung von Bossart zweitinstanzlich zur Diskussion stand. Welche Seite das Kantonsgericht angerufen hatte, bleibt offen. Entscheidend ist aber, dass keine Strafdelikte wegen dem Nichteinholen der kantonalen Bewilligungen Thema waren. Das muss heissen, dass diese Strafdelikte von der Staatsanwaltschaft gar nie eingeklagt wurden. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die Verjährungsfrist für Verbrechen in den 1990er Jahren von sieben auf 15 Jahre verlängert wurden, so besteht der Verdacht, dass dieses Verfahren, welches Anfangs 2001 seinen Anfang nahm, so lange herumgeschoben wurde, bis die Verjährung eingetreten war. Wie sie noch erfahren werden, musste es oberstes Ziel sein, die angezeigten Behördenmitglieder rein zu waschen, damit die Behördenweste sauber bleibt.

> Forderung: Es ist deshalb zu klären, ob die Staatsanwaltschaft Verfahren verschleppte, damit Delikte verjährten, oder «ungenau» untersuchte, und inwieweit die Anklagekammer Einfluss auf die Strafuntersuchung nahm. Ebenfalls ist dabei die Rolle der Regierung zu klären.

---

25 Niklaus Oberholzer, Girtannerstr. 22, 9010 St. Gallen, 071 245 93 65

26 Veronica Hälg-Büchi, lic. iur. Rechtsanwältin, Seeblickstrasse 6, 9010 St. Gallen, 071 245 04 87
Büro Hälg + Kägi-Diener, St. Leonhard-Strasse 20, Postfach 123, 9001 St. Gallen, 071 223 81 21

27 Staatsrechtliche Beschwerde vom 20.06.2001. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_bger_staatsrechtliche_beschwerde_entscheid_ak_strafanzeige.pdf

28 Heinz Aemisegger, Büro Wenger Plattner, Seestrasse 39, Postfach, 8700 Küsnacht, 043 222 38 00

29 Entscheid des Bundesgerichtes vom 20.12.2001. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_bger_entscheid_beschwerde_entscheid_ak_strafanzeige.pdf

30 Tagblatt vom 19.06.2007: *Urteil 11 Jahre nach der Tat*.
http://www.tagblatt.ch/altdaten/tagblatt-alt/tagblattheute/sg/schauplatz/sg-os/art830,67589

Im Fall von Felix Bossart war Kuno Hinrichs[31] der verantwortliche Untersuchungsrichter. Ob Hinrichs das Verfahren verschleppt hatte oder ob die Staatsanwaltschaft oder die Anklagekammer die Vorgabe lieferte, muss geklärt werden. Jedenfalls zeigt es sich, dass Staatsanwälte und Richter ebenfalls Verbrechen begehen. Wenn Hinrichs auf «Befehl» von oben handelte, so kann er nicht behaupten, es träfe ihn keine Schuld, denn er hat dieses Verbrechen mit umgesetzt! Auf jeden Fall gibt es hier noch gehörigen Klärungsbedarf, wer was unterlassen und angeordnet hat.

Kuno Hinrichs

1.4 Der Wahlkampf

Das Komitee für einen neuen Gemeindammann leistete die erforderliche Vorarbeit und portierte am letztmöglichen Tag[32] medienwirksam eine Gegenkandidatin. Bis dahin war der Gemeindammann Muchenberger (CVP) der Meinung, er könne sein ruhiges, gutbezahltes Pöstchen behalten. Doch nun fiel er auf einmal aus allen Wolken; aber nicht nur er.

Zirka 2000 Flawilerinnen und Flawiler gaben Muchenberger an diesem Wahltag die Stimme und nur zirka 400 Stimmen entfielen auf die Gegenkandidatin. Auch Felix Bossart (CVP) erhielt ein Glanzresultat. Alles in allem wird man ob diesem Wahlresultat den Eindruck nicht los, dass die Mehrheit der Flawilerinnen und Flawiler von der Behördenkriminalität profitiert, womit sie sich – ob willentlich oder nicht – in den gleichen Dunst stellen.

1.4.1 Die öffentliche Auseinandersetzung …

Was ich damals am 31.08.2000 in einer Nacht- und Nebelaktion in meinen FLAWILER NACHRICHTEN geschrieben habe, spielt eigentlich keine Rolle mehr. Entscheidend war, dass ich den Gemeinderat als korrupt hingestellt hatte. Deswegen sah sich der Gemeinderat unter öffentlichem Druck, die Vorwürfe «rechtlich» zu widerlegen. Das tat er dann auch, mittels einer superprovisorischen Verfügung, um die weitere Verbreitung der FLAWILER NACHRICHTEN zu unterbinden, und mittels einer Zivilklage.

Am Samstag, den 31.08.2000 wurden meine FLAWILER NACHRICHTEN mit der Post verteilt. Interessanterweise hat die «unabhängige» Qualitätszeitung *Volksfreund* der Druckerei Flawil AG (DFAG) in der folgenden Woche nichts, aber auch gar nichts, auch nur ansatzweise über meine Nachrichten berichtet. Alles wurde ignoriert und Muchenberger ins beste Licht gerückt, obschon meine Vorbringen wochenlang das Gesprächsthema Nummer eins waren. Wie ist das möglich, wenn die Medien das Hauptproblem der Gesellschaft nicht mitdiskutieren? Gab es da allenfalls Absprachen zwischen der DFAG und dem Gemeinderat?

---

31 Kuno Hinrichs, ic. iur., Hinterdorfstrasse 13, 9533 Kirchberg, 071 931 38 91

32 Inzwischen haben Regierung und Parlament das Gesetz so geändert, dass die Kandidaten im Voraus der Gemeinderatskanzlei anzumelden sind und die Gemeinde nachher auch die Wahlzettel druckt. Damals konnten die neuen Kandidaten ihre Stemmzettel selber drucken und der Gemeinde zur Verteilung abgeben. So wird alles lange vorbereitet womit sich die Prozesse kontrollieren lassen. So steht für das Establishment auch mehr Zeit zur Verfügung, um auf neue Situationen reagieren zu können, damit das bisher Erreichte zu verteidigen.

mit dem Gemeinderat – ohne Felix Bossart

Peter Stadelmann* | Stefan Haltinner*

Am Dienstag, den 04.09.2000 erhielt ich bereits die superprovisorische Verfügung des Bezirksgerichtes Untertoggenburg, dass ich die Nachrichten nicht mehr verbreiten dürfe. Anzeiger war der Gemeinderat, vertreten durch den Anwalt Peter Stadelmann[33], den ehemaligen Nationalmannschaftsdelegierten der FIFA (2009-2016) und Präsidenten der Swiss Football League (2004-2009). Das Bezirksgericht, vertreten durch deren Präsidenten Stefan Haltinner, hat sich demzufolge vor den Karren der Korruption spannen lassen. Wir kommen noch zur Genüge auf die Gerichte zu sprechen.

Tage später erhielt ich die Zivilklage des Gemeinderates und damit die Aufforderung zur Sühnverhandlung, welche am 10.10.2000 abgehalten wurde. Nebst den Betroffenen war auch deren Anwalt Peter Stadelmann anwesend, der für die ganze Runde sprechen wollte. Nun musste ich zuerst dem Anwalt klar machen, dass er an der Sühnverhandlung nichts zu suchen habe. Das ist ausschliesslich Sache zwischen den Beteiligten. Betroffen wie ein nasser Pudel, musste er gezwungenermassen die Runde verlassen.

An dieser Verhandlung wurde die Botschaft verbreitet, der Gemeinderat würde die Klage nicht gerne ans Gericht weiter ziehen, sondern versuche eine private Regelung. Ich war offen für beide Varianten, denn so konnte ich mir die bessere aussuchen. Da die Frist zwischen Sühnverhandlung und definitiver Klage ans Gericht definiert ist, standen alle unter Zeitdruck. Mit der Option, dass die Aufsichtsbeschwerde bis zu diesem Zeitpunkt geklärt sei, konnte ich nicht mehr rechnen. An einer ersten Besprechung hat mir Peter Stadelmann die verschiedenen Optionen unterbreitet. Dabei habe ich bemerkt, dass er die Tragweite des Geschehens nicht verstanden hat, weshalb ich ihm gezielte Fragen stellte. Die Antworten bestärkten mich in meiner Ansicht, weshalb ich auf den Vorschlag eines Vergleiches eintrat, allerdings mit der Auflage, dass mir die Arbeitsrapporte des angeblich von Muchenberger bezahlten PR-Beraters zugestellt werden. Dieser Passus wurde nie schriftlich festgehalten, aber Stadelmann verbürgte sich als Nachbar. Nach meiner öffentlichen Publikation, dass «alle Vorbringen nicht wahr seien», erhielt ich den Arbeitsrapport.

> Fazit: Der Gemeinderat hat via Medienberater Einfluss auf die Druckerei Flawil AG bzw. die Redaktion *Volksfreund* genommen, weshalb ab sofort nichts mehr über meine Vorbringen berichtet wurde und Muchenberger sowie den gesamten Gemeinderat positiv darstellte.

Hugo Seiz | Urs Corradini | Hansjakob Schoch

Diese Lösung war nicht nur kostengünstiger und effizienter, sondern lieferte mir den erforderlichen Hinweis, dass zwischen Gemeinderat und DFAG eben doch Gespräche getätigt wurden. Wie konnte es denn sein, dass die «unabhängige» Qualitätszeitung *Volksfreund* nicht über das tägliche Geschehen berichtete? Die Angelegenheit mit dem PR-Berater wurde vom ehemaligen CVP-Kantonsrat Hugo Seiz (CVP) in die Wege geleitet, der Urs Corradini der Mediapolis, einer Firma des ehemaligen FDP-Kantonsrates Peter Weigelt und Dr. Sven Bradke anwarb. Demzufolge gab es Gespräche zwischen dem PR-Berater und Bühler. Eine natürliche Person mit dem Namen Bühler gab es damals nicht. Bühler steht für den grössten Aktionär der DFAG und ist die Maschinenfabrik Bühler AG in Uzwil. Dieser Aktionär stellt usanzgemäss den Verwaltungsratspräsidenten. Damals war es Hansjakob Schoch[34], ein Kadermitarbeiter. Auch diesen Fakt habe ich der Staatsanwaltschaft zukommen lassen, doch auch

---

33 Stadelmann & Mäder Rechtsanwälte, St. Galler Strasse 99, 9200 Gossau, 071 388 18 88
Privat: Peter Stadelmann, Rechtsanwalt, Primelweg 2, 9230 Flawil, 071 393 42 09

34 Hansjakob Schoch, Höhenweg 27, 9100 Herisau, 071 352 44 10

das interessierte niemanden von den Strafverfolgungsbehörden. Die Leute glauben viel lieber kriminellen Behörden, anstatt dass sie sich ein eigenes Bild machen würden. Das Bild lassen sie sich lieber von unseren Qualitätsmedien machen, die ihnen die Nachrichten unterbreiten, und Kriminalität als legal andrehen. Nachrichten sind ja dazu da, dass man sich danach richten kann!

Nachdem ich diesen Beweis erhalten hatte, fand ich es nicht mehr für nötig, die Entschädigungen gemäss Vergleich zu bezahlen. Solange die Anklagekammer nicht entschieden hatte, hütete sich der Gemeinderat, ein Inkasso durchzusetzen. Das zeigt immerhin, dass sich deren Mitglieder der Sache nicht so sicher waren. Erst danach kam es zu weiteren Rechtshändeln.

René Simon hat nie einen Versuch unternommen; er hat stillschweigend auf die Forderung verzichtet. Markus Klaus hat wegen Unfähigkeit zwei Anläufe unternommen und hat sich dabei noch eine Persönlichkeitsklage eingehandelt, weil er mich mit Leibacher verglich. Dabei hat er auch ausgesagt, dass in gewissen Gremien im Kanton St. Gallen besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, wenn über meine Vorbringen beraten werde. Das Geld hat er aber nie erhalten.

Festzuhalten ist, dass sich der Gemeinderat mit dieser Klage selbst ausmanövriert hat, denn wenn ein Behördenmitglied gegen einen Bürger Klage führt, so kann es als Mitglied einer Behörde seine ihn betreffenden Geschäfte nicht mehr bearbeiten. Das weiss jedes Kind, nur der Gemeinderat nicht. Auch sein Anwalt, Stadelmann, hätte ihn auf diese Problematik aufmerksam machen müssen. Aber vielleicht kannte er die Problematik der Behördenwillkür nur zu gut, weshalb er es nicht für nötig hielt, einen Hinweis zu geben.

Fazit: Der Gemeinderat hat sich mit seiner Zivilklage in allen meinen Geschäften die Befangenheit eingehandelt. Nach dieser Klage durfte er meine Geschäfte nicht mehr behandeln. Er tat es trotzdem!

mit Felix Bossart

Stefan Haltinner*

War Felix Bossart (CVP) noch an der Sühnverhandlung mit dem Gemeinderat zusammen, so trennten sich danach die Wege, weil ich mit ihm keinen Vergleich abschliessen wollte. Also klagte Stadelmann am 11.12.2000 im Auftrag von Bossart. Zuerst beantragte ich eine Fristerstreckung zur Klageantwort. Als dann Bossart von der Strafklage Kenntnis hatte, beantragte ich das Sistierungsbegehren, bis die Strafanzeige rechtsgültig erledigt ist. Stadelmann schrieb in seiner Stellungnahme: *«Es wird auch nicht so sein, dass die vom zuständigen Untersuchungsamt vorzunehmenden Abklärungen den Beweis dafür erbringen werden, „dass alle vom Beklagten getätigten und im Verfahren eingeklagten Äusserungen der Wahrheit entsprechen", wie das der letztere annimmt.»* Mit dieser Äusserung stellt sich die Frage, ob Stadelmann nur einfach seinen Wunsch behauptete oder ob er die tatsächlichen Verhältnisse kannte und damit aus der Schule plauderte, die (fast) niemand versteht. Damals verstand ich diese Äusserung ebenfalls nur in der einen Richtung, aber heute habe ich Hinweise, dass es letztere Aussage sein muss. Mit dieser Stellungnahme war er für eine Sistierung bis Ende September 2001 einverstanden. Das Gericht, bestehend aus Stefan Haltinner[35] (CVP), E. Iten Nef und E. Schrepfer (letztere waren Laienrichterinnen), bewilligte diese Sistierung, auferlegte aber dem Beklagten willkürlich und widersprüchlich die Entscheidgebühr, obschon die Parteikosten bei der Hauptsache blieben.

Im Juli 2001 begehrte der Präsident des Bezirksgerichtes bei der Staatsanwaltschaft die Aktenedition. Bossart erhielt dieses Begehren von der Staatsanwaltschaft zur Stellungnahme. Bossart widersetzte sich zumindest in Teilen der Aktenedition. Bossart hatte Angst, dass man in seine «Amtstätigkeit» Einblick bekam. Weiter geht aus den Akten hervor, dass sich diese damals beim Bundesgericht befanden. Im November 2001 entschied das Bezirksgericht über das weitere Vorgehen und beschloss, das Strafverfahren abzuwarten. Und wieder provozierte das Gericht mit den willkürlich auferlegten Entscheidgebühren, obschon die Parteikosten bei der Hauptsache blieben.

---

35 Stefan Haltinner-Rüegg, Bahnhofstrasse 25, 9230 Flawil, 071 393 54 58

Im März 2005 war die Strafuntersuchung immer noch nicht fertig. Staatsanwalt Hinrichs behauptete, dass seit Frühling 2004 umfassende Untersuchungshandlungen vorgenommen worden und im April Einvernahmen geplant seien. Als Gründe für die Verzögerung schob er die hohe Geschäftslast und die Komplexität des Verfahrens vor. Trotzdem hoffte er, den Fall bis Sommer 2005 abzuschliessen.

Am 06.10.2005 teilt Stadelmann mit, dass Bossart kein Interesse mehr an der zivilrechtlichen Klage habe, weshalb er sie zurückziehe. Am 15.11.2005 entscheidet das Bezirksgericht, dass die Gerichtskosten dem Kläger auferlegt werden und dieser dem Beklagten seine Kosten von Fr. 482.10 zu bezahlen habe. Die eigenen Anwaltskosten sowie die beiden Entscheidgebühren blieben aber beim Beklagten hängen, womit die gerichtliche Willkür wiederholt bestätigt wurde.

Fazit: Das Bezirksgericht unter Stefan Haltinner beging widerholt Amtsmissbrauch, indem es dem Beklagten willkürlich Kosten auferlegte, die zur Hauptsache gehörten und akzeptierte die anwaltlichen Kosten nicht zulasten des Klägers.

1.4.2 Die Wahlbeschwerde

Nach der Wahlniederlage erhob ich am 09.10.2000 Kassationsbeschwerde über die Gemeinderats- und Gemeindepräsidentenwahlen sowie über die Wahl der Geschäftsprüfungskommission[36] an das Departement des Innern und zwar nicht einfach wegen der Niederlage, sondern aus grundsätzlichen Überlegungen, die die Zuschauer bis heute noch nicht verstanden haben, aber sehr wohl die Drahtzieher. Ich beanstandete, dass die Bürgerschaft über Jahre wiederholt, systematisch, widerrechtlich und unsachgemäss informiert worden sei. Hier führte ich vor allem die bereits beanstandeten GPK-Berichte ins Feld, allerdings nur grundsätzlich, weil ich die Details erst nachher recherchiert hatte, aber im Detail auch aktuelle Situationen. Weiter, dass der Gemeinderat beim Herausgeber der einzigen Tagespresse der Region in unzulässiger Weise durch wiederholte und rechtswidrige Arbeitsvergaben interveniert und damit gegen die rechtlichen Grundlagen der freien Presse verstossen habe. Deshalb habe er gegen die elementarsten Menschenrechte bezüglich freier Meinungsäusserung und Medienfreiheit verstossen.

Kathrin Hilber*

Die Vorsteherin des Departements des Innern, Kathrin Hilber, behauptete in ihrem Entscheid vom 30.10.2000[37], dass ich nicht begründet habe, weshalb der Beschluss der Bürgerschaft im Widerspruch zu einem höher eingestuften Rechtssatz stehe. Im Weiteren verwies sie auf meine Vorbringen, die ich teilweise schon in der Aufsichtsbeschwerde eingebracht habe. Diese, schrieb sie, seien mit der Aufsichtsbeschwerde entschieden worden. Aber diese wurden willentlich abgewiesen. Die Wahlbeschwerde ohne Kostenauflage abgewiesen wurde.

Aber ich liess nicht locker, denn am 21.03.2001 erhob ich in der gleichen Thematik eine Aufsichtsbeschwerde ans Departement des Innern[38], nachdem ich von Stadelmann den Arbeitsrapport der Mediapolis erhalten hatte, und die Vergabe der amtlichen Publikationen zeigten, dass der Gemeinderat die DFAG bevorteilt hatte, was nachher auch vom Verwaltungsgericht bestätigt, von der Regierung aber willentlich ignoriert wurde. Damit haben wir die klassische Vorteilsannahme und die Vorteilsgewährung, womit der Tatbestand der Bestechung (früher Korruption; Art. 322 SR 311.0) erfüllt ist.

---

36 Wahlbeschwerde vom 09.10.2000 an das Departement des Innern
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_dim_aufsichtsbeschwerde_1_gemeinderatswahl_flawil.pdf

37 Entscheid des Departement des Innern über Wahlbeschwerde vom 30.10.2000
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_dim_entscheid_aufsichtsbeschwerde_1_gemeinderatswahl_flawil.pdf

38 Aufsichtsbeschwerde über Gemeinderatswahlen vom 21.03.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_dim_aufsichtsbeschwerde_2_gemeinderatswahl_flawil.pdf

Fazit: Der Arbeitsrapport der Mediapolis belegt zusammen mit den Zeitungsnachrichten, dass eine Absprache zwischen Gemeinderat und Druckerei Flawil AG als Herausgeber des *Volksfreundes* stattgefunden hatte. Gleichzeitig hatte der Gemeinderat bei der Vergabe der amtlichen Publikationen die DFAG bevorteilt. Alles in allem haben wir die klassische Vorteilsannahme und die Vorteilsgewährung, womit der Tatbestand der Bestechung erfüllt ist.

Im Entscheid vom 09.11.2001 schrieb Hilber, aufsichtsrechtliches Eingreifen sei jedoch nur zulässig, wenn klares Recht, wesentliche Verfahrensvorschriften oder öffentliche Interessen missachtet worden seien. Weiter schreibt sie, nach einhelliger Lehre werde einer aufsichtsrechtlichen Anzeige von vorneherein keine Folge gegeben, wenn es möglich und dem Anzeiger zumutbar wäre, seine Vorbringen mit einem ordentlichen oder ausserordentlichen Rechtsmittel geltend zu machen. Getreu nach Napoleons Ausspruch, *«Die vornehmste Aufgabe des Gerichtes ist, nicht zu sehen, was nicht gesehen werden muss.»*, wurde der Aufsichtsbeschwerde ohne Kostenauflage keine Folge geleistet.

Aussage Hilber: Aufsichtsrechtliches Eingreifen sei jedoch nur zulässig, wenn klares Recht, wesentliche Verfahrensvorschriften oder öffentliche Interessen missachtet worden seien.

Weiter schreibt sie im Entscheid, dass ihr Departement sich vorbehalte, weitere gleichartige Eingaben nach summarischer Prüfung inskünftig nicht mehr zu bearbeiten und bei offensichtlich unbegründeten Anzeigen amtliche Kosten zu erheben. Das war ein Schuss vor den Bug, um weitere solche Beschwerden zu verhindern, die sie irgendwann in Bedrängnis bringen konnten. Mit ihren Entscheiden hat sie nicht nur Amtsmissbrauch, sondern auch ungetreue Amtsführung begangen, ev. sogar Nötigung.

Ergebnis: Hilber schreibt in ihrem Entscheid, dass ihr Departement sich vorbehalte, weitere gleichartige Eingaben nach summarischer Prüfung inskünftig nicht mehr zu bearbeiten und bei offensichtlich unbegründeten Anzeigen amtliche Kosten zu erheben.

Auch dieser Entscheid darf nicht alleine betrachtet, sondern muss im gesamten Kontext beurteilt werden. Diesen Zusammenhang kannte ich damals ebenfalls noch nicht.

1.5 Die weiteren Massnahmen des Gemeinderates

Nachdem Sie einen Überblick über die verschiedenen «pflichtgemässen» Behördenhandlungen erhalten haben, will ich Ihnen die «angemessenen» Reaktionen des Gemeinderates vor Augen führen:

1.5.1 Die weitere Entwicklung der Erschliessung

Am 26.02.2001 musste ich zuerst den Gemeinderat in Verzug setzen, weil er meine Begehren seit Monaten vorsätzlich liegen gelassen hat. Als erste Reaktion teilt die Baukommission gemäss Sitzung vom 10.04.2001 (Brief vom 17.04.2001) mit, dass dieses Geschäft neu von der Tiefbau- und nicht mehr von der Baukommission behandelt werde. Im Weiteren hat die Baukommission in der Besetzung Norbert Hagen[41] (CVP - Präsident),

Die neuen Gemeinderäte ab 2001

Norbert Hagen	Nadja Holenstein[39]	E. Metzger[40]* (CVP)

[39] Nadja Holenstein, Weideggstrasse 31, 9230 Flawil, 071 363 83 25
[40] Elmar Metzger, Gemeindepräsident, Landbergstrasse 74, 9230 Flawil, 071 363 65 72
[41] Norbert Hagen, ehem. Lehrer, heute Geschäftsleiter, Landbergstrasse 78, 9230 Flawil, 071 363 33 70

Valeria Rutz[42] (Vizepräsidentin), Werner Muchenberger (CVP) und René Simon) entgegen der ursprünglichen Vereinbarung beschlossen, dass die bisher aufgelaufenen Arbeiten in Rechnung gestellt werde. Zudem wurde vorsätzlich behauptet, die Baukommission wisse nicht, was ich wolle, obschon ihr bekannt war, dass das Problem Mittlerer Botsbergweg nicht gelöst war, was ja auch Gegenstand der Aufsichtsbeschwerde war. Dazu wurde lakonisch vermerkt: Betreffend der Altlasten wird an dieser Stelle lediglich festgehalten, dass die Regierung über den Stand der erfolgten Aufarbeitung regelmässig in Kenntnis gesetzt werde. Im Klartext heisst das, wie noch erklärt wird, war man gar nicht gewillt, die Problematik am Mittleren Botsbergweg zu lösen. Darauf habe ich am 22.04.2001 den Gemeinderat ein zweites Mal in Verzug gesetzt.

Valeria Rutz

R. Solenthaler[43]*

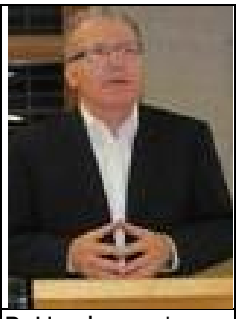
Nachdem die angekündigte Rechnung eingetroffen war, rekurrierte ich am 18.05.2001 an den Gemeinderat mit dem Hinweis, dass sämtliche im Zusammenhang mit der Erschliessungsplanung anfallenden Aufwendungen sinngemäss nach Beschluss der Baukommission vom 14.01.1997 im Rahmen der besonderen gesetzlichen Vorschriften (BauG Art. 50) zu verlegen und in Rechnung zu stellen seien.

Fazit: Der Gemeinderat hielt es auf einmal nicht mehr für nötig, die Vereinbarung bezüglich der Aufteilung der aufgelaufenen Kosten für die Erschliessung einzuhalten und am Schluss zu verlegen, sondern rechnete voll zu meinen Lasten ab.

Nachdem die Tiefbaukommission immer noch keine Antwort gegeben hatte, mahnte ich den Gemeinderat am 13.07.2001 ein drittes Mal und ebenfalls den erhobenen Rekurs über die Kostenauferlegung. Aus dem Protokoll des Gemeinderates vom 23.08.2001[44] geht eindeutig hervor, dass mich die Baukommission aufgrund der Abklärungen bei der Rechtsabteilung aufzufordern habe, ob ich die Erschliessungsplanung des Grundstücks Kataster 1755 weiterhin selber vornehmen wolle oder nicht. Anzumerken ist, dass es bei diesem Kataster um die Landwirtschaftsparzelle handelt und nicht um die Baulandparzelle 3150. Sobald die Antwort vorliege, werde der Gemeinderat über den Rekurs bezüglich der aufgelaufenen Kosten entscheiden. Der Gemeinderat sei auch bereit, im Budget 2002 einen Betrag vorzusehen. Das ist eine klassische Nötigung, also ein Verbrechen, angeleitet vom Baudepartement! Die Verantwortlichen im Baudepartement waren damals Chefjurist Christoph Gämperle[45] und Regierungsrat Willy Haag[46]. Damit wird manifest, was ich schon damals wusste, dass der Gemeinderat fremd bestimmt und deshalb eine Marionette ist. Nun stellt sich die Frage, wer die Koordination zwischen dem Baudepartement und dem Gemeinderat inne hatte. Normalerweise ist es der Gemeindeschreiber, also Roland Hardegger (x)[47], seit 01.10.2003 Gemeindepräsident in Zuzwil, dem wir schon einmal begegnet sind.

Christoph Gämperle

Willy Haag*


R. Hardegger*

---

42 Valeria Rutz, dipl. Bauleiterin, Kantonsrätin 2006-08, Landbergstrasse 74, 9230 Flawil, 071 363 65 72

43 Ruedi Solenthaler, Stockenstrasse 33, 9230 Flawil, 071 363 66 36

44 Protokoll des Gemeinderates Flawil vom 23.08.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Gemeinderat_Flawil_Prot_20010823.pdf

45 Christoph Gämperle, lic. Iur., Traubenstrasse 17, 9500 Wil, 071 911 64 69
Ehem. Präsident des Stadtparlaments Wil, heute ist er Mitglied des *Group Executive Board* der Implenia AG.

46 Willi Haag, Schlosshaldenstr. 16, 9303 Wittenbach, 071 298 27 24

47 Sein Grossvater war Viehhändler und in dieser Funktion betrog er Landwirte, für die er das Vieh verkaufte. Als die Sache aufflog, wurde festgestellt, dass er in seinem Buch bei jedem Betrogenen ein Kreuz gemacht hatte. Deshalb hiess er nur noch Chrüzli-Hardegger. Rolands Vater war in Ordnung.

Fazit: Der Gemeinderat wurde vom Baudepartement angeleitet, mich zu nötigen und der Gemeinderat führte dieses Verbrechen anstandslos aus!

Das hatte zur Folge, dass ich den ganzen Gemeinderat wegen dem Rekurs der Rechnung am 05.11. und 26.11.2001 in Verzug setzte. Nachdem ich keine Antworten mehr erhalten hatte, willigte ich am 21.01.2002 unter der Bedingung ein, dass die Gemeinde die Planung auf dem Areal Parzelle 1755 soweit voranzutreiben habe, dass ich anschliessend mit der weiteren Planung und der Bebauung beginnen könne.

Bereits am 01.02.2002 hat die Baukommission die Kostenverfügung widerrufen und am 05.02.2001 hat der Gemeinderat zuhanden des Budgets der Laufenden Rechnung 2002 einen Kredit von Fr. 45'000 gesprochen. Gleichzeitig wurde vorgesehen, einen Projektierungsauftrag zu vergeben. Damit wurde die Nötigung vollendet. In der Folge hat er das Ingenieurbüro WWI beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten. Allerdings wurde es nicht nach meiner Einwilligung ausgeführt, indem die Parzelle 1755 erschlossen wurde, sondern die Baulandparzelle 3150.

Fazit: Nachdem der Gemeinderat alles verzögert hatte, lief alles sehr schnell ab, als ich meine Einwilligung zur weiteren Planung gab. Aber der Gemeinderat hat sich nicht an meine Einwilligung gehalten, sondern im Sinne der Nötigung gehandelt.

Mit dieser Nötigung wusste ich nun endgültig, dass ich sehr mächtige Gegner hatte, die in der Politik tätig waren. Allerdings konnte ich damals nicht orten, wer dahinter steckte und welche Beweggründe sie antrieb.

Hätte ich die Planung selber weiter betrieben, so wäre ich mit dem Gemeinderat wegen der Gestaltung und/oder der Entschädigung betreffend dem Mittleren Botsbergweg in einen endlosen Streit gekommen, nur weil der kriminelle Gemeinderat nicht in der Lage war, seine Arbeit gesetzes- und pflichtgerecht zu erledigen. Angesichts dieser Tatsache und dass meine Gegner sehr mächtig waren, entschied ich mich für den Nötigungsvorschlag des Gemeinderates. Zu diesem Zeitpunkt waren auch die Beschwerden über die Vergabe der amtlichen Publikationen und über die Gemeinderatswahlen willkürlich entschieden worden. Dies bestärkte meinen Entschluss. Spätestens mit dieser Nötigung wusste ich aber, dass ich nun in der Falle sass und daraus nicht mehr so schnell heraus kommen würde. Ich war verurteilt, früher oder später vernichtet zu werden.

Fazit: Mit der vom Baudepartement unterstützten Nötigung wusste ich, dass ich mächtige Gegner in der hohen Politik hatte, aber auch, dass ich nun in der Falle sass und verurteilt war, früher oder später vernichtet zu werden.

1.5.2 Die Anzeige[48]

Am 23.12.2004 klingelte es an meiner Haustür. Ich ignorierte es, weil ich der Meinung war, dass Kinder am letzten Schultag spielten, zumal ich auch niemanden erwartete. Später klingelte es an der Wohnungstür. Ich war noch im Bett. Dann ging ich zur Tür und schaute durch den Spion, sah aber niemanden. Als ich wieder im Bett war, ging die Wohnungstüre auf und jemand rief Polizei. Als ich dann aufstand, begegneten mir drei Polizisten in schusssicheren Uniformen. Martialischer hätte es nicht «gespielt» werden können. Dann stellten sie sich vor und zeigten den Auftrag, meine Waffen zu beschlagnahmen. Ausser dem Küchenmesser, das sie liegen liessen, fanden sie in meiner Wohnung nichts und in meinem Büro noch weniger. Dann glaubten diese Herren, ich würde sie noch nach Flawil begleiten, doch ich machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Schlussendlich beauftragten sie die Kantonspolizei in Flawil, die Waffen zu beschlagnahmen. Grund war eine Anzeige des Flawiler Gemeindeschreiberlings Roland Schmid, heute Schreiberling in Mosnang. Er war Nachfolger von Roland Hardegger. Während seiner Amtszeit hatte ich nie einen Brief weder an die Baukommission noch an den Gemeinderat geschrieben. Die Korrespondenz endet bei mir im Jahre 2003. Auch vom

[48] Siehe auch Eingabe 4.2 an die Bundesversammlung vom 30.01.2005, Position A1

Gemeinderat habe ich seit Juni 2004 keine Post erhalten. Auch telefonisch standen wir nie in Kontakt.

> Fazit: Der neue Schreiberling Roland Schmid, mit dem ich nie in Kontakt stand, hat im Jahre 2004 eine Falschanzeige erstattet, mit der Folge, dass ich verhaftet und entwaffnet wurde.

Es ist deshalb kaum anzunehmen, dass dieser die Anzeige aus eigenem Antrieb einreichte, sondern dass er dazu beauftragt wurde und er deshalb eine falsche Anschuldigung (Art. 303, SR 311.0) bei den Behörden vornahm. Damals wusste ich noch nicht, dass diese Anzeige genau in eine übergeordnete Strategie passt.

Roland Schmid

In der Folge wurden meine Waffen durch das Statthalteramt Uster verkauft und mir der Erlös zugestellt. Diese Zahlung lehnte ich jedoch ab, womit ich klar signalisierte, dass ich dieses Vorgehen nicht akzeptierte. Der Staat steht deshalb bis heute bei mir in der Schuld!

> Fazit: Die Entwendung dieser Waffen ist bis heute noch nicht abgeschlossen, denn den angeblichen Erlös habe ich abgelehnt, weil ich dieses Delikt nicht legalisieren wollte. Der Staat steht auch bei diesem «Geschäft» nach wie vor bei mir in der Schuld.

1.6 Die St. Galler Politik

Nachdem ich gegenüber dem Entscheid der Regierung Vorbehalte hatte, interessierte mich ganz speziell der GPK-Bericht über das Jahr 2000. Als ich dann feststellen musste, dass der Bericht wieder in genau gleicher, nichtssagender Manier verfasst wurde, erkundigte ich mich direkt bei dessen Präsidenten Hansruedi Steurer. Er versicherte mir damals, dass der Bericht genau nach den Weisungen[49] der Regierung abgefasst worden sei.

Als erstes untersuchte ich alle GPK-Berichte der letzten 10 Jahre aller Gemeinden. Ca. 2/3 der Unterlagen wurden mir zugestellt. Bereits damals stellte ich fest, dass einige Gemeindammänner Angst hatten, es könnte etwas zulasten ihrer Gemeinde herauskommen. Wahrscheinlich müsste es eher heissen, zulasten der Gemeindebehörde.

1.6.1 Die St. Galler Regierung

Diese Erkenntnis über die GPK-Berichte unterbreitete ich in einem offenen Brief vom 17.04.2001 der St. Galler Regierung. Da die Regierung die Öffentlichkeit panisch scheut, trat sie nicht auf diesen ein, weshalb ich am 12.07.2001 einen geschlossenen Brief[50] formulierte. In der Folge kam es am 19.09.2001 mit Frau Hilber und ihrem Generalsekretär Hans-Rudolf Arta[51] zu einem Gespräch.

Aus meinen eigenen Notizen entnehme ich, dass mir vorgängig von dritter Seite mitgeteilt wurde, man wolle mir bei diesem Gespräch Konzessionen abringen. Hilber behauptete damals, dass ich zu viele Instanzen angerufen hätte, die sich nun «behinderten». Eine Gesetzesänderung gehe nicht so schnell, behauptete sie. Ich wiederum hielt ihr vor, die Regierung habe kein Interesse, die Aufsichtsbeschwerden gründlich zu untersuchen. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Regierung wollte weder eine gründliche Aufklärung noch eine Gesetzesänderung in meine Richtung, weil höhere Ziele im Wege standen.

Zu den GPK-Berichten wurde mir erklärt, dass es einen internen und einen externen Bericht der GPK gebe. Der interne sei nur für die Behörde, der externe, nichtssagende, für die Bürgerversammlung. Der externe Bericht entspricht Art. 76 GG, der interne soll sich nach Art. 79 Abs. 2 GG richten, wo es

---

49 Das steht angeblich im Entscheid über meine Aufsichtsbeschwerde, der mir nicht vollständig zugänglich ist.

50 Geschlossener Brief an die St. Galler Regierung vom 12.07.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_reg_geschlossener_brief.pdf

51 Hans-Rudolf Arta, Hauptstrasse 48a, 9030 Abtwil, Telefon 071 311 23 60

heisst: Die Geschäftsprüfungskommission kann von sich aus dem Rat Anregungen unterbreiten und gemeinsame Aussprachen verlangen. Das ist natürlich eine vollständige Verdrehung des Gesetzes durch die Regierung bzw. die Verwaltung!

> Fazit: Nach Aussage von Hilber werden interne und externe GPK-Berichte erstellt. Dies ist insofern gesetzeswidrig, als im Gesetz nur von einem Bericht die Rede ist.

Die Behördenkriminalität muss weiter gehen, denn ich habe auch das willkürlich durchgeführte Ermächtigungsverfahren in Strafsachen zur Sprache gebracht, doch die Regierung versteckte sich hinter dem Bundesgericht und eben, dass alles sehr komplex und nicht so einfach sei. Die Praxis der Anklagekammer (AK) wird mit so genannten Leiturteilen[52], die veröffentlicht werden, ersichtlich. Daraus kann eindeutig entnommen werden, dass es darum geht, Behördenmitglieder und Beamte zu schützen. Diese Massnahme folgt einem ganz klaren Muster, das ich damals aber noch nicht verstand.

Die Antwort der Regierung vom 06.11.2001[53] entsprach im Wesentlichen den mündlichen Äusserungen von Hilber. Auf einen Nenner gebracht: «Man» hatte kein Interesse daran, etwas zu ändern! Das war auch der Grund, weshalb die Regierung auf meine Schreiben nicht mehr reagierte.

1.6.2 Die Problematik der Berichte der Geschäftsprüfungskommission

Ich hatte schon längere Zeit den Verdacht, dass der Kanton St. Gallen ein staatlich-gesetzliches Führungsproblem hatte, ansonsten die Behördenwillkür nicht so gross sein könnte. Jenes Gespräch hatte zur Folge, dass ich mich grundsätzlich mit dem Gemeindegesetz auseinander setzen musste. Also analysierte ich das Gemeindegesetz in seiner Entstehung und in seiner Veränderung[54, 55]. Das war insofern einfach, weil das Gemeindegesetz erst Ende der 1970er Jahre entstanden ist und im Jahre 1946 das Organisationsgesetz aus dem Jahre 1867 revidiert wurde. Die Differenzen könnten nicht grösser sein in bezug auf die Massnahmen zur Oberaufsicht durch die Bürgerversammlung. Die wichtigsten Massnahmen waren:

- Die wirksamste Massnahme war die Unterstellung sämtlicher Tatsachen, die Behördenmitglieder und Beamte in amtlicher Stellung wahrnehmen, unter das Amtsgeheimnis. Das war eine Folge des neuen eidgenössischen Strafgesetzbuches, das im Jahre 1945 in Kraft trat. Theoretisch hätte diese Massnahme schon damals ins neue Organisationsgesetz aufgenommen werden müssen, aber wie es scheint, war das damals noch nicht Absicht. Wir werden noch auf das Amtsgeheimnis zu sprechen kommen.
- Eine weitere Massnahme ist das Verbot an eine Minderheit des Gemeinderates, der Bürgerversammlung einen Minderheitsantrag zu unterbreiten. Kein Behördenmitglied kann nunmehr ausscheren und seine Argumente für eine Alternativlösung präsentieren, denn damit bestünde die Gefahr, dass allfällige Verbrechen im Rahmen der Diskussion durchsickern könnten.
- Der GPK wurde auch verboten, einen Minderheitsantrag an die Bürgerversammlung zu richten.

Die letzten wichtigen Änderungen wurden zirka im Jahre 2002 vorgenommen, womit eine Oberaufsicht durch die Bürgerversammlung gänzlich unmöglich wurde.

> Fazit: Mit diesen Gesetzesänderungen wurde es der Bürgerversammlung verunmöglicht, die Herrschaft über die Gemeindeverwaltung auszuüben.

---

52 Auszug aus der Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) des Kantons St. Gallen
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_recht_gvp_entscheide_1956_1998.pdf

53 Antwort der Regierung auf den geschlossenen Brief vom 06.11.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_reg_antwort_geschlossener_brief.pdf

54 Die Entwicklung des SG Gemeindegesetzes vom 07.02.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_entwicklung_gemeindegesetz.pdf

55 Eingabe 2 an den Grossen Rat des Kantons St. Gallen vom 07.02.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_eingabe_2.pdf

1.6.3 Der St. Galler Grosse Rat

Die erste Eingabe an den Grossen Rat

Die erste Eingabe an den Grossen Rat[56] habe ich am 23.08.2001 eingereicht. Sie beinhaltete zur Hauptsache das St. Galler Strafprozessgesetz und die Aufsichtsbeschwerden sowie verschiedene Vorfälle Dritter und Grundsätzliches. Die Rechtspflegekommission unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Armin Eugster[57] hat meine Eingabe nach «pflichtgemässem Ermessen» behandelt und am 28.11.2001 vor dem Kantonsrat gefordert, sie sei zur Kenntnis zu nehmen.[58]

Die neue Kantonsverfassung[55, 59]

Die Analyse und der Vergleich zwischen der alten und der neuen Kantonsverfassung war eine weitere Massnahme, die Problematik der politischen Führungsdefizite im Kanton St. Gallen aufzudecken.

Vorerst ist festzuhalten, dass die neue Kantonsverfassung nicht gemäss den Vorgaben der alten Verfassung erstellt wurde. Die Regierung hatte im eigens dafür bestellten Verfassungsrat zu viel Einfluss. Zudem orientierte sich die neue Verfassung so oder so am ersten Entwurf der Regierung.

Wie seriös die Verfassung von den einzelnen Parlamentsmitgliedern studiert wurde, ergibt sich allein schon aus den Rahmenbedingungen: Der Verfassungsentwurf 99, immerhin ein Werk mit über 460 Seiten, wurde am 28.01.2000 im Amtsblatt publiziert und somit erstmals dem Grossen Rat zugestellt. Die Februarsession begann am 21.02.2000 und zwei Tage später begann die erste Lesung über die Verfassung. Nebst dem Verfassungsentwurf hatte der Grosse Rat noch die übrigen Unterlagen für die laufenden Geschäfte zu studieren. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Fraktionen jeweils eine Woche voraus tagen und die Geschäfte vorberaten. Im konkreten Fall wäre dies ca. der 12. Februar gewesen. Dass man nun von einem Parlamentarier erwartet, dass der in seiner Freizeit innerhalb zweier Wochen nebst anderen Unterlagen auch noch den Verfassungsentwurf studiere (nicht nur lesen!), ist nicht nur eine Anmassung, sondern schlicht eine Nötigung und ein Verbrechen!

Nachstehend einige summarische Beispiele der Veränderungen:

§ Unter Rechtmässigkeit wird behauptet: Staatliches Handeln müsse im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein, und zudem würden sich Behörden nach Treu und Glauben verhalten. Da kann ich nur sagen, Papier ist geduldig.
§ Neu werden die Behörden zur «Information» verpflichtet (wobei nur das verbreitet werden darf, was belanglos ist).
§ Die Behörden, Beamten und Angestellten haften nicht mehr gegenüber Dritten, sondern neu Kanton und Gemeinden, welche eventuell das Regressrecht auf die Fehlbaren haben, aber es nicht ausüben, weil man sie schützen muss.
§ In der neuen Verfassung gibt es keine oberste Behörde mehr. Früher war es der Kantonsrat. Aufgrund der der Regierung zugewiesenen Machtfülle erhält man den Eindruck, dass sie die oberste Behörde im Kanton ist. Der Kantonsrat als angeblicher Vertreter des Volks hat damit seine Verantwortung abgetreten.
§ Nach der alten Verfassung musste der Kantonsrat die Löhne und Gehälter festsetzen. Heute macht das die Regierung in alleiniger Kompetenz.

---

56 Eingabe 1 an den Grossen Rat vom 23.08.2001
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_eingabe_1.pdf

57 Armin Eugster, lic. iur., Rechtsanwalt, Grubenstrasse 11c, 9500 Wil, 071 911 85 08
Büro: Frey Storchenegger Eugster Schultz Frei Ammann, Rorschacher Str. 107, 9000 St. Gallen, 071 244 19 17

58 Protokoll des Grossen Rates vom 28.11.2001, Nr. 223
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_protokoll_kr_20011128.pdf

59 Die Entwicklung der Kantonsverfassung vom 07.02.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_entwicklung_kantonsverfassung.pdf

§ Früher musste die Regierung, wenn sie Truppen aufbieten wollte, den Kantonsrat einberufen. Heute ist das nicht mehr geregelt, weshalb diese Kompetenz die Regierung übernehmen wird. Auch hier hat der Kantonsrat seine Kompetenzen abgegeben.
§ Nach alter Verfassung konnte der Grosse Rat gegen die Regierung oder Teile davon Anklage erheben. Heute hat er dazu keine rechtliche Handhabe mehr. Aufgrund der von Regierung und Kantonsrat begangenen Verbrechen muss geschlossen werden, dass beide unter der gleichen Decke stecken und der Kantonsrat somit die Regierung nie einzuklagen gedenkt.
§ Heute bereitet die Regierung die Geschäfte des Kantonsrates vor. Damit hat sich der Kantonsrat der Führung der Regierung unterworfen. Die angeblichen Vertreter des Volks unterwerfen sich einer kriminellen Regierung!
§ Neu entscheidet die Regierung in «besonderen Rechtsstreitigkeiten» abschliessend. Was «besondere Rechtsstreitigkeiten» meint, ist nicht geklärt. Damit lässt sich der Kantonsrat weiter bevormunden und schanzt der Regierung zulasten der Gerichte Kompetenzen zu.
§ Neu ist auch, dass in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten die richterliche Beurteilung ausgeschlossen werden kann.
§ Neu werden Verwaltungsstrafbefugnisse an die Verwaltung übertragen. Das wird noch Folgen zeitigen, wenn man begreift, wie kriminell diese Verwaltung handelt!
§ Die politischen Parteien werden vom Parteiapparat zum Staatsapparat, indem sie neu vom Staat finanziert werden.
§ Gemäss der neuen Verfassung beaufsichtigt der Kantonsrat nur noch den Geschäftsgang der Gerichte anstatt auch die Kontrolle der Umsetzung der Gesetze. Das ist, wie wir noch sehen werden, nur eine Anpassung an die praktische Handhabung. Damit hat der Kantonsrat eine seiner drei Kernaufgaben, der Kontrolle, abgegeben, womit er sich selbst entmachtet hat.

Fazit: Mit diesen Veränderungen hat der Kantonsrat seine eigenen Kompetenzen beschnitten, weshalb er seine Aufgaben als Vertreter des Volks nicht mehr wahrnehmen kann.

Mit der neuen Verfassung wurde die Mitgliederzahl des Kantonsrates von 180 auf 120 reduziert. Wie noch erklärt wird, wurde die nächste Reduzierung bereits im Jahre 2002 eingeläutet. Sie folgt einem genauen Muster.

Fazit: Die Reduktion der Mitglieder des Grossen Rates gemäss der neuen Kantonsverfassung von 180 auf 120 ist nur vorübergehend. In absehbarer Zeit soll die Zahl auf 60 reduziert werden.

Die zweite Eingabe an den Grossen Rat

In der 2. Eingabe an den Grossen Rat[55] vom 07.02.2002 zeigte ich an, was ich bei der Regierung erfolglos beantragte, und legte meine Analyse über die Entwicklung des Gemeindegesetzes[54] und jene über die Entwicklung der Kantonsverfassung vor.

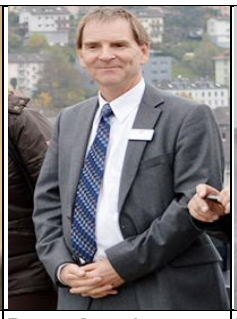
Als ich das Treiben anlässlich der Februarsession 2002 im Kantonsparlament verfolgte, begegnete mir der Leiter Rechtsdienst des Baudepartements, Christoph Gämperle. Er grüsste und fragte mich, wie es mir gehe. Täglich besser, war meine Antwort! Darauf entgegnete er, dass ich einen Abrieb erhalten hätte.[60] Mit dieser Äusserung wurde bestätigt, dass alle Verbrechen gegen mich vorsätzlich ergangen sind. Anlässlich einer Besprechung im Rahmen der Aufsichtsbeschwerde gegen den Kantonsrat behauptete Gämperle noch, dass er seine Sache nach ethischen Gesichtspunkten erledige, damit er abends auch noch in den Spiegel blicken könne![60] Wie glaubhaft er doch ist!

Aussage von Christoph Gämperle, Leiter Rechtsdienst des Baudepartements: Sie haben einen Abrieb erhalten!

[60] Siehe Eingabe 1 an die Bundesversammlung vom 20.08.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_1_willkuer_sg.pdf

Aufgrund dieser Eingabe wurde ich von der Rechtspflegekommission zu einem Referat eingeladen. Daneben war eine Diskussion vorgesehen. Die Kommission tagte im Gebäude der Kantonspolizei. Als ich mich anmeldete, kamen zwei Polizisten und filzten mich gründlich, ohne etwas zu finden. Das zeigt ja bereits die Paranoia von gewissen Leuten, indem sie mich in eine Ecke zu drängen versuchten und dies immer wieder taten. Als ich in meinem Vortrag begann, rhetorische Fragen einzubauen, verbot mir dies Armin Eugster, der Präsident der Rechtspflegekommission. Nach meinem Vortrag wurden die Kommissionsmitglieder aufgefordert, Fragen an mich zu stellen. Ich kam mir vor wie im Kindergarten, denn jeder musste dazu die Hand aufheben, wonach der Präsident das Wort erteilte. Er achtete peinlichst darauf, dass keine Diskussion entstehen konnte, obschon sie vorgesehen war.

Armin Eugster*


Peter Jans*

Karl Güntzel*

Anlässlich der Kantonsratssitzung referierte Eugster und erklärte, der Rat solle von meiner Eingabe Kenntnis nehmen und damit war das Thema erledigt. Zwischen den Zeilen hiess das, ich sei ein Löli.

Der Rechtsanwalt Peter Jans, der ehemalige Kreisrichter und heutige Stadtrat in St. Gallen, wusch Eugster von jeglicher Schuld frei, weil ich Eugster im Vorfeld der Verbrechen bezichtigt hatte, was ich nach wie vor bestätige: Amtsmissbrauch und ungetreue Amtsführung. Im Weiteren besteht der Verdacht, dass er, aber nicht nur er, sich an einer kriminellen Organisation (Art. 260ter, SR 311.0) beteiligt. Die ungetreue Amtsführung muss ich auch Jans wie dem ganzen Kantonsrat bzw. allen Parlamentariern vorhalten. Wie wir sehen, ist Jans aus dem gleichen Holz wie Eugster.

Kantonsrat Karl Güntzel ergriff im Namen der SVP das Wort und drosch die Phrase, dass sich die SVP vorbehalte, die Frage des Ermächtigungsverfahrens genauer zu prüfen. Nichts haben sie gemacht, weil sie es vorsätzlich nicht wollen und zwar sowohl die Linken als auch die Rechten.

Als ich den Zuschauerraum umgehend verliess und ausserhalb mit jemandem sprach, lief mir Eugster wie ein Hund nach. Wenn ich jemanden öffentlich als Löli hinstelle, so laufe ich ihm ganz sicher nicht hinterher. Aber Eugster machte das, denn er zitterte wie Espenlaub. Demonstrativ strich ich mit der Hand den «Dreck» von der Schulter. Ich erklärte Eugster bereits damals, dass bei dieser Kriminalität die parlamentarische Oberaufsicht fehle. Er wimmelte vehement ab und erklärte, dass die Gewaltenteilung eine Kontrolle verhindere. Dann wollen wir einmal sehen, was da heraus kommt.

Auf die weiteren Eingaben reagierte der Kantonsrat nicht mehr.

1.7 Der über mich verhängte Konkurs

1.7.1 Kündigung der Darlehen

Als ich die Liegenschaften von meinem Vater übernahm, musste ich mich verschulden, so auch bei meiner Mutter und Schwester. Als ich sie im Jahre 2000 über die Aufsichtsbeschwerde orientierte, waren sie der Meinung, es komme gut. Interessiert haben sie sich aber nie für die Zusammenhänge. Als der Wahlkampf verloren war und die Aufsichtsbeschwerde ebenfalls nicht das gewünschte Resultat brachte, waren sie mit mir nicht mehr einig. Treibendes Element war mein Schwager. Am 10.03.2002 erfolgt das, was ich schon lange erwartet habe: Die Schwester kündigte mir das Darlehen.

«Wirtschaftskriminell ist ein Geschäft immer dann, wenn es in die Hose geht.»
Niklaus Oberholzer, ehem. Präsident der Anklagekammer des Kantons St. Gallen, Bundesrichter[61]

61 http://www.woz.ch/artikel/2011/nr25/schweiz/20895.html

Ich habe mir natürlich schon lange Gedanken darüber gemacht, ob und wie ich allfällige Gelder ersetzen könnte, doch spätestens seit die Falle mit der Nötigung zuschnappte, bin ich zum Schluss gekommen, dass es unter den gegebenen Umständen höchst fahrlässig wäre, dies zu tun. Wenn ich Gelder von neuen Gläubigern verwenden würde, so müsste ich mich dem kriminellen Gemeinderat völlig unterwerfen. Dann aber würde er alle Ressentiments über mich abladen, denn er würde von der Obrigkeit geschützt. Damit wäre ich auf Jahre hinaus blockiert und schlussendlich ginge alles in die Hosen. Dann wäre ich erst recht nicht mehr in der Lage, die fremden Gelder zurück zu zahlen. Dann käme die Staatsanwaltschaft und würde mir genüsslich unterstellen, ich hätte Betrug begangen. Aber ich hatte keine Lust, meinen Gegnern diesen Gefallen zu tun, weshalb für mich nur eine Lösung in Frage kam: Warten bis der Konkurs über mich verhängt würde! Damit konnte ich mich von einer Belastung befreien und gleichzeitig mich von den Speichelleckern trennen.

Christoph Locher

Lukas Metzler*

Nachdem ich die Zahlung nicht getätigt hatte, erfolgte am 04.10.2002 der Zahlungsbefehl, gegen den ich Rechtsvorschlag erhob. Am 22.10.2002 folgte die Kündigung eines Teils des Darlehens meiner Mutter. Das war für mich das Gefährlichste. Die Kündigungsfrist wurde eigenmächtig und einseitig von sechs auf fünf Monate reduziert. Anwalt war, wie bei der Schwester, Rechtsanwalt Christoph Locher[62], ehemals Büro Staub Hilti & Partner in Gossau/SG, seit 2004 bei AMG Rechtsanwälte, St. Gallen. In der AMG-Kanzlei ist der berühmt-berüchtigte Ex-Bundesratsgatte Lukas Metzler tätig. Locher hatte mit diesen beiden Mandaten gemäss Anwaltskriterien eine Interessenskollision, doch das störte niemanden. Am 22.11.2002 erfolgte das Rechtsöffnungsbegehren für das Darlehen der Schwester. Das Rechtsöffnungsbegehren wurde vom Bezirksgericht Uster unter Richter Oswald am 24.03.2003 abgewiesen. Am 14.07.2003 folgte der Zahlungsbefehl für das Darlehen der Mutter, nachdem ich keine Zahlung getätigt hatte. Dagegen erhob ich wieder Rechtsvorschlag, weshalb am 10.11.2003 das Rechtsöffnungsbegehren gestellt wurde.

Die Gerichtsverhandlung war am 04.12.2003. Anwalt Thomas Schütz[63] war an der Verhandlung, obschon er keine Vollmacht hatte.

Thomas Schütz

Marcel Moser

Das Bezirksgericht Uster, vertreten durch den damaligen vollamtlichen Ersatzrichter Marcel Moser[64], hat die Verfügung erst am 24.03.2004 verschickt. Mir wurde wiederholt mitgeteilt, dass diese Frist von dreieinhalb Monaten in diesem Geschäftsbereich astronomisch lang sei. Doch nun wurde es erst richtig spannend. Zufällig war mein Anwalt Thomas Schütz in den Ferien und zufällig organisierte er seine Stellvertretung nicht, obschon er einen Büropartner hatte. Damit verpasste ich eine Rekursfrist. Als er wieder zurück war, hatte ich mit ihm eine Besprechung. Anlässlich dieses Gespräches hatte mir Schütz, der ehemalige Bezirksanwalt (Staatsanwalt) eröffnet, *«Ich glaube, Sie müssen in den Konkurs!»* Schütz wusste demzufolge viel mehr als ich, woraus ich schliesse, dass er daran beteiligt war, mich zu vernichten.

Aussage Anwalt Schütz: «Ich glaube, Sie müssen in den Konkurs!»

Damit aber noch nicht genug: Aus der Aktennotiz des Auditors des Bezirksgerichtes geht schlüssig hervor, dass Gerichtsakten an Locher abgegeben, aber von Schütz ans Gericht zurückgegeben wurden. Die beiden Anwälte haben also Absprachen getätigt, was nicht zulässig ist. Dafür schmückt sich

---

62 Christoph Locher, Büro: AMG Rechtsanwälte, Vadianstrasse 25, 9001 St. Gallen, Tel: 071 224 90 00
Privat: lic. iur. Rechtsanwalt, Florastrasse 12, 9000 St. Gallen, Tel. 071 222 36 11

63 Thomas Schütz, Büro: Bernhard und Schütz, Freiestrasse 13, 8610 Uster, Tel. 044 905 20 00
Privat: Bergli, 8630 Rüti, Tel. 055 24 060 15

64 Marcel Moser, lic. iur., Bezirksrichter, Hanfrosenweg 2, 8615 Wermatswil, Tel. 044 940 52 14

Locher mit dem Amt des Vizepräsidenten des St. Gallischen Anwaltsverbandes, um die angebliche Seriosität des Anwaltsverbandes vorzutäuschen.

Am 04.05.2004 erfolgte die Konkursandrohung. Am 01.06.2004 wurde das Erschliessungsprojekt Mittlerer Botsberg den Anstössern durch das Bauamt vorgestellt, und wahrscheinlich nicht zufällig wurde am 24.06.2004 der Konkurs über mich eröffnet. Der 24.06. ist ein geschichtsträchtiges Datum und ist deshalb ein dicker Fingerzeig, wer dahinter steckt! Das wusste ich damals aber noch nicht.

1.7.2 Die Umsetzung des Konkurses[65], [66]

Zum Glück erhielt ich einen Hinweis, mir die Akten des Konkursamtes zu beschaffen und insbesondere das Konkursprotokoll.

F. Buchschacher

Am 30.06.2005 stattete ich dem Konkursamt Oberuzwil einen Besuch ab, um einerseits Einblick in die Akten zu nehmen und andererseits diese, soweit sie nicht bereits in meinem Besitz waren, vollständig zu kopieren. Bei meinem Eintreffen war der für meinen Konkurs, sagen wir es richtig, für den staatlichen Konkurs zuständige Peter Schläpfer nicht anwesend, weshalb ich seinen Berufskollegen Fritz Buchschacher[67], roter Fritz genannt, den ehemaligen Kantons- und Grossratspräsidenten aufforderte, mir die vollständigen Akten inklusive Konkursprotokoll vorzulegen. Als der rote Fritz das Wort Konkursprotokoll hörte, begann er bereits zu maulen, dass bei ihnen ein Konkursprotokoll seit 50 Jahren nicht mehr geschrieben werde, und wenn überhaupt, dann erst am Schluss des Konkurses!

Jede Handlung ist aber in einem Protokoll zu verurkunden. Er bzw. das ganze Konkursamt machen das jedoch nicht bzw. haben es noch nie gemacht, wie mir Schläpfer und der Zweigstellen-Leiter Urs Ghirlanda persönlich bestätigten. Damit begehen sie ganz einfach Amtsmissbrauch, und Buchschacher hat ganz offen bestätigt, dass er Dokumentenfälschung begeht. Schläpfer hat mir erzählt, dass er noch nie viel geschrieben habe im Zusammenhang mit der Gebühren- und Auslagenrechnung. Diese diente zugleich als Ersatz des Konkursprotokolls, wie er festhielt.

Ralph Klingler*

Aus den Unterlagen ging hervor, dass Akten fehlten. Beispielsweise ist für die Liegenschaft Mehrfamilienhaus Mühlebachstrasse 33 in Flawil offiziell nur eine Offerte eingegangen. Tatsächlich ist aber eine weitere Offerte eingegangen, wie mir von dritter Seite mitgeteilt wurde. Die Angebotsdifferenz betrug mehr als eine Million Franken. Den Zuschlag erhielt die VTAG in Gossau, deren Inhaber Ralph Klingler[68] ist. Er wurde also vom Konkursbeamten bevorteilt. Demzufolge müssen sehr enge Beziehungen vorhanden sein. Sieben Wochen später verkaufte Klingler die gleiche Liegenschaft weiter. Sein Gewinn dürfte bei zirka einer Dreiviertel-Million Franken liegen. Diese Liegenschaft verkaufte er an den Bruder, der das ausparzellierte Bauernhaus kaufen konnte. Wie mir mitgeteilt wurde, haben diese Brüder über eine Drittperson Verbindungen zu jemandem, der in einem Netzwerk tätig sei, weshalb sie angeblich diese Liegenschaften kaufen konnten.

Beim Verkauf eines Teils einer Landwirtschaftsparzelle kam der damalige Pächter, der das gesetzliche Vorkaufsrecht besass, nicht zum Zug. Der Grund des Zuschlages lag hier nicht beim Konkursbeamten, sondern beim Vorsteher des Landwirtschaftsamtes, Hansueli Nef[69], denn der Handel von landwirt-

---

65 Eingabe 4 an den Kantonsrat St. Gallen vom 23. August 2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_eingabe_4.pdf

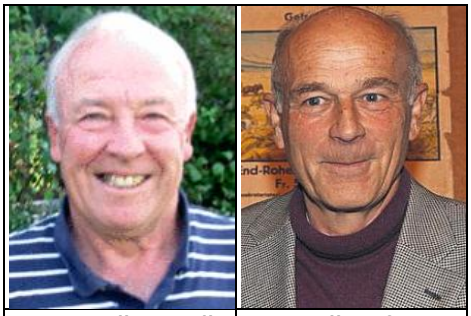
66 Eingabe 4.1 an den Kantonsrat St. Gallen vom 26.09.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/sg_kr_eingabe_4_1.pdf

67 Fritz Buchschacher, Wilerstrasse 22, 9242 Oberuzwil, Telefon 071 951 45 65

68 Ralph Klingler, Privat: Tiefentalstrasse 17, 9230 Flawil
Geschäft: VTAG Verwaltungs- und Treuhand AG, St. Gallerstrasse 42, 9230 Flawil, Tel. 071 385 18 18

69 Hansueli Nef, dipl. Ing. agr., Säntisstrasse 17, 9034 Eggersriet, 071 877 23 39

schaftlichen Grundstücken unterliegt gemäss dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB; SR 211.412.11) der Zustimmung des kantonalen Landwirtschaftsamtes. Weil der Pächter bereits 65 Jahre alt sei und keine Nachkommen habe, könne er, gestützt auf das BGBB das Grundstück nicht kaufen, behauptete Nef. Meine Recherchen bei anderen kantonalen Landwirtschaftsämtern ergab allerdings ein anderes Bild. Gleichzeitig bewilligte Nef aber den Verkauf an den ehemaligen Berufsberater und Kantonsrat Hansruedi Brändle[70] (CVP), Jahrgang 1943, aus Bichwil, Gemeinde Oberuzwil. Brändle hatte in jungen Jahren wohl einmal Landwirt gelernt, dann aber diese Branche verlassen. Formell würde er die gesetzliche Bedingung der landwirtschaftlichen Ausbildung erfüllen, um ein landwirtschaftliches Grundstück zu kaufen. Nach Gesetz darf aber nur ein Selbstbewirtschafter ein landwirtschaftliches Grundstück kaufen. Brändle ist aber kein Selbstbewirtschafter, denn nur sein Sohn Adrian nutz diese Parzelle mit seinen Alpakas. Somit ist offensichtlich, dass der Vorsteher des Landwirtschaftsamtes, Nef, Amtsmissbrauch begangen hatte. Da wir mittlerweile die Behördenkriminalität kennen, wären wir nicht erstaunt, wenn das kein Einzelfall ist.


Hansruedi Brändle | Hansueli Nef

Gehen wir der Sache etwas tiefer auf den Grund: Brändle konnte Jahre vor diesem Kauf in Bichwil, in nächster Nähe seines Wohnhauses, eine landwirtschaftliche Liegenschaft kaufen. In seinem Gesuch an das kantonale Landwirtschaftsamt hatte er aber behauptet, er halte gemeinsam mit seinem Sohn Adrian Alpakas. Auf der Homepage http://www.peru-alpakas.de/%FCber%20mich.htm, die von Adrian Brändle[71], dem Sohn des Käufers betrieben wird, geht hervor, dass das Geschäft mit den Alpakas im Jahre 2000 begann. Neben seinem Wohnhaus lag eine eigene Baulandparzelle von 4689 m2, die der Pächter aufgegeben hatte. Nun begann Adrian auf dieser Wiese Alpakas zu halten. Mit dem Kauf der Liegenschaft Chegelwies in Bichwil vergrösserte er seinen Betrieb mit Alpakas. Heute werden auf dieser Liegenschaft ca. vier Pferde und Alpakas gehalten. Von einer Pferdehaltung war im damaligen Gesuch aber nicht die Rede. Die Pferde gehören möglicherweise Vater Hansruedi, der schon immer Pferde hatte. Gemäss Homepage hält Adrian rund 150 Alpakas. Auch hier wird die Pfuscherei offensichtlich, dass es zum Himmel stinkt.

Selbstverständlich habe ich das alles auch der kantonalen SchKG-Aufsichtsbehörde des Kantonsgerichtes St. Gallen berichtet, doch diese wies alle Beschwerden mit konstanter Boshaftigkeit ab. So ist es ja auch verständlich - nachdem der rote Konkursbeamte festhalten konnte, dass die Konkursprotokolle seit den 50er Jahren nicht mehr verurkundet werden -, dass das Kantonsgericht ein Teil eines kriminellen Netzwerks sein muss. Es muss sich selbst schützen.

1.7.3 Zum Nachdenken

Zirka Ende 2004 oder anfangs 2005 erhielt ich von einem Bekannten aus Flawil einen Anruf. Er erzählte mir, dass er mit einer Drittperson ein Gespräch geführt habe, die folgendes sagte: «Der (der Schreibende) ist erledigt. Der hat keine Chance mehr!»

Aussage: «Der ist erledigt. Der hat keine Chance mehr!»

Diese Aussage erinnert mich an ein Gespräch mit einem militärischen Mitarbeiter Mitte der 1990er Jahre. Er schilderte mir eine Geschichte, die sich tatsächlich abgespielt hatte: Ein (Aargauer) Transportunternehmer bemerkte ca. in den 1960er Jahren, dass der deutsche Zement billiger war als der schweizerische. Also importierte er Zement aus Deutschland und verkaufte ihn günstiger als den einheimischen. Das Zementkartell reagierte betonhart. Dieser Transportunternehmer erhielt keine Aufträge mehr und wurde so gezwungen, seine Fahrzeuge zu verkaufen! Mein Mitarbeiter musste mir letzteres wiederholt bestätigen, weil ich ihn ungläubig angeschaut habe!

---

70 Hansruedi Brändle, heute Friedbergstrasse 4, 9230 Flawil, Tel. 071 951 39 63, braendlehr@bluewin.ch

71 Adrian Brändle, hauptberuflicher Alpakazüchter, Längistrasse 37, 9248 Bichwil, Tel. 078 698 89 13

1.8 Die Züricher Politik

1.8.1 Der Zürcher Regierungsrat

Franz Riklin*

Da ich zu dieser Zeit natürlich noch völlig naiv war und an einen rechtschaffenen Staat glaubte, hegte ich die Absicht, diese Willkür den Bundesbehörden anzuzeigen. Damit ich in Bern mehr Gewicht hatte, versuchte ich, weil ich im Kanton Zürich wohnte, den Zürcher Regierungsrat einzuspannen. Mit Schreiben vom 29.05.2002 ersuchte ich den Zürcher Regierungsrat um Unterstützung[72] beim Gang nach Bern. Damals begründete ich die St. Galler Willkür mit dem Ermächtigungsverfahren in Strafsachen und legte ein Kurzgutachten von Professor Franz Riklin[73] bei, der es verurteilte. Der damalige Direktor der Direktion der Justiz und des Innern, Markus Notter, teilte mir darauf mit, dass sie mir aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht helfen könnten, da sie sich nicht in Angelegenheiten anderer Kantone einmischen dürften.

C. Lentjes Meili*

Auf mein Schreiben vom 25.11.2003 antwortet mir am 01.12.2003 Markus Notter im Namen des Regierungsrates. Dabei wiederholte er seine bereits gemachte Antwort gebetsmühlenartig und erklärte, dass der Zürcher Regierungsrat auf eine weiterführende Korrespondenz zum gleichen Sachverhalt verzichten müsse. Auf mein Schreiben vom 09.07.2004 antwortete mir am 14.07.2004 wiederum Markus Notter im Namen der Regierung. Nebst den üblichen Floskeln teilte er unmissverständlich mit, dass der Zürcher Regierungsrat weitere Schreiben meinerseits ohne Weiterungen im Dossier ablegen würde. Als ich dann am 30.01.2005 den Zürcher Regierungsrat wiederum anschrieb, antwortete mir die stellvertretende Generalsekretärin der Direktion der Justiz und des Innern, Christiane Lentjes Meili, seit 2010 Chefin der Zürcher Kriminalpolizei, und teilte mir mit, dass meine Schreiben nur noch abgelegt würden. Das sind ja die besten Voraussetzungen für eine Kriminalpolizistin.

1.8.2 Das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen

Zürcher Regierungsrat der Jahre 2002 bis 2005

Regine Aeppli* 2003-2015

Rita Fuhrer* 1995-2010

Ruedi Jecker* 1999-2007

Verena Diener* 1995-2007

Als ich am 29.05.2002 meine erste Anfrage an die Zürcher Regierung stellte, wurde im Rahmen der neuen Zürcher Strafprozessordnung ausgerechnet das Ermächtigungsverfah-ren durchgepeitscht, wie es der Kanton St. Gallen bereits kannte. Am 04.04.2002 hatte die Regierung die Vorlage zuhanden des Kantonsrates verabschiedet und am 09.07.2002 hat die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit bereits ihre Antrag an den Kantonsrat beschlossen. Somit begründet sich natürlich die regierungsrätliche Absage von alleine.

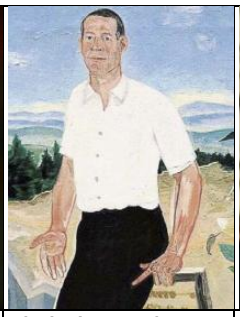
---

72 Anfrage um Unterstützung bei der Zürcher Regierung vom 29.05.2002.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/zh_reg_anfrage_unterstuetzung.pdf

73 Kurzgutachten von Professor Franz Riklin über das St. Galler Ermächtigungsverfahren vom 01.07.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/recht_gutachten_riklin_ermaechtigungsverfahren_sg.pdf

Pikant ist aber, dass Notter in der Vernehmlassung der Strafprozessordnung das Ermächtigungsverfahren gar nicht aufgeführt hatte, sondern diesen Gesetzesartikel erst in der letzten Version an die Regierung bzw. den Kantonsrat eingefügt hatte. Somit hatte er offensichtlich all jene betrogen, die die Entwurfsvorlage studiert hatten, und die Hauptverantwortlichen für die Ausarbeitung der Strafprozessordnung, Staatsanwalt Ulrich Weder und die beiden Professoren Andreas Donatsch und Stefan Trechsel, ehemaliger Präsident der Europäischen Menschenrechtskommission und Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, unterstützten diesen Betrug willig.

Dorothée Fierz*
1999-2006


Christian Huber*
1999-2005

Markus Notter*
1996-2011

Ernst Buschor*
1993-2003

A. Donatsch*

Stefan Trechsel*

Ulrich Weder*

Der Einfluss der Politik in die Strafverfolgung[74]

Mit der Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) hat der Zürcher Regierungsrat sich in der Vorlage vom 04.05.2001 die Kompetenz angeeignet, der Oberstaatsanwaltschaft Weisungen zu erteilen, eine Strafverfolgung an die Hand zu nehmen, nicht aber sie zu unterlassen. Damit wurde die Strafverfolgung politisiert und der Willkür doppelt unterworfen, einerseits durch die Anklagekammer und andererseits durch die Regierung.

1.8.3 Der Zürcher Kantonsrat[74]

Den Zürcher Kantonsrat schrieb ich erstmals am 09.07.2004 an, nachdem der Staat im Staate den Konkurs über mich erlassen hatte. Diese Eingabe wurde nur von den Parlamentsdiensten beantwortet. Dann stellte ich dem Kantonsrat die Eingaben 4.1 und vor allem 4.2 an die Bundesversammlung zu, mit dem Thema, wie es im Kanton Zürich zu und her ginge. In der Eingabe 3 vom 09.04.2005[75] forderte ich vom Kantonsrat die Untersuchung der Entstehung und Suspendierung des Ermächtigungsverfahrens, weil ich deren Praxis direkt erfahren hatte und mit der Eingabe 4 vom 25.11.05 unterbreitete ich ihm die Analyse, wie die Willkür in der Justiz entstanden sei. Dazu mehr unter dem Kapitel der eidgenössischen Politik. Bei all diesen Eingaben kann ich mich nicht erinnern, je eine Antwort erhalten zu haben. Auch die Politik wurde nicht geändert.

1.8.4 Die neue Zürcher Kantonsverfassung[74]

Nachdem ich im Kanton St. Gallen schon die neue Verfassung genauer angeschaut hatte und eine Verschiebung der Kompetenzen zur Herrschaft festgestellt hatte, interessierte mich das ebenfalls bei

---

74 Eingabe 4.2 an die Bundesversammlung vom 31.01.2005, Position B3.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4_2.pdf

75 Eingabe 3 an den Zürcher Kantonsrat vom 09.04.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eingabe-ZH-3-Ermächtigungsverfahren.pdf

der neuen Zürcher Verfassung. Im Gegensatz zum Kanton St. Gallen hat im Kanton Zürich nicht der Kantonsrat, sondern der Verfassungsrat die Verfassung vorbereitet.

In Art. 3 wird der Grundsatz der Gewaltenteilung erstmals festgehalten. In Art. 57 wird dem Kantonsrat die parlamentarische Kontrolle zugewiesen, die er über Regierung, Verwaltung und andere Träger öffentlicher Aufgaben sowie über den Geschäftsgang der obersten kantonalen Gerichte zu tätigen habe. Hier fällt auf, dass die Gerichte einen Sonderstatus erhalten haben, wurde doch das in der alten Fassung nicht so unterschieden. Die Konsequenzen werden wir noch feststellen. Wichtig wäre aber, dass das Gesetz die dafür notwendigen Auskunfts- und Einsichtsrechte bestimmt. Wenn man als oberste Behörde etwas zu kontrollieren hat, so kann man sich nicht Schranken auferlegen, sondern muss zu allem Zugang haben. Aber der Kantonsrat ist gar nicht mehr die oberste Instanz, denn neu ist gemäss Art. 60 der Regierungsrat die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons. Das Zürcher Parlament hat sich demzufolge wie das St. Galler Parlament selbst entmachtet.

Fazit: Der Kantonsrat hat damit seine Kompetenzen zur Oberaufsicht verloren und ist nun der Regierung unterworfen. Er ist daher nicht mehr in der Lage, als Vertreter des Volks zu handeln.

Art. 76 besagt, dass in der Zivil- und Strafrechtspflege die zweite Instanz nur noch prüft, ob die Vorinstanz das Recht richtig angewandt habe. Sie muss nur noch offensichtliche Fehler richtig stellen, die man aber durchaus übersehen kann. Wenn ein Weiterzug an ein eidgenössisches Gericht nicht möglich ist, so kann das Gesetz eine dritte Instanz vorsehen. Diese überprüft die Entscheide nur auf Willkür und schwere Verfahrensmängel. Was ist aber ein offensichtlicher Fehler und ein schwerer Verfahrensmangel? Damit haben wir bereits in der Verfassung die Behördenwillkür «legitimiert».

Fazit: Die Willkür der Gerichte ist nun bereits in der Verfassung zementiert.

1.9 Die eidgenössische Politik

Nachdem ich die im Kanton St. Gallen vorhandene Kriminalität aufgedeckt hatte, mir aber kein Gehör verschaffen konnte, versuchte ich es in Bern.

1.9.1 Der Bundesrat

Peter Müller*

Erstmals beklagte ich am 12.07.2001 dem Bundesrat das bundesrechtswidrige Ermächtigungsverfahren in Strafsachen. Der Bundesrat delegierte die Arbeit an das Bundesamt für Justiz. Am 21.08.2001 antwortete mir der damalige Vizedirektor, Peter Müller, seit 2009 sogar dessen Vorsteher, der Bundesrat sorge für die Einhaltung des Bundesrechts gemäss Art. 184 (recte 186) der Bundesverfassung. Er trete jedoch nach ständiger Rechtsprechung zu Art. 71 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf eine Aufsichtsbeschwerde nur ein, wenn eine wiederholte oder wiederholbare Verletzung von klarem materiellem oder von Verfahrensrecht behauptet werde, die mit keinem ordentlichen und ausserordentlichen Rechtsmittel gerügt werden könne, womit mein Begehren vom Tisch gefegt war. Mit andern Worten: Der Bundesrat prüft nur Fälle, die dem Bundesgericht nicht vorgelegt werden können. Das ist seine Oberaufsicht!

In Art. 186 Abs. 4 BV ist festgehalten, dass der Bundesrat nicht nur für die Einhaltung von Bundesrecht sorge, sondern auch, dass er die dazu erforderlichen Massnahmen treffe. Er hat aber weder das eine noch das andere gemacht, weshalb er seinen Pflichten in keiner Art und Weise nachkam und damit nichts anderes als ungetreue Amtsführung beging. Beim Bundesamt für Justiz ist es keineswegs besser, denn es ist nur der verlängerte Arm des Bundesrates.

Die weiteren Schreiben an den Bundesrat zähle ich nicht mehr auf, denn alle wurden abschlägig beantwortet mit der Behauptung, dass er aufgrund der Gewaltenteilung nicht eingreifen könne. Im Weiteren wurde mir am 04.04.2006 von Gertrud Lutz Zaman von der Bundeskanzlei mitgeteilt, dass meine Schreiben künftig unbeantwortet zu den Akten gelegt würden, wie dies auch der Sekretär der Geschäftsprüfungskommission, Philipp Schwab, schon am 17.03.2006[76] getan habe. Demzufolge gab es zwischen den Vorzimmern des Bundesrates und des Parlamentes Gespräche, damit meine Vorbringen ins Leere laufen.

G. Lutz Zaman

Philipp Schwab

1.9.2 Die Bundesversammlung

Mit Schreiben vom 20.08.2002 gelangte ich an die Bundesversammlung.[60] Darin beanstandete ich das Ermächtigungsverfahren im Kanton St. Gallen. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Subkommission EJPD/Gerichte, Ständerat Hans Hess, unterzeichnete das Schreiben vom 18.10.2002[77] zusammen mit der Sekretärin Irene Moser[78]. Darin wurde grundsätzlich festgehalten, dass eine Aufsichtseingabe keine formelle Beschwerde sei, sondern der GPK als Hinweis auf allfällige Mängel diene. Ob und inwieweit die GPK darauf eintrete und welche Konsequenzen sie daraus auf ihre Oberaufsichtstätigkeit ableite, stehe in ihrem freien Ermessen.

Hans Hess*

Irene Moser

Dann wurde behauptet, dass das Parlament keine Möglichkeit habe, auf Erlasse und Entscheide kantonaler und kommunaler Behörden Einfluss zu nehmen, weil dies einen Eingriff in deren Hoheit und Unabhängigkeit bedeuten würde. Bezüglich dem Bundesgerichtsentscheid wurde wiederum behauptet, dass es weder Bundesrat noch Parlament möglich sei, diesen Entscheid aufzuheben, obschon beteuert wurde, dass es im Interesse des Bundes sei, dass keine kantonalen Gesetze gegen Bundesrecht verstossen. Damit wurde also erklärt, dass die Bundesversammlung aufgrund seiner eigenen Gesetzgebung nichts unternehmen könne, um die Behördenkriminalität zu beenden. Mit anderen Worten heisst das, wie noch gezeigt wird, dass die Bundesversammlung ein Interesse an der Behördenkriminalität hat, obschon das Gegenteil beteuert wird.

Rolf Schweiger*

Luzi Stamm*

Am 03.07.2003 unterbreitete ich der Bundesversammlung meine zweite Eingabe[79], in der die st. gallische und bundesgerichtliche Behördenwillkür weiter und umfassender thematisiert wurde. Nachdem ich keine Antwort erhalten hatte, schrieb ich am 12.08.2004 meine Eingabe 3 und mahnte sie gleichzeitig. Am 30.09.2004 bequemten sich die Präsidenten der Kommission für Rechtsfragen, Ständerat

---

76 Antwort der Parlamentsdienste vom 17.03.2006
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Antwort_PDienst_Bund_17.03.2006.pdf

77 Antwort der GPK Subkommission EJPD/Gerichte vom 18.10.2002
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_gpk_sr_antwort_eingabe_1.pdf

78 Irene Moser, lic. iur., Krankenhausweg 2, 3110 Münsingen, Telefon 031 721 10 63 und 079 744 95 25

79 Eingabe 2 an die Bundesversammlung vom 03.07.2003
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_2_willkuer_sg.pdf

Rolf Schweiger und Nationalrat Luzi Stamm, mir zu antworten.[80] Sie wiederholten die gleichen Behauptungen wie im Erguss der GPK Subkommission vom 18.10.2002.

Ab 06.12.2004 begann ich die Bundesversammlung mit der Eingabe 4[81] und weiteren eigenen Erlebnissen und solchen von Dritten (Eingabe 4.1)[82] zu bombardieren. Am 03.05.2006 antworten mir wieder die Präsidenten der Kommission für Rechtsfragen, Ständerat Rolf Schweiger und Nationalrat Luzi Stamm und wiederholten das bereits mitgeteilte.[83]

1.9.3 Strafverfolgung von Behördenmitgliedern und Beamten

Das im Jahre 1945 eingeführte eidgenössische Strafgesetzbuch (SR 311.0) regelte in Artikel 366 die parlamentarische Immunität und die Strafverfolgung gegen Mitglieder der obersten Behörden. Danach konnten diese Personen strafrechtlich nur verfolgt werden, wenn das Parlament die Strafverfolgung bewilligte. So ist es auch meist in den Kantonen für die Regierung und die Gerichtsbehörden geregelt. Seit der Einführung der eidg. Strafprozessordnung (SR 312.0) ist dieser Mechanismus anders geregelt. Mit der Einführung der eidg. Strafprozessordnung wurde aber auch in Art. 8 das Opportunitätsprinzip festgehalten, d.h. die Strafverfolgungsbehörden können gemäss Art. 52 bis 54 Strafgesetzbuch auf eine Strafverfolgung verzichten. Der Rahmen ist ein Stück weit geregelt, aber nachdem wir gesehen haben, wie der Mechanismus der Willkür dank dem Amtsgeheimnis funktioniert, ist alles möglich, erst recht, wenn unter dem alten Recht sogar Mord nicht aufgeklärt wurde.[84]

Nachdem wir gesehen haben, dass sowohl Parlamente, Regierungen und Gerichte institutionell Verbrechen begehen, ist es besonders stossend, dass sich diese dank dem errichteten Mechanismus selbst vor der Strafverfolgung schützen, ja die Täter spielen sogar Richter.

Fazit: Parlamente, Regierungen und Gerichte begehen institutionell Verbrechen und gleichzeitig schützen sie sich dank dem gesetzlich errichteten Mechanismus selbst vor Strafverfolgung.

1.9.4 Die Einstellung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Justiz[85, 86]

Die parlamentarischen Protokolle

In etwa zehn weiteren Kantonen versuchte ich vergeblich, an die Protokolle der Justizkommissionen der Parlamente zu gelangen. Eigentlich müssten diese öffentlich zugänglich sein, aber selbst die Archivare wussten nicht, wo sich diese befanden. In zwei Kantonen (AR und GL) wurde mir mitgeteilt, dass diese bei der Regierung unter Verschluss seien, weil der Inhalt angeblich «etwas heikel» sei.

Bereits im Jahre 2001 habe ich mich angesichts der grassierenden Behördenwillkür geäussert, dass die parlamentarische Oberaufsicht fehle. Dabei wurde ich von Kantonsrat Armin Eugster zitternd beschwichtigt, dass dies die Gewaltenteilung verhindere. Nun, nachdem ich erlebt hatte und immer

---

80 Antwort der Kommissionspräsidenten für Rechtsfragen vom 30.09.2004
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_rk_antwort_eingabe_2u3.pdf

81 Eingabe 4 an die Bundesversammlung vom 06.12.2004
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4.pdf

82 U.a. Eingabe 4.2 an die Bundesversammlung vom 30.01.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4_2.pdf

83 Antwort der Präsidenten der Kommission für Rechtsfragen vom 03.05.2006
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_rk_antwort_eingaben_4.pdf

84 Zum Beispiel der Kristallhöhlenmord in Oberriet im Jahre 1982. Private Ermittler haben den Täter ausfindig gemacht, so meine Information, aber die Behörden «müssen» jemanden «schützen».

85 Eingabe 5 an die Bundesversammlung vom 13.12.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_5.pdf

86 Eingabe 4 an Zürcher Kantonsrat vom 25.11.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/zh_kr_eingabe_4.pdf

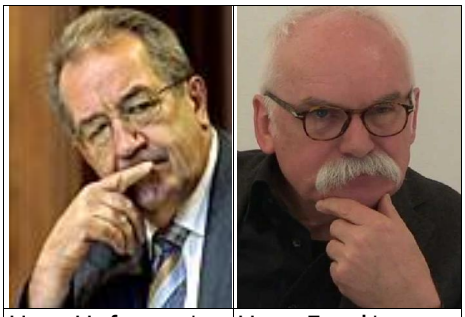
noch erleben muss, wie hochkriminell der Staat arbeitet, wollte ich selbst erfahren, wie die parlamentarische Oberaufsicht funktionierte.

Im Staatsarchiv des Kantons Zürich liess ich mir die Protokolle der parlamentarischen Justizkommission geben. Da wurde ich betreffend 1955 fündig, dass ein KK- (heute CVP) Kantonsrat in der Kommission behauptete, dass die inhaltliche Kontrolle von Gerichtsurteilen rechtswidrig sei. Das war aber vorher konstante Praxis, die nun ab sofort aufgegeben wurde. Gemäss Protokoll gab es dagegen gar keine Opposition. Das erste Verbot der inhaltlichen Kontrolle richterlicher Urteile wurde 1971 erstmals ins Kantonsratsreglement aufgenommen. Gestützt auf eine parlamentarische Initiative von Kantonsrat Markus Notter, dem künftigen Regierungsrat, wurde im Kantonsratsgesetz von 1991 neu das Verbot der inhaltlichen Kontrolle richterlicher Urteile aufgenommen und das Kantonsratsreglement angepasst. Und dieses Verbot zur Kontrolle richterlicher Urteile wurde in die neue Kantonsratsverfassung von 2005 aufgenommen. Damit wird ersichtlich, wie der Mechanismus verändert wurde.

Im Kanton Schaffhausen wurde in der gleichen Zeit die parlamentarische Oberaufsicht aufgehoben. Hier kann aufgrund der offiziellen Protokolle schlüssig nachgewiesen werden, dass der Anlass zur Aufhebung das Amtsgeheimnis des Strafgesetzbuches (Art. 320, SR 311.0) ist. Somit wurde mit dem Strafgesetzbuch die Verfassung ausgehebelt!

> Fazit: Mit dem Gesetzesartikel Amtsgeheimnisverletzung gemäss Strafgesetzbuch wurde vom Parlament die parlamentarische Oberaufsicht der Verfassung hinterhältig ausgehebelt. Damit hat das Parlament seine eigene Kompetenz aufgehoben.

In etwa zehn weiteren Kantonen versuchte ich vergeblich an die Protokolle der Justizkommissionen der Parlamente zu gelangen. Eigentlich müssten diese öffentlich zugänglich sein, aber selbst die Archivare wussten nicht, wo sich diese befanden. In zwei Kantonen (AR und GL) wurde mir mitgeteilt, dass sich diese bei der Regierung unter Verschluss seien, weil der Inhalt angeblich «etwas heikel» sei.



Hans Hofmann* | Hugo Fasel*

Die Einsicht beim Bundesarchiv ergab, dass die Protokolle der Geschäftsprüfungskommission Subkommission Gerichte erst ab dem Jahre 1968 verfügbar sind, aber wegen der Verpackung noch in der Sperrfrist lagen. Bei den Plenarprotokollen der Gesamt-GPK fehlten ausgerechnet die Jahrgänge 1950 bis 1952 und jene vor den 1920er Jahren. Somit hatte ich kein Interesse mehr, diese Protokolle anzuschauen, da offensichtlich war, dass eine Veränderung in der Kontrolle und der Protokollführung vorliegen musste. Mit Schreiben vom 09. und 28.09.2005 stellte ich das Begehren um Einsicht in die eingeschlossenen Protokolle, die aber öffentlich zugänglich sein müssten. Die Antwort der Präsidenten der Geschäftsprüfungskommissionen erhielt ich am 09.11.2005, unterzeichnet von Ständerat Hans Hofmann und Nationalrat Hugo Fasel.[87] Darin wurde behauptet, dass sich die Protokolle der GPK bis zum Jahre 1995 beim Bundesarchiv befänden. Seitens des Bundesarchivs wurde das aber verneint. Zudem stellt sich auch die Frage, weshalb die Protokolle der Jahre 1950 bis 1952 und der 1920er Jahre und früher nicht vorhanden sind. Die Bedienung am Bundesarchiv war zuvorkommend und behilflich, so dass ich in diese Protokolle hätte Einsicht nehmen können, wenn sie zugänglich gewesen wären. Für die Protokolle ab dem Jahre 1995 wurde mir die Einsichtnahme verweigert mit dem Hinweis, dass dieser Entscheid (die Verweigerung) bei keiner Behörde angefochten werden könne. Heisst das, «man» hat etwas zu verbergen?

Die Veränderung der Rechtsprechung in den Gerichten

Nach dieser Aufdeckung klärte ich, welche Folgen die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht in den Gerichten zur Folge hatte. Dies konnte ich nicht im Einzelfall, sondern nur summarisch. Da aber die Datenmenge genügend gross ist, ist auch das Resultat plausibel. Die Auswertung der

[87] Antwort der Präsidenten der Geschäftsprüfungskommissionen vom 09.11.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/GPK_Antwort_09.11.2005.pdf

Amtsberichte des Bundesgerichtes von 1905 bis 2004 lieferte ein vernichtendes Urteil. Vor allem im Bereich Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) war die Veränderung offensichtlich. In den Jahren 1905 bis 1952 verlief die lineare Regression (vereinfacht der Mittelwert einer Datenmenge) noch einigermassen horizontal, was auf eine kontinuierliche, konstante Rechtsprechung wies. Ab 1953 fiel die Regression über ca. 15 Jahre hinweg massiv ab. Das deutete auf willkürliche Entscheide hin. Wäre das Gesetz verändert worden, so müsste es einen Sprung geben, der in der SchKG-Statistik innerhalb eines Jahres ausgeglichen sein müsste und anschliessend müsste die Regression wieder horizontal verlaufen. In dieser Zeit gab es aber gar keine Veränderungen im SchKG, was heisst, die Bundesrichter haben begonnen, willkürlich zu entscheiden. Seit anfangs der 1970er Jahre stieg die Anzahl der Verfahren massiv an. Betroffen war vor allem das Staatsrecht, gefolgt vom Zivilrecht, Verwaltungsrecht und Strafrecht. Dass der Anstieg erst ab Beginn der 1970er Jahre begann, muss darauf zurück zu führen sein, dass ab diesem Zeitpunkt in allen Kantonen die parlamentarische Oberaufsicht abgeschafft war, womit die Willkür höchstgerichtlich vollzogen werden konnte, weil niemand mehr die Gerichte kontrollierte. Damit wurde die sogenannte Gewaltenteilung eingeführt, die heute «wissenschaftlich» anerkannt ist.

Betrachtet man die Periode ab 1953, in der die Regression massiv abfiel, so muss daraus geschlossen werden, dass das Parlament in den genannten Jahren heimlich «beschlossen» hat, die Oberaufsicht über die Justiz, wahrscheinlich auch über die restliche Bundesverwaltung, aufzuheben. Gleichzeitig wurde als «Tarnung» die sogenannte Gewaltenteilung eingeführt. Das Bundesgericht hat unmittelbar nach dieser Aufhebung begonnen, willkürlich zu urteilen, und hat damit den in den unteren Gerichten und in den Betreibungs- und Konkursämtern eingeleiteten Betrug «höchstgerichtlich legalisiert». Die Bundesrichter begehen daher unter willentlichem Schutz von Bundesversammlung und Bundesrat nachweislich Verbrechen. Deshalb müssen sie sich, wie aufgezeigt, gegenseitig vor Strafverfolgung schützen.

> Fazit: Die Bundesrichter begehen unter dem willentlichen Schutz von Bundesversammlung und Bundesrat nachweislich Verbrechen. Deshalb müssen sie sich gegenseitig vor Strafverfolgung schützen.

Die textliche Auswertung der Amtsberichte des Bundesgerichts war nicht weniger aufschlussreich: Das Bundesgericht hatte im Jahre 1892 die Oberaufsicht über das SchKG vom Bundesrat übernommen. Da die Zustände in den Betreibungs- und Konkursämtern gemäss Amtsberichten des Bundesgerichts derart desolat war[88], hat es 1905 beschlossen, Kontrollen vor Ort durchzuführen. Gleichzeitig wurden die kantonalen SchKG-Behörden in einem Kreisschreiben[89] verpflichtete, jährlich einen Bericht zu vorgegebenen Themen abzuliefern. Die Kontrollen wurden bis 1910 jährlich durchgeführt, dann erst wieder in den Jahren 1914/15, 1919 bis 1921 und die letzen von 1927 bis 1933. Selbst im Amtsbericht aus dem Jahre 1927 heisst es noch, *«dass … in verschiedenen Kantonen eine ganze Reihe von bedenklichen Verstössen gegen nicht nur formelle, sondern auch wichtige materielle Vorschriften des Gesetzes und der Verordnungen an den Tag kommen, …»*.

Aus dem Geschäftsbericht von 1964 geht hervor, dass die ständerätliche GPK anfragte, ob die Inspektionen noch vor Ort durchgeführt würden. Die Antwort des Bundesgerichtes war, dass *es Aufgabe der Kantone sei, diese Kontrolle durchzuführen und es umstritten sei, ob die eidgenössische Aufsichtsbehörde dazu befugt sei. Das wurde seinerzeit im Nationalrat in Zweifel gezogen, jedoch auf Grund eines Berichtes des Bundesgerichtes von der GPK bejaht (Bundesblatt 1906 III 776/777). … Im Jahre 1933 hat die Kammer dann beschlossen, vorderhand keine Inspektionen mehr vorzunehmen, und sie hat seither nur noch einmal (auf Wunsch einer kantonalen Behörde) ein Konkursamt inspiziert. Diese Zurückhaltung ist durch die gesetzliche Zuständigkeitsordnung geboten, und es sprechen dafür auch praktische Überlegungen.* 1906 vertrat das Bundesgericht noch eine andere Meinung.[90] Damit hat es

---

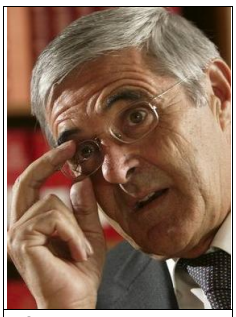
88 Bundesblatt 1906, Seite 411ff, *Bericht des schweiz. Bundesgerichtes an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1905*, vom 02.03.1906. http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/showHierarchyContent.do

89 https://www.bj.admin.ch/content/dam/data/bj/wirtschaft/schkg/bund/05-ks-d.pdf

90 BBl 1906 III 776/777, http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/showHierarchyDate.do

brandschwarz gelogen. Seit dem Jahre 2007 übt der Bundesrat wieder die Oberaufsicht über den SchKG-Bereich aus. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zustände nicht geändert haben.

In textlicher Hinsicht wurde der Amtsbericht des Bundesgerichtes über eine lange Zeit strategisch verändert, um es dem neuen Willkürregime anzupassen. Bezüglich der Informationen für die parlamentarische Oberaufsicht hat das Bundesgericht nie viel geschrieben. In früherer Zeit der Betrachtungsperiode konnte man ab und zu einige kleine Kritiken erhaschen. Doch spätestens ab den 1950er Jahren wurde der Amtsbericht zum nichtssagenden formellen Papier. Zumindest in Teilbereichen wird er seit dem Jahre 1950 vorsätzlich tatsachenwidrig abgefasst. Der Amtsbericht ist daher seit mehr als einem halben Jahrhundert für die parlamentarische Oberaufsicht das Papier nicht wert.


Giusep Nay*

Meine Eingabe 5 an die Bundesversammlung[85] habe ich ebenfalls dem Gesamtbundesrat und dem Gesamtbundesgericht sowie weiteren Adressaten zugestellt. Gerichtspräsident beim Bundesgericht war zu dieser Zeit (2005-2006) Giusep Nay.

Die Einsicht in die Akten beim Bundesgericht[91]

Die kantonalen Aufsichtsbehörden im SchKG-Bereich haben dem Bundesgericht seit dem Jahre 1905 jährlich einen Bericht[89] über die Situation abzuliefern. Aufgrund der aufgedeckten Missstände und Verbrechen wollte ich wissen, was das Bundesgericht mit diesen macht. Ein Augenschein am Bundesgericht vom 11.01.2006 ergab summarisch, dass diese Berichte unvollständig vorhanden waren. Aufgrund der gefundenen Korrespondenz hat das Bundesgericht die kantonalen Aufsichtsbehörden zum Teil sogar gemahnt. Aber es war dem Bundesgericht nicht darum gegangen, zu wissen, was in den Kantonen läuft, sondern einfach so zu tun, als ob man sie brauche. Die vorgefundenen Berichte waren teilweise so sauber wie sie damals der Post übergeben worden waren. Mit andern Worten: Das Bundesgericht hat gar kein Interesse, eine Oberaufsicht auszuüben und schon gar nicht eine Kontrolle.

1.9.5 Die politische Bedeutung der Aufhebung

Nach dem französischer Revolutionär und Freimaurer Pierre Joseph Proudhon (1809–1865) ist Politik die Wissenschaft von der Freiheit, wie die Menschen durch den Menschen zu beherrschen sind. Und nach Brockhaus ist Politik definiert als «Kunst der Staatsverwaltung». Sie verfolgt die Durchsetzung bestimmter Ziele, besonders im staatlichen Bereich und bezüglich des auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichteten Verhaltens von Individuen. Aus der Interessenbestimmtheit ergibt sich der Kampfcharakter der Politik. Ihre Legitimation findet Politik in der (stillen) Zustimmung der Betroffenen.

Das Wort Demokratie bedeutet Volksherrschaft. D.h., das Volk bzw. deren Vertreter, die Parlamentarier, herrschen über die Staatsverwaltung. Herrschaft kann man aber nur durch die drei Führungstätigkeiten ausüben:

§ Erstens die Kompetenz, anordnen zu können, d.h. Gesetze erlassen und Aufträge erteilen,
§ zweitens Kontrollen durchführen und Fehler/Missstände beheben lassen und
§ drittens müssen die Herrschenden zwingend über das Herrschaftsmittel der Strafe verfügen. Erst dann können die Gesetze/Aufträge durchgesetzt werden.

Herrschaft kann also nur durchgesetzt werden, wenn alle diese drei Führungstätigkeiten konsequent um- und durchgesetzt werden. Fehlt eine dieser Führungstätigkeit, so kann keine Herrschaft mehr durchgesetzt werden und damit gibt es auch keine Demokratie mehr.

---

91 Eingabe 6 an die Bundesversammlung vom 17.02.2006
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_6.pdf

Konkret heisst das, nachdem das Parlament die Kontrolle hinterhältig abgegeben hat, dass wir, die Bevölkerung, das Volk, keine Herrschaft mehr über die Staatsverwaltung hat, was nichts anderes bedeutet als, wir keine Demokratie mehr haben.

> Fazit: Mit der Aufhebung der Kontrolle über die Staatsverwaltung wurde die Herrschaft des Volks und damit die Demokratie aufgegeben.

Aber genau die letzten beiden Führungstätigkeiten wurden aufgegeben, indem erstens das Parlament nicht mehr die oberste Behörde ist. Zweitens wurde die Kontrolle über die Staatverwaltung mittels des Strafrechtsartikels Amtsgeheimnis ausgehebelt und drittens schützt sich mit der parlamentarischen Immunität und der Strafverfolgung gegen Mitglieder der obersten Behörden genau jener Personenkreis, der das alles in die Wege geleitet hat.

> Fazit: Mittels der parlamentarischen Immunität vor der Strafverfolgung gegen Mitglieder der obersten Behörden schützt sich genau jener Personenkreis, der die Demokratie ausgehebelt hat und dafür die staatlich institutionalisierte Willkür eingeführt hat.

Der seit alters her bekannte Führungsgrundsatz heisst: Teile und Herrsche. Mit diesem Führungsgrundsatz wurde der Staat in die drei Teile Parlament, Regierung und Gerichte gegliedert, die früher noch einigermassen miteinander kommunizierten. Heute, mit der sogenannten Gewaltentrennung agieren alle drei Gewalten ohne Kontrolle und unabhängig. Die Folge ist die institutionell organisierte Behördenwillkür, die von allen Parteien getragen wird. Da stellt sich nur die Frage, wer regiert und steuert diese drei Gewalten: Parlament, Regierung und Gerichte?

> Frage: Wer regiert und steuert diese drei Gewalten; Parlament, Regierung und Gerichte?

Das, was ich unter diesem Kapitel beschrieben habe, basiert auf der Auswertung von offiziellen Amtsdokumenten. Das Ergebnis kann sachlich nicht widerlegt werden, sondern höchstens willkürlich abgewiesen werden.

1.9.6 Die gestellten Forderungen an die Bundesversammlung[91]

In der Eingabe 6 an die Bundesversammlung vom 17.02.2006 habe ich aufgrund meiner Aufdeckungen folgende Forderungen erhoben:

- Die Bundesversammlung stellt die von ihr geförderte staatlich organisierte Kriminalität fest und macht sie öffentlich bekannt.
- Nach der öffentlichen Bekanntmachung der staatlich organisierten Kriminalität setzt die Bundesversammlung Neuwahlen für sich selbst an.
- Die neu gewählte Bundesversammlung hat alsdann die Gerichte mit unbefangenen Richtern sowie die weiteren Organe vollständig neu zu bestellen sowie die verschiedensten Rechtserlasse den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Wenn die Bundesversammlung meiner Forderung Nachachtung verschafft hätte, so wüssten Sie das bereits. Die Haltung konnte man schon aus den ersten Reaktionen der Bundesversammlung (und des Bundesrates) erahnen. Sie wurden mit der Zeit immer präziser: Auf künftige Schreiben werde nicht mehr eingetreten.

Meine Forderung war etwa die gleiche, wie wenn eine Einzelperson einen Betrüger überführt, dieser aber weder ein Geständnis ablegt, noch die Beute herausgibt. Deshalb sind massiv mehr Autorität und Druck erforderlich, um diese staatlich institutionalisierte Kriminalität zu beenden. Wichtig ist auf jeden Fall, dass ich das alles unterbreitet habe, denn jetzt kann niemand mehr etwas anderes behaupten.

2 Geschichte wie sie nie im Zusammenhang aufgezeigt wird

«I found out something I never knew: I found out that my world was not the real world.»
Deutsch: *«Ich fand etwas heraus, was ich nie kannte: Ich fand heraus, dass meine Welt nicht die wirkliche Welt war.»* *Robert Kennedy (1925-1968)*

Nachdem ich diese rechts-politischen Aufdeckungen gemacht hatte, stellte ich immer die Frage, *«Wer hat das getan?»* Die Antwort war immer die gleiche: *«Bilderberger, Freimaurer, Weltherrschaft»*. Obschon mir die politische Tragweite meiner Aufdeckungen bewusst war, wies ich diese Antworten weit von mir, weil sie damals einfach nicht in mein Weltbild passten.

Von den Bilderbergern hatte ich noch nie gehört, dafür aber schon von den Freimaurern. Doch ich nahm an, dass die Freimaurer irgendwelche schräge Vögel wären, die mit Zirkel und Winkelmass okkulte Messen feierten. Das Studium von verschiedenen Büchern aus der Bibliothek hat diese Brüder (Abkürzung: Br\ ) keineswegs in ein schiefes Licht gestellt. Ich erhielt den Eindruck, dass sie kein Wasser trüben könnten. Allerdings sei hier ausdrücklich festgehalten, dass diese Literatur ausschliesslich von den Logenbrüdern selbst verfasst worden ist.

Das Bild änderte sich komplett, nachdem ich das Buch «Wer regiert die Welt?» von Des Griffin[92] erhalten und gelesen hatte. Das war der Auslöser für das Studium der Geschichte. Allerdings sei hier vermerkt, dass Griffin die Zusammenhänge wohl weit zurück verstanden hat, jedoch nicht deren tatsächlichen Ursprünge und Hintergründe.

«Der Einzelne steht wie gelähmt vor einer Verschwörungstheorie, die so monströs ist, dass er sie einfach nicht fassen kann.»
Edgar Hoover (1895-1972), Freimaurer, Direktor des FBI

«Ein Verschwörungstheoretiker ist jemand, der die Erklärungen von bekannten Lügnern bezweifelt.» *von unbekannt*

2.1 Einführung und Übersicht bis zur Neuzeit

«Geschichte ist die Lüge, auf die sich alle geeinigt haben.»
Voltaire, eigentlich François Marie Arouet (1694-1778), franz. Autor, Freimaurer
Napoleon Bonaparte (1769-1821) hat das Zitat nachher übernommen.

2.1.1 Erste Geschichtskenntnisse

Zuerst studierte ich die Geschichte der Neuzeit. Da muss man erfahren, dass die Zeitepoche der Aufklärung politisch von den Freimaurern und wissenschaftlich von den Rosenkreuzern getragen wurde. Die Aufklärung gipfelte in Frankreich in der Grossen Revolution, die als Gegenpart von den Jesuiten über Jahrhunderte vorbereitet wurde. Die Französische Revolution - sie wird auch als die antichristliche Revolution bezeichnet - wurde von London aus durch Jeremy Bentham und William Petty organisiert und geleitet. Bentham war eines der wichtigsten Mitglieder der British East India Company (BEIC). Bentham sprach sich als erster offen für eine Eine-Welt-Regierung aus. Tatsächlich findet man in der Literatur auch den Hinweis, dass eine Weltregierung seit 4000 Jahren geplant ist.[93]

Bereits wenige Jahre nach der Revolution verbreiteten die Truppen der französischen Republik die revolutionären Ideen mit blanker Gewalt über einen grossen Teil Europas. Dazu bediente sich der jakobinische Konvent des Logenbruders Napoleon Bonaparte, der sich durch rücksichtslose Brutalität ausgezeichnet hatte, indem er seine Artillerie in die Menge schiessen liess, um so die Herrschaft des

---

92 Griffin Des, *Wer regiert die Welt?*, Verlag Diagnosen, ISBN 3923864019. E-Book auf http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/griffin_wer_regiert_die_welt.pdf

93 Coleman John, *Das Komitee der 300*, Fischer, 4. Aufl. 2006, 472 Seiten, ISBN 9873941956100, Seite 372.

revolutionären Direktoriums zu sichern. In Deutschland nutzte er die Gelegenheit, die Monarchie zu schwächen, indem er den Machtbereich der protestantischen Fürsten und Staaten vergrösserte, die so die Stimmenmehrheit im Reichsfürstenrat erhielten. Das war eine der Vorbereitungen, um Deutschland zu einem Staat zu vereinen, wie er noch gebraucht wurde. Das Haus Rothschild half Napoleons Unternehmungen zu finanzieren.[94]

Nachdem 1848 das Kommunistische Manifest, welches der Bund der Kommunisten den beiden Freimaurern Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) 1847 in Auftrag gegeben hatte, erschienen war, brannte ganz Europa. In allen Ländern gab es Revolutionen. Die alten Regierungen wurden gestürzt und neue eingesetzt. Die «Demokratien» entstanden.

Der Erste Weltkrieg wurde nicht von Deutschland angezettelt, sondern von England. Der Weltkrieg wurde bereits 1887 durch den Prinzen von Wales, den späteren König Eduard VII., Lord Randolph Churchill (dem Vater von Winston Churchill), den Herzog von Norfolk, Lord Salisbury (britischer Premier- und zugleich Aussenminister) sowie dem Haupt des Hauses Rothschild, Baron Nathan Mayer Rothschild, angedacht.[95] Das waren aber nicht die ersten Planungen. 1890 wurde in der satirischen Wochenschrift «Truth» eine Europakarte abgebildet, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt. Der Eiserne Vorhang ist dargestellt und im Osten steht «Desert» (Wüste) und «Staaten für sozialistische Experimente». Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges war eigentlich für 1913 geplant[96], musste dann aber verschoben werden, weil die amerikanische Zentralbank (FED) noch nicht gegründet werden konnte, um den Krieg zu finanzieren.

Der Zweite Weltkrieg ist daher nur eine Folge des Ersten. Und so musste auch die russische Revolution durchgeführt werden, die wieder von den gleichen Drahtziehern, der internationalen Hochfinanz[97], finanziert wurde, beispielsweise von Jakob Schiff, dem Präsidenten des Amerikanischen Jüdischen Komitees (American Jewish Committee). Eine Vermittlung von Zar Alexander III., mit der Bitte, die Unterstützungen für russische Revolutionäre einzustellen, schlug er aus.[98] Es war aber auch Jakob Schiff, der den Bolschewiken per Telegramm befahl, die Zarenfamilie zu ermorden.[99]

Die vom britischen Aussenminister Arthur James Balfour verfasste Deklaration vom 2. November 1917, in der sich Grossbritannien gegenüber der zionistischen Weltorganisation verpflichtete, für die Errichtung einer «nationalen Heimstätte» des jüdischen Volkes auf dem Gebiete Palästinas zu streiten, wurde an Lord Walter Rothschild, dem Sohn von Baron Nathan Mayer Rothschild übergeben, der den Ersten Weltkrieg mit angezettelt hatte. Im Gegenzug versprachen die zionistischen Führer, Grossbritanniens drohende Kriegsniederlage durch Einbeziehung der USA in den Ersten Weltkrieg gegen Deutschland abzuwenden. Es war nicht die Zimmermann-Depesche, die als Ursache für den Kriegseintritt der USA behauptet wird.

Was waren die Gründe für diesen Weltkrieg? Vom russischen Revolutionär Leo Trotzki, Volkskommissar und Gründer der Roten Armee, der Millionen von Menschen auf dem Gewissen hat, erfahren wir in seinem Buch «Der Krieg und die Internationale»[100], das erstmals im Jahre 1914 erschienen ist, welche Ziele mit dem Weltkrieg verbunden waren:

---

94 Michaelis L. R., *Die andere Wahrheit: Hintergründe, Methoden und Drahtzieher der aktuellen Zerstörung der europäischen Völker und ihrer christlichen Kultur und was wir dagegen tun können*, Books on Demand, 1. Auflage 2016, 356 Seiten, ISBN 3734777232.

95 Mitteleuropa, Bilanz eines Jahrhunderts

96 Heise Karl, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg*, Erstausgabe 1918, Archivedition, 2. Auflage 1991, 408 Seiten, ISBN 3922314244. E-Book auf http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/heise_entente_freimaurerei_und_weltkrieg_.pdf

97 *Die inszenierte russische Revolution und die Finanzmafia*. https://www.youtube.com/watch?v=B2NLmeync3I

98 Heresch Elisabeth, *Nikolaus II. – Feigheit, Lüge und Verrat, Leben und Ende des letzten Russischen Zaren*, Langen Müller in der Herbig Verlagsbuchhandlung, 1992, 424 Seiten, ISBN 378442404X, Seiten 152ff.

99 Lina Jyri, *Under the sign of the scorpion: The Rise and Fall of the Soviet Empire*, 368 Seiten, ISBN 919728971X bzw. 9197289719

100 Trotzki Lew Dawidowitsch, *Der Krieg und die Internationale*, Verlag der Grütlibuchhandlung, 1918, Seiten 1-84 in Krieg und Revolution, Seite V. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/trotzki_krieg_und_internationale.pdf

> *«Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen „Vaterlandes“ handeln, das zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.»*

Das war aber nicht der erste Hinweis auf die Vereinigten Staaten von Europa. Schon im Jahre 1776 schrieb der Hochgradfreimaurer George Washington (1732-1799) in einem Brief an den Marquis de La Fayette (1757-1834), einem Mitglied der Loge *Les Neuf Soeurs*:

> *«Wir haben ein Korn der Freiheit und Einheit gesät, das nach und nach auf der ganzen Welt keimen wird. Eines Tages werden, nach dem Muster der Vereinigten Staaten, die Vereinigten Staaten von Europa gegründet werden. Sie werden Gesetzgeber aller Nationalitäten sein.»*[101]

In einer Mitteilung des Hochgradfreimaurers Benjamin Franklin (1706-1790), eines Mitglieds der Loge *Les Neuf Soeurs*, von 1778 an einen Freund in Paris, als Vorschlag für eine Bundesverfassung für die europäischen Staaten hiess es:

> *«Gelingt dies, dann sehe ich nicht ein, weshalb Ihr nicht das Projekt König Heinrichs IV.*[102] (1553-1610) *verwirklichen solltet durch die Schaffung eines Bundesstaates und einer grossen Republik aus all den verschiedenen Staaten und Königreichen und durch eine ähnliche Verfassung, denn auch wir mussten viele Interessengegensätze versöhnen.»*[103]

Auf dem Pazifistenkongress im Jahre 1849 in Paris erklärte der Logenbruder Victor Hugo (1802-1885):

> *«Der Tag wird kommen, an dem die beiden grossen Ländergruppen, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Vereinigten Staaten von Europa sich von Angesicht zu Angesicht die Hände über die Meere reichen werden.»*[103]

Die Kirche benutzte den Ofen, vor der Inquisition und den Nazis.[104]

Mit diesen Zitaten haben wir auch die Begründung für den Zweiten Weltkrieg, weil der Zweite eine Folge des Ersten war und somit der ganze Nationalsozialismus mit dem Rassismus, der Judenverfolgung, dem Kommunismus etc. von langer Hand geplant waren und in die Wege geleitet worden sind, als es den Rothschild-Nachfahren Hitler noch gar nicht gab. Damit die jüdische Heimstätte mit Juden gefüllt werden konnte, mussten diese nach Palästina verfrachtet werden, denn die Juden sollten nochmals für ein Ereignis die Manipuliermasse sein. Deshalb durften andere Länder auch keine jüdischen Flüchtlinge aufnehmen! Wie Sie sehen, war alles abgekartet.

Dass Hitler eine Diktatur errichten konnte, ist nicht ihm anzulasten, denn er hatte die Macht auf legalem Wege erhalten. Das deutsche Parlament hat ihm in freien Stücken eine Blankovollmacht erteilt und sich damit selbst entmachtet! Das heisst nichts anderes, als dass das deutsche Parlament babylonisch (Erklärung siehe nächstes Kapitel) ist. Irgendwie sollte die Leserschaft jetzt bemerken, dass sie so ein Vorgehen in diesem Manifest schon einmal gelesen hat.

Wenn man die Geschichte nicht nur oberflächlich, sondern vertieft studiert, indem man die Quellen des Geldes sowie die Handlungen der Babylonier mit einbezieht, so stellt man fest, dass die ganze Geschichte ein dialektisches Ping-Pong ist. Einfach erklärt: Die Babylonier wollen nach Norden (oder geradeaus), so sagt der eine Babylonier (Linker), ich will nach Westen (Links) und der andere Babylonier (Rechter) nach Osten (rechts). Dann wird es eine Diskussion geben, wie es in einer «Demokratie»

---

101 Friederichs Johann, *Wohin stolpert Europa? Stillstand, Abwicklung, Rettung?*, Books on Demand, 1. Auflage 2015, 236 Seiten, ISBN 3735740340, Abschnitt «Europa» - Eine Kurzgeschichte, Absatz 10.

102 Heinrichs IV. formte die Grundlagen für den französischen Einheitsstaat.

103 https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_Staaten_von_Europa

104 https://de.wikipedia.org/wiki/Antichrist

üblich ist, und daraus einen Entscheid oder Kompromiss geben. Der Weg wird vielleicht nicht genau nach Norden gehen, aber entweder nach Nordost oder Nordwest, im Extremfall sogar nach West oder Ost. Aber in jedem Fall wird es nach einer Folge von Entscheidungen immer in die von den Babyloniern gewünschte Richtung gehen, also in unserem Beispiel nach Norden.

Fazit: Demokratische Handlungen und damit auch die Geschichte sind immer eine Folge von dialektischen Entscheidungen.

Auch wenn dieses babylonische Netzwerk die Lehre der drei Welten zerstört hat, so ist davon auszugehen, dass selbst heute noch einzelne Führungskräfte Kenntnis davon haben, allerdings keine vertieften. Das babylonische Netzwerk bzw. die katholische Kirche bedient sich der schwarzen Magie; diese ist destruktiv. Das Gegenteil ist die weisse Magie, die lebensbejahend ist. Beide, die schwarze wie die weisse Magie sind ein Teil der Lehre der drei Welten. Wenn aber alle nur die schwarze Magie praktizieren, was seit Jahrhunderten Praxis ist, so wird es schwer sein, eine Wende herbeizuführen. Dann wird die Katastrophe sehr schlimm werden, bis es einen Paradigmenwechsel geben wird und die Menschheit in Teilen wieder zur Vernunft kommt. Sie wird einen hohen Blutzoll zu bezahlen haben. Wenn man die Geschichte studiert und sich vor allem mit den verschiedenen Organisationen beschäftigt, so stellt man fest, dass alle «Oberen» abhängig gemacht werden, denn nur so haben oberste Herrscher die Führungsgehilfen unter Kontrolle. Das funktioniert nur mit einer destruktiven schwarzen Magie. Sogar ehemalige Mönche berichten darüber aus der Kirche.[105]

Fazit: Zur Durchsetzung der Herrschaft wird die schwarze Magie benutzt. Sie ist destruktiv.

2.1.2 Antike

«Wer nichts weiss, muss alles glauben.»
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916), österreichische Erzählerin

Wissen ist Macht, deshalb muss die Menschheit glauben, damit sie abhängig bleibt.

Wenn man die Geschichte der Neuzeit einigermassen verstanden hat, so fragt man sich, was vor der Zeit der Aufklärung geschehen war. Diese Geschichte zu entwirren ist um ein Vielfaches schwieriger. Im Jahre 2010 kam ich zum ersten Mal mit der Lehre der drei Welten in Kontakt, wobei ich diesen Namen erst später kennen lernte. Diese Schule, in der ich seither bin, ist mehr als 7000 Jahre alt. Sie ist eine rein geistige (spirituelle) Schule. Diese Lehre war einst universal verbreitet. Man beschreibt sie auch mit Gesundheitspflege und Wahrheitssuche. Mit dieser Lehre kann man sich selbst heilen und kann auch die Wahrheit suchen. Allerdings muss man sehr viel üben, wenn man auf einen grünen Zweig kommen will. Diese Naturlehre wird seit fünf bis sechs Jahrtausenden bis auf den heutigen Tag konsequent unterdrückt. Diese Unterdrückung nahm in Babylon seinen Lauf. Da ich in dieser Schule bin und diese Lehre kenne, weiss ich, was vor der Zeit der Religionen und Göttern war, denn die Religionen sind nur Mittel zum Zweck. Seit dieser Zeit in Babylon gibt es bis zum heutigen Tag eine ganze Anzahl geheimer Organisationen, die einen Staat im Staate bilden und deren Namen immer mal wieder ändern. Die bekanntesten sind heute die Freimaurer, Rosenkreuzer, Odd Fellows, Muslimbrüder, Illuminaten[106], Jesuiten, Skull & Bones, Malteserorden, Deutscher Orden, Johanniterorden, Opus Dei, Triaden usw. Um die Sache zu vereinfachen, nenne ich diese Organisationen oder deren Vertreter seit damals bis heute einfach die Babylonier bzw. babylonisch. Ebenfalls nenne ich Personen als Babylonier, die deren Politik ausführen.

Hier ist ausdrücklich anzufügen, dass an dieser babylonischen Spitze Familien stehen, die ihrem Stammbaum über 2500 Jahre bis ins jüdisch-babylonische Exil zurückführen können. Diese Familien heiraten weitgehend unter sich und stellten früher die Könige und heute, vor allem in den Vereinig-

105 http://www.unchurch-now.com/

106 Die (bayrischen) Illuminaten wurden von den Jesuiten gegründet. Der Gründer Adam Weishaupt war ein Jesuit im Kolleg Ingolstadt. Er gründete am 1. Mai 1776 die Bayrischen Illuminaten. Der 1. Mai ist der Tag zu Ehren des Gottes Bel oder Molochs, also Nimrod. Spiritus rector dazu war entweder Moses Mendelsohn oder Mayer Amschel Bauer, der spätere Rothschild.

ten Staaten, die Präsidenten.[107] Im Internet findet man direkte Aussagen von deren Vertretern, dass beispielsweise Cheney, Kerry, Bush und Obama miteinander verwandt sind.

Fazit: Die geheimen Organisationen bilden seit alters her einen Staat im Staate. Die Geheimhaltung über diese Organisationen wird bis zum heutigen Tag, selbst bei kleinen Übertretungen, mittels drakonischer Strafen durchgesetzt.

Ich nenne diese Leute und Organisationen in der Folge Babylonier, Babylon bzw. babylonisch.

Ziel dieser Organisationen war und ist es heute noch, die ganze Menschheit in blinder und absoluter Unterwerfung an eine Hierarchie zu binden, die vollständig von den Herrschern Babylons abhängig ist. Das ist auch der Grund für unseren gewaltigen Materialismus, der täglich grösser wird, mit dem die Menschheit gekauft und abhängig gemacht werden kann.

Fazit: Die Menschheit muss von Babylon abhängig gemacht werden.

Das ist der Grund, weshalb sich alle Freimaurerlogen der Grossloge von England unterwerfen müssen, denn nur so ist sichergestellt, dass von oberster Stelle die babylonischen Aufträge bis zur untersten Loge befohlen werden können. Deshalb darf es auch keine Winkellogen, d.h. wilde Logen geben, die ohne Patent einer von der Grossloge von England abhängigen Grossloge praktizieren.

Aus der Altertumsgeschichte ist bekannt, dass am Anfang in Babylon[108] drei Personen waren, nämlich, Nimrod, Semiramis und Ninus, also Vater, Mutter und Sohn. Diese existierten aber nie real, denn sie sind eine Metapher für die Lehre der drei Welten bzw. symbolisieren diese Welten. Deshalb wird in 1. Mose 8 beschrieben, dass Nimrod anfing, ein gewaltiger Herr auf Erden zu sein. Und im gleichen Satz wird alles verdreht und steht geschrieben: *«und er war ein gewaltiger Jäger vor dem Herrn»*. Diese Verdrehung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte: Was einmal oben war, ist heute unten und umgekehrt. Erklärung im Manifest, Kapitel 9, Organisationen.[1]

Nach Meinung des antiken Philosophen Kelsus (lat. Celsus -), der in der zweiten Hälfte des 2. Jh. lebte, war der Hauptgrundsatz des Christentums:

> *«Fragen Sie nicht, nur glauben.»* und *«Dein Glaube wird dich retten.»*[109]

Celsus' Hauptargument gegen das Christentum, und warum er es mit solcher Kraft angegriffen hat, war, dass er es als eine scheidende und zerstörerische Kraft betrachtete, die sowohl das Römische Reich als auch die Gesellschaft schädigen würde.[109]

Die römisch-katholische Kirche kennt die Dreifaltigkeit als ihr grösstes Geheimnis. Hinter dieser Dreifaltigkeit steckt nichts anderes als diese drei Namen bzw. diese Lehre. Die römisch-katholische Kirche, die sich aus dem Judentum entwickelt hat und ab 300 u.Z. im römischen Reich zur Staatsreligion erhoben wurde, ist babylonisch.[110] In der Lehre der drei Welten muss nichts geglaubt werden, denn alles kann persönlich erfahren werden.

Fazit: In der Lehre der drei Welten muss nichts geglaubt werden, denn alles kann persönlich erfahren werden.

Es ist geschichtlich anerkannt, dass das Judentum die erste monotheistische Religion ist. Geschichtlich geht sie auf die Revolution von Pharao Echnaton im 14. Jahrhundert v.u.Z. zurück, der die alte Garde stürzte und 17 Jahre später von den Gestürzten vertrieben wurde; das ist der biblische Auszug

---

107 Z.B.: de Ruiter Robin, *Die 13 satanischen Blutlinien. Band 1: Beschreibung: Die Ursache vielen Elends und Übels auf Erden*, Verlag: Pro Fide Catholica, ISBN 3932352203
E-Book auf http://totoweise.files.wordpress.com/2011/09/13-satanischen-blutlinien.pdf
oder http://kath-zdw.ch/maria/schattenmacht/13blutlinien.html

108 Die inhaltliche Bedeutung des Wortes Babylon ist «Tor Gottes» oder «Gottestor». Babylon ist deshalb nicht nur ein Name einer alten Stadt oder Landschaft, sondern zudem noch eine Metapher, die heute die Trennung zwischen geistiger und materieller Welt bezeichnet.

109 https://en.wikipedia.org/wiki/The_True_Word

110 Hislop Alexander, *Von Babylon nach Rom*, CLV, 1999, Erstausgabe 1858, 480 Seiten, ISBN 389397377X.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/hislop_von_babylon_nach_rom.pdf

aus Ägypten. Echnaton erklärte den altägyptischen Sonnengott Aton [ägyptisch «Sonnenscheibe»] zur alleinigen Gottheit. Seine neue Religion verstand sich als eine Religion des Hier-und-Jetzt: Alles Geistige wurde verdrängt und dem Materialismus dem Vorrang gegeben. Diese Revolution war ebenfalls babylonisch.

Fazit: Echnatons grosse Revolution in Ägypten im 14. Jahrhundert v.u.Z. war babylonisch.

Der ägyptische Priester Manetho (2.-3. Jhd. v.u.Z.) referiert die Legende einer religiösen Revolte von Leprakranken, die unter der Führung eines gewissen «Osarsiph» während dreizehn Jahren Ägypten beherrscht, die Tempel und Götterbilder zerstört und die heiligen Tiere geschlachtet hätten. Das kann nur die Zeit von Echnaton gewesen sein. «Osarsiph» ist die Maske des verfemten und vergessenen Echnaton. Manetho setzt dann aber hinzu, dass dieser Osarsiph alias Echnaton den Namen «Moses» (das Kind) angenommen habe. Echnatons Kumpane flüchteten nach Norden und unterwarfen die dortigen Stämme. Zuerst hiessen diese Hebräer, ab dem 12. Jahrhundert v.u.Z. Israeliten und ab dem 5. Jahrhundert v.u.Z. Juden. Der Hintergrund des Judentums ist also tief babylonisch.

Es ist anerkannt, dass Moses der Gründer des «jüdischen Volkes» war. Nach der Tora sollen aber alle Juden nur von den Erzvätern Abraham, Isaak und Jakob abstammen. Die heutigen Juden bestehen zu rund 95 Prozent aus Aschkenasim. Die Aschkenasim werden auch als Chasaren bezeichnet. Die Chasaren stammen aus dem nördlichen Kaukasus und damit aus dem ehemaligen Gebiet der Skythen. Gemäss Abschnitt *Grösse und Grenze von Babels Macht* in Jeremia 51.27 galt Aschkenas als skythisch. Aschkenas war aber ein Sohn Gomers (1. Mose 10.3) und Gomer ein Sohn Japhets (1. Mose 10.2). Damit wird bestätigt, dass die Chasaren gar nicht von Jakob abstammen, also keine Israeliten im Sinne der Bibel sind.[111, 112]

Beim 100jährigen innerjüdischen Makkabäerkrieg, wie er teilweise in der Bibel beschrieben ist, ging es darum, ob sich das Judentum reformieren kann. Die Minderheit der nicht reformbereiten Juden obsiegte in diesem brutalen Krieg, weshalb das Judentum bestehen bleiben konnte. Damals wurde bei der unterlegenen Mehrheit die Lehre der drei Welten praktiziert. Diese Leute wurden nachher als Urchristen bezeichnet bzw. beschimpft. Jesus war sogar ein Meister der Lehre der drei Welten, wie beispielsweise Buddha, Laotse, Sokrates, Platon, Pythagoras und viele andere mehr. Wenn Jesus damals über die Pharisäer schimpfte, so ist das heute das Gleiche, wie wenn ich über die Juristen wettere, die die beschriebene Behördenkriminalität erst ermöglicht haben und damit Nutzniesser sind. Die heutigen Juristen sind nur die Nachfahren der Pharisäer; beide sind babylonisch, ob sie es wissen oder nicht. Damals war es die genau gleiche Auseinandersetzung mit Babylon wie heute, denn nichts hat sich geändert, sondern alles wurde nur verschlimmert.

2.1.3 Zeit zwischen Antike bis zur Französischen Revolution[113]

> *«Ich will Ihnen nichts von den Geheimnissen erzählen, die ich in mir trage, aber das eine kann ich Ihnen sagen: Es wird eine so fein gesponnene und weitverzweigte Verschwörung angezettelt, dass Religion und Regierung kaum dem Untergang entgehen können.»*
> *Graf François-Henri de Virieu (1754-1793), franz. Freimaurer der Martinisten*[114]

Der Zisterzienserabt und Illuminat Joachim von Fiore (1130/35 – 1202) beschrieb bereits zu seinen Lebzeiten, was geplant war: Er kündigte die Zeit des Heiligen Geistes an, in der die wahre, vollkommene Philosophie auf die echte Theologie gegründet sei und die erneuerte Religion in dem neuen

---

111 Roth Andreas, *Chasaren. Das vergessene Grossreich der Juden*, Wunderkammer, 2006, 224 Seiten, ISBN 3937389717.

112 Koestler Arthur, *Der dreizehnte Stamm. Das Reich der Khasaren und sein Erbe*, Molden, 1982, 200 Seiten, ISBN 3217007905.

113 Bruners Jan, Nation und Nationalismus, http://janeden.net/nation-und-nationalismus

114 Eggert, Israels Geheimvatikan, Band I, Seite 104. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eggert_Wolfgang_Israels_Geheimvatikan_I_2002.pdf

Jerusalem herrschen werde. Auch das Regiment der Welt werde sich ändern, denn auf die Monarchie und die Aristokratie werde die Demokratie folgen.[115]

> Um 1200 wird die Zeit des Heiligen Geistes mit der Demokratie angekündigt. Sie werde im neuen Jerusalem herrschen. Das ist eine Metapher für einen gewaltigen Materialismus.

Diese Aussage erinnert an Marsilio Ficino (1433-1499), der die Schriften Platons, einem Meister der Lehre der drei Welten, vorsätzlich falsch vom Griechischen ins Lateinische übersetzte. Ficino sagte die Entstehung eines neuen goldenen Zeitalters voraus.[115]

Dieses dritte, glückliche Zeitalter werde von der *intelligentia spiritualis*[116] erleuchtet sein und alle Freuden des Himmlischen Jerusalem (Offenbarung 21) bieten. *Intelligentia spiritualis* wird als die *Lehre von der Weisheit des Heiligen Geistes* bezeichnet. Wörtlich ins Deutsche übersetzt heisst es etwa *geistiges Verständnis/Einsicht,* bezog sich ursprünglich aber nicht auf die rationale, sondern auf die irrationale Denkweise, weil *spiritualis* eben auch *«zum Atem gehörig»* bedeutet. Das ist aber wieder eine Metapher aus der Lehre der Drei Welten, die bereits damals schon niemand mehr verstand. Die Übersetzung mit „Heiliger Geist" ist daher nicht abwegig, allerdings ist er kein Heiliger, sondern ein Heilender! Daran erkennt man, dass alles verdreht wurde, denn die Verdrehung hat System. Mit dieser Aussage war aber nicht die Naturlehre gemeint, sondern die neue Wissenschaft, also diejenigen Wissenschaftler, die nur die materialistische Sichtweise vor Augen hatten.

> Fazit: Das Zeitalter des Heiligen Geistes werde von der *intelligentia spiritualis* angeführt. Im Klartext sind das die heutigen Wissenschaftler, die nur die materialistische Sichtweise vor Augen haben. Deshalb werden geistige Angelegenheiten völlig ignoriert.

Die joachitische Eschatologie ist keine Spekulation über den Sinn der Geschichte, wie oft behauptet wird, die einen Bruch mit der christlichen Geschichtsphilosophie vollzog, sondern verfolgt die klare Absicht, wie sie vorgängig beschrieben ist. Allerdings sollte man dabei verstehen, was der Hintergrund des Himmlischen Jerusalem ist. Das ist nur verständlich, wenn man die Lehre der Drei Welten begreift. Siehe dazu das Manifest *«Unser manipuliertes Rechtssystem».*[1]

Das, was der Illuminat Joachim Fiore entwickelt hatte, führte er im Auftrag der babylonischen Päpste Lucius III. (1097-1185) und Urban III. (ca. 1120-1187) aus. Er musste es auch Papst Clemens III. (1191-1191) vorlegen. Clemens warnte ihn scharf, *«die Schriften im Verborgenen zu halten.»* Es gilt als sicher, dass es einmal mehr nicht um das Seelenheil der Menschheit ging, denn um 1210 wurden die Spuren sichtbar. Damals kam es in Paris zur Verurteilung der freigeistigen Ketzerbewegung des Amalrich von Bene. Die Geschichtsvorstellungen seiner Schüler stimmten mit der Lehre Joachims überein.[117] Damit wird bestätigt, dass die babylonische Kirche auf zwei parallelen Wegen geht, einerseits auf dem offiziellen und andererseits auf dem inoffiziellen, dem revolutionären Weg. Heute würde man diesem Vorgehen hegelsche Dialektik sagen, indem die gleiche Organisation für sich zwei Gruppen gegeneinander kämpfen lässt. Die Ketzer stammen vom Manichäismus und Gnostizismus ab. Die katholische Kirche kennt die Doppelbesetzung nur zu gut, denn Augustinus von Hippo (354-430 u.Z.) gelangte als Heide über den babylonischen Manichäismus zum babylonischen Christentum. Der Babylonier Augustinus war einer der einflussreichsten Theologen der christlichen Spätantike. Schon er gehörte zu den Verdrehern von Platons Schriften. Hier liegt der Ursprung von Goethes[118] Faust.

Welche Kompetenzen sich die Kirche bzw. der Papst dabei aneignete, geht aus der *Dictatus papae* (Diktat des Papstes) von 1075 hervor, das nie publiziert und nie Gesetzeskraft erlangt hat und im Vatikanischen Geheimarchiv liegt.[119]

---

115 Edighoffer Roland, *Die Rosenkreuzer*, Beck, 2. Aufl. 2002, 144 Seiten, ISBN 9783406398230, Seiten 20-21.

116 Der Begriff *intelligentia spiritualis* wurde von Hildegard von Bingen (1098-1179) geprägt.

117 Jahrbuch der Oswald Wolkenstein Gesellschaft, Band 13, 2001/2002, Seite 78ff. http://sosa2.uni-graz.at/sosa/nachlass/sammlungen/wolkenstein-archiv/jahrbuch/JOWG%2013.pdf

118 Johann Wolfgang von Goethe war Mitglied des Freimaurer- und Illuminaten-Ordens

119 http://www.kathpedia.com/index.php?title=Dictatus_papae

Allgemeines

«Die Kirche ist die höchste aller denkbaren Korruptionen.»
Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900), Philologe und Philosoph[120]

Die Bildung einer Nation im Sinne einer politischen Gesellschaft geschieht im Übergang von einer traditionellen Gesellschaft, geprägt durch Religion, ständische Gliederung und agrarische Wirtschaftsstruktur, zu einer modernen Gemeinschaft. Den Merkmalen der «alten» Gesellschaft entsprechend, besteht dieser Übergang aus drei parallelen Prozessen: Säkularisation, Demokratisierung / Nationalisierung und Industrialisierung. Triebkraft dieser Entwicklungen war stets die Intelligenz, im Mittelalter repräsentiert durch die Kleriker, die als Lehrer, Forscher und Schreiber der Herrschenden arbeiteten. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Schicht der Gebildeten vom Status der Dienenden zum progressiven Kern der Nation.

Die Charakteristika des einheitlichen Europa waren:

§ Die christliche Religion. Sie wurde bereits im römischen Reich zur Staatsreligion erhoben.
§ Das Lehnswesen. Das römische Klientelverhältnis und das frühe gentile Lehnsverhältnis der germanischen Reiche verschmolzen im Laufe des Frühmittelalters zum Lehnsrecht, einem rechtlichen und sozialen Beziehungsgeflecht, welches mit dem König an der Spitze pyramidenartig nach unten verlief.
§ Die Städte und die Ständegesellschaft. Sie wurden im Mittelalter geschaffen.

Europäische «Projekte» des Mittelalters waren:

§ Das Mönchstum. Alle vier wichtigen kirchlichen Orden (Benediktiner, 529; Zisterzienser, 1198; Dominikaner, 1216; Franziskaner, 1223) wurden vom Papst anerkannt und hatten einen babylonischen Auftrag zu erfüllen. Mit den Bettelorden erwuchs der römischen Kirche ein innerkirchliches Gegenstück, das die Macht des Papstes schmälerte.
§ Die kirchlichen Universitäten. Sie wurden für die noch zu konstruierende Schulwissenschaft aufgebaut.
§ Die Kreuzzüge. Sie bewirkten die Einigung der europäischen Führungsschichten. Gleichzeitig waren sie für die babylonischen Venezianer, den Schwarzen Adel, ein lukratives Geschäft, weil sie den Handel zwischen Orient und Europa kontrollierten.
§ Die Kolonisierung bzw. Christianisierung. Damit ist die Konsolidierung in Europa gemeint. Diese fand vor allem im Baltikum mittels Kreuzzügen statt.

Das änderte sich erst im späten Mittelalter, als Kirche und Reich in eine Krise gerieten und die Staatsbildung einsetzte. Grund dazu bildete vor allem die Verarmung des Adels, weil die Kreuzzüge in den Orient immense Summen kosteten. Aus diesem Grund waren sie gezwungen, Ländereien und Monopole zu verkaufen. So konnten sich die Städte loskaufen und wurden frei.

Man darf nicht vergessen, dass nachdem das babylonisch-römische Reich zusammenbrach, gleichzeitig die babylonische römisch-katholische Kirche auferstand, die um einiges grösser wurde als das römische Reich. Babylon wurde daher sehr viel mächtiger und verbreitete sich in die ganze Welt hinaus.

Wie radikal und kompromisslos Babylon denkt, lässt sich aus der Bulle *Unam Sanctam*[121] vom 18.11.1302, erlassen von Papst Bonifatius VIII. (1235-1303), ableiten. Sie ist die umfassendste Begründung einer aus dem Papst-Primat abgeleiteten päpstlichen Weltherrschaft in geistlichen wie in weltlichen Angelegenheiten. Sie beginnt mit den Worten:

> *«Eine heilige katholische apostolische Kirche müssen wir im Gehorsam des Glaubens annehmen und festhalten.»* Und gipfelt in dem Satz: *«So erklären wir denn, dass alle menschliche Kreatur bei Verlust ihrer Seelen Seligkeit untertan sein muss dem Papst in Rom, und sagen es ihr und bestimmen es.»*

---

120 Horst Herrmann, *Kirchenfürsten. Zwischen Hirtenwort und Schäferstündchen*, 1992, Rasch und Röhring, 432 Seiten, ISBN 3891364482, Seite 363.

121 http://www.kathpedia.com/index.php?title=Unam_sanctam_(Wortlaut)

Um diese Absicht in die Tat umzusetzen, war es damals nötig, weltweit die letzten Reste der Lehre der drei Welten zu zerstören, denn diese Kenntnisse waren bei den Urvölkern noch vorhanden. Deshalb mussten die Urvölker entweder zum babylonischen Glauben bekehrt oder ausgerottet werden. Da sich ein freier Mensch jedoch zur Wehr setzt, wenn ihm eine falsche Lehre aufoktroyiert wird, war es eine logische Folge der Machtverhältnisse, dass diese Völker ausgerottet wurden. Der Faschisten- oder Hitler-Gruss wurde angeblich schon bei den Indianern praktiziert. Seine Wurzeln liegen in der Lehre der drei Welten, weshalb er im 20. Jahrhundert als babylonischer Gruss verwendet wurde, um die dahinter stehende Lehre weiter zu diskreditieren.

Bei den Indianern gab es keinen Hitler-Gruss.

Etymologisch gesehen bedeutet katholisch (griechisch) «allgemein» und Kirche (griechisch) «das zum Herrn gehörige [Haus]». Übersetzt heisst das eigentlich nichts anderes, als dass die Religion für alle gelten müsse und die Kirche das Haus der selbsternannten Elite ist. Die Menschheit wirft sich also vor dieser Elite auf den Boden und betet sie an. Das ist nicht nur im Katholizismus so, sondern sinnbildlich auch im Islam.

Auch die Eroberung der Welt, zuerst durch Portugal und Spanien, nachher durch die anderen Staaten, wurde durch den Papst «rechtlich» abgesegnet, beispielsweise durch die Bulle *Dum diversas* vom 18.06.1452 und der Erklärung *Romanus pontifex, caelestis* (himmlischer römischer Priester) vom 08.01.1454, in der Papst Nikolaus V. (1397-1455), als erstem Vertreter des Humanismus, König Alphons von Portugal und seine Nachfolger ermächtigte, die Reiche, Fürstentümer, Ländereien usw. der Ungläubigen zu erobern und zu unterwerfen.[122]

Nach der babylonischen Reformation haben die Babylonier 1534 mit Ignatius von Loyola (1491-1556) vorausschauend den katholischen Orden der *Gesellschaft Jesu (Societas Jesu – SJ)* gegründet. Papst Paul III. genehmigte 1540 mit der Bulle Regimini militantis ecclesiae (dt. *«Zur Regierung der Streitenden Kirche»*) das geheime Grundstatut des Jesuitenordens. Die Kirche reagierte auf die schismatischen Entwicklungen mit dem Konzil von Trient (1545–1563), das eine innere Erneuerung der Kirche auslöste. Der neu gegründete Jesuitenorden unterstützte diese innerkirchliche Reformbewegung. Hauptziel des Ordens war und ist die Ausbreitung, Festigung und Verteidigung des katholischen Glaubens, unter anderem durch Missionsarbeit. Der Mitbegründer der *Societas Jesu*, Francisco de Xavier (auch *Francisco de Gassu y Javier, Francisco de Jassu y Azpilcueta*; 1506-1552), war einer der Wegbereiter christlicher Mission in Ostasien, also genau jener Region, die die Babylonier alsbald brutal unterwarfen und plünderten. Das Erkennungszeichen der Jesuiten ist tief babylonisch. Sie haben u.a. den Barock als kirchliches Kampfmittel gegen die Reformation entwickelt und damit der gleichnamigen Zeitepoche den Namen gegeben.

Entstehung und Funktion der Universitäten

> *Nicht nur die Wahrheit, sondern auch der Wahnsinn von Jahrtausenden ist an uns Wirklichkeit geworden. Gefährlich ist es, Erbe zu sein.*
>
> *Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900), Deutscher Philologe und Philosoph*

Nachdem das Christentum im römischen Reich zur Staatsreligion erhoben wurde, begann die römisch-katholische Kirche, den Hellenismus, der noch die Lehre der drei Welten beinhaltete, im ganzen Mittelmeerraum und Vorderasien zu zerstören.[123] Die Meister wurden erschlagen, sofern sie nicht fliehen konnten, die Bibliotheken eingeäschert und die Übungsstätten (Tempel) zerstört. In der

---

122 http://www.kathpedia.com/index.php?title=Dum_diversas
http://www.kathpedia.com/index.php?title=Romanus_pontifex,_caelestis

123 http://www.rassias.gr/9011.html

Folge begann das dunkle Mittelalter, in dem das Wissen spärlich wurde. Kaum einer konnte lesen und schreiben.

Nach dem Mittelalter, in der Renaissance, erinnerte «man» sich wieder an die alten Weisen. Das war keine spontane Idee, denn auch die Renaissance wurde von langer Hand geplant. Sie wurde im Konzil von Florenz 1439, vierzehn Jahre vor dem Untergang des byzantinischen Imperiums, geschaffen. Die Renaissance geht auf den Filioque-Zusatz[124] zurück, der eine Erklärung für das nizäische Glaubensbekenntnis ist. Er beschreibt das Hervorgehen des Heiligen Geistes aus dem Vater «und dem Sohn» und ist in der ursprünglichen Fassung des kanonischen griechischen Bibeltextes von 381 nicht enthalten. In der westlichen Kirche wird er erst seit dem 5. Jahrhundert in trinitätstheologischen Formulierungen verwendet. Aber bereits bei den Kirchenvätern (Athanasius, Basilius, Ambrosius und Augustinus) gab es vorbereitende Formulierungen zur Filioque-Formel. Im Gegensatz zur orthodoxen Kirche hiess es in der westlichen Kirche, dass der Heilige Geist aus dem Vater und dem Sohn hervor gehe. In der Lehre der drei Welten entsteht der «heilende Geist» aus dem «Vater» und wird durch den «Sohn» materialisiert. Die in «»-Klammern gesetzten Wörter sind doppelte Metaphern. Das ist die Natur, wie sie erfahren werden kann und nicht wie die Religion geglaubt werden muss. Wir haben hier eine weitere Verdrehung der Tatsachen, die immer weitergetrieben wurde.

In der Zeit der Renaissance wurden die alten Schriften der Griechen, insbesondere jene von Platon durch Marsilio Ficino, vorsätzlich falsch ins Lateinische übersetzt. In den neu gegründeten babylonischen Universitäten wurden diese Übersetzungen gebraucht, um die heutige Schulwissenschaft zu basteln. Bereits damals wurde gefordert, in der Wissenschaft sogenannte *Axiomata* zu verwenden.[125] Ein Axiom ist eine Grundannahme, auf die eine Theorie aufbaut, das aber selbst nicht näher begründet werden kann. Also Behauptungen, dass etwas so funktioniere, wie es definiert wurde. Man muss daran glauben, denn sie können nicht bewiesen werden. Unsere Schulwissenschaft stützt sich auf sehr viele Axiome ab und ist deshalb nur eine Glaubenswissenschaft. In der Lehre der drei Welten muss man nichts glauben; alles kann selbst erfahren werden.

Fazit: Die Schulwissenschaft ist eine Glaubenswissenschaft, weil sie auf Axiome gründet.

Gleichzeitig zur Renaissance entwickelte sich der babylonische Humanismus mit dem Versuch, eine bessere Welt zu gestalten. Kerngedanke war die Idee der Menschenrechte und des Naturrechtes, welche mit der Aufklärung und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten sowie der Französischen Revolution umgesetzt wurden. Das Konzept der Menschenrechte geht davon aus, dass alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins mit gleichen Rechten ausgestattet und dass diese egalitär begründeten Rechte universell, unveräusserlich und unteilbar seien. Alle sind gleich und einige «gleicher»! In dieser Zeit wurde die ausserbiblische jüdische Literatur vernichtet. Der Humanismus hat der Reformation den Weg geebnet.[126]

Die Zeit bis zur Gründung der Territorialstaaten

Mit dem Niedergang des römischen Reiches entstanden neue Reiche, u.a. das Frankenreich, welches im Wesentlichen aus dem römischen Gallien sowie den angrenzenden rechtsrheinisch-germanischen Siedlungsgebieten bestand und später im Osten bis an die Oder und die Donau und im Süden bis Mittelitalien grenzte. Die Westgoten besiedelten ab 418 Aquitanien und zwischen 507 und 552 Spanien. Das Suebenreich (NW-Spanien) wurde 585 ins Westgotenreich eingegliedert. Damit war ganz Westeuropa unter einer neuen Herrschaft, die allerdings weitgehend römisch-katholischen Glaubens, also babylonisch, war. Das Westgotenreich ging 711 mit der Besetzung der Iberischen Halbinsel durch die Muslime unter.

Aus dem Restgebiet entstand ab dem 5. Jahrhundert zuerst das Reich der Merowinger und ab 639 herrschten mit Unterbrechungen die Karolinger (Hausname des Herrschergeschlechts der Franken) als Hausmeier der Merowinger. Erst 751 wurde Pipin der Jüngere (714-768) mit päpstlicher Unter-

---

124 https://de.wikipedia.org/wiki/Filioque

125 Edighoffer Roland, *Die Rosenkreuzer*, Beck, 2. Auflage 2002, 144 Seiten, ISBN 9783406398230, Seite 20.

126 Brockhaus 2002, Humanismus

stützung von den fränkischen Adligen als König der Franken anerkannt und der letzte Merowinger wurde abgesetzt. Unter Karl dem Grossen (747/748-814) erreichte das Reich seine grösste territoriale Ausdehnung. Karl der Grosse wird oft als «Vater Europas» bezeichnet. Im Jahre 800 wurde der Frankenkönig durch Papst Leo III. (750-816) zum Kaiser gekrönt und stellte somit sein Reich in die Nachfolge des antiken römischen Imperiums, das im Westen um 476 unter ging. Deshalb erhielt sein Reich im 12./13. Jahrhundert den Titel «Heiliges Römisches Reich» und ab dem 15. Jahrhundert den Zusatz «deutscher Nation». Später wurde es auch als deutsches Reich bezeichnet oder in neuerer Zeit als Altes Reich, um es vom deutschen Kaiserreich von 1871 zu unterscheiden.

Karl der Grosse verfasste im Jahre 806 sein politisches Testament, den Reichsteilungsplan. Dieser beinhaltete, dass sein Reich unter seine Söhne Pippin von Italien, Karl dem Jüngeren und Ludwig (I.) dem Frommen (778-840) aufzuteilen sei. Da Pippin und Karl der Jüngere vor ihrem Vater starben, wurde die Aufteilung hinfällig und Ludwig I. übernahm die Reichsfolge. Es gelang ihm jedoch nicht, ein überlebensfähiges fränkisches Grossreich zu schaffen. Drei Jahre nach seinem Tod wurde das Frankenreich im Vertrag von Verdun (843) von seinen Söhnen Lothar I. (795-855), Ludwig dem Deutschen (806-876) und Karl dem Kahlen (823-877) aufgeteilt, und Lothar I. wurde zum Kaiser ernannt. Es ist nicht so, dass diese Reiche jeweils ein einheitliches Gebilde waren, denn in diesem Reich gab es untergeordnete Teilgebiete mit Adeligen an der Spitze. Das Reich und dessen Herrschaft existierte unabhängig von seinem Herrscher und entwickelte Rechtskraft.

Fazit: Der Reichsteilungsplan von Karl dem Grossen war die Grundlage zur Errichtung von neuen und kleineren Territorialstaaten.

Vom kaiserlichen Hof Karls des Grossen ging im 8. Jahrhundert die karolingische Renaissance, auch karolingische Erneuerung genannt, aus. Die Erneuerung betraf insbesondere das Bildungswesen, die mittellateinische Sprache und Literatur, das Buchwesen und die Baukunst. Diese Bildungsreform wurde vom Benediktinermönch Bonifatius (673-755), auch Apostel der Deutschen genannt, angeregt. Bonifatius war der wichtigste Kirchenreformer im Frankenreich.

Ab dem 11. Jahrhundert wurden Ministerialen eingeführt. Das waren im (ursprünglich antiken kaiserlichen) Dienst stehende Beamte, die im ganzen Reich als unfreie Verwalter und Soldaten für Königsgüter und Klöster und später auch für den Adel eingesetzt waren. Im 13. Jahrhundert bildete sich aus Teilen dieser ursprünglich unfreien Schicht der Stand des niederen oder ritterbürtigen Adels heraus, andere Teile wanderten in die Führungsschichten der Städte ab (Patriziat).

Fazit: Mit den Ministerialen wurde ein neuer Stand errichtet, der für die noch neu zu bildenden Territorialstaaten lebenswichtig war.

1158 reglementierte Friedrich I. (um 1122-1190), Barbarossa genannt, die Regalien (Hoheits- und Sonderrechte eines Königs) neu, indem er kaiserliche Verwalter einsetzte und die Regalien selber nutzte, die die lombardischen Städte in Zeiten der Schwäche des Reiches an sich gebracht hatten. Daraus entstanden als Widerstand der Lombarden- und der Veroneser Bund.

Seit dem 13. Jahrhundert gingen die meisten dieser Rechtsansprüche durch Verleihung auf geistliche und weltliche Fürsten über. Auch viele Städte gelangten in den Besitz von Regalien. Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. (1316-1378) von 1356 wies die Salz-, Juden-, Zoll- und Münzregalien den Kurfürsten zu und bestätigte damit eine de facto bereits bestehende Ordnung. Dadurch wurde die staatliche Einheit faktisch aufgelöst und es fand eine Territorialisierung statt, bei der es zur Bildung zahlreicher Territorialstaaten kam. Der territoriale Verwaltungsstaat löste den mittelalterlichen Personenverbandsstaat (mit dem Lehnswesen als Herrschaftsprinzip und Landbesitz als Machtgrundlage) ab.

Fazit: Durch die Abgabe der Regalien wurde das übergeordnete Kaiserreich faktisch aufgelöst, womit neue Territorialstaaten entstanden, aus denen die neuen Nationalstaaten wuchsen.

Die Weiterentwicklung der Territorialstaaten[127]

Die neue Herrschaftsform konzentrierte die Macht beim Herrscher und war auf Dauer angelegt. Es bildeten sich Regierungssitze, Steuern wurden zentral erhoben, Fürsorge geleistet und eine Polizei aufgestellt. Der punktuell einberufene Hoftag (curia regis) des Königs entwickelte sich zu einem ständigen Hofrat, der ganz vom Herrscher abhing. Die Rechtsprechung wurde zentralisiert und vereinheitlicht, private Justiz (Fehde) wurde verboten, Rechtssicherheit versprochen. Das ritterliche Gefolge wurde durch ein stehendes Söldnerheer ersetzt. Die Städte organisierten sich und gelangten, meist mit Unterstützung des Herrschers, zu politischer Selbständigkeit gegenüber den lokalen Machthabern.

Fazit: Die Staatsbildung war eine radikale Transformation des politischen Systems.

Träger der neuen Ordnung waren (stärker als vorher) das Königtum, der Dienstadel (Ministerialen), der stärker als die Adeligen an den König gebunden war, und die Beamtenintelligenz, die den Klerus in der Umgebung des Königs ablöste. Die korporative Organisation der städtischen Führungsschicht war das Vorbild der neuen Verwaltungsstruktur.[113]

Aussenpolitisch war vor allem die Abgrenzung gegen den römischen Zentralismus wichtig.

Die gesellschaftliche Antwort auf die politische Umstellung war die Nationsbildung. Die Führungsschichten entwickelten ein Gemeinschafts- und Landesbewusstsein. Die Sprache innerhalb einer Nation wurde vereinheitlicht.

Eine neue Grundvorstellung von politischer Gemeinschaft setzte sich durch: ein Verband Gleichgestellter statt hierarchischer Abhängigkeit. Die frühmoderne Nation bleibt nach wie vor ständisch gegliedert.

Die Ideologiebildung war eng mit der Nationsbildung verhängt. Man betrieb Abstammungsforschung und entwickelte über die Identifikation mit antiken Völkern ein neues Selbstbewusstsein, woraus sich auch ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des Reiches ergab.

Im Protonationalismus zeigten sich schon während des 14. Jahrhunderts die Phänomene von Ausgrenzung und Feindschaft gegenüber anderen Nationen. Bereits im ausgehenden Mittelalter entstanden aus der Verschiedenheit der überlegenen Kolonialisten und den unterlegenen Ureinwohnern rassistische Tendenzen. Aber auch in Europa gab es immer mehr Abgrenzungen gegenüber anderen Völkern bzw. Nationen. Das war die Geburt des Nationalismus.

Während des Hochmittelalters traten die Nationen zunehmend in den Mittelpunkt der Geschichtsschreibung.

Die Reformation brachte zusätzlich eine Spaltung der Reichsnation und eine konfessionelle «Säuberung» der Territorialstaaten (Dreissigjähriger Krieg). Die Reformation war eine Folge der babylonischen Ketzerbewegungen.

Um die Menschen in den Nationen zu bespitzeln, wurde im vierten Laterankonzil 1215 allen Gläubigen vorgeschrieben, zumindest einmal im Jahr zur Beichte zu gehen und zur Kontrolle sollten in den Pfarreien Listen geführt werden, in denen die Namen der Beichtenden einzutragen seien. Damit war die schriftliche Identifikation einer Einzelperson erfolgt. Als man in Europa begann, das Papier industriell herzustellen, wurden die Listen (für Steuern etc.) erweitert. Die Registrierung wurde immer intensiver.

Ab 1464 mussten sich in Frankreich die Leute des königlichen Botenwesens neu mit einem persönlichen Dokument, einem *passeport*, ausweisen. Der Pass als Identitätsurkunde bezog sich nicht mehr wie bei den älteren Geleitbriefen auf Mensch und Ware zusammen oder auf eine ganze Reisegesellschaft, sondern nur mehr auf eine einzelne Person. Der Freimaurer Johann Gottlieb Fichte forderte

---

127 08.01.2015: *Bildliche Abbildung der politischen Grenzen Europas 1000-2013* https://www.youtube.com/watch?v=RJfQ8-M2-j0 und
23.07.2016: *Die Sprachen von Europa*. https://www.youtube.com/watch?v=1yPm4KCa_XY

1796, dass jede Person von der Polizei sofort erkannt werden müsse. Das sei nur möglich, wenn ein von der Obrigkeit ausgestellter Pass mitgeführt würde, in welchem seine Person genau beschrieben sei.[128] Das ist die Vorstufe des Malzeichens der Offenbarung 13.16. Heute wird das mit einem Chip unter der Haut gelöst. Seit 01.01.2016 werden alle Babies in Deutschland gechipt; die andern Länder der EU werden später folgen.[129]

Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), der auch als ein Weltkrieg angesehen wird, ging es um das geo- und machtpolitische Gleichgewicht in Europa und um die ihm zugeordneten Kolonien; um die Einflussnahme auf die transatlantischen Seewege; um die Vorherrschaft über die aussereuropäischen Stützpunkte etwa in Afrika oder Indien sowie um Handelsvorteile. Als Ergebnis stieg Preussen zur fünften europäischen Grossmacht (GB, F, A, RUS) auf und Frankreich verlor seine vorherrschende Stellung in Kontinentaleuropa und grosse Teile seiner Kolonialgebiete in Nordamerika und Indien an Grossbritannien, das damit endgültig zum dominierenden Weltreich wurde.

Das Recht

Für die neu zu gründenden Staaten war ein Recht unerlässlich, um die Herrschaft des Staates bzw. dessen Hintermänner zu sichern und die Einwohner in deren Sinn zu unterwerfen. Die Römer hatten ein eigenes Rechtssystem entwickelt, das sie nicht von den Griechen übernommen hatten. Nachdem die römische Rechtswissenschaft in der Spätantike in Vergessenheit geriet, liess Kaiser Justinian I. (um 482-565) ältere Rechtstexte sammeln. Sein Gesetzgebungswerk wurde später unter der Bezeichnung *Corpus Iuris Civilis* bekannt. Als bald nach Justinians Tod die Antike endgültig ausklang, geriet auch das *Corpus Iuris Civilis* zunächst in Vergessenheit, bis es im Hochmittelalter in Italien wiederentdeckt wurde und eine Renaissance des römischen Rechts einleitete.

In Westeuropa gerieten die justinianische Kodifikation und das römische Recht insgesamt während des Frühmittelalters weitgehend (aber nicht vollständig) in Vergessenheit. Um 1050 wurde ein wichtiger Text wiederentdeckt. Von diesem Zeitpunkt an haben zuerst italienische Juristen – deren Rechtsschule von Bologna sich zu einer der ersten Universitäten Europas entwickelte – das römische Recht wieder aufgegriffen. Die bestehenden Texte wurden an die Bedürfnissen und Methoden der Zeit angepasst und zu praxisbezogenen Werken entwickelt. Es wurde seither europaweit gelehrt. Seit dem 14. Jahrhundert erlangte das römische Recht als gemeines Recht in Mitteleuropa wieder Bedeutung. Durch die besondere Bedeutung des römischen Rechts wurden die Rechtsfakultäten der Universitäten sehr einflussreich. Es wurde so zur Grundlage für das kontinentaleuropäische Zivilrecht, bis es durch die Zivilrechtskodifikationen des 18. Jahrhunderts mit dem *Code civil,* auch *Code Napoléon*, abgelöst wurde, einem «Naturrecht», das fast in ganz Europa und den Vereinigten Staaten eingeführt wurde. Im 19. Jahrhundert dominierte wieder ein mehrheitlich römisches Recht, z.B. das Zivilgesetzbuch.

Sowohl das römische Recht als auch das «Naturrecht» tragen das babylonische Gedankengut in sich.

Ökonomie[130, 131]

Land und Boden

Die feudale Gesellschaft entstand im Frühmittelalter durch eine Verschmelzung der sich auflösenden antiken Gesellschaft und der germanischen Gesellschaften. Die feudalen Institutionen entwickelten

---

128 Das Passwesen, ein historischer Überblick, vom 02.04.2009
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/passwesen.pdf

129 Neue Weltpresse vom 27.04.2014: *Endlich: EU-Standard-Chip EPS ersetzt Personalausweis*.
http://neue-weltpresse.de/2014/04/637-endlich-eu-standard-chip-eps-ersetzt-personalausweis

130 U.a. auch Engels Friedrich, *Grundsätze des Kommunismus*
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/engels_grundsaetze_des_kommunismus.pdf

131 Kautsky Karl, Die Vorläufer des neueren Sozialismus, 1. Band, 1. Teil, 3. Abschn., 6. Kapitel, Dietz, 1895.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/kautsky_vorlaeufer_des_neueren_sozialismus_band_1_teil_1.pdf

sich erst nach dem Jahr 800 im Reich der Franken. Die Arbeiter liessen sich in drei Stufen der Unfreien unterscheiden, die Ministerialen, die zins- und dienstpflichtigen Leute, die Grundhörigen und die eigentlichen Unfreien (Leibeigene) des Adels. Im Mittelalter wurde Land als göttliche Leihgabe betrachtet, das sich die Menschen «untertan machen sollten». Auch wenn Feudalherren Herrschaft über ihr Land beanspruchten und von den Bauern Pacht oder andere Abgaben verlangten, konnte der Boden doch nicht einfach geteilt, verkauft oder erworben werden. Ein grosser Teil des Landes galt zudem als Allmende, die von allen Bauern gemeinschaftlich bewirtschaftet wurde.

Im 16. Jahrhundert, zur Zeit der Tudors, erliess das englische Parlament Gesetze, die den Herren Aufteilung und Verkauf der Allmende erlaubten. Das gemeinschaftlich bewirtschaftete Land wurde zum Privateigentum erklärt und die Rechte der Bauern beschnitten. Diese Auffassung setzte sich zunächst in England und später auf dem Kontinent durch. Aus Lehen wurde Privatbesitz[132], der sich aufteilen und verkaufen liess. Aristokraten und reiche Bauern wurden Eigentümer des Bodens, der einst als frei zugängliches, gemeinsames Gut gegolten hatte.[133]

Die letzten Leibeigenschaften endeten erst nach Mitte des 19. Jahrhunderts, während ausserhalb ihrer Ländereien bereits die Lohnarbeit vorherrschte.

Arbeit und Handel[134]

Im Mittelalter gibt es den Bauern und den Handwerker. Letzterer ist in den Zünften zwangsmässig organisiert. In der frühen Neuzeit (13.-15. Jhd.) entstand die Manufaktur, also die Zusammenfassung von Handwerkern von verschiedenen Fachgebieten zu einem Arbeitshaus. Mit dem Merkantilismus wurde der Zunftzwang aufgehoben. In dieser Zeit begannen die Staaten Wirtschaftspolitik zu betreiben, um den Handel fördern zu können. Damit wurde das Konkurrenzdenken der Nationen gefördert. Der Merkantilismus war nur Mittel zum Zweck der Stärkung der Finanzkraft eines Landes. Direkte Nutzniesser des Merkantilismus waren neben den Landesfürsten die Unternehmer, Verleger und Grosshändler. Deren Aufstieg ging mit einem Bedeutungsverlust der Zünfte und Gilden sowie des Landadels einher.

Das Industrielle Zeitalter begann mit der industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England und später auf dem Kontinent. Dabei wurden die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die Arbeitsbedingungen und Lebensumstände dauerhaft umgestaltet. Als wichtigste an dieser Umwälzung beteiligte Gesellschaftsklassen standen sich kapitalistische Unternehmer und lohnabhängige Proletarier gegenüber. Gleichzeitig wurden auch die Binnenzölle abgeschafft.

Die industrielle Revolution hat überall den Reichtum und die Macht der Bourgeoisie im höchsten Grade entwickelt und sie zur ersten Klasse im Lande gemacht. Die Bourgeoisie vernichtete die Macht der Aristokratie, des Adels, indem sie die Majorate oder die Unverkäuflichkeit des Grundbesitzes und alle Adelsvorrechte aufhob und so die Macht der Zunftbürger zerstörte. Weiter entwickelte sich das Proletariat in demselben Masse, wie sich die Bourgeoisie entwickelte.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Wirtschaftstheorie des Merkantilismus durch die Nationalökonomie abgelöst.

Geld – 1. Teil

Um dieses Thema zu verstehen, muss man die Problematik unseres babylonischen Geldsystems kennen, ansonsten kann man die gesamte Geschichte so oder so nicht begreifen.[135]

---

132 Nach Duden bedeutet privat (lat.) *«(der Herrschaft) beraubt; gesondert, für sich stehend; nicht öffentlich»*.

133 Rifkin Jeremy, *Die H2-Revolution: mit neuer Energie für eine gerechtere Weltwirtschaft*, Campus, 1. Auflage 2002, 304 Seiten, ISBN 3593370972, Seite 232.

134 https://de.wikipedia.org/wiki/Merkantilismus und https://de.wikipedia.org/wiki/Industrielle_Revolution

135 Das Geld: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/das_geld.pdf
Hamer Eberhard, Der Welt-Geldbetrug.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/der_welt_geldbetrug.pdf

Im europäischen Mittelalter wurde Gewichtsgeld eingesetzt. Hierbei wurden Edelmetalle – insbesondere auch Münzen aus Silber und anderen Metallen – nicht nach Anzahl oder Nennwert getauscht, sondern nach Gewicht.

Während weiter Teile des Mittelalters und der frühen Neuzeit verwendeten viele Länder einen Silberstandard als offizielle Währung. Im täglichen Zahlungsverkehr fanden sowohl vollwertige Kurantmünzen als auch unterwertige Scheidemünzen Verwendung. Goldmünzen dienten zur Bezahlung teurer Güter und als Handelsmünzen zur Bezahlung von Handelspartnern aus dem Ausland.

Das erste Papiergeld wurde in Europa 1483 in Spanien eingeführt. In der Folge wurde es immer mehr verwendet. Mit dem Papiergeld begann die ungebremste Spekulation. Die erste Spekulationsblase wegen Tulpen ging bereits 1637 in die Geschichte ein. Heute gehören sie zum festen Alltag.

Ab dem 16./17. Jahrhundert nahmen Banken Münzgeld gegen Quittung in Verwahrung. Die Quittungen wurden als Zahlungsmittel verwendet. 1694 bewilligte Wilhelm III. von Oranien in England einem privaten Konsortium die Errichtung der ersten Nationalbank.

Das Ausleihen von Geld geschah natürlich nie unentgeltlich. Die Kreditnehmer mussten im Mittelalter beispielsweise den Geldverleihern für Wochenkredite rund 43 Prozent Zins abliefern.[136] Die Geldverleiher waren in der Regel Juden. Im Christentum war das Zins nehmen verboten, weshalb Innozenz III. 1215 den Christen das Zinsnehmen nochmals ausdrücklich verbot. Im Judentum war das Zinsnehmen nie verboten, und so wurde den Juden durch die babylonische Kirche ein lukratives Monopol zugehalten. Hauptzentren des Kapitals waren damals Venedig und Genua. Sie wurden vom Schwarzen Adel kontrolliert.

Nebenbei sei erwähnt, dass im Altertum die Zinsnahme ganz allgemein verboten war, weil man damals die Konsequenzen dieser Massnahme noch verstanden hatte. Einzig die Juden kannten die Zinsnahme, wobei diese in den Anfängen unter den Juden ebenfalls nicht opportun war (2. Mose 22.24).

Aber auch der Erlass der Schulden sowie die Freilassung von Sklaven nach sieben Jahren, d.h. im Sabbatjahr gemäss 5. Mose 15.2, führte dazu, dass vor dem Erlassjahr kaum noch Kredite gewährt wurden. Deshalb erlaubte der berühmte Schriftgelehrte Hillel der Ältere (um 30 v.u.Z. - um 9 n.u.Z.) bei Schuldverträgen eine Klausel anzuhängen, die das Eintreiben der Schuld zu jeder Zeit, also auch nach Ablauf der sieben Jahre, gestattete («Hillels Prosbul»). Dies sollte angeblich zur Herstellung einer sozial gerechteren Ordnung dienen. Hillel war einer der bedeutendsten pharisäischen Rabbiner, Vorsteher des Sanhedrin und Gründer einer Schule zur Auslegung der Schrift, also ein Babylonier.

Die damaligen Rabbiner bzw. Pharisäer oder Schriftgelehrten haben es bereits damals verstanden, generell den biblischen Idealismus des geregelten Schuldenschnitts bewusst zu umgehen. Die Tora hatte mit dem Schuldenschnitt eigentlich einen Schutz der Armen beabsichtigt, doch die Folge waren höhere Zinsen und ein geringerer Zugang zu Krediten.[137]

2.1.4 Veränderung der Religion

> *«Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.»*
>
> *Karl Marx, eigentlich Moses Mordechai Levy (1818-1883), Freimaurer*

Um die Geschichte besser zu verstehen, ist es erforderlich, die wesentlichen Änderungen am Konzept der katholischen Kirche darzustellen:

---

136 Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte 1218 – 2000, Herausgeber Staatsarchiv d. Kt. Zürich, Seite 18, http://www.staatsarchiv.zh.ch/internet/justiz_inneres/sta/de/ueber_uns/veroeffentlichungen/_jcr_content/contentPar/downloadlist_1/downloaditems/download_stark_reduz.spooler.download.1282746601230.pdf/zh_verfassungsgeschichte.pdf

137 Jüdische Allgemeine, vom 17.11.2011: Walter Homolka Rabbiner, *Leben auf Vorschuss.* http://a-r-k.de/kommentar/13/

Die erste monotheistische Religion ist das Judentum. Das Judentum entstand in der Folge von Pharao Echnatons Revolution im 14. Jahrhundert v.u.Z. Der Hintergrund des Judentums ist eine Verdrehung der Lehre der drei Welten, die im vierten Jahrtausend v.u.Z. in Babylon begann. Der Unterschied besteht darin, dass die Lehre der drei Welten geistig-spiritueller Art ist und damit alles persönlich erfahren werden kann, während die neue monotheistische Religion aufs Materialistische ausgerichtet ist und alles geglaubt werden muss, was die babylonischen Führer den Völkern vorgaukeln.

Nachdem die Mehrheit der Juden unter dem Hellenismus die Lehre der drei Welten praktizierte, brach der Makkabäerkrieg (165 bis 63 v.u.Z.) aus, den die Minderheit der orthodoxen (babylonischen) Juden gewann, weshalb das Judentum überlebte.

Das 2. und 3. Jahrhundert u.Z. war das Zeitalter der Gnostik. Sie ist nach dem Freimaurer und bolschewistischen Revolutionär Christian Georgijewitsch Rakowski (1873-1941) die zweite antichristliche und kommunistische Verschwörung.[138] Der Gnostizismus und Manichäismus beinhalten im Grundsatz die gleiche Lehre vom absoluten Dualismus zwischen Gut und Böse, Licht und Finsternis. Heute würde man Hegelsche Dialektik sagen.

Zur gleichen Zeit wurde die katholische Lehre vorbereitet, und später im Römischen Reich unter Konstantin dem Grossen (270/288-337) die neue Religion des Christentums als Verdrehung und Zerstörung der Lehre der drei Welten offiziell eingeführt. Die neue Religion basiert auf dem babylonischen Gedankengut; deren Hauptinhalt ist die Trinität. Hinter der Trinität versteckt sich jedoch die Lehre der drei Welten.

Parallel zum babylonischen Christentum als These entwickelte sich der babylonische Manichäismus als Antithese weiter. Daraus entstanden die babylonischen Ketzerbewegungen (Messalianer, Paulikianer, Bogomīlen, Katharer, Albigenser, Waldenser, Hussiten, Wyclif, Lollarden usw.), deren Aktivitäten in der Reformation gipfelten. Sie alle waren die Hauptfeinde des römischen Stuhles.[131] Auslöser der Reformation waren aber auch der neu begründete Humanismus sowie das Entstehen der neuen Staaten. Damit wurde vordergründig die Macht der Kirche geschmälert. Luthers Mentor, Johann von Staupitz (1465-1524), lehnte einen Widerruf der Lehre Luthers ab, da diese Lehre nicht von diesem stamme. Das heisst, Luther, der ursprünglich Luder[139] hiess, hat die Arbeit der Babylonier verrichtet; er war ein Babylonier.

> Fazit: Die «religiöse» Dialektik bestand darin, die römisch-katholische Kirche als These und die Ketzerbewegungen als Antithese zu positionieren. Somit konnte die politische Richtung beliebig gesteuert werden.

Luther, der Babylonier, forderte bereits zu seiner Zeit die Euthanasierung von missgebildeten Neugeborenen, den sogenannten «Wechselbalg» und «Kielkropf», die nur ein Stück Fleisch des Teufels und ohne Seele seien, zu ersäufen. Diesen Ratschlag erteilte er dem Fürsten von Anhalt, der ihn aber ablehnte.[140]

Die Reformation und ihre Folgen

Die Kirche wurde vom Babylonier und Augustinermönch Martin Luther in gewalttätige und miteinander rivalisierende Fraktionen aufgeteilt. Die Folge waren u.a. die Religionskriege, besonders der Dreissigjährige Krieg (1618-1648), bei dem rund ein Drittel der Einwohner ums Leben kamen. Im Westfälischen Frieden von 1648 errang die Schweiz ihre «Unabhängigkeit».

Die babylonische Reformationslehre revolutionierte nicht nur das geistliche Leben, sie setzte auch eine umfassende gesellschaftspolitische Entwicklung in Gang; dabei stellte sie das Individuum in den

---

138 Rakowski-Protokolle.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/rakowski_protokolle.pdf

139 http://www.sinossevis.de/upload1/_Kyrie_Eleison_Teil_2.pdf

140 Luthers Tischreden Nr. 4513 und Nr. 5207 (auch Nr. 3676).
Katholisches vom 26.07.2017: *Martin Luther über Behinderte, „die man ersäufen sollte“*
http://www.katholisches.info/2017/07/martin-luther-ueber-behinderte-die-man-ersaeufen-sollte/

Vordergrund. Durch die prinzipielle Trennung von Geistlichem und Weltlichem (Zwei-Reiche-Lehre) löste sich der Staat von der Bevormundung durch die Kirche, um nun die Kirche vom Staat abhängig zu machen. Die Jesuiten begannen mit der Gegenreformation, und die Kirche war gezwungen, Reformen durchzuführen.

Fazit: Durch die Trennung von Geistlichem und Weltlichem löste sich der Staat von der Bevormundung durch die Kirche. Aber die Gesellschaft war nach wie vor im Netz der Babylonier gefangen.

Die römisch-katholische Kirche verlor ihr bis dahin beinahe unantastbares Deutungsmonopol für die Auslegung der Bibel. Indem nun alle selber die Bibel lesen konnten, wurde sie zum Gegenstand vernunftmässiger Argumentation. Deshalb bereitete die Reformation der Aufklärung den Weg. Damit wurde auch die Autorität der Geistlichen aufgeweicht, und mit dem Wegfall der Ablass-Gebühren fiel auch deren wirtschaftliche Grundlage weg.

Fazit: Die Reformation ebnete der Aufklärung den Weg.

Die Reformbewegung spaltete sich aufgrund unterschiedlicher Lehren in verschiedene protestantische Kirchen auf. Die wichtigsten Konfessionen, die aus der Reformation hervorgingen, sind die Lutheraner und die Reformierten (darunter Calvinisten und Zwinglianer). Hinzu kommen die radikalreformatorischen Täufer und die Unitarier; in England entstand die anglikanische Kirche.

Der Calvinismus ist nach dem Genfer Reformator Johannes Calvin, eigentlich Jean Cauin (1509-1564) benannt. Sein Vater war ein Marrano. Calvin, der sich in Genf zeitweise Cohen nannte - der Name bedeutet «Priester» und geht auf die ägyptischen Mysterienschulen zurück - studierte wie der Jesuitengründer Loyola und Erasmus von Rotterdam auf dem Collège du Montagu (auch Montaigu) an der Sorbonne in Paris, einem Institut der Illuminaten (Babylonier).[141]

Calvins Lehre richtete sich vor allem an die Gesellschaftsschichten, die in Handel und Industrie tätig waren. Er predigte seine Doktrin der «Auserwählten», d.h. Gott erwählt die einen Menschen zum ewigen Heil völlig ungeachtet ihres Verdienstes. Alle übrigen sind durch ein gerechtes, aber unverständliches Urteil zu ewiger Verdammnis bestimmt. Diese Haltung rechtfertige er durch die Verneinung des freien Willens: *«Der Mensch besitzt nicht den freien Willen für gute Taten, sofern er nicht die Hilfe der Gnade Gottes erhält, und diese besondere Gnade wird nur den in der Erneuerung Auserwählten zuteil.»* Calvin schuf die Voraussetzung, dass das Denken immer mehr vom Geld beherrscht werden konnte. Diese Gefahr hatte schon der Babylonier Thomas von Aquin (1225-1274) erkannt, der sagte, wenn der Mensch die Vorstellung von Gott als dem höchsten Gut aufgebe, neige er dazu, den Wohlstand zum höchsten Gut zu erklären.

Seine Reformation war «eine Erhebung der Reichen gegen die Armen», was Calvin mit der Aussage *«Die Menschen müssen stets in Armut gehalten werden, damit sie gehorsam bleiben.»*, bestätigte.[142]

Fazit: Die Reformation Calvins war «eine Erhebung der Reichen gegen die Armen». Deshalb *müssen* die *Menschen stets in Armut gehalten werden, damit sie gehorsam bleiben.*

Calvin war ein Befürworter des Zinses. Zu jener Zeit bestand in der katholischen Kirche das Zinsverbot; nur die Juden durften Kredit gegen Zins geben und hatten damit ein Monopol. Dennoch wurde das Zinsverbot bald in allen evangelischen Gebieten Europas aufgehoben. Die formelle Aufhebung des Zinsverbotes wurde erst am 18.08.1830 von Pius VIII. aufgehoben.

Er rief, Bezug nehmend auf 2. Mose 22,17: *«Eine Hexe sollst du nicht am Leben lassen»*, auch dazu auf, Hexen aufzuspüren und gnadenlos auszurotten. Im Altertum hing das «Hexen» mit dem Wissen der Lehre der drei Welten zusammen, weshalb dieses Wissen und damit diese Leute zu töten waren.

---

141 http://www.ekd.de/calvin/reise/paris.html und https://watch.pair.com/reformation-2.html

142 Zarlenga Stephen, *Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht*, Conzett, 2. Auflage 2008, 533 Seiten, ISBN 303509005X, Seite 140.
https://geldseite.wordpress.com/2012/04/14/johannes-calvin-und-das-geldsystem/ und
http://www.calvin09.de/2370-0-105-21.html

Mit andern Worten: Der Calvinismus, der sich im gesamten englischsprachigen Raum rasch verbreitete, hat nichts anderes als das Zeitalter der allgemeinen Zinsnahme eingeläutet und damit der heutigen Bankindustrie Vorschub geleistet. Durch die Jahrhunderte lange Praxis der Zinsnahme, waren damit die Juden, sagen wir es richtig, die babylonischen Juden, bevorteilt, weil sie in dieser Zeit bereits ihre Bankeninfrastruktur ausbauen konnten.

Fazit: Der Calvinismus hat der heutigen Finanzindustrie den Weg bereitet.

Der Puritanismus war eine vom 16. bis zum 18. Jahrhundert wirksame Bewegung in England, Schottland und später in Neuengland, die für eine weitreichende Reformation der Kirche nach evangelisch-reformierten bzw. calvinistischen Grundsätzen eintrat. Die Bezeichnung «Puritaner» leitet sich von ihren Forderungen nach einer «Reinigung» (engl. purification) der Kirche von «papistischen» Lehren her. Papist ist eine von dem Wort Papst abgeleitete Bezeichnung für Katholiken, die im Protestantismus der Reformationszeit im 16. Jahrhundert aufkam und ein abwertender Kampfbegriff war.

Seinen Höhepunkt erreichte er mit dem Sieg im Englischen Bürgerkrieg und der Errichtung einer puritanisch geprägten Republik unter Oliver Cromwell (1599-1658) und blieb insbesondere in den neuenglischen Kolonien bis in das frühe 18. Jahrhundert prägend.

Im Internet und in der Literatur findet man noch das päpstliche Konzept der drei Kronen der Gewalt, das für die Babylonier in der nach der Reformation neu anbrechenden Zeit von Bedeutung war. Allerdings konnte ich deren Grundlagen aus verschiedenen Gründen nicht verifizieren. Es umfasst

- die Bulle *Romanus Pontifex*[143] aus dem Jahre 1455, erlassen von Papst Nikolaus V. (1397-1455). Darin wurde das neugeborene Kind von jedem Recht auf Eigentum getrennt. Das bedeutete nicht weniger, als dass man den Menschen direkt nach der Geburt ihr Recht auf Eigentum absprach.
- die Bulle *Aeterni Regis*[144] (in etwa «Ewige Herrschaft» oder «Ewiger Besitz des Herrschers») aus dem Jahre 1481, erlassen von Papst Sixtus IV. (1414-1484). Darin wurde das Kind der Rechte auf seinen Körper beraubt. Mit dieser Bulle war man von Geburt an zu ewiger Knechtschaft verdammt.
- die Bulle *Convocatio* (Einberufung) aus dem Jahre 1537, erlassen von Papst Paul III. (1468-1549). Darin erhob die Kirche Anspruch auf die Seele des Kindes.

Aufgrund meiner erworbenen Kenntnis bin ich zum Schluss gekommen, dass die ersten beiden Bullen heute in unserem Rechtssystem eine wichtige Rolle spielen. Ich bin aber im Moment nicht in der Lage, die Wirkung zu erklären. Im Internet gibt es dazu einige Erklärungen.

Great Awakening – die Erweckungsbewegungen

Das Great Awakening, Sammelbezeichnung für eine Reihe grosser protestantischer Erweckungsbewegungen, die mit Jonathan Edwards (1703-1758) begann, war keine Randerscheinung, sondern eine Massenbewegung und zersplitterte den Puritanismus. Im 18. Jahrhundert entstanden die Methodisten, im 19. Jahrhundert folgten die Baptisten mit unabhängigen kongregationalistischen Gemeinden und nachher entstanden eine ganze Anzahl weiterer Freikirchen.

Erweckungsbewegungen

Die Erweckungsbewegungen begannen im Jahre 1735 und zeichneten sich durch die Bekehrung des Einzelnen aus und betonten besonders die praktische christliche Lebensweise. Sie gehen davon aus, dass lebendiges Christentum mit der Antwort des Menschen auf den Ruf des Evangeliums zu Umkehr und geistiger Erneuerung beginnt. Charakteristisch für Erweckungsbewegungen sind persönliche Bekehrungen. Ein wesentlicher Faktor bei vielen Erweckungsbewegungen ist die Predigt. Sie sind keine Randerscheinung, sondern eine Massenbewegung.

---

143 http://www.nativeweb.org/pages/legal/indig-romanus-pontifex.html

144 *Aeterni Regis* (Des Ewigen Königs vom 21.06.1481 von Papst Sixtus IV.

Die einst hierarchisch geführte Religion wird nun auf einmal fragmentiert. Jeder kann sich nun auswählen und denken, was er will. Es gibt keine zentrale Führung mehr. Durch den Kongregationalismus wird den Gläubigen eine Art Demokratie gewährt, wie sie in politischen Dingen ebenfalls angedacht ist.

> Fazit: Mit den Erweckungsbewegungen wurde der zentral geführte Glaube aufgehoben. Jeder konnte nun seinen eigenen Glauben wählen und in der Gemeinde stimmen. Das bedeutet eine geistige Aufklärung und zugleich die Vorbereitung für die politisch-babylonische Demokratie.

Das *Great Awakening* (Grosse Erwachen) begann hauptsächlich mit Jonathan Edwards (1703-1758). Jonathan heiratete Sarah Pierpont. Zu dessen Nachfahren gehören u.a. der Bankier John Pierpont Morgan (1837-1913), ein Mitglied des Komitees der 300 und Agent Rothschilds, sowie der Komponist James Lord Pierpont (1822-1893). Ein Enkel war der Vizepräsident der USA, Aaron Burr jr. (1756–1836). Burr stand in Verbindung mit Jeremy Bentham der BEIC.

Wie viele protestantische Theologen des 18. Jahrhunderts versuchte Jonathan Edwards die Heilslehre Johannes Calvins mit der Aufklärungsphilosophie des Rosenkreuzers John Lockes und der Gedankenwelt des Rosenkreuzers Isaac Newtons zu verbinden. Das sind alles Ideen der Babylonier, um die Demokratie und den Materialismus zu fördern, in der wir heute stecken.

> Fazit: Die «Heilslehre» der Erweckungsbewegungen beinhalten die Gedanken und Zielsetzungen der Babylonier für Demokratie und Materialismus.

Die Gründer der Methodisten, John Wesley (1703-1791), Charles Wesley (1707-1788) und George Whitefield (1714-1770), gehören ebenfalls zu den Urhebern des Great Awakening. Die Wesley-Brüder wurden durch die Herrnhuter Brüdergemeine von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700-1760) inspiriert, als sie nach Neu-England fuhren. Die Herrnhuter Brüdergemeine ist eine aus der böhmischen Reformation (*Böhmische Brüder*) herkommende überkonfessionell-christliche Glaubensbewegung. Die *Böhmischen Brüder* oder *Mährischen Brüder* sind aus den Hussiten hervorgegangen; sie sind also Ketzer. Graf von Zinzendorf war ein Freimaurer.

Unitarismus

Der Begriff Unitarismus (lat. unitas «Einheit») bezeichnet einerseits eine aus der radikalen Reformation stammende theologische Auffassung, die die Trinitätslehre und die Göttlichkeit Jesu ablehnt, und andererseits historisch eine aus dieser theologischen Auffassung entstandene religiöse Bewegung, die mit dem Arianismus anfing. Die unitarische religiöse Bewegung besteht heute sowohl aus theistischen, insbesondere christlichen Gemeinschaften, die an der nicht-trinitären Gottesvorstellung festhalten, als auch aus Gemeinschaften, die explizit für Atheisten[145] und Agnostiker[146] offen sind.

Durch diese Bewegung konnte die Trinität (Dreifaltigkeit) als Metapher der Lehre der drei Welten beseitigt werden, womit der Glaube nur noch auf Gott reduziert wurde. Dieser Gott war niemand anderer als die selbsternannte Elite und diese entscheidet, was geglaubt werden darf.

> Fazit: Mit dem Unitarismus wurde die Trinität (Dreifaltigkeit) als das grösste Geheimnis der Kirche aufgehoben und die Lehre auf einen Gott reduziert. Dieser Gott war nun die selbsternannte Elite der Babylonier, die selber entscheidet, was geglaubt werden darf.

Bereits vor dem Unabhängigkeitskrieg zeigten sich vereinzelte Fälle des Antitrinitarismus, und auch der aus der französischen Aufklärung kommende Deismus verbreitete sich. Die erste offizielle Aufnahme des unitarischen Glaubens in einer Kirchgemeinde erfolgte 1782 in der Kings Chapel in der BEIC-Hochburg Boston unter dem Erb-Babylonier[147] James Freeman (1759–1835). In der unitarischen

---

145 Atheismus bezeichnet die Abwesenheit oder Ablehnung des Glaubens an Gott bzw. Götter (Theismus).

146 Agnostizismus ist die philosophische Ansicht, dass Annahmen – insbesondere theologische, welche die Existenz oder Nichtexistenz einer höheren Instanz, beispielsweise eines Gottes, betreffen – ungeklärt bzw. (mit materiellen Sinnen) nicht klärbar sind.

147 Tucker Kevin, *Web of the Illuminati*, First Edition 2013, 207 pages, ISBN 1304034798, Seiten 46-48.
de Ruiter Robin, *Die 13 satanischen Blutlinien. Beschreibung: Die Ursache vielen Elends und Übels auf Er-*

Kirche waren die Schlüsselstellen mit zahlreichen Vertretern der Erb-Babylonier, Illuminaten usw. besetzt, u.a. durch die beiden Erb-Babylonier Thomas Jefferson und John Biddle (1615-1662). So erstaunt es nicht, dass später die unitarische Bewegung offen der Wirtschaftspolitik Thomas Malthus (1766-1834) huldigte, dem Ökonom der BEIC. Es war der Anfang der New Age Bewegung im 19. Jahrhundert.[148]

Der Unitarismus durchlief die Stadien vom frühen Antitrinitarismus bis hin zum Rationalismus und Modernismus. Als Grundlage diente eine grosszügige Aufnahme der Ergebnisse der vergleichenden Religionswissenschaft. Mitte des 18. Jahrhunderts übernahmen zahlreiche Theologen in Neuengland eine im Wesentlichen antitrinitarisch-unitarische Position.

Der Unitarismus wurde von der britischen Oligarchie, von konservativen Kaufleuten, die als die «Brahmanen von Boston»[149] bekannt sind, gefördert und gegen die Institutionen der *Republicans* eingesetzt. Zu diesem Zweck wurde 1805 an der Harvard Universität in Boston ein philosophischer Lehrstuhl (Hollis Chair of philosophy) gegründet. Ein erster Inhaber war der einflussreiche unitarische Theologe Henry Ware (1764-1845). Seine Wahl löste eine Kontroverse zwischen Unitariern und konservativeren Calvinisten aus. Er beteiligte sich an der Gründung der *Harvard Divinity School* und der Gründung des Unitarismus.[148]

Die Verteidigung gegen die unitarischen Angriffe wurden vom calvinistischen Pfarrer Jedidiah Morse (1761-1826), einem Hamilton-Föderalisten geführt. Zu diesem Zweck führten Morse und seine Verbündeten 1805 das theologische Seminar in Andover als Konkurrenz zu Harvard ein. Weiter wurde 1810 der *American Board of Commissioners for Foreign Missions* (ABCFM)[150] gegründet. Das ABCFM war eigentlich nur ein Zusammenschluss von Kongregationalisten und Presbyterianern zwecks Koordination der Missionsarbeit.[151] Morses Verbündeter im Kampf gegen die Unitarier war der Merovinger-Erb-Babylonier[147] und Illuminat John Quincy Adams (1735-1826); er war ein entscheidender Förderer des ABCFM.[148]

Eine dieser unitarischen Bewegungen sind die *Zeugen Jehovas*, die vor allem über die *«Watch Tower Bible and Tract Society»*, kurz *Wachtturm-Gesellschaft* genannt, mit ihren Zeitschriften *Der Wachtturm* und *Erwachet!* missionieren. Mitbegründer der *Zeugen Jehovas* war Charles Taze Russell (1852–1916). Er stammt aus einer der einflussreichsten Familien und ist deshalb ein Erb-Babylonier[147]. Er war Mitglied der Tempelritter und ein bedeutender Hochgradfreimaurer.[152] Russell gründete 1870 einen ersten Bibelkreis. Darin verankerte sich die verdrehte babylonische Meinung, dass es keine unsterbliche Seele gebe, der Tod Jesu ein Loskaufsopfer für alle Menschen darstelle, die Wiederkunft Christi zunächst unsichtbar erfolge und die Wiederkunft nicht den Zweck der Vernichtung habe, sondern einen Segen für die Menschheit bedeute. 1881 gründete Russell mit seiner Frau und Tochter zusammen mit dem sehr vermögenden William Henry Conley (1840-1897) und dessen Frau die *«Zion's Watch Tower Tract Society»*. Die Gesellschaft tritt aber erst seit 1931 unter dem Namen *Zeugen Jehovas* auf. Die *Zeugen Jehovas* sind eine nichttrinitarische Gesellschaft mit einer theokratischen Organisation, also einer religiösen Herrschaftsform. Die *Zeugen Jehovas* werden mit Satanismus wie satanisch-rituellem Missbrauch (u.a. Ritualopfer) und «Gespaltenen Persönlichkeiten» und weiterem in Verbindung gebracht. Das ist nichts anderes als schwarze Magie. Damit kann man die Führungs-

---

den, Verlag: Pro Fide Catholica, ISBN 3932352203.
E-Book auf http://totoweise.files.wordpress.com/2011/09/13-satanischen-blutlinien.pdf
und http://kath-zdw.ch/maria/schattenmacht/13blutlinien.html

148 Calney Mark, *Sun Yat-sen and the American Roots of China's Republican Movement*
http://larouchejapan.com/japanese/drupal-6.14/sites/default/files/text/Sun-Yat-sen-American-Roots-article.pdf

149 Als *Boston Brahmins* («Brahmanen von Boston») werden die vornehmsten Familien Bostons bezeichnet. Sie führen ihre Abstammung auf die puritanischen Gründer der Kolonie Massachusetts zurück und bilden eine Art Adel Neuenglands. Sie sind mit dem europäischen Hochadel vergleichbar.

150 Der *American Board of Commissioners for Foreign Missions* (ABCFM) ist die älteste US-amerikanische Auslandsmissionsgesellschaft für das Christentum. Die Gründung hängt mit der Erweckungsbewegung und dem Kongregationalismus zusammen. (Wikipedia)

151 Eue Johannes, Die Oregon-Frage: Amerikanische Expansionspolitik und der Pazifische Nordwesten, 1814-1848, LIT, 1995, 417 Seiten, ISBN 3825823822, Seite 169.

152 http://kath-zdw.ch/maria/wachturmges.html

mitglieder von Babylon abhängig machen, weil man sie so in der Hand hat, das zu tun, was die selbsternannte Elite will.

Transzendentalismus

Der Begriff Transzendentalismus (auch Amerikanischer Transzendentalismus) bezeichnet eine in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss der babylonischen Brüder Immanuel Kant (1724-1804), Friedrich Schelling (1775-1854) und weiteren, vor allem aus den Vereinigten Staaten, gegründete neuidealistische Bewegung. Basis war die humanistisch geprägte Religion des Unitarismus.

Schelling brütete mit den Babyloniern Hegel und Hölderlin eine weitere Revolution aus, indem das «Heilige» aus dem Leben verschwinden und die sozialen Bande, die ihre Stärke aus der Präsenz dieses «Heiligen» schöpfte, auseinander fallen musste. Diese Forderungen wurden später im Kommunistischen Manifest festgehalten.

Der amerikanische Transzendentalismus vereinigte Einflüsse der englischen Romantik, mystische Vorstellungen und indische Philosophien. Die Transzendentalisten traten für eine freiheitliche, selbstverantwortliche und naturzugewandte Lebensführung ein. Von ihnen gingen wesentliche Impulse für die Sklavenbefreiung, die Entstehung der Frauenbewegung und der Naturschutzbewegung aus. Sie verstanden sich als Gegenbewegung zu den vorherrschenden religiösen, philosophischen, politischen und literarischen Ansichten, zur tonangebenden kulturellen Führungsschicht Bostons. Anstatt auf nostalgischen Rückblick setzten sie auf Kritik und Veränderung. Das Neue wurde zum wesentlichen Inhalt und Wert der *American Newness*, die als Raum unbegrenzter Möglichkeiten zu erkunden und zu realisieren war. Damit wurde die nur scheinbar esoterische Gruppe der Transzendentalisten zu einer der mächtigsten Strömungen der amerikanischen Geistes- und Kulturgeschichte.

William Ellery Channing (1780-1842) war der führende unitarische Prediger in der Union der Staaten Amerikas. Er war ein prominenter Denker in der liberalen Theologie und seine Gedanken gehörten zu den Haupteinflüssen der Neuengland-Transzendentalisten. Er lehnte die Dreifaltigkeit ab und sagte, es gibt einen Gott und Jesus ist Gott deutlich untergeben. Im Gegensatz zu Calvin verkündigte er einen liebevollen Gott, anstatt einen, der zu fürchten ist. In späteren Jahren predigte Channing gegen die Sklaverei, forderte aber nie explizit deren Abschaffung.

In den Vereinigten Staaten wurde 1836 von Ralph Waldo Emerson, George Ripley, Amos Bronson Alcott, Theodore Parker, Henry David Thoreau, Elizabeth Palmer Peabody und Margaret Fuller die neuidealistische Bewegung unter dem Namen *Transcendental Club* oder *Hedge Club* gegründet. Betrachten wir einige der genannten genauer:

Ralph Waldo Emerson (1803-1882) studierte in Harvard und erhielt 1826 eine Lizenz als unitarischer Pfarrer. 1829 wurde er als Assistent vom einflussreichen Professor Henry Ware an die *Unitarian Second Church of Boston* berufen. Zwischen 1832 und 1833 begab er sich auf eine Europareise und machte Bekanntschaft mit Thomas Carlyle, William Wordsworth und Samuel Taylor Coleridge. Auf dieser Reise lernte Emerson auch den deutschen Idealismus[153] und indische Philosophien kennen. Seine Vorlesungen über den Transzendentalismus begannen 1838. Emerson galt seitdem als führender Kopf dieser Bewegung in Amerika.

George Ripley (1802-1880) war ebenfalls ein unitarischer Pfarrer. Ripley und andere waren auf einem Weltrat der Rosenkreuzern, die aus *France's L'Ordre du Lis* und *England's Order of the Rose* stammten.[154] 1841 gründete er die sozial-utopische Kolonie *Brook Farm* bei Boston. Sie zog zahlreiche Besucher aus nah und fern an, u.a. auch den britischen Sozialreformer Robert Owen (1771-1858). Zu den eifrigsten Unterstützern der Kommune gehörte der Illuminat und Medien-Tycoon Horace Greeley.

---

153 Als Deutscher Idealismus wird die Epoche der deutschen Philosophie von Kant bis zu Hegel und zum Spätwerk Schellings bezeichnet. Als zeitliche Rahmendaten gelten meist das Erscheinen von Kants *Kritik der reinen Vernunft* (1781) und der Tod Hegels (1831).

154 Kienholz M., *Opium Traders and Their Worlds-Volume One: A Revisionist Exposé of the World's Greatest Opium Traders*, iUniverse, 2008, 480 pages, ISBN 0595467865, Chapter Six: Opium, Alchemy and Rosicrucians.

Zu Robert Owen ist noch einiges zu erklären:[155] Owen reiste 1825 nach Amerika. Dort gründete er nicht nur seine utopische, genossenschaftlich konzipierte Kolonie *New Harmony*, sondern seine Mission in den Vereinigten Staaten bestand darin, die Agenda des Komitees der 300 auszuführen. Owen hasste die föderal strukturierte Verfassung der Union der Staaten Amerikas sowie deren Einzelstaaten. Zusammen mit der Sozialreformerin Frances Wright (1795-1852) bereiste er das Land, um freie Liebe, Abtreibung, Atheismus und im Verbund mit den *«Secret Six»*, den *«Geheimen Sechs»*, die Abschaffung der Sklaverei zu predigen. Die Einführung der Abtreibung wurde später bei der Regierung der Vereinigten Staaten erzwungen. Weitere Aktivitäten waren:

§ den Sozialismus als Vorgänger des Kommunismus einzuführen;
§ durch das Predigen «Equal Rights» (gleiche Rechte / Emanzipation) für Frauen die Familie zu zerstören und so eine Spaltung der Familie zu verursachen;
§ Internate einzuführen, deren Ziel es ist, die Kinder von ihren Eltern für längere Zeiträume zu trennen;
§ eine Bewegung zu etablieren, die eine Verschmelzung der Rassen in der «Einen Welt» propagiert, um sie zu einer gemischten und fügsamen Bevölkerung zu verbinden. Professor Arnold Toynbee (1889-1975) führte diese hoch geheime Gesellschaft in England als auch in den USA.

Diese Zusammenhänge zeigen genügend, wie die verschiedenen Akteure vernetzt sind und dass die heutige Schulwissenschaft aus der Religion heraus entwickelt worden ist, weshalb auf eine weitere Recherche verzichtet wird.

Ein Pionier des amerikanischen Transzendentalismus, der Dichter Walt (Walter) Whitman (1819-1892) sagte selbst, sein Hauptziel sei «das religiöse Ziel». Die «neue Theologie», «die höchste und letzte Wissenschaft, die Wissenschaft von Gott», wolle sich die Naturwissenschaft anverwandeln und aus ihr entstehen, indem sie alle Konflikte zwischen den Philosophien aufhebe, um «die ewige Seele des Menschen (und aller anderen Dinge ebenfalls), das Spirituelle, das Religiöse», zu erreichen.[156]

Der moderne Spiritualismus

Spiritismus (lat. *spiritus* ‹Geist›) bezeichnet moderne Formen der Beschwörung von Geistern oder spukenden Gespenstern, insbesondere von Geistern Verstorbener (Totenbeschwörung), die sich mit Hilfe eines Mediums sinnlich wahrnehmbar mitteilen sollen. Der Beginn des modernen Spiritualismus wird geschichtlich auf den 31. März 1848 festgelegt, als es bei den Fox-Schwestern spukte.

Bei den jeweiligen beschriebenen Vorgängen handelt es sich wahrscheinlich zur Hauptsache um Phänomene, die mit der Lehre der drei Welten im Einklang stehen und daher auch erklärbar sind. Da diese Lehre zerstört wurde, können diese Phänomene nicht mehr gedeutet werden. Die dabei verwendete Terminologie basiert auf griechischen Wörtern, die in früheren Zeiten als Metaphern in der Lehre der drei Welten verwendet wurden.

Die Ideologie des Spiritismus ist auch im Zusammenhang mit dem Materialismusstreit zu betrachten, der genau zu jener Zeit tobte. Dabei ging es um die Frage, ob geistige Lebensäusserungen ein separates Reich bilden oder als ein Produkt der Materie aufgefasst werden müssen. Der babylonische Materialismus beinhaltet die These, dass die gesamte Wirklichkeit als ein objektiv-reales Sein aufgefasst werden muss, dessen Existenz und Struktur weder vom menschlichen noch von irgendeinem anderen (z.B. göttlichen) Bewusstsein abhängen. In diesem Sinn wurde der Streit auch entschieden, weil es Babylon so wollte, ansonsten wäre der Jahrtausende alte Kampf vergebens gewesen.

---

155 Coleman, Komitee der 300, 2006

156 Wellek René, *Geschichte der Literaturkritik 1750-1950: Das späte 19. Jahrhundert*, Gruyter, 1977, 637 Seiten, ISBN 3110059169, Seite 180.

Die Vatikanischen Konzile

Ausgangslage des Kirchenstaates

Der Kirchenstaat war bis ins 18. Jahrhundert mächtig, doch mit der Französischen Revolution und der Napoleonischen Herrschaft wurde sein Staatsgebiet immer mehr beschnitten. Papst Pius VI. (1774-1799) starb als Gefangener der Revolution in Südfrankreich, sein Nachfolger Pius VII. (1743-1823 / 1800) musste unter österreichischem Schutz in Venedig gewählt werden. 1801 wurde der Kirchenstaat wieder hergestellt. 1809 erklärte Napoléon, dass Papst Pius VII. als weltlicher Herrscher aufgehört habe zu regieren, was faktisch die Annexion des Gebietes durch Frankreich bedeutete. Nur die geistliche Macht wurde dem Papst belassen. 1815 wurde Europa auf dem Wiener Kongress neu geordnet und der Kirchenstaat in seinen Grenzen von 1797 wiederhergestellt. In der Folgezeit besass der Kirchenstaat in der gebildeten europäischen Öffentlichkeit einen denkbar schlechten Ruf als Hort von Misswirtschaft, Reaktion und Unterdrückung, wie es für Polizeistaaten typisch ist.

Pius IX. (1792-1878 / 1846) agierte anfänglich liberal (1846–1848) und wurde so zu einem Idol der Neoguelfen. Im Zuge der Revolutionen von 1848/49 kam es wie in weiten Teilen Mitteleuropas auch in Rom zur Revolution; der Papst musste fliehen. Schon vor den revolutionären Wirren vertrat der italienische Revolutionär Giuseppe Mazzini ein *Europa der Völker* und nahm damit die politisch-soziale Grundidee der EU vorweg. Mazzini war zumindest der Namensgeber der Mafia, aber er war auch Mitglied des Komitees der 300.

1849 wurde im Kirchenstaat die Römische Republik ausgerufen. Zwei Monate später erfolgte eine militärische Intervention Frankreichs und Spaniens und der Kirchenstaat war wiederhergestellt. Seither verfolgte Pius IX. einen reaktionären, an die Politik Österreichs angelehnten Kurs. Diese Schutzmacht ging 1859 durch die Kriegsniederlage Österreichs gegen Frankreich und Sardinien-Piemont verloren; und da Frankreich lediglich die Region Latium um Rom militärisch abzusichern bereit war, schloss sich der Rest des bisherigen Kirchenstaates 1860 dem neuen Königreich Italien an. Als Frankreich seine Schutztruppen im Kirchenstaat 1870 aus Rom abzog, marschierten italienische Truppen unter König Viktor Emanuel II. ein, entmachteten den Papst politisch und proklamierten Rom zur Hauptstadt Italiens.

Der Status der Vatikanstadt war zunächst ungeklärt, jedoch blieb in ihr de facto die Herrschaft der katholischen Kirche bestehen, so dass sich ab 1870 die kirchlichen Verwaltungsorgane aus dem restlichen Kirchenstaat in der Vatikanstadt konzentrierten. Die *Römische Frage* wurde erst 1929 in den Lateranverträgen mit Mussolini geklärt. Seither hat der Vatikan den internationalen Status eines eigenständigen Staates.

Quanta cura mit Syllabus errorum

Aufgrund dieses politischen Hintergrundes sowie weiterer Ereignisse wurde 1864 die Enzyklika *Quanta cura* (Mit wie viel Sorge) und der Anhang *Syllabus errorum* (Verzeichnis der Irrtümer) veröffentlicht. In der *Quanta cura* verurteilte Pius IX. die Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat. Der *Syllabus errorum* beinhaltete eine Liste von 80 Thesen, die Pius IX. als falsch verurteilte. Themen sind beispielsweise Pantheismus, Naturalismus, Rationalismus, Indifferentismus, Latitudinarismus, Sozialismus, Kommunismus, Liberalismus, geheime Gesellschaften, Bibelgesellschaften, liberale Kleriker-Vereine, Kirche und ihre Rechte, bürgerliche Gesellschaft, Sittengesetz, Ehe usw.

Der *Syllabus errorum* ist im Wesentlichen eine Zusammenstellung aus vorangegangenen Enzykliken, Ansprachen, Briefen und apostolischen Schreiben. Er muss in Zusammenhang mit innerkirchlichen Streitigkeiten (Modernismus), aber auch hinsichtlich der Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und weltlichen Staaten (beispielsweise der sogenannte Kulturkampf in Deutschland) gesehen werden, die sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts abzeichneten. Der *Syllabus* markierte den Anfangspunkt, der zur Ausarbeitung einer katholischen Soziallehre führte. Damit hat die Kirche den Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus übernommen.

Fazit: Die Kirche hat mit der katholischen Soziallehre den Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus übernommen.

Erstes Vatikanisches Konzil

Das Erste Vatikanische Konzil dauerte von 1869 bis zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870 und wurde nachher vertagt. Die Vorbereitungen begannen 1864, indem zuerst Kardinäle und nachher Bischöfe geheim zur Abfassung entsprechender Gutachten aufgefordert wurden. Ab 1867 arbeiteten fünf Sachkommissionen, die zu 1/3 mit Auswärtigen besetzt waren, an den Schemata, die dem Konzil zur Beratung vorgelegt werden sollten. Es wurden die Dokumente *Dei Filius* und *Pastor Aeternus* erarbeitet. Das Konzil stand eigentlich in der Tradition des *Syllabus errorum*.

Das Konzil erhob die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes «bei endgültigen Entscheidungen in Glaubens- und Sittenlehren» definitiv zum Dogma. Diese Aussage gründet auf dem Beschluss des Konzils von Florenz von 1449, dass der Bischof von Rom den authentischen Glauben als wahrhaftiger Meister aller Gläubigen immer gehütet habe.[157] Das ist natürlich eine bodenlose und tatsachenwidrige Frechheit, denn die babylonisch-katholische Kirche hat mit ihrer Entstehung begonnen, die Lehre der drei Welten, die Jesus praktizierte, weiter zu zerstörten.

Politisch kämpfte der Kirchenstaat (vergeblich) um sein Überleben. Theologisch musste sich das Konzil mit verschiedenen philosophischen Richtungen auseinandersetzen, die das Glaubensleben gefährdeten: So wurden in den verschiedenen Kapiteln und Kanones Indifferentismus, Rationalismus und Materialismus, aber auch theologische Gegenpositionen wie Pantheismus, Fideismus und Traditionalismus verurteilt. Darin wurde die Bedeutung von Wundern für den Glauben betont, ohne die «Wunder» zu definieren. Wunder seien Machttaten Gottes. Gott könne die selbst geschaffenen Naturgesetze ausser Kraft setzen. Das Konzil war der Meinung, der christliche Glaube könne zusammenbrechen, wenn der Wunderglaube aufgegeben würde. Es ist offensichtlich, dass die Kirche keine Ahnung hat von der Natur und lediglich die Gesellschaft verändern will.

Das Konzil war Wegbereiter für die Weltmissionskonferenz (offiziell: *Konferenz für Weltmission und Evangelisation*) von 1910, aus dem 1948 der *Ökumenische Rat der Kirchen* nach dem Vorbild des babylonischen Völkerbundes hervorgegangen ist.

Fazit: Das Erste Vatikanische Konzil war die Vorbereitung auf die Öffnung der Kirche, die mit der Weltmissionskonferenz von 1912 eingeläutet und dem *Ökumenische Rat der Kirchen* nach dem Vorbild des Völkerbundes von 1948 umgesetzt wurde.

Das Zweite Vatikanische Konzil

Das Zweite Vatikanische Konzil dauerte von 1962 bis 1965 und wurde im Auftrag von Papst Johannes XXIII. (1881-1963 / 1958) einberufen und von Papst Paul VI. (1897-1978 / 1963) weiter geführt.

Die Vorbereitungsarbeiten begannen 1959 und wurden ab 1960 mit zehn Vorbereitungskommissionen weitergeführt, in denen die Hälfte der Mitglieder mit Bischöfen und Ordensoberen besetzt wurde, also mit nicht Kurienmitgliedern. Der Papst konnte einige seiner eigenen Anliegen, vor allem die Ökumene, nur gegen Widerstände in die Vorbereitungen einbringen. Doch über die Inhalte, die das Konzil prägen sollten, hatte sich längst ein weltweiter Dialog entwickelt. Um die Federführung der Kurie bei der Vorbereitung auszugleichen, richtete der Papst 1960 das Sekretariat für die Förderung der Einheit der Christen ein, zu dessen Leiter er den deutschen Kardinal und Jesuiten Augustin Bea ernannte, vormals Beichtvater von Pius XII.

Hauptanliegen des Konzils waren die *«Aggiornamento»*, also der pastorale Methodenwechsel und damit die Öffnung der Kirche, sowie der *«Approfondimento»*, also die Kurienreform in Reinform und die Umsetzung und institutionelle Verfestigung der Reformanliegen. Deshalb erfolgte auch die Abschaffung des *«Index Librorum Prohibitorum»* (*«Verzeichnis der verbotenen Bücher»*, kurz auch *«Index Romanus»*, *«römischer Index»*, genannt), der seit der römischen Inquisition angewendet wurde. Die Lektüre der darin aufgeführten Bücher galt als schwere Sünde und zog die Exkommunikation nach sich. Der Geistige Untergrund geht aber bereits ins vierte Jahrhundert zurück, als 325 u.Z. die

[157] http://www.clerus.org/clerus/dati/2003-04/02-999999/08PITED.html

Schriften des Arius und 400 jene von Origenes verbrannt wurden. Origenes war nach Hubral[158] ein Schüler oder ein Meister der Lehre der drei Welten.

Nach der ersten *Konferenz für Weltmission und Evangelisation* begannen ab dem Jahre 1921 Konferenzen des Internationalen Missionsrates. Sie dauerten bis ins Jahre 1961, also bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil. In dieser Phase wurde der *Ökumenische Rat der Kirchen (World Council of Churches, WCC)* gegründet. Seitdem ist er zentrales Organ der ökumenischen Bewegung.

Mit der *Dignitatis humanae* wurde auch die Religionsfreiheit erklärt. Das war eine Folge der politischen Ereignisse und war nötig zur Verfolgung der weiteren babylonischen Ziele. Am 08.12.2008 wurde die vatikanische Denkfabrik *Dignitatis Humanae Institute* (DHI) gegründet. Gründer waren die beiden Briten Benjamin Harnwell, einem ehemaligen Mitarbeiter des EU-Parlamentes und Nirj Deva (1948-), einem Mitglied des EU-Parlaments. Ziel war es, aufgrund der Erkenntnis, dass der Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen sei, die Erhaltung der Menschenwürde zu fördern. Die Schirmherrschaft oblag und obliegt immer noch dem Gründungspate Rocco Butiglione (1948-), dem Minister im Kabinett Berlusconis, dem Grossmeister Matthew Festing (1949-), dem Grossmeister des Malteserordens (bis 2017), Otto von Habsburg (1912-2011), einem Mitglied des Komitees der 300 und dem Kurienbischof Marcelo Sánchez Sorondo (1942-), dem Grossprior des Konstantinordens. Damit ist Babylon bestens vertreten.

Fazit: Mit der Öffnung der Kirche und der Religionsfreiheit wurde nur das nachgeholt, was politisch schon erreicht war. Diese Anpassung war zur Verfolgung der weiteren babylonischen Ziele nötig.

United Religions Initiative *(URI)*

1995 wurde eine Initiative ins Leben zu rufen, «in der Menschen unterschiedlichen Glaubens in ihrem Alltag für den Frieden arbeiten». Anstoss dazu gab angeblich eine Mitarbeiterin des damaligen UNO-Genralsekretärs Boutros Boutros-Ghali. Im Jahre 2000 wurde die *United Religions Initiative (URI)* gegründet. Ziel der URI sei es, eine dauerhafte und ständige Zusammenarbeit unter den Religionen zu fördern, religiös motivierte Gewalt zu beenden und Kulturen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gesundung für die Erde und aller Lebewesen zu schaffen.[159]

Papst Benedikt förderte auf kirchlicher Seite dieses Vorhaben auf seine Weise, indem er bereits 1986 zu einem interreligiösen Weltgebetstag für den Frieden in Assisi einlud, das er 2002 und 2011 wiederholte.[160]

Änderungen in der Union der Staaten Amerikas[161]

Bis 1776 konnte in keiner Union der Staaten Amerikas eine Trennung von Kirche und Staat beobachtet werden. Erst mit der Französischen Revolution begannen die Amerikaner über ihre religiöse Zukunft unsicher zu werden, nachdem die Debatte über die Illuminaten eingesetzt hatte.

1833 hob der Staat Massachusetts die Unterstützung religiöser Gruppen auf. South Carolina hatte in der Verfassung bereits 1778 konfessionelle Einschränkungen fallen gelassen. Seither erlaubte es nun jeder Kirche, die aus mindestens fünfzehn erwachsenen Männern bestand, um sich zu integrieren, oder wegen den Steuern als staatlich zu unterstützende Kirche anerkannt zu werden. Die Kirchen mussten nur mit einem Satz christlich-theologische Grundsätze vage anerkennen, sodass die meisten Gruppen unterstützt wurden.

---

158 Hubral Peter, *Dao-Meister Platon*, Longtai Verlag, 2008, 510 Seiten, ISBN 3938946138.

159 http://www.uri.org/files/Static%20Page%20Files/_german_URI-ppp-deutsch-komplett.pdf

160 Katholisches vom 12.01.2011: "*Heiligkeit, meiden Sie den Geist von Assisi" – Offener Brief an Papst Benedikt XVI*. http://www.katholisches.info/2011/01/widerstand-gegen-interreligioses-treffen-assisi-3-offener-brief-an-papst-benedikt-xvi/

161 Klees June, *U.S. History to 1865. HIST 211*, Bay College, 1st Edition, 387 pages, page 149. E-Book http://library.baycollege.edu/ld.php?content_id=21943089

2.2 Das abhängige, aber alles dominierende England

«Es gibt zwei Arten von Weltgeschichte: die eine ist die offizielle, verlogene, für den Schulunterricht bestimmte; die andere ist die geheime Geschichte, welche die wahren Ursachen der Ereignisse birgt.»

Balzac de Honoré (1799-1850), Französischer Schriftsteller

2.2.1 Die Erstarkung Englands

Für das Verständnis der heutigen Zeit ist es wichtig zu verstehen, wie sich England ab dem 16. Jahrhundert entwickelt hat. Bevor wir das tun, müssen wir aber wissen, wie die Magna Charta entstanden ist.

Magma Charta

Der erste normannische König Englands, Wilhelm der Eroberer (1027/28-1087), ersetzte nach der Eroberung Englands 1066 die freien skandinavischen Gesellschaftsformen und den angelsächsischen Feudalismus durch eine feudale Grundherrschaft nach normannischem Vorbild. Vor allem in den skandinavisch besiedelten Gebieten Nordenglands gab es überdurchschnittlich viele freie Bauern und ganze Ortschaften, die keinen Herrn hatten. Zudem war es üblich, dass Bauern das Recht hatten, mitsamt ihrem Grundbesitz ihre Grundherren zu wechseln. Diese Privilegien fielen im normannischen Feudalsystem weg, alle ehemals freien Bauern wurden Hörige.

Durch die stückchenweise Eroberung Englands im Zuge der Niederschlagung kleinerer Erhebungen enteignete Wilhelm die alteingesessenen Grundbesitzer und ersetzte sie durch normannische Gefolgsleute. Weiter sorgte Wilhelm dafür, dass keiner der Barone mächtig genug werden konnte, um den König herauszufordern.

Im Streit um die Nachfolge Wilhelms II. (1056-1100) konnte sich Heinrich I. (1068-1135) gegen seinen Bruder Robert (1054-1134) nur durchsetzen, weil er den Baronen vor seiner Krönung mit der Charter of Liberties umfassende Freiheiten und Privilegien zusicherte und damit seine eigene Macht minderte. Unter der Herrschaft seines Nachfolgers, Stephan von Blois (1092/96/96-1154), brach dagegen weitgehende Anarchie aus: Stephan kämpfte im englischen Bürgerkrieg von 1134 bis 1154 mit Mathilde (1102-1167) um den englischen Thron.

Als mit Heinrich II. (1133-1189) 1154 der erste König aus dem Hause Plantagenet den englischen Thron bestieg und somit westfranzösische und englische Territorien zum Angevinischen Reich vereinte, änderte sich dies: Schon kurz nach seiner Krönung beschnitt er die gewachsene Macht der Barone und liess die unerlaubt gebauten Burgen belagern und gleichzeitig eigene Festungen bauen, sodass bis zum Ende des 12. Jahrhunderts die Hälfte aller englischen Burgen dem König gehörte.

Heinrich II. ergänzte das Feudalsystem um eine effiziente Verwaltung mit Beamten, die unabhängig vom königlichen Hof arbeiten konnte. Damit schuf Heinrich ein Instrument, mit dessen Hilfe er mehr Macht über seine Barone ausüben und ihnen grössere finanzielle Lasten aufbürden konnte, womit die Privilegien der Barone schwanden.

Die direkte Herrschaft des Königs rief deshalb den Unmut vieler Barone hervor, die seit dem Bürgerkrieg unter König Stephan und der langen, durch Kriege in Frankreich bedingten Abwesenheit der Könige Heinrich II. und Richard Löwenherz (1157-1199) eine weitgehende Autonomie gewohnt waren. Johann Ohnelands (1167-1216) Herrschaft wies zunehmend tyrannische Züge auf. Seine erfolglosen Feldzüge zur Rückgewinnung seiner verlorenen Besitzungen in Frankreich verschlangen sehr viel Geld. Durch eine Inflation wurde die Finanzkrise des Königs noch verstärkt.

Als Richard Löwenherz vom dritten Kreuzzug (1191) zurück kam, begann er, sich die Ländereien, die ihm der französische König Philipp II. (1165-1223) während seiner Abwesenheit genommen hatte, zurückzuerobern. Bei der Schlacht von Gisor von 1198 gab Richard die Parole *Dieu et mon droit* (Gott und mein Recht) heraus. Nachdem er die Schlacht siegreich beendet hatte, übernahm er dieses Mot-

to für die Armeen von England. Das Motto *Dieu et mon droit* ist seither auch von den Hochgradfreimaurern des 33. Grades übernommen worden.[162]

Im Sommer 1213 berief König Johann Ohneland den grossen Rat nach St Albans ein. Die Versammlung wurde von Stephen Langton (1150-1228), dem Erzbischof von Canterbury geleitet. Die Ernennung Langtons zum Erzbischof und zum Primas der Kirche von England durch den Papst Innozenz III. (1160/61-1216) hatte zum Bruch zwischen König und dem Papst und schliesslich zur Exkommunikation von Johann Ohneland geführt. Langton war seitdem ein Gegner des Königs. Viele der Ritter und Barone waren erbittert über den König, weil sie die Kosten für den Feldzug nach Frankreich tragen mussten, der nach ihrer Auffassung ihre Lehenspflicht überstieg, da er den Feldzug ausserhalb des Reiches führte. Während der Ratsversammlung akzeptierte der Justitiar, dass der König Entschädigungszahlungen für begangenes Unrecht leisten müsse. Aus diesem Zugeständnis entstand die Forderung nach einer Anerkennung der Rechte und Privilegien der Barone.

Bei der Aufhebung seiner Exkommunikation hatte König Johann geschworen, dass er ungerechte Gesetze abschaffen und die guten Gesetze von König Eduard erneuern würde.

Als Johann 1214 nach einer Niederlage in Frankreich nach England zurück kam, wollte er sofort die ausstehenden Schildgelder (zusätzliche Steuer) seiner Barone eintreiben. Doch nun begann sich ernsthafter Widerstand zu formieren. Schlussendlich musste Johann 1215 auf die Forderungen eingehen, wie sie in der Magna Charta beschrieben wurden.

Der durch die Anerkennung der Magna Charta erreichte Frieden war nur von kurzer Dauer. Weder der König noch die rebellischen Barone hatten wohl je die Absicht, die Magna Charta dauerhaft anzuerkennen. Der König wandte sich an seinen Oberlehnsherrn Papst Innozenz III., der die Magna Charta am 24. August 1215 für nichtig erklärte und jedem, der sie befolgte, die Exkommunikation in Aussicht stellte.

Nach weiteren Querelen wurde 1225 eine neue Magna Charta ausgehandelt. Heinrich III. (1207-1272) bestätigte diese Fassung der Magna Charta mehrmals. Dies führte zur endgültigen Akzeptanz der Magna Charta, und gegen Ende der Herrschaft Heinrichs III. war eine Missachtung der Magna Charta durch den König fast undenkbar geworden. 1264 kam es trotzdem zum Zweiten Krieg der Barone gegen den König. Die Folge war die Bildung des ersten direkt gewählten Parlaments.

Die Magma Charta ist immer noch Grundlage des Rule of Law, des Rechts und der Bildung des Parlaments in Grossbritannien. Allerdings sind die ursprünglichen Artikel im Laufe der Zeit abgeschafft oder durch neue Gesetze ersetzt worden, so dass die Magna Charta nur noch historische und symbolische Bedeutung hat.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts war das englische Königtum in völlige Abhängigkeit vom Vatikan geraten, weshalb es am meisten ausgebeutet wurde. Noch zurzeit Edward III. (1312-1377) klagte das Parlament, dass die dem Papst jährlich gezahlten Abgaben fünfmal so gross seien als die an den König.[163]

Generelle Veränderungen

Das 15. Jahrhundert war intellektuell, literarisch und schulisch dürftig, aber es hatte sozusagen unterschichtig, die englische Sprache vorangebracht, die endgültige Verschmelzung der normannisch-französischen Oberherrschaft mit dem angelsächsischen Erbe; es hatte die Abtrennung von Frankreich gesehen, und das Wohltätige der Rosenkriege war, dass sich der Hochadel gegenseitig dezimierte und so den politischen Aufstieg der gentry, des Grossbürgertums und des niederen Adels, des Landadels, begünstigte. Englands Hochadel, der sich dann hundert Jahre später anschickt, die Welt zu erobern, ist verglichen mit Frankreich und Italien, Spanien und Deutschland der jüngste in Europa und am wenigsten exklusiv, die Klassengrenzen sind noch flüssig, unter anderem auch deshalb, weil die Vererbung von Titel und Besitz auf die ältesten Söhne beschränkt ist. Die nachgebohrenen Söhne

---

162 http://masonicencyclopedia.com/topic/?i=4216&topic=DEUS-MEUMQUE-JUS

163 Kautsky Karl, *Die Vorläufer des neueren Sozialismus, Band 1, Teil 1*, Dietz, 1895, 3. Abschn., Kapitel 5.I. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/kautsky_vorlaeufer_des_neueren_sozialismus_band_1_teil_1.pdf

kehren gewissermassen wieder ins Glied zurück. Das sorgt für Austausch und dafür, dass auch die Leute von Stand sich an Geschäften und Handel beteiligen. Joan Simon hat in ihrem Buch über *«Education und Society in Tudor England»* ein umfassendes Bild dieser englischen Sonderverhältnisse und ihre positiven Folgen auch für das Erziehungswesen gegeben.

Was bedeutet diese Nationalisierung für Universität, Schule und Erziehung? Wie auch auf dem Kontinent, und da vor allem in Deutschland, sind die Universitäten national, nicht mehr international, zumeist finanziert aus dem Kapital der überreichen, parasitären Klöster. Die antiklösterliche Bewegung ist gemeineuropäisch, in England führt sie am frühesten zur Ablösung der Schulen aus der kirchlichen Vormundschaft und bereitet den Übergang unter die königliche Herrschaft vor, ergänzt und durchgesetzt über den Staatsrat und das Parlament, das damals nicht nur als gesetzgebende Körperschaft, sondern vor allem als Organ der Rechtsprechung fungierte. Bildung und Erziehung wird national und dadurch politisch in einer neuen Weise relevant. Thomas Morus stellt den Typ des gelehrten Juristen und gentleman dar, der dann in der pädagogischen Literatur zum Leitbild erhoben wurde. Es war europäisch, vor allem italienisch, weniger deutsch, aber hier bezogen auf englische Verhältnisse.[164]

Die Übernahme Englands durch den Schwarzen Adel

Heinrich VIII. (1491-1547) vom Hause Tudor war mit sechs Frauen verheiratet. Zwei liess er exekutieren und von zwei liess er sich scheiden. Da seine erste Ehe mit Katharina von Aragón keinen männlichen Thronfolger hervorbrachte, strebte Heinrich in den 1520ern eine Scheidung durch den Papst an. Dessen Ablehnung führte schliesslich dazu, dass er sich von der römisch-katholischen Kirche lossagte, sich selbst zum Oberhaupt der Kirche Englands erhob und die englischen Klöster auflöste. Damit ebnete er den Weg für die protestantische Reformation in England. Heinrich VIII. war der erste englische König mit einer Renaissanceausbildung.

Im 16. Jahrhundert spielte sich hinter den Kulissen etwas Geheimes ab. 1509 hatte sich mit der «Liga von Cambrai» eine bedenkliche Schlinge um den Hals der Signoria von Venedig zu legen begonnen. Alle europäischen Grossmächte ausser England hatten sich gegen die Republik verbündet und in der Schlacht von Agnadello 1509 Venedig vernichtend geschlagen. Die letzte Stunde der einst mächtigen Republik schien nun geschlagen. Da geschah das «Wunder». Die «Liga von Cambrai» zerfiel schneller als sie geschlossen war. Venedig war gerettet. Kardinal Contarini (1483-1542), Schüler des Paduaner Aristotelikers Pietro Pomponazzi (1462-1525), Sympathisant der Reformation und einer der Mächtigen der Republik, beeilte sich, nun einen strategischen Partner im fernen England zu finden. 1529 wurde sein Neffe, der Rosenkreuzer Francesco Zorzi (1466-1540), von der venezianischen Signoria als Berater an den Hof Heinrichs VIII. geschickt.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts erreichten die babylonischen Venezianer, d.h. der Schwarze Adel, ein strategisches Bündnis mit England, um ihre Herrschaft auszudehnen.

Als der Papst nicht in die Scheidung einwilligen wollte, fungierte Zorzi als Scheidungsberater. Da der Papst seiner Interpretation des Scheidungsrechts nicht zu folgen bereit war, veranlasste Heinrich prompt den Abfall von der katholischen Kirche. Chefberater Kardinal Wolsey (1473-1530) wurde gegen Thomas Cromwell (1485-1540) ausgetauscht. Der letzte römische Erzbischof von Canterbury Reginald Pole (1500-1558), der Humanist Thomas Starkey (1495-1538), der Gelehrte und Diplomat Thomas Smith (1513-1577), der Pädagoge Roger Ascham (1515-1568), der Altphilologe und Staatsmann John Cheke (1514-1557) und der führende Staatsmann William Cecil (1520-1598) gelangten nun zu Einfluss, womit sich der venezianische Einfluss am englischen Hof entscheidend durchgesetzt hatte.[165] Der babylonische Cecil-Clan kontrollierte die britische Monarchie, seitdem William Cecil zum Privatsekretär und Liebhaber Königin Elisabeths I. (1533-1603) geworden war.[166]

---

164 Prange Klaus, *Schlüsselwerke der Pädagogik, Band 1: Von Plato bis Hegel*, Kohlhammer, 2008, 257 Seiten, ISBN 9783170196056

165 Winckelstein Wendelin, *Die Odyssee des Aristoteles – Aufklärung und Okkultismus*, Winckelstein-Verlag, 2005, 158 Seiten, ISBN 3000169253, Seite 51. Und Coleman John, *Das Komitee der 300*, 2006.

166 Coleman John, *Das Komitee der 300*, 2006, Seite 347.

Ab Ende des 16. Jahrhunderts wurde die britische Monarchie von den Babyloniern kontrolliert. In der Folge wurde die Königsfamilie ebenfalls babylonisch.

Elisabeth I. (1533-1603) vom Hause Tudor wurde 1558 englische Königin. Sie löste die englische Kirche endgültig vom Katholizismus und führte sie dem Protestantismus zu. Wie sich die Katholische Kirche gegen diese Abspaltung zur Wehr setzte, verrät uns der Historiker Eduard Duller in seinem Buch[167]. 1588 fand im Rahmen des Achtzigjährigen Krieges (auch Spanisch-Niederländischer Krieg) von 1568 bis 1648 die Seeschlacht zwischen Spanien und England statt, bei dem die Spanier geschlagen wurden. Ziel des Spanischen Angriffes war es, Elisabeth I. zu stürzen.

Sir Francis Drake (1540-1596) war ein englischer Freibeuter und Entdecker, später Vizeadmiral und der erste englische Weltumsegler. Drake wurde vom führenden Staatsminister, Sir Francis Walsingham (1532-1590), der den ersten englischen Geheimdienst begründete, aus dem der MI6 entstand, für seine Karriere gefördert. Walsingham wiederum wurde vom Babylonier Sir William Cecil, 1. Baron Burghley, dem ersten Staatssekretär ausgewählt. Als Drake 1580 von seiner Weltumsegelung zurück kam, brachte er eine so grosse Goldbeute nach England zurück, dass Königin Elisabeth I. mit ihrem Anteil nicht nur die ganze Staatsschuld zahlen, sondern auch noch etwa eine Million Mark in der Levantinischen Kompanie anlegen konnte, der Firma, aus der die Ostindische Kompanie, später das Britische Imperium erwuchs.[168]

Der Aufstieg zur Weltmacht

Die Monopole

Am 31. Dezember 1600 erteilte Elisabeth I. reichen babylonischen Londoner Kaufleuten per Ausnahmegesetz das Monopol, über 15 Jahre lang sämtlichen Handel zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und der Magellanstrasse abzuwickeln. Daraus entstand die babylonische Ostindien-Kompanie (EIC), die 1707 in die Britische Ostindien-Kompanie (British East India Company, BEIC) umbenannt wurde. Die Vorfahren dieser Kaufleute stammten von den Katharern, Bogomilen und den Albigensern ab, also den Ketzern, die ihren Ursprung in Babylon haben.[169]

1600 erteilte Elisabeth I. reichen babylonischen Londoner Kaufleuten per Ausnahmegesetz das Monopol, über 15 Jahre lang sämtlichen Handel zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und der Magellanstrasse abzuwickeln.

Im Jahre 1601 erteilte Elisabeth I. dutzende Patente zur Errichtung von weiteren Monopolen. Die Folge war, dass Eisen, Öl, Weinessig, Kohle, Salpeter, Blei, Stärke, Wollgarn, Häute, Leder, Glas nur noch für ungeheure Preise zu haben waren.[170] Die damaligen Bevorteilten waren der Schwarze Adel aus Venedig, der 40 Jahre lang an diesem Ziel gearbeitet hatte.

1601 erteilte Elisabeth I. babylonischen Kaufleuten dutzende Patente zur Errichtung von weiteren Monopolen für den täglichen Bedarf. In der Folge wurden diese Produkte massiv teurer.

Nach Elisabeth I. wird der Protestant Jakob I. (1566-1625) König von England und Irland. In Schottland war er bereits seit 1567 als Jakob VI. König. Die Katholiken waren mit dieser Wahl ganz und gar nicht zufrieden, weshalb sie 1605 gegen den König und das Parlament, angeleitet durch die Jesuiten, die Schiesspulververschwörung (Gunpowder Plot) inszenierten. Diese wurde in letzter Minute aufgedeckt. Man fand im Keller des Parlamentsgebäudes 36 Tonnen Pulver.[167]

Spanien verlor seine Vormachtstellung auf See erst, als 1607 die Niederländer bei einem Überraschungsangriff zwei Drittel der spanischen Schiffe versenkten. Damit stieg England zur Seemacht auf.

---

167 Duller Eduard, *Die Jesuiten, wie sie waren und wie sie sind: Dem deutschen Volk erzählt*, tredition, Reprint 2011, Erstausgabe 1845, 112 Seiten, ISBN 3842414129; 5. Kapitel.
E-Book auf http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/duller_jesuiten.pdf

168 Zischka Anton, *Der Kampf um die Weltmacht Baumwolle*, Wilhelm Goldmann Verlag, Ausgabe 1940, Erstausgabe 1935, 261 Seiten, Seite 29.

169 Coleman, *Komitee der 300*, 2006, Seite 12

170 Macaulay's Thomas Babington, *Geschichte von England, Band 1*, übersetzt von W. Beseler, 1852, S. 68ff.

Die Niederlande (ehemals spanisches Land) bestanden bereits seit 1581, hiessen aber damals noch die Republik der Sieben Vereinigten Provinzen. Sie waren jedoch geprägt von einer abgeschlossenen politischen Elite aus kaufmännischer Aristokratie und dem Haus Oranien.[171]

1606 erteilte Jakob I. den beiden *Virginia Company of London* und *Virginia Company of Plymouth* die Lizenz bzw. wieder ein Monopol, die Gebiete des neuen Kontinents zwischen dem 34. und dem 41. und vom 41. bis zum 45. Breitengrad zu erschliessen. In der Folge wurde 1607 die erste dauerhafte englische Siedlung in Amerika gegründet (Jamestown). 1620 segelten die Pilgerväter (Pilgrim) mit der Mayflower nach Amerika. Diese Pilger konnten den ersten Winter in Amerika nur dank den Indianern überleben, weil diese ihnen Lebensmittel gaben und die örtliche Technik der Landbebauung erklärten. Als Dank dafür haben diese Gläubigen wenige Jahre später die Indianer ausgerottet.[172]

1606 erteilt Jakob I. wiederum reichen babylonischen Kaufleuten hinter der *Virginia Company* ein Monopol, die Gebiete des neuen Kontinents zu erschliessen.

1615 wurde der Diplomat Sir Thomas Roe (1581-1644) vom englischen König Jakob I. (1566-1625) beauftragt, den Mogulkaiser Jahangir aufzusuchen, der 70 Prozent des Subkontinents beherrschte. Das Ziel dieser Mission war es, ein Handelsabkommen abzuschliessen, das der babylonische *britischen Ostindien-Kompanie* (BEIC) exklusive Rechte geben würde, sich in Surat und anderen Gegenden niederzulassen und Kontore zu gründen. Im Gegenzug bot die Kompanie an, den Kaiser mit Waren und Luxusgütern aus Europa zu versorgen. Die Mission war überaus erfolgreich. Daraus entstand ein Handels- und Kolonialmonopol. Die Folge davon war, dass die BEIC in England billig hergestellte Massengüter an Indien verkaufte und so das indische Handwerk zerstörte und ein Handelsbilanzdefizit entstand, das Indien von der BEIC abhängig machte. Ab 1830 befand sich ganz Indien unter der Kontrolle der BEIC. Das war das Gleiche, was Adam Smith (1723-1790) mit seinem «Free Trade» forderte. Gleich von Anfang an war die EIC bzw. BEIC in ihren Intentionen kommunistisch.[173]

1615 konnten die gleichen reichen babylonischen Kaufleute mit der *britischen Ostindien-Kompanie* dank Unterstützung von Jakob I. ein Monopol mit dem Mogulkaiser abschliessen.

Die Inhaber der BEIC häuften einen unglaublichen Reichtum an. Die BEIC konnte sich erlauben, Kriege zu führen, indem England die Armee zur Verfügung stellte und die BEIC die Gewinne kassierte. Dieses Modell wird bis auf den heutigen Tag mit allen Nationen der ganzen Welt praktiziert.

Die Englischen Bürgerkriege

Nach dem Tod Jakobs I. wird 1625 der katholische Karl I. (1600-1649) König. Seine Versuche, in England und Schottland eine gleichlautende Kirchenverfassung einzuführen und im Sinne des Absolutismus gegen das Parlament zu regieren, lösten den englischen Bürgerkrieg (1642-1649) aus, der mit Karls Hinrichtung endete. Das war wiederum nur eine vordergründige Auseinandersetzung, denn hinter Karl I. mit seinem Absolutismus standen wie in Frankreich zu jener Zeit die babylonischen Jesuiten. Tatsächlich ging es aber um die Machterweiterung des Schwarzen Adels bzw. der Babylonier. Am Ende des Bürgerkrieges errichtete der babylonische Lakai Oliver Chromwell (1599-1658) eine Republik. In der Zeit vor dem Englischen Bürgerkrieg (1630er) wurden die ersten Freimaurerlogen gegründet. Die Logen waren und sind daher immer politisch tätig.

Chromwell setzte sich für eine Grossmacht England ein und damit für die Oberschicht. So zeigte er keine Sympathien für die Bewegung der Levellers, der Gleichmacher, die sich für die Interessen des Kleinbürgertums einsetzten. Mit der Navigationsakte, einer Reihe von Gesetzen zur Regulierung von Schifffahrt und Seehandel, die wiederum Monopole begünstigten, provozierte er einen Krieg mit den Niederländern (1652–1654). Mit dem Sieg über die Niederländer stieg England zur uneingeschränkten Seemacht auf. Diese Seemacht war die Grundlage für die künftige Handelsmacht der Babylonier. 1658 hebt Chromwell das Ausweisungsedikt von 1290 gegenüber den Juden auf. Sein Regierungsstil näherte sich einer Militärdiktatur an.

---

171 http://de.wikipedia.org/wiki/Batavische_Republik

172 Siehe auch http://www.truthcontrol.com/virginia-company (englisch)

173 Coleman, *Komitee der 300*, 2006, Seite 81 und 54

Sein Sohn Richard Chromwell (1626-1712) trat die Erbnachfolge an, gab aber sein Amt 1659 auf. Nun kam wieder das Haus Stuart mit Karl II. (1630-1685) auf den Thron. Karl geriet aber wegen seiner Ehe mit einer katholischen Prinzessin in Konflikt mit dem Parlament.

Karl II. (1630-1685) bestätigte 1661 die früheren Privilegien und verlieh der BEIC auch die Zivilgerichtsbarkeit, die Militärgewalt und das Recht, mit den «Ungläubigen» in Indien Krieg zu führen und Frieden zu schliessen. Zudem überliess er der Kompanie die Stadt Bombay als Dank für die geleistete Arbeit und den abgelieferten Profit zum Lehen.[174]

Karl II. gewährte der privaten BEIC unermessliche staatliche Machtbefugnisse.

Jakob II. (1633-1701) war ein Bruder des Vorgängers Karl. Er bekannte sich als letzter englischer König zur römisch-katholischen Konfession und stand deshalb im ständigen Konflikt mit dem Parlament. Er verfolgte eine profranzösische Politik, die nicht mit der hegemonistischen Absicht der Babylonier in Einklang stand. Sein Versuch, einen absolutistischen Herrschaftsstil zu etablieren, führte zur Glorious Revolution von 1688/89. Deshalb veränderte sich künftig die englische Politik ins Gegenteil.

Nun traten die Führer des englischen Protestantismus mit dem Statthalter der Niederlande, Wilhelm III. von Oranien (1650-1702), dem Schwiegersohn Jakobs, in Verbindung. Massgebender Berater war der Jesuit Petre, den Jakob in den Geheimen Staatsrat berief. Wilhelm III. sollte nach einer Invasion in England die Uhren wieder zurückstellen. Die Familie Oranien-Nassau war die bedeutendste Adelsfamilie in den Niederlanden. *Nun fehlte es aber dem niederländischen Erbstatthalter an Geld, das der Protestant insbesondere zur Ausrüstung eines grösseren Expeditionskorps benötigte. Da sprang - wie es den Anschein hat - der Geheimvatikan in die Bresche: Glaubt man der jüdischen Geschichtsforschung, dann waren es nämlich in Amsterdam ansässige Hebräer, die das Putschunternehmen mit einigen sehr hohen Zuwendungen entscheidend auf die Beine stellten. Allen voran soll die Finanzierung in den Händen des israelitischen Bankiers Francisco Lopez Suasso, Baron d'Avernas-le-Gras, der sich später in England niederliess, gelegen haben. Die fraglichen Darlehen dürften über die Regierung Hollands und nicht direkt an den Statthalter der Niederlande geflossen sein. Nachdem Wilhelm den britischen Thron bestiegen hatte, bewilligte das englische Parlament 600'000 Pfund als Rückzahlung an die Niederländische Republik für die Kosten des Feldzuges. Als erster Monarch der Geschichte wurde der Putschist wenige Monate darauf in die Freimaurerei aufgenommen. Er begründete eine einmalige Dynastie, denn bis auf den heutigen Tag amtierten die Regenten des Buckingham Palace als nominelle Staatsoberhäupter Englands stets zugleich als höchste Würdenträger jener geheimen Bruderschaft, die von London aus ihre mächtigen Arme in die Welt verteilt.*[175, 176]

Als Wilhelm III. den Thron bestieg, waren das Geld- und Kreditwesen zerrüttet und auch die öffentlichen Finanzen befanden sich in einer schwierigen Lage. Wilhelm wurde vorgeschlagen, dass Private der Regierung eine Anleihe zeichnen würden. Die Zeichner erhielten 1694 das königliche Privileg, eine Notenbank in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft unter der Firma *The Governor and Company of the Bank of England* zu gründen. Das Stammkapital in Höhe von 1,2 Millionen Pfund wurde dem Staat als Darlehen gegen acht Prozent Zinsen gewährt. Im Gegenzug dazu erhielt die Bank von England das Recht, in Höhe des Darlehens Banknoten auszugeben und Bankgeschäfte zu betreiben. Es wurde bestimmt: *«Der Bank stehen Zinsen für alle Gelder, die sie aus dem Nichts kreiert, zu.»* Wenige Jahre später wurde ein Vielfaches an Darlehen des Stammkapitals gewährt. Obschon wie bei allen Nationalbanken die Aktionäre nie bekanntgegeben wurden, ist davon auszugehen, dass die Zeichner Mitglieder der BEIC waren, also Babylonier, die bereits mehrfach Monopole vom Staat erhielten. Die Bank von England ist heute die Nationalbank von Grossbritannien. Sie ist eine Privatbank wie (fast) alle Nationalbanken.

---

174 Colemann, *Komitee der 300*, 2006, Seite 82 und https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_II._(England)

175 Eggert Wolfgang, *Im Namen Gottes - Israels Geheimvatikan als Vollstrecker biblischer Prophetie: Band 1*, Chronos Medien (2004), ISBN 3935845014, Seite 368ff.

176 Aldag Peter Dr., *Der Jahwismus erobert England*, Archiv-Edition, Nachdruck der Ausgabe von 1940, 1989, 328 Seiten, ISBN 3922314902, Seite 178ff.

Ein britisches Pfund entsprach ursprünglich dem Wert eines Pfund (0.5 kg) Silbers. Heute ist das Silber (noch) billig, ca. 660 Franken pro kg, das britische Pfund ist aber nur noch 1.24 Franken wert, also einem 266stel gegenüber früher. Das ist die Inflation, die die Bürger zugunsten der Banken bezahlten.

Die Kunst des *«fractional reserve bankings»*, also die Methode einer Bank, mehr an Krediten zu vergeben, als man eigentlich selbst an Werten als Einlagen in der Bank hatte, lernten sie von den indischen Bankiers. Diese Methode wurde bereits 1625 in England und nachher weltweit eingeführt. Die Inder hatten diese Methoden vor langer Zeit den Babyloniern abgeschaut.[177]

Gleichzeitig mit dem Privileg für eine Notenbank erteilte Wilhelm III. auch das Privileg, dass die City of London exterritoriales Gebiet ist und nicht zu Grossbritannien gehört. Die City of London ist ein Unternehmen. Britische Gesetze greifen in der City nicht, die *City of London Corporation* hat eine eigene Staatlichkeit, eigene Gesetze und überwacht sich selbst. Seither handeln ihre Manager mit Wertpapieren und Devisen über alle Grenzen hinweg, aber kein Gericht kann sie belangen und keine Regierung ihre Geschäfte kontrollieren.[178]

Das Darién-Projekt oder wie Schottland ins Königreich Grossbritannien einverleibt wurde

Im Laufe des 17. Jahrhunderts profitierte England zunehmend von seinen Kolonien in Übersee, insbesondere in Nordamerika. Seit 1603 war der König von England auch König von Schottland (bzw. die schottischen Stuarts erbten den englischen Thron), trotzdem blieb den Schotten der Zugang zu den englischen Kolonien verwehrt. Denn Kolonien standen zu diesem Zeitpunkt unter der Verwaltung einer Handelskompanie, die ein Patent des Königs für die Kolonie besass und damit das Recht, über die Beteiligung an einer Kolonie zu entscheiden. Die Schotten blieben ausgeschlossen, da sie keine englischen Bürger waren.

Der schottische Finanzexperte William Paterson (1658-1719), ein Babylonier, der die *Bank of England* gegründet hatte, schlug deshalb vor, eine schottische Handelsgesellschaft, die *Company of Scotland*, zu gründen und eine Kolonie in Darién, im heutigen Panama zu errichten.

Bei der Finanzierung wollte man die Stärke des englischen Geldmarktes ausnutzen. Innerhalb kurzer Zeit war das angestrebte Volumen von 300‘000 Pfund gezeichnet. Hier begann die Krise der *Company of Scotland*. Englische Kaufleute, vor allem die BEIC, sahen ihre Stellung gefährdet. Der Fall wurde im *House of Lords* diskutiert und eine Abordnung von Parlamentsvertretern reiste zu König William in die Niederlande, um offiziellen Protest einzulegen. Der König unterschrieb ein Dokument, in dem er erklärte, in dieser Sache von den Schotten schlecht behandelt worden zu sein.

Nachdem das Vorhaben gescheitert war, entschloss sich die *Company of Scotland*, auf eigene Faust zu handeln. Durch ein vom schottischen Parlament verabschiedetes Gesetz autorisiert, galt die «eigene Kolonie», die New Caledonia heissen sollte, als nationales Projekt. Die Zeichnungsfrist begann im Februar 1696, worauf reiche Bürger und Adlige, Städte und Gilden die Anleihen zeichneten. Das Ziel, 400‘000 Pfund aufzubringen, wurde praktisch bis im August 1696 erreicht.

Am 18.07.1698 verliessen fünf Schiffe mit 1200 Siedlern den Hafen von Leith und erreichten am 02.11.1698 die Küste von Darién. Für die geplante Siedlung New Edinburgh begannen sie das Fort St. Andrews als Stützpunkt zu bauen sowie den Urwald zu roden und Felder anzulegen. Dabei stellte sich heraus, dass das Gelände moskito- und malariaverseucht war. Selbst Einheimische gab es an diesem Platz keine. Die Böden waren wenig fruchtbar, mitgebrachte Vorräte verrotteten im tropischen Regen und das schwül-heisse Klima machte den Siedlern zu schaffen. Sie hungerten, erkrankten immer mehr bis es täglich bis zu zehn Tote gab. Die Schiffe, deren Ladung über die Darién-Landenge zu den Pazifikhäfen hätte transportiert werden sollen, was als Geschäftsidee ausschlaggebend für die Entscheidung für Panama war, blieben aus.

Daraufhin ersuchten die Siedler in New Caledonia die englischen Kolonien in der Neuen Welt um Unterstützung. Damit die Schotten keine Unterstützung in der neuen Welt erhielten, wurden die

---

177 Colemann, *Komitee der 300*, 2006, Seite 82

178 http://www.wissensmanufaktur.net/city-of-london und in Englisch: http://www.sinhalanet.net/three-corporations-run-the-world-city-of-london-washington-dc-and-vatican-city

Gouverneure der englischen Kolonien von Massachusetts bis Jamaika angewiesen, den schottischen Siedlern keinerlei Hilfe zu leisten. Im Stich gelassen, gaben die Siedler in New Edinburgh im Juli 1699 auf. Nur noch ein Schiff mit 300 Überlebenden, erreichte Schottland.

Unterdessen war eine zweite Flotte mit weiteren 1140 Siedlern nach New Caledonia gesegelt, die von dem Drama nichts wussten. Sie wurden von den Spaniern aufgesucht und belagert, weil diese das Land für sich beanspruchten. Im März 1700 ergaben sich die letzten Siedler den Spaniern.

Im Laufe des Jahres 1700 wurde den Investoren klar, dass das Projekt gescheitert war. Vom gezeichneten Gesamtkapital von 400‘000 Pfund waren 153‘448 Pfund bis zum Ende der Kolonie tatsächlich eingezahlt worden. Historiker schätzen, dass ein Viertel oder gar die Hälfte des gesamten liquiden schottischen Volksvermögens in die *Company of Scotland* eingebracht worden war. Nun hatten viele ihr gesamtes Kapital eingebüsst. Ihr Bankrott zog Kreise. Die Staatsfinanzen waren zerrüttet.

Königin Anne sah nun die Gelegenheit, die Unabhängigkeit Schottlands vollends zu beseitigen. In den Jahren 1706/1707 wurde der *Act of Union* ausgehandelt, und England übernahm die schottischen Staatsschulden. Schottland wurde in eine Zollunion mit England und seinen Kolonien einbezogen. Es ist davon auszugehen, dass dies ein ausgehecktes babylonisches Vorgehen war.

Die Zeit darnach

Im 18. Jahrhundert, als die industrielle Revolution begann, war England in der Lage, Güter so billig zu produzieren, dass alle andern Länder mit ihrer Handarbeit oder mit ihren Manufakturen nicht mehr konkurrenzfähig waren. Das führte zu einem Handelsbilanzdefizit, weshalb sich diese Länder bei England, richtig bei der BEIC, also den Babyloniern, verschuldeten.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts erreichte das Britische Empire weltweit den Höhepunkt seiner Macht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde aus der BEIC das *Komitee der 300* geschaffen, in dem alle wichtigen Familien vertreten waren.

Seit der Gründung seiner in Privatbesitz befindlichen Zentralbank, der Bank von England, hatte Grossbritannien in Europa vier Kriege ausgefochten. Um diese Kriege zu finanzieren, hatte das britische Parlament, anstatt seine eigene schuldfreie Währung zu schaffen, hohe Anleihen bei der Bank of England aufgenommen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts beliefen sich die Schulden der Regierung auf 140 Millionen Pfund. Damals war das eine schwindelerregende Summe.[179] Man rechne: Bei acht Prozent Zins sind das 11.2 Millionen Pfund pro Jahr!

Fazit: Mit der Gründung der Bank von England wurde vom König wiederum ein Monopol an die gleichen reichen babylonischen Kaufleute erteilt. Diesmal umfasste das Monopol die gesamte Wirtschaft des Reiches und zeitigte verheerende Konsequenzen.

2.2.2 Das Abhängig machen der USA

«Das Geld spielt die grösste Rolle bei der Entscheidung darüber, welchen Verlauf die Geschichte nimmt.» *Karl Marx, eigentlich Moses Mordechai Levy (1818-1883), Freimaurer und Mitverfasser des Kommunistischen Manifestes*

Einleitung

Offiziell wird behauptet, dass Kolumbus 1492 für die Alte Welt erstmals den Kontinent Amerika entdeckt habe. Das ist wie so Vieles Lug und Trug, denn das war nur durch die Verblödung durch die babylonischen Religionen möglich. Tatsache ist, dass die Menschheit schon immer wusste, wie die Welt und auch das Universum aussieht.

179 Menuhin Gerard, *Wahrheit sagen, Teufel jagen*, 354 Seiten, ISBN 9781937787295, Seite 145. https://archive.org/details/menuhin-gerard-deutch-wahrheit-sagen-teufel-jagen-komplett

Die ersten Kolonien in Nordamerika wurden erst ab Mitte des 16. Jahrhunderts errichtet. Nordamerika wurde vor allem durch die Spanier und die Franzosen, nachher durch die Holländer erobert. Die Briten kamen erst später. Triebkraft der Siedler war nicht immer die Eroberung der Welt, sondern sich einen einsamen Platz zu suchen, um religiöse Utopien nachzuleben oder aus wirtschaftlichen Gründen.

Der Sklavenhandel war eine Unternehmung, mit einem Schlag die drei dringendsten Probleme der expandierenden Wirtschaft Europas und seiner Kolonialpolitik zu lösen. Er bescherte den europäischen Metropolen nicht nur exotische Güter, sondern vor allem auch billige Rohstoffe in Hülle und Fülle. Zudem eröffnete er den europäischen Manufakturen neue Absatzmärkte für ihre Fabrikate.

Die grossen Unternehmer des Sklavenhandels, europäische Schiffsreeder und Bankiers, also Babylonier, erfanden zu diesem Zweck den berüchtigten «Dreieckshandel». Ihre Schiffe brachten Textilien, Alkohol und Waffen an die Küste Westafrikas. Dort tauschte man die erwähnten Waren gegen Sklaven ein und brachte diese über den Atlantik. In der Karibik und in den Südstaaten von Amerika verkaufte man die Sklaven an die dortigen Plantagenbesitzer.

Mit dem Erlös handelte man vor allem Zucker und Baumwolle und brachte diese Rohstoffe nach England, Frankreich oder Dänemark, wo sie zu Rum und Textilien verarbeitet wurden. Damit schloss sich das Dreieck zu einem wahren Teufelskreis, in welchem fortlaufend Waffen, Alkohol und Baumwolle in Sklaven, Sklaven in Zuckerrohr und Baumwolle, Zucker und Baumwolle in Rum und Textilien und diese samt Waffen wieder in Sklaven verwandelt wurden. Die an der Sklavenjagd beteiligten afrikanischen Häuptlinge, die Zuckerrohr- und Baumwollpflanzer in Übersee sowie Fabrikanten, Reeder und Sklavenhändler im christlichen Abendland profitierten von dem Handel.

Im 19. Jahrhundert, als die Sklavenhaltung in den USA in Verruf kam, wurde die Baumwolle nach wie vor nach England verkauft. Dort wurde sie von Einheimischen, die zu Hungerlöhnen 16 Stunden im Tag arbeiten mussten, zu Kleidern weiter verarbeitet. Die Kleider wurden weiter nach Indien verkauft. Die Inder waren nicht in der Lage, Kleider zu so billigen Kosten zu produzieren, weshalb das Gewerbe zerstört wurde. Damit die indische Handelsbilanz einigermassen auf ging, wurde Mohn angepflanzt und als Opium an die BEIC verkauft. Dieses Opium wurde nach China verschifft oder geschmuggelt und an die Kulis verkauft. Damit sie abhängig wurden, sagte man ihnen, sie sollen das Opium nicht wie bisher essen, sondern Rauchen. Das Opium wurde in Silber bezahlt. So wurde ganz China zerstört sowie wirtschaftlich und gesellschaftlich in die Knie gezwungen.

Gesellschaftlicher Hintergrund: Ein erheblicher Teil der Kolonisten, waren nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vor allem auch aus politischen Gründen nach Amerika ausgewandert. Diese Gründe waren die Basis des Volks, der Antrieb für die amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die von den Historikern als *«Country-Ideologie»* bezeichnet wird. Dieser Kampf wurde aber nur von einem Drittel der Kolonisten aktiv unterstützt; ein Drittel war indifferent und ein Drittel bleibt England treu. Zünglein an der Waage spielten auch hier jene Kreise, die offiziell inexistent sind!

Diese wirtschaftlichen und politischen Gründe sind in den englischen Parteikämpfen des 17. Jahrhunderts zu suchen, genauer im Englischen Bürgerkrieg von 1642 bis 1649 und in der Glorious Revolution von 1688 bis 1689, zusammen mit den vom König an einige wenige Babylonier erteilte Monopole, die jenen zu unvorstellbarem Reichtum zulasten der Allgemeinheit verhalfen.

Den einzigen wirksamen Schutz gegen die Gefahren, die einer freien Gesellschaft von Willkür, masslosem Ehrgeiz und Korruption drohten, bildete die Tugend ihrer Bürger. Damit ist die moralische Integrität, Bürgersinn und selbstloser Einsatz zum Wohle des Ganzen gemeint. Es war ein Widerstreben gegen Wandel, vor allem eine Abwehrhaltung gegen kommerzielle Einflüsse, von deren Vordringen die englischen Oppositionellen – radikale «Commonwealthmen» und konservative Gegner des Whig-Regimes nach 1688 gleichermassen – die permanente Teilung und Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich befürchteten.

Der Zusammenstoss der britischen Pläne zur Empire-Reform (ab 1763) mit diesen in den Festlandskolonien verbreiteten Denk- und Verhaltensmustern setzte den revolutionären Prozess in Gang. Während die Country-Ideologie im 18. Jahrhundert in England an Bedeutung verlor, gedieh sie unter den

kolonialen Bedingungen weiter und gewann sogar noch an innerer Geschlossenheit. Unter diesen Prämissen ist die gesamte Geschichte bis ins 19. Jahrhundert der Vereinigten Staaten zu betrachten.

> Der Grund für die blutigen amerikanischen Unabhängigkeitskriege liegt in der Geschichte von England des 17. Jahrhunderts, indem der König einer kleinen Anzahl von Babyloniern nationale und globale Monopole zuschanzte. In deren Folge entstand Inflation und alles wurde teurer, gleichzeitig eignete sich diese kleine Elite mittels Betrug alles an, was sie nur konnte. Aber an oberster Stelle war der Machtmissbrauch der Politik, angefacht durch die endemische Korruption – genau gleich wie heute.

Und gerade deshalb wurden auch in den neuen Kolonien die gleichen Organisationen für den Unabhängigkeitskrieg eingesetzt. So wurden die Logen, noch bevor die Union der Staaten Amerikas gegründet wurden, noch bevor der Unabhängigkeitskampf von der britischen Krone gewonnen wurde, zu Keimzellen eines neuen Staatengebildes![180]

Unabhängigkeitskrieg von 1775-1783 und Gründung der Union

Vor dem Siebenjährigen Krieg (*French and Indian War*; 1756 bis 1763) «besassen» Spanien (Südwesten) und Frankreich (Mittlerer Westen-Norden) die grössten Teile von Nordamerika als Kolonie. Die Briten besiedelten nur die Ostküste bis zu den Appalachen. Als die britischen Siedler die Grenze überschritten, kam es zu den ersten Rivalitäten. Den offenen Krieg löste aber der mit 20 Jahren in die Freimaurerei aufgenommene George Washington (1732-1799) 1754 mit dem sogenannten Gefecht von Jumonville Glen aus. Das Gefecht gilt auch als erste Schlacht des Konflikts, der sich mit der Umkehrung der Allianzen[181] 1756 zum Siebenjährigen Krieg auswuchs. Mit dem Frieden von Paris verloren Spanien und Frankreich ihre Kolonien bis auf die südlichen Gebiete Florida, Mississippi und (New) Mexiko. Alles was nördlich dieser Gebiete war, fiel der britischen Krone anheim, wobei auch die letztgenannten Gebiete im 19. Jahrhundert von den Amerikanern bzw. den Briten einverleibt wurde. Das Ergebnis dieses Krieges waren nicht nur Hunderttausende von Toten, sondern auch noch eine enorme Schuldenlast beider Staaten, die zum Grossteil einer Finanzelite geschuldet wurde.

Im Siebenjährigen Krieg hatten die 13 britischen Kolonien in Nordamerika ihre eigenen Interessen und die des Mutterlandes noch gegen die kolonialen Ambitionen Frankreichs verteidigt. Nun benötigte die babylonisch-britische Regierung die Kolonialisten nicht mehr, um das Empire in der neuen Welt zu stärken, denn jetzt war sie auch in der nördlichen Neuen Welt uneingeschränkter Herrscher.

Die Kriege kosteten die Engländer sehr viel Geld, das die Regierung bei der *Bank of England* borgen und mit hohen Zinsen bezahlen musste. Also begannen sie die Kolonien zur Ader zu lassen, um weiterhin ihre eigenen Taschen zu füllen. Das begann schon 1699 mit dem *Wool Act* und in der Folge mit vielen weiteren.

Nach dem Siebenjährigen Krieg erliess George III. die Proklamation von 1763, die den Landerwerb im Westen verbot und das Gebiet zwischen Appalachen und Mississippi als Indianerreservat unter militärische Kontrolle stellte. In einem zweiten Schritt erliess das Parlament 1764/65 Steuergesetze, um die Zinsen für die horrenden Staatsschulden aus dem Siebenjährigen Kriege zu bezahlen. Nun war jeder Kolonialist davon betroffen. Den Gipfel erreichte der *Stamp Act* (Stempelsteuergesetz) von 1765, dass dazu ein eigens zu diesem Gesetz ein *Stamp Act Kongress* einberufen wurde. Die Empörung war so gross, dass das Gesetz zurück gezogen wurde. Die aus diesen Steuergesetzen entstandenen Spannungen verschärften sich im Laufe der Jahre.

---

180 vgl. auch Eugen Lennhoff/Oskar Posner/Dieter A. Binder: *„Internationales Freimaurer Lexikon“*, München 2006 (5. überarbeitete und aktualisierte Ausgabe), Seite 610.
19.06.2012: *Verschwörung oder Fakt? – „Freimaurer und die amerikanische Revolution“*
https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:JtlYAnBROOwJ:https://guidograndt.wordpress.com/tag/washington/+&cd=10&hl=de&ct=clnk&gl=ch

181 Die *Umkehrung der Allianzen* (auch *Renversement des alliances*) war eine «diplomatische Revolution» und führte zu einem Bundesschluss zwischen Frankreich und dem Haus Habsburg, die zuvor über Jahrhunderte verfeindet gewesen waren. Vgl. dazu Habsburgisch-Französischer Gegensatz.

Diese Spannungen wurden von Seiten der Kolonien mit dem babylonischen Geheimbund *«Söhne der Freiheit»* (*Sons of Liberty*) unter Führung des Babyloniers Samuel Adams[182] zur Entfachung von Gewalt und Terrorakten genutzt. Die *«Söhne der Freiheit»* organisierten auch Wirtschaftsboykotts gegen Grossbritannien, was die Briten ihrerseits mit Sanktionen beantworteten. Die babylonisch-britische Ostindienkompanie (BEIC) hatte auch bei den amerikanischen Kolonien das Handelsmonopol inne. Mit dem provozierten *Massaker von Boston* wurde 1770 ein erster und 1774 mit der organisierten *Boston Tea Party* ein zweiter Höhepunkt erreicht. Das britische Parlament reagierte 1774 darauf mit weiteren, restriktiven Massnahmen, den *Coercive Acts* («coercive» = Zwangsmittel; von den Kolonisten auch *Intolerable Acts* genannt).

Für Unwissende drehte sich der Streit «offiziell» um die Frage, ob die Krone das Recht habe, in den Kolonien Steuern zu erheben, ohne dass deren Einwohner im britischen Unterhaus in London vertreten waren. Die Parole der Kolonisten lautete: *no taxation without representation* («keine Besteuerung ohne parlamentarische Repräsentation»).

Die Vorfälle in Boston sind nur eine Täuschung. Die Gründe für den Unabhängigkeitskrieg liegen in der Geschichte und vor allem beim Geld. So waren es ausgerechnet Bostons Händlerfamilien, die die britische Krone in den USA am meisten unterstützten, weil ihnen 1833 das Monopol für den Sklavenhandel übertragen wurde. Der Baumwoll-Opium-Sklaven-Handel war ihr einträglichstes Geschäft.[183]

Benjamin Franklin schrieb: *«Um 1750 war Neu England sehr wohlhabend. Es gab Überfluss in den Kolonien, und Friede herrschte an allen Grenzen. Es war schwierig, ja sogar unmöglich, eine glücklichere und blühendere Nation auf der ganzen Erde zu finden. In jedem Heim war Wohlstand vorherrschend. Im Allgemeinen hielt das Volk die höchsten moralischen Massstäbe ein, und Erziehung war weit verbreitet. … Wir haben in den Kolonien keine Armenhäuser; und falls wir welche hätten, gäbe es niemanden, den wir einweisen müssten; denn wir haben nicht eine einzige arbeitslose Person, weder Bettler noch Landstreicher.»*[184]

In der gleichen Zeit, zur Zeit der Industriellen Revolution, gab es in England zu viele Arbeiter! Die Reichen sagten, sie seien bereits mit Steuern überlastet und könnten nicht noch mehr bezahlen, um die Massen von Arbeitern von deren Nöten und Armut zu befreien. Mehrere reiche Engländer jener Zeit glaubten wirklich, zusammen mit Malthus, dass Kriege und Seuchen nötig seien, um das Land von Arbeitskraftüberschüssen zu befreien. Thomas Malthus war der ökonomische Vordenker der BEIC. Eine seiner Theorien war: *«Es gibt zu viele Leute, die die zu wenig vorhandenen, natürlichen Ressourcen konsumieren.»* Die BEIC hatte schon 150 Jahre vorher Bedenken geäussert, dass die Bevölkerungsexplosion zu viele *«nutzlose Esser»* hervorbringen werde. Die Lösung, laut William Russell, läge darin, die überflüssige Bevölkerung durch Krankheiten, Plagen und Pandemien auszulöschen; aber auch durch Kriege.[185]

Der Grund für diesen Wohlstand in den Neuen Kolonien war die Tatsache, dass die Kolonien eigenes Geld für das sie keinen Zins an Private abzuliefern hatten, selbst herausgaben.

Als die Engländer erfuhren, dass die Kolonien ihr eigenes Geld hatten, wurde ihnen im Jahr 1751 die Geldmenge ihrer eigenen Währung, die *«Colonial Scrip»* (Kolonialaktie), beschränkt und 1764, nach dem Siebenjährigen Krieg, mit dem Währungsgesetz (*Currency Act*) die eigene Währung untersagt. Das war der eigentliche Auslöser des Unabhängigkeitskrieges, den auch Franklin bestätigt hat. Siehe auch Fussnote 179 ab Seite 142.[186] Diese Rebellion ging nicht vom Volk aus, sondern von wohlhabenden, einflussreichen Kreisen.

1775 kam es in Massachusetts zu ersten gewaltsamen Zusammenstössen zwischen Kolonisten und britischen Truppen. Damit wurde der amerikanische Unabhängigkeitskrieg eingeläutet. In der Folge

---

182 Samuel Adams (1722-1803) war ein Cousin von John Adams, dem ersten Vizepräsidenten der USA.

183 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 274

184 *Operation "Rebirth America" Second Edition: Brake the Web*, by America Publications, 2007, 108 Seiten, ISBN 1434333973, Seite 18.

185 Coleman John, *Das Komitee der 300*, 2006, Seite 33

186 Siehe auch Fischer Nicolas, D*ie Entstehung des Federal Reserve Systems in den USA – Von den kolonialen Anfängen bis 1914*, Magisterarbeit, 2013. http://othes.univie.ac.at/28927/1/2013-06-27_0963299.pdf

entschieden sich die im Zweiten Kontinentalkongress versammelten Vertreter der Kolonien für die Trennung vom Mutterland. Die Proklamation der Unabhängigkeit erfolgte bereits am 2. Juli 1776. Der Unabhängigkeitskrieg wurde 1783 mit dem Frieden von Paris beendet. Damit waren die Kolonien formell unabhängig.

Auf Seiten der Kolonialisten waren nicht nur George Washington, sondern auch noch die Europäer Friedrich Wilhelm, von Steuben, Gilbert de La Fayette, François de Grasse, Jean Babtiste de Rochambeau und Bernardo de Gálvez Befehlshaber. Sie alle waren Babylonier.

Kämpften die Kolonialisten im Siebenjährigen Kriege noch gegen die Franzosen, so bettelten sie nun ihre damaligen Feinde um Waffen an. König Louis XVI. verbündete sich mit den Kolonialisten und spendierte ihnen 1788, kurz vor der Französischen Revolution und obschon seine Kasse leer war, eine Million Livres; die Unterstützung hielt aber auch nach der babylonischen Revolution weiter an. Der Unabhängigkeitskrieg wurde vor allem von den Deutschen Adeligen als grosses Geschäft entdeckt, indem sie den Amerikanern für 1.8 Millionen Pfund 30‘000 unfreiwillige Soldaten «vermieteten». Der Merovinger-Erb-Babylonier[187] und Illuminat John Quincy Adams (1735-1826), der nachmalige US-Präsident, schrieb: *«Zu Offizieren werden jeweils die Wohlhabendsten am Ort gemacht …»* Dagegen hörte man im Heer wiederholt den Soldatenausdruck, *«Wir sind verkauft …»* Aber Adams schrieb auch, *«… Amerika wird bald in der Lage sein, sich auf dem Land gegen die ganze Menschheit zu verteidigen…»*[188]

Der Krieg wurde gewonnen, doch die Folgejahre waren schlimm. Anstatt dass die Soldaten einen Dank erhielten, wurden sie vom Kongress um Sold und Pension geprellt. Das führte dazu, dass der Kongress von Philadelphia nach Trenton weichen musste. Vom Krieg profitierten am meisten Händler, Spekulanten, klerikale Kreise und Banker. Amerika begann nun mit vielen Staaten, Handelsverträge abzuschliessen. Das britisch-babylonische Wirtschaftssystem blieb aber nach wie vor erhalten.

Am 4. Juli 1776 nahmen die im Kongress versammelten Vertreter der dreizehn Gründerstaaten der USA die Unabhängigkeitserklärung an. Von deren 65 Unterzeichnern, die sie unterschrieben hatten, gehörten 53 dem Maurerbunde an. Sie alle wurden vom Vater der Aufklärung, dem Rosenkreuzer John Locke (1632-1704) und der amerikanischen Aufklärung, sowie der politischen Philosophie des amerikanischen Republikanismus beeinflusst, der vom Illuminaten und Merovinger-Erb-Babylonier[187] Thomas Jefferson sowie den Babyloniern Alexander Hamilton[189] (1757/55-1804) und Thomas Paine (1736-1809) formuliert wurde. Hamilton war einer der engsten Mitarbeiter Washingtons, dem ersten Präsidenten der Union der Staaten Amerikas.

Die Unabhängigkeitserklärung wird als eine freimaurerische Tat ersten Ranges gefeiert. Ebenso die vom Illuminaten und Unitarier Thomas Jefferson (1743-1826) entworfene Verfassung der Union der Staaten Amerikas, die nicht nur bei den amerikanischen Freimaurern, sondern bei den Freimaurern in aller Welt als die weitestgehende Verwirklichung freimaurerischer Staatsgrundsätze gilt.[190, 191] Sie

---

187 Tucker Kevin, *Web of the Illuminati*, First Edition 2013, 207 pages, ISBN 1304034798, Seiten 46-48.
de Ruiter Robin, *Die 13 satanischen Blutlinien. Beschreibung: Die Ursache vielen Elends und Übels auf Erden*, Verlag: Pro Fide Catholica, ISBN 3932352203.
E-Book auf http://totoweise.files.wordpress.com/2011/09/13-satanischen-blutlinien.pdf
und http://kath-zdw.ch/maria/schattenmacht/13blutlinien.html

188 Deschner Karlheinz, *Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA*, Akzente-Buch, 10. Auflage 2010, 373 Seiten, ISBN 9783941960046, Seite 80-81 und E-Book
https://de.scribd.com/document/45314418/Deschner-Karl-Heinz-Der-Moloch-2002-587-S

189 Wie einflussreich Hamilton war, verrät der Friedhof der Trinity Church, die vom englischen König Wilhelm III. errichtet wurde, in dem er begraben liegt. 44 Jahre später wurde John Jakob Astor (1763-1848), ein Mitglied des Komitees der 300 und der reichste Mann der USA, im gleichen Friedhof beigesetzt.
Koch Markus und Eusterbrock Dirk, Backstage Wall Street, FinanzBuch, 1. Auflage 2008, 280 Seiten, ISBN 3898793699, Seite 184.

190 Pietersen Pit, K*riegsverbrechen der alliierten Siegermächte: terroristische Bombenangriffe. Terroristische Bombenangriffe auf Deutschland und Europa 1939-1945*, Books on Demand, 2006, 640 Seiten, ISBN 3833450452, Seite 244.

bildete mit den Menschenrechten und der (Schein-) Demokratie die Vorlage für die Verfassung der Französischen Revolution von 1789.[192] Allerdings sind seither immer einige Menschen «gleicher» als andere.

1776 wurde durch die USA die neue Papierwährung Namens *Continental Dollar (Continentals)* herausgegeben. Im Jahre 1779 waren von der Bundesregierung 225 Millionen *Continentals* herausgegeben worden, aber die einzelnen Staaten gaben zusammen weitere 210 Millionen *Continentals* heraus. Dahinter stand keine wertmässige Deckung mehr und in der Folge wurde die Inflation zu gross, weshalb die Währung nicht mehr akzeptiert wurde. Der Anfangswert von 1:1 gegenüber dem Silber fiel auf 167:1 im Jahre 1779. Am Ende des Krieges war eine Währungsreform nötig und die Inhaber des Geldes wurden praktisch enteignet.

Angesichts ihrer angespannten militärischen Lage war es für die Amerikaner entscheidend, bei anderen europäischen Mächten um Unterstützung zu werben. Deshalb beschloss der Kontinentalkongress 1776, eine Delegation nach Paris zu entsenden. Der junge US-Kongress entsandte als ersten Botschafter der USA den Hochgradfreimaurer Benjamin Franklin (1706-1790), nach Paris. In Paris trat er der Loge *Les Neuf Soeurs* bei, die bei der Französischen Revolution eine massgebende Rolle spielte. Er organisierte 1788 das Militärbündnis der amerikanischen Revolutionäre mit Frankreich, was einen wichtigen Baustein für den Sieg der Revolutionäre gegen das englische Mutterland darstellte. Franklin ging in Paris sofort daran, die französischen Freimaurerlogen zu reorganisieren und ab 1780 der Grossloge *Grand Orient de France* zu unterstellen. Die amerikanische Botschaft wurde zum Hauptquartier von Freigeistern und Oppositionellen aller Couleur.[94]

Die bestimmende Rolle der Freimaurerei beim Ausscheiden der dreizehn nordamerikanischen Kolonien war auch in Frankreich kein Geheimnis. 1776 wurde die Unabhängigkeitserklärung von einer geldmächtigen Clique in Frankreich begeistert gefeiert, ganz besonders vom Grossmeister aller Grosslogen[193] in Frankreich, dem Herzog von Orléons (während der Revolution Egalité genannt). [94]

Gleichzeitig wurden auch Forderungen für die Gegenwart aufgestellt, in denen der politische Führungsanspruch der USA-Freimaurerei eindeutig ausgesprochen wurde. Den amerikanischen Freimaurern wurde die Aufgabe zugewiesen, über die Einhaltung der freimaurerisch bestimmten politischen und sozialen Ordnung in den USA zu wachen.[191]

In dieser Zeit vollzog sich in den Köpfen der Amerikaner eine langsame, aber tief greifende Veränderung der Einstellungen gegenüber Religion und Regierung. Die Debatten über die Französische Revolution waren so überhitzt, dass die Amerikaner sich ihrer eigenen religiösen Zukunft nicht sicher waren. Dazu kam die Angst gegenüber den Illuminaten, die durch George Washingtons Brief vom 24.10.1798[194] noch geschürt wurde, in dem er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass sich die Lehren der Illuminaten und die Prinzipien des Jakobinismus in der Union der Staaten Amerikas ausbreiten würden.

Die Union der Staaten Amerikas bis 1811

Die politischen Parteien

Bereits unter der Regierung Washington bildeten sich in der Auseinandersetzung um den innen- und den aussenpolitischen Kurs der Union der Staaten Amerikas die beiden ersten wichtigen politischen und dialektischen Parteien heraus.

---

191 https://www.jstor.org/stable/pdf/43528944.pdf?seq=1#page_scan_tab_contents
Aus Lennhoff Eugen, *Die nordamerikanische Freimaurerei: Ihr Geist. Ihre Tätigkeit. Ihre Tendenzen*, Basel, 1930, 86 Seiten.

192 Die andere Wahrheit: Hintergründe, Methoden und Drahtzieher der aktuellen Zerstörung der europäischen Völker und ihrer christlichen Kultur und was wir dagegen tun können, von L. R. Michaelis, Books on Demand, 1. Auflage 2016, 356 Seiten, ISBN 3734777232

193 http://freimaurer-wiki.de/index.php/Pierer:_Entstehung_der_Freimaurerei._Periode_II

194 http://quotes.liberty-tree.ca/quote/george_washington_quote_b726

Federalists

Der Ausdruck *Federalists* (Föderalisten) wird für zwei verschiedene Gruppierungen in der Geschichte der Vereinigten Staaten verwendet. Ich nenne sie

§ *«Federalist Party»* für jene Politiker, die zwischen 1787 und 1789 die Ratifizierung der Verfassung unterstützten oder
§ *«Hamilton's Federalists»* für die Politiker, die die Regierungspolitik der Präsidenten George Washington und John Adams unterstützten,

allgemein Federalists, wenn nicht klar definiert ist, welche Gruppe gemeint ist, da sich die beiden Gruppen inhaltlich überschneiden, aber nicht identisch sind.

Als *Federalist Party* bezeichnete sich im Ursprung jene Parteirichtung, welche die amerikanische Verfassung von 1787 unterstützte. Diese Gruppierung veröffentlichte die *Federalist Papers* beziehungsweise *The Federalist*. Darin wurden ihre republikanischen Grundsätze erklärt und die Notwendigkeit einer starken Bundesregierung begründet. Sie erhielt ihren Namen, da sie für die Unterzeichnung der Verfassung waren, die eine engere Föderation zwischen den bisher nur locker verbündeten ehemaligen Kolonien schaffen sollte. Sie bildete keine echte Partei, sondern war eher eine Bewegung mit einem gemeinsamen Ziel.

Als *Hamilton's Federalists* waren ab 1791 die Anhänger der Regierungspolitik vom Freimaurer George Washington und vom Babylonier Alexander Hamilton. Hamilton's Ziel war die Errichtung einer «grossen Republik», eines wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staates nach dem Vorbild Grossbritanniens. Das beinhaltete die Gründung einer ersten Nationalbank zur Belebung der heimischen Wirtschaft sowie die Schaffung einer Armee und Flotte. Seine grosse Sorge war das Gespenst einer Auflösung der Union und ein abruptes Ende des republikanischen Experiments in einem grossen und blutigen Bürgerkrieg. Aus diesem Grund formulierte er fünf *«great and essential principles»*, ohne die seiner Meinung nach stabile und dauerhafte Behörden nicht existieren können. Aufgrund dieser Analyse folgerte er, dass die Staaten ganz aufzulösen oder sie zumindest den Bundesbehörden klar unterzuordnen seien. Seiner Meinung nach müsste die Exekutive stark sein, um die Legislative in ihrem Einfluss zu unterwerfen. Diese Forderung konnte er im Konvent nicht durchsetzen, weshalb er seine Anstrengungen auf eine Stärkung der Bundesbehörden innerhalb des bestehenden Verfassungssystems lenken musste. Sein Finanzsystem sollte auf zwei Säulen beruhen: Einerseits einer Umsatzsteuer auf Luxusgüter und andererseits mit einer Nationalbank. Sollten aus der Umsatzsteuer erst einmal substantielle Einkünfte fliessen, so wäre die Exekutive in der Lage, Einfluss auszuüben. Mit einer Nationalbank in privaten Händen wäre es der Regierung möglich, beim Fehlen an finanziellen Mitteln ihre Schulden und aufgelaufenen Schuldzinsen zu begleichen. Dann war die Bank in der Lage, einfach die Notenpresse anzukurbeln und Schuldverschreibungen der Regierung zu kaufen,[195] sowie die Zinsen für das gedruckte Geld zu kassieren.

Persönliche Differenzen zwischen John Adams und Hamilton führten die Spaltung der *Federalists* herbei und trugen 1800 massgeblich zum Wahlsieg der *Republicans* unter Jefferson bei. Die *Federalists* waren daher nur bis ca. 1815 wahrnehmbar. Als Nachfolger können die *National Republican Party* und die *Whig Party* als zumindest teilweise Nachfolger der Föderalisten angesehen werden.

Von den Republicans bis zur Democratic Party

Die *Republicans* wurden im Kongress von 1792 um den Illuminaten Thomas Jefferson gegründet, um die Politik des damaligen Finanzministers Alexander Hamilton und damit der *Hamilton's Federalists* zu unterlaufen. Da die *Federalists* nur bis ca. 1815 aktiv waren, dominierten die *Republicans*, die politische Szene, was von ihnen als sogenannte *«Era of Good Feelings»* bezeichnet wurde.

---

195 Rühle Christopher, *Das politische Denken von John Taylor of Caroline (1753-1824): Republickanismus, Föderalismus und Marktgesellschaft in den frühen Vereinigten Staaten von Amerika*, Haupt Verlag, 1. Auflage 2010, 833 Seiten, ISBN 325807383X, Seiten 241 ff.
Siehe auch die Dissertation http://www1.unisg.ch/www/edis.nsf/SysLkpByIdentifier/3309/$FILE/dis3309.pdf

Bei der Präsidentenwahl 1824 traten die vier Kandidaten Andrew Jackson, John Quincy Adams, William H. Crawford und Henry Clay für die *Republicans* an, die zur Spaltung der einzigen landesweiten Partei führte. Der Teil der Partei um Andrew Jackson entwickelte sich über die *Democratic-Republicans* (auch *Jeffersonian Republicans*) 1828 zur heutigen *Democratic Party* und aus jenen um John Quincy Adams und Henry Clay entstand die *National Republican Party*, aus der Mitte der 1830er Jahre die *United States Whig Party* hervorging.

In Opposition zur Politik der Federalists verteidigten die Republicans das Modell einer agrarischen Handelspolitik, die in eine Freihandelsordnung eingebettet war. Handelsrestriktionen sollten mit Retorsionsmassnahmen begegnet werden. Banken, Papiergeld und eine dauerhafte Staatsverschuldung lehnten sie als mit republikanischen Prinzipien unvereinbare Einrichtungen ab.

Die *Republicans* vertraten die Vision einer auf Freihandel und Westexpansion gegründeten amerikanischen Agrarrepublik, in der arbeitsame und unabhängige Farmer landwirtschaftliche Überschüsse für europäische Märkte produzieren sollten. Europäischen Handelsrestriktionen sollten mit Retorsionsmassnahmen «bekämpft» werden. Modernen finanzwirtschaftlichen Einrichtungen begegnete man mit republikanischem Misstrauen. Die *Republicans* waren der Meinung, dass nur auf diesem Wege die so verachteten englischen Verhältnisse – Korruption, Verarmung und Herausbildung breiter Schichten abhängiger Lohnarbeiter, Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Ungleichheiten – verhindert und damit die für eine Republik unabdingbaren Voraussetzungen erhalten werden.[195]

Der Illuminat Jefferson «glaubte» an die Vernunft des gemeinen Mannes, den er nie kennengelernt hatte, und daran, dass «die Welt im Ganzen gut angelegt» sei. Er verfolgte eine amerikanische Utopie, einen eigenen *«American Dream»*: Freies Volk auf freiem Grund.[196] Das konnte nur eine Taktik der Babylonier sein.

Der Niedergang der *Republicans* deckt sich mit den Angriffen der unitaristischen «Brahmanen von Boston». Religion und Politik sind demzufolge siamesische Zwillinge. Ab den 1810er Jahren wurden aber nach und nach Programmteile der *Federalists* von den *Republicans* und später von der *National Republican Party* übernommen.[195]

National Republican Party

Die *National Republican Party*, auch bekannt als *Anti-Jacksonian Party*, entstand 1825 unter John Quincy Adams, wurde aber erst 1828 formell als Partei gegründet. Sie war die einzige wirklich nationale, bundesweit organisierte Partei gewesen. Nach der Wahl von 1832 fiel die Nationalrepublikanische Partei 1833 auseinander. Sie war kein direkter Vorgänger der 1854 gegründeten *Republican Party*. Viele ihrer ehemaligen Mitglieder traten 1833 der von Henry Clay gegründeten Sammlungspartei der *Whigs* bei. Die *National Republican Party* übernahm nach und nach Programmteile von den *Republicans,* den Ideen der *Federalists*.[195]

Anti-Masonic Party

1827 rottete sich in New York eine Bewegung zusammen, die sich 1828 zur *Anti-Masonic Party* firmierte. Grund dafür war die Ermordung des Freimaurer und Illuminaten William Morgan (1774-1826), der beabsichtigte, die Machenschaften der Illuminaten zu publizieren. Kurz vor Veröffentlichung wurde das Manuskript gestohlen, Morgan gekidnappt und im Ontario-See ertränkt. Der Fall erregte grosses Aufsehen und führte zu einem schweren Rückschlag der Freimaurerbewegung in den USA.[197]

Dieser und ein weiterer Fall um Aaron Burr (1756-1836), der von Jeremy Bentham der BEIC unterstützt wurde, führten zur Gründung der kurzlebigen *Anti-Masonic Party*. Thurlow Weed (1797-1882) war der Organisator dieser Bewegung. Später war Weed gegenüber der Freimaurerei konzilianter und arbeitete für den Illuminaten und Medien-Tycoon Horace Greeley (1811-1872). Die Bewegung war nicht konsequent, denn sie versuchte 1827 den Freimaurer Henry Clay als nationalen Führer zu

---

196 Der Spiegel vom 10.11.1975: *Das Land, aus dem die Träume sind*. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41389479.html

197 Winckelstein Wendelin von, *Die Odyssee des Aristoteles*, 2005, 158 Seiten, ISBN 3000169253, Seite 108

gewinnen und zudem verhalf sie verschiedenen Freimaurern ins Amt. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Bewegung von Babylon gesteuert war, zumal sie auch vom Merovinger-Erb-Babylonier[187] und Illuminaten John Quincy Adams unterstützt wurde.[198]

Whigs[199]

Die *Whig Party (United States Whig Party)* begann sich ab 1833 zu formen und wurde 1835 formell gegründet. Sie ist unmittelbare Nachfolgerin der *National Republican Party* und der *Anti-Masonic Party* und war auch in der Tradition der *Democratic Party* verwurzelt. Mit dieser Gründung verfügte die Union der Staaten Amerikas über ein dialektisches Zwei-Parteiensystem, womit nun die Babylonier die Union einfacher manipulieren, lenken und zu ihren Gunsten verwalten konnten.

Sie war eine nationalistische Partei, die sich dem Protektionismus verpflichtet fühlte, die vor allem von einem ihrer Gründer, Henry Clay (1777-1852), dem Grossmeister der *Grand Lodge of Kentucky*, mit seinem *American System* propagiert wurde. Weitere Gründer waren die beiden Anti-Freimaurer William H. Harrison (1773-1841) und Daniel Webster (1782-1852) sowie der Freimaurer John Bell (1797-1869). Die Whigs stellten folgende Unions-Präsidenten: William Henry Harrison (1773-1841 / 1841), ein Merovinger-Erb-Babylonier[187], John Tyler[200] (1790-1862 / 1841-1845), ein Freimaurer-Grossmeister, General Zachary Taylor (1784-1850 / 1849-1850), ein Erb-Babylonier sowie Millard Fillmore (1800-1874 / 1850-1853), ein Freimaurer und Merovinger-Erb-Babylonier[187].

Die Whigs gingen nachher in der *Republican Party* auf. Alles in allem kann man festhalten, dass auch diese Partei babylonisch war.

Erste Regierung und Entstehung der politischen Parteien

Die erste US-Regierung wurde 1789 ins Amt eingesetzt. Der erste Präsident (1789-1797) war George Washington. Die Vereidigung des Präsidenten erfolgte durch den Grossmeister der Grossloge von New York, Robert R. Livingston (1746-1813), der zugleich als Staatskanzler fungierte und dafür die Bibel der St. Johns Lodge Nr. 1 verwendete.

Das Kabinett Washington[201] bestand damals nicht wie heute schon aus allen Ministern, denn die Verwaltung musste zuerst aufgebaut werden.

Bereits unter der Regierung Washington bildeten sich in der Auseinandersetzung um den innen- und den aussenpolitischen Kurs der Union der Staaten Amerikas die beiden ersten wichtigen politischen und dialektischen Parteien heraus: Die *Federalists* und die *Republicans*.

Die *Hamilton's Federalists*, durch Washington geformt, suchten unter der Führung von Hamilton die Annäherung an Grossbritannien. Die *Republicans* unter James Madison und Thomas Jefferson tendierten zu einem Bündnis mit Frankreich. Zu einer Vertiefung der Kluft zwischen *Federalists* und *Republicans* kam es 1794 durch den Jay's Treaty mit Grossbritannien, der in den USA auf heftige Kritik stiess.

> Während seiner Präsidentschaft traf Washington wegweisende Entscheidungen, die die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika bis heute prägen. Er wirkte vor allem auf eine gegenüber den Einzelstaaten und dem Kongress handlungsfähige Zentralgewalt hin und bildete das neu geschaffene Amt bewusst aus, indem er Präzedenzfälle schuf.

Es war nie Absicht der Gründungsväter der Union der Staaten Amerikas, dass sich jeder bei der Regierung Gehör verschaffen konnte, denn sie nahmen an, dass die politische Kontrolle des Landes von

---

198 Dice Mark, *The Illuminati: Facts & Fiction*, The Pesistance, 2009, 416 Seiten, ISBN 0967346657, Seite 190.

199 Duden: englisch Whig, wahrscheinlich gekürzt aus Whiggamer = Bezeichnung für einen schottischen Rebellen des 17. Jahrhunderts.

200 Er pflegte sehr enge Kontakte zu den DuPonts und war mit den Präsidenten William H. Harrison, Jefferson, Jackson und Benjamin Harrison verwandt. Quelle: Wilson Robert Anton, *Everything is Under Control. Conspiracies, Cults, and Cover-Ups*, Harper Resource, 1998, page 39-40.

201 https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Washington

Männern mit Vermögen und Musse, die sich im Allgemeinen gegenseitig kennen, ausgeübt würde. Sie würden die Regierung zum Handeln veranlassen oder sie hindern, je nachdem, wie es diesen Männern passte. Die amerikanische Verfassung spiegelte mit ihren Vorkehrungen für eine Gewaltenteilung und der Auswahl des Inhabers der höchsten Macht durch ein Wahlmännerkollegium exakt diese Sichtweise wider.[202] Die Politik war daher ein zuvor abgekartetes System, bei dem die Masse nichts zu bestimmen hatte, sondern nur die Entscheide der von den mächtigen Männern gesteuerten Parteien bestätigen konnten. Das war nicht nur in den USA so, sondern so funktioniert die Politik weltweit. So funktioniert die nicht vorhandene Demokratie!

> Die Gründungsväter nahmen an, dass die politische Kontrolle des Landes von Männern mit Vermögen und Musse, die sich im Allgemeinen gegenseitig kennen, ausgeübt würde. Sie würden die Regierung zum Handeln veranlassen oder sie hindern, je nachdem, wie es diesen Männern passte.

Die Thematisierung der *Republicans* als agrarisch geprägte Gesellschaftsordnung, die genau auf den Süden zugeschnitten war und die *Federalists* als Vertreter der Männer mit Vermögen und Musse für den vom Handel bestimmten Norden, war klug gewählt, denn diese Einteilung sollte noch Folgen zeitigen.

Bank of North America – 1781-1784

1781 waren die USA in einer ungemütlichen Lage: Sie standen im Krieg mit den Engländern, die die Küstenline von der See aus beherrschten und zudem hatte der Staat grosse Schulden und die öffentlichen Kredite waren kollabiert. Deshalb ernannte der Kongress den Freimaurer[203] Robert Morris (1734-1806) für die Jahre 1781 bis 1784 zum Superintendent für Finanzen der Union. Morris, er wird auch als «Finanzier der Revolution» bezeichnet, war ein Unternehmer, der internationalen Handel betrieb, aber auch fremde Schiffe kaperte und so seinen Reichtum vergrösserte. Er betätigte sich ebenfalls in der Politik und lieh dem Staat aber auch beträchtliche Summen Geld.

Drei Tage, nachdem er sein Amt übernommen hatte, empfahl Morris die Einrichtung einer Nationalbank. Das führte 1781 zur Gründung der *Bank of North America*. Die Bank wurde zum Teil auf einem erheblichen Darlehen gegründet, das Morris 1781 von Frankreich erlangen konnte. Die gegründete Bank war eine private Geschäftsbank, die eigene Banknoten herausgab und für die Dauer des Krieges ein Monopol hatte. Ihr Modell entsprach jenem der *Bank of England*. Die anfängliche Rolle der Bank war es, den Krieg gegen Grossbritannien zu finanzieren.

Nachdem Morris die oberste Schicht der Babylonier zulasten der Bürger bevorteilt hatte, warnte er nachher die US-Bürger. Wie bei allen Babyloniern, die ein öffentliches Amt inne hatten, schrieben sie nachher in ihren Memoiren einzelne Tatsachen, die sie im Amt hätten bekämpfen müssen, aber genau das Gegenteil machten. So sagte er im Jahre 1787:

> *«Die Reichen werden bestrebt sein, ihre Herrschaft zu errichten und den Rest zu versklaven. Das taten sie immer. Das werden sie immer… Sie werden hier dieselben Auswirkungen haben wie andernorts, wenn wir sie nicht durch die Macht der Regierung in den ihnen angemessenen Sphären halten können.»*

First Bank of the United States – 1791-1811

Nachdem die Amerikaner mit dem Papiergeld *Continentals* die erste Hyperinflation erlebt hatten, war das ihnen eine Lehre, weshalb nur noch der Kongress ermächtigt wurde, Münzen zu prägen. Dazu war nur noch Gold und Silber zulässig. Aber trotzdem wurden Banknoten gedruckt. Diese mussten mit entsprechender Währung hinterlegt sein. Aus diesem Grund wurden Dollarmünzen geprägt, die den Bedarf aber nie decken konnten. Aber es entstand auch eine Papierwährung. Eine einlösbare Banknote wurde nicht als Geld selbst betrachtet, sondern als ein in Geld einlösbarer Vertrag.

---

202 Quigley Carroll, *Katastrophe und Hoffnung*, eine deutsche Übersetzung von *"Tragedy and Hope"*, Perseus; 1. Auflage, 2006, 544 Seiten, ISBN 3907564421, Seite 79. Quigley ist ein Hochgradfreimaurer.

203 http://freimaurer-wiki.de/index.php/Robert_Morris_(1734-1806)

Die USA hatten zu dieser Zeit gewaltige Kriegsschulden und waren nicht in der Lage, sie zu bezahlen. Mit ein Grund für die massiven Schulden waren auch die Unmengen Falschgeld, die die Briten in Umlauf brachten.

Der erste Finanzminister, der Babylonier Alexander Hamilton war ein Werkzeug der internationalen Banker und ging nach seiner Wahl zügig daran, eine nationale Bank, die *First Bank of the United States* zu gründen. Die Geschichte für und gegen eine amerikanische Zentralbank begann lange bevor die Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten, deshalb gab es auch bei der Gründung hitzige Diskussionen, die aber selbst nach der Gründung des Federal Reserve System nicht verstummten und werden wohl demnächst wieder heftig zu reden geben.

Die Bank nahm 1791 als Geschäftsbank des Staates als auch als Zentralbank den Betrieb auf. Ihr wurde genau vorgeschrieben, was sie durfte und der Zins wurde auf sechs Prozent festgesetzt. Sie hatte ein Grundkapital von 10 Millionen Dollar, von denen 2 Millionen in Gold angelegt werden musste. Zwanzig Prozent der Aktien (2 Millionen in Gold) waren im Staatsbesitz und der Rest war in Privatbesitz; etwa ein Drittel der Aktien «kauften» Mitglieder des Kongresses. Mit dieser staatlichen Einlage verhalf der Staat der Privatbank aus den Startlöchern. Anschliessend liehen sich die Banker diese Einlage untereinander, um das restliche Aktienkapital der Bank zu erwerben. Das Vorgehen war genau gleich wie bei der Gründung der Bank of England, womit die Handschrift der Babylonier einmal mehr sichtbar wird. Das ganze Geschäft war nicht nur ein Betrug, sondern ein weiteres Monopol.[179] Es gab bereits damals Verschwörungstheorien die behaupteten, die Bank der Union der Staaten Amerikas wäre im geheimen im Besitz von Ausländern, besonders der Bank von England.[204] Der reichste Amerikaner war der Franzose und Freimaurer Stephan Girard (1750-1831). Er war der grösste Einzelaktionär der First Bank und kaufte sie nach dem Auslaufen der Lizenz auf.[205] Girard war aber auch ein Nutzniesser der Reichtümer der BEIC.[206]

In den ersten fünf Jahren der *First Bank of the United States* lieh sich die US-Regierung 8,2 Millionen Dollar, während die Preise um 72 Prozent anstiegen. Doch der Erfolg der Bank brachte die Banken in den Einzelstaaten immer mehr gegen die *First Bank of the United States* auf. Die Banken beklagten, dass ihre Emission von eigenen Banknoten eingeschränkt werde und die *First Bank of the United States* einen unverhältnismässigen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Banken hatte. Während Vertreter der Regierung und der lokalen Behörden der Bank sehr positiv gegenüberstanden, wuchs der Wiederstand in der Finanzwelt gegenüber der Konkurrenz kontinuierlich an. Da die Lizenz nur auf 20 Jahre ausgestellt war und der Kongress diese nicht verlängern wollte, musste die Bank den Betrieb 1811 einstellen.[179, 186]

Der Jay-Vertrag von 1784

Der Jay-Vertrag von 1784, ist nach John Jay benannt, dem nachmaligen ersten obersten Richter der Union der Staaten Amerikas (1789-1795). Er sollte die aus dem Unabhängigkeitskrieg resultierenden Spannungen und Streitfragen zwischen Grossbritannien und den USA lösen, was er aber nicht konnte (oder wollte). Viele Amerikaner empörten sich über diesen Vertrag, weil sie ihn als Kapitulation vor Grossbritannien und als Verletzung des von Washington proklamierten und von Jefferson bis zu seiner Demission Ende 1793 mitgetragenen Neutralitätskurses ansahen.

1806 handelten der Freimaurer und Merovinger-Erb-Babylonier[187] James Monroe und William Pinkney mit den Briten den *Monroe-Pinkney-Vertrag* aus, der den Jay-Vertrag erneuern sollte, aber nie ratifiziert wurde. Das war offiziell ein Grund, weshalb der Krieg gegen die Engländer 1812 ausbrach.

---

204 Pravda vom 24.02.2013: *Von der ersten Zentralbank, zum amerikanischen Bürgerkrieg, den R(T)othschilds bis zur Federal Reserve.* http://www.pravda-tv.com/2013/02/von-der-ersten-zentralbank-zum-amerikanischen-burgerkrieg-den-rtothschilds-bis-zur-federal-reserve/

205 Waldner Wolfgang, Warum die Geldpolitik 1929-33 die Weltwirtschaftskrise verursacht hat, Books on Demand, 1. Auflage 2009, 132 Seiten, ISBN 9783837093919, Seite 38.

206 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 273.

Unter Washington bewahrten die USA in den britisch-französischen Auseinandersetzungen im Rahmen der Koalitionskriege (1792-1815) Neutralität, obschon der französische Botschafter in der Union der Staaten Amerikas, der Illuminaten-Agent[207] Edmond-Charles Genêt (1763-1834), 1793 die Citizen-Genêt-Affäre auslöste, weil er die Neutralitätspolitik der USA zu Gunsten Frankreichs zu beeinflussen versuchte. Genêt verhielt sich wie ein Herrscher des Volkes dieser Nation, anstatt als ein akkreditierter Repräsentant Frankreichs. Ab diesem Zeitpunkt entstanden geheime politische Organisationen.[208]

Sein Nachfolger, der Federalist John Adams (1797-1801), dagegen leitete trotz formell weiterhin andauernder Neutralität einen klar probritischen Kurs ein, was zu schweren Spannungen im Verhältnis zu Frankreich und schliesslich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und einigen militärischen Zusammenstössen führte. Gegen diese Aussenpolitik, aber auch gegen den innenpolitischen Kurs der Regierung Adams, der sich u. a. in den *Alien and Sedition Acts* niederschlug, formierten sich die Republicans zu einer starken Opposition; bei den Wahlen 1800 konnten sie sich mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Thomas Jefferson klar gegen die Federalists durchsetzen. Bereits gegen Ende von Washingtons zweiter Amtszeit war eine unüberbrückbare Kluft zwischen den im Süden dominierenden Republicans und den die Neuenglandstaaten beherrschenden Federalists entstanden, die sich noch entladen musste.

In seiner Abschiedsrede von 1796 warnte George Washington seine Landsleute vor dem von ausländischen Mächten geschürten «Parteiengeist», der das Überleben der Nation gefährde. Die Union der Staaten Amerikas sollten mit Europa so viel Handel wie möglich treiben, sich aber nicht in europäische Händel verstricken und Bündnisse nur im Notfall und auf Zeit schliessen. Dies durfte er nur aussprechen, nachdem er seinen babylonischen Auftrag erfüllt hatte.

Die Alien and Sedition Acts

Die *Alien and Sedition Acts* waren vier vom Kongress der Union der Staaten Amerikas 1798 verabschiedete Gesetze, die unter anderem die Privilegien des Präsidenten, damals dem Babylonier John Adams (1797-1801), gegenüber Ausländern erweiterten und die Veröffentlichung «falscher, skandalträchtiger oder boshafter Schriften» gegen Amtsträger unter Strafe stellten. Der *Alien Enemies Act* ist als einziges der Gesetze weiterhin in Kraft und wird gelegentlich während Kriegszeiten angewendet; sie werden demnächst wieder Urständ feiern. Mit den *Anarchist Exclusion Acts* wurden 1901 bis 1918 zwei ähnliche Gesetze verabschiedet.

Der Louisiana Purchase (Louisiana-Kauf; vente de la Louisiane) von 1803

Alle Erzeugnisse der Union der Staaten Amerikas westlich der Appalachen wurden über den Mississippi und damit über das Gebiet der Franzosen verschifft. Der dritte Präsident, der Illuminat Thomas Jefferson, war der Meinung, es sei das Beste, die Stadt New Orleans und deren nähere Umgebung zu kaufen, um langfristig den Zugang zum Mississippi zu sichern. Jefferson sandte 1801 die Freimaurer James Monroe (1758-1831) und Robert R. Livingston nach Paris, um über den Kauf zu verhandeln. Sie wurden jedoch zurückgewiesen.

1802 wurde Pierre Samuel du Pont de Nemours (1739-1817) gewonnen, die Verhandlungen zu unterstützen. Die Familie du Pont gehört zu den einflussreichsten Babyloniern. Sein dritter Sohn, Eleuthère Irénée du Pont, gründete die heutige Firma Dupont.

Kurz bevor Monroe 1803 in Paris eintraf, boten die Franzosen überraschend ganz Louisiana zum Verkauf an, aber nicht nur New Orleans, sondern das gesamte Gebiet vom Golf von Mexiko bis zur Südgrenze von Ruperts Land (Gebiet bei Hudson's Bay) und vom Mississippi bis zu den Rocky Mountains für nur 15 Millionen Dollar. Obwohl dieser Betrag die Kompetenzen der Unterhändler überstieg, sagten sie zu. Die Gegner dieses Kaufes vertraten die Ansicht, dass die Verfassung dem Präsidenten kein

---

207 http://www.ourrepubliconline.com/Topic/30. *The Writings of George Washington*, volume 33, August 26, 1794.

208 Stauffer Vernon, *The Bavarian Illuminati in America: The New England Conspiracy Scare. 1798*, Dover Books on History, 2006, Originalausgabe 1917, 384 pages, ISBN 048645133X, Seite 105ff. http://www.conspiracyschool.com/sites/default/files/resources/Vernon_Stauffer-New_England_And_The_Bavarian_Illuminati-Vernon_Stauffer-1918-777pgs-SEC_SOC.sml_.pdf

Recht zu einem solchen Gebietserwerb gebe. Der Senat bestätigte den Vertrag am 20.10.1803 mit 24:7 Stimmen. Für die Finanzierung nahm die Union u.a. bei europäischen Investoren einen Kredit von 4 Mio. Dollar auf, rückzahlbar im Jahre 1818. Diesen Erlös nutzte der Erb-Babylonier[187] Napoleon, um seinen babylonischen Auftrag, Europa für die nächsten Ereignisse umzugestalten, auszuführen.

Mit dem Verkauf war Spanien nicht einverstanden, weil es der Meinung war, die USA würden wegen den nicht präzisen Grenzen einen Teil ihrer Kolonien beschlagnahmen.

Der Britisch-Amerikanische Krieg von 1812 bis 1814/15

Der *Britisch-Amerikanische Krieg* zwischen der Union der Staaten Amerikas und dem Vereinigten Königreich, auch bekannt als *Krieg von 1812*, *Zweiter Unabhängigkeitskrieg* oder *«Mr. Madisons Krieg»*, begann mit der Kriegserklärung der USA am 18.06.1812 und wurde durch den Frieden von Gent vom 24.12.1814 beendet, auf den jedoch weitere Kämpfe folgten, die bis in das Jahr 1815 dauerten. Als Ergebnis des Krieges wurde im Wesentlichen der *status quo ante bellum* wiederhergestellt.

Der Merovinger-Erb-Babylonier[187] James Madison (1751-1836 / 1809-1817) setzte die gleiche Aussenpolitik fort wie als Aussenminister unter seinem Vorgänger Jeffersons. Dabei ging es ihm bei diesem Krieg, die amerikanische Souveränität mit militärischer Gewalt zu verteidigen und durchzusetzen. Deshalb verstand er diesen Krieg als Verteidigung der Freiheit der Union der Staaten Amerikas. Mit dieser Position verband sich der Wille, die Freiheit im Welthandel zu schützen und im Zweifelsfall militärisch durchzusetzen, wie der 1815 geführte zweite Krieg gegen die Piraten aus den Barbareskenstaaten zeigte.

Obschon der Zeitpunkt zum Krieg geschickt gewählt wurde, weil England sich in den Napoleonischen Kriegen behaupten musste, war der Krieg für die Union der Staaten Amerikas eigentlich eine Schlappe. Zur See war die Auseinandersetzung zwar ein Erfolg, aber dafür umso mehr aus dem Land ein Desaster und ein Kriegsziel, Kanada in die Union einzugliedern, misslang gehörig. Ausser Spesen nix gewesen, die jedoch die babylonischen Banken um vieles reicher gemacht haben.

Die offiziellen Gründe für diesen Kriegsausbruch sind im unvollständigen Jay-Vertrag zu suchen, weil britische Kriegsschiffe amerikanische Schiffe aufbrachen und deren Seeleute zwangsrekrutierten *(impressment)*, die Briten amerikanische Häfen blockierten, um Handel mit dem von Napoleon besetzten Europa zu unterbinden und der Weigerung der britischen Regierung, das Handelsverbot im Rahmen der napoleonischen Kontinentalsperre mit den europäischen Staaten untersagte.

Nachdem die Union der Staaten Amerikas 1811 «ihrer» Zentralbank die Lizenz entzogen hatte, mussten sie für den nun anstehenden Krieg die Finanzierung organisieren. Deshalb gab der Kongress einerseits sogenannte *Treasury Notes* (verzinsliche Staatsanleihen) heraus und förderte andererseits die Ausdehnung von Geschäftsbanken, damit diese Geld zum Kauf von Staatschulden druckten. Als Reserve dienten die *Treasury Notes*. Die Banken Neuenglands verweigerten jedoch aus politischen Gründen die Mitarbeit. Die Bundesregierung war deshalb gezwungen, Güter aus der Region zu kaufen, die sie mit Geld bezahlte, das ausserhalb von Neuengland gedruckt wurde und damit eigentlich wertlos war. Sollten die neuenglischen Banken ihr Papiergeld nun bei den anderen Landesbanken umtauschen, bestand die Gefahr, dass es aufgrund mangelnder Edelmetallreserven zu Inflation, verbunden mit massenhaften Insolvenzen und damit zum Ende der inflationären Kriegsfinanzierung kommen könnte. Um dies zu verhindern, beschloss der Kongress 1814 – gemeinsam mit den Regierungen der Bundesstaaten ausserhalb Neuenglands – die allgemeine Aufhebung der Einlösepflicht für Banken (bei gleichzeitiger Fortführung der Inflation). Dieser Präzedenzfall hatte weitreichende Folgen, denn künftig wurden bei jeder grösseren Bankenkrise auf Bundes- oder Landesebene die gesetzliche Einlösepflicht aufgehoben, obschon die Banken weiterhin drucken durften.

Es deutet alles darauf hin, dass dieses Ereignis von der mächtigen babylonischen Elite genau geplant war, um den Massen aufzuzeigen, dass sie eine Zentralbank benötigen, selbstverständlich in privaten

Händen, um sie von Babylon abhängig zu machen. Dies beschreibt vor allem der Autor Hitchcock[209], dass sich Rothschild 1811 geschworen habe, einen Krieg anzuzetteln, damit er wieder das Monopol einer Zentralbank erhalte. Weiter schreibt er, dass nicht die Union der Staaten Amerikas, sondern England zuerst den Krieg erklärt habe. Allerdings ist anzumerken, dass es nicht Rothschild allein war, sondern das ganze babylonische Netzwerk.

Die Schulden der Amerikaner betrugen nach diesem sinnlosen Krieg 127 Millionen Dollar. Um die Zinsen an die babylonischen Banken zu bezahlen, verdoppelte der Kongress die Steuern für Land, Grundstücke und Sklaven.[210]

Die Union der Staaten Amerikas von 1815 bis 1860

Das Ende der Napoleonischen Wirren

Der Erb-Babylonier[187] Napoleon Bonaparte war der Usurpator und Stabilisator der Ergebnisse der Französischen Revolution. Nachdem er für die Babylonier Europa neu geordnet hatte und den Russlandfeldzug beenden musste, wurde er 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig und 1814 in der Schlacht von Paris geschlagen. In der Folge wurde er im April 1814 vom Senat abgesetzt und auf die Insel Elba verbannt. Doch wie ein «Wunder» war es ihm möglich, seinen Verbannungsort zu verlassen und in Paris Einzug zu halten. Gleichzeitig «liefen» ihm die Soldaten «wie von Geisterhand» zu, womit er in der Lage war, wieder eine Armee aufzustellen. Damit vertrieb er im März 1815 König Ludwig XVIII.

Die am Wiener Kongress tagenden Grossmächte «sahen» sich aufgrund der Ereignisse veranlasst, ihre Allianz von 1814 zu erneuern. Bereits am 15. Juni 1815 griff Napoleon mit einer gut ausgerüsteten Armee aus 125‘000 erfahrenen Soldaten seine Gegner bei Waterloo an. Am 15. Juni 1815 wurde Napoleons Armee von den beiden Freimaurern, den Feldmarschällen Wellington (1769-1852) und Blücher (1742-1819) endgültig geschlagen. Daraufhin wurde er auf die Insel St. Helena verbannt, wo er 1821 starb. 1840 wurde seinen Überresten weitere Ehre zuteil, indem sie in den eigens umgebauten Pariser Invalidendom überführt wurden.

Übrigens war Napoleon Bonaparte 1806 Geburtshelfer bei der Gründung des *Grossen Sanhedrin*. Er war vor zweitausend Jahren die oberste jüdische religiöse und politische Instanz und gleichzeitig das oberste Gericht. Er bestand aus 70 (71) Männern und kommt bereits bei Moses vor, wie sie im Sinai auf den Berg steigen und von «Gott», sprich den Babyloniern, den Befehl erhielten (4. Mose 11,16 und 2. Mose 24,1). Daraufhin verwandelte Moses den Sinai zu einem Sperrgebiet (2. Mose 34.3). Nachdem der Jerusalemer Tempel im Jahre 70 von den Römern zerstört war,[211] übernahm die frühere Opposition, die Gruppe der Pharisäer, die Führung.

Die fünf Rothschild-Brüder finanzierten die Kriege Napoleons mit seinen Gegner gleichzeitig. Vom Sieger konnte man erwarten, dass er seine Schulden zurück zahlt, von Verlierer jedoch nicht. Damit letztere Schulden ebenfalls bezahlt werden, konnte Druck über den Sieger auf den Besiegten ausgeübt werden, da der Sieger ja ebenfalls von den babylonischen Geldgebern abhängig war.

Als sich bei der Schlacht von Waterloo abzeichnete, dass Napoleon eine Niederlage erhielt, war der babylonische Nachrichtendienst einen Tag schneller als der offizielle. Rothschild, so wird berichtet, habe seine Angestellten angewiesen, Konsuls (britische Staatsanleihen) in Massen zu verkaufen. Aufgrund Rothschilds Ruf, fingen die anderen Händler an, Panik zu bekommen, und dachten, dass Eng-

---

209 Hitchcock Andrew Carrington, *Satans Banker: Die Finanzgeschichte der globalen Vereinnahmung durch Rothschild und Co*, Fischer, 2009, 336 Seiten, ISBN 3941956663.
E-Book: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/hitchcock_satans_banker.pdf

210 Deschner, Der Moloch, Seite 96.

211 64 u.Z. brannten 10 von 14 Stadtteilen Roms. Es ist davon auszugehen, dass es Brandstiftung war, weshalb hohe Beweggründe im Spiel stehen mussten. Der damalige Kaiser wird dafür verantwortlich gemacht. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass er von Babylonieren beraten wurde. Für die Finanzierung des Wiederaufbaus nach dem Brand plünderte Nero die Tempel im ganzen Reich. Möglicherweise liegt hier eine der Ursachen für die Zuspitzung der Ausbeutung von Judäa, die im Jahr 66 zum Krieg führte.

land den Krieg verloren hätte, und verkaufen in Eile. In der Folge verloren die Konsuls schnell an Wert. Nun beauftragte er wieder seine Mitarbeiter, alle Konsuls, die sie bekommen können, aufzukaufen. Als die offizielle Nachricht London erreicht, dass die Briten den Krieg gewonnen haben, steigen die Konsuls zu einem höheren Betrag als sogar vor dem Krieg an. Damit verzwanzigfacht Rothschild sein Vermögen über Nacht und kontrolliert seither die britische Wirtschaft.[212] Rothschild war zu diesem Zeitpunkt bereits unter der Kontrolle der Jesuiten.

The Second Bank of the United States – 1816-1836

Nachdem die Union der Staaten Amerikas die Lehren aus dem finanziellen Debakel des britisch-amerikanischen Krieges gezogen hatte, erliess der babylonische Kongress 1816 auf Antrag des Präsidenten James Madison ein neues Gesetz zur Gründung der *Second Bank of the United States*. Sowohl der Präsident als auch der Kongress wollten keine Staatsbank, an die die Bürger keine Zinsen abliefern mussten, sondern eine Private, die ohne eine Leistung Zinsen einforderte. Die Rahmenbedingungen waren wieder die gleichen wie bei der Gründung der First Bank, weshalb es sich wieder um einen Betrug und ein privates Monopol an eine private babylonische Klientel handelte.

Die Second Bank blieb wegen der Vorwürfe über Korruption und Fälschungsaktivitäten im öffentlichen Gedächtnis. So gab es politisch motivierte Darlehensvergaben und dem amerikanischen Kongress wurde Geld geliehen, ohne jedoch auf Rückzahlung zu bestehen. Weiter kam es zu weit verbreiteter Unsicherheit und Chaos.

Die Panik von 1819[213]

In den Jahren 1812 bis 1815 hatte sich die Regierung wegen des Krieges bei den Banken hoch verschuldet und die Reserven der Banken in Edelmetall stark aufgebraucht. 1814 waren die Zahlungen in Gold und Silber eingestellt worden und die steigende Geldmenge umlaufender Banknoten belebte einerseits die Konjunktur und ermutigte zu hohen Investitionen, liess aber auch die Preise steigen. Dies nutzte die Second Bank, indem sie mit günstigen Lockkrediten an die Handelsbanken und durch grosszügige Kreditvergabe die Spekulation von Land förderte, verdoppelte oder verdreifachte sich der Landpreis manchmal gar. Mit dazu beigetragen hat vor allem auch die grosse Nachfrage aus dem durch die Napoleonischen Kriege verwüsteten Europa, insbesondere für amerikanische Agrarprodukte.

Im Sommer des Jahre 1818 hatte die Führung der Second Bank eine restriktive Geldpolitik beschlossen und den Rückruf von Krediten eingeleitet. Damit brachen gleichzeitig die Immobilienpreise und der Boom der Wirtschaft in der Panik von 1819 abrupt zusammen. Von den Arbeitern verloren Hunderttausende ihre Jobs; die Auszahlung von Bankeinlagen in Gold und Silber wurde bis 1821 durch Präsident Monroe suspendiert.

Als Grund für die brutal restriktive Politik der Second Bank werden auch die 4 Mio. Dollar in Gold oder Silber des *Louisiana Purchase*-Kredites genannt, die im Spätjahr 1818 zur Zahlung für europäische Investoren anstanden. Zusammen bewirkte der Abzug von Gold und Silber aus dem Bankensystem für die Zahlungen in Europa eine gewaltige Kontraktion der monetären Basis und damit die Panik von 1819. Dass diese Rückzahlung fällig wurde wusste man natürlich schon vor 25 Jahren und nicht erst einige Monate vorher, was darauf hindeutet, dass dieses Vorgehen eine babylonische Absicht war, denn mit der betrügerischen Kreditausweitung und der Panik verdienten die Banken sehr viel Geld.

---

212 Hitchcock Andrew Carrington, *Satans Banker: Die Finanzgeschichte der globalen Vereinnahmung durch Rothschild und Co*, Fischer, 2009, 336 Seiten, ISBN 3941956663, Seite 41-42.
E-Book: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/hitchcock_satans_banker.pdf

213 Waldner Wolfgang, *Warum die Geldpolitik 1929-33 die Weltwirtschaftskrise verursacht hat*, Books on Demand, 1. Auflage 2009, 132 Seiten, ISBN 9783837093919, Seiten 37-37.

Die Depression von 1833[213]

> *«Die Wahrheit ist, wie Sie und ich wissen, dass die Regierung seit den Tagen von Andrew Jackson einem Finanz-Element in den grossen Zentren gehört.»*
>
> *Franklin D. Roosevelt (1882-1945), 32. Präsident der USA 1933-1945*

Andrew Jackson (1767-1845 / 1829-1837), der Grossmeisters der Freimaurer-Grossloge von Tennessee und Erb-Babylonier, gewann im Präsidentschaftswahlkampf 1828 vor dem Gegenkandidaten Henry Clay (1777-1852), dem Grossmeister der Grand Lodge of Kentucky. Als erster Präsident «belohnte» Jackson seine Träger und Anhänger auf systematische Weise, dem sogenannten *spoils system*, mit Regierungsstellen. Der Begriff leitet sich vom Spruch *«to the victor belong the spoils»* ab, auf Deutsch etwa *«dem Sieger gehört die Beute»*.

Im Präsidentschaftswahlkampf 1828 war das Thema Zentralbank entscheidend. Die Second Bank bittet den Kongress 1832, eine Erneuerung der Lizenz für die Bank auszustellen. Der Kongress willigt ein und schickt den Gesetzesentwurf an Präsident Jackson zur Unterschrift. Jackson erhebt Einspruch. Die Folge ist ein «Bank-Krieg». Jackson zog 1833 die Einlagen der Regierung aus der Second Bank ab.

Als Gegenmassnahme entschied sich der Präsident der Second Bank, Nicholas Biddle (1786-1844), einem Mitglied des Komitee der 300 und Agenten von Jacob Rothschild, der aber von den Jesuiten gesteuert war[214], für eine restriktive Kreditpolitik und verursachte mit der Forderung nach Rückzahlung alter Kredite und der Weigerung, neue Kredite zu vergeben, eine kurze Rezession im ersten Halbjahr 1834. Ein weiterer Versuch scheiterte, die Genehmigung der Bank im Kongress verlängert zu erhalten. 1836, nach dem Auslaufen der Lizenz operierte sie als eine normale Bank und verursachte zum Teil die Panik von 1837.

Die Nullifikationskrise der Jahre 1832/1833

Die Nullifikationskrise der Jahre 1832/1833 war ein politischer-wirtschaftlicher Konflikt. Gegenstand der Krise waren die 1828 von der Bundesregierung unter dem Freimaurer-Grossmeister Andrew Jackson (1767-1845) erlassenen Schutzzoll-Gesetze. Die Zollgesetze waren deshalb umstritten, weil sie den Interessen der aufstrebenden Industrie in den Nordstaaten entgegenkamen. Deren Erzeugnisse wurden dadurch vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Der Süden aber war auf Einfuhren angewiesen und die Schutzzölle verteuerten die eingeführten Produkte. Im Jahr 1832 erliess die Bundesregierung ein neues Zollgesetz, das eigentlich für den Süden etwas günstiger war als das alte Gesetz von 1828. Trotzdem wurde es in South Carolina entschieden abgelehnt. Der Gouverneur unterstützte seine Landsleute und trat für die Nichtigkeitserklärung des Gesetzes ein. Er war Vorsitzender eines Konvents, der einen entsprechenden Beschluss fasste. In South Carolina wurden schon damals, rund 30 Jahre vor dem Bürgerkrieg, Überlegungen angestellt, aus der Union auszutreten. Präsident Jackson drohte dem Staat mit Krieg. Die anderen Südstaaten hielten die Reaktion South Carolinas für überzogen und konnten sich einer Sezession damals nicht anschliessen. Schliesslich wurde die Krise 1833, mit Hilfe eines Kompromisses, den Grossmeister Henry Clay ausgearbeitet hatte, beigelegt.

Wirtschaftskrise von 1837[215]

Der Krise war ein Wirtschaftsboom vorausgegangen, der auf der Indianer-Umsiedlung basierte. Die Gebiete, die nach dem Indian Removal Act von 1830 von den Indianern geräumt werden mussten, wurden von der US-Regierung unter Andrew Jackson an Siedler verkauft. Hierbei wurden grosse Überschüsse erzielt; der Bundeshaushalt in den Jahren 1835, 1836 und 1837 wies einen Überschuss aus. Das war u.a. der Grund, weshalb Jackson der einzige US-Präsident war, der alle Staatsschulden zurückbezahlte.

---

214 Phelps Eric Jon, *Vatican Assassins: Wounded in the House of My Friends*, Halcyon Unified Services, Erstausgabe 2000, xxx Seiten, ISBN 0970499906. E-Book, Seite 91
https://archive.org/details/EricJonPhelpsVaticanAssassins3rdEdition

215 http://www.wikiwand.com/de/Wirtschaftskrise_von_1837

Einzelne Bundesstaaten der Union reagierten auf diese Entwicklung mit einer expansiven Ausgabenpolitik. Sie investierten massiv in Infrastrukturmassnahmen wie Verkehrswege und nahmen an, dass sich diese Investitionen über zunehmende Grundsteuern lohnen würden. Gleichzeitig kam es zu einer Gründungswelle von Banken. Diese wurden (insbesondere in den Südstaaten) vielfach auch durch US-Bundesstaaten mit Kapital ausgestattet. Beides wurde durch eine massive Ausweitung der Staatsverschuldung durch Ausgabe von Staatsanleihen finanziert, womit der Staat von den babylonischen Bankern abhängig wurde, indem er ihnen über Jahrzehnte horrende Zinsen zahlen musste.

Zwischen 1834 und 1836 verfünffachte sich der Verkauf öffentlichen Landes. Eine Vielzahl von Spekulanten erwarben grosse Flächen auf Kredit. Die Banken finanzierten dies über Hypotheken und gaben im Gegenzug Papiergeld aus.

1837 platzte die Spekulationsblase und die bis dahin grösste Wirtschaftskrise der Union der Staaten Amerikas begann. Einer der Auslöser der Krise war die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Andrew Jackson. Er misstraute dem ungedeckten Papiergeld und regelte daher im *«Specie Circular»* (Währungsrundschreiben), dass Käufe von Indianerland nur in Gold und Silber und nicht in Banknoten zulässig seien. Auch der Entzug staatlicher Gelder aus der *Second Bank of the United States* trug zur Verunsicherung bei. Der neue Präsident, der Freimaurer Martin Van Buren (1782-1862 / 1837-1841), ein Protegé Jacksons, wurde deshalb für die Krise verantwortlich gemacht. Seine Weigerung, staatliche Massnahmen zur Rettung der Wirtschaft zu ergreifen, trug nach Ansicht von Kritikern auch dazu bei, Schäden und Dauer der Krise zu erhöhen.

Entscheidender war wohl der Verfall der Immobilienpreise. Die Ausweitung des Flächenangebots in den Indianergebieten führte zu einer starken Erweiterung des Angebots; das Platzen der Blase zu einer Reduzierung der Nachfrage. In der Folge brachen die Grundstückspreise ein, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte verfielen, die Hypotheken konnten nicht mehr bedient werden und die Grundsteuereinnahmen brachen zusammen.

Mit dem Platzen der Blase brachen auch die Kapitalimporte, insbesondere aus dem Vereinigten Königreich zusammen.

Innerhalb von zwei Monaten betrugen die Verluste aufgrund von Bankzusammenbrüchen allein in New York fast 100 Millionen Dollar. Von 850 Banken in den USA schlossen 343 für immer ihre Türen, 62 versagten teilweise und das System der Staatsbanken erhielt einen Schock, von dem es nie völlig genesen konnte. Zur Vermeidung von Bank Runs sahen sich die amerikanischen Banken gezwungen, ihre Verpflichtung zum Umtausch der ausgegebenen Banknoten in Gold oder Silber auszusetzen. In der Zeit von 10.05.1837 bis 17.03.1842 war ein Umtausch der Banknoten in das gesetzliche Zahlungsmittel nicht möglich.

Die mexikanischen Eroberungen

Der durchschnittliche amerikanische Staatsbürger wusste damals nur, dass Franziskaner und Jesuiten in den unbekannten Grenzen der südwestlichen Eroberungen ungewisse Teile in einem wirkungslosen Kampf gespielt hatten, um den westlichen Kurs des Angelsächsischen zu stürzen.[216]

Monroe-Doktrin

Mit Monroes Antritt begann 1817 eine achtjährige Periode, die man im Rückblick auch als «Era of Good Feeling» bezeichnet hat, weil der neuen Nation vieles glückte und deswegen auch zeitweilig der innenpolitische Streit nachzulassen schien. In Wirklichkeit gärte er jedoch heftig weiter. Zum aussenpolitisch brisantesten Thema wurde die Auseinandersetzung mit europäischen Mächten, insbesondere mit der Heiligen Allianz[217] um Russland, Preussen, Österreich und Frankreich, aber auch mit Spanien.

---

216 Cox Isaac Joslin, The Lousiana-Texas Frontier, The Quarterly of the Texas State Historical Association, Vol. 10, No. 1 (Jul., 1906), pp. 1-75, https://www.jstor.org/stable/pdf/30242910.pdf

217 Die «Heilige Allianz» wurde 1815 auf Anregung des Zaren gegründet. Ihr traten fast alle europäischen Monarchen bei. Kerngedanke der «Heilige Allianz» war die Sicherung eines «Ewigen Friedens» durch konsequente Selbstverpflichtung aller europäischen Monarchen auf die Grundsätze der christlichen

Monroes Name ist bis heute vor allem mit seiner «Doktrin» verbunden. Sie tauchte 1823 zunächst eher unscheinbar in seiner Jahresbotschaft auf, um sich dann bis in die 1840er Jahre zu einer Art «aussenpolitischem Grundsatzkatalog» der USA zu entwickeln. Es ist babylonische Absicht, dass diese Doktrin bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur noch eine Pseudofunktion hatte. Diese Doktrin implizierte jedoch auch, dass Nord- und Südamerika den Vereinigten Staaten gehören soll, d.h. die anderen Kolonialmächte mussten den Kontinent verlassen. Das würde der Absicht entsprechen, wie sie Trotzki 1914 beschrieben hat, die Vereinigten Staaten als Vereinigte Staaten der Welt.

Monroes Jahresbotschaft vom 02.12.1823 waren Drohgebärden Spaniens vorausgegangen. Die Übernahme des spanischen Florida und des französischen Louisiana machten es erstmals möglich, eine Art Grenze zwischen ihren neuen Staaten und den Ambitionen der alten europäischen Mächte auch nach Süden festzulegen. Monroes Botschaft von 1823 vor beiden Häusern des US-Kongresses knüpfte direkt daran an und machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass die aktuelle Bedrohung nun ausser Spanien auch vom zaristischen Russland (Alaska) ausgehe.

Der eigentliche Auslöser für die amerikanischen Befürchtungen gegenüber Madrid waren allerdings die antispanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die Mexiko erreichten. Dort hatte 1810 ein Aufstand unter der Führung des dominikanischen Freimauer-Priester Miguel Hidalgos y Costilla (1753-1811) begonnen, der sich bis 1821 hinzog und eine erste von Spanien unabhängige mexikanische Republik folgen liess. Als diplomatische Lösung präsentierte Monroe die Idee der «Zwei Sphären», das die Nichteinmischung der «alten Mächte» Europas in der Neuen Welt garantieren sollte. Die Monroe-Doktrin sollte aber noch andere, nämlich babylonische Ambitionen haben.

Adams-Onis-Vertrag von 1819

Der *«Adams-Onís-Vertrag»* von 1819, auch bekannt unter *«Treaty of Amity, Settlement, and Limits between the United States of America and His Catholic Majesty»*, *«Transcontinental Treaty of 1819»* oder *«Florida Purchase Treaty»* bekannt, war ein Vertrag zwischen den Union der Staaten Amerikas und Spanien, der die Grenzziehung in Nordamerika zwischen den beiden Nationen regelte.

Der Vertrag ist nach dem babylonisch-amerikanischen Aussenminister John Adams und dem spanischen Diplomaten Luis de Onís González y Vara (1762-1827) benannt. Er war u.a. eine Folge des *Louisiana Purchase* von 1803, weil damals der Grenzverlauf nicht klar geregelt wurde. Deshalb annektierte US-Präsident James Madison in den Jahren 1810 bis 1812 Teile West-Floridas, das damals bis nach New Orleans reichte. Seine Begründung war, diese Gebiete gehörten zu Louisiana und seien von Frankreich mit verkauft worden.

Das war aber nur eine Seite der Medaille, denn im Rahmen des Britisch-Amerikanischen Krieges und danach führte die Union der Staaten Amerikas in Georgia mehrere Feldzüge gegen das Indianervolk der Seminolen. 1817/18 nahmen diese Gefechte die Form eines Kriegszuges in Florida an, sie werden als der erste von mehreren Seminolenkriegen bezeichnet.

Das war aber noch nicht alles, denn an der südwestlichen Grenze Louisianas war der Grenzverlauf zwischen dem amerikanischen Louisiana und dem spanischen Texas umstritten. Ein dritter Grenzdisput lag im äussersten Westen am Pazifischen Ozean: Die West-Grenze Louisianas war der Hauptkamm der Rocky Mountains. Doch die Union der Staaten Amerikas hatten im Laufe des Jahres 1818 den *Londoner Vertrag (Convention respecting fisheries, boundary, and the restoration of slaves)* mit dem Vereinigten Königreich ausgehandelt, nach dem u.a. beide Nationen künftig das so genannte Oregon Country gemeinsam nutzen könnten. Seine Süd-Grenze zum spanischen Gebiet am Pazifik war umstritten.

Spanien erhob, gestützt auf die päpstliche Bulle *Inter caetera* von 1493 Anspruch auf die gesamte Pazifikküste des ganzen amerikanischen Kontinents. Schlussendlich «musste» Spanien im Vertrag nachgeben und sein Gebiet im Westen bis auf den 42. Breitengrad und im Osten ganz (West- und Ost-) Florida an die Union der Staaten Amerikas abtreten. Dafür verzichteten die USA (einstweilen)

Nächstenliebe. Die Allianz brach im Krimkrieg (1853-1856) und hatte damit ihren babylonischen Auftrag erledigt, denn nun wurde begonnen, andere Allianzen für den Ersten Weltkrieg zu schmieden.

auf Texas. Es war nie Absicht der Babylonier, dass Spanien noch eine Weltmacht bleiben sollte, denn es durfte in naher Zukunft nur noch eine Macht geben.

Der Texanische Unabhängigkeitskrieg (auch Texanische Revolution) von 1835 bis 1836

Der Texanische Unabhängigkeitskrieg war ein Konflikt zwischen Mexiko und dem Teil Texas (Tejas) des mexikanischen Bundesstaates Coahuila y Tejas und endete mit der Unabhängigkeit von Texas und dem Vertrag von Velasco.

Die babylonische Nationalisierung und Demokratisierung blieb nicht auf Europa beschränkt, weshalb 1810 der dominikanische Freimauer Miguel Hidalgo y Costilla die Unabhängigkeit von Spanien ausrief. Das war die Ursache für einen elfjährigen Krieg. Das Kriegsglück schien auf spanischer Seite zu liegen, bis 1821 spanische Generäle, besonders die beiden Freimaurer Agustín de Iturbide (1783-1824) und Santa Anna, die Fronten zugunsten der mexikanischen Rebellion wechselten. Dies führte zu einem mexikanischen Sieg, und dem Ende des Mexikanischen Unabhängigkeitskrieges von 1821.

1812, unter der napoleonischen Herrschaft, erhielt Spanien eine Konstitution; ein französisches Expeditionsheer kam nach Mexiko; von Offizieren desselben wurden die ersten Logen des Schottischen Ritus gegründet. Aber die in Spanien vom Neuen wieder einsetzende Reaktion machte sich auch in Mexiko geltend, und die Logen mussten im Verborgenen arbeiten.[218]

Moses Austin (1791-1821) entwickelte in der Panik von 1819 einen Plan, um amerikanische Siedler nach Texas zu bringen, was Spanien helfen sollte, dieses Gebiet zu entwickeln. 1820 bemühte er sich um eine spanische Konzession für die Ansiedlung von 300 Familien in Texas. Sein Sohn, der Freimaurer Stephen F. Austin (1793-1836), half ihm, dieses Unternehmen in der Union der Staaten Amerikas finanziell abzusichern.

Nachdem die Regierung in Mexiko gewechselt hatte, verweigerte sie nun Stephen F. Austin die Einreise, weshalb er drei Jahre lang verhandeln musste, bis die Konzession mit Auflagen anerkannt wurde. In dieser Zeit begann er mit dem mexikanischen Revolutionär und Freimaurer José Antonio Navarro (1795-1871) zusammen zu arbeiten.

1822 wurde der Freimaurer Agustín de Iturbide (1783-1824) Kaiser des neu gegründeten Mexikanischen Kaiserreichs. Iturbides Regierung wurde bald instabil, und im gleichen Jahr führten die beiden Freimaurer Guadalupe Victoria (1786-1843 / 1. Präsident 1824-1829) und Antonio López de Santa Anna den Plan von Casa Mata aus. Dieser beinhaltete die Abschaffung des Kaisertums und die Bildung einer Republik. Austin musste nun wieder mit der Regierung über die Konzession verhandeln.

Mexiko wurde unter der Verfassung von 1824 eine Republik und Texas wurde mit Coahuila zum Bundesstaat *Coahuila y Tejas* geformt. Austin erhielt weitere Konzessionen und gleichzeitig kamen andere Amerikaner ins Land.

1827 bot US-Präsident John Quincy Adams Mexiko eine Million US-Dollar für den Kauf von Texas an, 1829, versuchte es Präsident Andrew Jackson nochmals mit einem Angebot von fünf Millionen US-Dollar. Beide Angebote wurden von Mexiko abgelehnt.

1830 wurde Mexiko durch die grosse Zahl der Einwanderer alarmiert. In der Folge wurde das *Gesetz vom 6. April* erlassen. Dieses annullierte geplante oder nicht abgeschlossene Besiedlungen, sah Steuern vor und eine grössere Militärpräsenz. Austin erreichte nach drei Jahren die Rücknahme des Gesetzes, aber inzwischen waren militärische Massnahmen zu dessen Erzwingung ergriffen worden, die zu einem Aufstand in Anahuac führten.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1833 gewann Santa Anna, nachdem er seine früheren Konkurrenten liquidiert hatte. Er liess Vizepräsident Valentín Gómez Farías (1781-1858), ein Freimaurer, das Land regieren. Dieser begann drastische liberale Reformen. Santa Anna gab die Reformpolitik auf und zwang Farías und seine Gefolgsleute zu fliehen. Santa Anna erklärte, dass Mexiko für die Demokratie nicht reif sei und regierte als Diktator. 1834 löste er die Bundesstaaten auf und zentralisiert Mexiko.

---

218 http://freimaurer-wiki.de/index.php/Mexiko

Alle nichtkonzessionierten Siedler mussten Texas verlassen. Viele Bundesstaaten revoltierten gegen die Veränderungen. Santa Anna unterdrückte die Revolten und marschierte 1835 in Texas ein.

Der Krieg begann nur, weil am 02.10.1835 einige Texaner das Camp der Mexikaner beschossen. Die Texaner waren schlecht geführt und die Führung unter Austin zauderte, entschlossen zu handeln, weshalb sie in der Defensive und vor den Mexikanern auf der Flucht waren. Ende 1835 wurde Henry Smith als erster Gouverneur gewählt, der Freimaurer Sam Houston zum Kommandanten der regulären Armee ernannt, die es damals noch nicht gab und der Freimaurer Edward Burleston wurde Austins Nachfolger. Die texanische Unabhängigkeit wurde aber erst am 02.03.1836 erlassen. Auch die neue Armeeführung zauderte, doch als die beiden Armeen zusammen stiessen, aber beide Führungen keinen Kampf erwarteten, griffen einige Texaner Santa Anna an, weshalb die restlichen Texaner nachziehen mussten. Nach 18 Minuten war der Spuck vorbei und die mexikanische Armee war geschlagen. Das Leben des Bruders Santa Anna wurde geschont, was bei Brüdern nach Möglichkeit üblich ist, doch er musste den Vertrag von Velasco unterzeichnen. Texas erklärte sich zur *Lone Star Republic*. Allerdings war damit Texas nicht frei, denn die Abhängigkeit von Mexiko wurde durch die Abhängigkeit der babylonischen Banker abgelöst.

Der Mexikanisch-Amerikanische Krieg von 1846 bis 1848

Nachdem verschiedene Versuche der Union der Staaten Amerikas gescheitert waren, von Mexiko grosse Gebiete in die Union einzuverleiben, versuchten die Verantwortlichen andere Wege. Als erste Provokation besetzte Kommodore Thomas ap Catesby Jones (1790-1858) das kalifornische Monterey, was scharfe Reaktionen seitens des mexikanischen Aussenministers zur Folge hatte.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 1844 trat der Freimaurer James K. Polk (1795-1849 / 1845-1849) als Kandidat an und wurde mit dem Programm einer unter dem Aspekt des *Manifest Destiny (offensichtliche Bestimmung)* gross angelegten Expansionspolitik zum Präsidenten gewählt. Sofort nach der Wahl betrieb er den Anschluss von Texas an die USA.

Mit der Annexion der damals noch unabhängigen *Lone Star Republic* Texas vom 19.01.1845 und der Eingliederung am 29.12.1845 in die Union sowie des gleichzeitigen Anspruches, die südliche bzw. westliche Grenze bilde nicht mehr der *Nueces River*, sondern neu der *Rio Grande*, war die kriegerische Auseinandersetzung programmiert.

Der neue mexikanische Präsident, General José Joaquín de Herrera (1792-1854) fand, dass die militärische sowie finanzielle Ausgangslage hoffnungslos und Beistand aus Europa nicht zu erwarten, weshalb eine Einigung mit der Union der Staaten Amerikas anzustreben sei. Die politischen Wogen zwangen ihn aber, die Kriegserklärung auszusprechen. Ende 1845 wurde er von General Mariano Paredes gestürzt.

Trotz des heimischen Widerstandes befahl der Freimaurer, Präsident James K. Polk, dem Erb-Babylonier General Zachary Taylor (1784-1850), seine Armee in die Nähe des Rio Grande zu verlegen.

Bevor Polk, den Kongress um eine Kriegserklärung gegen Mexiko bat, überquerten mexikanische Truppen den Rio Grande. Polk trat nun vor den Kongress und behauptete, dass durch Mexikos Handlung der Kriegszustand bestehe. Um Widerstand seitens des Kongresses zu verhindern, verband Polk den Entscheid über die Konstatierung des Kriegszustandes mit einem Gesetz zur Bewilligung von Geldern für Taylors Armee und setzte den Kongress unter Zeitdruck von zwei Stunden. Diese Zeit vertrödelte er mit dem Verlesen des Gesetzes, so dass für die Beratung keine Zeit mehr vorhanden war. Der Kongress liess sich das alles bieten und bewilligte das Gesetz. Im Senat ging es genau gleich zu und her.

Betreffend Kalifornien machte sich Mexiko wegen der angespannten Lage zwischen der Union der Staaten Amerikas und Grossbritannien auf Grund der Oregonfrage, Hoffnungen, dass sich die beiden Parteien selbst zerfleischen würden. Die Junta von Monterey, die *Alta California* durch Abspaltung von Mexiko aus dem Krieg heraushalten wollte, hoffte auf britischen Schutz. Nach der Aushandlung des Oregon-Kompromisses, der im Juni 1846 ratifiziert wurde, konnten die Grenzstreitigkeiten jedoch friedlich beigelegt werden. Der Friede mit den Briten im Norden liess nun Präsident Polk freie Hand für einen Eroberungskrieg gegen die mexikanischen Provinzen *Alta California* und *Nuevo Mexico*.

Nachdem die Union der Staaten Amerikas ihre Armeebestände aufgestockt hatten, begann das militärische Ringen, bei dem Mexiko in mehreren Schlachten und aus verschiedenen Gründen unterlag. Die Amerikaner stiessen bis nach Mexiko vor und nahmen die Stadt ein.

Am 2. Februar 1848 unterzeichneten die Union der Staaten Amerikas und Mexiko den Vertrag von Guadalupe Hidalgo, in dem die Mexikaner, gegen den Erhalt von 15 Millionen Dollar und die Übernahme mexikanischer Schulden durch die Amerikaner, den Rio Grande als Grenze von Texas akzeptierten und ein 1,36 Mio. km² grosses Gebiet abtraten, das im Westen die heutigen Staaten Arizona, Kalifornien, Nevada, Utah sowie Teile von Colorado, New Mexico und Wyoming umfasst.

Gewinner waren nicht die USA, sondern die babylonischen Banker, die die Kredite gaben und nun über Jahrzehnte Zinsen forderten und schlussendlich noch die ganze Kreditsumme kassierten.

Der Gadsden-Kauf 1853

Mit dem Gadsden-Kauf (englisch *Gadsden Purchase*, spanisch *Venta de La Mesilla*) erwarb die Union der Staaten Amerikas 1853 von Mexiko ein Gebiet von 77‘700 km² südlich des Gila River, das heute im Süden von Arizona und New Mexico liegt.

Der Freimaurer James Gadsden (1788-1858) war Präsident der *South Carolina Canal and Rail Road Company* und engagierte sich für eine südliche Transkontinental-Eisenbahnroute. Weil in diesem Gebiet südlich des Gila River eine bessere Route für eine Eisenbahnlinie nach Kalifornien geplant war, kam es zu diesem Vertrag. Deshalb wurde Gadsden 1853 als Gesandter beauftragt, von Mexiko Land zu kaufen. Die Kaufsumme betrug 10 Millionen Dollar und die Bahnlinie wurde nie realisiert.

Seminolenkriege

Die Seminolen mussten immer mehr Land an die weissen Siedler abtreten und sich in die Wildnis der Everglades zurückziehen. Präsident Andrew Jackson unterzeichnete 1830 den Indian Removal Act, in dem festgelegt wurde, dass alle Indianer östlich des Mississippi nach Westen umsiedeln mussten. 1832 wurden die Seminolen gezwungen, den Vertrag von Payne’s Landing zu unterzeichnen. Ein wesentlicher Teil des Vertrages sah vor, dass die Indianer ihre Gebiete in Florida an die Regierung der USA abtreten und in das Indianer-Territorium der bereits umgesiedelten Creeks ziehen sollten, das heutige Oklahoma.

Da sich die Seminolen weigerten, den Vertrag von Payne’s Landing anzuerkennen und nach Westen zu ziehen, kam es 1835 zum Zweiten Seminolenkrieg mit der Armee der USA, der sich bis 1842 hinzog. Die Seminolen waren zunächst erfolgreich. Die amerikanische Armee verlor, durch Unkenntnis und Ungewohntheit der Umgebung, mehrere Kämpfe und wurde zum Teil demoralisiert. Der Krieg band zeitweise 200‘000 US-Soldaten und war einer der kostspieligsten Indianerkriege der USA.

Nach dem Ende des Zweiten Seminolenkrieges gab es Versuche, die verbliebenen Indianer nach Westen umzusiedeln. Diese weigerten sich aber. Von 1855 bis 1858 wurde im Dritten Seminolenkrieg erneut eine militärische Lösung des Problems versucht. Nur 163 Stammesangehörige konnten nach Oklahoma deportiert werden. Die restlichen Seminolen konnten ihre über die Everglades verstreuten, von den Weissen isolierten Siedlungen im Süden Floridas behaupten.

Erzwingung Japans Öffnung gegenüber dem Westen[219]

Die von 1603 bis 1868 andauernde Tokugawa-Zeit, oder auch nach dem neuen Regierungssitz Edo (dem heutigen Tokyo) benannte Epoche, bescherte dem Lande nach jahrhundertelangen bürgerkriegsähnlichen feudalen Wirren eine Periode des inneren Friedens und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Unter der erblichen Shogun-Herrschaft der Familie Tokugawa wurde ein starres, zentralistisches Regierungssystem etabliert, das sich nach den Erfahrungen der Vergangenheit, dem im 16.

---

219 Martin Bernd, *Die Öffnung Japans durch den Westen: Annahme und Abwehr der westlichen Herausforderung (1853 – 1890)*, Sonderdrucke aus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1992. https://freidok.uni-freiburg.de/dnb/download/2044

Jahrhundert eingedrungenen Christentum und dem von ihm verschärften Bürgerkrieg, sowohl nach innen als auch nach aussen radikal abschottete.

Dieses bevölkerte und abgeschottete Japan war für den babylonischen Westen ein noch unbekanntes Gebiet auf der Erde, mit dem man Handel betreiben wollte. Nach den napoleonischen Kriegen sowie dem Aufkommen der ersten Dampfschiffe wurde der internationale Handelsverkehrs ausgeweitet und mit dem Vordringen der Westmächte in China wurde der Druck auf Japan grösser.

In der Tokugawa-Zeit versuchte bereits 1805 ein russisches Expeditionskorps in Nagasaki einen Brief des Zaren Alexander I. mit der Bitte um Regelung der offenen Grenzfragen zu überbringen; die Engländer bemühten sich 1814/15 von Java aus um die Aufnahme von Handelsbeziehungen, und auch Holland selbst gedachte wiederholt, seine Vorzugsstellung in Nagasaki in Form eines erweiterten Vertrages auszubauen. Doch alle diese vereinzelten Vorstösse beschied die Regierung in Edo im Vertrauen auf die Küstenbefestigungen negativ.

Nachdem die Vereinigten Staaten mit China einen immer grösseren Handelsverkehr verzeichneten und im Pazifik der Walfang begann, wurden die Wünsche einer transmaritimen Stützpunktkette immer grösser. Aus diesem Grund versuchten die Amerikaner 1846 in einem japanischen Hafen wenigstens eine Kohlestation und ein Abkommen über die Auslieferung schiffbrüchiger Amerikaner zu erreichen. Der von China ausgelaufene kleinere Schiffsverband wurde mit Waffengewalt daran gehindert, in die Bucht von Edo einzulaufen und musste abdrehen.

Nachdem sich die Vereinigten Staaten nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg vom Atlantik bis zum Pazifik erstreckten, verstärkte sich der Druck seitens der Chinalobby, einen erneuten, besser vorbereiteten Vorstoss zu wagen. Die Planungen im Aussenministerium begannen dazu bereits 1851.

Am 8. Juli 1853 lief das amerikanische Pazifikgeschwader mit nur vier schwarzen Kriegsschiffen und mit Duldung der zuvor gewarnten Shogunats-Regierung in die Bucht von Edo ein. Commodore Matthew Calbraith Perry (1794-1858) liess sich das Recht nicht nehmen, als Abgesandter des amerikanischen Präsidenten einen für den Shogun bestimmten Brief des Staatschefs zu überreichen. Eine von japanischen Regierungsvertretern in Aussicht gestellte Antwort auf den Wunsch des Präsidenten nach Aufnahme von geregelten Beziehungen zwischen beiden Ländern sollten sich die ungebetenen Fremden in Nagasaki, dem einzigen Fenster Japans zur Aussenwelt, abholen. Doch Perry lehnte dieses Ansinnen ab und kündigte sein erneutes Kommen für das Frühjahr 1854 mit einer noch grösseren Streitmacht an.

Am 20. August 1853 versuchte ein russisches Geschwader im Auftrag des Zaren ebenfalls mit Japan Kontakte zu knüpfen. Der Verband war bereits am 7. Oktober 1852 von Kronstadt ausgelaufen.

Die Shogunats-Regierung war von der amerikanischen Kanonenbootdiplomatie derart geschockt, dass sie die Landesfürsten, die Daimyo, befragte, wie die Forderung zu beantworten sei. Die Landesfürsten waren mehrheitlich der Meinung, dass die Forderung abzuweisen sei. Nur eine kleine Minderheit verlangte in realistischer Einschätzung der wehrtechnischen Unterlegenheit die Waffentechnik des Westens zu übernehmen und gleichzeitig die japanische Moral zu stärken.

Damals war für die Japaner China der Mittelpunkt der Welt, doch mit dem Eindringen der babylonischen Westmächte (Erster Opiumkrieg 1839-1842) begann sein Niedergang unaufhaltsam. Westliches Wissen, das in Form der holländischen Wissenschaften über die holländische Faktorei im Hafen von Nagasaki nach Japan gelangte, bot sich zur Deklassierung des chinesischen Wissensstandes an. «Japanischer Geist - chinesische Gelehrsamkeit» wurden daher durch «Japanischer Geist - westliche Gelehrsamkeit (Technik)» abgelöst.

Die Shogunats-Regierung setzte sich das Mehrheitsvotum ihrer Lehensträger hinweg und gewährte den Amerikanern den erbetenen Vertag (31.05.1854). Zwei Häfen, Shimoda auf der Izu-Halbinsel und Hakodate auf Hokkaido, beide in relativ sicherer Entfernung von der Kaiserlichen Residenzstadt Kyoto und der Hauptstadt Edo, wurden der amerikanischen Schifffahrt samt Handelsprivilegien und dem Recht einer konsularischen Vertretung zugestanden.

Grossbritannien folgte mit ähnlichen Verträgen. Den Holländern gelang es, einen Freundschaftsvertrag (30.01.1856) auszuhandeln und die ersten Experten, nach Japan zu entsenden. Der Krimkrieg

(1853-1856) beschäftigte die europäischen Mächte, weil sie Russland hindern «mussten», sich zugunsten des Osmanischen Reiches zu vergrössern. Das begünstigte die Position der Amerikaner in Japan.

Mit der unangekündigten Entsendung eines Konsuls (21.08.1856) verfolgte die Washingtoner Regierung das Ziel, mit Japan einen ungleichen Vertrag nach dem Muster des China-Abkommens zu schliessen. Als die babylonische britisch-französische Übermacht in den Verträgen von Tientsin[220] (26.06.1858) die Öffnung weiterer chinesischer Häfen und geregelten diplomatischen Verkehr erzwang, war das für die Amerikaner Anlass, von den Japanern weitere Konzessionen abzutrotzen.

Die Shogunats-Regierung willigte trotz massiver Opposition in einen weiteren Vertrag (29.07.1858) ein, der Exterritorialität für die Fremden, das Prinzip der Meistbegünstigung und für westliche Wareneinfuhr günstige Zollsätze festlegte. Weiter sollten in einem Zeitraum von fünf Jahren sechs weitere Hafenstädte dem Handelsverkehr geöffnet und in der Hauptstadt eine diplomatische Vertretung errichtet werden. Die Japaner waren sich der Konsequenzen dieses Vertrages gar nicht bewusst. Holland, Russland, England und Frankreich zogen binnen weniger Wochen mit ähnlichen Verträgen nach; später auch Preussen.

Unter der politisch-militärischen Schirmherrschaft der britischen und französischen Kolonialmächte nahmen die weissen Kaufleute ihre Tätigkeit in den geöffneten Häfen auf und setzen ihre Rechte rücksichtslos durch. Die Russen zogen sich zurück, weil sie mit der Erschliessung der neuen, von China abgetretenen Provinzen zu tun hatten und die Union der Staaten Amerikas versanken im Bürgerkrieg. Bei den Handelsverträgen wurde das Geschäft in Silbermünzen nach dem Gewichtsprinzip abgegolten. Da die japanischen Silbermünzen rein waren, die ausländischen jedoch nur aus einer billigen Silberlegierung bestanden, wurden die Japaner betrogen und die edleren Münzen flossen ins Ausland ab, was in Japan zu einer Inflation führte. Die japanische Regierung konnte die Inflation erst stoppen, als sie neue Münzen einführte.

Die Ausführung der Bestimmungen stiess auf erbitterte Opposition des bei den Verhandlungen übergangenen Hofes. Das war der Anfang vom Ende der Tokugawa-Zeit. Ihr folgte bis 1890 die Meiji-Restauration. Das Vorgehen der Fremden schürte auch einen ungemeinen Hass, der sogar Mordüberfälle beinhaltete.

Kurz vor dem Sturz der alten Ordnung erreichte eine französische Militärdelegation, die Zentralarmee des Shoguns in westlicher Militärtechnik auszubilden. Diese Modernisierung setzte sich in der Meiji-Zeit fort und sollte spätestens bis zum Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg (1894- 1895) abgeschlossen sein. Auslöser waren «Streitigkeiten» um den politischen Status Koreas. Nach Kriegsende wurde Taiwan eine Kolonie Japans und Korea ein offiziell unabhängiger Staat.

Bei der Kapitulation Japans nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bei der Unterzeichnung auf dem Schlachtschiff *USS Missouri* die Flagge von Perrys Schiff angebracht. Diese versteckte Botschaft hiess nichts weiter, als dass Perrys Kanonenbootdiplomatie der Anfang zur Unterwerfung Japans unter die babylonische Herrschaft war. Heute ist Japan ebenso ein Sklave wie die Briten von den Babyloniern.

Wirtschaftliche Krise von 1857[221]

Die Wirtschaftskrise von 1857 war die erste Weltwirtschaftskrise. Damit man das überhaupt verstehen kann, muss man sich zuerst Rechenschaft ablegen, dass in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Marktrevolution stattgefunden hatte, die das Gesicht der Union der Staaten Amerikas völlig verändert hat. Sie umfasst den Zeitraum 1815 bis 1848 und wurde von vier sich gegenseitig bedingenden Faktoren ausgelöst: dem raschen Anstieg der Bevölkerung im Nordosten und Mittleren Westen, dem Ausbau des Verkehrswesens (Kanäle, Beginn des Eisenbahnbaus), dem Ausbau der Landwirtschaft und der beginnenden Industrialisierung.

---

220 Diese Verträge führten zu einem ungeheuren Aufbruch christlicher Missionen in China. Damit wurde das alte Wissen der Lehre der drei Welten zugunsten des babylonischen Glaubens zerstört.

221 https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftskrise_von_1857

Diese Rahmenbedingungen waren für die Banken ein gewaltiges Eldorado. Die Wirtschaftskrise von 1857 ging deshalb von den Banken aus und begann mit der Einstellung der Zahlungen durch die erste Bank in New York. Von dort ausgehend, breitete sich die Krise wie ein Domino-Effekt in hoher Geschwindigkeit über die gesamte Welt aus. Die Krise in der Union war so gross, dass die Banken zwei Monate lang nicht in der Lage waren, Gelder auszuzahlen. Das war für viele, nicht nur für Firmen, das Aus.

In den 1850ern lässt sich die amerikanische Wirtschaft drei Regionen zuordnen. In jedem dieser Gebiete herrschte eine bestimmte Wirtschaftsform vor. Dadurch entstand untereinander ein Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen. Der Süden produzierte Tabak, Reis, Zucker und vor allem Baumwolle, welche in grossem Umfang nach Europa verkauft wurde, weshalb er vom Export abhängig war. Im Nordwesten wurden vor allem die landwirtschaftlichen Produkte Weizen, Mais und Schweinefleisch hergestellt. 90 Prozent der Industrie stand im Nordosten, der die grossen Händler und Bankiers beinhaltete.

Der Süden war wohl von den Banken und Händler im Nordosten abhängig und verdiente mit dem Verkauf seiner Produkte zur Hauptsache an England am meisten. Bedingt durch die vielen Eisenbahnlinien von West nach Ost, wurden die Produkte aus dem Nordwesten oft über den Nordosten nach Europa verschifft. Der Osten wiederum konnte viele Fertigwaren in den Westen verkaufen.

Ausgangssituation für die Krise ist die starke Spekulation: Nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg wurde wild in Eisenbahnbau, Wachstum der Industrie, Vergrösserung des Weizengürtels («Grain Belt») und Land spekuliert. Dabei ist besonders wichtig, dass der Finanzmarkt des Nordostens auf hohe Preise in dem durch Eisenbahnen neu erschlossenen Westen und auf ein hohes Frachtaufkommen der dortigen Eisenbahnen spekulierte.

Durch die Wirtschaftskrise geriet die Regierung unter dem Freimaurer James Buchanan (1791–1868) in eine ernste Finanznot, denn seit 1817 erzielte sie den grössten Teil ihres Einkommens durch Zölle und den Verkauf des Landes der Indianer. In der Folge wurde sie gezwungen, ihre Ausgaben zu reduzieren, also zu sparen und der Kongress erlaubte weitere Anleihen aufzunehmen. In drei Jahren vergrösserten sich die Schulden von 28 auf 64 Millionen Dollar. Im Weiteren wurde der Ruf nach Protektionismus und damit von Schutzzöllen vor Waren aus Europa durch die Nordstaaten laut.

Aufgrund der verschiedenen Rahmenbedingungen und Handlungen besteht der Verdacht, dass diese Weltwirtschaftskrise vorsätzlich in die Wege geleitet wurde. Die späteren Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts bestätigen jedenfalls, dass es die Handschrift der Babylonier war, denn nur sie mit ihren Banken profitierten davon zulasten der Gesellschaft.

Sezessionskrieg von 1861 bis 1865 und deren Folgen

Es gehört zu den Grundlagen der Demokratie, dass Entscheidungen mit dem Mittel der Wahl oder Abstimmung getroffen werden und das Ergebnis anschliessend von allen Beteiligten anerkannt wird. In diesem Sinn kann die Demokratie von geheimen Organisationen mittels subtiler Mittel im Sinne der Babylonier manipuliert werden. Das ist erst recht dann möglich, nachdem die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt wurden, was der Bevölkerung nicht bekannt ist.

Ursache

Verfolgt man die «offizielle» Geschichte des Sezessionskrieges (engl. *American Civil War*), auch als Krieg zwischen den Staaten *(War Between the States)* oder Rebellionskrieg *(War of the Rebellion)* bekannt, so wird die Sklavenfrage als Kriegsgrund angegeben. In den Südstaaten wurde die Sklavenhaltung aber bereits im Jahre 1861 verboten, in den Nordstaaten jedoch erst 1864. Im Weiteren waren die Sklaven als Privatbesitz klassifiziert.[222] Anzumerken ist, dass der Sklavenhandel von Anfang an in den Händen der Babylonier lag, die daraus hohe Profite schöpften.

---

222 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 114

Von 1859 an kontrollierten die 300 Männer der BEIC die britische Regierung und übten grossen Einfluss auf das Weltgeschehen aus, aber die Union der Staaten Amerikas waren ihre konstante Sorge, weil die schiere Grösse und die Vielfalt des Landes es schwer machten, es zu kontrollieren. Die BEIC versuchte in den USA jedoch jeden Aspekt des Lebens zu beeinflussen. In England hatten die Philosophischen Radikalen grossen Erfolg, die Zielvorgaben der East India Company in England zu verwirklichen, doch in der Union der Staaten Amerikas war das eine viel schwierigere Herausforderung, weil die föderale Verfassung und die Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten im Wege standen.[223]

Coleman schreibt auf Seite 112:

> *«Der Amerikanische Krieg von 1861 wäre nicht ohne die Machenschaften des Komitees der 300 und seiner Führer, hauptsächlich der Rothschilds und ihrer zahlreichen Agenten, ausgebrochen. Der Krieg war kein aus den Umständen sich zufällig entwickelndes Ereignis. Er war vielmehr ein sorgfältig geplantes Ereignis, ein Kampf zwischen den ‹Olympiern› der 300, die die Geldmächte und den Hochadel Europas repräsentierten, und der neuen, jungen Nation. Es war ein Machtkampf grosser Komplexität, der auf drei Operationsfeldern ausgetragen wurde: Wirtschaft, Politik und internationale Intrigen: es ging darum, wer dieses Land riesiger Möglichkeiten und Versprechungen regieren würde.»*

Zudem schreibt er auf Seite 115, dass es Absicht war, die (einzel-) staatlichen Verfassungen und die föderale Verfassung der USA zu zerstören, bevor eine Eine-Welt-Regierung (NWO) in Washington die Macht ergreifen könnte.

Weiter schreibt er auf Seite 75-76, dass *«ein sehr legitimer Wunsch, nämlich die Sklaverei zu beenden, durch sechs reiche Männer in die Irre geleitet wurde; dieser Wunsch wurde in einen blutigen Konflikt umgelenkt, der die Nation spaltete…»* Dieser Wunsch wurde von den *The Secret Six*, *den Geheimen Sechs*, sie waren eng mit dem *Komitee der 300* verbunden, in die Tat umgesetzt. Sie wählten für ihr Experiment in den 1850ern Kansas aus, um ihre Ideen zu testen und ihre Ziele nach vorne zu bringen.

Edward A. Pollard (1832-1872), ein Journalist und Autor aus Virginia, war einer der frühesten und der effektivste Vertreter der südlichen Exponenten der Verschwörungsansicht. Er gab 1862 die erste Version seiner Geschichte heraus und wiederholte die Aggression seitens des Nordens. Er bestritt weiterhin, dass die Sklaverei den Krieg verursacht habe. 1866 schrieb er das Buch über die «nördliche Verschwörung».[224, 225, 226]

In wirtschaftlicher Hinsicht kam es nicht von selbst zum Bruch zwischen Nord- und Südstaaten. Mit eine Ursache dieser Entwicklung war die hauptsächlich von Elementen aus dem Nordosten der Vereinigten Staaten betriebene Piraterie auf dem Banken- und Finanzsektor. Darum waren es auch Stimmen aus dem Süden, die wesentlich zur Vernichtung der Bank beitrugen, als Jackson und van Buren die *Second Bank of the United States* bekämpften. Der Autor T.P. Kettle stellte Statistiken zusammen, um zu zeigen, dass die grossen Reichtümer im Süden geschaffen und vom Norden aufgesogen wurden. Die südlichen Pflanzer wurden für ihre Baumwolle mit auf England gezogenen Wechseln bezahlt. Ausländische Wechsel wurden in New York gehandelt, was zur Folge hatte, dass die Südstaatler völlig davon überzeugt waren, die Spekulationen in Baumwollpapieren würden manipuliert.[227]

---

223 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 85

224 Pollard Edward A., *The Lost Cause. A New Southern History of the War of the Confederates*, E.B.Treat & Co., 1866, 359 pages.

225 Sheehan Donald, *The Making of American History. Book 1: The Emergence of a Nation*, The Dryden Press, First Printing 1954, Third Printing 1956, 470 pages, page 433. https://archive.org/details/makingofamerican006927mbp

226 *The Making of American History. Book 2: Democracy in an industrial World*, edited by Donald Sheehan and Smith College, Holt, Rinehart and Winston, Third Edition 1962, 558 pages. https://archive.org/details/in.ernet.dli.2015.100947

227 Zarlenga Stephen, *Der Mythos vom Geld - die Geschichte der Macht. Vom Tauschhandel zum Euro: eine Geschichte des Geldes und der Währungen*, Conzett bei Oesch, 2. Auflage 2008, 533 Seiten, ISBN

Der Kompromiss von 1850

Der Kompromiss von 1850 (englisch *Compromise of 1850*) bestand aus mehreren Gesetzen, mit denen der Gegensatz zwischen den sklavenhaltenden Südstaaten und den «sklavenfreien» Nordstaaten der USA abgemildert werden sollte, der sich durch die massiven Gebietsgewinne im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846-48) verschärft hatte.

1820 war im Missouri-Kompromiss vereinbart worden, dass in allen Staaten nördlich der *Compromise Line* (36° 30‘ nördlicher Breite) mit Ausnahme Missouris die Sklaverei verboten sein sollte. Die durch den Krieg gegen Mexiko erbeuteten grossen Landgewinne südlich dieser Linie, verschoben das Gleichgewicht zugunsten der Südstaaten.

Der Kompromiss wurde 1850 von Senator Henry Clay (1777-1852) eingereicht. Clay war bereits 1820 (Freimaurer-) Grand Master of Kentucky.

US-Präsident Zachary Taylor[187] (1784-1850), er war *Knight of the Garter*, der gegen die weitere territoriale Ausdehnung der Sklaverei war, wandte sich deutlich gegen die ersten Vorschläge und drohte als voriger General des Kriegs gegen Mexiko notfalls mit militärischen Massnahmen gegen eine mögliche Sezession. Er wurde am 09.07.1850 von Illuminaten-Agenten mit Arsen vergiftet, weil er Obstruktion gegen die Pläne Rothschilds betrieb.[228, 229] Sein Vizepräsident und neue Präsident, der Freimaurer Millard Fillmore (1800-1874), ein Merovinger-Erb-Babylonier[187] und Mitglied der Anti-Freimaurer-Partei, war dem Kompromiss zugeneigt, weshalb das Gesetz vom Kongress verabschiedet wurde.

Mit dem Kompromiss von 1850 wurde Kalifornien als sklavenfreier Staat neu in die Union aufgenommen. Damit erhielten die freien Staaten ein Übergewicht von 32:30 Stimmen im Senat. Texas verzichtete gegen eine Geldentschädigung auf Gebiete östlich des Rio Grande. Aus diesen und aus weiteren von Mexiko abgetretenen Gebieten wurde das New-Mexico-Territorium gebildet, das die heutigen Bundesstaaten New Mexico und Arizona umfasste. In diesem Territorium wurde festgelegt, dass die Bevölkerung selber entscheiden könne, ob die Staaten sklavenfrei bleiben sollen. Im District of Columbia, wo die Sklaverei erlaubt war, wurde der Handel mit Sklaven verboten. Ausserdem wurde ein Sklavenfluchtgesetz erlassen, das die *US-Marshals* verpflichtete, geflohene Sklaven auch im Norden festzunehmen, um sie ihren Eigentümern zu überstellen.

Durch den Kompromiss wurde der *Wilmot Proviso* hinfällig, der die Ausweitung der Sklaverei auf von Mexiko erworbene Gebiete verboten hätte, aber aufgrund der Blockadehaltung südstaatlicher Senatoren nie Gesetz wurde. Der *Wilmot Proviso* wurde 1846 vom Freimaurer David Wilmot (1814-1868) eingebracht. Die durch den Kompromiss beruhigten Spannungen zwischen den Staaten wuchsen durch den Kansas-Nebraska Act von 1854 wieder, bis sie letztlich zum Bürgerkrieg führten.

Der Kansas-Nebraska Act und seine Folgen

Der Kansas-Nebraska Act war ein im Januar 1854 vom US-Senator Stephen A. Douglas (1813-1861) vorgelegter Gesetzesentwurf zur Schaffung der beiden Territorien Kansas und Nebraska. Douglas war Richter am Obersten Gericht von Illinois und zudem ein hoher Freimaurer.

Durch diesen Gesetzesentwurf, er wurde im Mai 1854 rechtskräftig, sollte der nördliche Teil der von der französischen Regierung erworbenen Kolonie Louisiana in zwei Territorien aufgeteilt werden. Über die Sklavenfrage sollten die (weissen) Einwohner selbst entscheiden. Dieses Gesetz sorgte 1856 in Kansas zwischen Gegnern und Anhängern der Sklaverei in der Zeit von 1855 bis 1859 für vorsätzlich blutige Kämpfe, die als *Bleeding Kansas* (Blutendes Kansas) bekannt wurden. Diese Wortschöpfung wurde vom Illuminaten Horace Greeley (1811-1872), dem Zeitungsverleger der *New York Tribu-*

303509005X, Seite 331.
English E-Book: https://archive.org/details/StephenZarlengaTheLostScienceOfMoneyScan44Mb

228 Auch der Merovinger-Erb-Babylonier[187] William Henry Harrison (1773-1841), ein Mitglied der Anti-Freimaurer-Partei, wurde von den Illuminaten-Agenten mit Arsen vergiftet.

229 Henry Makow: 16.05.2008: *Illuminati Murdered at least Two More Presidents*. https://www.henrymakow.com/002009.html

ne, kreiert. Die politisch geschürten Konflikte in Kansas, bei denen organisierte Banden beider Seiten (Bushwhackers und Jayhawkers) mit mehreren hundert Mann Bestand ihr Unwesen trieben, gelten als Vorstufe zum Sezessionskrieg.

Parallel dazu versuchten verschiedene Organisationen im Norden der USA Geld für den Kampf gegen die Sklaverei in Kansas zu sammeln und abolitionistische Siedler nach Kansas zu bringen.

Hintergrund war der Missouri-Kompromiss, der vorsah, die Sklaverei nördlich des 36. Breitengrades zu verbieten. Der Missouri-Kompromiss wurde mit dem Kansas-Nebraska Act abgelöst. Im Jahre 1857 erklärte das babylonische Oberste Bundesgericht den Missouri-Kompromiss aufgrund der ersten Klage des Sklaven Dred Scott aus dem Jahre 1846 für verfassungswidrig.

Die Konsequenz aus diesem Urteil war, dass damit die Sklavenhaltung in der Union der Staaten Amerikas weiter verbreitet werden konnte. Dieses Urteil kam ausgerechnet zu einer Zeit, als die *Bleeding Kansas* am anschwellen war. Aufgrund des Prozessbeschriebs ist davon auszugehen, dass das Urteil bewusst in diese Richtung gelenkt wurde, um die Diskussion noch mehr anzufachen.

Wirtschaftliche Ausgangslage

Der Süden war geprägt von der Plantagenwirtschaft, die von Grossagrariern dominiert wurde. Diese Pflanzeraristokratie zelebrierte einen Lebensstil, den selbst der Adel Europas neidvoll bewunderte. Diese Plantagenwirtschaft war einst der grosse Magnet der britischen Kolonisation. Es gab kaum grössere Städte, kaum Industrie oder modernes Kapital.

Um 1800 waren die Menschen im grössten Teil der Südstaaten noch Selbstversorger. 1793 wurde die Egreniermaschine (englisch: *Cotton Gin*) erfundenen. Sie wird benötigt, um die Baumwollfasern von den Samenkapseln und den manchmal klebrigen Samen zu trennen. Diese Erfindung reduzierte die Handarbeit um ein Zwölffaches, womit die Arbeiter nun als Pflücker eingesetzt werden konnten. Dies wiederum zog eine enorme Ausdehnung der Anbauflächen nach sich. Um 1860 bestanden bereits intensive Handelsbeziehungen zu den Nordstaaten und so gut wie alle Konsumgüter und Maschinen wurden importiert. Die Konsequenz daraus war, dass die Landwirte in Maschinen investieren mussten, womit sie von den babylonischen Banken abhängig wurden. Um diese Maschinen zu amortisieren, mussten sie mehr produzieren und wurden auf ferne Absatzmärkte angewiesen, womit sie wiederum von den babylonischen Händlern abhängig wurden.

In den Bundesstaaten des Nordens wuchs die Bevölkerung rasch, 1860 lebten dort mehr als zwanzig Millionen Menschen. Der Norden verfügte über die meisten Ressourcen und das grösste Eisenbahnnetz der Erde, hatte in vielen Bereichen bereits die britische Industrie überholt, hatte Metropolen und eine höhere Alphabetenrate als die Staaten Europas.

Aufgrund dieses öffentlichen und politischen Streites kamen die Südstaaten auf lange Sicht ins Hintertreffen, weil die neuen Staaten im Westen mit wenigen Ausnahmen sklavenfrei sein mussten. Zudem sank er Anteil der Südstaatenbevölkerung am Gesamtstaat: bis 1830 waren es noch 42 Prozent, bis 1850 nur noch 35 Prozent (und bezogen auf die Weissen nur 23 Prozent). Grund dieser Veränderung war, weil sich praktisch alle Einwanderer in die USA in sklavenfreien Staaten niederliessen.

Aus all diesen Gründen drohte der Süden wiederholte die Union zu verlassen.

Coleman beschreibt aufgrund von Fakten und Statistiken, dass es in der Unionsarmee 315‘000 Sklavenbesitzer gab, in der Konföderierten Armee nur deren 200‘000. Die Männer, die ihren Dienst in der Unionsarmee quittierten, waren klar gegen die Sklavenbefreiung.[230] Deshalb zeigt es sich, dass die Sklavenfrage künstlich entfacht wurde.

Gründung der Republikanischen Partei

Die wichtigsten Institutionen der Union der Staaten Amerikas, das Präsidentenamt, der Kongress und das Oberste Bundesgericht wurden seit Jahrzehnten vom Süden dominiert. Deren Herrschaftsinstrument war die Demokratische Partei. Das gewaltige Wachstum im Norden sowie die demografische

[230] Coleman Komitee 2010, Seite 115

Veränderung führten zu heftigen Reaktionen des Südens, zumal immer wieder Gesetze den Norden zuungunsten des Südens bevorteilten.

Diese Reaktionen des Südens waren der Anlass zur Gründung der Republikanischen Partei. Ihr Ziel war es, die politische Vormacht des Südens zu brechen, die dieser mit dem Instrument der Demokratischen Partei seit Generationen aufrecht erhalten konnte und mit brachialen Mitteln immer wieder dokumentierte.[231]

Harriet Beecher

In dieser Zeit schrieb die Schriftstellerin Harriet Beecher Stowe (1811-1896), eine erklärte Gegnerin der Sklaverei, ihren Roman *Onkel Tom's Hütte*. Das Buch unterstützte genau die Absicht der Republikanischen Partei. Deshalb ist es als eine babylonische Auftragsarbeit zu bezeichnen. Diese Behauptung wird durch ihre babylonischen Geste untermauert sowie der Tatsache, dass Theodore Dwight Weld (1803-1895), ein Architekt der Abolitionisten-Bewegung, prägenden Einfluss auf sie hatte. Die Welds waren eine prominente Familie, die die Tradition der Freimaurerei und der Tempelritter pflegte. Tuesday Weld, eine Tochter dieser Familie, war bei den Illuminaten engagiert.[232]

Die *Republikanische Partei (Republican Party* oder *Grand Old Party [GOP])* wurde am 20.03.1854 im Schulhaus von Ripon als *«Partei gegen die Ausbreitung der Sklaverei»* gegründet.

Initiator für die Parteigründung war der Rechtsanwalt und Lehrer Alvan E. Bovay (1818-1903). Seine ersten Ideen zur Gründung einer Partei gegen die Sklaverei gehen ins Jahr 1852 zurück. Er besprach «seine» Idee frühzeitig mit Horace Greeley, dem Herausgeber der einflussreichen Zeitung *New York Tribune*. Der Illuminat[233] Greeley war der bedeutendste Prophet seiner Zeit. Er war ebenso wegweisend bei der höheren Arbeiterbewegung, wie er der Prophet der politischen Bewegung war. Seine grobe Idee eines Industriekongresses im Jahre 1844, der sich aus Angestellten und Arbeitern zusammensetzte, hatte sich 1853 in die moderne Idee des gemeinsamen Handelsabkommens der Gewerkschaft und des Arbeitgeberverbandes entwickelt.[225] Dieser Greeley war bereit, Bovay's Idee einer neuen Partei zu unterstützen, womit der Plan zur Parteigründung geboren war.

Bei der Gründung waren viele Personen aus mehreren grossen und kleinen Parteien anwesend. Greeleys Zeitung begann sofort die neue Partei bekannt zu machen. 1856 wurde in Pittsburgh der erste landesweite Parteitag abgehalten.

1874 verliess Bovay die Republikanische Partei, da er deren Aufgabe mit der Abschaffung der Sklaverei und dem politischen Neuanfang in den Südstaaten als erfüllt betrachtete. Er setzte sich nun für die Prohibition ein und wurde erster Vorsitzender der örtlichen Prohibition Party. Dieses Verhalten ist typisch für einen Babylonier, der einen Auftrag der Oberen ausgeführt hatte und nun den nächsten in Angriff nimmt. Im Weiteren ist festzuhalten, dass alle politischen Parteien von den Babyloniern als ein dialektisches System geführt werden.

Die Präsidentschaftswahlen von 1860

An den Präsidentschaftswahlen von 1860 beteiligten sich vier Kandidaten:

§ Abraham Lincoln (1809-1865) war bereits an der Gründung der Republikanischen Partei dabei. Er war Mitglied der Rosenkreuzer und des *Order of the Lily's Council of Three* und zudem war er ein Erb-Babylonier, weil er als Teil der Springs-Familie mit den Rothschilds verwandt war.

---

231 Welt vom 05.11.2010: *Wie Abraham Lincoln die Sklavenhalter provozierte*. https://www.welt.de/kultur/history/article10708318/Wie-Abraham-Lincoln-die-Sklavenhalter-provozierte.html

232 *PARANOIA. The Conspiracy & Paranormal Reader*, Issue 47, Spring 2008, *Tuesday Weld's Psychedelic Illuminati Conspiracy*, by Douglas Hawes and Adam Corightly, page 24. ~~www.paranoiamagazine.com~~

233 Winckelstein Wendelin, *Die Odyssee des Aristoteles. Aufklärung und Okkultismus: Rezeptionsgeschichte des antiken Wissens und Okkultismus, Esoterik und Geheimgesellschaften*, Winckelstein-Verlag, 2013, 160 Seiten, ISBN 3000169253, Seite 80.

§ Stephen A. Douglas (1813-1861) kandidierte für die Demokraten der Nordstaaten. Er war Grossredner der Gossloge von Illinois.
§ John C. Breckinridge (1821-1875) wurde von den Südstaaten-Demokraten aufgestellt. Mit der Wahl von James Buchanan (1791-1868) zum Präsidenten, wurde er 1857 zum jüngsten Vizepräsidenten in der bisherigen Geschichte der USA ernannt. Er war ein leidenschaftlicher Sklaverei-Verfechter und ein Hochgradfreimaurer.
§ John Bell (1797-1869) kandidierte für die *Constitutional Union Party*, einem Bündnis gemässigter Unionisten. Er war ein Freimaurer und einer der Gründer der Whig-Partei.

Allein durch die Portierung von vier Kandidaten wurden die Stimmen verzettelt. Damit war es dem Süden nicht mehr möglich, ihren Kandidaten zum Präsidenten zu wählen, denn das Stimmpotential liess es nicht mehr zu, zumal mit dem aufgepeitschten Thema Sklaverei Stimmung gegen den Süden gemacht wurde. Die Spaltung der Demokraten in einen südlichen (Breckinridge) und einen nördlichen Flügel (Douglas) verunmöglichte es, dass die Demokraten das Präsidentenamt einnehmen konnten. Damit war die Wahl für den Süden bereits zum Voraus verloren.

Lincoln erreichte knapp 40 Prozent aller Wählerstimmen und sein nächster Rivale Douglas erreichte nur noch 29.5 Prozent. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf Breckinridge mit 17.7 und Bell mit 13 Prozent. Wären die Demokraten nur mit einem Kandidaten angetreten, hätten sie die Wahl mit (theoretischen) 47 Prozent gewonnen. Diese Übungsanlage war von den Babyloniern geplant. Damit wird müssig, darüber zu diskutieren, welcher Kandidat was gesagt hat. Diese Taktik wird von den babylonischen Universalparteien auch heute noch angewendet.

Formal bedeutete die Wahl Lincolns ein verfassungsrechtliches Plebiszit über die Frage, ob die Vereinigten Staaten ein Bund von freien Staaten seien, die im inneren souverän über die Beibehaltung der Sklaverei entscheiden konnten oder über ihren Verbleib in der Union.

Auffallend ist auch, dass bis zu Lincolns Amtsantritt von der *Union der Staaten Amerikas* gesprochen wurde und nach dem Bürgerkrieg die Nation im Zentrum amerikanischer Identität stand.

Die Entfachung des Krieges

Aus Furcht vor künftigen Entwicklungen entschlossen sich die Südstaaten, aus der Union auszutreten (Sezession) und einen eigenen Gesamtstaat zu bilden. Elf Staaten, die nach Lincolns Wahl ihre Sezession erklärten, begründeten dies damit, die neue republikanische Regierung trachte danach, ihnen ihre Souveränität als Einzelstaaten zu rauben.

South Carolina erklärte bereits im Dezember 1860 den Austritt aus der Union. Der noch amtierende Präsident James Buchanan war der Ansicht, dieser Austritt sei zwar illegal, es gebe aber andererseits auch keine rechtliche Grundlage dafür, ihn mit Gewalt zu verhindern; er blieb daher untätig, obwohl Lincoln ihn zum Handeln aufforderte.

Im Januar 1861 folgten die Staaten Mississippi, Florida, Alabama, Georgia und Louisiana. Am 04.02.1861 konstituierte sich in Montgomery ein *Provisorischer Kongress* aus Vertretern dieser Staaten, die die *Konföderierten Staaten von Amerika* (CSA) gründeten. Jefferson Finis Davis (1808-1889) wurde am 18.02.1861 zu dessen Präsidenten gewählt. Am 11. März gaben sie sich eine eigene Verfassung. Texas war der letzte Staat, der noch vor dem Amtsantritt Abraham Lincolns, am 4. März, den Konföderierten Staaten beitrat.

Jefferson Davis erteilte dem General des konföderierten Heeres, Pierre Gustave Toutant Beauregard (1818-1893), einem Freimaurer und Tempelritter, den Befehl, das Fort Sumter einzunehmen, was am 12./13. April ausgeführt wurde. Die Festung stand auf dem Gebiet von South Carolina und gehörte der Bundesverwaltung. Damit wurde ein militärischer Angriff auf ein bundeseigenes Fort mit Bundestruppen ausgelöst, was selbstverständlich eine militärische Konfrontation bedeutete.

Am 15. April erliess Lincoln eine Proklamation, in der 75‘000 Freiwillige aufgefordert wurden, sich 90 Tage der Union zur Verfügung zu stellen, um die Rebellen im Süden zur Räson zu bringen. Damit verkündete er de facto die Kriegserklärung an die Union.

Nachdem am 17. April der bevölkerungsreichste Staat Virginia der Konföderation beitrat und im Mai Tennessee, Arkansas und North Carolina folgten, wurde die Hauptstadt Alabamas, Montgomery, zur Hauptstadt der Konföderation. Von den sklavenhaltenden Staaten verblieben lediglich Maryland, Kentucky, Missouri und Delaware in der Union, wobei nur der dauernde Verbleib des letzteren als sicher galt. Von Virginia spaltete sich 1863 der neue Staat West Virginia ab, der sich der Union anschloss.

Am 19. April forderte Lincoln bereits die Blockade der Konföderierten. Das war ein Teil des Anakonda-Planes, der von Generalleutnant Winfield Scott (1786-1866), einem Freimaurer, als strategischer Ansatz entworfen wurde, um den Bürgerkrieg zu beenden.

Am 25.07.1861 verabschiedete der US-Kongress eine Resolution, die als den Zweck des Krieges nicht die Abschaffung der Sklaverei erklärte, sondern den Erhalt der Union,[234] also den konföderierten Nationalismus zu beseitigen. Kriegsziel auf Seiten des Südens war die Sicherung der Unabhängigkeit ohne Gebietszuwachs.[235] Obschon Lincoln 1847 vor dem Kongress sagte, *«Überall haben alle Völker … das Recht, gegen eine existierende Regierung aufzustehen und eine neune zu bilden, wenn sie ihm besser dient.»*[236], nannte er darin die Sezession eine *Rebellion* und klassifizierte die Südstaaten ganz gezielt als *Rebellen*. Gemäss der US-Verfassung gibt es drei Gründe, um den Kriegszustand zu proklamieren; einer davon ist Rebellion.[234]

Es ist offensichtlich, dass der Rosenkreuzer Lincoln den «Auftrag» hatte, die Union zu den Vereinigten Staaten zusammen zu schweissen, denn nur ein mächtiges Amerika konnte in den Händen von England, bzw. den Babyloniern, künftig auf der ganzen Welt als «Polizist» auftreten. Um das zu erreichen, arbeitete ihm Jefferson Davis mit dem Angriff auf Fort Sumter direkt in die Hände. Für die Südstaaten war dies eine Selbstmordaktion, indem sie einen dreimal grösseren, aber wirtschaftlich noch viel stärkeren Gegner angriffen, zumal sie nicht einmal über eine Marine verfügten und zudem vom Export aus Übersee abhängig waren. Es ist offensichtlich, dass die Verantwortlichen der Südstaaten eine grobfahrlässige Massnahme getätigt hatten, die aber von den Babyloniern gewollt war.

Mit dem Krieg begann sich auch in der Regierung ein Wandel des Führungsstils bemerkbar zu machen. Es war der Anfang einer massiven, widerrechtlichen Aneignung von Macht durch die präsidiale Exekutive, ohne die der Krieg nicht hätte geführt werden können. Diese widerrechtliche Aneignung von Macht hörte nach dem Krieg nicht auf, sondern wuchs noch gewaltig an und ist seither dauerhaft. Die nachfolgenden US-Präsidenten machten da weiter, wo Lincoln aufgehört hatte: sie brachten mehr und mehr Macht an sich, was von der Verfassung verboten ist.[234]

Sogar der amerikanische Kulturhistoriker Morris Berman (1944-) vertritt die These, dass der Hintergrund des Sezessionskrieges ein bis heute nicht aufgelöster Werte- und Kulturkonflikt zwischen Nord- und Südstaaten war, der mit der Durchsetzung der materiellen Werte des Nordens (Geld) über die immateriellen Werte des Südens (Ehre, Mut, Höflichkeit, Freundschaft) endete, während die Frage der Sklavenbefreiung demgegenüber eher sekundär war.[237]

Der Kriegsverlauf

Der Sezessionskrieg ebnete den Vereinigten Staaten ihren Aufstieg zur Grossmacht. Er gilt wegen seines totalen Charakters sowie der zahlreichen eingeführten technischen Neuerungen auf dem Schlachtfeld als der erste moderne und nach industriellen Massstäben geführte Waffengang der Geschichte. Es war die verlustreichste Auseinandersetzung, die mehr amerikanische Todesopfer forderte als jeder andere Krieg, an dem das Land im Laufe seiner Geschichte beteiligt war. Der Bürgerkrieg ist noch heute im kollektiven Gedächtnis der Amerikaner präsent, vor allem in den Südstaaten, auf deren Gebiet die Kämpfe fast ausschliesslich ausgetragen wurden.

---

234 Coleman Komitee 2010, Seite 115

235 https://de.wikipedia.org/wiki/Sezessionskrieg

236 Coleman Komitee 2010, Seite 113

237 Berman Morris, *Why America failed: The Roots of Imperial Decline*, Wiley, 1. Auflage 2011, 256 Seiten, ISBN 1118061810, Seite 139. Und https://de.wikipedia.org/wiki/Sezessionskrieg

Zu Beginn des Krieges waren sich beide Seiten nicht darüber im Klaren, wie lange der Krieg dauern und mit welchen Mitteln und Strategien er geführt werden sollte. Erst nach der ersten, für den Süden siegreichen ersten Schlacht bei Manassas (vor Washington) vom 21.07.1861, begann der Norden ernsthaft mit der Aufstellung und Ausrüstung eines schlagkräftigen Heeres. Den Führern im Norden war bewusst geworden, dass der Krieg nicht schnell zu beenden sein würde.

Nach der Schlacht bemühte sich der Süden, die Grenzstaaten Kentucky und Missouri politisch und militärisch in sein Staatsgebiet zu integrieren. Diese Bemühungen wurden Ende 1862 ergebnislos eingestellt.

Im Osten versuchte die Union zunächst, mit dem Halbinsel-Feldzug, die Hauptstadt der Konföderierten, Richmond, Virginia, einzunehmen. Dies scheiterte jedoch am konföderierten General Robert E. Lee (1807-1870). Er nutzte seinen Erfolg in der Sieben-Tage-Schlacht und seinen Sieg in der zweiten Schlacht bei Manassas, um mit seiner Nord-Virginia-Armee nach Maryland einzudringen. Diese erste Invasion des Nordens endete am 17.09.1862 mit der Schlacht am Antietam. Durch einen Zufall fielen Oberbefehlshaber George B. McClellan, einem Freimaurer, General Lees detaillierte Operationspläne in die Hände, die die Verwundbarkeit des Gegners zeigten. Er liess jedoch mehrere Gelegenheiten verstreichen, den Vorteil zu nutzen. Die Schlacht am Antietam brachte keine Entscheidung auf dem östlichen Kriegsschauplatz, gilt aber als verpasste Gelegenheit der Union, der Konföderierten-Armee einen vernichtenden Schlag zuzufügen und den Bürgerkrieg vorzeitig zu beenden. Das zeigt ebenfalls darauf hin, dass Babylon nicht an einem kurzen Krieg interessiert war.

Nach dieser Schlacht verkündete Lincoln die Emanzipationserklärung, die alle Sklaven in den rebellierenden Staaten ab dem 1. Januar 1863 für frei erklärte, diejenigen in den bei der Union verbliebenen Sklavenstaaten dagegen nicht.

Um die Truppenbestände der Union zu sichern und aufzustocken, beschloss der Kongress im März 1863 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Darin wurde festgehalten, dass man sich mit einer Zahlung von 300 Dollar befreien konnte. Das führte in New York zu den Einberufungskravallen (New York draft riots), weil die Unterschicht darin den Krieg des reichen Mannes erblickte. Die Kravalle dauerten vier Tage und wurden mit mehreren, eigens zu diesem Zweck aus dem Krieg abberufenen Regimentern niedergeschlagen.

Die Nordstaaten besetzten 1863 die Hälfte Tennessees und eroberten den Verkehrsknotenpunkt Vicksburg, Mississippi. Damit war die Konföderation geteilt, da die Union den gesamten Lauf des Mississippi kontrollierte. Im Osten gelang General Lee im Frühjahr einige spektakuläre Erfolge. Um die Union zu zwingen, Belagerungstruppen von Vicksburg abzuziehen, ein militärisches Patt herzustellen und dem Norden einen Verhandlungsfrieden abzuringen, nutzte er seine Siege für eine erneute Invasion Marylands und Pennsylvanias. Dieser zweite Invasionsversuch auf Nordstaatengebiet scheiterte in der Schlacht von Gettysburg. Die Niederlagen der Konföderierten bei Vicksburg und Gettysburg im Juli 1863 gelten als Wendepunkte des Krieges. Am Jahresende verlief die Frontlinie im Osten am Flüsschen Rappahannock in Virginia, im Westen war Tennessee geteilt und der Mississippi fest in der Hand der Nordstaaten. Die Eroberung des Mississippitales hatte bereits 1862 mit der Einnahme von New Orleans, Louisiana und Fort Donelson, Tennessee begonnen. Die Blockade der Häfen des Südens durch die Nordstaatenflotte zeigte erste Auswirkungen auf die Industrie und die Versorgung.

Am 15.06.1864 stimmte der Kongress für die Abschaffung der Sklaverei, als die Südstaaten bereits von der Unionsarmee besetzt waren und es ihren Delegierten verboten war, ihre Kongress-Sitze einzunehmen.[230]

Präsident Lincoln ernannte 1864 General Ulysses S. Grant, den Sieger von Vicksburg, zum Oberbefehlshaber des US-Heeres. Grant ging auf dem östlichen und westlichen Kriegsschauplatz gleichzeitig in die Offensive. Der von ihm selbst geleitete Feldzug im Osten endete mit grossen Verlusten und ohne eindeutiges Ergebnis im Stellungskrieg vor Petersburg, Virginia. Der von General William T. Sherman (1820-1891), der den Jesuiten nahe stand, befehligte den Atlanta-Feldzug im Westen und führte schliesslich zu dem für die Wiederwahl Lincolns dringend benötigten Sieg, der Eroberung Atlantas. Shermans anschliessender Marsch zum Meer, quer durch Georgia und in die Carolinas, spalte-

te die Konföderation erneut und bedrohte Virginia mit der Hauptstadt Richmond nun auch von Süden.

Sherman kämpfe nicht nur gegen die Armee, sondern auch gegen ein feindseliges Volk. Deshalb verfolgte er die Taktik der verbrannten Erde, weshalb ein Grossteil der Infrastruktur des Südens zerstört wurde. Diese Kriegsführung zerstörte die Lebensgrundlagen des Südens und hatte eine verheerende Wirkung auf die Moral der Zivilbevölkerung.

Die Konföderierten unternahmen 1865 noch einmal verzweifelte Anstrengungen, die völlige Niederlage abzuwenden, aber die wirtschaftlichen Ressourcen zur Versorgung des Heeres und der Bevölkerung waren erschöpft. Gründe dafür waren die Handelsblockade durch die nördlichen Seestreitkräfte und nicht zuletzt aufgrund der Kriegsführung General Shermans, der als Apologet des totalen Krieges gilt. Die kampfkräftigste Armee der Südstaaten unter General Lee, kapitulierte am 9. April vor den Truppen Grants. Die übrigen Armeen des Südens gaben bis zum Sommer ebenfalls auf.

Die Schätzungen über die Anzahl der Kriegstoten schwanken zwischen 400‘000 und 1.1 Millionen Mann. Heute geht man von einer Zahl zwischen 620‘000 bis 750‘000 Toten aus. Die Kriegskosten beliefen sich je nach Schätzungen zwischen acht und neun Milliarden Dollar damaliger Währung. Das wären heute, bei einer Inflation von rund 1420 Prozent[238], etwa 113 bis 127 Milliarden Dollar.

Die Konföderation wurde von keinem fremden Land je diplomatisch anerkannt; das spricht für sich!

Die wichtigsten Folgen des Krieges waren die Stärkung der Zentralmacht sowie die verstärkte Ausrichtung des Landes als Industriestaat. Damit legten sie die Grundlagen für den Wirtschaftsaufschwung des Gilded Age und ihre Weltmachtstellung im 20. Jahrhundert, wie sie von den Babyloniern angedacht war.

Der im Krieg unterlegene General und Freimaurer Robert E. Lee äusserte sich vier Jahre nach der Kapitulation wie folgt zum Schweizer Maler und Freimaurer Franz Buchser (1828-1890):[239]

> *«Der Sezessionskrieg war auf keinen Fall notwendig und hätte leicht vermieden werden können, aber die Republikanische Partei wollte das Land unter ihre Kontrolle bringen und schreckte zu diesem Zweck vor nichts zurück.»*

Die Finanzierung des Krieges

Dieses Kapitel müssen Sie selber recherchieren. Eine sehr gute Quelle ist das Buch von Stephen Zarlenga, *Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht*.[227]

Eine Schlüsselrolle spielte das Jahr 1862: Weil sich Lincoln von den Bankern und deren horrenden Zinsforderungen für die Finanzierung des Sezessionskriegs von 1861 bis 1865 nicht über den Tisch ziehen lassen wollte, gab Präsident Lincoln im Rahmen des so genannten *«Legal Tender Act of 1862»* der US-Regierung die Möglichkeit, schuldfreies Geld herauszugeben, die so genannten «Greenbacks».

Die Rothschilds hielten ihre Zusicherung, Silber als Zahlungsmittel zu akzeptieren, nicht ein und schickten 1880 einen Abgesandten, um den USA mitzuteilen, sie würden kein Silber mehr zur Zahlung von Schulden annehmen; so entwerteten sie effektiv das Silber. Die daraus resultierenden Verbindlichkeiten wurden erst 1930 zurückgezahlt. Nach den beiden Weltkriegen passierte das gleiche Spiel. Die (fiktiven) Schulden mussten möglichst lange bestehen bleiben, um die Zinsen zu kassieren.[240]

Die Ermordung Abraham Lincolns

Fünf Tage nach der Kapitulation der Konföderierten unter General Robert E. Lee wurde Lincoln vom Freimaurer John Wilkes Booth (1838-1877) im Theater erschossen.

---

238 http://www.in2013dollars.com/1850-dollars-in-2014

239 Weltwoche, Ausgabe 12/2010: *Der Maler und sein General*.
http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2010_12/artikel/artikel-2010-12-der-maler-und-sein-general.html

240 Coleman Komitee 2006, Seite 374

Nach dem Wikipedia-Eintrag[241] sei Booth nach der Ermordung von der Loge direkt in den Saal gesprungen und habe sich dabei ein Bei gebrochen. Hinkend und mit einem Messer in der Hand habe er das Theater verlassen, um draussen in die Kutsche des wartenden Komplizen zu steigen und zu flüchten. Während seiner Flucht, als er sich der Verhaftung widersetzte, sei er von einem Polizisten erschossen worden. Von den acht gefassten Mittätern seien vier zum Tod durch den Strang und die andern vier zu Haft verurteilt worden. Einzig John Surratt gelang die Flucht nach Europa, dort sei er gefasst und an die Vereinigten Staaten ausgeliefert worden, wo ihm der Prozess gemacht wurde, der mit einem Freispruch endete. Die drei Überlebenden in der Haft wurden vom nachfolgenden Präsidenten Andrew Johnson (1808-1875) 1869 begnadigt. Johnson war ein Hochgradfreimaurer und ein Tempelritter. Die Geschichte wirkt nicht glaubhaft, auch wenn die Literaturquelle angegeben ist, denn sie erinnert einem an die heutigen Terroristenaktionen. Wenn jemand ein Bein bricht, so springt er nicht mehr weit, vor allem wenn sehr viele Leute in festhalten könnten.

Mehr als 70 Jahre später beschreibt Booths Enkeltochter Izola Forrester in ihrem Buch *This One Mad Act*[242] die Sache anders, zitiert nach *Satans Banker*[243]: Booth sei von machtvollen Interessen in Europa zu diesem Attentat angestiftet worden und entgegen den offiziellen Behauptungen sei er nicht auf der Flucht erschossen worden, sondern ihm sei die Flucht nach Europa gelungen.

Der kanadische Anwalt Gerald G. McGeer veröffentlichte 1934 diese Beweise, welche von den Öffentlichen Aufzeichnungen gelöscht worden waren. McGeer sagte aus, dass John Wilkes Booth ein bezahlter Söldner für die internationalen Bankiers gewesen sei. Die Ermordung Lincolns fand nur statt, weil die Internationalen Bankiers in Amerika wieder ihre Zentralbank etablieren wollten, aber auch, weil sie die amerikanische Währung auf Gold basieren wollten, welches sie natürlich kontrollierten. Sie wollten Amerika auf einen Goldstandard stellen. Dies stand jedoch im direkten Gegensatz zu Lincolns Politik und seiner Emission von Greenbacks.

Coleman Schreibt auf Seite 380:

> *«Es scheint, dass Lincoln damit seine ihm aufgetragene Aufgabe erfüllt hatte, zumindest was den verheerenden Krieg zwischen den Staaten betraf. Davon unabhängig hat er sich zu einer Gefahr ausgewachsen, indem er darauf bestand, die Kontrolle über das Geld der Nation aus den Händen der 300-Banker zu nehmen. Lincoln erzwang auch strikte Anti-Wucher-Gesetze und änderte bereits bestehende Gesetze dahingehend, so dass Wertpapiere direkt an Interessenten verkauft werden konnten, ohne erst durch die Hände eines Mittelmannes gehen zu müssen. Das waren damals meistens die Baring Brothers und Rothschild-Banken. Lincoln ärgerte die ‹300›, indem er wirtschaftspolitische Richtlinien einführte, die Englands ‹Freihandels›-Politik untergruben. Ausserdem hatte Lincoln versucht, das Zoll-System aufrecht zu erhalten, welches George Washington eingeführt hatte, um die amerikanische Industrie vor der habgierigen ‹Free Trade›-Politik Adam Smiths, dem Wirtschaftswissenschaftler der BEIC, zu schützen.*
>
> *Der einschneidende Moment kam, als Lincoln 50 Prozent Zoll auf importierten Stahl einführte, was einen Krieg zwischen dem Präsidenten und den «300»-Bankhäusern Baring Brothers und Rothschild entfachte. Von diesem Moment an stand seine Ermordung fest.»*

Der amerikanische Nationalökonom Henry C. Carey (1793-1879), der Lincolns ökonomische Politik formulierte, und im schroffen Gegensatz zu den Doktrinen der BEIC-Wirtschaftler (Smith, Malthus, Ricardo und Mill) stand, wusste, wer der Feind war: Die Briten. Sagen wir es korrekt, die höchsten Babylonier.

Coleman schreibt auf Seite 215: Deshalb verbiete die Verfassung eine Zentralbank, eine zentrale Polizeimacht und ein zentrales Einwohnermeldeamt.

---

241 https://de.wikipedia.org/wiki/Attentat_auf_Abraham_Lincoln

242 Forrester Izola, This One Mad Act… The Unknown Story of John Wilkes Booth and His Family, Hale Cushman & Flint, First Edition 1937, 500 pages.

243 Hitchcock Andrew Carrington, *Satans Banker: Die Finanzgeschichte der globalen Vereinnahmung durch Rothschild und Co*, übersetzt von Klaus Müller, Fischer, 2009, 336 Seiten, ISBN 3941956663. E-Book: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/hitchcock_satans_banker.pdf

Haben Sie bemerkt, dass heute die ‹Free Trade›-Politik weltweit, auch in der Schweiz, «en vogue» ist und auch die Schweiz eine (babylonische) Zentralbank, im Moment noch formell eine kantonale Polizeimacht sowie ein zentrales Einwohnermeldeamt besitzt?

Lincoln war nicht der letzte Präsident, dem es deswegen an den Kragen ging: John F. Kennedy (1917-1963) erging es genau gleich. Der Unterschied ist nur, dass Kennedys angeblicher Attentäter verhaftet und verurteilt wurde. Bei der Ermordung von Kennedy spielte die Firma *Permanent Industrial Expositions Incorporated* (PERMINDEX)[244] unter der Leitung von Clay Shaw (1913-1974) eine Schlüsselrolle.[245] Shaw wurde im Zusammenhang wohl angeklagt, aber freigesprochen.[246] Die übrigen Mittäter wurden nicht behelligt, genau gleich wie die unterste ausführende Mannschaft, sofern letztere vom System nicht liquidiert wurde, um keine lästigen Zeugen zu haben.

Die Reconstruction von 1863 bis 1877

Als *Reconstruction* bezeichnet man die vom Sezessionskrieg bis 1877 währende Phase, in der die aus der *Union der Staaten Amerikas* ausgetretenen Südstaaten nun neu in die Nation der *Vereinigten Staaten von Amerika* eingegliedert wurden. Dabei ging es nicht bloss um eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, sondern um den Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges und vor allem um die staatliche Neuordnung der ehemaligen Staaten der Konföderation.

Lincoln hatte bereits am 08.12.1863 eine Amnestie und den Wiederaufbau für die besetzten Gebiete ausgerufen. Seine Pläne waren gegenüber dem ehemaligen Gegner milde. Die radikalen Republikaner wollten den Süden so lange wie möglich von der Beteiligung an der Nation heraushalten und vor allem wirtschaftlich ausbeuten.

Andrew Johnson, Lincolns Nachfolger, war den radikalen Republikanern zu nachgiebig, indem er Lincolns ursprünglichen Kurs abmilderte. Er verlangte lediglich, dass die abtrünnigen Staaten ihren Sezessionsbeschluss rückgängig machten und das 13. Amendment ratifizierten. Eine grosszügige Amnestieregelung erlaubte vielen ehemaligen Konföderierten die weitere politische Betätigung. Bis Ende 1865 hatten sämtliche Südstaaten die gestellten Bedingungen erfüllt und reklamierten die gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben der Union. Berichte aus dem Süden zeigten jedoch ein anderes Bild.

Im Dezember 1865 verweigerten die Republikaner die Anerkennung der Wahlergebnisse im Süden und richteten ein Komitee ein, das mit dem Präsidenten ein neues Programm ausarbeiten sollte. Eine Kooperation scheiterte indes am Verhalten Johnsons. Daraufhin brachten die Republikaner im April 1866 gemeinsam das 14. Amendment ein, das in der Frage der Bürgerrechte über die bisherige Position hinausging. Bei den Kongresswahlen 1866 erreichten die Republikaner die absolute Mehrheit, weil die Südstaaten nicht mitwählen durften. Dies führte zu erbitterten Machtkämpfen.

In der Folge verabschiedete der Kongress mehrere Reconstruction Acts, gegen die Präsident Johnson jeweils sein Veto einlegte. Ziel dieser Gesetze war es in erster Linie, die Südstaaten zur Anerkennung der Zusatzartikel zur Verfassung zu zwingen. Die Gegensätze zwischen Präsident Johnson und radikalen Republikanern führten schliesslich zum ersten Impeachment-Verfahren, das er nur mit einer Stimme überstand.

Am 07.03.1867 erliess der Kongress das die Südstaaten bestrafende Rekonstruktionsgesetz gegen das Veto des Präsidenten. Ziel des Gesetzes war, die Mitglieder der Regierungen der Südstaaten durch Anhänger der Nordstaaten zu ersetzen. Die bestehenden Regierungen der Südstaaten wurden abgesetzt und durch Militärgouverneure ersetzt. Das Ergebnis war, dass die Militärgouverneure, sie wurden Scalawags (minderwertiges Vieh) und Carpetbagger (politische Abenteurer, Spekulanten/Bereicherer) genannt, die Regierungen der besiegten Staaten bestimmten. Das eigentlich Revolutionäre war die politische Beteiligung von Schwarzen, die insgesamt mehr als 600 Parlamentsabgeordnete stellten und in einigen Staaten auch Regierungsämter bekleideten.

---

244 Weiteres siehe unter dem Kapitel Die Entstehung der heutigen Geheimdienste

245 Coleman, Komitee, 2006, Seite 376

246 https://de.wikipedia.org/wiki/Clay_Shaw

In diesen Jahren spielte der Ku-Klux-Klan (KKK) eine wichtige Rolle in der Wiederherstellung der Herrschaft der Weissen in North Carolina, Tennessee und Georgia. Der Ku-Klux-Klan wurde im Mai 1866 gegründet. Einer der Mitgründer war der General Nathan Bedford Forrest, ein Freimaurer, der zugleich grosser Hexenmeister war. Ebenfalls soll der Hochgradfreimaurer Albert Pike (1809-1891) Pate gestanden haben. Seine Aktionen richteten sich zunächst gegen Schwarze und deren Beschützer sowie gegen die zahlreichen ehemaligen Nordstaatler, die vom Wiederaufbau des Südens nach dem Sezessionskrieg profitieren wollten. Seine Gewalttaten richteten sich gegen Schwarze und deren Beschützer sowie gegen die zahlreichen Carpetbaggern.

Die Militärgouverneure hatten absolute Macht. Sie entfernten aus der Verwaltung tausende Beamte, die bereits während der Sezession ihren Staaten gedient hatten. Ausserdem bestimmten sie, dass ehemalige Sklaven in hohe Positionen kamen, so dass sie ihre ehemaligen Besitzer beherrschen konnten. Aus ihren Bezirken pressten sie Reparationszahlungen aus dem Wenigen, was diese Staaten überhaupt noch nach der Verwüstung durch den Krieg leisten konnten. Unter strenger Aufsicht des Heeres erarbeiteten sich die Staaten neue Verfassungen und wählten neue Parlamente, Unruhen schlug das Heer nieder. Den Willen zur Durchsetzung ihres Machtanspruches zeigte die Union z.B. bei der Auslöschung des ursprünglichen Ku-Klux-Klans 1870, der aber 1915 wieder auferstand.

Aufgrund der Umstände entschieden sich 1870 die Demokraten in den Südstaaten, dass es für die Südstaaten keinen anderen Weg als den der Reconstruction gäbe, wenn man denn überleben und erneut Einfluss gewinnen wolle.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1876 erreichte der republikanische Kandidat, der Bruder Rutherford Birchard Hayes (1822-1893), ein unklares Resultat, weshalb es zum «Kompromiss von 1877» kam. Darin stimmten die Südstaaten der umstrittenen Präsidentschaft von Hayes zu, wenn gleichzeitig alle US-Truppen die letzten Staaten (Florida, South Carolina und Louisiana) verlassen würden. Mit dazu beigetragen hat, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Nordens eine unbegrenzte militärische Besetzung des Südens ablehnte und zudem das Interesse am Schicksal der ehemaligen Sklaven verlor.

Es dauerte aber mehr als sieben Jahrzehnte, bis der Süden wirtschaftlich mit dem Norden mithalten konnte. Die gesellschaftlichen Unterschiede bestehen jedoch bis heute.

Der ehemalige General Lee glaubte nach dem Krieg, er würde sich anders verhalten, «wenn er der Neigung seines Herzens folgen könnte.» Gemeint ist natürlich die unter Grants Präsidentschaft verfolgte harsche Politik der «Reconstruction» gegenüber dem besiegten Süden, welche die vom ermordeten Lincoln angestrebte Versöhnungsstrategie abgelöst hatte. Den Präsidenten der früheren Konföderierten Staaten, Jefferson Davis, nannte er «einen der extremsten Politiker, aber sonst, als Mensch, einen der saubersten und nobelsten Männer, die man in der Welt finden könne».[239]

District of Columbia Organic Act of 1871

Dieses Kapitel müssen Sie selber recherchieren.

Beim Studium der Geschichte stellt man fest, dass Washington DC ein spezieller Ort ist. Es besteht der Verdacht, dass sich dahinter eine Firma versteckt, die Virginia Company. Washington DC ist ähnlich konzipiert wie die City of London und der Vatikan. Sie alle sind babylonischen Ursprung.

- Herrscher der Körper und Seelen. In ewiger Knechtschaft der Kirchen: https://www.lifepr.de/pressemitteilung/dgp-deutsche-gesellschaft-fuer-praevention-kg/Herrscher-der-Koerper-und-Seelen/boxid/534113
    - Karen Hudes, hochgestellte Juristin der Weltbank, hat den Fluss des Geldes /Steuern verfolgt und ist dabei auf Erstaunliches gestossen. Sie konnte nachweisen, dass die bezahlten Zinsen und Steuern (der Unternehmen und der besetzten Staaten) von der Weltbank an die Bank of England übergewiesen wurden und zu 60 % an den Jesuitenorden/Vatikan und zu 40% in der Bank of England verteilt wurden. Also scheint es, wird auch heute noch die weltliche Macht zwischen Adel/ Familien und den Kirchen aufgeteilt. Das Ergebnis daraus sind globale Machtkonzentrationen.
    - Mit dem Ziel, die Weltherrschaft anzustreben, wurde ein Vertrag zwischen Vatikan und engli-

schem König Eduard VI. (1537-1553) vereinbart, indem die geistige und weltliche Führung aufgeteilt wurde. 1549 wurde, falls die Völker aufwachen sollten, begonnen Staaten als Unternehmen umzuwandeln. Im UCC Handelsvertrag-Kooperationsvertrag, zwischen US Cooperation und Vereinigten Staaten von Amerika und allen weiteren Staaten, District Colombia und den eigentlichen Republiken von Amerika steht im Artikel 18 b 7 Admiralsseerecht, wo es überall Anwendung findet: Auf hoher See, auf amerikanischen Schiffen und in allen Ländern die, von den Vereinigten Staaten verwaltet und erobert sind sowie innerhalb des Staates Amerika. Dieses Seerecht ist die Grundlage der derzeit verhandelten internationalen Handelsverträge!

- *District of Columbia Organic Act*, auch *Act of 1871*, vom 21. Februar 1871.
  - https://en.wikipedia.org/wiki/District_of_Columbia_Organic_Act
  - https://archive.org/details/pdfy-XuT7yoQ9PctoP2Ac
- 23.08.2014: Sind die Vereinigten Staaten noch immer eine britische Kolonie?
  https://faszinationmensch.com/2014/08/23/Ivereinigtestaaten/
  Die USA gehöre einer Firma namens Columbia, die mit dem Gesetz von 1871 gegründet worden sei. Diese Firma sei eine Privatfirma und die Nachfolgerin der *Virginia Company of London*, die 1606 gegründet worden ist.
- Washington DC - The Truth as I see it, English / Deutsch
  http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/washington_dc.docx
- Virginia Company
  http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/virginia_company.pdf
- The United States Isn't a Country – It's a Corporation!
  http://www.serendipity.li/jsmill/us_corporation.htm

2.2.3 Amerika zwischen Sezessionskrieg und Erstem Weltkrieg

Auslöser für die *Monroe-Doktrin* von 1823 waren amerikanischen Befürchtungen, Madrid interveniere militärisch bei den antispanischen Unabhängigkeitsbestrebungen in Mexiko. Deshalb präsentierte Monroe die babylonische Idee der «Zwei Sphären» und die Nichteinmischung der «alten Mächte» Europas in der Neuen Welt. Damit hatten die Vereinigten Staaten nicht nur in ihrem *Hinterhof (backyard)* Mittelamerika, sondern auch in Südamerika freie Hand, um ihre britisch-babylonische Politik durchzusetzen.

Annexion Hawaiis

Hawaii ist eine Inselkette im Pazifischen Ozean und seit 1959 der 50. Bundesstaat der Vereinigten Staaten. Sie ist benannt nach der grössten Insel des Archipels, die inoffiziell auch *Big Island* heisst. Die Inselgruppe gehört zum polynesischen Kulturraum. Sie wurden früher auch Sandwich-Inseln genannt.

Die Inselgruppe wurde vermutlich im 6. Jahrhundert erstmals besiedelt. Von den Europäern wurden die Inseln nachweislich erst 1778 vom britischen Seefahrer James Cook (1728-1779) entdeckt.

Die Inseln wurden von einzelnen Häuptlingen geführt, bis 1795 *Kamehameha I.* (1758-1819 / 1795-1819) begann, die Inselbevölkerungen in blutigen Kriegen zu unterwerfen und sich zum König erhob. Seine Kamehameha-Dynastie regierte bis 1872, danach folgten noch drei gewählte Könige.

In dieser Zeit begann der Handel mit China (Sandelholz) und gleichzeitig wurde Hawaii von Chinesen besiedelt. Die Unabhängigkeit Hawaiis war immer wieder von europäischen Mächten bedroht. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren anfangs gut, weshalb Missionare die Inselbewohner bedrängten. 1842 erfolgte die Anerkennung der Unabhängigkeit Hawaiis durch die Vereinigten Staaten. 1875 wurde ein Vertrag geschlossen, der es erlaubte, Zucker aus Hawaii zollfrei in die USA zu exportieren. 1887 konnten die USA nach einer Ergänzung des Vertrags den Marinestützpunkt Pearl Harbor übernehmen.

Durch äusseren Druck und auch zur Absicherung der Herrschaft gab es eine Reihe bedeutender Reformen. Dazu gehörten die Verfassungen der Jahre 1840, 1852, 1864 und 1887 sowie die geplante Verfassung von 1893. Folgenschwer war 1819 der symbolische Bruch des Kapu-Systems durch Kamehameha II. (1797-1824). Ebenfalls wichtig war die Gesetzgebung *«Grosse Mahele»* Kamehamehas III. (1813-1854) von 1848, wodurch Privateigentum an Land ermöglicht wurde. Dies führte dazu, dass Ausländer rasch grossen Landbesitz erwerben konnten.

Als Königin *Lili'uokalani* (1838-1917) den amerikanischen Einfluss zurückdrängen wollte, wurde sie 1893 in einem von Plantagenbesitzern und den USA unterstützten Putsch gestürzt. Nachdem sie zur Unterzeichnung einer Abdankungserklärung gezwungen worden war, übernahm eine provisorische Regierung die Macht, die die Interessen amerikanischer Einwohner Hawaiis vertrat.

1894 riefen US-Usurpatoren die Republik Hawaii aus. Präsident wurde der weisse Einwanderer aus Neuengland, Rechtsanwalt Sanford Dole (1844-1926), der sich bereits 1893 am Putsch beteiligt hatte. Wegen seiner strategischen Lage annektierten die Vereinigten Staaten Hawaii 1898 im spanisch-amerikanischen Krieg. Dole wurde zum ersten Territorialgouverneur von Hawaii ernannt. Erst 1959 wurde Hawaii als 50. Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen.

Sanford Dole's Vetter war der Ananas-Magnat James Dole (1877-1958), der 1901 die *Hawaiian Pineapple Company* (HAPCO) gründete; sie wurde 1991 in *Dool Food Company* umbenannt.

Es sieht alles danach aus, als ob Hawaii in einer langen Strategie von den Babyloniern übernommen worden sei.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg

Spanien war nach der Entdeckung Amerikas zu einer bedeutenden europäischen Macht geworden. Doch schon im 18. Jahrhundert schwand der Einfluss des spanischen Grossreichs. Nachdem der Erb-Babylonier Napoleon die gesamte Iberische Halbinsel unterworfen hatte, erreichten die aufkommenden Unabhängigkeitsbewegungen in fast ganz Lateinamerika ihr Ziel des «eigenen demokratischen» Staates. Von den ursprünglichen Besatzungen blieben nur noch Kuba, Puerto Rico und die Philippinen übrig, die von Emanzipation ebenfalls nicht verschont blieben.

Die Annexion oder der Kauf Kubas wurden wiederholt von US-Präsidenten erwogen. Nach Jefferson und Madison schätzte 1823 auch John Quincy Adams die Annexion Kubas als eine unverzichtbare Aufgabe ein. Da passte der Rahmen der Monroe-Doktrin bestens zum Bild.

Die Amerikanische Union versuchte 1854 mit der Deklaration von Ostende (Ostende-Manifest), England und Frankreich einzubinden, damit die Union berechtigt sei, sich der Insel Kuba zu bemächtigen, falls Spanien sie ihnen nicht verkaufen würde. Das Manifest, das vom Präsidenten Franklin Pierce (1808-1869 / 1853-1857), einem Erb-Babylonier, (noch) nicht abgesegnet worden war, wurde, nachdem der Text vorzeitig bekannt geworden war, dementiert. Spanien lehnte den Vorschlag ab.

Nachdem die Vereinigten Staaten ihr eigenes Territorium abgesteckt hatten, griff die US-Politik auf den verbliebenen Überseebesitz der alten Welt- und Kolonialmacht Spanien über.

Die erste Unabhängigkeitserklärung auf Kuba wurde 1868 veröffentlicht. Daraufhin begann ein zehn Jahre dauernder Krieg, der verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes hatte. Im Frieden von Zanjón von 1878 machten die Spanier den unterlegenen Kubanern nur geringe Zugeständnisse, womit die Unabhängigkeit nur aufgeschoben wurde. Wirtschaftliche Probleme sowie die Unwilligkeit der spanischen Kolonialverwaltung führten 1895 zu einem erneuten Aufstand, den Spanien an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit brachte. Da weder Spanien noch die Unabhängigkeitskämpfer eine militärische Entscheidung auf Kuba bewirken konnten, nutzten die Vereinigten Staaten die Situation für sich.

Zusätzlich schien der asiatische Markt seit langem auch für die USA verlockend. Die Philippinen waren von hohem strategischem Wert, da Manila unter den Spaniern eine Drehscheibe des Handels zwischen Ostasien und Lateinamerika geworden war. Für einen Angriffskrieg gegen Spanien seitens

der Vereinigten Staaten, war die Zeit noch nicht reif, obschon die Eroberung der Philippinen seit 1896 Teil der Kriegsplanungen war.

Dass die Sympathien der Amerikaner mehrheitlich bei den Aufständischen lag, ist weitgehend der Presse, angeführt von William Randolph Hearst (1863-1951), einem Medien-Tycoon und Illuminaten sowie dem Pressezaren und Babylonier Joseph Pulitzer (1847-1911), zu verdanken. Sie überfluteten die Amerikaner mit Märchen der spanischen Unterdrückung: Spanier füttern Kubaner an Haie, braten kubanische Priester, schlachten Krankenhauspatienten, wo kein Krankenhaus existierte.[247] Das waren keine einmaligen Ausrutscher der Presse, sondern ist bis heute tägliche «Qualitätsarbeit» der Medien. Selbst die babylonischen Gewerkschaften *Knights of Labor* und *American Federation of Labor* (AFL) befürworteten die Aufstände auf Kuba. Durch die euphorische Medienberichterstattung entwickelte sich jedoch eine deutlich sichtbare Mehrheit für eine Kriegserklärung.

Präsident Grover Cleveland (1837-1908), ein Erb-Babylonier, erklärte im Dezember 1896, dass die USA nicht unbegrenzt Geduld gegenüber Spanien zeigen würden, und Präsident William McKinley (1843-1901), ein Freimaurer, führte schliesslich im Jahresbericht 1897 aus, dass die USA angesichts des anhaltenden spanischen Vernichtungsfeldzugs zu einer militärischen Intervention genötigt werden könnten.

Gegen spanische Proteste schickten die Vereinigten Staaten das Schlachtschiff *USS Maine* zu einem «Freundschaftsbesuch» in den Hafen von Havanna, wo sie am 25.01.1998 eintraf. Gleichzeitig wurde die US-Flotte bei Key West zusammengezogen, und es liefen Vorbereitungen für eine Blockade der Insel, um die spanischen Truppen vom Nachschub abzuschneiden.

Am 15. Februar 1898 kam es in der *USS Maine* zu einer verheerenden Explosion, bei der 268 amerikanische Seeleute und Soldaten den Tod fanden. Die USA beschuldigten Spanien, einen Angriff verübt zu haben und die babylonische Presse unter Hearst und Pulitzer schürten die Stimmung gegen Spanien mit *«Remember the Maine, to hell with Spain!».* Hearst wies seinen Korrespondenten Remington an, in Havanna zu bleiben und Bilder heranzuschaffen, damit er, Hearst, den Krieg heranschaffen könne.[248]

Bei der späteren Untersuchung der Main stellte sich heraus, dass die Explosion nicht durch äussere Umstände herbeigeführt wurde, sondern durch innere; aber da war es schon passiert.

Im März 1898 forderten amerikanische Geschäftsleute aufgrund der wirtschaftlichen Verluste eine schnelle Lösung der kubanischen Frage, worauf McKinley am 27.03.1998 ein Ultimatum an Spanien mit der Forderung nach einem Waffenstillstand erliess.

Präsident McKinley, der einem Krieg zunächst ablehnend gegenüber gestanden hatte, bat den Kongress unter öffentlichem Druck am 11. April 1898 um Erlaubnis, Truppen nach Kuba zu schicken, um gegen die Spanier vorzugehen.

Am 19. April verabschiedeten das Repräsentantenhaus und der Senat eine Resolution, die Spanien zum Abzug aus Kuba aufforderte und den Präsidenten McKinley autorisierte, alle militärischen Mittel einzusetzen, die nötig seien, um Kubas Unabhängigkeit von Spanien zu sichern. Senator und Hochgradfreimaurer Henry M. Teller (1830-1914) forderte zudem, dass die Vereinigten Staaten Kuba nach seiner erlangten Unabhängigkeit nicht annektieren dürfte. Da hat anscheinend jemand bereits den Kalten Krieg vorgedacht!

Daraufhin brach Spanien alle diplomatischen Beziehungen zu den USA ab und erklärte seinerseits am 23. April den Krieg gegen die USA.

Der von den USA lange vorbereitete Expansionskrieg wurde jedoch nicht auf Kuba, sondern auf dem philippinischen Archipel begonnen. Als strategische Ausgangsbasis wurde dazu Hawaii benötigt. Da die Annexion von Hawaii mittels eines Vertrages, der die Zweidrittel-Mehrheit im Senat benötigte, seit Jahren nicht zustande kam, wurde am 16.03.1898 ein Antrag im Senat eingebracht, die Annexion

---

247 https://www.henrymakow.com/2014/01/illuminati-playbook-the-spanish.html

248 https://de.wikipedia.org/wiki/Spanisch-Amerikanischer_Krieg

durch gemeinsamen Beschluss beider Häuser des Kongresses zu beschliessen.[249] Der formelle Akt fand erst am 12.08.1898 statt.

Das US-Asiengeschwader unter Commodore George Dewey (1837-1917) erreichte am 30.04.1898 Manila. Im Morgengrauen des 1. Mai griff er die veraltete spanische Pazifikflotte an, die nach sechs Stunden erledigt war. Im Juni begann mit der Landung von US-Einheiten auf Kuba bei Daiquiri und Siboney der Krieg in der Karibik. An einem einzigen Tag, dem 3. Juli 1898, wurde die gesamte spanische Atlantikflotte der weit überlegenen US-Marine vernichtet. Auf dem kubanischen Festland siegten die Vereinigten Staaten am 24. Juni. Der 1. Mai und der 24. Juni sind wichtige babylonische Daten, womit ersichtlich wird, wer dahinter steckt.

Am 10.12.1898 wurde der *Pariser Frieden 1898* (auch *Vertrag von Paris*) zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Spanien musste Puerto Rico (inklusive der Spanischen Jungferninseln), Guam und die Philippinen an die USA abtreten und erhielt dafür von den USA 20 Millionen US-Dollar. Kuba wurde, wie im sogenannten *Teller-Amendment* festgelegt, formal von Spanien unabhängig, blieb aber zunächst unter Besatzung. Durch die Aufnahme des *Platt-Amendment* in die kubanische Verfassung von 1901 wurde die faktische wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit Kubas von den Vereinigten Staaten besiegelt.

Die Kanonenbootpolitik

Die *Monroe-Doktrin* wurde mittels der Kanonenbootpolitik oder Kanonenbootdiplomatie umgesetzt und bis nach dem Zweiten Weltkrieg angewendet. Seither gibt es andere Mittel.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Briten benutzten die Kanonenbootdiplomatie zum Eintreiben von ausstehenden Forderungen aber auch ganz einfach zur Einschüchterung, um einseitige Verträge durchzusetzen.[250] Deshalb haben alle gemacht, was diese Länder, bzw. Babylon, wollten, weil sie militärisch stärker waren, ganz besonders auf See.

Wenn die Zinsen und Kredite der babylonischen Banker nicht bezahlt wurden, wurden Gründe gesucht, die einen Krieg gegen das säumige Land erlaubten, und zwar so, dass die tatsächlichen Gründe nicht bekannt wurden, sondern nur die scheinbaren. So wurde und wird bis heute jedes Land in die Knie gezwungen, um es auszurauben.

Big Stick

Big Stick (englisch für *«grosser Knüppel»*) ist eine Bezeichnung für die Aussenpolitik des Freimaurers und Erb-Babylonier[187] Theodore Roosevelts (1858-1919 / 1901-1909) unter Bezugnahme auf den Einsatz der US-amerikanischen Kriegsmarine im Atlantischen und Pazifischen Ozean. Die *Big-Stick-Politik* Roosevelts ist eine Ausdehnung der *Monroe-Doktrin*. Roosevelt legte damit fest, dass die USA das Recht hätten, sich in Angelegenheiten anderer Nationen in Nord- und Südamerika einzumischen, um andere Nationen davon abzuhalten, dort zu intervenieren. Das war nur der Anfang für eine spätere weltweite Einmischung. Sie ist die Fortsetzung der Kanonenbootpolitik.

Der internationale Sozialist Roosevelt war der erste, der offen und schamlos Machtbefugnisse ergriff, von denen er wusste, dass er dazu von der Verfassung nicht ermächtigt war. Er erliess während seiner Amtszeit über 1000 sogenannte Executive Order (Exekutivanordnungen).[251]

Panamakanal

Der Wunsch zum Bau einer schiffbaren Verbindung in Mittelamerika vom Atlantik zum Pazifik geht bis ins 16. Jahrhundert zurück.

---

249 Matsch Erwin, *Wien-Washington: ein Journal diplomatischer Beziehungen, 1838-1917*, Böhlau, 1998, 792 Seiten, ISBN 3205052897, Seite 436.

250 https://de.wikipedia.org/wiki/Kanonenbootpolitik

251 Coleman Komitee 2010, Seite 115

Nach dem finanziellen Erfolg des 1869 eröffneten Sueskanals wurde in Frankreich davon ausgegangen, dass ein Kanal, der Atlantik und Pazifik miteinander verbindet, ebenso einfach zu bauen wäre. Mit der 1876 gegründeten *Société Civile Internationale du Canal Interocéanique* wurde die Planung aufgenommen und mit der durch französisches Gesetz geschaffenen *Panamakanal-Gesellschaft* unter der Leitung von Ferdinand de Lesseps (1805-1894), einem Mitglied des *Grand Orient de France*, begannen 1881 die Arbeiten. Die Gesellschaft ging wegen Planungsmängeln, falscher geologischer Untersuchungen, schlechter Organisation, Bestechung, unzähliger technischer Schwierigkeiten und Pannen 1888 bankrott, was den Panamaskandal auslöste.

1894 übernahm die Auffanggesellschaft *Compagnie Nouvelle du Canal de Panama* die Fortführung der Arbeiten und verkaufte 1902 den Gesamtkomplex an die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten verlangten daraufhin die Übergabe des Isthmus von Kolumbien. Kolumbien verweigerte die Übergabe und Roosevelt liess das Gebiet von amerikanischen Truppen besetzen, riefen den unabhängigen Staat Panama als eine konstitutionelle Demokratie aus und installierte eine Regierung, die von einer Oligarchie beherrscht wurde. Zwei Wochen später wurde der Hay-Bunau-Varilla-Vertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag sicherte den USA die Hoheitsrechte über einen Streifen von 16 km Breite und 80 km Länge, dem späteren Panamakanal, und das Recht zu militärischen Interventionen in Panama. Der Kanal wurde rechtzeitig vor dem Ersten Weltkrieg eröffnet.

Roosevelt-Corollary

Präsident Theodore Roosevelt verkündete 1904 in der Jahresbotschaft an den Kongress das *Roosevelt-Corollary* (deutsch *der Roosevelt-Zusatz*) als Ergänzung der Monroe-Doktrin.

Diese *Corollary* änderte die bisherige Interpretation der *Monroe-Doktrin* entscheidend. Roosevelt postulierte nun zusätzlich eine explizite Schiedsrichterfunktion der Vereinigten Staaten, verbunden mit einem Interventionsrecht bei inneramerikanischen Konflikten. Roosevelt brach damit mit einer langen Tradition des Isolationismus in der amerikanischen Aussenpolitik. Dieses Verhalten ist eine konsequente Folge der babylonischen Politik.

Auch wenn sich die Beziehungen zu Süd- und zu Mittelamerika unter dem Erb-Babylonier[187] Präsident Herbert Hoover (1874-1964 / 1929-1933) deutlich verbessert hatten, widerrief sein Nachfolger, der Erb-Babylonier[187] und Hochgradfreimaurer Franklin D. Roosevelt (1882-1945 / 1933-1945), das *Corollary* endgültig, um im Rahmen der *Good Neighbor Policy* andere Wege der inneramerikanischen Zusammenarbeit (aber auch Kontrolle) zu beschreiten. Die Zeit des nahenden babylonischen Weltkrieges erforderte selbstverständlich eine andere Politik.

Bananenkriege[252]

Bananenkriege *(banana wars)* ist die umgangssprachliche Sammelbezeichnung für die von den Vereinigten Staaten in Mexiko, Mittel- und Südamerika durchgeführten Militäraktionen. Sie begannen, nachdem die Vereinigten Staaten mit Spanien 1898 den Pariser Frieden als Folge des Spanisch-Amerikanischen Krieges abgeschlossen hatten und endeten formal mit der *Good Neighbor Policy*, wobei anzumerken ist, dass die Vereinigten Staaten auch nachher immer wieder intervenierten.

Absicht hinter diesen militärischen Aktionen war, die beiden grossen babylonischen Früchtefirmen, die *United Fruit Company* (*UFC*, auch *UFCO*), heute die *Chiquita Brands International, Inc.* und die *Hawaiian Pineapple Company*, heute die *Dole Food Company*, die praktisch ein Monopol besitzen, und einen Staat im Staate bilden, ihre wirtschaftlichen Absichten durchzusetzen. Die heutigen Auseinandersetzungen in diesen Ländern gehen weitgehend in diese Zeit zurück. Diese Firmen haben nicht nur die Arbeiter ausgebeutet, sondern auch den Staat. Wenn ihnen eine Regierung nicht passte, wurde sie kurzerhand «ausgewechselt». Diese Aktionen waren nichts anderes als die Einführung des Kolonialismus amerikanisch-babylonischer Art. In all unseren babylonischen Supermärkten werden die (vergifteten) Bananen praktisch nur von diesen beiden Firmen angeboten.

---

252 http://haltenraum.com/article/bananenkriege
https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Bananenkriege
http://www.planet-wissen.de/gesellschaft/lebensmittel/bananen/pwiebananenhandel100.html

Gilded Age (Vergoldetes Zeitalter – 1877-1900)

Gilded Age ist die Bezeichnung für die Blütezeit der Wirtschaft in den USA, die dem Sezessionskrieg und der Phase der Reconstruction folgte. Der Ausdruck Gilded Age («Vergoldetes Zeitalter», also nicht etwa Goldenes Zeitalter) wurde von Mark Twain geprägt und bezieht sich darauf, dass diese Zeit zwar nach aussen hin eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und technologischen Fortschritts war, aber zugleich auch mit grosser Armut und Korruption, vor allem in den Städten, verbunden war. Siehe hierzu insbesondere die Umstände um die Tammany Hall und in den Five Points von New York.

Diesen Teil müssen Sie sich selbst erarbeiten. Er ist für das Verständnis der Wirtschaft und des Geldes wichtig.

Stichworte sind:

- Entwicklung der Wirtschaft
- Aufstieg der Tycoons (Carnegie, Rockefeller, Vanderbilt, Morgan etc.)
- Gründerkrach 1873
  Als Gründerkrach bezeichnet man den Börsenkrach des Jahres 1873, wobei im Speziellen der Einbruch der Finanzmärkte gemeint ist.
- Rezession 1893
  Diese machte Morgan noch mächtiger. In diesem Jahr rettete Morgan die US-Regierung von einer Bankenkrise durch die Bildung eines Syndikats, über das die Regierungsreserven mit Gold von Rothschild im Wert von 62‘000‘000 US-Dollar gestützt wurden.
- Gold gegen Silber
  Nach dem Krieg war das Vertrauen in die Papierwährung verloren – es folgten Krisen und Bankzusammenbrüche. Obwohl der Gold Standard Act von 1900 schliesslich einen Fixkurs von 20,67 Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm) verordnete, nahmen die Börsenkrisen kein Ende.
- Politische Korruption

Progressive Ära (1900-1917)

Diesen Teil müssen Sie sich selbst erarbeiten. Er ist für das Verständnis der Wirtschaft und des Geldes ebenso wichtig.

Stichworte sind:

- Der Glaube, dass das Laissez-Faire-System überholt ist und dabei den Kapitalismus unterstützt.
- Glaube an die Idee des sozialen Fortschritts durch Reformen, um die korrupte Macht zu ersetzen und das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der meisten Bürger zu verbessern.
- Die Prinzipien der Wissenschaft und der Effizienz wurden für alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen angewandt.
- Der Glaube, dass die Regierung die Macht hat, besondere Interessen zu bekämpfen und für das Wohl der Gemeinschaft, des Staates oder der Nation zu arbeiten.
- Die Progressiven wählen schliesslich viele der populistischen Forderungen wie Referendum, Initiative, direkte Wahl der Senatoren, etc.
- Weitere ökonomische Krisen als Vorbereitung zur Gründung der FED
- Gründung der FED – Der grösste Betrug!
- Vorbereitungen und Eintritt in den Ersten Weltkrieg

2.2.4 Verschiedene Doktrinen

Stichworte sind:

- Politik der offenen Tür (engl. *Open door policy*)
- Truman-Doktrin 1947
  Diesie Doktrin wurde Truman von Winston Churchill, einem Mitglied des Komitee der 300, aufgezwungen.[253]
- Allianz für den Fortschritt 1961
- America First ist eine isolationistische bzw. anti-interventionistische amerikanische Aussen- und Wirtschaftspolitik, die durch den neuen Präsidenten Donald Trump wieder aktiviert wird. Sie gründet auf dem geistigen Gedanken des babylonischen *America First Committee*, das 1940 gegründet, das sich aber nach den selbst inszenierten Angriffen auf Pearl Harbor 1941 selbst aufgelöst hatte, aber 1980 wiederbelebt wurde. Diese America First-Politik passt heute haargenau in die Strategie der Babylonier.

2.2.5 Die Unterwerfung Chinas

Nachdem die Babylonier sich Indien und die angrenzenden Gebiete gefügig gemacht hatten, ging es darum, sich China zu unterwerfen.

Seit dem 16. Jahrhundert begannen europäische Kaufleute den Handel mit China. Dieser Handel war jedoch vielfältigen Restriktionen unterworfen und die Handelsbilanz fiel bis 1820 stets zugunsten der Chinesen aus. Dies führte wiederum zu einem deutlichen Devisenabfluss nach China und zu einer Silberverknappung in Europa. Um seine Handelsbilanz zu stabilisieren, begann Grossbritannien mit dem verstärkten Export von bengalischem Opium, um die chinesische Ökonomie handlungsunfähig zu machen. Die Lösung für Indiens Probleme waren: Produziere mehr Opium und verkaufe es für weniger (Geld) an die East India Company (BEIC). Dies war die Grundlage, auf der der britische Handel wuchs und florierte. Ohne seinen Opiumhandel wäre Grossbritannien bankrott gewesen.

Nun musste die Company ihr Opium an den Mann bringen. So nahm sie Zuflucht zu bewaffnetem Schmuggel und Bestechung chinesischer Beamter mittels Opium. Dafür dienten ihnen nur die Geheimgesellschaften, insbesondere die der Triaden[254], die Abnehmer waren für das Opium, aber gleichzeitig von korrupten Beamten gedeckt worden, denn dieser Handel war schon seit 1729 verboten.[255] Den Chinesen war das Opium bereits seit Jahrhunderten bekannt, denn sie verwendeten es zum Essen. Es gab aber nie Anzeichen von Sucht. Die Engländer brachten den Kulis aber bei, das Opium nicht zu essen, sondern zu rauchen und genau davon wurden sie süchtig. Dabei entstanden die Opiumhöhlen, auch *Opium-Divan* (englisch: *Opium den*), zuerst in China, nachher in Südostasien, Nordamerika und Europa. Diese Drogenabhängigen sind nicht plötzlich aus dem Nichts entstanden, genauso wenig wie die süchtigen Teenager in den Vereinigten Staaten oder später die der Erwachsenen in den westlichen Ländern. Alle Märkte wurden gezielt geschaffen!

Um der Opium-Plage Herr zu werden, erliess der Qing-Kaiser Daoguang (1821-1850) Massnahmen gegen die «Importeure» und deren Kollaborateure. Der Höhepunkt wurde 1839 erreicht, nachdem Opium im Gesamtgewicht von mehr als 1,15 Millionen Kilogramm beschlagnahmt sowie öffentlich verbrannt und die britischen Kaufleute von chinesischen Truppen bewacht wurden. Charles Elliot, britischer Handelsinspektor in China, drängte die britische Regierung, einen Vergeltungskrieg gegen

---

253 Coleman, Komitee, 2006, Seite 296

254 Die Triaden, von denen es unzählige Untergruppen gibt, sind eine Geheimorganisation. Ihre Wurzeln gehen vor unsere Zeitrechnung zurück. Aufgrund ihrer Symbole (gleichseitiges Dreieck [Freimaurer-Dreieck] und Drache [Long] besteht der Verdacht, dass sie babylonisch sind. Heute werden sie wahrscheinlich keine politische Funktion mehr ausüben.

255 https://de.wikipedia.org/wiki/Triade_(Kriminalistik)

China zu beginnen. Im April 1840 verabschiedete das britische Parlament eine Resolution für einen Krieg gegen China, und im Juni griff Grossbritannien mit einer Flotte von über 40 Kriegsschiffen und etwa 4000 Mann die Küste von Guangzhou an. So begann der Opiumkrieg und die Briten kämpften für eine private Gesellschaft. So verlor China seine Vormachtstellung in Asien. Die Britische Ostindien-Kompanie entfernte in China alle politisch einflussreichen Kräfte, die ihrem Opiumhandel im Wege standen. Das Opiumgeschäft war in ‹jüdischer›, also babylonischer, Hand. Sein Kopf war David Sassoon. Im Vertrag von Nanjing (Nanking), der den ersten Opiumkrieg (1839–1842) beendete, musste China nebst Reparationen und der Öffnung von Vertragshäfen auch noch Hongkong «auf ewig» an Grossbritannien abtreten.

Nach den 1870er Jahren erreichte unter den kapitalistischen Ländern des Westens der Kampf um Kolonien sowie um Absatzmärkte, Rohstoffe und Investitionsmöglichkeiten in den Kolonien und anderen Ländern einen neuen Höhepunkt, wobei der Ferne Osten ein besonderer Zankapfel war. Einige an China grenzende Länder wurden nach und nach zu Kolonien, und es kam in Chinas Grenzgebieten zu einer ernsten Krise, die mit dem Chinesisch-Französischen Krieg, dem Zweiten Opiumkrieg (1856–1860), endete und mit dem Vertrag von Tianjin von 1858 und der Pekinger Konvention von 1860 beschlossen wurde. Damit ergab sich für Grossbritannien, Frankreich, Russland und die USA das Recht, in Peking (bis dahin eine geschlossene Stadt) Botschaften zu eröffnen. Der Opiumhandel wurde legalisiert, und Christen bekamen das Recht, Eigentum zu besitzen sowie die chinesische Bevölkerung zu missionieren.

An diesem Geschäft war auch das englische Königshaus beteiligt. Die Inhaber der BEIC verdienten astronomische Summen. Damit diese Kriminalität nicht an die Öffentlichkeit gelange, wurden «flankierende» Massnahmen ergriffen. Die Familie von John Forbes Kerry (1943-) dem US-Aussenminister unter Obama, häufte riesige Reichtümer mit dem chinesischen Opiumkrieg an.[256] Aber auch die Familien Delano und Perkins waren daran beteiligt.

Seit 1859 kontrollieren die Männer der BEIC die britische Regierung und üben grossen Einfluss auf das Weltgeschehen aus.[257] Die BEIC wurde 1874 aufgelöst. Die ehemaligen Eigner der BEIC versammeln sich seither im *Komitee der 300*, das ist eines der weltweit höchsten Führungsorgane der Babylonier. Der deutsche Walter Rathenau (1867-1922) war einer der ersten, der die «300» erstmals öffentlich nannte. Der Grund für seine Ermordung ist nicht der Organisation Consul anzulasten, sondern den «300».

Henry John Temple, 3. Viscount Palmerston (1784-1865) war ein britischer Staatsmann, Premierminister (1855–1858 und 1859–1865) und Mitglied des Komitees der 300. Palmerston arbeitete eine offizielle Opium-Politik für die Firma aus und erklärte, was die Gründe waren für die Opiumkriege: «Die Opium-Kriege gegen China waren dazu da, China ‹auf seinen Platz zu verweisen›.»[258, 259, 260]

Die chinesischen Regierungen erkannten, dass sie, anstatt zu kämpfen, Vorteile aus der Kooperation mit Britannien ziehen konnten, und dieses Arrangement überdauerte auch die blutige Herrschaft Mao Tse Tungs, so dass bis zum heutigen Tag jeglicher Streit nur um die jeweiligen Anteile am Opiumhandel geht. In der modernen Geschichte wurde die chinesisch-britische Zusammenarbeit durch den Vertrag von Hongkong von 1893 gefestigt, der eine gleichberechtigte Partnerschaft beim Opiumhandel etablierte.[258]

Schon vor dem Opiumkrieg war der Keim des Kapitalismus in China gelegt. Nach dem Opiumkrieg kam der ausländische Kapitalismus nach China, was günstige Bedingungen für die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus schuf, denn in den 1840er Jahren hatten Grossbritannien, Frankreich und einige andere kapitalistische Länder in den chinesischen Handelshäfen Werften und die ersten Fabriken errichtet. Das war die Geburtsstunde des chinesischen Industrieproletariats. Von den 1870er

---

256 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 120
257 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 85
258 Coleman, *Komitee*, 2006, Seite 247 und 256 sowie 256ff
259 Coleman, *Komitee der 300*, 2004, Seite 115ff
260 http://german.cri.cn/other/chinageschichte/91.htm

Jahren an wurden bereits zahlreiche moderne Betriebe von Chinesen selbst gegründet. Mit dem Aufkommen der modernen Industrie entstand so eine nationale Bourgeoisie in China.

Die reformistischen Ideen der 1870er und der 1880er Jahre, die auf eine Änderung des Status quo Chinas zielten, führten nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg (1894-1895) zu einer weitverbreiteten politischen Bewegung.

Zwischen 1895 und 1898 wurden in China Investitionen von 12,4 Millionen Silberdollar getätigt. Das war die gleiche Summe wie in den 1830 Jahren zusammen davor. Die nationale Bourgeoisie Chinas wurde dadurch noch stärker. Das mächtigste Element dieser Klasse war ihre aus ehemaligen Beamten, früheren Grundherren und reichen Kaufleuten zusammengesetzte Oberschicht, die in engen Beziehungen mit ausländischen Kapitalisten und heimischen Feudalkräften stand. Sie wollten den Kapitalismus zur Abwendung der nationalen Krise entwickeln und wählten den Weg des Reformismus, der Veränderung der Institutionen und der Modernisierung.[261]

Im Jahr 1898 leiteten bürgerliche Reformisten, sie sind als Reformistengruppe bekannt, eine Reformbewegung für die Wiederbelebung der chinesischen Nation ein. Der Kaiser erkannte den Reformbedarf und begann ein gross angelegtes Reformprogramm, das allerdings nur 100 Tage dauerte. Konservative Kreise sahen darin einen schweren Schaden für das Reich, weshalb die Kaiserinwitwe Cixi (1835-1908), mit Unterstützung des Militärbefehlshaber Yuan Shikai, die Regierung an sich riss. In der Folge begann der Boxeraufstand (1899-1901), auch Yihetuan genannt. China hatte bei diesem Aufstand die Mächte Japan, Russland, Grossbritannien, Frankreich, Vereinigte Staaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Italien gegen sich und verlor die Auseinandersetzung. Mit dem Boxerprotokoll wurde die Niederlage besiegelt: China musste u.a. nebst der Entschädigung an die betroffenen Ausländer Reparationen von 1.4 Milliarden Goldmark (70 Millionen Pfund Sterling) bezahlen, ein Aussenministerium einrichten, das vor allen anderen Ministerien den Vorrang hatte, ausländerfeindliche Organisationen bei Todesstrafe verbieten und vieles mehr.

Die Kaiserinwitwe Cixi erkannte nun den Reformbedarf. Dafür war es aber bereits zu spät, denn 1912 entstand in der Folge der Xinhai-Revolution unter der Leitung des Freimaurers[262] und Triadenmitglieds[263] («Hong» = Triade) Sun Yat-sen (1866-1925) die Kuomintang Chinas (auch Guomindang, KMT, Nationale Volkspartei Chinas). Allerdings hiess die Partei zuerst *Gesellschaft für die Erneuerung Chinas* (Xingzhonghui). 1914 organisierte sich die KMT in Tokio als Revolutionäre *Chinesische Partei* (Zhongguo Gemingdang) neu und wurde 1919 in *Chungkuo Kuomintang* umbenannt. Zu dieser Zeit war die KMT die einzige Partei in ganz China. Wenn man Politik betreiben wollte, bestand keine andere Wahl, als der Kuomintang beizutreten, denn die Kommunistische Partei Chinas wurde erst 1921 gegründet. Die Zeit der letzten zehn Jahre war von wechselnden Regierungen geprägt, jedoch das Ende der Dynastie. Diese Zeit gipfelte im chinesischen Bürgerkrieg. Die drei Parteien waren die rechte und die linke Kuomintang sowie die Kommunisten, die von der Sowjetunion unterstützt wurde. Sun Yat-sen hatte ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei unterstützt, während der Freimaurer[264] und Triadenmitglied[263] Chiang Kai-shek, nach Suns Tod dessen Nachfolger in der Parteiführung, eine Zusammenarbeit ablehnte.

Den Rest müssen Sie sich selbst erarbeiten. Wichtige Themen sind:

- Repubik China
  - Chinesischer Bürgerkrieg (1927-1949)
  - Erster Weltkrieg
  - Japanische Expansion und Zweiter Weltkrieg
  - Taiwan
- Das Zeitalter des Maoismus (1949-1978, beinhaltend

---

261 http://german.cri.cn/other/chinageschichte/96.htm

262 http://freimaurer-wiki.de/index.php/Ber%C3%BChmte_Freimaurer_%22S%22

263 Espey Simone, *Organisierte Kriminalität: Mafia und Triaden im Vergleich*, Bachelor + Master Publishing, 2014, 48 Seiten, ISBN 3958200974, Seite 16 und http://www.freimaurerei.ch/d/zweck/personen-d.php

264 http://freimaurer-wiki.de/index.php/Tschiangkaischek

- Die fünf Kampagnen
- Grosser Sprung nach vorn (ca. 1959-1961)
- Die Zeit von 1961 bis 1965
- Die chinesische Kulturrevolution (1966-1976)
- Wirtschaftliche Modernisierung

Hinweise:

- Coleman Komitee 2006, Seite 407-409
  - Die USA verhalfen Mao Tse Tung in China zur Macht, genau gleich wie auch Castro in Kuba.
  - Dean Rusk des Komitee der 300/RIIA zu Truman: Die USA haben eine Verpflichtung gegenüber der Regierung Grossbritanniens (die Chinesen nicht auf der mandschurischen Grenze des Yula-Flusses anzugreifen, ohne vorherige Genehmigung solcher Pläne durch die Regierung.
- Pilny Karl, Das asiatische Jahrhundert: China und Japan auf dem Weg zur neuen Weltmacht, 2005, Campus, 1. Auflage 2005, 340 Seiten, ISBN 3593376784, Seite 89.
  - Ende 1952 waren also alle Ziele von Sun Yat-Sen in die Tat umgesetzt worden. China war unabhängig, und es war national vereint. Die Wirtschaft war wieder auf Kurs gebracht und übertraf bereits die Wirtschaftsleistung der Nanking-Republik aus dem Jahre 1936, kurz vor dem Einmarsch der Japaner. Wie bei Sun Yat-Sen, der die «neue Demokratie» auch nur als Übergangsphase betrachtet hatte, war das nächste Ziel die sozialistische Revolution.

2.3 Die babylonische Strategie[1]

«Der Kluge lernt aus allem und von jedem, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme weiss alles besser.» *Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten*

2.3.1 Strategie der Religionen

«Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet.»

Lenin, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924)[265]

Ich habe bereits festgehalten, dass die Religionen Mittel zum Zweck sind, um die Menschheit von Babylon abhängig zu machen. Deshalb will ich hier die strategischen Kernaufgaben der drei abrahamitischen monotoistischen Religionen kurz festhalten, wie sie von Babylon vor zwei Jahrtausenden konzipiert wurden. Wichtig ist zu verstehen, dass vor den monotheistischen Religionen zuerst die Lehre der drei Welten universal war und nachher eine Vielgötterei entstand. Mit der Revolution von Echnaton entstand der Vorläufer des Judentums und daraus entwickelten sich die Religionen. Das alles ist das Werk der Babylonier.

Judentum

«Ich hege keinen Zweifel daran, dass der Mythos vom auserwählten Volk sowie der damit Hand in Hand gehende Messianismus der Schlüsselmythos der Geschichte ist und dass wir darin eine fast vollständige Erklärung des weltweiten Irrsinns finden.»

Francis Bacon von Verulam (1561-1626), Englischer Philosoph und Staatsmann[266]

---

265 Lenin, *Sozialismus und Religion,* https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1905/12/religion.html und *Geheimnisse der Religion. Eine Anthologie,* Berlin, 1958, Seite 234.

266 Weintraub Ben, *The Holocaust Dogma of Judaism*, Self Determination Committee, Washington D.C. 1995

Der jüdisch-babylonische Philosoph und Freimaurer Moses Hess (1812-1875) beschreibt[267] nicht umsonst, dass im Altertum die Semiten[268], das sind die Anhänger von Baal, die Feinde der Juden waren. Baal ist niemand anderer als der oberste Gott, also Nimrod.[110] In der Lehre der drei Welten ist er die Metapher für das Jenseits. Die Anhänger von Baal waren also jene Leute, die die Lehre der drei Welten praktizierten. Hinter der jüdisch-babylonischen Religion steht daher die Gier nach dem Materialismus, der die Gesellschaft zerstört. Er verdreht damit einmal mehr die Tatsachen, indem der den «Semiten», sprich jenen Leuten, die die Lehre der drei Welten praktizieren, den Materialismus unterstellt und den Juden die geistige Philosophie. Das ist schlicht und einfach eine grobe Lüge!

Die Äusserung von Hess zeigt klar darauf hin, dass die Juden nur zufällig Semiten sind, weil sie, die Babylonier, wie Sigmund Freud in seinem Buch beschriebt, (semitische) Stämme brutal unterworfen haben, als sie nach der gescheiterten Revolution von Echnaton aus Ägypten fliehen mussten.

Nachdem im Jüdischen Krieg 70 u.Z. der Jerusalemer Tempel zerstört wurde, mussten die Juden offiziell in die Diaspora; tatsächlich gab es aber immer Juden in Jerusalem. Bis ins 6. Jahrhundert wurden die Juden immer mehr ghettoisiert, entrechtet und unterstanden immer mehr ihren eigenen Dorfgewaltigen. Im 8./9. Jahrhundert traten die Chasaren zum Judentum über. Aufgrund der Geschichte besteht der Verdacht, dass gnostische Gruppen dafür die Verantwortung tragen, zumal das Judentum von aller Anfang an als Provokation gegen den Rest der Gesellschaft konzipiert war. Heute sind 90 bis 95 Prozent der Juden chasarischer Abstammung.

Die ursprünglich mehrheitlich als Bauern und Handwerker tätigen Juden durften schlussendlich kein ehrbares Handwerk mehr ausüben und wurden so gezwungen Händler und Geldleiher bzw. Zinseinnehmer zu werden. Das war geplant, denn im Christentum war das Zinsnehmen verboten, ebenso im Islam. Somit verfügten die «Juden» (Babylonier) über ein Monopol im Geldwesen und konnten so die Geldwirtschaft aufbauen, die immer wichtiger wurde, weil die europäische Gesellschaft vom Bauern über die Handwerker, die Zünfte, die Manufakturen weiter entwickelt und zur Industrie und schlussendlich zur Finanzindustrie wurde. In der gleichen Zeit wurde Grund und Boden nicht mehr gemeinschaftlich gehalten, sondern er wurde privatisiert. Das alles benötigte finanzielle Ressourcen, für die immer weniger Edelmetall benötigt wurde. Als Beispiel: Wenn man einen Rappen 600 Jahr lang mit fünf Prozent verzinst, so ergibt sich am Schluss mit Zins und Zinseszins mehr als 50 Milliarden Franken. Zu damaligen Zeiten waren die Zinssätze aber bedeutend höher und die Zeitdauer sowie die Mitteleinsätze waren viel grösser. Mit andern Worten, es häufte sich bei den hinter den Juden stehenden Babyloniern unglaublicher Reichtum an, zumal es noch andere lukrative Geschäfte gab. Deshalb ist das gesamte Finanzwesen in jüdisch-babylonischer Hand. Das war der Hauptauftrag.

Der zweite Auftrag war, das Land Israel zu besetzen und zu bevölkern, um so dem islamischen Gebiet einen Dorn einzupflanzen. Dazu musste der Rassismus gegründet und geschürt werden, um gleichzeitig in Israel eine zionistische Politik zulasten der örtlichen islamischen Bevölkerung zu verfolgen. Dazu brauchte es den Zweiten Weltkrieg, der für die Finanzindustrie ein Bombengeschäft war und die Juden mussten nach Israel und nicht in den Ofen.[269] Ziel ist es aber, die Religionen vollständig zu zerstören, ganz besonders die Lehre der drei Welten, denn letzterer Kraft sind die Babylonier nicht gewachsen; sie ist die Natur. Deshalb wird angestrebt, alle Religionen unter einen «Hut» zu bringen und die Lehre ganz nach der Absicht der Babylonier zu verdrehen. Heute haben die nichtbabylonischen Juden ihre Aufgabe erledigt, weshalb der Jude Henry Kissinger, ein Mitglied des Komitees der 300, 2012 bekannt geben konnte, *«In 10 Jahren wird es kein Israel mehr geben.»*[270]

---

267 Hess Moses, *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage,* Erstausgabe Wengler Leipzig 1862, hansebooks 2016, 272 Seiten, ISBN 3742839640, Seite XX bzw. 258.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/hess_moses_rom_und_jerusalem.pdf

268 Als Semiten werden (historische) Völker bezeichnet, die eine semitische Sprache sprechen. Im sprachwissenschaftlichen Sinne sind sie mit den Nachkommen Sems der Bibel nicht völlig identisch.

269 https://archive.org/details/1981-Robert-Faurisson-Das-Problem-der-Gaskammern

270 The Times of Israel vom 25.09.2012: *Kissinger staffer: Ex-secretary of state didn't make 'no Israel quote*.
http://www.timesofisrael.com/kissinger-staffer-ex-secretary-of-state-didnt-make-no-israel-quote/

Russlands Nachrichtenagentur Sputnik, das publizistische Sprachrohr der ehemaligen Sowjetunion und damit des russischen Staates,[271] bezeichnete am 09.01.2017 Israel als einen Schurkenstaat.[272] Sputnik durfte diese Aussage nur mit ausdrücklicher Bestätigung der babylonischen Machthaber verbreiten, denn diese Aussage heisst nichts anderes, als dass Israel kein Existenzrecht mehr habe und zu zerstören sei. Russland hat wohl den Kampf gegen den ISIS in Syrien aufgenommen. Diese Auseinandersetzung ist aber nur die Grundlage, um Israel zu zerstören. Das wird die Auseinandersetzung zwischen Gog und Magog bei Harmagedon, das ist der Berg von Megiddo, werden, wie sie in der babylonischen Bibel prophezeit ist.[1]

In diesem Zusammenhang muss auch der General Moshe Dayan (1915-1981) zitiert werden:

> *«Wir haben die Fähigkeit, die Welt mit uns zu Grunde gehen zu lassen, und ich kann Ihnen versichern, dass das passieren wird, bevor Israel untergeht.»*[273, 274]

Israel ist einer der weltgrössten Besitzer von Atomwaffen.

Christentum

> *«Christentum ist Judentum für Nichtjuden!»* *Benjamin d'Israeli (1804–1881)*
> *Romanschriftsteller und britischer Premierminister*

Die römisch-katholische Kirche hat mit der Trinität bzw. der Dreifaltigkeit die Lehre der drei Welten als Metapher adaptiert und verdreht. Der Sohn Jesus steht darin für den Materialismus, obschon Jesus ein Meister der Lehre der Drei Welten war. Damit wird ersichtlich, dass allein in dieser Aussage ein Widerspruch besteht. In diesem Sinn musste die neue Kirche ab dem 4. Jahrhundert die letzten Reste der Lehre der drei Welten liquidieren, was sie im ganzen römischen Reich gründlich getan hat. In der Renaissance wurden die Schriften der alten Meister, insbesondere von Platon hervorgeholt und inhaltlich verdreht übersetzt. Daraus wurde nachher mittels Axiomen, also Behauptungen, die heutige Schulwissenschaft zusammengebastelt. Mittels der babylonischen Ketzer wurde die Reformation erzwungen und damit die bisherige Kirchenlehre von der Trinität zum Ein-Gott-Glauben transformiert.

Mit dem Aufkommen der Nationalstaaten begann unter diesen der Wettbewerb, grösser und mächtiger zu sein als der Nachbar. So entstand auch die Erkundung und Unterwerfung der Welt durch diese babylonischen Nationalstaaten unter dem Banner der babylonischen Kirche. Babylon, vertreten durch die babylonischen Nationalstaaten, unterwarf sich so die ganze Welt. Heute wird die Welt nur noch über das Geld bestimmt, alles andere ist dem Geld untergeordnet. Die Menschheit definiert sich nur noch über Arbeit, Geld und Luxus. Sie ist trunken vom Materialismus und genau das, was von Babylon geplant war. Aber das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange, denn die babylonischen Medien äffen jeden babylonischen Müll als das Non plus Ultra hoch, den jedermann haben und verwirklichen muss.

Damit hat das Christentum die Welt erobert und «dank» der babylonischen Glaubenswissenschaft die Umwelt zerstört. Die Christen haben also genau das Gegenteil gemacht von den sogenannten «Urchristen», denn die Urchristen haben die Lehre der drei Welten praktiziert, d.h. nach der Natur gelebt. Daraus erkennt man, dass alles verdreht wurde und diese «Urchristen» keine Christen, also keine Gesalbte waren.

Heute hat das Christentum seinen babylonischen Auftrag erledigt. Der Westen wird heute nicht mehr gebraucht, weil seine Industrie in andere Teile der Welt verfrachtet wurde. Deshalb muss nun das Christentum und der verblödende babylonische Humanismus zerstört werden. Diese Zerstörung hat

---

271 https://de.wikipedia.org/wiki/Sputnik_(Nachrichtenportal) und
https://de.wikipedia.org/wiki/Rossija_Sewodnja

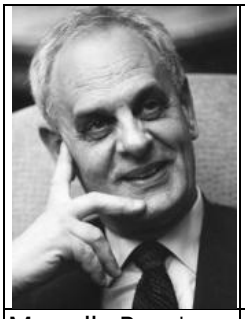
272 Sputnik vom 09.01.2017: *Do Israel's Actions Bear All the Hallmarks of a Rogue State?*
https://sputniknews.com/analysis/201701091049406559-israel-activities-rogue-state/

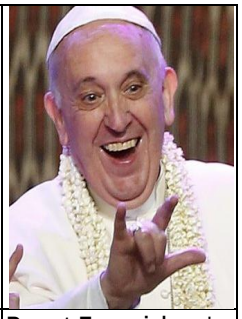
273 http://de.metapedia.org/wiki/Samson-Option

274 Martin van Crefeld, jüdischer Historiker, in The Guardian vom 21.09.2003: *The war game*.
https://www.theguardian.com/world/2003/sep/21/israelandthepalestinians.bookextracts

schon lange begonnen, doch die Menschen interessiert das nicht, was mit ihnen demnächst passieren wird. Sie ergeilen sich lieber am babylonischen Materialismus und leben in den Tag hinein.

Dass das Christentum nicht mehr gebraucht wird, ergibt sich auch aus der Prophezeiung Malachias (St. Malachy; 1094-1148), des irischen Erzbischof von Armagh, dass es nur 267 Päpste geben soll. Malachias prophezeite nicht einfach die Anzahl der Päpste, sondern er beschrieb sie sogar, die seither immer zutraf. Der letzte Papst soll Petrus Romanus heissen. Der heutige Papst Franziskus ist der 267. Papst und damit wäre er der Letzte. Franziskus heisst aber mit bürgerlichem Name Jorge Mario Bergoglio und kommt aus Argentinien. Da ist auf den ersten Blick nichts mit Petrus Romanus gemeinsam. Romanus deutet aber auf eine römische, also italienische Herkunft. Aber Bergolinos Vater war ein Italiener, wanderte nach Argentinien und heiratete eine Argentinierin. Franz von Assisi war Franziskus Vorbild, weshalb er diesen Namen wählte.[275] Franziskus will angeblich auch kein «Übergangspapst» sein, da er seine «Revolution», von der die Bergolianer gerne sprechen, als das Anstossen eines Prozesses sehe, der «unumkehrbar» sein soll.[276]


Marcello Pera*


Papst Franziskus*

Der italienische Wissenschaftsphilosoph und frühere Präsident des *Italienischen Senats,* Marcello Pera (1943-), wirft Franziskus vor, *ein Papst zu sein, der nur Politik macht*. Grund dafür ist seine energische Stellungnahme gegen jede Politik zur Kontrolle und Begrenzung der Masseneinwanderung nach Europa. Pera erklärt: *«Der Papst tut es, weil er den Westen verachtet, darauf abzielt ihn zu zerstören und alles tut, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn man der kritischen Schwelle nicht Rechnung trägt, jenseits der unsere Gesellschaften nicht mehr jeden aufnehmen können und ihnen nicht einmal mehr jene Mindestwürde garantieren können, die man jedem Menschen schuldet, werden wir bald Zeugen einer regelrechten Invasion werden, die uns überfluten und unsere Sitten, unsere Freiheit, ja sogar das Christentum in eine Krise stürzen wird. Es wird eine Reaktion folgen und ein Krieg.»*[277]

Islam

> *«Die Muslimbruderschaft ist nicht christlich, jüdisch, oder Teil irgendeiner Religion. Im innersten Rat sind Männer, die ihre Religion ebenso leicht wechseln, wie andere Menschen ihre Hemden wechseln. Insgesamt gehört die generische Muslimbruderschaft nicht zum Islam, sondern zu den vorislamischen Barbaren-Kulten der Muttergöttin-Anbetung, die im alten Arabien vorherrschten.»* *Henry Makow (1949-), Freimaurer-Kritiker*[278]

Der Islam wurde angeblich gegründet, um eine bessere Religion entstehen zu lassen als das Christentum. Nach dem Jesuiten Alberto Rivera wurde der Islam von der katholischen Kirche gegründet; also doch von Babylon. [279]

---

275 http://jesus-news24.de/malachias-prophezeiung-aus-dem-mittelalter-der-jetzige-papst-wird-der-letzte-sein/

276 Katholisches.info vom 03.07.2017: *„Franziskus will kein Übergangspapst sein" – Der Versuch, eine „unumkehrbare Kursänderung" zu verankern.* http://www.katholisches.info/2017/07/franziskus-will-keine-uebergangspapst-sein-der-versuch-eine-unumkehrbare-kursaenderung-zu-verankern/

277 Katholisches vom 12.07.2017: *Marcello Pera, der Freund Benedikts XVI., über Papst Franziskus und die Migrationspolitik: „Er haßt den Westen und will ihn zerstören".* http://www.katholisches.info/2017/07/marcello-pera-der-freund-benedikts-xvi-ueber-papst-franziskus-und-die-migrationspolitik-er-hasst-den-westen-und-will-ihn-zerstoeren/

278 http://www.henrymakow.com/muslim_brotherhood-_illuminati.html bzw. http://new.euro-med.dk/20160523-alle-muslimsche-terroristen-und-terror-gruppen-gehoren-der-freimaurerischen-muslimbruderschaft-an-obama-auch-hier-ist-mbs-plan-fur-islamisierung-europas-mit-dem-segen-der-freimaurer-eu.php

279 Rivera Alberto, *Secret Vatican Briefings on The Creation of Prophet Muhammad*. English http://www.bibliotecapleyades.net/vatican/esp_vatican33.htm and https://archive.org/details/pdfy-XrSgywfEIKPGDVA3 oder https://www.youtube.com/watch?v=fM9ur2ieTUg

Der Islam verbreitete sich ab dem 7. Jahrhundert von Arabien aus über Nordafrika bis nach Spanien und bis fast vor Wien. Im Osten nahm er die Länder bis nach Zentralasien in Beschlag und dominiert Südostasien. In Europa wurde der Islam weitgehend zurück gedrängt, konnte sich aber auf dem Balkan noch halten. Es wird immer behauptet, dass der Islam friedfertig sei. Das stimmt nicht, denn schon um 1000 u.Z. wurden unter dem Geheimbund der Assassinen Killer ausgebildet. Der Name «Assassin» wird zurückgeführt auf «Haschisch-Esser» (Haschisch arab: *hafféf*).[280] Diesen Killern wurden Drogen verabreicht, um sie dann in einen anderen Garten mit schönen jungen Frauen zu verschieben. Diese haben sie in ihrem nachlassenden Delirium erkannt, weshalb man sie nachher wieder abfüllte und am Ausgangspunkt ausnüchtern liess. Anschliessend erzählte man ihnen, sie hätten sich im Paradies befunden. Dieses Paradies würden sie erreichen, wenn sie sterben. Deshalb waren diese Leute verlässliche Killer. Heute wird bei solchen Leuten beispielsweise das Gedächtnis mit Hilfe der Hypnose «gespalten», um eine «multiple Persönlichkeit» daraus zu machen. Die verschiedenen Persönlichkeiten wissen nichts voneinander.

Im 18. Jahrhundert entstand der heute gefährlichste Islam, der Wahhabismus. Muhammad ibn ʻAbd al-Wahhāb bzw. Abd al-Wahhab (1703-1792 u.Z.) wurde vom britischen Agenten Hempher gefördert, diese aggressive Lehre zu entwickeln. Wahhab machte für die Verbreitung seiner Doktrin ein eigenes Reich zur Bedingung. Dieses wurde im Haus Saud gefunden. Deshalb arbeitet das Königshaus Saud eng mit dem Komitee der 300 zusammen, um den Wahabismus zu verbreiten.

Der strategische Auftrag des Islam besteht darin, zuerst das Judentum zu zerstören. Der Angriff auf sieben Staaten (Irak, Syrien, Libanon, Lybien, Somalia, Sudan und Iran[281],[282]), wie es der ehemalige US-General Wesley Clark beschrieben hat,[283] ist nur die Vorbereitung dazu. Aus diesem Grund äusserte sich der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan, er wolle Baschar al-Assad militärisch entmachten – und nicht den ISIS.[284] Der Buchautor Talino schreibt in seinem Buch aufgrund von Recherchen vor Ort, dass der ISIS in westliche Spezialeinheiten eingebunden sei und von Militärberatern unterstützt werde. Auch die babylonische NATO sei daran beteiligt. Die Finanzierung erfolge durch Saudi Arabien und Katar im Auftrag der USA[285] bzw. Babylon.

Deshalb wird es nach Kissinger bis 2022 kein Israel mehr geben. Es ist davon auszugehen, dass gleichzeitig auch die römisch-katholische Kirche aufhören wird zu existieren. Dann werden die Christen nicht mehr wissen, woran sie glauben sollen und gleichzeitig wird es dem Christentum an den Kragen gehen, indem die muslimischen Migranten in den Industrieländern, die immer aggressiver gemacht werden, auf die Christen losgelassen werden. Das wird ein blutiger Bürgerkrieg[286] werden und zwar genau so, wie es der Hochgradfreimaurer Albert Pike (1809-1891) an Giuseppe Mazzini (1805-1872), einem Mitglied der Komitee der 300, geschrieben hat:[1]

> *«… Wir werden die Nihilisten und Atheisten loslassen; wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren, der in seinen ganzen Schrecken den Nationen die Auswirkungen von absolutem Atheismus, dem Ursprung der Grausamkeit und der blutigsten Unruhen, klar vor Augen führen wird. …»*

Alles ist vorbereitet, Babylon muss nur noch den Ausführungsbefehl erteilen.

---

280 http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Assassine.html

281 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 07.06.2017: *Anschlag im Herzen des Feindeslandes*.
http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/is-terror-im-iran-teherans-kampf-in-der-region-15051187.html

282 Brooklings Institution, June 2009: *Which Path to Persia?*
https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/06_iran_strategy.pdf

283 Handelsblatt vom 13.06.2014: *„Sieben Staaten in fünf Jahren“*, 2. Teil: *Chaos ohne Kontrolle*
http://www.handelsblatt.com/politik/international/us-aussenpolitik-chaos-ohne-kontrolle/10036758-2.html

284 Sputnik vom 30.11.2016: *Nach Erklärung zu Assad-Sturz: „Erdogan hat sich verplappert“*
https://de.sputniknews.com/politik/20161130313571565-erdogan-verplappert/

285 Taliano Mark, *Was in Syrien tatsächlich geschieht: Augenzeugen widersprechen den westlichen Medienlügen vom syrischen «Bürgerkrieg»*, Kopp, 1. Auflage 2017, 123 Seiten, ISBN 3864454700.

286 Siehe beispielsweise Neopresse 12.02.2016: *400 Millionen Tote bis 2025? Das Deagel – Rätsel*.
http://www.neopresse.com/medien/400-millionen-tote-bis-2025-das-deagel-raetsel/

Fazit: Der strategische Auftrag des Islams ist, zuerst das Judentum und anschliessend das Christentum zu zerstören.

Zu diesem Zweck lechzte die babylonisch-europäische Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr nach mehr Arbeitskräften, die aus immer weiter entfernten Ländern und fremden Kulturen geholt wurden. Seit den 1990er Jahren begann der Krieg zuerst im Balkan. Mit den von Babylon inszenierten Anschlägen vom 11.09.2001 begann der Krieg gegen den Terror. Dieser ist nichts anderes als der von langer Hand geplante Dritte Weltkrieg, der endlos dauern wird. Mit diesem Krieg kann man aufgrund der (selbstgemachten behördlichen) Bedrohung die Menschheit einschüchtern und beliebig manipulieren, damit sie ihre Freiheiten freiwillig abgibt, um sie auf Schritt und Tritt überwachen zu können. So wird jedes Individuum einzeln überwachbar und gleichzeitig von Babylon abhängig. Übrigens hat sogar das Parlament des Bundes über die 9/11-Anschläge diskutiert. Sie wissen, dass es ein inszenierter Anschlag war, aber das muss bemäntelt werden, weil die Parlamente babylonisch sind.

In der Folge dieser Attentate wurden Afghanistan und Irak von den «demokratischen Nationen» überfallen, später Jemen, Somalia, Libyen und Afrika. Das Morden unter dem Banner der «Demokratisierung» nimmt kein Ende, weshalb auch die Flüchtlingswelle ohne Ende sein wird. Inzwischen gibt es den ISIS, auch bekannt unter Islamischer Staat (IS). Der Name ISIS sagt schon, wer dahinter steckt: Babylon. Und tatsächlich ist es so, dass er von den Vereinigten Staaten finanziert wird. Die USA sind aber lediglich eine Dependance von England, die wiederum von Babylon abhängig ist. Das IS-Kommando wird von babylonischen Juden ausgeübt, die dem Geheimdienst Mossad nahe stehen.

Heute werden die Flüchtlinge nachts direkt mitten nach Europa geflogen, damit die Massen von der Bevölkerung nicht gesehen werden und deshalb wird in den Medien nichts mehr darüber berichtet: Aus den Augen aus dem Sinn! Von den «Flüchtlingen», welche von Nordafrika über den Seeweg (Lampedusa-Route) nach Europa gelangen, sind 97 Prozent illegale Einwanderer. Nur fünf Prozent sind Flüchtlinge im Sinne des geltenden Völkerrechts und das auch nur bei grosszügiger Auslegung des Rechts. Trotzdem dürfen faktisch alle illegalen Einwanderer im Land bleiben. Die Migration ist organisiert, denn bezahlte NGO's arbeiten mit den Schleppern zusammen.[287] Die Überwachung der NGO-Schiffe ergibt ein eindeutiges Bild, dass sie Schlepperdienste ausführen.[288]

In den Grossstädten haben sich in den letzten Jahrzenten Gangs und Grossfamilien gebildet. In gewissen Quartieren haben die Behörden keine Macht mehr. In Schweden, jenem Land, das seit Jahrzehnten die progressivste «Integrationspolitik» praktizierte, sagte der oberste Polizeichef offiziell, dass die Polizei nicht mehr imstande sei, die Gesetze durchzusetzen.[289] Es werden immer mehr Moscheen gebaut, in denen Scharfmacher den Krieg schüren. In Deutschland wurden bereits ganze Container voll mit Waffen entdeckt, die für den Bürgerkrieg der Moslems nötig sind. Deshalb musste ausgerechnet das Waffenrecht verschärft werden, damit die Bevölkerung wehrlos ist. Auf diese Weise kann die Menschheit schneller reduziert werden. Die Schweiz wird bei diesem Szenario ganz sicher nicht abseits stehen. Und deshalb fordert die babylonische UNO, die Bevölkerungszahl in Europa

---

287 Katholisches vom 10.05.2017: *Arbeiten NGO's und Schlepper im Mittelmeer zusammen? – Italienischer Parlamentsausschuss will wissen, wer die Geldgeber der NGO's sind*.
http://www.katholisches.info/2017/05/arbeiten-ngos-und-schlepper-im-mittelmeer-zusammen-italienischer-parlamentsausschuss-will-wissen-wer-die-geldgeber-der-ngos-sind/

288 Junge Freiheit vom 14.07.2017: *Die Flüchtlingslüge 2017 – Und es wiederholt sich doch – Teil 1*.
https://www.youtube.com/watch?v=Fwx3To-KcD0
26.11.2015: Teil 2: https://www.youtube.com/watch?v=8mUfpq_ERfU

289 Katholisches.info vom 29.06.2017: *Schweden, Einwanderung, Islam: „Das Rechtssystem bricht zusammen. Die Regierung hat Kontrolle über das Land verloren" – Ist Schweden noch zu retten?*
http://www.katholisches.info/2017/06/schweden-einwanderung-islam-das-rechtssystem-bricht-zusammen-die-regierung-hat-kontrolle-ueber-das-land-verloren-ist-schweden-noch-zu-retten/ und
Euromed vom 30.06.2017: *Schweden in Auflösung laut Schwedens Polizei-Chef*
http://new.euro-med.dk/20170630-schweden-in-auflosung-laut-schwedens-polizei-chef.php und
26.06.2017: *Schweden kurz vorm Bürgerkrieg? Polizei bittet um Hilfe - Regierung schaut weg.*
https://www.youtube.com/watch?v=lsxxxjyY27E

werde drastisch sinken, weshalb dieser Trend mit Einwanderern korrigiert werden müsse.[290] Der verstorbene Udo Ulfkotte schrieb, dass die UNO im Jahre 2001 für Deutschland 11.4 Millionen Migranten gefordert habe, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen führen werde.[291]

Diese Scharfmacherei wird sogar ganz offiziell vom babylonisch-türkischen Aussenminister vertreten: «Es wird einen Heiligen Krieg geben.»[292]

Aussage des türkischen Aussenministers: Es wird einen Heiligen Krieg geben.

Mevlut Cavusoglu* | Mit Teufelszeichen*
Tony Blair* | Chr. Darbellay*

Die Moslems fordern anstelle des humanistischen Rechtes immer mehr die Scharia als Rechtsgrundlage. Auch das Schweizer Parlament ist an der Planung, die Scharia einzuführen. Der Unterschied zwischen dem Recht des Humanismus und der Scharia könnten nicht grösser sein. Unter dem künftigen Recht der Scharia wird es kein Aufmucken mehr geben, ansonsten heisst es Rübe ab! Die Scharia bietet den babylonischen Herrschern ein scharfes Recht, Ordnung durchzusetzen. Das ist genau das, was eine Diktatur benötigt: Folge hündisch oder stirb! Aus diesem Grund bedeutet das arabische Wort Islam «sich (Gott/Babylon) unterwerfen» oder einfach «Unterwerfung».

Deshalb sagte der Lügner und Babylonier Tony Blair, der ehemalige britische Premierminister am 09.12.2006 in *The Sun*: «A Muslim could one day be Prime Minister.» Das ist das Gleiche wie die CVP unter dem Präsidenten Christophe Darbellay für die letzten Nationalratswahlen mit der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) eine Allianz eingegangen ist, um frisch eingebürgerte Kosovo-Albaner als Nationalräte zu portieren. Die kosovarische Bevölkerung besteht zu mehr als 95 Prozent aus Muslimen.

Der Islam wird wie alle andern Religionen ebenfalls untergehen. Der Islam ist ebenfalls bereits Teil des *Interreligiösen Dialoges* oder *Dialog der Religionen*.

Fazit: Das neue Recht der Scharia ist für eine Diktatur ideal: Folge hündisch oder stirb!

Damit Sie erkennen, welches Hasspotential bis heute geschürt wurde, empfehle ich eine Homepage[293] mit Links. Da können Sie erahnen, was auf die weissen Leute, insbesondere die Christen und die Juden, zukommen wird. Die richtigen Drahtzieher, die Babylonier, werden dabei verschont bleiben, weil sie diese Gewalt organisieren und deren Chef sind. Von ihnen gehen alle Befehle aus. Die Muslime bemerken dabei nicht, dass sie sich so ihr eigenes Gefängnis errichten.

Wenn man sich mit dem Islam etwas im Detail auseinander setzt, so stellt man fest, dass hinter der Religion alles akribisch und versteckt vorbereitet wurde. Ein ehemaliger Konvertit verlässt nach 16 Jahren den Islam wieder, nachdem er ihn jahrelang verteidigt hatte. Seine Äusserungen lassen tief blicken.[294]

---

290 Deutsch: https://endofeurope.files.wordpress.com/2016/09/bevoelkerung-austausch.pdf
English: http://www.un.org/esa/population/publications/migration/execsum.pdf
English: http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm

291 End of Europe, November 2015: *„Replacement Migration" – Der UN-Bevölkerungsaustausch*. https://endofeurope.com/2016/09/07/un-bevoelkerungsaustausch/

292 YourNewsWire.com vom 17.03.2017: *Turkish Government Warn 'Holy War' Coming To Europe*. http://yournewswire.com/turkey-holy-war-europe/

293 Euromed vom 02.04.2017: *Nächste Phase der NWO nach Coudenhove Kalergi/Sarkozy's/Rothschild-Soros' Einwanderungsplan*. http://new.euro-med.dk/20170402-nachste-phase-der-nwo-nach-coudenhove-kalergisarkozysrothschild-soros-eiwanderungsplan-alle-weissen-toten-farbigen-rassismus-gibt-es-nicht.php

294 Youtube 05.08.2017: *Nach 16 Jahren Islam verlassen*. https://www.youtube.com/watch?v=2XeEOGiGXvU

Es ist aber auch bemerkenswert, wenn sogar der Babylonier und Impfaggressor, Bill Gates, Europa davor warnt, den Migranten gegenüber Grosszügigkeit zu gewähren. Er rät deshalb, den Afrikanern den Zugang zu Europa kräftig zu erschweren.[295] Gates in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*:[296]

> *«Auf der einen Seite will man Grosszügigkeit demonstrieren und Flüchtlinge aufnehmen, doch je grosszügiger man ist, desto mehr wird sich das herumsprechen – was wiederum mehr Menschen motiviert, Afrika zu verlassen.»*

Symbolik

Um den babylonischen Hintergrund des Islam zu verdeutlichen, möchte ich nachstehend einige Zusammenhänge mit der uralten und zerstörten Lehre aufzeigen. Dafür ist aber das Wissen, wie es im Kapitel Organisationen des ersten Manifestes[1] beschrieben ist, von Vorteil.

Islamische Rituale bei der Kaaba

Die Moslems haben die Pflicht, mindestens einmal im ihrem Leben nach Mekka zu pilgern und die dortigen Rituale zu praktizieren. Dazu gehört u.a. der Besuch der Kaaba in der heiligen Moschee Al-Masdschid al-Harām, auch Al-Haram-Moschee genannt.

Die Kaaba (arabisch Kubus, Würfel) ist ein quaderförmiges Gebäude im Innenhof der heiligen Moschee und bildet als «Haus Gottes» das zentrale Heiligtum des Islams. Sie ist von einem schwarzen Brokatvorhang (Kiswa) aus Seide und Baumwolle bedeckt, in den mit Goldfäden die Schahada (Glaubensbekenntnis) und Koranverse eingestickt sind. Im Osten befindet sich die schwarze Ecke, benannt nach dem Schwarzen Stein, der einige Meter davon auf ca. 1,5 m angebracht ist. Seit dem 19. Jahrhundert wird der Stein als Meteorit gedeutet. Er wurde aber noch nie untersucht.

Der Schwarze Stein, der im Rahmen des Tawāf, der rituellen Umkreisung dieses Heiligtums, durch Küssen, Berühren oder Zeigen mit der Hand, verehrt wird, ist Ausgangspunkt für die siebenmalige Umkreisung der Kaaba im Gegenuhrzeigersinn.

Mythologischer Hintergrund

Kronos, der Gehörnte,[297] ist in der griechischen Mythologie der jüngste Sohn (*Diesseits*) der Gaia (*Erde/Mutter/Zwischenwelt*) und des Uranos (*Himmel/Jenseits*) sowie Anführer der Titanen und Vater von Zeus. In der römischen Mythologie entspricht ihm Saturn.

Da Uranos seine Kinder – die Kyklopen und Hekatoncheiren – angeblich so sehr hasste, dass er sie in den Tartaros verbannte, brachte Gaia ihre weiteren Kinder – die Titanen – im Geheimen zur Welt. Sie stiftete schliesslich Kronos an, den Vater mit einer Sichel zu entmannen. Kronos (Saturn) wurde damit zum Herrscher der Welt und Begründer des Goldenen Zeitalters. Metaphysisch bedeutet diese Entmannung nichts anderes als dass das Zeitalter der Naturlehre der drei Welten, also das Spirituelle, zugunsten des Materialismus beendet bzw. zerstört wurde. Saturn (der Sohn) vertritt das Materielle.

Kronos bestieg nun den Thron des Uranos, sperrte aber auch die Hekatoncheiren, die Zyklopen und die neu geborenen Giganten in den Tartaros. Gaia, wütend, dass Kronos seine Brüder ebenso wie

---

295 Finanznachrichten vom 02.07.2017: *Bill Gates: "Migration nach Europa wird zunehmen"*. http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2017-07/41104179-bill-gates-migration-nach-europa-wird-zunehmen-003.htm
Dailymail vom 04.07.2017: *Bill Gates warns that Germany's open door policy to migrants will overwhelm Europe and urges leaders to 'make it more difficult for Africans to reach the continent via current routes'*. http://www.dailymail.co.uk/news/article-4665198/Bill-Gates-warns-open-door-migration-overwhelm-Europe.html
Russia Today vom 05.07.2017: *Gates urges to abandon generosity, impede migrants from reaching Europe.* https://www.rt.com/news/395356-migrants-overwhelm-europe-gates/

296 Info-direkt vom 06.07.2017: *Bill Gates warnt vor Masseneinwanderung aus Afrika nach Europa*. http://info-direkt.eu/2017/07/06/bill-gates-warnt-vor-masseneinwanderung-aus-afrika-nach-europa/

297 Horn ist ein bekanntes orientalisches Sinnbild für Kraft oder Macht. Der gehörnte Stier bedeutet mächtiger Fürst.

sein Vater einsperrte, prophezeite ihm, dass seine eigenen Kinder gegen seine Herrschaft ebenso rebellieren würden wie er gegen die seines Vaters.

Aus Angst frass Kronos (Saturn) alle seine Kinder, bis auf sein sechstes Kind Zeus (Jupiter), den Kronos Gattin Rhea (sie entspricht der römischen Ops) auf der Insel Kreta versteckt hielt und an dessen Stelle sie ihrem Gatten einen in Kleider gehüllten Stein (Omphalos) anbot. Nach seiner Entmachtung durch Zeus (Jupiter) floh er zusammen mit Rhea nach Latium, wo er von Janus aufgenommen wurde. So wurde der griechische Kronos zum römischen Saturn, genau gleich wie seine Frau Rhea zur römischen Ops mutierte.

Aus der bisher beschriebenen Mythologie kann entnommen werden, dass zumindest die Kyklopen über die Fähigkeit verfügten, mit dem dritten Auge sehen zu können. Sie praktizierten daher die Lehre der drei Welten auf hohem Niveau. Aufgrund der beschriebenen Symbolik konnten Sie mit dem dritten Auge sehen und damit alles erkennen. Dass ausgerechnet diese Kundigen der Lehre der drei Welten, natürlich fiktiv, in den Tartaros gesperrt wurden, bedeutet, dass das Wissen der Lehre der drei Welten zugunsten des Materialismus zu zerstört wurde. Aus diesem Grund entstand das goldene Zeitalter, wobei sich «goldene» auf das physische Gold, also den Materialismus, bezieht und nicht auf eine ruhige Zeit, wie behauptet wird.

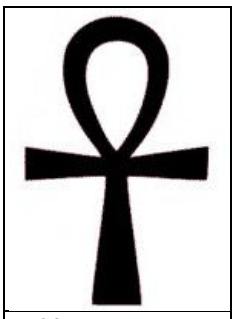
Saturn ist aufgrund der Geschichte der düstere Verhinderer des Ans-Licht-Kommens schöpferischer Kräfte (Kinder / Lehre der drei Welten) und damit auch ein Symbol für Hemmnis. Er wird daher als der eine Sichel tragende Sohn des Himmels bezeichnet, weshalb sein Symbol eine stilisierte Sichel darstellt. Wegen seinem Mord wird er auch als Sensemann bezeichnet. Bei den Römern wurde er als Gott des Reichtums und der Ernte verehrt und im Mittelalter mit Unglück, Sorgen, Melancholie, Krankheiten und harter Arbeit, jedoch auch für Ordnung und Mass assoziiert.

Im geozentrischen Weltbild der Antike wurden die sieben regelmässig sichtbaren Himmelserscheinungen je einem babylonischen Wochentag zugeordnet. Saturn wurde zum Namensgeber des heutigen Samstags (englisch Saturday). Die Sieben steht aber für die sieben Ringe (A-G), die ihn umgeben.

Der Saturn wird auch als die «Schwarze Sonne» bezeichnet und dementsprechend als Symbol verwendet. Saturn (Kronos/Diesseits/Materialismus) ist daher der schwarze Gegenspieler der Sonne (Uranos/Jenseits). Im Okkultismus des babylonisch-nationalsozialistischen Dritten Reichs und der Zeit danach ist die «Schwarze Sonne» (SS) ein Code-Wort für die «Schutz-Staffeln» (SS) des Führers.

Im Christentum wird das Kreuz als materialistisches Symbol verwendet, auch wenn es die Gläubigen nicht so erkennen. Das ist der Grund, weshalb sie glauben müssen. Das Kreuz wird auf verschiedene Arten gedeutet. Nach dem Rosenkreuzer John Dee (1527-1608), einem Anhänger des Neuplatonismus der Renaissance und Hauptvertreter des Fälschers Marcilio Ficino, ist das Kreuz das Sinnbild der Dreiheit (zwei Geraden und ihr Kreuzpunkt), das zugleich auf die Dreifaltigkeit und auf die Triade Leib-Seele-Geist hindeutet. Das Kreuz ist mit den vier Geraden, die von dem Mittelpunkt ausgehen, ebenfalls das Symbol der Vierheit und weist damit auch auf die Quaternität[298] hin, die die göttliche Trinität mit der Materie als Viertem zusammenbringt.

Das, was jetzt als das christliche Kreuz bezeichnet wird, war ursprünglich kein christliches Wahrzeichen, sondern das mystische Tau der Chaldäer und Ägypter, die ursprüngliche Form des Buchstabens T, die Initiale des Namens Tammuz, also der Sohn Ninus als reinkarnierter Nimrod. Dieses mystische Tau wurde bei der Taufe auf die Stirn derjenigen gezeichnet, die in die Mysterien eingeweiht wurden, und in jeder erdenklichen Weise als ein höchst heiliges (Anmerkung: heilendes) Symbol verwendet. Um Tammuz mit der Sonne in Verbindung zu bringen, wurde es manchmal an den Sonnenkreis angeschlossen (Ankh- oder Anch-Kreuz).


Ankh-Kreuz

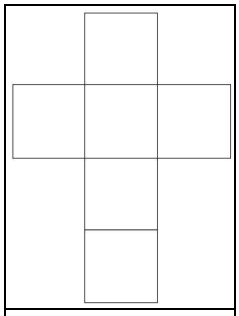
In der Katholischen Kirche wird immer wieder das Kürzel I.N.R.I. (INRI) verwendet. Gemäss der Kirche bedeutet das, was Pilatus angeblich über Jesus Christus am Kreuz anbringen

298 Vierfaltigkeit, Vierzahl: Vorstellungen einer Quaternität des Göttlichen oder entsprechender Vielfachen finden sich in unterschiedlichen kulturgeschichtlichen Kontexten.

liess, nämlich: *«Iesus Nazarenus Rex Iudaeorum»*, ins Deutsche übersetzt: *«Jesus von Nazareth, König der Juden»*. Für einen Freimaurer bedeutet das aber *«Igne Natura Renovate Integra»*, zu Deutsch: *Die ganze Natur wird durch Feuer erneuert*.[299] Letztere Aussage ist das, was in der Lehre der drei Welten gelehrt wird. Das Wort Feuer ist wiederum eine Metapher aus der Lehre der Drei Welten für das Qi[300].

Jesus wird auch als Messias bezeichnet. Das hebräische Wort Messias stammt aus dem Tanach und bedeutet Gesalbter und latinisiert Christus. In der Gematrie wird der Messias, mit der Zahl 656 (M=40, E=5, S=200, S=200, I=10, S=200) bezeichnet. Aber dieser Zahlenwert ist mit Tathagata oder Tathagatam identisch.[301] Tathagata ist im Buddhismus der «so Gegangene», oder auch der «so Gekommene» und bezeichnet einen auf dem Weg der Wahrheit zur Höchsten Erleuchtung. Dieser Titel verwendete auch Buddha für sich.[302] Tathagata bezeichnet nichts anderes, als das Erreichen der höchsten Stufe der Lehre der drei Welten. Dieser Stufenweg wird auch als die Himmelsleiter oder Jakobs-Leiter bezeichnet. Das bedeutet, dass nicht Jesus im Vordergrund steht, sondern alle «Erleuchteten» bzw. die Lehre der drei Welten.

Bei den Pythagoräern hatten den Zahlen eins (Monade) bis vier (Tetrade) eine besondere Bedeutung. Diese Zahlen werden ebenfalls zur Erklärung des Sixiang-Symbols benötigt. Die Vier (Tetrade) entspricht der Quaternität im Sinne der Rosenkreuzer und ist eine Allegorie für den Materialismus. Das neue Jerusalem wird gemäss der Offenbarung Kapitel 21 quadratisch und kubisch als reinster materialistischer Faschismus im Sinne des Transhumanismus.


Würfeloberfläche

Wenn wir die Oberfläche des Würfels bzw. eines Kubus mit den sechs Seiten abgewickelt darstellen, erhalten wir je nach Anordnung ein Kreuz, das den Materialismus verkörpert.

Satan (hebräisch «Ankläger») ist im Tanach der Titel eines Anklägers am göttlichen Gerichtshof. Üblicherweise wird der Titel Satan verschiedenen Engeln verliehen und kann auch für Menschen verwendet werden. Bei der Übersetzung der hebräischen Texte von Hiob 1 und Sacharja 3 ins Griechische wurde das jüdische *ha-Satan* zu *diabolos* (Teufel) in der Septuaginta (lateinisch für siebzig; altgriechisch für *Die Übersetzung der Siebzig*)[303].

Im Christentum ist der Teufel der Inbegriff des Bösen. Er wird auch (abweichend von der alttestamentlichen Bedeutung dieser Namen) Satan oder Luzifer genannt. Der Teufel wird dabei als ein gefallener Engel angesehen, der gegen Gott rebellierte. Engel (griechisch *ángelos*) sind in der Lehre der drei Welten der Griechen Qi-Felder.

Mythologisch ist Saturn nicht mit Luzifer identisch, denn letzterer ist der lateinische Name des Morgensterns, der Venus. Die Venus ist ein Sinnbild der Semiramis, der Zwischenwelt. Wörtlich übersetzt bedeutet er «Lichtträger» und der Morgen ist eine Metapher für den Übergang von der Zwischenwelt zum Diesseits. Sein Name ist daher ein Relikt aus der Lehre der drei Welten, deren Inhalt verdreht wurde. Diese Verdrehung passt auch gut zum Mythos von Uranos Entmannung. All jene, die diese Thematik studieren, werden irritiert sein. Unter dem Strich ist das aber unerheblich, denn entscheidend ist, dass die Leute verwirrt werden und Babylon sich die Welt Untertan machen kann.

Im Islam ist *Iblis* der Verführer der Menschen. Nach islamischer Lehre ist *Iblis* der oberste *Sheitan (Schaitan)*. *Sheitan* ist bedeutungs- und herkunftsgleich mit dem hebräischen Satan. Als *Sheitan* werden *Iblis* und seine Nachfolger, die sowohl Menschen als auch *Dschinn* umfassen können, bezeichnet, wenn sie sich vom Guten abwenden. Sie versuchen Menschen von dem Weg Gottes abzubringen,

---

299 Preuss Arthur, *A Study in American Freemasonry* (Eine Studie über die amerikanische Freimaurerei), Herder, 1908, 433 Seiten. Seite 49ff.

300 Qi ist vereinfacht erklärt die Lebensenergie. Qi ist geistig/spirituell. Weiteres siehe im ersten Manifest.

301 http://sinossevis.de/upload1/_Der_Messiasfaktor_656_und_die_Chronologie,_am_24.7.2011__berichtigte_Version_vom_2.1.2009.pdf und https://de.wikipedia.org/wiki/Gematrie

302 https://de.wikipedia.org/wiki/Tathagata

303 Die Siebzig sind ein Hinweis auf den babylonisch-jüdischen Sanhedrin, der beim Revolutionär Moses (das Kind/Materialismus) schon aktiv war.

indem sie ihnen das Leben erschweren und so an Gott zweifeln lassen oder sie zum Bösen verführen.[304] Die Bezeichnung *Dschinn* bedeutet im Arabischen übersinnliche Wesen. Das sind Geistwesen, die nur erkennbar sind, wenn man die geistigen Sinnesorgane beherrscht. Sie sind daher wie der Teufel, das ist ein gefallener Engel (griechisch *ángelos*), Qi-Felder. Daraus erkennt man, dass alles Negative verwendet wird, um die Lehre der drei Welten zu diskreditieren.

Zur Zeit des griechischen Dichters Hesiod (ca. 700 v.u.Z.) war in Griechenland Teitan ein «schimpflicher Name», doch im römischen Reich war er ein «glänzender bzw. herrlicher Teitan».

Sheitan ist aber lediglich der Name von Satan, der Geist der Bosheit und Urheber des moralisch Bösen, wie er in alten Zeiten in Armenien oder Kurdistan verwendet wurde; in Chaldäa wurde er Teitan genannt. Homer sagt aber, alle Götter des Tartarus[305], der Hölle, wurden Teitanen genannt.

Saturn (Kronos; Diesseits/Materialismus) war der Name des *sichtbaren* Hauptes, während Teitan der Name des *unsichtbaren* Hauptes des Tieres war. Saturn wird im Chaldäischen «Stur» geschrieben, aber «Satúr» ausgesprochen. Kabbalistisch ergibt sich aus «Stur» (S = 60; T = 400; U = 6; R = 200) die apokalyptische Zahl 666 und bei Teitan (T = 300, E = 5; I = 10; T = 300; A = 10; N = 50) ergibt sich genau die gleiche Summe.

Im chaldäischen System war Teitan nur ein Synonym für Typhon, die bösartige Schlange bzw. den Drachen, der allgemein als Teufel oder Urheber aller Bosheit betrachtet wurde.[306] Die Schlange ist aber ein Symbol des ewigen Zyklus des Werdens und Sterbens, also der Lehre der Drei Welten. Deshalb finden wir sie immer wieder als Kreis dargestellt, wie sie sich in ihren eigenen Schwanz beisst.

Der römische Philosoph und Neuplatoniker Macrobius (385/390-430 u.Z.) sagt in einem Bericht über die mystische Lehre der Alten, dass Äskulap jener wohltätige Einfluss der Sonne war, der die Seelen der Menschen durchdrang. Metaphysisch kann das nur das Qi sein, also die Zwischenwelt und damit die Brücke zwischen Jenseits und Diesseits. Nun war die Schlange das Symbol der erleuchtenden Sonne. Deshalb wurde er in früherer Zeit in der Lehre der Nichteingeweihten als «Kraftwiederhersteller» oder «heilender Gott» bekannt. In späterer Zeit wurde der Name Äskulap mit «Menschen belehrende Schlange» übersetzt.[307]

Aus diesem Grund wird Saturn auch durch die Gottheit Pan in Gestalt des Baphomet repräsentiert. Pan, der Gott des Waldes und der Natur, ist in der griechischen Mythologie der Hirtengott. Seiner Gestalt nach ist er ein Mischwesen aus Menschenoberkörper und dem Unterkörper eines Widders oder eines Ziegenbocks.[308]

Baphomet

Ein Titel Pans lautete Capricornus, der «Ziegenhörnige». Die Herkunft dieses Titels liegt in der Zeit, als der Urvater zum Haupt der Satyren wurde, zum «ersten unter den Verborgenen». Er floh, um sich zu verstecken, und berkha, «Flüchtling», bedeutet auch «Ziegenbock». Daher die Herkunft des Beinamens Capricornus, der «Ziegenhörnige», für Pan.[309]

Die Hausziege heisst im Englischen «Pet Goat». Sucht man diesen Namen auf Google Map, so findet man dazu eine Adresse: Route de Meyrin 385, 1217 Meyrin. In diesem Gebäude befindet sich der Teilchendetektor ATLAS des *Large Hadron Collider* (LHC) des *Europäischen Kernforschungszentrums* (CERN).[310]

Wie das hebräische Wort für Rechtschaffenheit *«den Weg gerade gehen»* bedeutet, so war jede Abweichung von der geraden Linie der Pflicht Sünde, und *hata*, das Wort für Sünde, bedeutete allgemein *«von der geraden Linie abweichen»*. Es gilt, dass Pan das Haupt der Satyren war – das heisst

---

304 https://de.wikipedia.org/wiki/Teufel
305 Tartarus ist die lateinische Form des altgriechischen Tartaros, der Bezeichnung eines Teils der Unterwelt.
306 Hislop, Seite 249
307 Hislop, Seite 251
308 https://zombiewoodproductions.wordpress.com/tag/die-ziege-baphomet/
309 Hislop, Seite 288ff
310 https://de.wikipedia.org/wiki/ATLAS_(Detektor)

«der erste unter den Verborgenen» –, denn Satyr und Satur, der *«Verborgene»*, sind offensichtlich das gleiche Wort, und Adam war der erste der Menschheit, der sich selbst verbarg.[309]

Erklärung zu den Ritualen bei der Kaaba

Die Moslems haben die Kaaba sieben Mal im Gegenuhrzeigersinn zu umkreisen. Die Anzahl sieben ergibt sich aus der Anzahl Ringe oder wahrscheinlich eher aus der Anzahl der Planeten, da in der babylonischen Antike die weiter entfernten Planeten Uranus und Neptun noch nicht bekannt waren. Deshalb waren die die Anzahl der Ringe kaum bekannt. Die Natur dreht sich grundsätzlich im Uhrzeigersinn. Wenn sich nun die Moslems im Gegenuhrzeigersinn zu drehen haben, so heisst das, dass sie sich gegen die Natur bewegen. Mit andern Worten, das Ritual ist gegen die Natur.

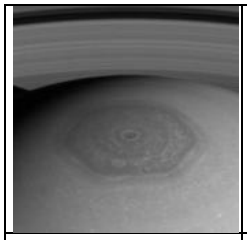
Dazu kommt noch, dass der Kubus bzw. Würfel (Kaaba) metaphysisch den (menschlichen) Materialismus symbolisiert, der die Natur zerstört. Schwarz ist die Farbe, die alles absorbiert, im Gegensatz zur Farbe Weiss. Weisses Licht beinhaltet sämtliche Einzelfarben der Natur. Schwarz ist das Gegenteil oder die Opposition von Weiss.

Durch das Küssen, Berühren oder Zeigen mit der Hand, wie es bei jedem Umgang gefordert wird, wird diesem Schwarzen Stein Bedeutung gegeben und zwar in Form von feinstofflicher Energie, von Qi. Diese Energie bzw. dieses Qi ist jedoch aufgrund des mythologischen, aber auch politischen Hintergrundes für die Menschheit destruktiv. Im Kern ist das nichts anderes als schwarze Magie.

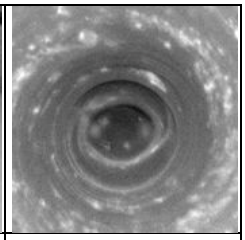
Mit andern Worten: Weil die Menschen nicht gewillt sind, selber zu erfahren, sondern weil es bequemer ist, jemanden nachzulaufen und zu glauben, stürzen sie sich selber ins Unglück.

Saturnpole

Seit den frühen 1980er Jahren wird behauptet, dass es in der Saturn-Atmosphäre über dem Nordpol eine Sechseck-Formation gebe. Und am Südpol befinde sich ein ortsfester, hurrikanähnlicher Sturm, das einem Auge gleiche.



Nordpol



Südpol

Weshalb gibt es diese Diskussion erst seit den frühen 1980er Jahren und nicht vorher? Diese Frage kann einfach erklärt werden, weil die Menschen mit den physischen Augen vorher nicht auf den Saturnpol sehen konnten.

Die erste Erkundung des Saturns mittels Raumsonden erfolgte mit dem Start der Raumsonde *Pioneer 11* am 06.04.1973. Die Raumsonde passierte am 01.09.1979 Saturn und flog weiter in Richtung Neptun. Die zweite Erkundung des Saturns mittels Raumsonden erfolgte mit der Raumsonde *Voyager 1*. Sie startete am 05.09.1977, passierte am 01.10.1980 Saturn und flog weiter in die äusseren Bereiche des Sonnensystems und in den interstellaren Raum. Die dritte Erkundung des Saturns erfolgte mit der Raumsonde *Voyager 2*, die am 20.08.1977 startete, den Planeten am 25.08.1981 passierte und weiter flog in Richtung Uranus, Neptun und in den interstellaren Raum.

Bei keiner diese Raumsonden konnte ich feststellen, dass sie über die Pole flog und somit Bilder von den Saturnpolen und damit dem ominösen Hexagon hätte fertigen können. Es wird zwar immer Bezug auf die Voyager-Missionen genommen, aber man findet nicht einmal einen vagen Hinweis zu einem Überflug über die Pole. Selbst aus dem Zeitplan der Raumsonden lässt sich keinen Polüberflug ableiten. Es war erst die Raumsonde *Cassini-Huygens*, sie startete am 15.10.1997, die über die Pole flog und sie fotografierte. Wie war es dann möglich, dass seit den frühen 1980er Jahren eine Sechseck-Formation über dem Nordpol des Saturns behauptet wird?

Somit wird einmal mehr offensichtlich, dass alles was uns gesagt wird, ein Schwindel ist oder nur zum Teil war ist.

Symbolik im Christentum[311]

Die Babylonier führen bei den Menschen, überwiegend bei Gläubigen, von der Taufe bis zum Tod, ohne Ihr Wissen, (schwarz-) magische Rituale durch, wobei die Verwendung des Kreuzzeichens dabei eine gewichtige Rolle spielt, da es bereits bei der Taufe zum Tragen kommt.

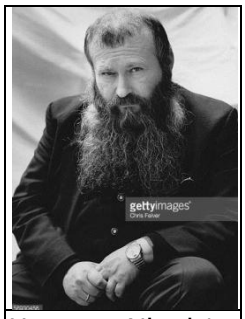
So bedeutet:

§ Kreuz auf der Stirne: geistig nicht sehen dürfen, Blockierung der Hellsichtigkeit, das dritte Auge wird verschlossen!
Mit dem dritten Auge kann man alle Informationen erkennen und verstehen; nichts bleibt verborgen und es gibt keine Geheimnisse mehr, auch wenn sie noch so tief versteckt werden. Mit diesem Ritual wird das dritte Auge natürlich nicht direkt verschlossen. Auch hier ist es so, dass damit ein negatives Qi-Feld aufgebaut wird, das umso grösser wird, je mehr sich daran beteiligen. Je grösser dieses Feld wird, desto mehr werden die Augen verschlossen. Deshalb war bei den alten Ägyptern das Auge ein «göttliches» Organ. Der Name Osiris, das ist das ägyptische Pendent zu Nimrod, bedeutet «Stätte des Auges». Und seine Hieroglyphe ist folgerichtig ein Auge über dem Sitz. Dieses Auge ist kein (physisches) Auge sondern es ist mit dem dritten Auge vergleichbar, das allgegenwärtig und allwissend ist. Siehe dazu auch Matthäus 6.22.[312]

§ Kreuz auf den Mund: nicht sprechen dürfen!
Das bedeutet, dass entdeckte Geheimnisse, sprich Verbrechen, nicht bekannt gemacht werden dürfen.

§ Kreuz auf die Brust: Verschliessung des Brustchakras, keine Gefühle zeigen dürfen! Dieses Ritual wird einige Jahre später, bei der Kommunion, wiederholt, um damit die eingeleitete Blockierung noch zusätzlich zu verfestigen.
Damit soll der «gute» Gläubige, der mehrmals am Tag das Kreuzzeichen schlägt (Verschliessung der Chakren), ohne sein ausdrückliches Wissen immer wieder neu zum Satanskult hin verführt werden.
Keine Gefühle zeigen heisst, das Unterbewusste verdrängen und alles rational verarbeiten. Mit diesem Verhalten lebt man ausschliesslich im Materialismus und ist dementsprechend anfällig auf die Beeinflussung von Dritten. Heute heisst das, nicht nur durch Kirche und Staat, sondern auch durch Schule und Medien im Sinne von Babylon indoktriniert und manipuliert zu werden.

§ Die rituelle Verwendung von Hostien und «rotem» Wein an Messen ist offensichtlich. So repräsentieren die Hostie das Fleisch des Körpers und der rote Wein das Blut von Jesus. Man beachte zudem das Wort Hostie: Es bedeutet Opfer oder Opfertier. Mit dem Essen der Hostie wird das Opfer gegessen. Im heute praktizierten Satanismus sind wir noch nicht ganz so weit. Immerhin werden auf der Bühne bereits Tiere geschlachtet und Menschen rituell aufgehängt.[313] Der österreichische «Künstler» Hermann Nitsch (1938-) gehört dabei zu den ersten, die das Schlachten inszeniert haben.



Hermann Nitsch*

Man muss sich ab dieser Entwicklung nicht wundern, nachdem die abrahamitischen Religionen diesen Satanismus seit Jahrhunderten praktizieren. Mit der Abschaffung der Religionen soll ein noch brutalerer Satanismus praktiziert werden.

Deshalb gibt es in den USA bereits sogenannte After School Satan Clubs.[314] Diese bringen den Kindern nicht die gängige biblische Vorstellung von Himmel und Hölle, vor denen sie sich fürchten, sondern den Rationalismus und die wissenschaftliche Grundlage unseres Wissens über die Welt. Es wird auch behauptet, damit den Kindern die Natur näher zu bringen. Tatsache ist aber, dass mit diesem Vorge-

---

311 Sammer Bruno, *Die Verschwörung der Illuminaten, Teil 3*, BoD, 1. Auflage 2015, 164 Seiten, ISBN 9783739272078, Seite 50ff.

312 http://www.internetloge.de/arstzei/allsehendes_auge.pdf

313 https://zombiewoodproductions.wordpress.com/category/satanismus-okkultismus-new-age/

314 https://afterschoolsatan.com/

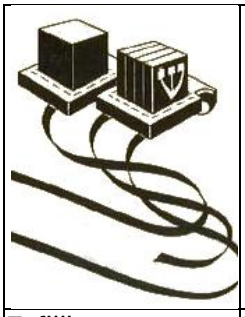
hen die Kluft zwischen der tatsächlichen Natur der Lehre der drei Welten und der Glaubenswissenschaft noch grösser wird und die Leute noch viel mehr vom Materialismus geprägt werden.

Der Film «The Purge» (Die Säuberung)[315] lässt erahnen, was auf die Menschheit zukommen soll, selbstverständlich immer mit voller Unterstützung der Regierung. Beachte: Alles was Hollywood produziert, wird eines Tages Wirklichkeit werden. Alle Filme sind lediglich eine unterbewusste Beeinflussung und Vorbereitung für Kommendes.

Wie Sie erkennen können, verfolgt die katholische Kirche eine klare Absicht, die Gläubigen so zu manipulieren, damit sie ihr Tun nicht mehr in Frage stellen können und damit von ihr abhängig werden. Das entspricht der babylonischen Absicht, die ganze Menschheit von den Herrschern Babylons abhängig zu machen, d.h. zu versklaven.

Symbolik im Judentum

Im Judentum gibt es die sogenannten Tefillin (hebr. Gebet). Im Deutschen werden sie *Gebetsriemen*, manchmal auch *Phylakterien* genannt. Das sind ein Paar schwarze mit Lederriemen versehene kleine lederne Gebetskapseln, die auf Pergament handgeschriebene Schriftrollen mit Texten aus der Tora, den fünf Büchern Moses, enthalten. Tefillin werden von religiösen jüdischen Männern – im Reformjudentum teilweise auch von Frauen – an Werktagen beim Morgengebet (hebr. Schacharit), getragen. Der Hand-Teil liegt am Oberarm und die Riemen werden um den Arm, die Hand und Finger gewickelt, der Kopf-Teil wird über der Stirn getragen. Das Anlegen von Tefillin dient als Mahnung, JHWHs Gebote zu beachten. Ihre Form, die Art sie zu tragen und der Inhalt der Gebetskapseln ist im Talmud festgelegt.



Tefillin

Tefillin an Kopf und Arm

Die Gebetskapseln haben die Form eines Kubus oder Würfels. Damit wird nicht nur im Islam, sondern auch im Christentum und im Judentum dem Materialismus gehuldigt. Diese Huldigung passiert nicht bewusst, sondern erfolgt ebenfalls wieder über das Unterbewusstsein, womit der babylonischen Absicht, die Menschheit zu unterjochen, Qi-Energie zufliesst.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass alle Massnahmen, die Menschheit von den Herrschern Babylons abhängig zu machen, immer im Voraus subtil kommuniziert werden, damit sich das Unterbewusstsein der Menschen daran angewöhnen kann. In einem weiteren Schritt werden die täglichen Ereignisse so gesteuert, dass die lange Zeit voraus bekannt gemachten Massnahmen auf einmal «nötig» bzw. «verständlich» werden, weshalb sie von den Menschen meist akzeptiert werden. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als schwarze Magie.

Die Protokolle von Babylon

Die «Protokolle von Babylon»[316] sind identisch mit jenen von Zion[317]. Ich nenne sie so, weil sie von den Babyloniern und nicht von den (nicht babylonischen) Juden oder den Antisemiten verfasst und in Umlauf gebracht wurden, um den antisemitischen Rassismus zu schüren, der für die Nazis und den Zweiten Weltkrieg so dringend nötig gewesen war, damit Israel gegründet werden konnte. Nachdem der Zweite Weltkrieg Geschichte war, änderten sie die öffentliche Meinung, weshalb die alte Gesin-

---

315 THE PURGE, Trailer, Deutsch, https://www.youtube.com/watch?v=jn2oUal-biQ

316 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Protokolle_von_Babylon.pdf

317 Auszug der Seiten 326-416 aus dem Buch «*Die echten Protokolle der Weisen von Zion», Sachverständigengutachten*, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern. / Dr. jur. Stephan Vasz: Das Berner Fehlurteil über die Protokolle der Weisen von Zion. / Prof. E. Freiherr von Engelhardt: Weltmachtpläne. Zur Entstehung der sogenannten zionistischen Protokolle. Neue Zusammenhänge zwischen Judentum und Freimaurerei. von Ulrich Fleischhauer, Institut für ganzheitliche Forschung Freie Republik Uhlenhof, D-25884 Viöl.

nung von unseren «Gutmenschen» aufgrund der «politischen Korrektheit» weitgehend verboten wurde. Der Rassismus muss unterbunden werden und damit auch die Veröffentlichung dieser Protokolle, ansonsten der Dritte Weltkrieg viel zu wenig blutig verlaufen würde. Aber ein blutiger Dritter Weltkrieg ist von unseren «Gutmenschen» beabsichtigt.

Die Entstehung der Protokolle geht nicht, wie immer behauptet wird, auf die Hetzschrift von Maurice Joly aus dem Jahre 1865 oder den Roman über eine Rede eines Grossrabbis mit dem Titel «Biarritz» vom deutschen Schriftsteller Sir John Retcliffe, eigentlich Hermann Goedsche (1815-1878), einem Agent Provocateur der Preussischen Geheimpolizei, zurück. Kern der Protokolle ist das Buch Tanja, teilweise auch Tanya geschrieben, (LIKKUTEJ AMARIM TANJA)[318] vom Rabbiner Schneor Salman von Ljadi (1745–1812).

Der Chassidismus hatte seinen Vorläufer in Sabbatai Z'wi (1626-1676), einem jüdischen Messias und Kabbalisten. Inspiriert von der Lehre des grossen Kabbalisten Isaak Lurja, vertrat er einen mystischen Messianismus. Aufgrund dieser Empfehlung fand er schnell Verehrer und brachte so in das Leben der Juden eine weitgehende Bewegung, die zuerst den Sabbatäismus und im 18. Jahrhundert den Chassidismus, aber auch den Frankismus erzeugte. Die Bewegung strebte eine Erneuerung der Religion an, indem eine tiefe, gefährliche und destruktive Dialektik in der messianischen Idee, den Weg zu jüdischer Aufklärung und Assimilation bahnte. Die Kabbala hatte eine Interpretation der Geschichte und einen Schatz an Ideen und Praktiken bereitgestellt, ohne die die sabbatianische Bewegung undenkbar gewesen wäre. Einige seiner späteren Jünger beteiligten sich an der Französischen Revolution.

Jakob Frank (1726-1791) stiftete die Sekte der Sohariten oder Contra-Talmudisten, nach ihm auch Frankisten (Frankismus) genannt. Er ging mit den (bayrischen) Illuminaten eine Verbindung ein. Das Symbol der frankistischen Lehre ist eine Jakobsleiter. Die Jakobsleiter ist eine Metapher in der Lehre der drei Welten.[319]

Der Chassidismus entstand im 18. Jahrhundert in Osteuropa. Der Gründer dieser Bewegung war Israel ben Eliezer, besser bekannt nach seinem Ruf als Wunderheiler unter dem Namen Baal Schem Tow (1698-1760). Der Chassidismus beinhaltet viele mystische Elemente, welche in einer leicht verständlichen Form durch Legenden und Geschichten vermittelt wurden. Martin Buber hat viele dieser Geschichten auf Deutsch neu erzählt und so den Chassidismus einem breiteren Publikum nahegebracht. Die immer grösser werdende chassidische Bewegung teilte sich nach dem Tod von Baal Schem Tow in verschiedene kleinere Gruppen, wobei viele der frühen Sekten immer noch bestehen und nach den Namen der mit ihnen verbundenen Städte benannt sind. Jede von ihnen verehrte einen Führer (Zaddik oder Rebbe genannt).

Nach dem Tod von Baal Schem Tow übernahm Rabbi DovBer (1710-1772) die Führung der Bewegung. Einer seiner besten Schüler war Rabbi Schneur Zalman (1745-1813) von Liadi, welcher Ende des 18. Jahrhunderts den Lubawitsch Chassidismus gründete. Der Höhepunkt seiner intellektuellen Arbeit war sein Buch Tanja, welches 1796 zum ersten Mal publiziert wurde. Diese Lehre wurde Chabad genannt. Chabad steht als Akronym für die drei Emanationen Gottes nach dem System der Kabbala: Chochmah, Binah und Da'ath (Weisheit, Einsicht, Wissen).

Gemäss der Selbstbeschreibung von Chabad[320] gibt es heute circa 4000 Gesandtenfamilien, von denen die 250 Jahre alten Prinzipien und die Chabad-Philosophie in mehr als 3300 Institutionen mit Zehntausenden von Mitarbeitern angewendet werden.

Der Autor Wolfgang Eggert schreibt in seinem Buch *Erst Manhattan - Dann Berlin*[321] anstelle eines Vorwortes, was darin zu lesen ist:

---

318 http://de.chabad.org/library/article_cdo/aid/583061/jewish/Das-Buch-Tanja.htm

319 Davidowicz Klaus Samuel, *Zwischen Prophetie und Häresie: Jakob Franks Leben und Lehren*, Böhlau, 1. Auflage 2004, 176 Seiten, ISBN 3205772733, Seite 32.
Siehe auch http://nwo-satanismus.blogspot.ch/2009/09/jakob-leibowicz-genannt-frank-und-die.html

320 http://www.de.chabad.org/library/article_cdo/aid/908649/jewish/ber-uns.htm

«Die Seelen der Völker dieser Welt (also alle Christen, Muslime, Buddhisten usw.) stammen jedoch von den anderen, unreinen 'kelipot' (bösen Kräften), die absolut nichts Gutes beinhalten.» (Seite 5)

«Indessen sind die 'kelipot' (bösen Kräfte) in zwei Stufen unterteilt, eine tiefere und eine höhere. Die tiefere Stufe besteht aus drei 'kelipot', die allesamt unrein sind und böse, absolut nichts Gutes enthaltend. Aus ihnen rühren und stammen die Seelen von allen Völkern dieser Welt (also alle Christen, Muslime usw.), so auch ihre Körper, und auch die Seelen aller lebenden Kreaturen, die unrein und zum Konsum ungeeignet sind.» (Seite 25)

«Um die Sache noch mehr aufzuhellen, ist es nötig die Bedeutung des Verses 'Die Kerze des Herrn ist die Seele der Menschen' zu klären. Das bedeutet, dass die Seelen von Juden – die 'Menschen' genannt werden – bildlich gesprochen mit der Kerzenflamme verglichen werden können, die ihrer Natur entsprechend immer nach oben tendiert … Nun ist das ein generelles Prinzip in dem gesamten Reich der Heiligkeit … Dies steht in direktem Gegensatz zu den sogenannten 'kelipah' (bösen Kräften) und der 'sitra achara' (die andere, böse Seite), wo die Seelen der Nichtjuden herstammen … Deshalb werden sie (die Nichtjuden) als 'tot' bezeichnet …» (Seiten 77 und 79)

Wenn Sie das Beschriebene nicht akzeptieren wollen, so können Sie die beiden Texte miteinander vergleichen. Sie sprechen die gleiche «Sprache».

Rabbi Marvin S. Antelman, er war *Chief Justice of the Supreme Rabbinic Court of America,* veröffentlichte 1974 sein Buch *«To Eliminate the Opiate»*[322] und enthüllte ihren verdeckten Krieg gegen die Religionen, bevor er von den Illuminaten oder vom *Council on Foreign Relations (CFR)* gehört hatte und wie das Judentum auszulöschen sei. Er schreibt in der Einleitung auf Seite XVIII, dass Illuminaten wie jüdische Rothschild, Rockefeller, Warburg und Radikale, jedoch nicht die Juden, die Autoren der Protokolle der Weisen von Zion seien.[323] Die drei genannten Familien sind Mitglied des Komitees der 300. Antelman bestätigt somit meine Auffassung.

Antelman sagt auch, dass Hitler als wiedergeborenen Nimrod rituell gezeugt worden sei. Also steckt wieder Babylon dahinter! Deshalb schrieb der Babylonier Moses Hess:[267]

«Der Racenkampf ist das Ursprüngliche und Primäre, der Klassenkampf das Sekundäre.»

Dieser Rassenkampf habe sich in der Geschichte vor allem zwischen zwei gegensätzlichen Rassen abgespielt, den Ariern und den Semiten. Die Arischen Völker wirkten kulturaufbauend und deren rassistischer Gegner seien die Semiten als Kulturzerstörer. Mit andern Worten: Einmal sind die Semiten die Gegner der Juden und einander Mal sind die Semiten mit den Juden identisch. Wie verlogen doch die Geschichte von Babylon verdreht wurde!

Diese offene (babylonische) Rassenkampf-Ideologie endete aber nicht mit dem (babylonischen) Holocaust und der Niederlage der (babylonischen) NS-Diktatur im Zweiten Weltkrieg.[324] Diese Ideologie ist immer noch aktuell, auch wenn die Kontrahenten nicht mehr Juden und Nazis sind, sondern im weltweit entstehenden Bürgerkrieg zur Hauptsache Moslems und Christen sein werden. Das sind die Hintergründe der Rassismus-Strafnorm, wie sie von der babylonischen Vereinten Nationen (UNO) am 21.12.1965 beschlossen wurden. In der Folge wurde sie von allen Staaten angenommen, wohl wissend, dass durch diese Gesetzgebung der Bürgerkrieg noch blutiger ausfallen wird.

In diesen Protokollen sind 24 Protokolle aufgeführt, die beschreiben, was die Menschheit noch erwarten wird. Wenn man die Geschichte, aber vor allem die Gegenwart und die Zukunft verstehen

---

321 Eggert Wolfgang, *Erst Manhattan - Dann Berlin. Messianisten-Netzwerke treiben zum Weltenende*, Chronos Medien, 2005; 215 Seiten, ISBN 393584509X.
E-Book: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/eggert_wolfgang_manhatten_berlin.pdf

322 Antelman Marvin S. Rabbi, *To Eliminate the Opiate*, Vol. 1, Zionist Book Club, 2002, 160 pages und Vol. 2, Zionist Book Club, 2002, 297 pages.

323 Euromed vom 16.01.2017: *Messianische Ideologien: Wie die NWO ihre Weltkriege erstellt*.
http://new.euro-med.dk/20170116-messianische-ideologien-wie-die-nwo-ihre-weltkriege-erstellt.php

324 https://de.wikipedia.org/wiki/Rassenkampf

will, so muss man diese Protokolle gelesen haben. Anhand dieser Protokolle kann man genau verfolgen, was alles schon geschehen ist und was gegenwärtig abläuft. Aber da gibt es massenhaft Gutmenschen, Idioten und Verbrecher, die sie als rassistische Schundliteratur abtun und deren Veröffentlichung verfolgen. Zu ihnen gehören vor allem diejenigen, welche das Recht definieren, wie Regierungen, Parlamente sowie Geschichts- und Rechtsprofessoren. Sie alle sind babylonische Lakaien.

2.3.2 Babylonischer Kommunismus

Nachdem das Christentum im römischen Reich offizielle Staatsreligion wurde, wurden alle Meister die die Lehre der drei Welten praktizierten, erschlagen. Als die Kommunisten in Russland und in China an die Macht kamen, wurden die damaligen Buddhisten exekutiert und die Klöster gesprengt, damit die hinter dem ursprünglichen Buddhismus, die Lehre der drei Welten, die sich in Asien noch hielt, zerstört werden konnte. Die traditionelle Chinesische Medizin (TCM), sie entstand aus dem Wissen der Lehre der drei Welten, überlebte hauptsächlich, weil Mao das Geld fehlte, die westliche Medizin einzuführen, weshalb er die Barfussdoktoren ins Land schickte.

Das Kommunistische Manifest[325]

In der Schule wird wohl etwas über den Kommunismus erzählt, aber wie alles in der Schule, wird es nur oberflächlich und nicht in seinem korrekten Begriffsinhalt und im Zusammenhang der tatsächlichen Geschichte erklärt. Aber der Inhalt des Kommunistischen Manifestes wird mit keinem Wort erwähnt, obschon dies erforderlich wäre, unser tägliches Leben besser zu verstehen.

Aus dem Vorwort des Manifests der kommunistischen Partei zur deutschen Ausgabe 1872 geht hervor, dass der Bund der Kommunisten, eine geheime internationale Arbeiterverbindung, auf dem Kongress in London vom November 1847 die beiden Freimaurer Karl Marx und Friedrich Engels mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms, das kommunistische Manifest beauftragte. Dieses Manuskript ging nur wenige Wochen vor der Februarrevolution 1848 in London in Druck. Karl Marx wurde für diese Arbeit von Nathan Rothschild bezahlt, einem der Drahtzieher des Ersten Weltkrieges.

Die wichtigsten Ziele im sind die Folgenden:

- Aufhebung der Familie; Einführung einer Weibergemeinschaft.
- Abschaffung von Religion und Moral. Dazu gehören aber auch die Philosophie, die Politik und das Recht.
- Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit. Anstelle der häuslichen Erziehung folgt die gesellschaftliche. Ebenso werden die ewigen Wahrheiten Freiheit und Gerechtigkeit abgeschafft.
- Aufhebung der Nationalität.
- Abschaffung des <u>bürgerlichen</u> Eigentums. Der Kommunismus nimmt jedoch keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen.

Und in den «fortgeschrittensten» Länder wird allen Emigranten und Rebellen das Eigentum konfisziert.

Diese Ziele sind aber nicht vom Bund der Kommunisten ersonnen worden, sondern sind von den (bayrischen) Illuminaten angepasst übernommen worden. Gründer des Illuminatenordens war Adam Weishaupt (1748-1830), ein Jesuit aus dem Jesuitenkolleg Ingolstadt. Je nach Quelle erhielt er den Auftrag von Philosoph Moses Mendelsohn (1729-1786) oder von Mayer Amschel Rothschild (1744-1812). Der Geheimorden wurde am 1. Mai 1776 gegründet. Der 1. Mai ist tief babylonisch, denn es ist das Datum für ein Fest zu Ehren Nimrods.[110] Damit wissen Sie ebenfalls, wer die Drahtzieher und was die Hintergründe der 1. Mai-Krawalle sind.

---

325 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/marx_manifest.pdf

Die kommunistische Strategie

> *«Kommt es nicht von selbst zum Krieg, so muss dieser angestiftet werden… Keine Macht der Welt kann den Weg von der kommunistischen Weltrevolution zur sowjetischen Weltrepublik aufhalten.»* *Lenin eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924) in Ausgewählte Werke, Band II, Seite 130*

In der Zeit des Kalten Krieges flüchteten verschiedene hohe Offiziere der östlichen Geheimdienste. Einer war der 1961 übergelaufene russische KGB-Major Anatoliy Golitsyn (1926-) und ein anderer der tschechische General Jan Sejnain (1927-1997). Golitsyn veröffentlichte seine Bücher *New Lies for Old* (Neue Lügen für Alte)[326] und *The Perestroika Deception* (der Perestroika-Betrug)[327]. Sejnain veröffentlichte das Buch *We will bury you* (Wir werden dich begraben)[328].

Golitsyn begnügte sich nicht mit dem Publizieren von Büchern, sondern versuchte vergeblich, die westlichen Regierungen und Geheimdienste über die Gefährlichkeit des Kommunismus aufzuklären. Seine 1984 veröffentlichten Voraussagen zu den kommenden «grossen» Ereignissen auf der Weltbühne waren zu 90 Prozent richtig.

Nach Golitsyn gibt es im KGB (heute FSB) einen inneren Kreis und einen äusseren Kreis von Experten, wobei niemand aus dem äusseren Kreis jemals in Kontakt zu Agenten aus dem Inneren Kreis käme und umgekehrt. Der äussere Kreis beschäftige sich mit taktischen Fragen, wobei der innere Kreis sich mit der strategischen Frage des Marxismus – Leninismus zur Erreichung der kommunistischen Weltrepublik beschäftige. Golitsyn gehörte dem inneren Kreis an und stand mit den höchsten Regierungsstufen in Kontakt. Wenn man sein Buch *Der Perestroika-Betrug* liest, so stellt man fest, dass sogar ausgewiesene Experten keine Ahnung von der Geschichte und den Zusammenhängen haben und lediglich auf ein Kerngebiet fokussiert sind. Daraus muss ich schliessen, dass nur ein paar wenige Eingeweihte die tatsächliche Geschichte kennen und die ganze Welt lenken. Die gesamte Menschheit tappt quasi völlig im Dunkeln, was die Geschichte und damit auch die Zielsetzung von Babylon betrifft.

Die kommunistische Langzeitstrategie besteht darin, die Amerikaner in die Isolierung zu treiben, damit sie sich isolieren und Europa bei einem Weltkrieg nicht mehr verteidigen. Israel soll isoliert werden. Russland wird vermehrt bestimmt auftreten, bis hin zur Konfrontation mit den USA. Ein totaler Finanzkollaps, der die USA und Europa hart treffen werde, wird die Stimmung ändern, indem nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus versagt habe und so die schlafenden kommunistischen Zellen wecken. Revolutionen werden europaweit angezettelt und Russland würde die Revolutionäre militärisch unterstützen. Die Besetzung Österreichs, wäre der Anfang eines Feldzuges gegen Mitteleuropa. In den Verträgen zwischen Russland und Österreich aus dem Jahre 1955 besteht eine Neutralitätsverletzungsklausel. China und Russland werden wieder vereint auftreten, vor allem im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SZO), die 2001 gegründet wurde.[329]

Golitsyn schreibt auf Seite 26ff:

> *«Das Bestreben zur Kontrolle der westlichen Denkweise ist ein lange gehegtes Ziel der Sowjetpolitik, wobei man sich der Vorstellungen des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci bedient, die davon ausgehen, dass die Beherrschung und Kontrolle des mensch-*

---

326 Golitsyn Anatoliy, *New Lies for Old* (Neue Lügen für Altes), Dodd Mead, 1984, ISBN 0396081940.

327 Golitsyn Anatoliy, The Perestroika Deception, Edward Harle Limited, 1997, 247 pages, ISBN 189979803X.
Deutsch: *Der Perestroika-Betrug. Die Welt bewegt sich in Richtung auf die „Zweite Oktober-Revolution" [Weltoktober]*, 1984.
Deutsch: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Golitsyn_Perestroika_Betrug.doc
English: http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Golitsyn_The_Perestroika_Deception.pdf
Gute Zusammenfassung unter http://www.ausmeinersicht.com/Golitsyn.htm

328 Sejna Jan General, *We will bury you: The Soviet Plan for the Subversion of the West by the Highest Ranking Communist Ever to Defect*, Sidgwick & Jackson 1982, 206 pages, ISBN 9780283988622.

329 Sputniknews vom 27.07.2017: *„China kämpft im Kriegsfall an Russlands Seite" – Experte wertet "Signal" an USA aus*. https://de.sputniknews.com/politik/20170727316773166-china-ostsee-marine-usa-singal-russland-kriegsfall/

lichen Bewusstseins eines der vorrangigsten Ziele sein müsse. Wie es Richard Pipes ausgeführt hat, «wird diese Beherrschung primär durch die Kontrolle über die Informationsorgane» erlangt, also die Medien. Das Ziel ist es, „die Gedanken bereits an der Quelle zu manipulieren - d. h. im Gehirn, wo sich der Gedanke formt und Informationen verarbeitet werden - und die beste Methode zur Erreichung dieser Manipulation sei es, «Worte und Phrasen der gewünschten Art zu schaffen.» Hinzu kommt, dass die Kontrolle über die Denkweise des gesamten Westens nicht nur durch die Verwendung einer lügenhaften Sprache, sondern auch durch aktives Handeln zur Demoralisierung des Westens erlangt werden kann - durch die zersetzenden Angriffe auf die gesellschaftlichen Institutionen, die aktive Förderung des Drogenmissbrauchs, die Verbreitung von Agnostizismus, Nihilismus, sexuelle Freizügigkeit und konzertierte Angriffe auf die Familie zur Destabilisierung der Gesellschaft. Religion und die traditionelle kulturelle und moralische Hegemonie müssen erst zerstört werden, bevor die Revolution erfolgreich sein kann - eine Botschaft, die in aller Klarheit durch den amerikanischen Aktivisten Ellen Willis verbreitet wurde, der schrieb: «Feminismus sei nicht nur eine Angelegenheit oder eine Zusammenfassung von Angelegenheiten, sondern das Schwert einer gegen die moralischen und kulturellen Werte gerichteten Revolution... Das Ziel jeder feministischen Reform, von straffreier Abtreibung bis zu Kinderbetreuungsprogrammen, ist die Unterminierung der traditionellen Werte der Familie.» Die bisher noch unbewiesene Annahme der Strategen geht davon aus, dass die politischen Führer einer «umfunktionerten» westlichen Gesellschaft den sowjetischen Plan für eine «Neue Sozialistische Weltordnung» oder «Weltregierung» einfach akzeptieren und mit ihnen zusammenarbeiten werden.»

Das, was er beschreibt, wird ausgerechnet mit der Frankfurter Schule praktiziert.

«Gewiss, heute sind wir noch nicht stark genug, um anzugreifen. Unsere Zeit wird in zwanzig oder dreissig Jahren kommen. Und zum Siegen brauchen wir ein Moment der Überraschung. Die Bourgeoisie muss eingeschläfert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung zu entfachen, die je existiert hat. Es wird elektrisierende Vorschläge und ausserordentliche Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupide und dekadent, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten. Sie werden auf den Leim der Gelegenheiten zu neuer Freundschaft kriechen, und sobald sich ihr Schutzgürtel entblösst, werden wir sie mit unserer geballten Faust zerschmettern.» Dmitri Sacharowitsch Manuilski (1883-1959), Leiter der Komintern (1929 bis 1934), in einer Grundsatzerklärung von 1931.

Doch bevor wir die Frankfurter Schule besprechen, zuerst ein Hinweis zum sowjetischen Überläufer Yuri Bezmenov (1939-) und was wer bereits 1984 zu erklären wusste.[330] Bezmenov war ein Sohn eines hohen sowjetischen Offiziers und wurde in den Eliteschulen ausgebildet. Er war ein Experte für indische Kultur und indische Sprachen und arbeitete in der sowjetischen Botschaft in Indien für den KGB. Aufgrund seines Status konnte er die Vorteile des sozialistischen Systems zu geniessen. Sein Beweggrund, 1970 überzulaufen, war vor allem moralische Entrüstung: Rebellion gegen die unmenschlichen Methoden des sowjetischen Systems. Im kommunistischen System hat eine Person absolut keine Rechte, sie ist nichts wert und wird weggeworfen, wenn man sie nicht mehr braucht.

Das Überlaufen eines Sowjetbürgers ist schwierig, denn Indien erteilt kein Asyl und viele westlich Botschaften, genau gleich wie bei der indischen Polizei, verraten diese Leute. Welch Doppelrolle der Westen doch führt!

---

330 dolomitengeistblog vom 08.09.2013: *Interview mit dem KGB-Überläufer Yuri Bezmenov*.
https://dolomitengeistblog.wordpress.com/2013/09/08/interview-kgb-ueberlaeufer-yuri-bezmenov-teil-1/
https://dolomitengeistblog.wordpress.com/2013/09/09/interview-kgb-ueberlaeufer-yuri-bezmenov-teil-2/
https://dolomitengeistblog.wordpress.com/2013/09/13/interview-kgb-ueberlaeufer-yuri-bezmenov-teil-3-gehirnwaesche-ganze-nation-4-phasen-politische-subversion/

Als Bezmenov in Kanada begann für den kanadischen Rundfunk (CBC) zu arbeiten und in russischer Sprache für den Übersee-Dienst tätig war, wurde er vom KGB identifiziert. In der Folge wurde er vom sowjetischen Botschafter in Kanada bei Premierminister Pierre Trudeau (1919-2000) diskreditiert, weil seine Äusserungen die Entspannungspolitik untergrub. Diese Diskredition zeitigte Folgen bis zur CBC, weshalb er seine Arbeit aufgeben musste. Welch Doppelspiel in den westlichen «Demokratien» doch gespielt wird.

Pierre Trudeau*

Nach Bezmenov liegt der Schwerpunkt der Arbeit des KGB überhaupt nicht im Bereich des Geheimdiensts. Dafür werden seiner Ansicht nach nur etwa 15 Prozent der Zeit, des Gelds und der Mitarbeiter für Spionage eingesetzt. Die restlichen 85 Prozent der KGB-Ressourcen stecken in einem langwierigen Prozess, die beim KGB entweder als *ideologische Subversion* bzw. als *aktive Massnahmen* bezeichnet werden oder auch unter dem Namen *Psychologische Kriegsführung* bekannt sind. Dabei geht es, den Westlern die Wahrnehmung der Realität zu verändern, dass niemand in der Lage ist, vernünftige Schlussfolgerungen zu ziehen, welche im Interesse der Selbstverteidigung, der Verteidigung ihrer eigenen Familien und ihres Landes liegen. Das macht nicht nur der KGB, sondern auch der MI6 sowie deren Tochter, die CIA.[331]

Dies ist ein umfangreicher Prozess der Gehirnwäsche, welcher sehr langsam vor sich geht und in vier Stufen unterteilt ist.

Die erste Phase ist die *Demoralisierung*. Es dauert 15 bis 20 Jahre, um eine Nation zu demoralisieren. Diese Anzahl von Jahren ist erforderlich, um eine Generation von Studenten auszubilden, welche sich im Land seines Feindes befinden und auch der Ideologie des Feindes ausgesetzt sind. Mit anderen Worten: Es wird marxistisch-leninistische Ideologie in die weichen Köpfe von mindestens drei Generationen von Studenten gepumpt, ohne dass diese Ideologie in Frage gestellt oder durch die grundlegenden Werte des kapitalistischen Westens als ein wirksames Gegengewicht ausgeglichen würde.

Zu diesem Zweck werden charakterlose Personen gesucht, die nicht nur bereit sind, skrupellos ihrem Ego zu folgen und die Gesellschaft zu veräppeln, sondern ihre eigenen Kinder zu versklaven. Hier setzt der Kommunismus ein, denn das ist die Hauptaufgabe des KGB. Der Rest wird mit Anfütterung, Nötigung, Erpressung und Betrug durchgesetzt. Dazu stehen die verschiedenen babylonischen Organisationen mit ihrer strikten Observanz jederzeit zur Verfügung, denn soweit mir bekannt, steht der Kommunismus in der babylonischen Hierarchie sehr hoch oben. Aber wie immer ist das für die Betroffenen mit Risiken verbunden, zwar nicht unbedingt in der Schweiz, aber alle, die vom System zu viel wissen, werden eines Tages zum Schweigen gebracht, aber nicht unbedingt so human, wie es in den babylonischen Protokollen beschrieben ist.

Bezmenov erklärt, weshalb die folgenden kommunistischen Führer von Kommunisten ermordet wurden:

- Nur Muhammad Taraki (1917-1979) in Afghanistan
- Hafizullah Amin (1929-1979) in Afghanistan
- Maurice Bishop (1944-1983) in Grenada
- Scheich Mujibur Rahman (1920-1975) in Bangladesch

Das Ergebnis der Demoralisierung kann am folgenden Beispiel betrachtet werden: Die meisten der Menschen, die in den 1960er Jahren studierten – Leistungsverweigerer (Aussteiger) oder halbgare Intellektuelle – besetzten später Machtpositionen in der Regierung, im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft, in den Massenmedien und im Bildungssystem. Diese Leute sind kontaminiert, d.h. sie sind in ihrem Denken programmiert und dazu programmiert, auf bestimmte Reize entsprechend bestimmten Mustern zu reagieren. Ihre Meinung oder die Logik ihres Verhaltens kann nicht verändert werden, auch wenn sie mit authentischen Informationen konfrontieren werden, denn sie sind konditioniert. Mit andern Worten, dieser Prozess der Demoralisierung ist vollständig und irreversibel.

---

331 14.11.2008: *Germany Made in USA – ein neuer Staat per Geheimdienst*. https://www.wahrheiten.org/blog/2008/11/14/germany-made-in-usa-ein-neuer-staat-per-geheimdienst/

Um die Gesellschaft von diesen Menschen zu befreien, benötigen Sie weitere zwanzig Jahre, um eine neue Generation mit gesundem Verstand ausgestatteten Menschen auszubilden, welche zugunsten und im Interesse der Gesellschaft handeln. Aber da die Universitäten jährlich diese «Qualität» von Studenten ins Berufsleben entlassen, ist die Chance auf eine Änderung klein, zumal genau diese Leute von den babylonischen Organisationen protegiert werden.

Ein weiteres Beispiel ist das Problem, was die «wunderschöne Gesellschaft» der *Gleichheit* und der *sozialen Gerechtigkeit* in der Praxis bedeutet, die gegenwärtig en vogue ist. Das ist nichts anderes als ein psychologischer Schock, gegen den sich viele Leute auflehnen. Heute ist das noch möglich, aber das marxistisch-leninistische Regime duldet weder unglückliche noch frustrierte Menschen und schon gar keine Meinungsverschiedenheiten. Diese Leute werden künftig liquidiert.

Bezmenov erklärte 1984, dass der Demoralisierungsprozess in den Vereinigten Staaten bereits damals abgeschlossen sei. Heute mehr als 30 Jahre später ist Amerika wie reifes Obst und wird Babylon in die Hände fallen. In Europa ist es nicht besser. Das alles war nur dank einem Mangel an Verantwortung und moralischen Standards möglich.

Ein demoralisierter Mensch ist nicht in der Lage, wahre Informationen zu beurteilen. Die Fakten sagen ihm nichts. Er wird alles leugnen und verweigern, bis er einen Tritt in seinen fetten Hintern bekommt. Dann ist es aber bereits zu spät.

Die zweite Phase ist die *Destabilisierung*. Um eine Nation zu destabilisieren, werden nur zwei bis fünf Jahre benötigt. Dabei geht es um die lebensnotwendigen Dinge eines Landes: Wirtschaft und damit die Finanzen, Beziehungen zum Ausland und Verteidigungssysteme. Bezmenov war erstaunt, als er überlief, wie weit der Einfluss der marxistisch-leninistischen Ideen in den Vereinigten Staaten war.

Die dritte Phase ist die *Krise*. Diese ist von langer Hand geplant und steht schon lange vor der Türe, obschon sie niemand sehen will. Es kann nur bis zu sechs Wochen dauern, um ein Land an den Rand der Krise zu bringen.

Die vierte Phase ist die *Normalisierung*. Nach der Krise gibt es wie immer einen Wechsel an der Macht und in der Folge ergiesst sich eine Flut von Gesetzesnovellen, die alles über Nacht ändern, ganz besonders im Bereich der Wirtschaft und des Finanzwesens, aber auch des übrigen gesellschaftlichen Leben. Diese Normalisierung kann ewig andauern.

Deshalb befinden wir uns nicht in einer Zeit des Friedens, sondern in einem Zustand des Krieges. Aus diesem Grund konnte der Oberrabiner der Chabad-Bewegung in Russland, Berel Lazar, einem engen Vertrauten von Putin, erklären:

> *«Russland musste mehrere Revolutionen durchleben – doch die friedlichste, leiseste und effektivste Revolution wurde von unserer Chabad-Bewegung geschaffen.»*[332]

Das, was Bezmenov im Interview erklärt, schreibt auch der Verfasser des Buches *Das Komitee der 300*, John Coleman, nämlich, dass die Menschheit Zukunftsschocks ausgesetzt werde. Die Folgen eines Schockes sind Depression, Angst, Verzweiflung, Einengung des Bewusstseins, eingeschränkte Aufmerksamkeit, Unfähigkeit auf Reize angemessen zu reagieren, Ausführen mechanischer Handlungen, Rückzug in sich selbst bis hin zur Erstarrung, Desorientierung. Das Problem dabei ist, dass das die betroffenen Menschen gar nicht bemerken, weil ihr Unterbewusstsein, bedingt durch den babylonischen Materialismus, verkümmert ist. Das sind alles Eigenschaften, die erforderlich sind, um die babylonische Herrschaft über die Menschheit zu erlangen.

Die Frankfurter Schule

> *«Es zeigen sich bei grossen Gruppen drei unterschiedliche Phasen in den Antworten und Reaktionen auf Stress (auch Zukunftsschocks). Zuerst kommt die Oberflächlichkeit. Die*

---

332 https://www.mysnip.de/forum-archiv/thema-27441-31582/Schweinegrippe_+Wer+zu+dumm+ist_+laesst+sich+Impfen_.html
http://people.wilbury.sk/infect/pub/infokrieg/217.150.244.72/forum/showthreadd783.html?t=6644&page=8

angegriffene Bevölkerung wird sich mit Slogans verteidigen. Dadurch wird die Ursache der Krise nicht identifiziert, es wird also nichts dagegen getan, weshalb die Krise anhält. Als zweites kommt das Zerbrechen. Das geschieht bei Fortdauer der Krise. Die Gesellschaftsordnung bricht zusammen. Dann gibt es eine dritte Phase. Die Bevölkerungsgruppe geht über zu „Selbstverwirklichung" und wendet sich von der herbeigeführten Krise ab. Es folgt eine unangepasste Reaktion, begleitet von aktivem, synoptischem Idealismus und von Trennung.» *Tavistock Institut*[333]

Die Umsetzung des Kommunistischen Manifests erfolgt mittels der Frankfurter Schule.[334] Sie wurde 1923 in Frankfurt am Main, u.a. von Adorno, Marcuse, Löwenthal und Horkheimer gegründet. Als Tarnbegriff für die marxistische Theorie verwendete man den Namen «Kritische Theorie». Die Kritische Theorie ist der marxistischen Tradition verpflichtet. Sie will nicht die Wirklichkeit beschreiben, sondern sie ist an der Hervorbringung eines bestimmten gesellschaftlichen Verhaltens interessiert.

Sogar die Internetloge Hamburg schreibt[335], dass die Auswirkungen von Marcuses Gedanken noch nicht zu übersehen seien und die Gegenwart jedenfalls beunruhigend sei. Das sagt sogar doppeltes, dass die (unteren Grade) der Freimaurer (Babylonier) keine Ahnung haben von den Zusammenhängen und diejenigen, die noch etwas weiter denken, die Frankfurter Schule als Gefahr erahnen.

Tatsächlich ist sie eine riesige Gefahr für die Gesellschaft, denn sie wird nicht mehr durch das Proletariat, sondern durch die progressive Klasse, die universitäre Wissenschaft, verbreitet. Inzwischen sollten wir zur Genüge wissen, dass die Universitäten von Grund auf babylonisch sind. Durch richtige Beeinflussung und Erziehung der breiten Masse bringen die Vertreter der Wissenschaft dem Volk das richtige Bewusstsein zu ihrer Aufgabe als revolutionärer Klasse bei. Transportmittel dazu sind unsere babylonischen Qualitätsmedien, die Sie einer Gehirnwäsche unterziehen, die Sie gar nicht bemerken, weshalb Sie alles andere vehement ablehnen, weil es nicht dem Mainstream entspricht. So haben es die Behörden einfach, Ihnen gesellschaftszerstörende Entscheide zu unterbreiten, die Sie mit grosser Mehrheit annehmen und der Meinung sind, dass das ein toller Fortschritt sei! Das passiert gegenwärtig mit dem Sexualkundeunterricht und dem Lehrplan 21. Beide sind tief babylonisch und werden die Gesellschaft im Sinne der Babylonier weiter zerstören. Aleister Crowley (1875-1947), der grösste Satanist, forderte den bedingungslosen Egoismus und befürwortete den Einsatz von Gewalt zur Erreichung dieser Ziele.

«Rechtes Handeln folgt dem rechten Denken.»
Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten

Die 68er Revolution war z. B. ein klassisches Beispiel der Frankfurter Schule. Im Vorfeld wurde die Rockband *The Beatles* als Teil eines Gesellschaftsexperimentes vom *Tavistock-Institut* ausgebildet und in die USA geschickt. Dabei wurden grosse Teile der Bevölkerung einer Gehirnwäsche unterzogen, die sie nicht einmal bemerkten. Gleichzeitig wurden die sexuelle Freizügigkeit und die Drogen je als Teil einer Strategie eingeführt, deren Auswirkungen seit Jahren sichtbar sind, aber deren Ende noch lange nicht erreicht ist. Seither gibt es eine ganze Anzahl neuer Musikstile, die alle ohne Ausnahme gesellschaftszerstörend sind.[336]

Weitere Themen der Frankfurter Schule sind Gender bzw. Gender Mainstreaming, die Problematik der Diskriminierung und damit die Gleichstellung, die politische Geschlechtsumwandlung, Queer-Theorie, neue Bewegungen, die sich als Opfer fühlen, wie z.B. Deaf Culture (Gehörlose) etc. Vor allem mit den neuen Opfer-Bewegungen wird die Gesellschaft mehrfach gespalten, so dass sich jeder benachteiligt fühlt und Forderungen an den Staat stellt. Das ist ein Fass ohne Boden, denn irgendwann werden wir alle gegeneinander sein; denn teile und herrsche ist babylonische Absicht! Apropos Geschlecht: Wenn jemand sein biologisches Geschlecht nicht anerkennt und schwul, lesbisch oder ein Transgender wird, so ist das eine Folge der falschen Erziehung.

---

333 Coleman, Komitee, 2004, Seite 99
334 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/frankfurter_schule_im_kontext.pdf
335 http://www.internetloge.de/arstzei/fhmarcus.htm
336 https://zombiewoodproductions.wordpress.com/tag/okkulte-musikindustrie/

«Wo aber die Fähigkeit zur Gemeinschaft im Menschen fehlt, da fehlt auch die Freundschaft.» *Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten*

Wenn die Babylonier gemäss den Georgia Guidestones[337] die Menschheit unter einer halben Milliarde halten wollen, so dürfen sie sich nicht mehr reproduzieren. Folglich muss man die Familien und darüber die gesamte Gesellschaft zerstören. Um dieses Ziel schnell zu erreichen, sind noch ganz andere Massnahmen geplant bzw. in Ausführung.

Grundsatzfrage: Immer wieder wird in unserer Gesellschaft Fortschritt verlangt. Fortschritt heisst fort schreiten. Wovon schreiten wir fort? Wovor haben wir Angst?

Ziele des Komitees der 300[338]

Hier will ich nur stichwortartig einige Kostproben wiedergeben, was der Buchautor von *Das Komitee der 300*[339], der Geheimdienstmitarbeiter des MI6, John Coleman beschrieben hat:

- Eine Eine-Welt-Regierung und ein einheitliches Währungssystem, unter der dauernden Vorherrschaft von nicht gewählten Mitgliedern einer Erb-Oligarchie. Ersteres habe ich versucht in den Kapiteln 2.1 und 2.2 zu erklären.
- Es wird keine Mittelklasse geben, nur Herrscher und Diener. Alle Gesetze werden einheitlich sein, unter einem Rechtssystem von Weltgerichtshöfen, die das gleiche vereinheitlichte Gesetz anwenden, gestützt auf die Eine-Welt-Polizeikräfte und das vereinheitlichte Eine-Welt-Militär. Es werden keine Grenzen mehr existieren. Das System wird auf der Grundlage eines Wohlfahrtsstaates beruhen. Jene, die der Eine-Welt-Regierung gehorchen und dienen, werden mit dem Lebensnotwendigen belohnt werden. Jene, die aufbegehren, werden einfach zu Tode gehungert oder zu Gesetzlosen erklärt, vogelfrei für jeden, der sie umbringen möchte. Waffen, insbesondere Feuerwaffen jeder Art in Privatbesitz werden verboten sein. Diese Entwicklung kann man aufgrund der Gesetzgebung, sofern man sie in der Tiefe recherchiert, bereits nachvollziehen. Das verstehen aber unsere an den Universitäten verblödeten Juristen nicht.
- Es wird nur eine Religion zugelassen sein, und zwar in der Form einer Eine-Welt-Regierungs-Kirche, welche bereits seit 1920 existiert. Diese wird nichts mit dem Seelenheil zu tun haben. Satanismus, Hexerei etc. werden legitimer Bestandteil des Lehrplans der Eine-Welt-Regierung sein. Warum die Religionen zu zerstören sind, bzw. die dahinter stehende Lehre der drei Welten, habe ich in meinem ersten Manifest erklärt.
- Um einen Staat einzuführen, bei dem es keine Freiheit mehr gibt, darf es keine souveräne Rechte mehr geben. Nationalstolz und Rassenidentität sollen ausgelöscht werden. In der Übergangsphase wird sogar nur die Nennung der Rassenzugehörigkeit streng bestraft werden. Damit haben wir bereits einen weiteren Ansatz, weshalb sich unsere Gesetzgebung in eine Richtung entwickelt und die Gerichte willkürlich urteilen. Das babylonische Antirassismus-Gesetz folgt ausgerechnet diesem Primat.
- Jede Person muss mit einer klar erkennbaren an der Person angebrachten Erkennungsnummer versehen sein, damit die Eine-Welt-Regierung jederzeit darauf Zugriff hat. Diese Nummer haben wir bereit mit der neuen AHV-Nummer. Man beachte, dass die ersten drei Ziffern, die 756, der Ländercode für die Schweiz ist! Im Weiteren sind implantierte Mikrochips vorgesehen. In Deutschland müssen diese den Babies ab 01.01.2016 implantiert werden.[340] Bei den Hunden ist das bereits akzeptiert und was bei den Hunden funktioniert, geht auch bei den Menschen. Zur Erinnerung: Das Malzeichen ist bereits in der Offenbarung Kapitel 13 beschrieben.

---

337 https://en.wikipedia.org/wiki/Georgia_Guidestones

338 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/mitglieder_u_ziele_komitee300.pdf

339 Coleman John, *Das Komitee der 300*, Fischer, 4. Aufl. 2006, 472 Seiten, ISBN 9873941956100, Seite 71ff.

340 Neue Weltpresse vom 27.04.2014: *Endlich: EU-Standard-Chip EPS ersetzt Personalausweis*. http://neue-weltpresse.de/2014/04/637-endlich-eu-standard-chip-eps-ersetzt-personalausweis

- Die Pornografie wird gefördert werden, mit Pflichtvorführungen in jedem Klassenzimmer, Kino oder Theater, einschliesslich homosexueller und lesbischer Pornografie. Die Verwendung von «Erholungsdrogen» wird ebenfalls verpflichtend sein. Jede Person erhält ein Quantum zugeteilt, das sie in den Eine-Welt-Regierungs-Geschäften auf der ganzen Welt kaufen kann. Drogen zu Bewusstseinskontrolle werden ohne das Wissen der Menschen in die Nahrung und/oder in die Wasserversorgung zugesetzt. Von Regierungsangestellten betriebene Drogenbars werden eingerichtet, in denen die Sklavenklasse ihre Freizeit verbringen kann. Auf diese Wiese werden die nicht zur Elite gehörenden Massen auf die Stufe und das Verhalten von Haustieren reduziert und ohne eigenen Willen sehr leicht zu regieren und zu kontrollieren sein. Nun wissen Sie, weshalb u.a. die Frühsexualisierung im Kindergarten beginnen muss: Früh übt sich, wer ein Meister werden will!
- Die Industrie wird völlig zerstört. Nur die Mitglieder des Komitees der 300 und ihre Elite werden ein Anrecht auf die Ressourcen der Erde haben. Die Landwirtschaft wird völlig in der Hand des Komitees sein, welches die Nahrungsmittelproduktion strikt kontrolliert. Wenn die Massnahmen zu greifen beginnen, werden grosse Bevölkerungsteile mit Gewalt aus den Städten in abgelegene Gebiete umgesiedelt. Wer sich weigert, wird in Manier der Eine-Welt-Regierung-Experiments von Pol Pot in Kambodscha eliminiert werden. Daraus erkennt man, dass die Industrie lediglich als Mittel zum Zweck der Eroberung der Welt dient. Studiert man ein wenig die Schriften von Karl Marx, so erfährt man, dass in der nächsten, vor der Türe stehenden Wirtschaftskrise weltweite Industriekonzerne in Konkurs gehen werden. Die Wirtschaft wird sich nachher in eine andere Richtung entwickeln als heute. So wird z.B. Autofahren ein Luxusgut werden, das sich nur noch Gutbetuchte werden leisten können, vor allem wenn man die Schweizer Politik verfolgt, nach der der Liter Benzin zwölf Franken kosten soll. Das ist Programm, auch wenn es Energieträger gibt, die gratis wären. Aus dem gleichen Grund wird der Besitz von Saatgut immer mehr eingeschränkt und verboten. Die ganze Menschheit muss in allen Bereichen auf Gedeih und Verderb von den Herrschern Babylons abhängig sein.

Wenn Sie das verstanden haben, dass ein grosser Teil diese Ziele schon sehr weit fortgeschritten sind, so werden Sie feststellen, dass Babylons Ziel, die Menschheit von Babylons Herrscher abhängig zu machen, sehr weit gediehen ist und es bald kein Zurück mehr geben wird.

Der Humanismus[1]

Der gesellschaftliche Humanismus

Der Humanismus ist ein Kind der Renaissance, die von der katholischen Kirche in die Wege geleitet wurde, bevor das byzantinischen Imperiums unter ging. Mit der Renaissance sind die Menschenrechte verbunden, die mit der Französischen Revolution weltweit verbreitet und 1948 auch von der UNO übernommen wurden. Heute gehören sie zum Rechtsstandard der westlichen Welt. Wie sie noch feststellen werden, ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) nicht besser als die Schweizer Gerichte. Seit seinem Bestehen im Jahre 1959 sind bis 2016 gesamthaft ca. 721‘000 Beschwerden[341] eingegangen und in den Jahren 1959 bis 2011 wurden bloss 14‘854 Verurteilungen[342] ausgesprochen. Das sind gerade gut zwei Prozent.

Nebst den Menschenrechten hat der Humanismus aber noch eine andere «Tugend» hervorgebracht, nämlich die Eigenschaft human. Synonyme dafür sind barmherzig, freundlich, fürsorglich, gutherzig, gütig, mitfühlend, sozial, wohltätig, wohl wollend, zuvorkommend, menschenfreundlich, menschenwürdig, anteilnehmend, lieb.[343] Wenn man nicht mehr mit der Natur lebt, so verlernt man im Materialismus diese Eigenschaften, weshalb sie der Gesellschaft zu indoktrinieren sind. Genau das musste gemacht werden, damit der Rassismus gezüchtet und gleichzeitig verboten werden konnte. Damit sitzt die westliche «Wertegemeinschaft» in der Tinte, wie es Absicht war, um sie zu zerstören.

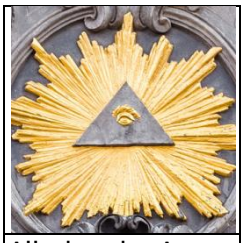
---

341 http://www.emrk.at/statistik.htm

342 https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gerichtshof_f%C3%BCr_Menschenrechte

343 http://synonyme.woxikon.de/synonyme/human.php

Aus diesem Grund muss die Scharia als griffiges Ordnungsinstrument für die babylonischen Machthaber eingeführt werden, um gleichzeitig den Humanismus mit seinen Menschenrechten zu begraben. Die Menschenrechte waren so oder so nur Mittel zum Zweck gewesen, ansonsten hätte der babylonische EGMR in der Vergangenheit anders entscheiden müssen.


Allsehendes Auge

In der gleichen Zeit, des Renaissance-Humanismus, wurde das Symbol des allsehenden Auges des Osiris wieder verwendet. Das beiliegende Bild symbolisiert darin verschiedene Elemente der Lehre der drei Welten, wie zum Beispiel das Auge und das Dreieck.[312]

Der materialistische Humanismus

> *«Ein Humanist liebt das Licht, gleichgültig, woher es kommt.*
> *Er liebt die Rose, gleichgültig, in welchem Boden sie wächst.*
> *Er ist ein Sucher nach Wahrheit, gleichgültig, aus welcher Quelle sie fliesst.*
> *Er weiss: Anhänglichkeit zur Lampe ist nicht Liebe zum Licht.»*
> *Abbas Effendi, bekannt unter Abdul-Baha (1844-1921), Sohnes des Religionsstifters Baha'ullah und Oberhaupts der Religionsgemeinschaft der Bahai*

Dieses Zitat von Effendi beinhaltet wieder mehrere Metaphern, die man nur versteht, wenn man Kenntnis von der Lehre der drei Welten hat. Die vereinfachte Aussage ist, dass Humanisten Materialisten im Sinne von Babylon sind.

Hier möchte ich aber nicht den Humanismus bekannt machen, sondern das, was aus dem Humanismus, der nicht die Menschenrechte beinhaltet, dem Materialismus, gemacht werden soll. Dazu sollte man sich mit dem Humanistischen Manifest auseinander setzen, von denen es eine ganze Anzahl gibt. Die letzte und dritte Ausgabe stammt aus dem Jahre 2003 (englische Version)[344] und 1999 (deutsche Version)[345]. In der deutschen Version des Manifest III wird beschrieben, wie der Materialismus weiter gedeihen soll, als Grundlage des Transhumanismus – das quadratische und kubische Jerusalem als reinster materialistischer Faschismus.

> *«Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende, stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten. Schon bald wird es möglich sein, jeden Bürger nahezu vollständig zu überwachen und komplette Datensammlungen anzulegen, die selbst seine persönlichsten Informationen umfassen. Diese Daten werden von den Behörden jederzeit abrufbar sein.»*
> *Zbigniew Brzeziński (1928-), war Politikwissenschaftler und Berater von fünf US-Präsidenten, Mitglied der Trilateralen Kommission und des Komitee der 300 sowie am Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS)*[346]

2.3.3 Der Faschismus weiter geht

Im Recht

In Österreich

In Oberösterreich (OÖ) gibt es seit dem Jahre 2000 den Verein landdermenschen.at, die die Initiative «Aufeinander Zugehen!» ins Leben gerufen haben. Beteiligt sind folgende Organisationen: Grüne, Caritas OÖ, Diakoniewerk OÖ, Grüne Bildungswerkstatt, Hilfswerk OÖ, Katholische Aktion OÖ, Kin-

---

344 http://americanhumanist.org/Humanism/Humanist_Manifesto_III

345 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/humanistisches_manifest_III.pdf

346 Brzezinski Zbigniew, *Between Two Ages: American's Role in the Technotronic Era*, Viking Verlag New York, 1970, 334 Seiten.

derfreunde OÖ, migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ, ÖGB OÖ, Pädagogische Hochschule des Bundes in OÖ, Rotes Kreuz OÖ, SOS-Menschenrechte und Volkshilfe OÖ. Die meisten Organisationen sind auch in der Schweiz präsent, teils unter anderem Namen. Sie haben ein Argumentarium[347] herausgebracht, über deren Inhalt man zuerst leer schlucken muss. Da werden Normen über Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Hate Speech und Hetze im www-Netz definiert.

Folgendes verberge sich hinter Rechtspopulismus:

§ Fremdenfeindlichkeit («die überrollen uns alle»)
§ Nationalismus («Österreich zuerst») Abwertung anderer Religionen und Kulturen («der Islam ist aggressiv»)
§ Ablehnung der EU und die Forderung nach einem «Europa der Nationen» («der Brexit war richtig»)
§ Kritik an den Parteien, der Justiz und dem demokratischen System («die korrupten Systemparteien»)
§ Beschimpfung der Medien («Lügenpresse»)
§ Forderung nach strengen Strafen und Überwachung («keine Gnade für StraftäterInnen»)

Und beim Thema Rechtsextremismus:

§ Vorstellung einer ethnisch-kulturell homogenen «Volksgemeinschaft» («das Recht geht vom Volk aus»)
§ Überzeugung «rassischer» oder kultureller Überlegenheit («Moslems sind rückständig»)
§ Bedrohung von bestimmten Gruppen und Minderheiten («die gehören alle in Lager gesperrt»)
§ Aufruf zu Gewalt («wir müssen uns wehren»)
§ Verwendung historisch belasteter Begriffe («Volksverräter»)
§ Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen («kein Krieg ist sauber»)
§ Forderung nach Änderung des Verbotsgesetzes («Meinungsfreiheit ist gefährdet»)

Mit der Definition «das Recht geht vom Volk aus», wird die Verfassung direkt angegriffen, steht doch darin in Artikel 1, *«Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.»*[348] Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis in der Schweiz von Seiten der Gutmenschen gleiche Forderungen postuliert werden.

Alle Parteien von Links bis Rechts sowie die NGO's, betreiben ohne Ausnahme Babylons Politik. Sie sind zudem von Babylon finanziert. Der Buchautor William Engdahl schreibt in seinem neuesten Buch[349], dass die NGO nur Tarnorganisationen der amerikanischen babylonischen CIA seien, um Revolutionen anzuzetteln.

In Deutschland

Das, was in Österreich unter dem Thema «Gegen Rechts» gefordert wird, wird in Deutschland auf andere Weise angegangen, nämlich durch ein weitreichendes Überwachungsgesetz, das den Behörden erlaubt, heimlich Schadsoftware (Staatstrojaner) einzusetzen und nicht nur jegliche Kommunikation direkt zu verfolgen, sondern auch auf sämtliche gespeicherte Daten zuzugreifen. Damit werden alle Leute in Deutschland zu gläsernen Personen.

Der Katalog von Straftaten, bei denen die staatliche Infiltration privater Computer möglich sein soll, ist sehr lang, er reicht von Terrorismus über Bestechlichkeit bis hin zur «Verleitung zu missbräuchlicher Asylantragstellung». Nicht nur die Geräte eines Beschuldigten dürfen durchsucht werden, sondern auch die Geräte anderer Personen, wenn es nach Meinung der Ermittler nicht anders geht.

Das was in der Gesetzesvorlage gefordert wird, wird bereits praktiziert. So hat das Bundeskriminalamt (BKA) den zweiten bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Hasspostings ausgerufen und mitgeteilt, dass bundesweit gegen 36 Personen ermittelt werde.[350]

---

347 http://www.rassismusmogined.at/downloads/DaMachIchNichtMit__2017.pdf

348 http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138

349 Engdahl William, *Geheimakte NGOs: Wie die Tarnorganisationen der CIA Revolutionen, Umstürze und Kriege anzetteln*, Kopp, 1. Auflage 2017, 268 Seiten, ISBN 3864454786.

350 BKA vom 20.06.2017: *Gemeinsam gegen Hass und Hetze im Netz.* https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2017/Presse2017/170620_Hasspostings.html?nn=67356

In der EU

Der *Europäische Rat für Toleranz und Versöhnung* hat ein Statut vorgelegt, das vom EU-Parlament verabschiedet werden soll. Im Namen der Toleranz ist geplant, unerwünschte Meinungen zum kriminellen Akt zu erklären und als «schweres Verbrechen» zu ahnden. Gleichzeitig sieht das Statut vor, in allen Staaten eine staatliche Gesinnungspolizei, bestehend aus den beiden Behörden, der «Sonderverwaltungseinheit» und der «Nationalen Toleranz-Überwachungskommission», zur Umsetzung des Gesetzes einzurichten. Diese sollen die Meinungsäusserung der Leute überwachen und die Strafbarkeit von Meinungsäusserungen im Sinne der EU beurteilen.[351]

Präsident des 2008 gegründeten *Europäischen Rates für Toleranz und Versöhnung* ist der Lügner Tony Blair (1953-), der ehemalige englische Premierminister. Die ganze Kommission besteht aus «illustern» Mitgliedern der europäischen Politik und des Judentums; es sind alles Babylonier.

Das Gesetz sei eine Folge des mangelnden Multikulturalismus, steigender Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die Vorlage sei ein bewährtes Verfahren, den Reizthemen wie der Verwendung des Schleiers, des Errichten von Kultplätzen, der weiblichen Genitalverstümmelung (englisch *female genital mutilation*, kurz FGM) oder der Beschneidung entgegen zu treten.[352]

Das sind natürlich alles Themen im anstehenden Kampf der Kulturen zwischen den migrierten Moslems einerseits und den Christen und Juden andererseits. Nachdem die Gesellschaft entwaffnet wurde und im anstehenden Kampf wehrlos ist, wird nun das Gleiche mit dem Strafrecht getan. Leute, die sich nur schon kritisch zu diesen Themen äussern, werden strafrechtlich verfolgt und verschwinden jahrelang hinter Gitter. So wird die Gesellschaft eingeschüchtert, womit die Diskussion automatisch aufhören wird, dann wird in der ganzen EU «eitel Freude herrschen»! Es wird dann zu und her gehen wie zur Zeit der Inquisition; nur die Mittel sind andere, die Herrscher und Beherrschten sind die gleichen geblieben.

Unter dem Strich wird dieses Gesetz aber noch andere Auswüchse zeitigen, indem Andersdenkende und Kritiker von anderen politischen Themen und Vorgängen genauso verfolgt werden. Damit entfaltet sich der Polizeistaat und die Bürger, die eigentlich noch das selbe Interesse hätten, aber der eine beim Staat arbeitet und der andere nicht, werden so automatisch zu Gegnern und damit die Gesellschaft weiter gespalten. Damit wird die Meinungsfreiheit rigoros abgeschafft.

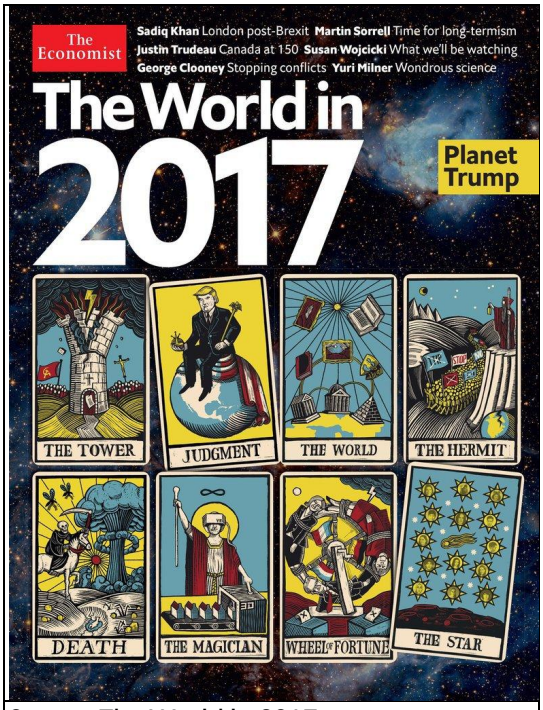
---

351 Klagemauer.TV vom 20.01.2016: *Abschaffung der Meinungsfreiheit geplant*. https://www.kla.tv/index.php?a=showtodaybroadcast&blockid=6495&id=7558&autoplay=true

352 Summary of the meeting, Item 11 on the agenda: https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/12/57/EU_125739/imfname_10416528.pdf

Weltweite Ereignisse

The Economist[353] ist eine britische Wochenzeitschrift, die von *The Economist Newspaper Limited* in London herausgegeben wird. Charakteristisch ist die globale Berichterstattung mit Fokus auf die im folgenden Jahre eintreffenden wichtigen Ereignisse. *The Economist* ist demzufolge eine Art Medium, um die Zukunft vorauszusagen. Man kann es auch anders ausdrücken: *The Economist* ist eine babylonische Firma, die Kenntnisse hat über die geplanten Aktivitäten gegen die Menschheit. Da die Leute diesen angekündigten Ereignissen so oder so nicht glauben, können es sich die Babylonier leisten, diese im Voraus zu kommunizieren. Das zeigt ihre Stärke und die Dummheit der Menschheit.



Cover «The World in 2017»

Durch das Kommunizieren im Voraus wird der Elite unterbewusst erlaubt, das zu tun, was sie will.

Die erste Ausgabe zur *«The World In 2017»* wurde von VigilantCitizen[354] wieder gegeben. Dann wurde von *The Economist* gejasst, indem die Karte von Trump ausgewechselt wurde. Neu sitzt anstelle von Trump ein roter Adler auf der Weltkugel.[355] Die Beschreibung und die Erklärung der Karten in Deutsch, finden Sie beim Bondaffe.[356]

2.4 Organisationen

«Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land. Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken.»

Edward Louis Bernays (1891-1995), Vater der Public Relations und bedeutender Spin-Doctor, Mitarbeiter des Tavistock-Instituts in Propaganda

---

353 www.economist.com

354 VigilantCitizen vom 12.12.2016: *The Economist's "The World in 2017" Makes Grim Predictions Using Cryptic Tarot Cards*. English: https://vigilantcitizen.com/vigilantreport/economists-world-2017-makes-grim-predictions-using-symbolic-tarot-cards/

355 Nachtwächter vom 01.01.2017: *Das Economist-Cover für "The World in 2017" wurde geändert! Was steckt dahinter?* http://n8waechter.info/2017/01/das-economist-cover-fuer-the-world-in-2017-wurde-geaendert-was-steckt-dahinter/

356 *Die mysteriösen Tarotkarten auf dem Cover der Jahresvorschau des Economist „The World in 2017"* http://der-bondaffe.com/2016/12/09/teil-1-die-mysterioesen-tarotkarten-auf-dem-cover-der-jahresvorschau-des-economist-the-world-in-2017/ oder bei
Sananda vom 22.11.2016: *The World In 2017 According To Rothschild's 'The Economist', November 21st.* http://sananda.website/the-world-in-2017-according-to-rothschilds-the-economist-november-21st/

2.4.1 Das babylonische Netzwerk

Wenn bisher hauptsächlich von Freimaurern und Illuminaten gesprochen wurde, so ist das nur ein Teil des gesamten Netzwerks. Alle Organisationen zusammen sind hierarchisch und pyramidenartig aufgebaut. Schematisch haben wir zuoberst das Komitee der 300 mit ihren Ausschüssen, gefolgt von Organisationen wie B'nai Brith, dem Kommunismus, dem schottische Freimaurerritus, nachher die verschiedenen Freimaurer-Systeme, gefolgt von den Serviceclubs wie Rotary, Lions und dgl., darunter kommen als Rekrutierungsbasis die Pfadfinder, CVJM (YMCA), CVJF (YWCA), Freimaurer ohne Schurz und zuunterst der profane Humanismus. Das ist natürlich nur rudimentär, denn der gesamte Aufbau inklusive der verschiedenen Organisationen ist streng geheim. Bereits in der unteren Freimaurerei beginnt das Geheimnis. Sie alle leisten einen Eid und zwar unter Morddrohung. Das wurde auch schon von Schweizer Freimaurern bestätigt. Die Freimaurer (und höheren Organisationen) haben eine eigene Gerichtsbarkeit. Deshalb wird in der Bevölkerung teilweise und lokal bekannt, wenn ein Freimaurer wieder einmal ableben muss. Aber der Fall Breivik in Norwegen zeigt, dass eine Verurteilung auch den ordentlichen Gerichten überlassen werden kann, sofern die äusseren Rahmenbedingungen stimmen; Breivik konnte diese Anschläge unmöglich alleine ausgeführt haben.

In diesen Organisationen gibt es eine nicht verbale Sprache mittels Gesten, die vor allem Bewegungen der Arme, Hände, Finger und des Kopfes beinhalten. Die verschiedenen Gesten vermitteln jeweils eine Botschaft. Mitglieder dieser Organisationen kennen sie, Aussenstehende aber nicht. Einige der Gesten sind bekannt, die aber damit verbundene Botschaft nur bedingt. Als Hinweis habe ich nach den jeweiligen Namen bei den Personenfotos ein «*» gesetzt. D.h. diese mit «*» bezeichnete Person steht im Verdacht, aufgrund der Geste ein/e Babylonier/in zu sein.

Nach den Protokollen von Babylon hat die sichtbare Freimaurerei nur den Zweck zu erfüllen, die Absichten Babylons zu verdecken. Der Kriegsplan der unsichtbaren Macht, ja selbst ihr Sitz wird der Welt für immer unbekannt bleiben. Wenn Babylon die Macht an sich gerissen hat, das dürfte nun etwa der Fall sein, so wird sie sich der «Nichtjuden», die freimaurerischen Logen angehören und davon zu viel wissen, per Gesetz entledigen und verbannen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Diese Redensart stammt vom Illuminaten Johann Christoph Friedrich von Schiller. Er wurde ebenfalls von den Illuminaten ermordet.

Was viele nicht wissen, ist, dass die Serviceclubs wie Rotary, Kiwanis, Lions, Zonta, Soroptimist Round Table und viel weitere mehr, im Volksmund auch Korruptionsclubs genannt, die unterste Stufe der Globalisierung bilden. Professor Walter Wittmann schreibt in seinem Buch *Der helvetische Filz*,[357] dass Rotary und Lions (und andere) mit Wohltätigkeit kaschierter Filz sei. Die Globalisierung ist aber nur ein weiterer babylonischer Vorgang, sich die Menschheit zu unterwerfen.

Das babylonische Netzwerk funktioniert vor allem durch Anfütterung, Nötigung, Erpressung und Betrug. Wenn die Leute die tolerierbare Grenze der Anfütterung, Vorteilsgewährung, etc. überschreiten, wird das durch Babylon registriert. Später wird bei Bedarf die Gegenforderung gestellt, notfalls mittels Druck, eben der Nötigung oder Erpressung. Aber unsere Welt ist ja vom Materialismus, vom Geld, Prunk, Prestige etc. geblendet und macht dafür alles, verkauft sogar sich und seine Familie mit den Kindern.

2.4.2 Universitäten

> *«Der Professorenstand sei eine Art Kaste, die sich vornehmlich durch Inzucht fortpflanze: Schwiegervater und Schwiegersohn sitzen innerhalb derselben Fakultät und fungieren innerhalb derselben Kommission als Examinatoren. In die Professuren heiratet man wie früher in die Handwerksgilden. Geistige Korruption, elende Schmeichelei und servile An-*

[357] Wittmann Walter, *Der helvetische Filz. Eine geschlossene Gesellschaft*, Huber, 4. Auflage 2002, 174 Seiten, ISBN 371931278X.

passung können nur einen jungen Gelehrten zu Amt und Würde bringen.»
Eugen Dühring (1833-1921), deutscher Philosoph, Nationalökonom und Antisemit[358]

Andreas Kley

Wir haben gesehen, dass die Universitäten von Babylon errichtet wurden, um den neuen Glauben der Schulwissenschaft zu basteln. Wenn wir die Rechtsfakultäten betrachten, so stellen wir fest, dass sie für die Politik die gesamte Behördenwillkür ausgeheckt haben und dieses kriminell organisierte System als offizielle Lehrmeinung «verkaufen». Nicht nur unser, sondern das Rechtssystem weltweit, folgt nur dem Primat Babylon.

Aus Studentenkreisen habe ich erfahren, dass, zumindest an der Universität Zürich, «Freimaurer» in den Räumen der Universität offen und offiziell Werbung für ihre Organisationen machen. Die Babylonier verstecken sich heute nicht mehr. Das taten einzelne zwar schon immer so, um die «Redlichkeit» der Organisationen zu kaschieren. Aber wenn Andreas Kley, Professor für öffentliches Recht an der Universität Zürich in seinen Vorlesungen unumwunden zugibt, er sei ein Illuminat, so zeigt das, wie sicher sich diese Organisationen sind.

2.4.3 Vereine und dergleichen

«Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten.»
Jürgen Habermas (1929-), Deutscher Professor, Philosoph und Soziologe, Vertreter der Frankfurter Schule

Sepp Blatter*

Gianni Infantino*

Adolf Ogi*

Samuel Schmid*

Beim Studium der Geschichte stellt man fest, dass es nebst der Geheimgesellschaften unzählige Suborganisationen als Vehikel der Geheimorganisationen gebraucht wurden, um deren Ziele mit der Bevölkerung umzusetzen. Vor allem in der Zeit rund um die Entstehung der Nationalstaaten ist das ausgeprägt erkenntlich. So wurden die Sängervereine, der Turnverein, der Schwingerverband und viele weitere, eigens zu diesem Zweck gegründet, um auf diesem Wege das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern.

Betrachten wir den Fussball mit seinen FIFA-Präsidenten Sepp Blatter und Gianni Infantino: Unter Bundesrat Ogi wurde der Sport in sein Departement einverleibt und so verpolitisiert. Das bisherige Eidgenössiche Militärdepartement (EMD) hiess nun Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Mitte der 1990er Jahre wurde der Fussball vom Bundesrat instrumentalisiert. Auf einmal wurden in jeder Stadt neue und grosse Fussballarenen gefordert. Es war der Bundesrat persönlich, der der Bevölkerung suggerierte, «jedermann» müsse unbedingt an den Fussballspielen teilhaben, weshalb er demonstrativ selbst in die Stadien ging. Das wurde selbstverständlich von den Medien breit ausgeschlachtet. Seither geht es immer wieder um Meisterschaften. Und in diesen Zeiten, kann man mit der Bevölkerung überhaupt nichts mehr Sinnvolles reden, was selbst in den Zwischenzeiten schon schwierig ist. An Meisterschaften wird die ganze Bevölkerung vergewaltigt, fern zu sehen und in jeder freien Minute über den Fussball zu reden. Selbst das Geschäftsleben wird sogar beeinträchtigt. Ein weiteres Phänomen ist gleichzeitig verstärkt worden; der

358 *Nikola Tesla - Erfinder ohne Nobelpreis, Ursachen und Wirkungen diesseits und jenseits von Materie*, Verlag für Aussergewöhnliche Perspektiven, 1996, 127 Seiten, ISBN 3922367615.

Hooliganismus. Dieser wird aber von Babylon und damit von unseren Behörden vorsätzlich geschürt. Anzumerken ist, dass es nicht nur den Fussball betrifft.

Welches Ziel steckt hinter dieser Veränderung? Ganz einfach: Die Freizeit eines durchschnittlichen Angestellten ist nicht sehr gross. Wenn man ihm nun einflösst, er müsse sich noch für die verschiedenen Sportarten interessieren, so fehlt ihm die Zeit an einem anderen Ort. Mit andern Worten: Er und auch sie müssen sich weniger für das Tagesgeschehen und damit die Politik interessieren, ganz geschweige davon, die Politik und die Geschichte zu recherchieren. Das heisst, die Politik kann sich immer mehr erlauben, uns zu versklaven.

Ich bin noch in einem kleinen Verein, doch auch hier musste ich feststellen, dass dieser von Babylon unterwandert ist. Ob er von Babylon gegründet wurde, weiss ich nicht, es wäre denkbar, muss aber nicht sein. Deshalb habe ich andere Vereine, Verbände und Organisationen etc. anhand deren Geschichte, Auftrag und Mitglieder analysiert und bin zum Schluss gekommen, dass praktische alle Vereine von Babylon gegründet wurden oder dann instrumentalisiert wurden.

Aber es sind nicht nur die geselligen Vereine unter der Kontrolle von Babylon, sondern vor allem die Verbände, ganz besonders die grossen Wirtschaftsverbände mit ihren Think Tanks, aber auch die Personalverbände, wie zum Beispiel jener der Polizei (vspb.ch) oder der Lehrerschaft (lch.ch) und vieler weiterer.

2.4.4 Behörden

> *«Einen Staat, der mit der Erklärung, er wolle Straftaten verhindern, seine Bürger ständig überwacht, kann man als Polizeistaat bezeichnen.»*
>
> *Ernst Benda (1925-2009), ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Br*|

Benda durfte diese Aussage erst im hohen Alter tätigen, ansonsten wäre er vom System zur Persona non grata erklärt und wenn möglich mit einem medialen Kesseltreiben aus dem Amt gejagt worden.

Die Polizeien

Kantonale Polizeien

Betrachtet man das Benehmen der Polizei von weitem, so fällt einem auf, dass sie nicht mehr «Freund und Helfer» ist, wie sie noch vor Jahren propagiert wurde, denn sie tritt zunehmend «kalt, abweisend und unnahbar sowie repressiv» auf. Aufgrund des Polizeialltags erhält man den Eindruck, dass die Polizei nur einen Feind hat, nämlich die Bürger.

Diese Sicht von Aussenstehenden wird sogar von älteren Polizisten bestätigt bzw. präzisiert. Die Kollegen seien früher freundlicher und menschlicher gewesen. Heute fehle eine Interaktion[359], womit eine Sozialisierung offensichtlich undenkbar wird und das soziale Gefüge auseinander bricht. Ebenfalls wird beanstandet, dass die jungen Polizisten aggressiver seien. Damit wird das bereits erkannte bestätigt. Dazu kommt noch, dass bei der Polizei nur noch «Fakten» zählen, wobei selbst die Polizeioberen nicht wissen, was tatsächliche Fakten sind. Entscheidend ist schlussendlich, was auf dem Papier, oder noch besser in der Blackbox Computer steht, egal ob es den Tatsachen entspricht oder nicht.

Das alles ist Absicht und passt bestens in die allgemeine Strategie hinein, denn in einem Polizeistaat spielt die Polizei erfahrungsgemäss die erste Geige. Die Schweiz steuert jedoch direkt auf so einen Polizeistaat zu, nur wollen das die Bevölkerung und die Polizeimannschaften nicht wahr haben. Den Polizeioberen ist das wie auch der Politik durchaus bewusst, denn beide sind Babylonier. Mittel dazu ist die Kriminalisierung der Bevölkerung mittels Behördenwillkür, Unterstellungen und medialer Auf-

[359] https://de.wikipedia.org/wiki/Interaktion

bauschung. Gleichzeitig werden die Gesetze und Richtlinien verschärft, das der Polizei erlaubt, überall die Nase hineinzustecken.

Durch die Zerstörung der Familien wird Zwietracht gesät, zudem kommt Stress aus der Geschäftswelt und weitere Unbill hinzu. Das zusammen ergibt ein explosives Gemisch. In diesem Biotop wird mittels des Strafrechts, der häuslichen Gewalt und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) nach potentiellen Terroristen «gefischt». Die neue Strafprozessordnung und das revidierte Zivilgesetzbuch, das die KESB anstelle der Vormundschaft setzte muss als ein Packet und nicht separat betrachtet werden. Mittels der sozialen Normen, die von einschlägigen Organisationen und Medien der Gesellschaft oktroyiert werden, werden verschiedene Berufsgattungen wie Lehrer, Ärzte etc. übersensibilisiert und schon haben wir in den Familien ein Problem, wo vor Jahren noch keines war. Dann folgt die Behördenwillkür, womit der Konflikt offen eskaliert. Das ist vorsätzlich gewollt, weshalb die Polizei einschreiten kann. Damit wird die Gesellschaft terrorisiert, denn nur so ist es möglich, diese unter Kontrolle zu bringen und die Familien auseiander zu nehmen.

Eigene Delikte

Die Polizei rühmt sich, den Dreck bei den andern zu suchen. Den Dreck in den eigenen Reihen, findet sie aber nicht, nein, sie will ihn nicht finden. Das ist so geschehen bei dem Diebstahl der Zürcher Stadtpolizei im Jahre 1963, als 88‘000 Franken, die Löhne der Polizei, gestohlen wurden. Der Fall wurde unter dem Namen *Meier 19* bekannt. *Meier 19* war ein Detektivwachtmeister, der den Fall recherchierte und den Chef der Zürcher Kriminalpolizei, Walter Hubatka, verdächtigte.

Reto Nause*

Stefan Blättler*

Die Berner Zeitung titelte am 14. September 2014 «Tausende Franken verschwinden aus dem Tresor der Berner Polizei»[360]. Die Verantwortlichen für diesen Diebstahl sind der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause und der Kommandant der Kantonspolizei Stefan Blättler. 2010 sind aus einem Tresorraum der Berner Kantonspolizei 120'000 Euro verschwunden. Das Geld ist bis heute unauffindbar. Die Justiz hat die Strafuntersuchung ohne Ergebnis eingestellt.

Der ehemalige Bezirksanwalt Eugen Thomann, der spätere Kommandant der Zürcher Kantonspolizei wurde, bevor er sein Amt übernehmen konnte, 1993 wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt. In seiner Zeit als Kommandant Stellvertreter hatte er intern den Fall Spring zu klären. Erst nach einer Strafanzeige kam der Fall ins Rollen. Spring wurde wegen mehrfacher Veruntreuung, mehrfachem Betrug und ungetreuer Amtsführung verurteilt. Deswegen musste sich Thomann wegen Begünstigung verantworten. Er wurde frei gesprochen, weil sein Vorgesetzter, Claude Baumann, hätte Anzeige erstatten müssen. Die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren gegen Baumann eingestellt. Der Fall Spring hatte ein politisches Nachspiel. Thomann bediente sich Internas, um einen Zeitungsartikel zu veröffentlichen, in dem von Fertigmachern gegen die Polizei die Rede war. Deshalb wurde er zum zweiten Mal wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt. Das war das Ende als Polizeikommandant. Thomas Würgler wechselte von der Bezirksanwaltschaft zur Kantonspolizei und wurde 2009 Kommandant der Kantonspolizei Zürich. Es war Würgler, der gegen seinen Vorgänger Eugen Thomann sowie gegen Hansjörg Spring Anklage erhoben hatte und das Verfahren gegen Baumann einstellte.[361] Naja, Babylon sitzt auch bei der Polizei.

Eugen Thomann*

Thomas Würgler*

---

360 Bernerzeitung vom 14.09.2014: *Tausende Franken verschwinden aus dem Tresor der Berner Polizei*. www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Tausende-Franken-verschwinden-aus-dem-Tresor-der-Berner-Polizei/story/20639343?comments=1

361 Suter Meinrad, *Kantonspolizei Zürich 1804-2004*, Sihldruck, 405 Seiten, ISBN 3033000606, Seite 338ff.

Das Polizeiinformationssystem und deren Bedeutung

Die Polizeien betreiben ein Polizeiinformationssystem. Im Kanton Zürich heisst es POLIS. Zu diesem haben Beamte der Kantonspolizei, der Stadtpolizei Zürich und Winterthur sowie aus weiteren grösseren Gemeinden Zugang. Es ist zugleich auch Arbeitsregister, indem z.B. alle Übernachtenden der Hotels, die Taxichauffeure und die Hundeführer aufgeführt sind. Darin werden alle Handlungen erfasst, auch über jene Personen, die ausserhalb einer Untersuchung stattfinden, wie Vorermittlungen, Erkundigungen, Abklärungen ohne Straftaten, einfach alles; meist nur Negatives. Die Daten über die Mitarbeiter der Polizei sind zumindest im Kanton Zürich im Polis unsichtbar und unzugänglich gemacht, und zudem als Unbekannt erfasst, zumindest solange sie systemtreu sind. Der Polis-Auszug kann je nach Verwendungsziel beliebig selektioniert werden. Ebenfalls müssten in diesem System die Urteile, insbesondere die Freisprüche erfasst werden, doch das wird nicht getan. Diese werden erst erfasst, wenn der Betroffene es äusserst beharrlich verlangt. Doch das muss der Angeschuldigte selbst beantragen, obschon er davon keine Kenntnis hat, zumal er auch nie darauf aufmerksam gemacht wird, aber nach Gesetz aufmerksam gemacht werden müsste.

Und diese Daten werden von der Polizei je nach Verwendungsziel in den einzelnen Verfahren verwendet – und zurechtgebogen. Ganz wichtig ist, dass gemäss Bundesgericht einzig und allein die Polizei entscheidet, was darin steht und wer Einsicht in diese Informationen haben darf. Konkret heisst das, es ist nicht entscheidend, was tatsächlich vorgefallen ist oder die Parteien aussagen, sondern was im Polizeibericht steht – auch wenn er falsch oder gefälscht ist. Es zeigt sich also, dass die babylonische Polizei selbstherrlich und ohne jegliche übergeordnete Kontrolle schaltet und waltet, wie es ihr bzw. Babylon beliebt.

Ein weiterer Aspekt ist die personenbezogene Auswertung dieser Datenbank, dem Bedrohungsmanagement. Dieses erfolgt mittels Computerdiagnoseinstrumenten (z.B.: Wavre-21, Odara, Fortress, VRAG, DYRias, etc.) und generiert Analysen und Prognosen über die Zukunft der Betroffenen. Diese Analyse von Bedrohungslagen sei gemäss der Zürcher Direktion der Justiz und des Innern zu 90 bis 95 Prozent polizeiliche Kernarbeit.[362] Daraus resultiert bspw. auch die Schizophrenie-Diagnose, ohne dass der Betroffene je kontaktiert oder befragt wurde, noch darüber etwas zur Kenntnis bekam. Um diese Softwareinstrumente einzusetzen, werden keine speziellen Kenntnisse benötigt. Diese Instrumente liefern nicht das ganz genaue Risiko für eine Person. Sie lösen angeblich lediglich einen Alarm aus, welche Fälle genauer abzuklären sind. Das Instrument gibt auch eher zu viele Leute als gefährlich an, so die offizielle Mitteilung.

In meinem Manifest[1] habe ich die Problematik der Psyche unter dem Kapitel *Lehre von der Psyche* beschrieben. Die Psyche ist geistig-spiritueller Natur und kann daher nicht materialistisch, d.h. zum Beispiel mit Medikamenten verändert werden. Das betrifft nicht nur die Psyche, sondern alle Krankheiten können nur auf geistigem Wege symptomfrei und ohne schädliche Nebenwirkungen kuriert werden. Das setzt die Kenntnis der Lehre der drei Welten voraus.

Fazit: Psychische Vorgänge können nur auf geistigem Wege geheilt werden, weshalb der Versuch, sie mit materiellen Methoden zu kurieren unmöglich ist und nur den Körper zerstört. Jeder diesbezüglicher Versuch ist ein Verbrechen.

> *«Schizophrenie ist so vage definiert, dass der Begriff für nahezu jede Verhaltensweise bemüht wird, die dem Sprecher missfällt.»*
>
> *Dr. Thomas Szasz (1920-2012), Prof. für Psychiatrie, 2002*

Szasz durfte diese Aussage natürlich erst in seinem hohen Alter bekannt geben, ansonsten er von Babylon ausgegrenzt und arbeitslos geworden wäre.

Daraus folgt die Konsequenz, dass psychische Vorgänge nur mittels geistig-spirituellen Techniken beurteilt werden können. Dazu ist aber ein sehr hohes Wissen in der Lehre der drei Welten erforderlich. Dieses Wissen haben weder die Polizei noch die Ärzte und schon gar nicht unsere Psychiater, die

---

362 Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich, *Schlussbericht Möglich Optimierungsmassnahmen bei Verfahren im Rahmen von häuslicher Gewalt*, vom 13.06.2012. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Bericht_Optimierung-bei-Verfahren_häuslicher_Gewalt.pdf

sich anmassen, psychisch Kranke zu heilen. Sie alle sind so oder so ebenfalls psychisch krank, denn es gibt nur sehr wenige Menschen, die das nicht sind.

Wenn nun die Diagnose aufgrund zufällig eingegebener materieller Vorgänge und undurchsichtiger Software erfolgt, so steht fest, dass diese angebliche «Diagnose» schon im Grundsatz fachlich untauglich ist, obschon sie von den «Verantwortlichen» ohne Verantwortung für das Non plus Ultra hochstilisiert wird. Sie sind nicht nur grundfalsch, sondern sie sind im höchsten Masse ein Verbrechen. Das wiederum kann nur die Absicht von Babylon sein, indem die Menschheit nicht nur abhängig gemacht werden soll, sondern vor allem auch die Gedanken jedes Einzelnen zu kontrollieren sind.

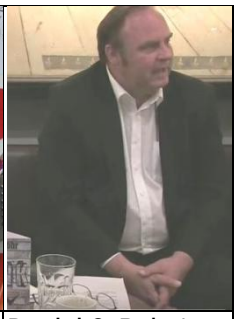
Die Umsetzung dieser falschen Prognosen in den Verfahren und im Strafvollzug erfolgt mittels des babylonischen Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) des kantonalen Justizvollzugs Zürich, deren Chef der Psychiater und Chefarzt Frank Urbaniok ist.

Frank Urbaniok*

Jérôme Endrass*

Zu der Sozialindustrie gehören nicht nur Private, sondern vor allem auch die babylonischen Behörden. Der Psychiatrisch-Psychologische Dienst des Kantons Zürich steht hier stellvertretend für die anderen Behörden. Frank Urbaniok ist seit 1997 deren Chefarzt und seit 2010 Honorarprofessor der Universität Konstanz. Bei ihm vergehe keine Woche, in der er keine Morddrohung erhalte, behauptet er.[363] Er spricht dabei u.a. von Wutbürger und Psychopathen. Da Sie inzwischen wissen, was hinter Babylon steckt und was die Schulmedizin kann, können Sie selbst beurteilen, ob er mit seinen Ausdrücken nicht die Falschen getroffen habe. Sicher ist in jedem Fall, dass er sein Handwerk nicht versteht, weil er das Wesen des Lebens nicht kennt. Im Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob er dabei nicht ungetreue Amtsführung und Körperverletzung begehe. Jérôme Endrass, Professor an der Universität Konstanz, ist sein Stellvertreter und nicht besser.

Yvonne Feri


Daniel C. Rohr*

Damit für das Bedrohungsmanagement auch die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, hat beispielsweise Yvonne Feri (SP/AG) verschiedene parlamentarische Vorstösse[364] eingereicht. Feri sitzt gar als Beirätin im neu gegründeten Kongress «Spirit of Bern»[365], einer babylonischen Denkfabrik. Mit dabei ist der Club of Rome als Partner. Und für diesen Think Tank ist der Lobbyist Daniel C. Rohr[366], der von Feri Zugang (Badge) zum Bundeshaus hat, für Programmgestaltung und Public Relations beauftragt. Es ist kaum anzunehmen, dass diese babylonische Denkfabrik so wichtige Bereiche an einen Nichtbabylonier auslagert. Rohr[367], der «Strip-Unternehmer», ist zudem Funktionär der babylonischen FIFA- sowie Initiant und Mitbegründer der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft (SPAG).

Bundesamt für Polizei – FedPol

Mit der Helvetischen Republik (1798-1803) wurde ein einheitlicher politischer Raum geschaffen. Der Versuch, darin eine gesamtschweizerische Polizei nach französischem Vorbild zu schaffen, scheiterte vor allem aus finanziellen und organisatorischen Gründen. Nach der Wiedererlangung ihrer Selbstständigkeit durch die Mediationsakte von 1803 schuf die Mehrheit der Kantone nach Aufrufen der Tagsatzung in den Jahren 1803 und 1804 kantonale Landjägerkorps. Sie wurden aus ehemaligen

---

363 FAZ vom 21.05.2015: *Wir werden nicht als Täter geboren, aber auch nicht als weisses Blatt*. http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/psychiater-frank-urbaniok-ueber-pathologie-im-alltag-13601129.html

364 Feri: Geschäfte Nr. 13.3161 und 13.3441.

365 http://www.spiritofbern.ch/de

366 Rohr Communications, Hochfeldstrasse 59, 3012 Bern, http://www.rohrcomm.com

367 Auf seiner Homepage http://www.rohrcomm.com/projektekunden.html werden einige Kunden aufgeführt. Darunter sind viele babylonische Firmen und vor allem babylonische Organisationen vertreten.

Söldnern rekrutiert und hatten anfänglich einen schlechten Ruf. Die Landjägerkorps dienten weiterhin in erster Linie der Durchführung von Betteljagden. Bis zur Gründung des Bundesstaats sorgten die kantonalen Truppen für die Wahrung der inneren Sicherheit.

Die Bundesverfassung von 1848 schrieb die historisch gewachsenen föderalen Polizeistrukturen der Schweiz fest. Die interkantonale Kooperation der Polizeikorps hat ihre Wurzeln in der Mediationszeit (1803-1813) und wurde kurz vor 1900 im Sinn einer verbesserten Koordination der polizeilichen Arbeit der Kantone vom Bund gefördert. 1896 fand die erste Polizeikommandantenkonferenz statt und seit 1905 treffen sich die Polizeidirektoren der Kantone regelmässig. Das Bundesamt für Polizei hat demnach ebenfalls babylonische Hintergründe.

N. della Valle*

Heute ist das FedPol dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unterstellt und ist für die Koordination zwischen den Kantonspolizeien wie auch für die ausländischen Polizeistellen zuständig. Bis Ende 2008 war FedPol auch für den Staatsschutz (Dienst für Analyse und Prävention) verantwortlich. Die FedPol hat auch die Kompetenz, eigene Ermittlungen im Bereich der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche oder in der Korruption unter der Leitung des Bundesanwaltes durchzuführen. Das Bundesamt gibt die Jahresberichte zur inneren Sicherheit der Schweiz heraus. Seit dem Jahr 2004 ist Nicoletta della Valle deren Direktorin. Sie ist kein unbeschriebenes Blatt und der Weltwoche-Journalist Urs Paul Engeler bezeichnet sie als Frau ohne Alibi, die an den Tatort zurückkehre.[368] Die BernerZeitung behauptet, sie habe eine jüdische Seele. Ich bin eher der Meinung, dass es eine babylonische Seele sei.

Europäische und internationale Polizei

Interpol

M. Ballestrazzi*

Jürgen Stock*

Die Schweiz ist Mitglied von Interpol. Interpol ist die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation–Interpol, kurz ICPO–Interpol oder Interpol (von englisch International Criminal Police Organization), zur Stärkung der Zusammenarbeit nationaler Polizeibehörden. Sie wurde 1923 als Internationale kriminalpolizeiliche Kommission in Wien gegründet und hat ihren Sitz in Lyon. Derzeit hat Interpol 190 Mitgliedstaaten. Präsidentin von Interpol ist die Französin Mireille Ballestrazzi und Generalsekretär ist der Deutsche Jürgen Stock.

Interpol ist ein Kind von David Rockefeller und damit des Komitees der 300. Der Club of Rome erhält ebenfalls direkt Informationen von Interpol, obschon er selbst einen eigenen, privaten Geheimdienst betreibt. Der KGB hat selbst während der grössten Eiszeit im Kalten Krieg den Informationsaustausch mit Interpol gepflegt. Interpol ist zudem ein integrierender Bestandteil des internationalen Geheimdienstnetzwerks des Komitees der 300.[369] Interpol ist daher durch und durch babylonisch.

Gemäss der Interpol-Verordnung (SR 366.1) führt das Bundesamt für Polizei (fedpol) das Nationale Zentralbüro (NZB) im Sinne von Artikel 32 der Statuten von Interpol. Das NZB kann den Informationsaustausch mit dem Generalsekretariat von Interpol und den Nationalen Zentralbüros anderer Staaten über das polizeiliche Informationssystem von Interpol vornehmen und dazu auch Daten aus dem Informationssystem des Generalsekretariats abrufen und speichern.

---

368 http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-19/frau-ohne-alibi-die-weltwoche-ausgabe-192014.html

369 Coleman, Das Tavistock-Institut, Seite 218 ff

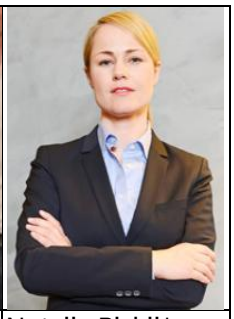
Die Europäische Gendarmerietruppe (EGF)[370]

Grundlage der Europäischen Gendarmerietruppe (EGF der Eurogendfor) ist der EU-Vertrag von Lissabon II. Sie ist eine europäische militärische Polizeitruppe, die dem Krisenmanagement dienen soll. Sie wurde 2006 für vollständig einsatzfähig erklärt und hat ihren Hauptsitz im italienischen Vicenza.

Die Eurogendfor wurde von Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und den Niederlanden gegründet und dient als Zusammenschluss der verschiedenen Polizeien. Seither sind Polen und Rumänien als Mitglied beigetreten. Die Türkei hat den Status eines beobachtenden Landes und Aserbaidschan möchte der EGF beitreten. Deutschland ist kein Teil der internationalen Militärtruppe, da die Trennung von Polizei und Militär in der Verfassung festgeschrieben ist. Auch andere Länder, die über eine Militärpolizei verfügen, können der Europäischen Gendarmerietruppe beitreten.

Eurogendfor ist in erster Linie für die EU ein operatives Instrument zur Krisenbewältigung, sie kann aber auch der internationalen Gemeinschaft wie der NATO, der UN und der OSZE, sowie Ad-hoc-Koalitionen zur Verfügung gestellt werden. Die Truppe ist für den Einsatz parallel zu oder unmittelbar nach einer militärischen Operation vorgesehen, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten sowie in den Fällen, in denen die Polizei vor Ort nicht (ausreichend) eingesetzt wird. Die Truppe ist autorisiert, scharf zu schiessen. In den EU-Verträgen ist die Todesstrafe über eine Fussnote eingefügt worden. Die Truppe ist demzufolge vorgesehen, die von Babylon angezettelten Bürgerkriege nieder zu schlagen. Sie ist daher ein Herrschaftsinstrument der babylonischen EG.

Christine Kohli*


Natalie Rickli*

Den scharfen Schuss möchte auch die Präsidentin der FDP Konolfingen, Christine Kohli, bei der Schweizer Polizei eingesetzt haben.[371] Sie wird dabei von der SVP-Nationalrätin Natalie Rickli unterstützt, die sich bereits mit verschiedenen Vorstössen im Parlament für eine Verschärfung des Strafrechts stark gemacht hat.[372] Im Jahre 2010 hat sogar eine Gruppe von politisch unbekannten Personen die Eidgenössische Volksinitiative «Todesstrafe bei Mord mit sexuellem Missbrauch» eingereicht[373], kurz darauf aber wieder zurück gezogen. Meiner Ansicht nach war das ein «Versuchsballon», losgelassen von Babyloniern, die das Thema politisch vorbereiten wollten.

Die Staatsanwaltschaften

Die Kantonalen Staatsanwaltschaften

T. Hansjakob*

Thomas Hansjakob arbeitet seit 1988 in der Staatsanwaltschaft. In den Jahren 2000 bis 2004 sass er im Kantonsrat, just zu diesem Zeitpunkt, in dem ich das Ermächtigungsverfahren thematisierte. Jeder Staatsanwalt im Kanton St. Gallen hat aber von der Willkürlichkeit dieses Verfahren Kenntnis, doch Hanfjakob, wie er mit Übernamen heisst, wollte als Kantonsrat keine Kenntnisse haben, weshalb ich dem Staatsanwalt als Kantonsrat speziell ungetreue Amtsführung unterstelle. Das gleichzeitige Doppelmandat Staatsangestellter und Kantonsrat ist ein weiteres Hindernis für eine gründliche parlamentarische Oberaufsicht. Hier tritt es exemplarisch in Erscheinung. Als sein Vorgänger, Erwin Beyeler 2007 das Amt verliess, stieg er zum Ersten Staatsanwalt auf. Er ist daher ein Mann des

---

370 http://www.eurogendfor.org/
Zitiert aus http://euro-med.dk/?p=10812

371 Blick vom 10.08.2015: *FDP-Politikerin fordert «Schiesserlaubnis»*. http://www.blick.ch/news/politik/mit-blei-gegen-chaoten-fdp-politikerin-fordert-schiesserlaubnis-id4057556.html

372 20Minuten vom 20.08.2010: *«Der Staat darf keine Menschen töten»*.
http://www.20min.ch/schweiz/news/story/28897659

373 https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2010/5471.pdf

Systems. Das äussern nicht nur seine Gesten, sondern auch sein Engagement und seine Pöstchen in vielen Organisationen. Und, begeht er als Erster Staatsanwalt nicht weiter Verbrechen?

Andreas Brunner*

Als der Leitende Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich, Andreas Brunner, Ende Februar 2014 in Pension ging, titelte die Direktion der Justiz und des Innern «Erneuerer der Strafverfolgung tritt ab». 35 Jahre lang war er in der Staatsanwaltschaft tätig und ab 2005 bekleidete er das Amt des Leitenden Oberstaatsanwaltes. Es wird in der Mitteilung festgehalten, dass ihm der Kinderschutz seit den 90er Jahren ein wichtiges Anliegen war, weshalb er massgeblich am Aufbau der Kinderschutzgruppe der Strafverfolgungsbehörden beteiligt war.

Der Kinderschutz steht im Spannungsfeld der vorsätzlichen Verrohung der Gesellschaft infolge der Frankfurter Schule[374]. Wenn die Absicht besteht, Kinder durch den Staat zu erziehen, werden diese den Müttern, denn Familien soll es nicht mehr geben, im Kindesalter weggenommen und durch staatliche indoktrinierte «Erzieher» gerichtet werden. Also muss man die Gesellschaft mit subtilen Mitteln daran gewöhnen, um nachher den Eltern die Kinder wegzunehmen und in staatliche «Obhut» oder an gleichgeschlechtliche Paare zu geben. Das alles wird bereits umgesetzt.

Martin Graf* Regierungsrat	Marcel Riesen*, Oberjugendanwalt	Hansueli Gürber* Ex-Jugendanwalt

Im Sommer 2013 sorgte der Fall Carlos im Jugendstrafrecht für Kontroversen. Angefangen hat es mit exorbitanten Kosten für Sondersettings eines mehrfach verurteilten Straftäters. Durch die Öffentlichkeit gerieten die Behörden unter Druck, weil sie die Kosten nicht rechtfertigen konnten und zudem gestanden sie nachher ein, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr gestimmt habe. In der Folge wurde Carlos wieder inhaftiert, doch das Bundesgericht hat die Inhaftierung von Carlos rückgängig gemacht und behauptet, sie sei rechtswidrig. Im Kantonsrat regten sich Stimmen von SVP und BDP, den Fall mittels einer Parlamentarischen Untersuchung (PUK) zu prüfen, doch keine Partei hatte wirkliches Interesse an der Aufklärung, geht es doch darum, das Recht ad absurdum zu führen und die Gerechtigkeit abzuschaffen. Dies erstaunt nicht, denn es handelt sich um ein babylonisches Thema. Zeigen die verschiedenen Beteiligten wieder babylonische Gesten?

Und nachstehend noch ein paar Beispiele, wie die Staatsanwälte in den Medien immer wieder mit babylonischen Gesten gezeigt werden:

John Noseda*	Paolo Bernasconi*	Dick Marty*	Jacques Ducry*

John Noseda, Tessiner Generalstaatsanwalt; Paolo Bernasconi, Staatsanwalt und Mafiajäger, Präsident Marche Blanche; Dick Marty, Ständerat (FDP/TI), ehem. Staatsanwalt (TI); Jacques Ducry, Staatsanwalt (TI), Vizepräsident NEBS;

374 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/frankfurter_schule_im_kontext.pdf

Jörg Schild, ehem. Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft, ehem. FDP-Regierungsrat BS, Präsident Swiss Olympic; Peter Straub, Leiter des Untersuchungsamtes Gossau SG, ehem. stv. Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft; Bernard Bertossa, Vater von Yves Bertossa, Generalstaatsanwalt des Kantons Genf; Yves Bertossa, Sohn von Bernard Bertossa, Genfer Staatsanwalt; Olivier Jornot, Genfer Staatsanwalt; Alberto Fabbri, Erster Staatsanwalt Basel-Stadt, ehemals Bundesanwaltschaft und Basler Strafgericht; Daniel Zappelli, Generalprokurator des Kanton Genf; Daniel Burri Oberstaatsanwalt des Kantons Luzern. Sind das alles Babylonier?

Jörg Schild*

Peter Straub*

Bernard Bertossa*

Yves Bertossa*

Olivier Jornot*

Alberto Fabbri*

Daniel Zappelli*

Daniel Burri*

Die Bundesanwaltschaft

Bereits mit der Gründung der Eidgenossenschaft im Jahre 1848 wurde festgehalten, dass «Fremde», welche die Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährdeten, ausgewiesen werden konnten. 1851 wurde das Amt eines so genannten Bundesanwalts geschaffen, das 1889 in eine ständige Bundesanwaltschaft umgewandelt wurde. Die Bundesanwaltschaft war daher eine politische und eine Fremdenpolizei. Wurden zuerst Heimatlose, Anarchisten, Sozialisten und Nazis überwacht, veränderte sich der Fokus nachher auf die Kommunisten, Bauern und den Jura-Konflikt, später auf die 68-Bewegung, Terroristen und Ausländer, Wirtschaftsspionage, Menschenhandel und Internet-Kriminalität. Seit Anfangs des letzten Jahrhunderts hat sie aber systematisch Personen überwacht und deren Ergebnisse in Dossiers abgelegt.[375] Diese Aufdeckung gipfelte 1989 in der Fichenaffäre. Seither ist die Bundesanwaltschaft wiederum am fichieren, allerdings tut sie das nun mit dem Segen von Bundesrat und Parlament, die deren Kompetenzen immer mehr ausweiten. Es ist aber nicht nur diese Sammelwut, die die Bundesanwaltschaft ins Zwielicht setzen, sondern all jene Fälle, die der Bundesrat mit einer langen Sperrfrist versehen hat. Das zeigt, dass es hier sehr viel zu vertuschen gibt.

Allerdings wusste der spätere Saubermann, der Präsident der PUK über die Fichenaffäre, Moritz Leuenberger, bereits zwei Jahre vorher in der Funktion als Präsident der GPK, dass mehr als 900‘000 Fichen bei der Bundesanwaltschaft vorhanden waren. Bei der Schlussberatung gab er im November 1988 zu Protokoll, es bestünde «keine politische Opportunität» zu weiteren Nachforschungen.[376] Die Fichenaffäre war daher willkommener Anlass, den Staat zugunsten des organisierten Verbrechen um- und auszubauen, wie ich es schon in der Eingabe 4.4 beschrieben habe. Wurde Leuenberger als Dank für das Doppelspiel bei der PUK zum Zürcher Regierungsrat gemacht?

M. Leuenberger*

375 EDI / BAR: Die politische Polizei und der Staatsschutz https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/themen/nachrichtendienste--spione--landesverraeter-und-staatsschutz-in-/die-politische-polizei-und-der-staatsschutz-in-der-schweiz-.html

376 http://www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/uebersicht/die-seltsame-hinterlassenschaft-des-helvetischen-staatsschutzes-1.3015643

Nachdem wir wissen, dass unser Staat babylonisch ist und die Bundesanwaltschaft im Zuge dieser Staatsgründung entstanden ist, so gilt als sicher, dass auch die Bundesanwaltschaft babylonisch ist, denn sie muss den «Staat» im Staate schützen und nicht den (National-) Staat, denn letzterer wird so oder so zerstört werden. Also müssen wir uns mit den einzelnen Personen beschäftigen:

Michael Lauber ist seit dem Jahre 2012 im Amt. Auf Erwin Beyeler (2007–2011) werde ich noch eingehen. Michel-André Fels war 2006–2007 interimistisch tätig. Valentin Roschacher (2000–2006) hatte seine Probleme mit dem Spitzel oder Doppelagenten Ramos, aber vielleicht auch mit Blocher. Carla Del Ponte (1994–1998) wäre ohne Hilfe von Kaspar Villiger nicht als Chefanklägerin des babylonischen Internationalen Strafgerichtshofes für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien (1999–2007) und für den Völkermord in Ruanda (1999–2003) in Den Haag gewählt worden. Der Grund liegt nicht primär in der Tatsache, dass sie so gut war, sondern weil er sie los haben wollte. Später wurde sie in die Kommission berufen, die die Giftgasangriffe in Syrien zu untersuchen hatte. Immerhin war sie die einzige der Kommission, die sich öffentlich äusserte, dass nicht die Regierung Assad diese Giftgasangriffe getätigt habe, sondern die vom babylonischen Westen bezahlten Rebellen. Beachten Sie auch die Aussage des indischen Botschafters in Syrien von 2009 bis 2012.[377] Unsere Qualitätsmedien haben es nie für nötig gehalten, dies zu publizieren. Seither ist sie (von den Schweizer Babyloniern) «bevormundet», weshalb sie im Ausland lebt. Ihre Vorgänger waren Willy Padrutt (1990-1993), Rudolf Gerber (1974-1989), Hans Walder (1968-1974), Hans Fürst (1958-1967), René Dubois (1955-1957) und weitere. Der Berner Strafrechtsprofessor und Ex-Bundesanwalt Hans Walder habe gemäss der Baslerzeitung den USA verraten, wie sie das Schweizer Bankgeheimnis erfolgreich knacken können, um Insideroperationen aufzudecken.[378]

Als Erwin Beyeler seine Stelle als Erster Staatsanwalt im Kanton St. Gallen antrat (2002-2007), machte ich ihn auf das Ermächtigungsverfahren aufmerksam. Dagegen unternommen hat er nichts. Beyeler hatte die Aufgabe, die einstufige Strafprozessordnung zu etablieren und zu erproben, welche später mit der eidg. Strafprozessordnung 2011 eingeführt wurde. Hier ist zu ergänzen, dass die eidg. Strafprozessordnung eine Folge der Volksabstimmung vom 12.03.2000 über die Verfassungsänderung zum Bundesbeschluss über die Reform der Justiz[379] war. Erst als diese Abstimmungsvorlage angenommen war, konnte der Bundesrat mit der Ausarbeitung der Botschaft (05.092) beginnen, die er am 21.12.2005 dem Parlament zukommen liess.[380] Erst mit dieser Vorlage war zumindest für den Bundesrat, vorbehältlich des Parlaments, entschieden, dass er die einstufige Strafprozessordnung etablieren wollte. Das Parlament beendete seine Beratungen erst am 05.10.2007. Ende 2003 wurde Christoph Blocher zum Bundesrat gewählt und übernahm bis Ende 2007 die Leitung des Justiz- und Polizeidepartement. Der damalige Bundesanwalt Valentin Roschacher gab am 6. Juli 2006 bekannt, dass er per Ende 2006 von seinem Amt zurück trete. Nun war es Blocher, der Beyeler telefonisch kontaktierte, er solle sich als Bundesanwalt bewerben. Aufgrund der Zusammenhänge muss ge-

377 Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 16.01.2016: *Indiens Botschafter bestätigt: Krieg in Syrien wurde von aussen angezettelt.* https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/01/16/indiens-botschafter-bestaetigt-krieg-in-syrien-wurde-von-aussen-angezettelt/

378 www.solami.com/walderbsi.htm

379 http://www.admin.ch/ch/d/pore/rf/cr/1999/19995342.html

380 http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20050092

schlossen werden, dass ein Netzwerk parallel und vorgelagert an der Arbeit ist und die Gesetzgebung nach seinen Gesichtspunkten konzipiert, gleichzeitig aber auch die personellen Ressourcen besitzt, die erforderlichen Personen zu stellen, die ihr Vorhaben frühzeitig umsetzen. Der Bilderberger Blocher und Beyeler müssen deshalb im gleichen babylonischen Netzwerk sein, zudem machen beide entsprechende Gesten.

Aufsichtskommission über die Bundesanwaltschaft

Die gemäss Strafbehördenorganisationsgesetz StBOG (SR 173.71) Art. 23 vorgeschlagene Aufsichtskommission besteht aus je einem Mitglied des Bundesgerichts und des Bundesstrafgerichts, zwei praktizierenden Anwälten und drei «unabhängigen» Fachpersonen. Sie sei damit in der Lage, die Fachaufsicht über die Bundesanwaltschaft wahrzunehmen.

Die Mitglieder der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft, Stand 2017, sind oben v.l.n.r.:

Niklaus Oberholzer, Präsident und Bundesrichter, vormals Präsident der Anklagekammer des Kantons St. Gallens, seit 2011/2015; Isabelle Augsburger-Bucheli Vizedirektorin an der Hochschule für Wirtschaft HEC Arc (Haute école de gestion Arc), seit 2013; Veronica Hälg-Büchi, Anwältin, Mitglied der Anklagekammer des Kantons St. Gallens, seit 2015; François A. Bernath, Anwalt, Präsident eines Verbandsschiedsgerichtes, seit 2014; Hanspeter Uster, ehem. Regierungsrat des Kantons Zug, Projektleiter im Justiz- und Polizeibereich, Marxist und Freimaurer, seit 2013; Rolf Grädel, ehem. Generalprokurator, bzw. Generalstaatsanwalt des Kanton Bern, Präsident der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz, seit 2017. Nicht im Bild ist Giorgio Bomio, ehem. eidgenössischer Untersuchungsrichter und seit 2006 Bundesstrafrichter, seit 2011.

Bernath musste in den Ausstand treten, weil er 1970 ein Gespräch zwischen Bundesrat Graber und seinem Vater Armand zugehört habe. Darin bat Graber Vater Bernath im Zusammenhang mit dem Terroranschlag von Würenlingen, ob er eine Verbindung zu der PLO habe, um inoffizielle Sondierungen vorzunehmen. Bernath verneinte und wies darauf hin, Graber solle seinen Freund Jean Ziegler fragen.[381] Graber wollte dabei nicht, dass seine Bundesratskollegen in die Sondierungen für ein «arrangement discret» (geheimes Abkommen) mit den Palästinensern einbezogen wurden. Ebenfalls wurde der Name Farouk al-Kaddoumi (Faruq al-Qadumi) genannt.[382] Kaddoumi gehörte 1959 zu den Gründern der Fatah und wurde 1967 Leiter des Geheimdienstes. Die Fatah ist die stärkste Organisation innerhalb der PLO. Seit dem Tod von Jassir Arafat ist Kaddoumi auch Generalsekretär der Fatah.

Tendenz der Staatsanwaltschaft

Im Jahre 2013 hat ein Bürger, der einer Tat beschuldigt wurde, Strafanzeige gegen zwei Staatsanwälte eingereicht. Beim einen Staatsanwalt handelt es sich um Umberto Pajarola, der zweite Name ist nicht bekannt. Ihnen wird Amtsmissbrauch, Urkundenfälschung, Betrug, Irreführung der Rechtspflege und

381 NZZ vom 11.05.2016: *Ein weiterer Zeitzeuge erinnert sich*. https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/grabers-gespraeche-mit-einem-jugendfreund-ein-weiterer-zeitzeuge-erinnert-sich-ld.81966

382 NZZ vom 30.12.2016: *Wer ist Khaled?* https://www.nzz.ch/schweiz/schweizer-terrorjahre-wer-ist-khaled-ld.137307

versuchte Nötigung vorgeworfen. Einer der beiden Staatsanwälte soll versucht haben ihn zum Akzeptieren eines Strafbefehls zu nötigen. Dabei soll er ihm mit ernstlichen Nachteilen gedroht haben![383]

Aber ausgerechnet Pajarola hat eine Dissertation mit dem Thema *Tabu von Gewalt im Verhör aus der Sicht des schweizerischen Rechts* verfasst.

Pajarola legt zunächst dar, weshalb nicht bereits die Aufnahme der Diskussion einen unzulässigen Tabubruch darstellt, und kommt zum Schluss, dass die aufklärerische Aufgabe der Wissenschaft nicht durch Verbote prinzipieller Natur behindert werden darf. Man bemerkt hier natürlich, dass er von den geschichtlichen Zusammenhängen keine Ahnung hat.

Während im Rahmen der Strafverfolgung bei der Überführung eines Straftäters jede Ausübung von Gewalt im Verhör unzulässig sein muss, sieht er bei der Gefahrenabwehr, insbesondere wenn es um die Rettung von Menschenleben geht, andere Regeln für anwendbar. Gestützt auf eine Analyse der staats- und strafrechtlichen Grundlagen, gelangt er zum Ergebnis, dass nur die Folter «im engeren Sinn» einem absoluten Verbot unterliegt, während andere erniedrigende Behandlungen oder eine Misshandlung in Form von milder Gewalt im Verhör im Einzelfall durchaus gerechtfertigt sein kann. Zudem stellt er eine «gewaltfreie» Alternative mit paranormalen Methoden (sprich: Gedankenlesen) vor, um auf diese Weise die Anwendung physischer Gewalt zu umgehen.[384]

Damit sind wir wieder bei der babylonischen Strategie angelangt, bei der es darum geht, die vollständige Kontrolle über jeden Menschen zu erlangen. Das ist genau der Ansatz, der in dieser Dissertation keimt.

Nun muss man aber ergänzen, dass ein Doktorand sein Dissertationsthema nicht selber aussuchen kann. Er kann es höchstens aufgrund der vorgegebenen Themen auswählen. Das heisst, der Professor definiert die Themen und dieser wird in der babylonischen Universität mit grösster Wahrscheinlichkeit ein Babylonier sein.

Das, was den beiden Staatsanwälten vorgeworfen wird, ist demzufolge nicht ein zufälliges Ereignis, sondern muss aufgrund der Strategie als «offizieller» Versuch taxiert werden, die Gewalt sukzessive in die Rechtsprechung zu implementieren.

Fazit: Die Strafverfolgungsbehörden versuchen, unterstützt durch die Universitäten und legitimiert durch die Politik, Gewalt und technische Gedankenkontrolle in ihre «Arbeit» zu integrieren, um künftig zu jeder Zeit die vollständige Kontrolle über die Beschuldigten zu erreichen.

Armee

Wenn die Schweizer Armee vorgibt, die Schweizer Tugenden zu vertreten, so tut sie das nur äusserlich mit der vier-Frucht-farbenen «Tracht».

Armeeführung

Nebenstehend die Spitze der Armeeführung der letzten Jahre, bis 2003 Generalstabschef und ab 2003 Chef der Armee genannt:

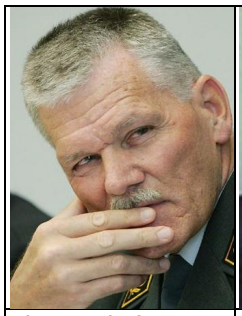
Philippe Rebord* seit 2017	André Blattmann* 2008-2016	Roland Nef* 2008-25.07.2008

Der neue Chef der Armee ist Philippe Rebord. André Blattmann hat das Amt interimistisch am 21. Juli 2008 übernommen. Er wurde durch den Departementsvorsteher Samuel Schmid vorgeschlagen. Helmut Hubacher nennt

383 Dailytalk vom 15.04.2013: *Zürcher Staatsanwälte angezeigt*. http://www.dailytalk.ch/zurcher-staatsanwalte-angezeigt/

384 NZZ vom 18.04.2008: *Kann Folter zulässig sein?* https://www.nzz.ch/kann-folter-zulaessig-sein-1.712855

Schmid einen Versager. Roland Nef's Karriere dauerte nur vom 01.01. bis 25.07.2008. Auch er wurde von Schmid vorgeschlagen. Christophe Keckeis war von 2003-2007 Chef der Armee und wurde ebenfalls von Schmid vorgeschlagen. Hans-Ulrich Scherrer war von 1998-2002 Generalstabschef und wurde durch den Departementsvorsteher Adolf Ogi vorgeschlagen.


Chr. Keckeis*
2003-2007

H.-U. Scherrer*
1998-2002

Hans Senn*
1977–1980

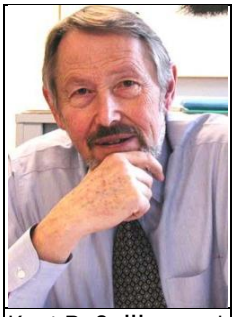
Das Gastspiel von Roland Nef als Chef der Armee war kurz und endete mit dem Vorwurf, er hätte seiner Ex-Partnerin über Monate hinweg nachgestellt, weswegen sie ihn anzeigte. Das eröffnete Verfahren wurde aber eingestellt. Das alles stinkt zum Himmel und deutet auf eine mediale Liquidierung von Nef hin, die von den babylonischen Medien lustvoll ausgekostet wurde, d.h. er wurde vom System «abgeschossen». Nef muss Entscheide getroffen haben, die gegen die hohe Politik der Babylonier verstiess, weshalb man ihn so rasch als möglich los werden musste. Also musste man das schwächste Glied in der Kette suchen. Mit dem gewählten Vorwurf wurde er nicht nur aus dem Amt geworfen, sondern auch noch sozial abgestraft. Er ist nicht das erste Opfer: Philipp Hildebrand, Christian Wulff und Jörg Kachelmann sind nur die prominentesten Opfer dieser Taktik.

Deshalb erklärt sich für viele Offiziere der Armee, wie unser Beförderungssystem auch auf den unteren Stufen funktioniert.

Nato-Mitgliedschaft?

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist ein militärisches Bündnis von ursprünglich zwölf Staaten und wurde 1949, zu Beginn des Kalten Krieges gegen den Ostblock bzw. den Kommunismus gegründet, der die «Freiheit» von Westeuropa bedrohte. Die NATO ist ein Kind des Komitees der 300 und wird über den Club of Rome kontrolliert und befohlen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Auflösung der Sowjetunion fiel diese Bedrohung weg. Vor seiner Auflösung machte der Warschauer Pakt den Vorschlag, die beiden rivalisierenden Bündnisse in einem «neuen europäischen Sicherheitssystem» zusammenzuführen. Eigentlich hätte die NATO mangels Bedrohung aufgelöst werden müssen, doch das war nicht Absicht. Minister der NATO-Staaten erklärten 1991 in Kopenhagen: *«Wir setzen die Unterstützung der Reformen in ost- und westeuropäischen Staaten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fort ..., parallel zu unseren Bemühungen um die Einführung einer modernen, konkurrenzfähigen Marktwirtschaft.»*

Bis zur Wende waren Out-of-Area-Einsätze für die NATO tabu, doch danach änderte sich das schlagartig. Der erste «Test» wurde vor der Haustüre, in Jugoslawien mit einem Angriffskrieg seitens der NATO geführt. Wenn das in den Medien anders dargestellt worden war, so liegt das eben an der Manipulation der Information und der Unkenntnis über die Geschichte. Inzwischen sind diese Angriffskriege der NATO zur Routine geworden, was heisst, die NATO ist nicht mehr ein Verteidigungs-, sondern ein Angriffsbündnis.[385]


Kurt R. Spillmann*

Seit dem Mauerfall haben sich fast alle Staaten in Osteuropa für eine NATO-Mitgliedschaft entschieden. Inzwischen besteht das Angriffsbündnis aus 28 Mitgliedsländern. Nebst diesen Mitgliedsländern gibt es ein sogenanntes Programm Partnerschaft für den Frieden, dem Irland, Schweden, Finnland, Malta, Österreich und die Schweiz mitarbeiten. In der Schweiz wird das von einigen als eine schleichende Annäherung zum NATO-Beitritt betrachtet, der seit Jahren umstritten ist. Andere, wie beispielsweise der Gründer und ehemaliger Leiter des *Centre for Security Studies der ETH Zürich*, Kurt R. Spillmann sind der Meinung, dass

385 *Historischer Rückblick und Analyse der Entwicklung der NATO von 1949 bis 2012*
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP10512_250512.pdf

es für die Schweiz realistischer wäre, kleine, professionalisierte Kontingente bereit zu halten, die mit unseren Nachbarn zusammen im europäischen Raum wirksam werden könnten. Im Klartext heisst das, eine Berufsarmee, die zugunsten Dritter Angriffe auf weitab von Europa liegende fremde Länder tätigt. Spillmann sitzt in folgenden babylonischen Organisationen: *Verein Zivilgesellschaft*, *Club Helvétique* und im *Verein Unser Recht*.

Deshalb engagiert sich die Schweizer Armee im Rahmen der *Partnerschaft für den Frieden* (Partnership for Peace, PfP) und schützt in Afghanistan den Anbau von Mohn, damit die daraus produzierten Drogen in der Schweiz mit grossem Aufwand bekämpft werden können.

Geheimarmeen

Sie sollten es nun wissen: Alles was geheim ist, ist der öffentlichen Kontrolle entzogen und dient nur dem babylonischen Netzwerk.

Gladio

Gladio war der Codename für eine geheime paramilitärische Einheit der NATO in Italien, die im Fall einer Invasion von Truppen des Warschauer Paktes Guerilla-Operationen und Sabotage gegen diese durchführen sollte. In Italien führte sie die Strategie der Spannung aus, indem sie Terroranschläge, z.B. auf den Bahnhof Bologna, durchführte und diese den Kommunisten, speziell den Roten Brigaden (BR) in die Schuhe schob, damit sie diskreditiert wurden und so nicht an die Macht kommen konnten. Mit darin verwickelt war die italienische Freimaurerloge Propaganda Due (P2). Diese Strategie war nichts anderes als die Fortsetzung des übergeordneten Kalten Krieges zwischen Ost und West bzw. zwischen Kommunismus und angeblicher «Demokratie», die damals schon nirgends vorhanden war. Das ist eine babylonische Strategie.

Daniele Ganser*

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser, Gründer und Inhaber des *Swiss Institut for Peace and Energy Research*, der sein Studium an der babylonischen *London School of Economics and Political Science (LSE)* absolviert hat, hat diese Geheimarmeen der NATO recherchiert und in seinem Buch «NATO-Geheimarmeen in Europa»[386] beschrieben.

Aldo Moro wollte Italien durch Vollbeschäftigung und industriellen und politischen Frieden stabilisieren. Dagegen rebellierten sowohl die linken wie auch die rechten militanten Gruppen. Diese Absicht verstiess aber genau gegen jene des Komitees der 300, weil sie Italien als Testziel auserwählt hatten und diese Massnahme die Destabilisierung des *Greater Middle East* erschwert hätte. Das ist der Raum, in dem die Kriege stattfinden und die Bevölkerung (nach Europa) vertrieben wird. An der Gerichtsverhandlung wurde von den Tätern bezeugt, dass u.a. Henry Kissinger[387] (1923-) Mitinitiator dieses Mordes war. Kissinger war von 1969 bis 1973 Nationaler Sicherheitsberater und von 1973 bis 1977 Aussenminister der Vereinigten Staaten. Kissinger ist Mitglied in Rockefellers Trilaterale Kommission, im Council on Foreign Relations und regelmässiger Teilnehmer der Bilderberg-Konferenzen, ausserdem soll er Mitglied der Loge P2 sein.[388] Dies bestätigte auch der US-amerikanische Terrorismusexperte Steve Pieczenik, der als Vertreter der amerikanischen Regierung den Krisenstab während der Moro-Entführung beriet.[389]

Schweizer Geheimarmee P26 und P27

In der Schweiz gab oder gibt es ebenfalls die Geheimarmeen P26 und P27. Nach Korpskommandant Jörg Zumstein, Generalstabschef in den Jahren 1981 bis 1985, leite sich der Name P26 (Projekt 26) aus der entsprechenden Ziffer im Sicherheitspolitikbericht 1973, Absatz 426 ab. Darin sind der Wille

---

386 NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag, 2008, 445 Seiten, ISBN 3280061067

387 http://de.metapedia.org/wiki/Henry_Kissinger

388 Coleman John, Das Komitee der 300, 2006, Seite 62-64

389 https://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Brigaden#cite_ref-38 bzw. http://www.deutschlandfunk.de/mein-blut-komme-ueber-euch.1170.de.html?dram:article_id=184015

und der Auftrag zum bewaffneten Widerstand im feindbesetzten Gebiet festgeschrieben. Als Vorläuferorganisation der Geheimorganisation Projekt 26 (P26) gilt der streng geheime Spezialdienst D, der seit 1976 von Oberst Albert Bachmann von der Untergruppe Nachrichten (UNA) der Schweizerarmee geführt wurde. Im Gefolge der Bachmann-Schilling-Affäre geriet der Spezialdienst D aber in die Schlagzeilen und musste grundlegend reorganisiert werden.

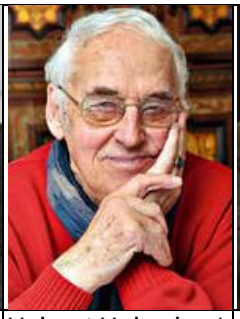
Im November 1979 wurde Kurt Schilling in der Nähe von Wien wegen militärischem Nachrichtendienst verhaftet, verurteilt und in die Schweiz abgeschoben. Dadurch wurde bekannt, dass Oberst Bachmann einen «privaten» Geheimdienst aufgezogen und über Tarnfirmen Hotels in Irland und Grundstücke in Kanada gekauft hatte. Sie waren im Besetzungsfall für eine Schweizer Exilregierung vorgesehen. Unter dem Decknamen «Schwarze Hand»[390] gab es auch einen intensiven Informationsaustausch des Spezialdienstes D mit dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND). Die damit verbundene Neutralitätsverletzung machte Oberst Bachmann vollends untragbar. Nach der Bachmann-Schilling-Affäre wurde die Organisation nicht mehr als «Privatarmee» geführt, sondern wegen der entstandenen Vertrauenskrise direkt dem Generalstabschef Zumstein unterstellt. Die Führung über die Geheimorganisation übernahm 1979 Oberst i Gst Dr. Efraim Cattelan, der sie bis zur Auflösung 1990 führte.

Neben der P26 existierte auch noch eine Geheimorganisation P27, die ein aussergewöhnliches Beziehungsnetzwerk zu ausländischen Persönlichkeiten unterhielt.[391]

Im Zusammenhang mit den Nachforschungen zur Kopp- und Fichen-Affäre wurden auch Hinweise auf weitere Auffälligkeiten gefunden. So wurde ein Bericht über die Geheimorganisationen P26 und P27 erstellt, dessen Inhalt aber teilweise bis heute der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Mit dieser PUK wurde die P26 und P27 angeblich aufgelöst.

Wenn Daniele Ganser schreibt, die Schweizer Geheimarmee hätte nicht mit der NATO, sondern lediglich mit dem britischen Geheimdienst zusammengearbeitet, so ist das dummes Geschwätz. Major Ruedi Moser, der ehemalige Stabschef der Widerstandsorganisation beschreibt in seinem Buch[392] *«Deutschland hat am NATO-Widerstandskonzept genauso teilgenommen wie wir.»* Zudem muss ich ihm unterstellen, dass er sich durchaus bewusst sein muss, dass alle Entscheidungen, die die USA und damit auch die NATO fällen, nichts anderes als die Meinung der «Engländer» bzw. des Komitees sind.

Hans Senn*
Chef Gst 1977-80


Helmut Hubacher*
NR SP/BS 1963-97

Carlo Schmid*
SR CVP/AI 1980-07

Der ehemalige Generalstabschef Hans Senn wurde per 01.01.1970 Divisionär sowie Unterstabschef Planung und hatte sich daher mit Fragen der militärischen Gesamt- und Finanzplanung zu beschäftigen. Zwei Jahre später wurde er zum Kommandanten des Feldarmeekorp 4 berufen. Wenn Senn nachträglich behauptet, er sei erst in der Mitte seiner Amtszeit über die Existenz einer geheimen Spionage- und Abwehrorganisation unterrichtet worden, so ist das wenig glaubwürdig und dient lediglich der Vernebelung. Wie bereits gesagt, entstand die P26 aus dem streng geheimen Spezialdienst D, der Untergruppe Nachrichten (UNA). Aufgrund der von Ruedi Moser beschriebenen Umstände muss es ja auch Senn gewesen sein, der als Besucher anlässlich einer Übung der Geheimarmee in England anwesend war. Aus dem Tonband-Ausschnitt[393] über Geheime Dienste des EMD im Kalten Krieg 1956-1980 geht hervor, dass es sich nicht um eine Privatarmee handeln konnte, denn die Rekrutierung erfolgte in den Stäben der Teritorialzonen. Die bezeichneten Offiziere hatten den Auftrag, lokale Widerstandsgruppen zu rekru-

390 Der Name «Schwarze Hand» erinnert an den gleichnamigen, nationalistischen, serbischen Geheimbund, einer Freimaurer-Organisation vor dem Ersten Weltkrieg, die half, den Weltkrieg auszulösen.

391 http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=595

392 de Mont-Fride Ralph, *Schweizer Geheimarmee*, Verlag von Arx, Sumiswald, 206 S., ISBN 3952057908

393 Geheime Dienste des EMD im Kalten Krieg 1956-1980. TA Kolloquien FFAfZ / 92. http://digicopy.afz.ethz.ch/?&guid=9c68efeea19f4661bd3e17fe158b9782

tieren. Es ist unwahrscheinlich, dass der Kommandant eines Feldarmeekorps keine Kenntnisse über dieses so ausserordentliche Vorhaben hatte, zumal die Teritorialzonen den Kommandanten der Korps unterstanden. Moser beschreibt auch in seinem Buch, dass die Kredite, wenn zum Teil auch nachträglich, offiziell abgesegnet worden seien. Diese Vorgehen passen vollumfänglich in die babylonische Strategie.

Der Nationalrat und SP-Präsident Helmut Hubacher entrüstet sich, weil die P26 den Auftrag gehabt habe, aktiv zu werden, falls die linken Parteien im Parlament die Mehrheit erlangen. Die P26 sei eben nicht so harmlos gedacht gewesen, wie das heute von den Generälen dargestellt werde. Man habe zwar gewusst, dass es in der Armee «Spezialdienste» gebe. Doch als Politiker habe er nie und nimmer wissen können, dass sich dahinter die Geheimarmee P26 verberge. Hubacher wies darauf hin, dass der Präsident der PUK-EMD, der konservative Appenzeller Ständerat Carlo Schmid, bei den Untersuchungen «wie ein Hund» gelitten habe.

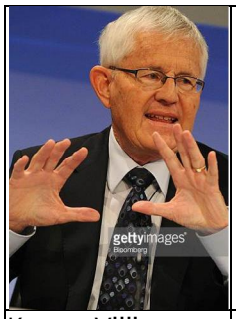
Thomas Hug*

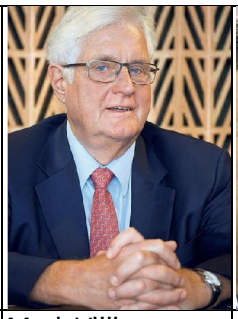
Adolf Ogi*

Tito Tettamanti*

S. Leutenegger*

Jawohl, Hubacher, der Gaddafi-Freund, hat gewusst, dass es in der Armee «Spezialdienste» gibt, denn es besteht der Verdacht, dass er persönlich die Finger mit im Spiel hatte. Er weiss auch, dass die P27 bis heute noch nicht aufgelöst ist und ihre Finanztransaktionen über falsche Konten bei der UBS bzw. dem immer noch existenten SBV laufen lässt, die nicht der P27 gehören, sondern privaten Personen. Diese Personen haben keine Verfügung mehr über ihre Konten und deren ursprünglichen Inhalt. Ebenfalls wurden ihnen Bewilligungen und Ausweise[394] zu Gunsten Dritter entwendet; selbstverständlich behördlich. Die UBS/SBV und die P27 begehen daher im konkreten Fall Geldwäscherei; aufgrund des kriminell organisierten Staates, begehen jedoch alle Banken Geldwäscherei. Doch die Behörden haben für diese Klage nirgends Gehör, auch nicht die Basler Staatsanwaltschaft mit ihrem «Panzerknacker» Thomas Hug.[395] Davon haben Bundesrat, Bundesanwaltschaft, Staatsanwaltschaft Basel Stadt, UBS, Kaspar Villiger, Finma, Susanne Leutenegger Oberholzer, SP-Partei Basel Stadt und Schweiz Kenntnis. Sonderbar mutet auch an, dass sich Adolf Ogi, Tito Tettamanti, Christoph Blocher und Efraim Cattelan ohne Angaben einer Begründung bei einer dieser Personen entschuldigten. Und wofür bezieht Susanne Leutenegger Oberholzer die monatliche «Rente» von 1000 Franken, die sie erhält? Sind sie von der P27?


Kaspar Villiger


Mark Villiger

José Barroso

Mark Pieth

Kaspar Villiger (1941-) ist kein unbeschriebenes Blatt, denn er hat 2006, zusammen mit Mark Villiger (1950-), dem Richter des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für das Fürstentum Lichtenstein, Urkundenfälschung begangen und mit dem portugiesischen Juristen und Maoisten, José Manuel Durão Barroso (1956-), dem ehemaligen Präsident der Europäischen Kommission, ist er in den Drogenhandel verstrickt. Villiger ist auch mit Mark Pieth (1953-), Ordinarius für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Basel und Antikorruptionsexperte der FIFA, mit unrechtmässigen Machenschaften

394 http://www.chdata123.com/eu/ch-UBS/UBS-protokoll/UBS-protokoll-2012-02-april.html
395 http://www.chdata123.com/eu/ch-UBS/UBS-protokoll/UBS-protokoll-2010-teil01.html

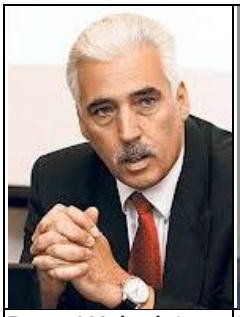
mit der FIFA engagiert. Da ist das Renommee eines Bundesrates und eines Professors und Antikorruptionsexperten äusserst hilfreich. Sein Name tauchte auch in «Panama» auf.

Und diese Zusammenarbeit ist damit noch nicht beendet, denn sie geht weiter in den sogenannten Basler Tierkreis[396], der 1964 im Basler Zivilgericht gegründet wurde. Alles deutet darauf hin, dass der Verdacht besteht, dass es sich um einen Pädophilenring handelt, in dem namhafte Personen (siehe Homepage) beteiligt sind. Der Fall Dutroux in Belgien war das Pendant in der Schweiz. Die Schweizer sind allerdings etwas verschwiegener und von der Obrigkeit besser gedeckt. Als Eingeständnis bezahlt die UBS über besagte Konten den «Pädophilen-Opfer des Basler Tierkreises», die zum Sozialfall wurden monatlich 1000 Franken Schweigegeld. Wenn nun behauptet wird, das sei eine Erfindung, die auf der Homepage verbreitet werde, muss enttäuscht sein, denn das Beschriebene kann von den Betroffenen bestätigt und belegt werden.

Wenn ich nun diesen Zusammenhang mit dem Basler Tierkreis mit der Absicht des Komitees der 300 vergleiche, so liegt das vollkommen auf einer Linie, womit nicht nur die P27, sondern auch der Tierkreis babylonisch sind. Aber mit dem Tierkreis geht es sehr wahrscheinlich auch noch um etwas anderes. Es besteht der Verdacht, dass mit diesem Instrument Personen des Netzwerks gezwungen werden, Handlungen durchzuführen, die, wenn sie in der Öffentlichkeit bekannt würden, sofort eine grosse Entrüstung entstehen würde, womit diese Leute in der Öffentlichkeit völlig unglaubwürdig würden. Das sind Instrumente der Erpressung und damit sind sie babylonisch.

Armee-Aufklärungsdetachement 10 (AAD 10)

Das Armee-Aufklärungsdetachement 10 (AAD 10) ist eine Spezialeinheit der Schweizer Armee. Es ist als Berufsformation zentraler Bestandteil des Grenadier Kommando 1 sowie auch Kern-Komponente der Aufklärungs- und Grenadierformationen der Armee (AGFA).


Peter Weigelt*

Bruno Frick*

Die Gründung des AAD geht zurück auf die Revision des Militärgesetzes (SR 510.10) und damit auf die Armeereform XXI sowie diverse parlamentarische Vorstösse, wie bspw. von Weigelt (FDP/SG) und Frick (CVP/SZ) zurück. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft zur Armeereform XXI[397] und zur Revision der Militärgesetzgebung Nr. 01.065 vom 24.10.2001 wie die Entstehung vor sich ging. Vorauszuschicken ist, dass der «Fall» des Eisernen Vorhanges und in der Folge der «Zusammenbruch» des Warschauer Paktes, der Westen kein militärisches Bedrohungsbild mehr hatte, weshalb der Armee ein neues Ziel gegeben werden musste. Dies erfolgte mit der Armee 95. Ich kann mich noch sehr gut an diese Ereignisse erinnern, nicht nur an die über Nacht gefallene Berliner Mauer, sondern vor allem an den Augustputsch 1991 in Russland. Die Folge dieses Putsches war, dass Jelzin die Kontrolle über Medien und Schlüsselministerien übernahm und Gorbatschow entmachtete. Schliesslich wurde die Auflösung der Sowjetunion beschlossen. Dann «verkaufte» Jelzin in Russland die Staatsbetriebe für ein Trinkgeld an seine babylonischen «Förderer». Diese «Privatisierung» war die Grundlage für das weitere grosse Geschäft der Globalisierung. Die osteuropäischen Staaten wandten sich von Russland ab und drängten in die EU, die heutige EUdSSR. Das ist die Ausgangsstellung, wie wir sie im geplanten Ukrainekonflikt haben.

In unserer damaligen Armee 95 wurde das Ausbildungsziel, sicher aber ab dem Jahre 1993 neu auf die innere Sicherheit gelegt. Auch die nicht kombattanten Truppen mussten diese Techniken wiederholt ausbilden. In der Botschaft wird behauptet, dass kurz nach der Überführung in die Armee 95 bereits erste Mängel dieser Reform ans Licht gekommen seien. Deshalb sei früh festgestanden, dass die Armeereform 95 nicht lange Bestand haben würde. Dies aber nicht nur auf Grund der Mängel, sondern weil die sicherheitspolitische Lage seit Ende des Kalten Krieges in einem dauernden Wandel

396 http://chdata123.com/eu/ch/kr/schweizer-nazi-produkte/06-Basler-Tierkreis-kinderfolter-kindermord.html

397 Die römische Zahl XXI ist ein Synonym für die arabische Zahl 21 und damit für die Agenda 21.

sei. Mit der Armee 95 wurde der Personalbestand erheblich reduziert, denn die Staaten dürfen über kurz oder lang keine eigenen Truppen mehr haben.

Auf Grund dieser Tatsache wurde 1996 die Studienkommission für strategische Fragen (Kommission Brunner) eingesetzt, die unter anderem den Auftrag hatte, die sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Prioritäten der Schweiz für die nächsten 20 bis 25 Jahre zu eruieren. Ihren Bericht legte die Kommission am 26. Februar 1998 dem Bundesrat vor. Die Kommission wurde auf Antrag des Generalstabschefs und nach Anhörung des Präsidenten durch den EMD-Chef ernannt und betrug 42 Mitglieder. Im Bild fünf Vertreter der Kommission. War diese Kommission babylonisch?

Die Empfehlungen der Kommission Brunner wurden anschliessend in der Erarbeitung des SIPOL B 2000[398] wieder aufgenommen und zu einem Konzept verarbeitet. Dieser Bericht formuliert die sicherheitspolitischen Ziele auf Grund der schweizerischen Interessen und zeigt die Instrumente auf, um diese Ziele zu erreichen. Die Armee ist eines dieser sicherheitspolitischen Instrumente.

Der Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 07.06.1999[398] sagt es bereits auf der Titelseite: Sicherheit durch Kooperation.

Die Lage verlange sicherheitspolitische Kooperation sowohl im Inland als auch mit ausländischen Staaten und internationalen Organisationen. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen wären nur zu bewältigen, wenn alle für den Einsatz im Inland zur Verfügung stehenden Mittel noch flexibler und effizienter eingesetzt würden und wenn die Schweiz beim Einsatz ihrer grenzüberschreitenden Mittel – ohne Aufgabe der Neutralität - die Chancen internationaler Zusammenarbeit zur Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit nutze. Im Klartext heisst das, man müsse einem Bündnis beitreten oder zumindest mit ihm zusammenarbeiten. Und da es weit und breit nur ein Bündnis gibt, so muss man mit der NATO kooperieren.

Nachdem der Bundesrat die dazu gehörigen Verordnungen (SR 513.76 und 513.76) per 01.06.2006 in Kraft gesetzt hatte, konnte das Werk in die Tat umgesetzt werden. Die «Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA – SR 513.76)» nennt als Gegenstand den Assistenzdienst der Armee zum Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland. Der Assistenzdienst ist im Militärgesetz (SR 510.10) ab Art. 67 ff geregelt. Er kann für zivile Behörden, zur Erhöhung der Bereitschaft der Armee und im Ausland erfolgen.

§ Zur Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen können auf Ersuchen einzelner Staaten oder internationaler Organisationen Truppen entsandt werden.
§ Soweit schweizerische Interessen zu wahren sind, können Truppen zum Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland eingesetzt werden.

Und da die Kriege zur «Demokratisierung» (sprich Unterwerfung) der angegriffenen Länder erfolgen, ist es auch logisch, dass es sich nur um humanitäre Hilfeleistungen handeln kann, womit auch Kampfhandlungen gerechtfertigt werden können. Auffallend in der «Verordnung über das Personal für den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (PVSPA – SR 519.1)» ist das Amtsgeheimnis Artikel 23, wie es von diesen Angehörigen abverlangt wird: Es ist ihnen untersagt, über dienstliche Erfahrungen in der Öffentlichkeit zu berichten und in die Arbeitsverträge sind Hin-

398 http://www.offiziere.ch/wp-content/uploads/Sipol-B-2000-D.pdf

weise auf die straf- und disziplinarrechtlichen Folgen von Verletzungen der Verschwiegenheitspflicht zu machen. Es ist damit offensichtlich, dass der Bundesrat mit dem AAD sein eigenes Süppchen kocht und einmal mehr die Bevölkerung hinters Licht führt.

Im Jahre 2007 wurde diese geheimnisumwitterte Spezialformation mit dem offiziellen Namen «Armee-Aufklärungsdetachement 10 (AAD 10)» auf dem Waffenplatz Isone erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt, doch seither werden keine Anfragen mehr darüber beantwortet. Die Formation AAD ist wohl bekannt, sie ist aber geheim und deshalb macht der «Staat» im Staat damit, was er will! Offiziell soll das «Detachement» zirka 90 Personen umfassen, doch ob diese Zahl in absehbarer Zukunft eingehalten wird, wird niemand wissen.

Inzwischen wird bereits berichtet, dass das AAD im Irak, am Horn von Afrika im Rahmen der EU NAVFOR Somalia – Operation «Atalanta» und in Mali im Einsatz stehe oder gestanden sei. Somalia gilt dank des Einsatzes des Westens als gescheiterter Staat und die Überfälle auf die Handelsschiffe vor der Küste werden von London aus organisiert, indem die genaue Position der Schiffe übermittelt wird.

Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)

Nochmals: Alles was geheim ist, ist der öffentlichen Kontrolle entzogen und dient nur dem babylonischen Netzwerk.

Seiler Markus*	Alex Kuprecht*	C. Eichenberger*
Maya Graf*	Alfred Heer*	Claude Janiak*

Seit dem 1. Januar 2010 existiert in der Schweiz ein neues sicherheitspolitisches Instrument, der Nachrichtendienst des Bundes, kurz NDB. Der neue Dienst entstand durch die Zusammenführung des Dienstes für Analyse und Prävention DAP und des Strategischen Nachrichtendienstes SND. Der Direktionsbereich Steuerung und Lage organisiert den gesamten nachrichtendienstlichen Prozesses und priorisiert Themen, Informationsbedürfnisse der Leistungsbezüger und Ressourcen. Der Direktionsbereich Beschaffung beschafft namentlich nicht öffentlich zugängliche Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden. Er erbringe operative Dienstleistungen zugunsten des NDB und Dritter. Wer sind diese Dritten? Die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte «überwache» die Tätigkeiten in Bezug auf Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit und habe dazu umfassende Einsichtsrechte.[399] Die Bestandesstärke des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) ist geheim. Es ist aber davon auszugehen, dass heute 250 Angestellte beim NDB arbeiten. Der ehemalige Generalsekretär des Verteidigungsdepartementes (VBS), der Politologe Markus Seiler, ist seit 2010 Direktor des NDB. Die politische Oberaufsicht erfolgt angeblich über die GPDel. Sie besteht gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern: Alex Kuprecht; Corina Eichenberger-Walther, Zentralpräsidentin Gesellschaft Schweiz-Israel, VR Privatbank Dreyfus Söhne & Cie, Präsidentin der Stiftung Stapferhaus, Lenzburg; Maya Graf, Präsidentin den Nationalrates 2012/2013; Alfred Heer; und Claude Janiak.

399 http://www.vbs.admin.ch/de/vbs/organisation/verwaltungseinheiten/nachrichtendienst.html

Die Entstehung der heutigen Geheimdienste

Seit in der Menschheitsgeschichte begonnen wurde, Herrschaft über andere Völker auszuüben, ging es immer wieder um das frühzeitige Erkennen von Informationen über den Gegner, weshalb der Nachrichten- oder Geheimdienst immer wieder eine entscheidende Rolle gespielt hatte.

Die Briten haben die älteste Tradition im Geheimdienstwesen der Neuzeit, denn der heutige britische Secret Intelligence Service (SIS), der Nachfolger des Military Intelligence Department Six (MI6) geht zurück auf Sir Francis Walsingham (1532-1590). Er war Meisterspion unter Königin Elisabeth I. (1533-1603) und zuständig für Operationen mit schmutzigen Tricks. Das war jene Zeit, als die Venezianer, d.h. der Schwarze Adel bzw. die Babylonier, begonnen haben, in England Fuss zu fassen. Von Francis Walsingham stammt der Satz: «*Knowledge is never too dear* – Wissen ist nie zu teuer.»

Ein halbes Jahrhundert nach Walsingham entsteht in Frankreich bei Kardinal Richelieu (1585-1642), dem ersten Minister von König Ludwig XIII. eine systematische Spionage. Sein Chefspion war der Kapuzinermönch Père Joseph (1577-1638); wegen seiner grauen Kutte wird er als die «graue Eminenz» bezeichnet. Richelieu wollte das militärische Potenzial der Hugenotten brechen, um den jesuitischen Absolutismus in Frankreich dauerhaft zu etablieren. Richelieu erfindet Spionage-Instrumente zur Beeinflussung der Presse und der öffentlichen Meinung. Ein Jahrhundert später hat Ludwig XV. (König von 1715-1774) tatsächlich eine kleine Geheimdienstzelle mit 35 Mitarbeitern eingerichtet, das *Secret du Roi*, das er als geheimes diplomatisches Instrument benutzt. Auch er kennt das «Teile und Herrsche», indem er parallel zur offiziellen Diplomatie mit Botschaftern usw., mit seinen Geheimagenten genau das Gegenteil ausübt.[400] Das ist die heutige tägliche Politik, «Wasser predigen und Wein trinken.», auch der Schweiz.

1945 gab die britische Königsfamilie an Sir William Stephenson (1897-1989) Anweisungen, alle Geheimdienstagenturen der Kriegszeit unter einen Schirm zu versammeln und sie in ein Vehikel umzuformen, um das weit vernetzte britische Imperium und seine immens reichen Geschäftsunternehmen zu beschützen. In Ausübung seiner Anweisungen reiste Stephenson nach Panama, wo er *«The British American Canadian Corporation»* gründete. Unter den Vorstandsmitgliedern waren Sir Max Aiken (1910-1985), der Sohn Lord Beaverbrooks (1879-1964), Sir Brian Edward Mountain, Vorsitzender der Eagle Star Insurance Company, … und Edmond Safra (1932-1999). Beaverbrooks und Mountain sind Mitglieder des Komitees der 300. Die *«The British American Canadian Corporation»* wurde kurze Zeit später in *«World Commerce Corporation»* umbenannt. Die Firma war eng verbunden mit der 1956 gegründeten Firma *Permanent Industrial Expositions Incorporated* (PERMINDEX). PERMINDEX ist auch unter dem Namen «Assassination Bureau» (Mordbüro) bekannt. Sie existieren in den Vereinigten Staaten und in Europa. So ein Mordbüro besteht in der Schweiz. Die Operationen wurden durch den Schwarzen Adel mithilfe der Genfer Bank *Lombard Odier* und *Schroeders Bank of London* finanziert. Die Wurzeln von PERMINDEX gehen direkt auf die BEIC und ihren Opiumhandel mit folgenden Personen zurück: Keswick, Hambro, Jardine Matheson, N.M. Rothschild, Barclays Bank sowie der Argus Group, die zur Hollinger Group wurde.[401]

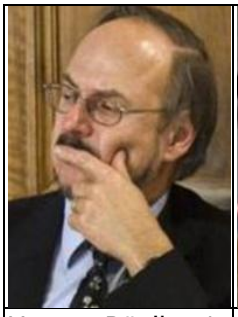
Somit ergibt sich, dass die Geheim- und Nachrichtendienste aus geschichtlichen Gründen einmal mehr babylonisch sind. Deshalb sind weltweit alle Geheimdienste vom britischen Geheimdienst abhängig, auch die CIA und der FSB, da alles von Babylon aus gesteuert wird.

---

400 Krieger Wolfgang: *Die Welt der Geheimdienste Eine Geschichte voller Illusionen* http://www.swr.de/-/id=12942394/property=download/nid=660374/elo47j/swr2-wissen-20140413.pdf

401 Coleman Komitee 2006, Seiten 316, 376 und 384

Der ehemalige Dienst für Analyse und Prävention (DAP)


Urs von Däniken*

Maria Roth*

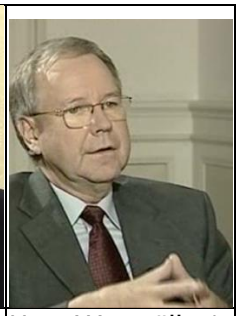
Urs von Däniken war in den Jahren 1990–2000 Chef der schweizerischen Bundespolizei und stellvertretender Bundesanwalt und in den Jahren 2001-2008 Chef des inländischen Nachrichtendienstes (Dienst für Analyse und Prävention). Auf der Homepage der Anwaltskanzlei gibt er sogar an, dass er Vertreter der Schweiz im Europarat für Gewalt im Sport sei. Wie doch der Sport weiterhin politisiert wird, um uns zu drangsalieren. Und das Wenige, was man über von Däniken erfährt, ist alles andere als beruhigend.

Die GPK-Präsidentin des Nationalrates, Maria Roth-Bernasconi äusserte sich am 02.07.2010 den Medien gegenüber wie folgt: «Von Däniken habe seine Arbeit nicht gut gemacht, das Gesetz nicht immer eingehalten und auch nicht immer die Wahrheit gesagt, insbesondere habe er die GPDel angelogen; das Vertrauen sei zerstört. Dass der Bundesrat nun ausgerechnet ihn für die Reorganisation der Bundesanwaltschaft beauftragt habe, sei befremdend.»

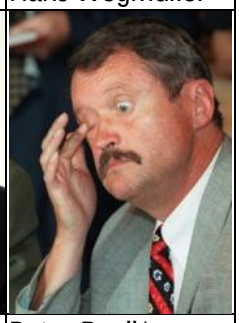
Das sind nur verbale Äusserungen, um den Massen zu suggerieren, dass die Politik die Staatsverwaltung kontrolliere und alles im Griff habe. In Tat und Wahrheit deckt das Parlament nicht nur dieses Vorgehen vorsätzlich, sondern alle übrigen Verbrechen, ansonsten es eine andere Gesetzgebung machen und die Verursacher verfolgen würde. Das will sie vorsätzlich nicht.

Der ehemalige Strategische Nachrichtendienst (SND)

Paul Zinniker


Hans Wegmüller*

Martin von Orelli*


Peter Regli*

Der SND erhielt vom Bundesrat jeweils einen Grundauftrag, der den grundsätzlichen Rahmen der nachrichtendienstlichen Bedürfnisse des Bundes in Bezug auf die Auslandaufklärung absteckte. Der Grundauftrag musste spätestens alle fünf Jahre vom Bundesrat revidiert werden.

Paul Zinniker trat 1991 als Führungsoffizier in den SND ein. In der Zeit vom 01.06.2008-31.12.2009 war er Direktor des Strategischen Nachrichtendienstes und seither ist er stellvertretender Chef des NDB.

Hans Wegmüller war in den Jahren 2001-2008 Direktor des Strategischen Nachrichtendienstes. In seine Amtszeit fiel der Übergang des SND vom militärischen zum zivilen Auslandnachrichtendienst. Er habe den SND neu positioniert und die internationale Reputation des Dienstes wesentlich gefördert, schrieb das VBS.

Divisionär Martin von Orelli, Unterstabschef Nachrichtendienst übernahm das Amt 1999-2000 ad interim. Orelli sitzt zudem im Beirat des babylonischen Vereins Zivilgesellschaft.

Divisionär Peter Regli, Unterstabschef Nachrichten und Abwehr, leitete das Amt in den Jahren 1990-1999. Vor seinem erzwungenen Rücktritt liess er 1999 nahezu sämtliche Akten über die nachrichtendienstliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime vernichten. Ende 2000 wurde er vom Bundesrat vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Im Januar 2003 reichte das VBS eine Strafanzeige gegen Regli ein.

Anzumerken ist, dass eine ganze Reihe von Schweizer Firmen in dieses Geschäft verwickelt war. 1982 gründete Blocher die «Arbeitsgruppe südliches Afrika» (ASA), der er als Präsident vorstand. Die Gruppe gab das «ASA-Bulletin» heraus, in dem die Apartheit verteidigt wurde.[402] Laut einer Nationalfonds-Studie habe der südafrikanische Geheimdienst die Kontakte zum damaligen Nationalrat Chris-

402 http://oraclesyndicate.twoday.net/stories/1317545/

toph Blocher als sehr wertvoll eingestuft. Blocher dementiert und schweigt. Aber unter Regli wurde nicht nur mit Südafrika verhandelt. Da gab es auch Handel mit Plutonium, Uran etc.[402], eben alles wovon die Babylonier profitieren können.

Berner Club (Club de Berne)

Der Berner Club (auch Club de Berne genannt) besteht aus den Chefs der Inlandsnachrichtendienste seiner Mitgliedsstaaten (28 EU-Länder, Norwegen und Schweiz). Er wurde 1971 gegründet und handelt geheim. Anfangs gehörten dem Club angeblich nur die Schweiz, der deutsche Verfassungsschutz, Österreich, Italien und die Nachrichtendienste Frankreichs an. Es gibt kein Sekretariat. Es werden auch keine Beschlüsse gefasst, sondern der Club dient vielmehr zum «freien Meinungsaustausch» über die Aufgaben und Erkenntnisse der jeweiligen Nachrichtendienste. Die Treffen finden zweimal im Jahr statt und werden reihum vorbereitet. Hauptkritikpunkt ist der mögliche Datenaustausch ohne jegliche politische Kontrolle. Was der Verein tatsächlich tut, wer dabei auftritt, wer die Geschäfte führt und auf welcher rechtlichen Grundlage der Club operiert, ist unbekannt. Dies gilt ebenso für die Schweizer Vertretung im Club: Wer bzw. welche Institution darin teilnimmt und wer welche Kosten trägt, wird von den politisch Verantwortlichen nicht offengelegt. Der Berner Club ist demzufolge babylonisch.

Im September 2001, also nach den babylonischen Terroranschlägen vom 11. September, wurde die spezielle Gruppe für Terrorismusbekämpfung (Counter Terrorist Group/CTG) gegründet. Sie soll als Schnittstelle zwischen der EU und den Leitern der Sicherheits- und Nachrichtendienste der Mitgliedsstaaten dienen. Diskussionsthema ist auch die Umsetzung der Zielsetzungen aus der Erklärung des Europäischen Rats zum Kampf gegen den Terrorismus, die nach den Madrider Attentaten erstellt worden sind. Seit ihrer Gründung habe die Gruppe Bedrohungsanalysen für führende Politiker auf EU-Ebene erstellt. Diese Analysen beruhen auf Angaben von Mitgliedsdiensten, die Zugang zu allen relevanten nachrichtendienstlichen Erkenntnissen haben. Die CTG ist darüber hinaus Forum für Experten für die Entwicklung praktischer Zusammenarbeit und eines besseren Verständnisses terroristischer Bedrohungen. Was sind das für Experten, die die Zusammenhänge nicht kennen? Babylonische? Nicht nur die CTG, sondern auch die Nachrichtendienste aller Mitgliedsländer sind demzufolge Diener der EU, weil sie für EU-Politiker Analysen erstellen.

Es sei hier ausdrücklich in Erinnerung gerufen, dass alle Terroranschläge der letzen Jahre, wenn nicht überhaupt alle, durch babylonische Organisationen als Auftrag ausgeführt wurden. Diese Aussage wird sogar von den US-Medien bestätigt. Sie schreiben, dass fast jede grosse terrorismusbezogene Strafverfolgung nach dem 11. September eine Stacheloperation nach sich gezogen habe, in deren Mitte ein Regierungsinformant stand.[403]

Überwachung

Aus der Geschichtsliteratur ist bekannt, dass Regierungen von Babylon überwacht werden. Wo die Grenze zwischen dem offiziellen, staatlichen Geheimdienst und den eigenen privaten Geheimdiensten von Babylon liegt, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls wird registriert, wenn ein Regierungsmitglied «fremd» geht. Das passiert auch in der Schweiz.

---

403 Euromed vom 11.07.2017: *Ehemaliger CIA-Geheimdienst-Agent: "Jeder Terror-Vorfall in den US war eine FBI-angestachelte falsche Flagge". New York Times beschreibt wie!*
http://new.euro-med.dk/20170711-ehemaliger-cia-geheimdienst-agent-jeder-terror-vorfall-in-den-us-war-eine-fbi-angestachelte-falsche-flagge-new-york-times-beschreibt-wie.php
The Intercept, 16.01.215: *Latest FBI Claim of Disrupted Terror Plot Deserves Much Scrutiny and Skepticism.* https://theintercept.com/2015/01/16/latest-fbi-boast-disrupting-terror-u-s-plot-deserves-scrutiny-skepticism/
activistpostRecordings, 06.07.2017: *Reveal FBI Gave Man a Rifle, Urged Him to Carry Out Mass Shooting to "Defend Islam".* http://www.activistpost.com/2017/07/recordings-reveal-fbi-gave-man-rifle-urged-carry-mass-shooting-defend-islam.html

2.4.5 Medien

«Die Pluralität der Meinungen in den Massenmedien schafft Rechtfertigung für fast alle Verrücktheiten unserer Zeit und vernachlässigt das „Normale“, auf dessen Existenz unser Zusammenleben beruht.»
«Wir nähern uns ... der Situation, in der die Massenmedien zur Dressur der Massen missbraucht werden.»
Karl Steinbuch (1917-2005), deutscher Kybernetiker und Informationstheoretiker

«Ihr jubelt über die Macht der Presse - graut euch nie vor ihrer Tyrannei?»
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916), Österreichische Erzählerin

Die Funktion der Medien[404]

«Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.»
Paul Sethe (1901-1967), Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung[405]

Bevor wir die einzelnen Bereiche anschauen, müssen wir uns grundsätzlich über die Aufgabe und die Funktionen der Massenmedien bewusst werden.

Unter Funktionen der Massenmedien versteht man die kommunikativen Aufgaben, die den Medien in einer demokratischen Gesellschaft zugeschrieben werden, sowie die Leistungen, die die Medien für die Menschen dieser Gesellschaft erbringen. Medien sind demnach am (Fort-) Bestand des Gesellschaftssystems und dessen Anpassungsmöglichkeiten an die Umwelt mitbeteiligt.[404]

Dabei werden vier gesellschaftliche Funktionen erwähnt, nämlich die *Informationsfunktion*, die *sozialen Funktionen*, die *politischen Funktionen* und die *ökonomischen Funktionen*.

Die *Informationsfunktion* ist die zentrale Funktion der Massenmedien; eine Leistung der Massenmedien, die diese im Hinblick auf das soziale, politische und gesellschaftlich-ökonomische System übergreifend erbringen. Die Medien vermitteln Wissen und Erfahrungen, d.h. das subjektive Wissen des Empfängers wird erweitert. So sorgen die Massenmedien dafür, dass die Menschen die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Zusammenhänge begreifen, die Demokratie verstehen und über Politik so unterrichtet sind, dass sie selbst aktiv daran teilnehmen können.

Soziale Funktionen sind jene Leistungen der Massenmedien, die diese im Hinblick auf die gesellschaftliche Umwelt als soziales System erbringen. Am bedeutendsten für das Zusammenleben von Menschen in industriellen Grossgesellschaften ist die *Sozialisationsfunktion*, also die *«Sozialisierung und Stärkung des Normbewusstseins»*. Massenmedien vermitteln Handlungsmuster, Rollenverhalten, Normen und gesellschaftliche Werte. Die *soziale Orientierungsfunktion* bezieht sich darauf, dass die Massenmedien es ermöglichen, sich in einer immer unüberschaubareren Umwelt zurechtzufinden, indem sie eine Fülle von Details bereitstellen. Weiter erfüllen sie den Bedarf nach Zerstreuung und Ablenkung. Dadurch ermöglichen es Medien den Menschen, sich zu erholen und von der Arbeit abzulenken. Durch Unterhaltung und Entspannung sind wir wieder in der Lage, unsere Arbeit zu leisten, mit unseren Problemen fertig zu werden und unser Leben zu bewältigen. Dabei werden bisweilen gewisse Fluchttendenzen unterstützt, wodurch die Medien für die Empfänger auch die Funktion erfüllen, die Sorgen des Alltags zu vergessen und vor der eigenen Realität zu flüchten. Nach der *Integrationsfunktion* vermitteln Medien in unserer durch verschiedene Gruppen organisierten bzw. durch vielfältige Interessen differenzierten Gesellschaft gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und Verhaltensnormen, sowie stellen Massenloyalität für die Geltung dieser sozialen, politischen und rechtlichen Normen her.

Politische Funktionen beziehen sich auf demokratisch organisierte Staaten. Die wichtigste Funktion der Massenmedien in der Demokratie ist das *Herstellen von Öffentlichkeit*. Öffentlichkeit entsteht und besteht heute darin, dass Informationen via Massenmedien öffentlich zugänglich gemacht wer-

404 https://de.wikipedia.org/wiki/Funktionen_der_Massenmedien
405 Weltwoche, Nr. 1-2007, Seite 15

den. Politische Entscheidungen in einer Demokratie sind nur legitimierbar, wenn sie Ausdruck des Willens einer Mehrheit der betroffenen Bevölkerung sind. Willensbildung erfordert die Diskussion von Meinungen. Die Medien vermitteln das Wissen für die Willensbildung und ermöglichen die Teilnahme der Bürger am politischen Prozess (politische Partizipation): Sie tragen zur *politischen Bildung* bei. Die Massenmedien transportieren die Stimmung in der Bevölkerung und können Sprachrohr der politischen Parteien sein. Nur so kann die Willensbildung im eigentlichen Sinne zustande kommen. Mit der politischen Sozialisationsfunktion ist die *politische Bildungsfunktion* der Medien verbunden, d.h. dass die Medien einen Beitrag leisten zur Heranbildung von am politischen Prozess beteiligten Staatsbürgern. Das Optimum gipfelt in der Fähigkeit zur Meinungsbildung. Ausserdem haben die Medien eine *Kritik- und Kontrollfunktion*. Sie geben den Mitgliedern einer Demokratie die Möglichkeit zur Kritik an den Machtträgern, indem sie Opposition und anderen Interessengruppen öffentliches Gehör verschaffen. Darüber hinaus kritisieren sie selbst Staat, Gesellschaft oder Organisationen, z.B. durch investigative Recherchen oder Kommentare zu aktuellen Themen. Man spricht deshalb auch von den Medien als Vierte Gewalt im Staat.

Die *ökonomischen Funktionen* beziehen sich auf die gesellschaftliche Umwelt als ökonomisches System in Gesellschaften, die nach privatwirtschaftlichen (also kapitalistischen) Prinzipien organisiert sind. Die zentrale ökonomische Funktion der Massenmedien ist die *Zirkulationsfunktion*. Danach unterstützen die Medien die Aktivierung des Ware-Geld-Umlaufs und sind, indem sie den Warenumschlag beschleunigen, ein Motor des Wirtschaftskreislaufs. Ausserdem werden kapitalistische Produktions- und Machtverhältnisse im Rahmen der Medieninhalte gefestigt. Medien vermitteln Wissen, das dem Konsumenten hilft, Kaufentscheidungen zu treffen. Durch Befriedigung der Informations- und Unterhaltungsansprüche der Rezipienten erhält die arbeitende Bevölkerung jene Gratifikation, die sie benötigt, um sich zu entspannen, sich physisch zu erholen und sich psychisch zu motivieren.

Alle massenmedialen Informations- und Unterhaltungsangebote tragen schliesslich zur Legitimierung und Propagierung des gesellschaftlichen Organisationsprinzips bei, auf dem sowohl die Gesellschaft als Ganzes, als auch die Medien basieren. In diesem Zusammenhang spricht man von der *herrschaftlichen Funktion*, die die Medien erfüllen.

Fazit: Die Medien erfüllen eine herrschaftliche Funktion, jene von Babylon, indem sie die Gesellschaft veräppelt.

> *«Von einer unabhängigen Presse in Amerika kann nicht die Rede sein. Nicht ein einziger Mann unter Ihnen wagt es, seine ehrliche Meinung auszusprechen. Wir sind die Instrumente und Vasallen der Reichen hinter den Kulissen. Wir sind Marionetten.»*
> *«Jene Männer ziehen an den Fäden und wir tanzen. Unsere Zeit, unsere Talente, unser Leben und unsere Kräfte sind alle Eigentum jener Männer - wir sind intellektuelle Huren.»*
> *John Swinton (1829-1901), Herausgeber der «New York Times»*
> *1914 am Jahresbankett der American Associated Press*

Diese Definition, die selbstverständlich auch der Realität entspricht, kann nicht unkommentiert bleiben. Nachdem die Leserschaft ein Stück weit hinter die Kulissen gesehen hat, wird sie die auszugsweise abgeschriebenen Zeilen auch in einer anderen Perspektive sehen.

Betrachten wir nur die *Informationsfunktion*, so sollten die Medien den Menschen die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Zusammenhänge erklären. Wenn Sie das vorliegende Manifest bis hierher verstanden haben, so können Sie die Antwort selber geben: Nein, sie tun es nicht, denn sie erzählen nur babylonische Märchen, aber nichts, das Sie befähigen würde, auf die tatsächlichen Belange Einfluss zu nehmen. Aber genau letzteres dürfen Sie nicht tun, weshalb man Sie konditionieren[406], also abrichten muss. Ebenfalls wird von Demokratie gefaselt, die, wie nachgewiesen, nicht vorhanden ist. Demzufolge ist die Aussage, *«die Massenmedien erbringen eine Leistung im Hinblick auf das soziale, politische und gesellschaftlich-ökonomische System»,* korrekt, da ihre

[406] Unter Konditionierung versteht man in der Lernpsychologie Formen des Lernens von Reiz-Reiz-Assoziationen bzw. Reiz-Reaktions-Assoziationen durch wiederholte Koppelung von Reizen.

zentrale Funktion nur dem Erhalt des bestehenden babylonischen Systems dient, aber nicht den Menschen.

> Fazit: Die Massenmedien erfüllen nur einen Zweck, nämlich das bestehende babylonische System zu erhalten, denn sie verbreiten nur subjektives, also babylonisches Glaubenswissen.

Die *Sozialisationsfunktion* der Massenmedien ist nichts anderes als die *«Sozialisierung und Stärkung des Normbewusstseins»*. Norm bedeutet, dass soziale Empfindungen reglementiert und nicht mehr frei sind, d.h. wir werden von den Medien konditioniert. Wer definiert diese Reglemente? Natürlich Babylon!

Die Massenmedien sollen uns eine Fülle von Details bereitstellen, damit wir uns in einer immer unüberschaubareren Umwelt zurechtzufinden. Hier ist vielmehr davon auszugehen, dass zu viel Information geliefert wird, anstatt die Probleme grundsätzlich zu erklären, damit alle das System verstehen und sich ein eigenes Bild machen können. Das ist aber nicht Absicht der Herrschenden, denn solange die Menschheit nicht weiss, wo hinten und vorne sowie oben und unten ist, kann man sie an der Nase herumführen. Dazu braucht es nicht einmal einen Nasenring wie bei einem Stier. Die Menschen werden so kanalisiert und durch das babylonisch-dialektische System kontrolliert gegeneinander aufgehetzt. Damit wird zum Systemerhalt von Babylon beigetragen.

Weiter haben die Massenmedien dafür zu sorgen, dass sich die Menschen geistig zerstreuen und ablenken, um sich zu erholen und von der Arbeit abzulenken. Damit sollen wir besser fähig werden, unsere Arbeit zu erledigen, mit unseren Problemen zu fertig werden und unser Leben zu bewältigen. Das alles sind aber Voraussetzungen, damit wir nicht auf die Idee kommen, unser System zu hinterfragen, sondern fleissig arbeiten und konsumieren, denn nur so profitiert Babylon. So könnten die Menschen ihre Sorgen es Alltags vergessen und vor der eigenen Realität flüchten. Mit andern Worten, weil es die Menschen in diesem babylonischen System nicht mehr ertragen, flüchten sie in eine Scheinwelt, die ihnen die Medien suggerieren. Ist das unser gepriesene Fortschritt, weil die Menschen nicht in der Lage und willens sind, zum Ursprung zurück zu kehren?

Unsere Gesellschaft wird durch die verschiedenen Gruppen und Organisationen mit vielfältigen Interessen, die alle durch Babylon gegründet, gesteuert und manipuliert werden, beeinflusst. Die Medien vermitteln uns diese Interessen als gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und Verhaltensnormen sowie stellen Massenloyalität für die Geltung dieser sozialen, politischen und rechtlichen Normen her. Mit andern Worten, wir werden durch diese Organisationen und die Medien völlig konditioniert, an deren Religion wir zu glauben haben.

> Fazit: Die Massenmedien vermitteln uns die vielfältigen Interessen der verschiedenen babylonischen Organisationen und stellen diese als gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und Verhaltensnormen dar, die als Massenloyalität die sozialen, politischen und rechtlichen Normen herstellen. Mit andern Worten: Wir werden vollständig durch Babylon manipuliert.

Das *Herstellen von Öffentlichkeit* ist die wichtigste Funktion der Medien. Dabei werden Informationen via Massenmedien öffentlich zugänglich gemacht, um die Willensbildung zu beeinflussen. Diese Willensbildung keimt aber nicht zuerst in den Köpfen der Bevölkerung, sondern in den Köpfen jener Kreise, die die babylonische Agenda planen und steuern. Aber die Massenmedien transportieren ausgerechnet diese Ideen und vermitteln sie so subtil, dass sie angeblich die Meinung der Bevölkerung wiedergeben. Damit verbunden ist die sogenannte politische Bildung, indem die Zusammenhänge so erklärt werden, wie sie für Babylon günstig erscheinen. Angesichts der Tatsache, dass die Menschheit keine Ahnung hat von den tatsächlichen Zusammenhängen, ist es ein Leichtes, die Menschen so weiter zu verblöden, weshalb am Schluss immer Babylon als Sieger da steht. Das ist die politische Sozialisationsfunktion. Die Medien sind deshalb auch die vierte babylonische Gewalt im Staat.

> Fazit: Die Massenmedien vermitteln uns nur das, was für den babylonischen Politprozess erforderlich ist, um uns in die gewünschte Richtung zu manipulieren. Die Medien sind deshalb die Vierte Gewalt im babylonischen Staat.

Die *ökonomische Funktion* der Massenmedien besteht darin, das babylonisch-privatkapitalistische System zu unterstützen und es als das Non plus Ultra darzustellen. Dabei geht es einzig und allein

darum, den «Motor» des Wirtschaftskreislaufs aufrecht zu erhalten, damit mehr babylonischer Müll gekauft bzw. konsumiert und produziert wird, um so die Umwelt noch mehr zu verschmutzen. Nur wenn dieser babylonische «Motor» am Laufen gehalten wird, kann Babylon noch mehr verdienen und seine Macht noch mehr ausdehnen; schrumpft er durch ein Paradigmenwechsel, droht Babylon Gefahr.

Fazit: Die Massenmedien müssen uns täglich das babylonisch-privatkapitalistische System als Non plus Ultra verkaufen, damit wir in unserem Hamsterrad einigermassen zufrieden gehalten werden und nicht auf andere Gedanken kommen, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Das alles hört sich wie die Psychologie der Massen von Edward Louis Bernays (1891-1995), einem Neffen des B'nai Brith-Bruders Sigmund Freud (1856-1939), dem Haupttheoretiker des *Tavistock Instituts of Human Relations*[407] des Komitees der 300 und Vater der Public Relations an. Eines seiner wichtigen Bücher war *Propaganda*[408]. Sein geistiger Vorgänger war der Soziologe Gustave Le Bon (1841-1931). Er verfasste 1895 das Buch *Psychologie der Massen*.[409]

> *«Wenn wir den Mechanismus und die Motive des Gruppendenkens verstehen, wird es möglich sein, die Massen, ohne deren Wissen, nach unserem Willen zu kontrollieren und zu steuern.»* *Edward Bernays*

> *«Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element in der demokratischen Gesellschaft. Wer die ungesehenen Gesellschaftsmechanismen manipuliert, bildet eine unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist. Wir werden regiert, unser Verstand geformt, unsere Geschmäcker gebildet, unsere Ideen grösstenteils von Männern suggeriert, von denen wir nie gehört haben. Dies ist ein logisches Ergebnis der Art wie unsere demokratische Gesellschaft organisiert ist. Grosse Menschenzahlen müssen auf diese Weise kooperieren, wenn sie in einer ausgeglichen funktionierenden Gesellschaft zusammenleben sollen. In beinahe jeder Handlung unseres Lebens, ob in der Sphäre der Politik oder bei Geschäften, in unserem sozialen Verhalten und unserem ethischen Denken werden wir durch eine relativ geringe Zahl an Personen dominiert, welche die mentalen Prozesse und Verhaltensmuster der Massen verstehen. Sie sind es, die die Fäden ziehen, welche das öffentliche Denken kontrollieren.»* *Edward Bernays*

Nachrichtenagenturen

> *«Nachrichten und Wahrheit sind nicht dasselbe.»*
> *Walter Lippmann (1889-1974), Journalist, einer der Gründer des Tavistock-Instituts, Mitglied des Komitees der 300*

> *«Unser Job ist es nicht, den Leuten das zu geben was sie wollen, sondern das, was sie unserer Ansicht nach bekommen sollen.»*
> *Richard Salant (1914-1993), Präsident von CBS News*

Nachrichtenagenturen sind jene Organisationen, die Ereignisse zu einem Bericht zusammenfassen und diese verkaufen und so die Medien mit «Stoff» beliefern. Je nachdem, wie weit sie ihre Berichte verkaufen können, ist dem entsprechend auch ihr Einfluss gross. Und dieser ist heute unglaublich gross. Arthur Mayer (1844-1924, Leiter der französischen Zeitschrift «Gaulois» riet einmal:

---

407 Coleman John, *Das Tavistock-Institut: Auftrag: Manipulation*, Fischer, 2011, 400 Seiten, ISBN 9783941956117.

408 Bernays Edward L., *Propaganda. Comment manipuler l'opinion en demacratie*, Ig Publishing, Erstausgabe 1928, New Ed 2004, 168 Seiten, Englisch, ISBN 0970312598.
E-Book in English: https://archive.org/details/BernaysEdwardPropagandaEN1928153P.
Bernays Edward L., *Propaganda: Die Kunst der Public Relations*, orange-press, 3. Auflage 2011, Deutsch, 160 Seiten, ISBN 3936086354.

409 Le Bon Gustave, *Psychologie der Massen*, Nikol, 2009, 208 Seiten, ISBN 3868200266.

«Stützen Sie sich auf keine Zeitung, weder auf den „Gaulois“ noch auf eine andere; setzen Sie aber Ihren Fuss um allen Preis in eine oder mehrere Agenturen. Die Agentur gestatte eine geleitete, anonyme Beeinflussung: niemand kümmert sich darum, und sie ist eine umso sichere Waffe.»

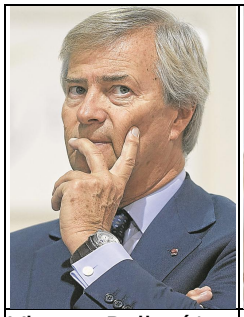
zitiert nach Heinz Ballensiefen, Juden (Babylonier) in Frankreich, ISBN 3922314929

Mayer erklärte auch, dass drei bis vier internationale Telegraphenagenturen die Welt wie mit einem Spinnennetz umschliessen. Sie zählen die grossen Kapitalisten zu ihren Gesellschaftern und können nicht anders als den grossen, finanziellen und politischen Interessen dienen.

Und Br\ Baronet Moses Montefiori (1784-1885), oberster Zivilbeamter der City of London, forderte auf einem internationalen Oberrat leitender Weltpolitiker in Krakau:[410]

«Was faselt Ihr! Solange wir nicht die Presse der ganzen Welt in Händen haben, ist alles was Ihr tut, vergeblich; wir müssen die Zeitungen der ganzen Welt beeinflussen, um die Völker zu täuschen und zu betäuben.»

Internationale Nachrichtenagenturen



Vincent Bolloré*, Präs. + CEO von VUP

James C. Smith* Präs. + CEO von TR

Die ersten Nachrichtenagenturen sind in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden. Auf dem Europäischen Kontinent waren das spätestens 1835 die französische Havas, 1849 die deutsche Reuters und 1851 die deutsche Wolff. In Übersee war es 1848 ursprünglich die Harbour News Association die nachher in Associated Press (AP) umbenannt wurde.

Der Sepharde Charles Louis Havas gründete 1839 ein Anzeigengeschäft, dem später ein telegraphischer Nachrichtendienst angegliedert wurde. 1879 wurde Havas in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und geriet nachher in den Besitz der Banken. Sie war an vielen Medienfirmen beteiligt. 1998 wurde Havas vom grössten französischen Medienkonzern Vivendi übernommen und in Vivendi Universal Publishing (VUP) umbenannt.

Paul Julius Reuter, mit richtigem Namen *Israel Beer Josophat,* gründete, nachdem die Telegraphenlinie Berlin-Paris fast fertig war, 1849 einen Nachrichtendienst. 1851 verlegte Reuter sein Unternehmen nach London. Reuters Telegram Company arbeitete nun mit einem Kapital von 20 Mio. Mark. Nach der Entwicklung versah er alle wichtigen Städte der Welt mit eigenen Korrespondenten und Agenturen und verfügte letztlich mit seiner Aktiengesellschaft *«Reuters Telegraphic Comp. Incorporated»* über ein Nachrichtenmonopol. Am Ende des 19. Jahrhunderts kauften die Rothschilds die Nachrichtenagentur Reuters. Die Reuters Group plc (rtr) war zuletzt die weltweit grösste internationale Nachrichtenagentur mit Hauptsitz in London. Nach Kauf durch und Vereinigung mit der kanadischen Thomson-Gruppe heisst der Konzern seit 2008 *Thomson Reuters* (TR).

Bernhard Wolff war Gründer der Berliner National-Zeitung (1848) und 1851 des Wolffschen Telegrafenbüros in Berlin. 1865 wurde Wolffs Telegraphisches Bureau (WTB) auf Bestreben höchster Regierungsstellen und unter Beteiligung von Banken in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Es geriet damit in den Besitz von monarchisch-konservativen (babylonischen) Banken. Zudem geriet es unter den Einfluss der Pressepolitik Otto von Bismarcks. In einem geheimen Vertrag vom 10. Juni 1869 zwischen dem WTB und dem preussischen Staatsministerium wurde der Einfluss der Politik zementiert. Für eine Bevorzugung bei der Benutzung des Telegrafenbüros und einem Zuschuss verpflichtete sich WTB, amtliche Depeschen bevorzugt zu behandeln und andere Depeschen auf Wunsch vor der Verbreitung den Behörden vorzulegen. 1934 wurde WTB verstaatlicht und ging nachher im Deutschen Nachrichtenbüro auf.

---

410 Heise Karl, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg*, Seite 35.

Die Ursprünge von Harbour News Association liegen bereits im Mai 1846, als Moses Yale Beach, der Verleger der *New York Sun*, konkurrierenden Zeitungen vorschlug, Nachrichten zu beschaffen. Durch das Zusammenführen aus mehreren regionalen Presseagenturen 1892 baute Associated Press (AP) ihren Informationsvorsprung entscheidend aus. Die Deutsche Presseagentur arbeitet mit AP zusammen.

Gary B. Pruitt*
Präs. + CEO von AP

Noch vor 1870 schlossen die Telegrafenbüros Wolff, Reuter und Havas Verträge, die ihre Geschäftsgebiete und gegenseitigen Leistungen festlegten, auch nahmen sie nach und nach die Telegrafenbüros anderer Staaten in den Rahmen dieser Verträge auf.

Schweizerische Depeschenagentur AG (SDA)[411]

Die nationale schweiz. Nachrichtenagentur wurde 1894 auf Initiative von Charles Morel, dem damaligen Syndikat Schweizerischer Zeitungsverleger in Bern gegründet. Als genossenschaftlich organisierte AG ist die SDA nicht gewinnorientiert. Ihr Aktienkapital verteilt sich auf Printmedien mit Anteilen von 70%, die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) mit 10% sowie andere Organisationen mit insgesamt 20%. Kunden sind praktisch alle nationalen Printmedien und Privatradios sowie die SRG, Behörden und Firmen bei wachsendem Nichtmedienbereich. Als eigenständiger Dienst mit Büros in Basel, Zürich und Genf seit 1895 und mit Sitz der Zentralredaktion in Bern seit 1918 hat die SDA in allen Landessprachen ein Monopol für die Verbreitung von Auslandnachrichten. Neben der Diversifikation (z.B. Sport-, Finanz- und Bilderdienst) umfasste der Ausbau der SDA u.a. 1926-76 die Radiobulletins (Radionachrichtendienst)[412], ab 1950 den Telefonnachrichtendienst, 1957-65 die TV-Nachrichtenbulletins, ab 1981 die elektronische Nachrichtenverarbeitung und -übermittlung sowie ab 1994 den Anschluss an das Satellitensystem. Bereits 1896 arbeiten 50 Journalisten für die SDA; heute sind es rund 140 Personen.

Der Verwaltungsrat setzt sich 2014 wie folgt zusammen:

Hans H. Coninx*

H.P. Lebrument*

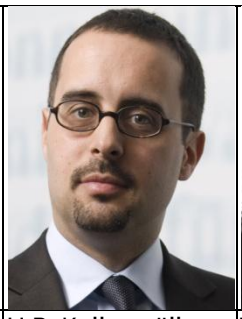
Walter Bachmann

Valérie Boagno*

Hans Heinrich Coninx (1945), Dr. phil., Küsnacht, seit 2003 Präsident des Verwaltungsrates. Er ist seit 1994 Mitglied des Vorstandes und des leitenden Ausschusses sowie Verantwortlicher für Markets Informations Network der European Publisher's Associsation ENPA, Brüssel. Zudem ist er Ehrenpräsident des Verbandes Schweizer Medien und seit 2009 Verwaltungsrat der Rothschild Bank AG.

M. Hagemann*

Pietro P. Supino*


H.P. Kellermüller

Thierry Meyer*

Hanspeter Lebrument (1941), Maienfeld. Vizepräsident des Verwaltungsrates seit 2011 (Mitglied seit 2005). Seit 2003 Präsident Verband Schweizer Medien.

Walter Bachmann

411 www.sda.ch

412 Rundfunkgeschichte 1927-1935. http://www.oldtimeradio.de/geschichte-1927-1935.php

(1963), lic. iur., Grossaffoltern. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2011. Generalsekretär der Schweizerischen Radio-und Fernsehgesellschaft SRG SSR, Bern.

Valérie Boagno (1965), Pully. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2011. Generaldirektorin von Le Temps, Genf. Präsidentin Verband Médias Suisse, Mitglied des Verwaltungsrates von WEMF (AG für Werbemedienforschung).

Matthias Hagemann (1962), Dr. iur., Basel. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2003. Seit 2010 Verwaltungsratspräsident Radio Basilisk Betriebs AG, Basel.

Pietro Paolo Supino Coninx (1949), Dr. iur., Zürich. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2010. Verwaltungsratspräsident der Tamedia AG, Zürich. Supino ist ein Bilderberger.

Hanspeter Kellermüller (1968), Gockhausen. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2014. Generalsekretär der NZZ-Mediengruppe, Zürich.

Thierry Meyer (1964), Prilly. Mitglied des Verwaltungsrates seit 2014. Chefredaktor von 24 Heures, Lausanne.

Redaktion (v.l.n.r.): Chefredaktor Bernard Maissen, Redaktionsleiter Béat Grossenbacher, Redaktionsleiter Winfried Kösters und Journalist Pablo Crivelli.

Auch hier werden wieder Gesten gezeigt. Sind sie Babylonier?

Bernard Maissen*	B. Grossenbacher*	Winfried Kösters*	Pablo Crivelli*

Project Syndicate[413]

Das Project Syndicate sei nach eigenen Angaben eine internationale Non-Profit-Organisation mit Sitz in Prag. Zurzeit seien gegen 500 Zeitungen und Zeitschriften aus 150 Ländern mit einer Gesamtauflage von fast 70 Mio. Exemplaren zusammengeschlossen. Das Syndikat verbreite jährlich weltweit hunderte von Kommentaren, die von massgeblichen Publizisten, Wissenschaftlern, Politikern und politischen Aktivisten verfasst worden seien (, die im überwiegenden Masse dem babylonischen Netzwerk angehören). Sie werden in 12 Sprachen herausgegeben. Finanzschwache Zeitungen in Entwicklungsländern erhalten diese Leistungen unentgeltlich. Damit möchte das Project Syndicate die Entwicklung einer «unabhängigen» Presse weltweit fördern.

Das Syndikat finanziere sich aus den Beiträgen seiner Mitglieder in den Industriestaaten und aus Zuwendungen privater Stiftungen, darunter das Open Society Institute von George Soros.[414] In Deutschland fördere u.a. die Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius die Arbeit der Organisation. Was bezahlt die Schweiz an dieses Projekt?

Mitglieder der Schweiz sind L'agefi, World Economic Forum, Handelszeitung, International Relations and Security Network, Tagesanzeiger, La Regione Ticino, Le Temps, Finanz und Wirtschaft sowie Der Bund. Hinter dem International Relations and Security Network (ISN) versteckt sich ein frei zugänglicher Online-Informationsdienst für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik, der vom Center for Security Studies (CSS) an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) betrieben wird.

---

413 http://www.project-syndicate.org/

414 Katholisches vom 08.04.2016: *Fakten zum „Project Syndicate" von George Soros*. http://www.katholisches.info/2016/04/fakten-zum-project-syndicate-von-george-soros/ und Katholisches vom 08.04.2016: *George Soros und die „Open Society" der Neomalthusianer*. http://www.katholisches.info/2016/04/george-soros-und-die-open-society-der-neomalthusianer/

Zusätzlich zu den Nachrichtenagenturen, die ihre Nachrichten bereits heute teilweise von Think Tank erhalten, wird nun noch ein weiteres Kartell geschaffen und die Leute noch mehr verdummt und manipuliert.

Behördenpropaganda

US-Verteidigungsministerium

Tom Curley

Das US-Verteidigungsministerium beschäftigt gegenwärtig 27‘000 PR-Berater, die jährlich 4.7 Milliarden Dollar kosten. Seit 2004 sind die Ausgaben um 63 Prozent gewachsen. Für 2009 seien die Herausgabe von 5400 Pressemitteilungen, 3000 Fernsehspots und 1600 Rundfunkinterviews geplant – doppelt so viel wie noch zwei Jahren zuvor. Sogar Tom Curley, dem Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, sei das nun zu viel geworden, weshalb er es publik machte. Er beklagte auch, dass der Druck des US-Verteidigungsministeriums auf seine Berichterstatter in Kriegsgebieten wie Irak oder Afghanistan sehr hoch sei. Hohe Generäle hätten gedroht, dass man die AP und ihn ruinieren werde, wenn die Reporter weiterhin auf ihren journalistischen Prinzipien beharren würden, behauptet er. Diese PR-Berater sind ausschliesslich für die Öffentlichkeitsarbeit (PR, Werbung, Rekrutierung) zuständig.[415]

Schweizer Bundesverwaltung

Unter dem Titel *«Spin doctors in der Schweiz – Wie der Bundesrat die Abstimmung über die neue Bundesverfassung manipulierte»* hat die Psychologin Judith Barben in einer Broschüre aufgezeigt, dass die Abstimmung über die neue Bundesverfassung medial manipuliert wurde. Das ist keine Neuigkeit, dass bei allen Abstimmungen PR-Berater im Auftrag des Bundesrates am Werk sind. Das kann auf der Homepage der PR-Agentur Farner nachgelesen werden:

> *1951–2007 Bei praktisch allen von uns geführten Abstimmungskampagnen haben wir die Position der gewählten Behörden vertreten. Die Erfolgsquote liegt bei 95%.*[416]

Judith Barben*

Gustav Däniker*

Die PR-Agentur Farner wurde 1951 von Rudolf Farner und Gustav Däniker gegründet und Däniker übernahm ab 1958 die Leitung der Firma. Däniker ist die gleiche Person wie der ehemalige Stabschef Operative Schulung, Divisionär Gustav Däniker (jun.; 1928-1999). Er war ein Befürworter einer schweizerischen Atombewaffnung und er entwarf den stachelbewehrten Armeepavillon für die Expo 64.[417] Es ist also nicht so, dass nur die Abstimmung über die Bundesverfassung manipuliert wurde. Wir wurden schon immer manipuliert. Allein schon deswegen, weil wir die Geschichte nicht kennen.

Presse

> *«Wenn wir die Leser sauber informieren, dann ist das normalerweise ein Unfall.»*
> *Chefredaktor des amerikanischen National Enquirer*[418]

Zuerst betrachten wir die grossen Verlagshäuser der Tagespresse mit ihren Verlegern und den Chefredaktoren ihrer grössten Titel. Das ist heute einfacher, nachdem der Konzentrationsprozess auch in

---

415 http://www.derbund.ch/ausland/amerika/27000-PRBerater-polieren-Image-der-USA/story/20404513
416 http://www.farner.ch/agentur/history/
417 http://www.wyss-sozialforschung.ch/kommentare/kkommentare/k0047/k0047wind2.html
418 Weltwoche Nr. 42 vom 13.05.2009: *Die Kunst des Knetens*. http://www.weltwoche.ch/weiche/hinweisgesperrt.html?hidID=536323

dieser Branche nicht Halt gemacht hat. Zudem schreiben die leitenden Redaktionen der Verlagshäuser die übergeordneten Artikel und ihre Provinzblätter übernehmen diese.[419]

Axel Springer Verlag AG: Der deutsche Axel Springer Verlag besitzt in der Schweiz keine Tageszeitungen. Beim Beobachter ist Roland Wahrenberger Verlagsleiter und Andreas Büchi Chefredaktor

R. Wahrenberger*

Andreas Büchi*

Peter Wanner*

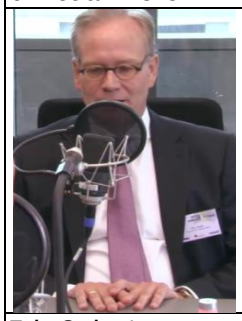
AZ-Medien AG: Die wichtigsten Titel sind az Aargauer Zeitung, bz Basel und viele weitere Titel sowie Tele Bern und Zürich. Peter Wanner ist für alle Titel der Verleger. Chefredaktor der az Aargauer Zeitung ist Christian Dorer.

NZZ Management AG: Die NZZ wurde erstmals 1780 durch Salomon Gessner herausgegeben. Gessner war Mitbegründer der Helvetischen Gesellschaft (HG) und der Illuminat Heinrich Pestalozzi war dabei Mitglied. Das war ein Vorgänger der heutigen «Neue Helvetische Gesellschaft - Treffpunkt Schweiz». Die NZZ ist dem Freisinn verpflichtet. Die wichtigsten Titel sind NZZ, St. Galler Tagblatt, Neue Luzerner Zeitung und Thurgauer Zeitung. Für die NZZ ist Veit Dengler Verlagsleiter und Markus Spillmann (bis Ende 2014) Chefredaktor. Spillmann, ein Bilderberger, wechselte zur Beratungsgemeinschaft von Ruth Metzler-Arnold, Daniel Eckmann und Hans Klaus (KLAUS-METZLER-ECKMANN). Die NZZ hat seit 2015 eine publizistische Leitung, bestehend aus Chefredaktor Eric Gujer, «Chefredaktorin neue Produkte» Anita Zielina und Felix E. Müller, Chefredaktor der «NZZ am Sonntag».

Christian Dorer*

Veit Dengler*

M. Spillmann*


Eric Gujer*

Anita Zielina*

Felix E. Müller*

Die Ringier Holding AG ist die grösste private Medienunternehmung der Schweiz. Die wichtigsten Titel sind der Blick und Le Temps. Verwaltungsratspräsident ist der Bilderberger Michael Ringier, Chefredaktor des Blick ist René Lüchinger und des Le Temps Pierre Veya.

Michael Ringier*

René Lüchinger*

H.P. Lebrument*

Somedia bzw. Südostschweiz Presse und Print AG: Der wichtigste Titel ist die Südostschweiz Graubünden. Verleger ist Hanspeter Lebrument und Chefredaktor ist David Sieber.

David Sieber

Pietro Supino*

Res Strehle*

Tamedia AG: Die wichtigsten Titel sind

419 http://www.schweizermedien.ch/ueber-uns/mitglieder/

Tagesanzeiger, 20 Minuten, Berner Zeitung, Der Bund, 24 heures und Le Matin. Beim Tagesanzeiger ist Pietro Supino Coninx Verleger und Chefredaktor ist Res Strehle. Supino ist ein Bilderberger.

Die übrigen Chefredaktoren der grossen Zeitungen sind:

Axel Springer Verlag AG: Chefredaktor von der Bilanz ist Dirk Schütz und der Handelszeitung ist Stefan Barmettler.

AZ-Medien AG: Chefredaktor von *Der Sonntag* ist Patrik Müller und von der bz Basellandschaftliche Zeitung bzw. der bz Basel ist Matthias Zehnder.

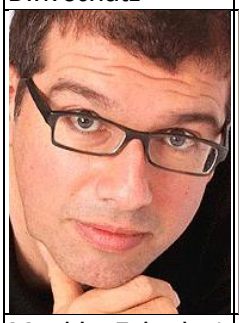
NZZ Management AG: Chefredaktor des St. Galler und Thurgauer Tagblatt ist Philipp Landmark.

Tamedia AG: Chefredaktor vom Der Bund ist neu Patrick Feuz, von 24 heures Thierry Meyer, von Le Matin Sandra Jean und von der Tribune de Genève Pierre Ruetschi.

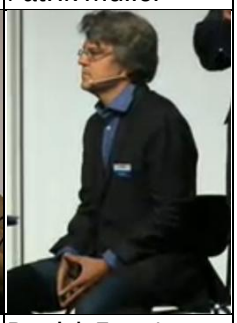
Dirk Schütz*

Stefan Barmettler*

Patrik Müller*


Matthias Zehnder*

Philipp Landmark*


Patrick Feuz*

Wiederum muss man feststellen, dass alle einschlägige Gesten machen. Sind sie alle Babylonier und sind demzufolge die Medien babylonisch? Ich werde den Verdacht nicht los, dass es hier um das Motto geht: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

Hinter dem Verkauf der Zürichsee Zeitung im Jahre 2010 steht eine Absprache der zwei grossen Verlage NZZ und Tamedia. Für den Kauf durch die Tamedia verkaufte die NZZ ihre 40 Prozent Anteile mit, womit die Zürichsee Zeitung zu 100 Prozent der Tamedia gehört. Im Gegenzug verkaufte die Tamedia ihre Anteile der Thurgauer Zeitung an die NZZ, damit diese die Thurgauer Zeitung zu 100 Prozent in Besitz bekam. Somit sind zwei Raummonopole entstanden.[420]

Thierry Meyer*

Sandra Jean*

Pierre Ruetschi*

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft

> *«Von Jahr zu Jahr wird das Verbreiten von Meinungen mit Ausschalten des Denkens immer weiter ausgebildet.»*
>
> *Albert Schweitzer (1875-1965), deutsch-französischer Arzt, Theologe und Pazifist*[421]

Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR), wie sie heute heisst, wurde 1931 als Schweizerische Rundspruchgesellschaft (SRG) gegründet, weil es damals noch kein Fernsehen gab. Sie erhielt damals vom Bundesrat die alleinige Konzession für Radiosendungen in der Schweiz. Nachrichtenmeldungen darf die SRG nur bei der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA) beziehen. Ab 1964 galt die Konzession auch für das Fernsehen.

---

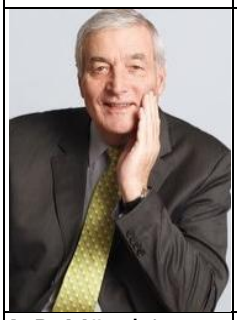
420 Tagblatt vom 16.04.2010: Chronik eines grossen Tauschhandels. http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/ost/Chronik-eines-grossen-Tauschhandels;art138,1527781

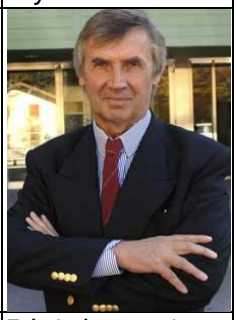
421 Warum Völkervermischung? Überfremdung Europas – Hintergründe und Folgen, Gesellschaft für politisch-philosophische Studien e.V., Selbstverlag / Wetter, 1979, 57 Seiten. https://archive.org/details/HuginVlkervermischung

Die Organisation der SRG ist kompliziert, weil sie als ein Verband von Vereinen und Genossenschaften gegründet wurde. Die Trägerschaft der SRG SSR besteht aus vier Regionalgesellschaften, die in der deutsch- und in der französischsprachigen Schweiz wiederum in einzelne Mitgliedgesellschaften unterteilt sind. Die Organe der Gesellschaft auf nationaler Ebene sind die Delegiertenversammlung unter der Leitung des Präsidenten der SRG SSR, der Verwaltungsrat, der Generaldirektor und die Geschäftsleitung. Aufgrund der Struktur ist es offensichtlich, dass ein einzelnes Mitglied keine Chance hat, sich darin Gehör zu verschaffen, sondern nur jene, die organisiert sind.

Viktor Baumeler

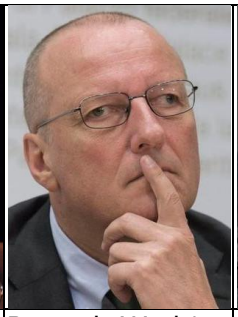
Raymond Loretan*

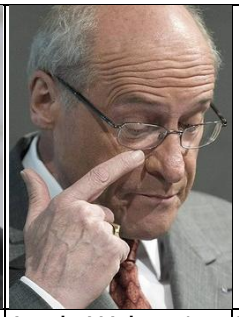

J.-B. Münch*


Eric Lehmann*

Seit 2015 ist Viktor Baumeler Verwaltungsratspräsident der SRG SSR. Er war bis 2008 Staatsschreiber des Kantons Luzern und seither Verwaltungsrat der SRG. Sein Vorgänger war Raymond Loretan. Der Rechtsanwalt Loretan hatte schon verschiedene Mandate, u.a. war er persönlicher Berater des Bilderberger Bundesrates Arnold Koller und Generalsekretär der CVP Schweiz. Sein Vorgänger war Jean-Bernard Münch (2003-2011). Münch wurde 2012 vom Bundesrat als Präsident der Schweizerischen UNESCO-Kommission ernannt. Sein Vorgänger (bis 2002) wiederum war der ehemalige Waadtländer Polizeikommandant Eric Lehmann.

Gilles Marchand


Roger de Weck*


Armin Walpen*

Leo Schürmann*

Das Unternehmen SRG SSR wird von der Generaldirektion unter dem Vorsitz des Generaldirektors geführt. Dieser sind die sogenannten Unternehmenseinheiten Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), Radio Télévision Suisse (RTS), Radiotelevisione Svizzera (RSI), Radiotelevisiun Svizra Rumantscha (RTR) und Swissinfo (Swissinfo) unterstellt. Dazu gehören weitere Tochtergesellschaften. Generaldirektor ist Roger de Weck. Er tummelt sich in verschiedenen babylonischen Organisationen. Armin Walpen (1988-2010) und Leo Schürmann (1982-1987)), der spätere Preisüberwacher und Mitglied des Direktoriums der Nationalbank, waren einige seiner Vorgänger. Roger de Weck wird im Herbst 2017 vom Gilles Marchand als Nachfolger abgelöst.

Obschon die SRG SSR ein privatrechtlicher Verein und ein eigenständiges Unternehmen ist, erhält sie neben ihrer Konzession vom Bund auch einen klaren gesetzlichen Auftrag für den sogenannten «Service Public». Dafür erhält sie 92 Prozent der Einnahmen aus den Rundfunkgebühren, die die Billag erhebt.[422] Damit weiss die Leserschaft, dass sie für ihre eigene Verblödung zwangsweise sehr viel Geld bezahlt.

422 Tagesanzeiger vom 01.04.2015: *Das grosse Gebührenverteilen*. http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Das-grosse-Gebuehrenverteilen/story/23252028

Schweizer Fernsehen

Hannes Britschgi*	Reto Brennwald*	Christine Maier*	Sonja Hasler*
Röbi Koller*	Mona Vetsch*	Urs Wiedmer*	Patrick Rohr*

Verfolgt man als Nichtfernseh-Zuschauer ausnahmsweise die verschiedenen politischen Sendungen am Fernsehen wie Arena, Der Club, 10vor10 und die Rundschau, aber auch den Medien- und Literaturclub, so stellt man fest, dass alle diese Moderatorinnen und Moderatoren wiederum Gesten machen. Sind das alles Babylonier? Aber es fällt auch auf, dass das Fernsehen sogar den Pädophilen-Freund Daniel Cohn-Bendit mit der Moderation beauftragt. Es stinkt daher zum Himmel, dass das Fernsehen mit dieser Einstellung den Pädophilen Vorschub leistet.

Thomy Scherrer*	Charles Clerc*	Stefan Zweifel*	Nicola Steiner*
Elke Heidenreich*	D. Cohn-Bendit*	Roger Willemsen*	Iris Radisch*

Aber wenn deren oberen schon solche Gesten machen, ist es dann nicht logisch, dass jene, die die getürkten, falschen und erlogenen Botschaften an die Massen übergeben müssen, nicht ebenfalls solche machen müssen? Wie war das damals bei den (babylonischen) Leviten? Sie haben nebst anderen Ämtern auch die Sänger über die anderen Stämme gesetzt. Die Sänger waren die damaligen Massenmedien, genau gleich wie heute das Fernsehen oder das Radio, womit wir eine weitere historische Parallele zu heute haben.

Aber nicht nur das. Wenn ich beispielsweise einzelne Arena-Sendungen teilangeschaut habe, so wirken sie auf mich, wie wenn alles vorher abgesprochen worden wäre. Alles läuft nach einem Drehbuch.

Die Ochsen in der Runde geben ebenfalls Gesten von sich und einzelne können sie nicht oft genug machen. Aber es besteht der Verdacht, dass diese Ochsen ganz gezielt ausgewählt worden sind, um den «schlafenden», nichts ahnenden Zuschauern ein weiteres Politspektakel zu präsentieren. Aber damit noch nicht genug. Praktisch alle «Koryphäen» in der ersten Loge, äxgüsi, in der ersten Reihe sind ebenfalls alle handverlesen, weil ihre Anwesenheit immer zur richtigen Sendezeit erfolgt, damit

sie ihren babylonischen Senf ebenfalls noch dazu geben können. Damit schliesse ich und sage lediglich, dass alle politischen Sendungen ein inszeniertes Theater sind, um die Zuschauer einzulullen. Dabei ist nicht zu verkennen, dass alle diese selbst ernannten Experten keinen blassen Schimmer von den tatsächlichen Zusammenhängen haben, weil sie nur etwas nachplappern und dafür nicht nur ein weiches und rentables Pöstchen erhalten, sondern zudem noch zulasten der übrigen Gesellschaft ihr Ego in der Öffentlichkeit sonnen können.

Sandro Brotz*

Jürg Wildberger*

Alenka Ambroz*

E. Wannenmacher*

Susanne Wille*

St. Klapproth*

Andrea Vetsch*

Cornelia Boesch*

Sie können das von den ersten Sendungen der Rundschau über die Arena, die diversen Clubs, 10vor10 und wie sie alle heissen, nachverfolgen. Ob es sich nun um das Fernsehen, das Radio oder die Presse handelt, das Schema ist immer das gleiche. Es ist einfach widerwärtig!

RTVG

Am 14.06.2015 stimmte die Schweizerbevölkerung über die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) vom 26.09.2014 ab. Entscheidende Änderung war vor allem, dass neu alle Haushalte, ob mit oder ohne Geräte, diese Gebühr zu bezahlen haben. Es handelt sich daher um eine Steuer. Die Gegner befürchteten eine massive Anhebung der Billag-Gebühren. Das Resultat war äusserst knapp. Die Differenz betrug lediglich 3649 Stimmen. Ich bin mir ganz und gar nicht sicher, ob da korrekt gezählt wurde, erst recht nicht, wenn man von Stimmfälschungen – in der Schweiz und nicht nur im Ausland – Kenntnis nehmen muss. Dann muss man die PR-Manipulation durch den babylonischen Bundesrat berücksichtigen und so wird es zur Gewissheit, dass diese Abstimmung negativ ausgefallen wäre ohne diese «Massnahmen».

Martin Candinas*

Kurt Fluri*

Olivier Français*

E. Graf-Litscher*

René Imoberdorf*

Martin Landolt*

Sodann schauen wir einmal, welche Gesten das überparteiliche Komitee «JA zum RTVG» von sich gibt. Sind sie alle Babylonier? Wenn ja, dann wird die Gewissheit noch stärker, dass die RTVG-Abstimmung, aber nicht nur diese, ein Betrug war.

Regula Rytz*

Géraldine Savary*

Prisca Birrer*

Der Gewerbeverband hat grossspurig behauptet, er werde eine Beschwerde ins Auge fassen; gemacht hat er nichts. Das ist etwa dasselbe, wie wenn der notorische Dieb behaupten würde, er würde nicht mehr stehlen.

Eidgenössische Medienkommission (EMEK)

Die Eidgenössische Medienkommission (EMEK) wurde 2012 vom Bundesrat, gestützt auf das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.010) eingesetzt. Die EMEK ist seit Mitte 2013 operativ tätig. Sie hat die Aufgabe, den Bundesrat und die Verwaltung zu beraten, die schweizerische Medienlandschaft zu beobachten, zu analysieren und Empfehlungen zu ausgewählten Fragen abzugeben. Die EMEK kommuniziert gegenüber der Öffentlichkeit ihre Empfehlungen wie auch die Ergebnisse ihrer Abklärungen in geeigneter Form. Die EMEK fördert den öffentlichen Diskurs über medienrelevante Fragestellung in der gesamten Schweiz.

Otfried Jarren*

Nicolas Antille

Barbara Bassi*

Nebenstehend (oben v.l.n.r.): Professor Otfried Jarren, Lehrstuhl für Publizistikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Medienökonomie ist derzeit im Besetzungsverfahren, Ordinarius für Publizistikwissenschaft am IPMZ, Direktor des Kompetenzzentrums «Swiss Centre for Studies on the Global Information Society (SwissGIS)» der Universität Zürich, Co-Direktor des Programms und des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Challenges to Democracy in the 21st Century» des Schweizerischen Nationalfonds. Vizepräsident ist Nicolas Antille, Direktor Sierre Energie SA, Sierre. Die Mitglieder sind:

Philip Kübler*

Bernard Maissen*

F. Besençon*

Markus Ruoss

L. Heimgartner*

Urs Thalmann

- Barbara Bassi, Syndicom, Gewerkschaftssekretärin/Journalistin, Massagno/Lugano
- Philip Kübler, Dr. iur., Leiter M&A and Legal Services, Swisscom, Bern/Zürich, Dozent für Medienrecht an der Universität Zürich, zwölf Jahre lang Mitglied des Schweizerischen Presserats, Gründern des Vereins Medienkritik Schweiz, Direktor der Stiftung Pro Litteris
- Bernard Maissen, Chefredaktor SDA, Bern
- François Besençon, Präsident Kommunikation Schweiz, Lausanne
- Markus Ruoss, Vorstandsmitglied Verband Schweizer Privatradios VSP, Rotkreuz
- Ladina Heimgartner, Direktorin Radiotelevisiun Svizra Rumantscha (RTR), Chur

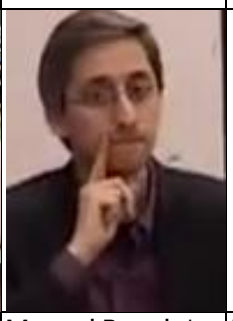
- Urs Thalmann, Geschäftsführer Impressum, Freiburg
- Sylvia Egli von Matt, Direktorin der Schweizer Journalistenschule MAZ, Luzern
- Hans-Peter Rohner, Verwaltungsratspräsident PubliGroupe AG, Lausanne
- Peter Wanner, Verleger/Verwaltungsratspräsident AZ Medien AG, Aarau/Baden
- Bea Knecht, Präsidentin des Verwaltungsrats von Zattoo International, Zürich
- Manuel Puppis, Prof. Dr., Mediensysteme und Medienstrukturen, DCM – Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Universität Fribourg
- Markus Spillmann, Inhaber/CEO der SPILLMANN Publizistik, Strategie, Management GmbH, ehemals Chefredaktor der NZZ, Bilderberger

S. Egli von Matt*

H.-P. Rohner*

Peter Wanner*

Bea Knecht


Manuel Puppis*

M. Spillmann*

Weil die Printmedien in einer Finanzierungskrise stecken, schlägt die EMEK vor, eine staatsunabhängige Stiftung zu gründen, die den Strukturwandel begleiten soll. Die EMEK spreche sich für kurz- und langfristige Massnahmen der Medienförderung aus und kurzfristig sollte die Nachrichtenagentur sda Mittel erhalten bleiben. Als Vorbild diene der EMEK dabei die Förderung der Pro Helvetia (Kultur) und des Schweizerischen Nationalfonds (Forschung), die jeweils über eine Stiftung erfolgen soll. Mit andern Worten, wir sollen die Zeitungen noch über die Steuern finanzieren, damit sie uns noch mehr falsch informieren können.

Die Chefredaktorenkonferenz

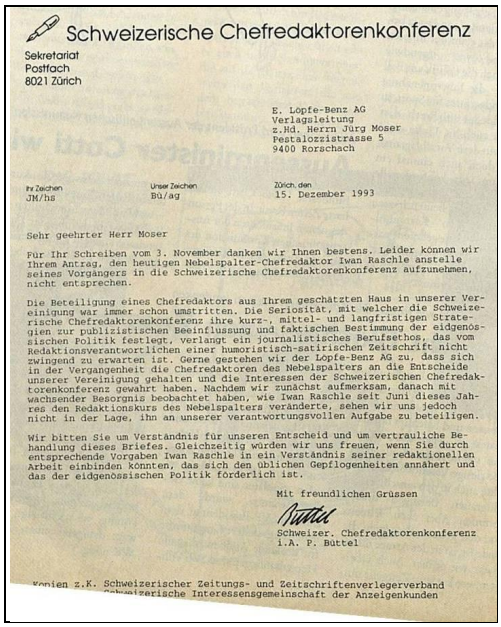
Die Satirezeitschrift Nebelspalter berichtet in der Ausgabe Nr. 1/1994 unter dem Titel «Mediendiktatur manipuliert Schweizer Volksdemokratie»[423], dass die Medienschaffenden nur auf dem Papier frei sind zu schreiben, was sie wollen. Darin ist ein Brief der Schweizerischen Chefredaktorenkonferenz vom 15. Dezember 1993 an die Löpfe-Benz AG als Herausgeberin des Nebelspalters abgedruckt. Darin heisst es wörtlich:

> *«Für Ihr Schreiben vom 3. November danken wir Ihnen bestens. Leider können wir Ihrem Antrag, den heutigen Nebelspalter-Chefredaktor Iwan Raschle anstelle seines Vorgängers in die Schweizerische Chefredaktorenkonferenz aufzunehmen, nicht entsprechen.*
>
> *Die Beteiligung eines Chefredaktors aus Ihrem geschätzten Haus in unserer Vereinigung war immer schon umstritten. Die Seriosität, mit welcher die Schweizerische Chefredaktorenkonferenz ihre kurz-, mittel- und langfristigen Strategien zur publizistischen Beeinflussung und faktischen Bestimmung der eidgenössischen Politik festlegt, verlangt ein journalistisches Berufsethos, das vom Redaktionsverantwortlichen einer humoristisch-satirischen Zeitschrift nicht zwingend zu erwarten ist. Gerne gestehen wir der Löpfe-Benz AG zu, dass sich in der Vergangenheit die Chefredaktoren des Nebelspalters an die Entscheide unserer Vereinigung gehalten und die Interessen der Schweizerischen Chefredaktorenkonferenz gewahrt haben. Nachdem wir zunächst mit wachsender Besorgnis beobachtet haben, wie Iwan Raschle seit Juni dieses Jahres den Redaktionskurs des Nebel-*

423 http://www.lochmann-verlag.com/mediendiktaturmanipuliertCHvolksdemokratienr.56.pdf

spalters veränderte, sehen wir uns jedoch nicht in der Lage, ihn an unserer verantwortungsvollen Aufgabe zu beteiligen.

Wir bitten Sie um Verständnis für unseren Entscheid und um vertrauliche Behandlung dieses Briefes. Gleichzeitig würden wir uns freuen, wenn Sie durch entsprechende Vorgaben Iwan Raschle in ein Verständnis seiner redaktionellen Arbeit einbinden könnten, das sich den üblichen Gepflogenheiten annähert und das der eidgenössischen Politik förderlich ist.»



Schweizerische Chefredaktorenkonferenz
Sekretariat
Postfach
8021 Zürich

E. Löpfe-Benz AG
Verlagsleitung
z.Hd. Herrn Jürg Moser
Pestalozzistrasse 5
9400 Rorschach

Ihr Zeichen JM/hs | Unser Zeichen Bü/ag | Zürich, den 15. Dezember 1993

Sehr geehrter Herr Moser

Für Ihr Schreiben vom 3. November danken wir Ihnen bestens. Leider können wir Ihrem Antrag, den heutigen Nebelspalter-Chefredaktor Iwan Raschle anstelle seines Vorgängers in die Schweizerische Chefredaktorenkonferenz aufzunehmen, nicht entsprechen.

Die Beteiligung eines Chefredaktors aus Ihrem geschätzten Haus in unserer Vereinigung war immer schon umstritten. Die Seriosität, mit welcher die Schweizerische Chefredaktorenkonferenz ihre kurz-, mittel- und langfristigen Strategien zur publizistischen Beeinflussung und faktischen Bestimmung der eidgenössischen Politik festlegt, verlangt ein journalistisches Berufsethos, das vom Redaktionsverantwortlichen einer humoristisch-satirischen Zeitschrift nicht zwingend zu erwarten ist. Gerne gestehen wir der Löpfe-Benz AG zu, dass sich in der Vergangenheit die Chefredaktoren des Nebelspalters an die Entscheide unserer Vereinigung gehalten und die Interessen der Schweizerischen Chefredaktorenkonferenz gewahrt haben. Nachdem wir zunächst aufmerksam, danach mit wachsender Besorgnis beobachtet haben, wie Iwan Raschle seit Juni dieses Jahres den Redaktionskurs des Nebelspalters veränderte, sehen wir uns jedoch nicht in der Lage, ihn an unserer verantwortungsvollen Aufgabe zu beteiligen.

Wir bitten Sie um Verständnis für unseren Entscheid und um vertrauliche Behandlung dieses Briefes. Gleichzeitig würden wir uns freuen, wenn Sie durch entsprechende Vorgaben Iwan Raschle in ein Verständnis seiner redaktionellen Arbeit einbinden könnten, das sich den üblichen Gepflogenheiten annähert und das der eidgenössischen Politik förderlich ist.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizer. Chefredaktorenkonferenz
i.A. P. Büttel

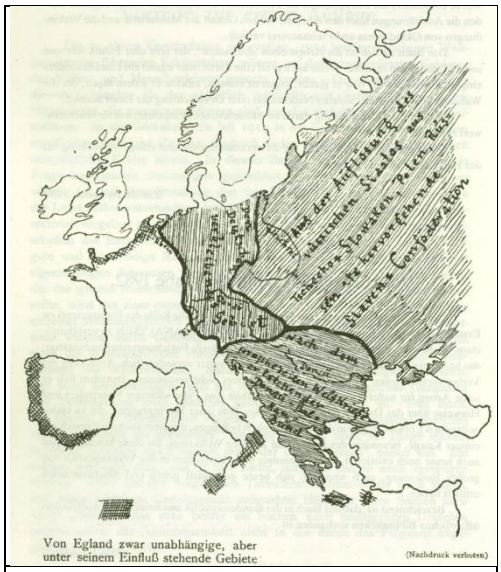
Kopien z.K. Schweizerischer Zeitungs- und Zeitschriftenverlegerverband
Schweizerische Interessensgemeinschaft der Anzeigenkunden

Für die meisten Lesenden ist das natürlich eine Glosse. Dem ist keineswegs so.

Gemäss Nebelspalter wurde die Schweizerische Chefredaktorenkonferenz in den 50er Jahren gegründet und ausgerechnet in der gleichen Zeit wurde die Demokratie zu Grabe getragen. Den mir erteilten Auskünften nach soll die am 2. November 1999 gegründete Konferenz der Chefredaktorinnen und Chefredaktoren[424] keinen Zusammenhang mit der Chefredaktorenkonferenz haben. Man kann davon ausgehen, dass dies lediglich eine Reaktion war, ihre fragliche Tätigkeit hinter einer geselligen Organisation zu tarnen.

Der damalige Chefredaktor des Nebelspalters, Iwan Raschle, teilte mir mit, dass er, nachdem er die Stelle beim Nebelspalter beendet hatte, keine Arbeit mehr gefunden habe in der schreibenden Zunft. Er sei gezwungen gewesen, seinen Beruf zu wechseln. Nachdem ich das auf meiner Homepage[425] veröffentlicht hatte, schrieb mir Raschle, ich solle diese Passagen von meiner Homepage löschen. Das tat ich selbstverständlich nicht, denn Raschle hatte dieses Mail ganz sicher nicht aus eigenem Antrieb geschrieben. Ich möchte diesen Fall nicht weiter kommentieren, denn ich hoffe, dass Sie merken, wie spät es ist. Übrigens habe ich Ende Dezember 2005, nachdem ich aufgedeckt hatte, dass die parlamentarische Oberaufsicht über die Justiz aufgehoben wurde, alle mir bekannten Medien angeschrieben. Keine einzige berichtete darüber!

Aus der Geschichte sind viele weitere Beispiele bekannt, deren Publikation später durch die Ereignisse bestätigt wurden. Als Beispiel sei die im Jahre 1880 vom Engländer Labouchère herausgegebene satirische Wochenschrift «Truth» erwähnt. Darin war eine Karte von Europa abgebildet, die nahezu identisch war mit den Grenzen nach dem 2. Weltkrieg.[426]



Europakarte der Wochenschrift „Truth

424 http://www.chefredaktoren.ch/

425 Eingabe 4.3 an die Bundesversammlung vom 28.02.2005, Kapitel E2.

426 Mitteleuropa – Bilanz eines Jahrhundert, von Renate Riemeck, Verlag Engel & Co, 4. Auflage 1997, ISBN 3-927118-14-1, und
Entente-Freimaurerei und Weltkrieg, von Karl Heise, Erstausgabe 1918, Archivedition, 2. Auflage 1991, 408 Seiten, ISBN 3922314244, Seite 36ff

Aber auch aus neueren Tagen gibt es ein Beispiel. So war die Bekanntgabe des Rücktritts von Papst Benedikt XVI. bzw. Joseph Aloisius Ratzinger vom 10. Februar 2013 als seine «freiwillige» Rücktrittserklärung für den 28. Februar 2013 bekannt gemacht worden. Tatsächlich hat aber der deutsche Espresso Verlag in einem Cartoon schon am 31. August 2012 den Rücktritt auf den 28. Februar 2013 bekannt gegeben.[427] Dieser kabbalistische Cartoon verrät auch, wer hinter dem Rücktritt steht.

Papst Benedikt XVI. mit Teufelszeichen

Cartoon im Espresso Verlag vom 31.08. 2012

In ihrem Buch Petrus Romanus[428] machten die Autoren Tom Horn und Cris Putnam zwei alarmierende Voraussagen. Im Jahr 2012, als Papst Benedikt noch im Amt war, sagten sie ein Ereignis voraus, das es seit über 600 Jahren nicht mehr gegeben hatte: Benedikts Abdankung als Papst.[429]

Aus der Biografie über den belgischen Kardinals Godfried Danneels[430] geht hervor, dass ein Geheimzirkel mit dem Namen «St. Gallen-Gruppe», die den Rücktritt von Benedikt vorbereitet habe.[431]

Diese Treffen seien vom mittlerweile verstorbenen Erzbischof und Jesuiten Carlo Maria Martini angeregt worden. Der damalige St. Galler Bischof Ivo Fürer war ebenfalls involviert. Der Vatikan beauftragte Camillio Ruini, den Vorsitzenden der Italienischen Bischofskonferenz und Kardinalvikar von Rom, einem der engsten Vertrauten von Papst Johannes Paul II. und Papst Benedikt XVI. mit Ermittlungen, die ohne Ergebnis blieben.

Tom Horn* und Cris Putnam*

Die Historiker Schelkens und Mettepenningen schreiben, «Die Wahl von Bergoglio wurde ohne Zweifel in Sankt Gallen vorbereitet. Und die Grundlinien seines Programms sind jene, die Danneels und seine Kollegen seit mehr als zehn Jahren diskutierten».

---

427 Die weltpolitischen Ziele hinter dem Papst-Sturz, vom 22.02.2013 http://concept-veritas.com/nj/13de/religion/papst-sturz.htm

428 Horn Tom und Putnam Cris, *Petrus Romanus: The Final Pope Is Here*, Defender Publishing, 2012, 528 Seiten, ISBN 0984825614

429 23.12.2015: *Endzeit-Papst: »Dieses Weihnachten könnte das letzte sein«* http://n8waechter.info/2015/12/endzeit-papst-dieses-weihnachten-koennten-das-letzte-sein/

430 Godfried Danneels: biografie, Niederländisch, von Karim Schelkens und Jürgen Mettepenningen, Uitgeverij Pelckmans, 1. Auflage 2015, 558 Seiten, ISBN 9463100229.

431 Katholisches vom 25.09.2015: *Welche Rolle spielte geheimes Netzwerk „Sankt Gallen" bei Rücktritt Benedikts XVI. und der Wahl Bergoglios?* http://www.katholisches.info/2015/09/welche-rolle-spielte-geheimes-netzwerk-sankt-gallen-bei-ruecktritt-benedikts-xvi-und-der-wahl-bergoglios/

Was die tatsächlichen Hintergründe für diesen Putsch waren, ist nicht bekannt. Benedikt forderte jedenfalls eine «weltpolitische Behörde» für die Verwaltung der globalen Wirtschaft und für mehr staatliche Regulierung der nationalen Volkswirtschaften der Welt, um die Welt aus der gegenwärtigen Krise zu ziehen und eine Wiederholung zu vermeiden. Eine solche Behörde wäre «gesetzlich zu regeln», «müsste allgemein anerkannt werden und mit der der effektiven Gewalt ausgestattet sein, die Sicherheit für alle, die Berücksichtigung des Rechts und die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten. Weiter forderte er in der Enzyklika, die Vereinten Nationen, Wirtschafts-Institutionen und internationale Finanzierung zu reformieren.[432]

G. Danneels*	C. M. Martini*	Ivo Fürer*	Camillo Ruini*

Bereits im November 2011 äusserte sich der italienische Kardinal Romeo, dass es ein «Mordkomplott» gegen Papst Benedikt gebe und er werde «innerhalb von 12 Monaten sterben» oder auf sein Amt verzichten.[433]

Fake News

Nach Wikipedia werden *Fake News* lancierte bzw. veröffentlichte vorgetäuschte Nachrichten bzw. Falschmeldungen bezeichnet, die sich überwiegend im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken und anderen sozialen Medien zum Teil viral verbreiten und mitunter auch von Journalisten aufgegriffen werden.[434]

Ich bin mir bewusst, dass es vor allem im Internet sehr viel Müll gibt, aber auch exzellente Berichte, die sonst nirgends zu finden sind. Die Unterscheidung zwischen richtig und falsch ist nicht einfach und bedarf eines grossen Wissens.

Am 24.12.2016 unterzeichnete Präsident Obama *The National Defense Authorization Act* (NDAA – Verteidigungsbudget). Dies ist nicht das erste Mal, der NDAA verwendet wird, um ein Stück Gesetzgebung zu tarnen. Aber das neue Gesetz beinhaltet das Gegen-Desinformations- und Anti-Propaganda-Gesetz.[435] Er hat hiermit das orwellsche Ministerium der Wahrheit, «Miniwahr», wie es in der Neusprache heisst, eingeführt.[436]

Deutschland hat Kanzlerin Merkel in einem Gespräch mit Marc Zuckerberg erreicht, dass Facebook Massnahmen gegen Hassparolen im Internet ergreife. Seither kontrolliert und zensiert Facebook seine Foren im Sinne von Babylon.[437] Das ist nur der Anfang einer weltweiten Entwicklung. Damit werden künftig missliebige Meldungen zensuriert, aber nicht nur im Internet. Dann sind wir auf Gedeih und Verderb den behördlich-babylonischen «Wahrheiten» ausgeliefert.

---

432 Pravda vom 29.12.2012: *Vatikan & Nazis: Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 und Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher*. http://www.pravda-tv.com/2012/12/vatikan-nazis-reichskonkordat-vom-20-juli-1933-und-fluchthilfe-fur-ns-kriegsverbrecher/

433 Katholisches.info vom 28.10.2013: *„Prophezeiungen" zweier Kardinäle: Der „Tod" Benedikts XVI. und die Wahl von Franziskus.* http://www.katholisches.info/2013/10/prophezeiungen-zweier-kardinaele-der-tod-benedikts-xvi-und-die-wahl-von-franziskus/

434 https://de.wikipedia.org/wiki/Fake_News

435 https://wearechange.org/obama-christmas-gift-anti-propaganda-bill-signed-into-law/

436 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/orwell_george_1984.pdf

437 Handelsblatt vom 17.01.2017: *Zensur!* http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/facebook-gegen-fake-news-zensur/19263136.html

Internet

Die Zürcher Regierungsräte Mario Fehr, Vorsteher der Sicherheitsdirektion und Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern gaben am 15.02.2017 eine Medienkonferenz mit dem Titel «Bekämpfung der Internetkriminalität». Sie wurden flankiert von den beiden Co-Leitern des *Kompetenzzentrum Cybercrime*, Stephan Walder von der Staatsanwaltschaft Zürich und Daniel Nussbaumer von der Kantonspolizei Zürich.[438]

Mario Fehr* | Jacqueline Fehr*

Stephan Walder* | D. Nussbaumer*

Daraus geht hervor, dass in der Schweiz im Rahmen der babylonischen Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirek torinnen und –direktoren (KKJPD) zwei bis drei spezialisierte Zentren geplant sind. Ziel sei es, dass es in der Cyberwelt (Internet) keinen rechtsfreien Raum mehr geben dürfe.

Die Bekämpfung der Internetkriminalität bilde im Kanton Zürich seit 2009 einen Schwerpunkt in der Strafverfolgung. Deshalb bestehe seit 2013 ein gemeinsames Kompetenzzentrum Cybercrime der Staatsanwaltschaften und der Kantonspolizei, unter Einbezug der Stadtpolizei Zürich.

Die Strafverfolgungsbehörden sind territorial organisiert, aber das Internet ist kein hoheitliches Gebiet wie eine Strasse, die dem Staat gehört und einfach gesperrt werden kann. Um das Internet weltweit zu benützen braucht es (noch) keinen Ausweis wie auf der Strasse mit einem Fahrzeug. Das Internet ist daher anonym. Erschwerend kommt hinzu, dass Cyberkriminelle ihre Anonymität zusätzlich mit einem technischen Tatmittel wie Darknet, TOR, Freenet etc. zusätzlich tarnen.

Sie haben es bereits erkannt: Babylons Ziel ist es, die Internetnutzung weltweit zu reglementieren, indem jeder Benutzer sich zuerst ausweisen muss, bevor er es benutzen darf. Und beim Surfen wird jeder auf Schritt und Tritt mit Cookies überwacht, auch wenn sie einstweilen nur einen wirtschaftlichen Hintergrund haben. Irgendwann wird es wie früher auf der Strasse Zollstationen geben, die heute Mautstationen heissen, wo man sich nicht nur ausweisen, sondern auch noch die Nutzung bezahlen muss.

Fazit: Das Internet wird über kurz oder lang durch Babylon vollständig kontrolliert sein, indem wir wiederum vollständig von diesen Herrschern abhängig werden.

2.5 Materialismus

«Wie viele Dinge gibt es doch, derer ich nicht bedarf.»
«Je weniger einer braucht, desto mehr nähert er sich den Göttern, die gar nichts brauchen.» *Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten*

Diesen Teil kann man erst richtig erfassen, wenn man die Verdrehung unserer Schulwissenschaft gegenüber der Natur verstanden hat, wie ich sie im Kapitel 9 «Organisationen» meines ersten Manifestes[1] erklärt habe. Auf diese Grundlagen gehe ich hier nicht mehr ein.

Gleichzeitig möchte ich hier nochmals ausdrücklich in Erinnerung rufen, dass es Absicht ist, die Menschheit von Babylon abhängig zu machen. In diesem Sinn ist das Beschriebene zu verstehen.

438 http://www.ds.zh.ch/internet/sicherheitsdirektion/de/aktuell.newsextern.-internet-de-aktuell-news-medienkonferenzen-2017-bekaempfung_45_der_45_internetkriminalitaet.html

2.5.1 Gesundheit und Ernährung

«Der Kluge lernt aus allem und von jedem, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme weiss alles besser.» *Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten*

Nachstehend werde ich nur einige Themen kurz beschreiben, weil es nicht Absicht ist, sich in der Tiefe der Details zu verlieren. Dazu verweise ich auf das erste Manifest.[1]

Allgemeines

«Wenn jemand Gesundheit sucht, frage erst, ob er bereit sei, künftig die Ursachen der Krankheit zu meiden. Erst dann darfst Du ihm helfen.»
Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten

Gesundheit und Ernährung sind wie Siamesische Zwillinge, das Eine geht nicht ohne das Andere, aber das ist noch nicht alles. Wenn man gesund leben will, muss man auch die Seele pflegen, sie reinigen, stärken und verjüngen.

Wissenschaft, Behörden und Medien wollen uns weis machen, dass die Menschen noch nie so ein hohes Alter erreicht haben wie heute. Das sei nur durch unsere Spitzenmedizin möglich geworden. Da kann ich nur ergänzen: Die Menschen und unsere Gesellschaft waren noch nie so krank wie heute; dank unserer Wissenschaft. Die Menschen werden immer kränker und werden immer mehr von Medikamenten abhängig. Es gibt kaum einen Menschen über 70 Jahre, der nicht Medikamente nehmen muss. Damit sind die Menschen von Babylon abhängig.

Verfolgen wir aber die Geschichtsschreibung, so betrug zur Zeit des Gelben Kaisers (ca. 2650 Jahre v.u.Z.) die durchschnittliche Lebenserwartung rund 150 Jahre, also fast doppelt so viel wie heute. Jene Leute, die die Lehre der drei Welten praktizierten, wurden noch sehr viel älter und erreichten biblische Alter und das alles ohne Medikamente. Allerdings nahm die Lebenserwartung rapide ab, nachdem das babylonische System zu greifen begann.

Fazit: Solange Babylon herrschen wird, wird es keinen gesunden Menschen mehr geben.

«Willst du den Körper heilen, musst du zuerst die Seele heilen.»
«Um gut leben zu lernen, muss man zunächst gut sterben lernen.»
Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten

Solange man von der Lehre der drei Welten keine Ahnung hat, versteht man alle diese Zitate nicht. Erst nach einigen Jahren harter Praxis, beginnt man je länger je mehr diese Lehre zu schätzen, weil man fühl- und sichtbare Erfolge erfährt, indem man genest. Heute bin ich energetisch 20 Jahre jünger. Damals vor 20 Jahren war ich nach der Schulmedizin nicht krank, heute bin ich aber gesünder als damals, aber noch nicht so gesund, wie ich es haben will.

Dass unsere Götter in Weiss, also unsere Ärzte keine Kenntnis von dieser Lehre haben, die nicht nur Gesundheit und ein längeres Leben bietet, sondern zudem die Ressourcen und die Umwelt schonen würde, liegt daran, dass diese Lehre zerstört und in den neu gegründeten Universitäten die Glaubenslehre der Schulwissenschaft gezimmert wurde. Dazu kommt, dass sich von kranken Menschen gut leben lässt, zumindest wirtschaftlich, bis sie selber krank sind.

Würden alle Menschen diese Lehre praktizieren, so wäre die ganze medizinische Branche inklusive der Pharmafirmen arbeitslos. Solange wir unser babylonisches Wirtschaftssystem haben, ist es undenkbar, das zu ändern und zudem wollen viele lieber krank sein und jammern, anstatt sich abzumühen, ihre Gesundheit zu erhalten.

«Die Philosophen und auch die Wissenschaftler haben die Frage nach dem Sinn vom Sein übersehen und sich stattdessen umso emsiger darangemacht, das Seiende – vor allem die Dinge und die Menschen – zu untersuchen. Jedoch: eine Wissenschaft, die nicht von einer Philosophie getragen wird, die nach dem Sinn vom Sein fragt, kann nicht „denken“, sondern nur messen und zählen und entartet zur Katastrophenwissenschaft – also zu

dem, was wir heute auf beängstigende Weise erleben.»

Martin Heidegger (1889-1976), deutscher Philosoph[358]

Unsere grösste Krankheit

Unsere grössten Probleme der Volksgesundheit sind die Übersäuerung (Azidose) und die Unterversorgung mit Mineralien, Spurenelementen und Vitalstoffen,[439] verbunden mit mangelnder Bewegung, mangelndem Sonnenlicht und der Verschmutzung der Lebensgrundlagen. Sie alle sind eine Folge unseres babylonischen Wirtschaftsystems. Das darf natürlich nicht öffentlich bekannt gemacht werden, ansonsten würde unser babylonisches System hinterfragt werden. Deshalb werden nicht nur die Juristen, sondern auch die Mediziner an den Universitäten verblödet. Zudem sorgt der Staat mit Gesetzen, dass wir nicht gesund werden dürfen. Selbstverständlich wird das nicht so direkt kommuniziert, und mittels Strafrecht kann die unfähige und korrupte Justiz jene wenigen Leute verfolgen, die noch versuchen, Menschen gesund zu machen.

Unser System ist so ausgelegt, dass selbst die Krankenkassen kein Interesse haben, die Menschen gesunden zu lassen. Deshalb heissen sie Kranken- und nicht Gesundheitskassen, damit wir krank bleiben. Je mehr Kosten generiert werden, desto höher werden die Prämien und je mehr verdienen die babylonischen Versicherungen. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung ist das Programm. Da niemand aus diesem gesetzlichen Korsett aussteigen kann, wird die Schraube durch die Legitimation des korrupten Gesetzgebers immer mehr zugedreht.

«Wir leben nicht, um zu essen, wir essen, um zu leben.»

Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten

Die Folgen der Übersäuerung sind Warzen, Pilze und Entzündungen aller Art sowie im fortgeschrittenen Stadium Krebs[440] und Herzinfarkt.

Die Übersäuerung ist eine Folge des Lebensstils und der Ernährung. Um den Körper im basischen Bereich zu halten, ist es erforderlich, dass man sich entsprechend verhält. Das grösste Potential zur Übersäuerung hat der Stress, der in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ist und immer mehr zunimmt. Auf die Ernährung bezogen heisst das: Fleisch, Weissmehlprodukte, Zucker, kohlensäurehaltiges Getränke, Milch, Soft- und Energydrinks etc. sowie vieles mehr sind Säurebildner und müssen zugunsten von Salat, Gemüse, Früchten etc. sowie natürlichem Wasser gemieden oder ganz abgesetzt werden.

Eine Übersäuerung hat zur Folge, dass mehr basische Mineralien (wie Kalium, Magnesium und Calcium) verbraucht werden. Säurebildende Elemente sind hauptsächlich Fluor, Chlor und Jod. Aber ausgerechnet die basischen Mineralien lassen sich in unseren Lebensmitteln immer weniger finden. Grund dazu sind neue Sorten von Früchten und Gemüsen sowie die Zerstörung der Böden mittels Düngung, Umwelteinflüssen und Übernutzung. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass wir eines Tages bei vollem Teller verhungern werden. Deshalb können wir kaum mehr Lebensmittel, sondern nur noch Nahrungsmittel kaufen.

«Lasst Eure Nahrung Eure Medizin, und Eure Medizin Eure Nahrung sein.»

Sokrates, Meister der Lehre der drei Welten

Um diese Problematik zu steigern, wird das (Koch-) Salz meist raffiniert. Das Wort «raffinieren» hat eine doppelte Bedeutung, nämlich «tückisch» und ist die Bezeichnung für einen technischen Prozess, dem Natursalz, das rund 80 verschiedene Spurenelemente und Mineralien enthält, diese zu entfernen, also auf annähernd 100 Prozent Natriumchlorid zu reduzieren. Zusätzlich wird das Salz jodiert und / oder fluoridiert. Aber ausgerechnet durch das Raffinieren werden die für den Körper nötigen Spurenelemente und Mineralien entfernt, dafür Jod und Fluor zugefügt, das uns krank macht. Die

---

439 Wallach Joel, Ärzte, ihr sollt nicht lügen! http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/wallach_auszug_nur_tote_aerzte_luegen_nicht.pdf

440 http://www.medizin.de/ratgeber/uebersaeuerung.html

Natur hat alles so eingerichtet, dass wir keine technischen Prozesse tätigen müssen, um uns zu ernähren.

Deshalb ist es wichtig, dass wir saisongerecht essen. D.h. wir essen keine Tomaten und Erdbeeren im Winter, sondern diese kommen sonnengereift aus dem Garten auf den Teller oder direkt in den Mund.

> *«Das aber ist der grösste Fehler bei der Behandlung der Krankheiten, dass es Ärzte für den Körper und Ärzte für die Seele gibt, wo beides doch nicht getrennt werden kann.»*
> *Platon, Meister der Lehre der drei Welten*

Dem Zitat *«Willst du den Körper heilen, musst du zuerst die Seele heilen.»* kann entnommen werden, dass Körper und Seele in einem Zusammenhang stehen. Um das zu verstehen, muss man aber die Lehre der drei Welten begreifen, was unsere babylonische Glaubenswissenschaft nicht kann und auch nicht will. Aus diesem Grund gilt auch hier, teile und herrsche, indem es Ärzte für den Körper und welche für die Seele gibt. Deshalb können uns weder die Ärzte noch die Psychiater, aber auch nicht die Psychologen heilen, denn alle haben ein materialistisches Weltbild. Das ist der Grund, weshalb Ärzte und Psychiater nur Medikamente verabreichen können und damit die Krankheitssymptome unterdrücken, aber nicht in der Lage sind, Körper und Geist zu heilen, also die Ursache zu beheben. Mit Techniken der Lehre der drei Welten ist aber beides möglich. Mit fortschreitender Praxis kann man sich immer mehr selber heilen.

Wenn der neue US-Präsident Donald Trump die (babylonischen) Pharma-Firmen kürzlich «Mörder» nannte, so hat er das Vorgenannte nur überspitzt wiedergegeben, ohne davon Kenntnis zu haben.[441]

Impfen

Immunsystem

Bevor wir uns mit dem Impfen auseinander setzen, muss man wissen, wie das Immunsystem funktioniert. Nach der babylonischen Glaubenswissenschaft besteht es aus drei Stufen. Die erste Stufe beinhaltet Haut, Haare und Schleimhäute; die zweite umfasst Fresszellen, zu denen Makrophagen, Monozyten und Granulozyten gehören, aber auch im Blut gelöste Eiweisse mit eigener Abwehrfunktion. Die dritte Stufe sei die «intelligente Abwehr». Hier übernehmen die B-Lymphozyten, die im Knochenmark gebildet werden, die Abwehr.

Nach der Lehre der drei Welten bzw. der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM) ist die erste Verteidigungsline bei der Immunabwehr ein spezieller Teil der Aura. Dann folgen das Oberflächenfett der Haut (Lipide der Epidermis, Talgdrüsenfett; der Film der Haut) sowie die Haare; sie wirken als Schutzmantel. Daraus ergibt sich, dass der Film der Haut nicht zerstört werden darf, was aber durch das viele Waschen mit industriell hergestellter Seife, Dusch- und Badegels gemacht wird, die zudem den Körper übersäuern. Die letzte Verteidigung ist das innere Qi. Das innere Qi ist vom Metabolismus (Zellstoffwechsel), also von der Verarbeitung von Luft und Lebensmitteln abhängig.

Aufgrund der Funktionsweise des Immunsystems können nun die Verhaltensweisen für den Nestschutz, aber auch für das künftige soziale Verhalten der Kinder abgeleitet werden. Der heutige Standard bei Geburten ist die Spitalgeburt. Dies wird von der Medizin wegen den vielen «hochstilisierten» Komplikationen bei der Geburt empfohlen, um die Leute einmal mehr von der Schulmedizin abhängig zu machen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Spitälern ein ausgesprochen schlechtes Qi vorhanden ist, das die darin verkehrenden Menschen krank macht. Deshalb habe ich mir geschworen, ich gehe nie mehr in ein Spital; bei den Kirchen ist es das gleiche.

Da bei den Kleinkindern das Immunsystem noch nicht vollständig aufgebaut ist, ergibt sich automatisch, dass sie in die Aura der Erwachsenen zu nehmen sind. Das heisst, sie brauchen den direkten Körperkontakt zur Mutter oder zum Vater. In den «unentwickelten» Ländern wird das bis heute so

---

441 20Minuten vom 25.01.2017: «Ich plane, Mister Trump bald zu treffen»
http://www.20min.ch/finance/news/story/-Ich-plane--Mister-Trump-bald-zu-treffen--24945307

gemacht. In den «entwickelten» Ländern werden die Kinder nach der Geburt von der Mutter getrennt. Das ist ganz besonders in den Spitälern mit dem schlechten Qi ein Problem, weil sie deswegen schnell krank werden. Zuhause werden sie in ein eigenes Zimmer gesperrt und in einem Kinderwagen herumgekarrt. Die vielen Kinderkrankheiten bestätigen das falsche Verhalten geradezu.

Inhalt und Folgen

> *«Der medizinische Berufsstand ist von der Pharmaindustrie gekauft – in Bezug auf Praxis, Lehre und Forschung.»* *Arnold Relman (1923-2014), Harvard Professor und ehemaliger Chefredakteur des New England Journal of Medicine*

Impfschäden sind ein gut gehütetes Geheimnis. Dafür gibt es ja bei den Behörden das Amtsgeheimnis, damit die Verbrechen nicht öffentlich werden. Und unsere Qualitätsmedien schliessen die Augen vor Studien, die Impfschäden nachweisen; im besten Fall verwässern sie die Studien so, damit die Leserschaft nicht merkt, dass etwas nicht stimmt.

Um die Reaktion des Immunsystems auf Impfstoffe zu verstärken, werden sogenannte Hilfsstoffe oder Adjuvantien verwendet. Das sind Stoffe, welche die Fähigkeit erhöhen, im geimpften Organismus eine Immunantwort auszulösen. Der Grund dafür ist, dass viele der bei Impfungen eingesetzten Antigene keine nützliche Immunantwort auslösen, d.h., alleine sind sie als Impfstoffe ungeeignet. Für die meisten Totimpfstoffe ist es daher notwendig, Adjuvantien zuzusetzen. So enthält zum Beispiel der Impfstoff gegen Wundstarrkrampf (Tetanus) als Hilfsstoff Aluminiumsalz, das eine gezielte Immunantwort auslöst.[442]

Lange galten Aluminium-Verbindungen als «dirty little secret» – als schmutziges kleines Geheimnis – der Medizin, wie die Immunreaktion verstärkt und die Bildung von Antikörpern gefördert werden. Man fand rasch heraus, dass Aluminium sehr wohl toxisch ist und auch ernste Nebenwirkungen auslösen kann. Kurz gesagt verursacht Aluminium an der Einstichstelle massenhaft Zelltod. Das Immunsystem kennt die Aluminium-Partikel nicht und löst im gesamten Organismus Alarm aus. Milliarden von Abwehrzellen werden mobilisiert und suchen nach möglichen Eindringlingen, nach lebenden Viren oder Bakterien, von denen Gefahr ausgeht. Stattdessen finden sie dann die Wirkstoffe aus der Impfung: Abgetötete Viren oder Bakterien, welche das Immunsystem normalerweise einfach entsorgen würde. Erst durch den Knalleffekt der toxischen Alu-Verbindung nehmen die Zellen des Immunsystems auch diese harmlosen Wirkstoffe aus der Impfung ernst und es werden Antikörper gegen Diphtherie & Co. erzeugt.[443]

In den letzten Jahrzehnten hat die Zahl der Impfungen, die für Kinder und Erwachsene empfohlen werden, dramatisch zu genommen. Dadurch hat sich aber die Belastung durch Aluminium drastisch erhöht. Die Gefahr liegt vor allem in den Folgen auf das Immunsystem. Viele der Zivilisationskrankheiten sind solche Krankheiten, wo das Immunsystem falsch reagiert: mit Allergien, Autoimmunreaktionen oder chronischen Entzündungen. [444]

In der Medizin wird Aluminiumhydroxid nebst dem Impfen auch bei Dialysepatienten als Phosphatbinder eingesetzt. Dabei zeigte sich bei längerem Einsatz eine cerebrale Toxizität (Demenz), ebenso eine Knochentoxizität, weshalb ein Einsatz von höchstens vier Wochen empfohlen wird.[445] Damit wird erklärt, weshalb auch die Alzheimer-Krankheit auf dem Vormarsch ist.

Bei Kleinkindern entdeckten Forscher eine signifikante Korrelation zwischen der Anzahl der verabreichten Impfstoffe mit Aluminium-Hilfsstoffen und der Erkrankungsrate an Autismus bzw. autistischen Störungen (ASD *Autism Spectrum Disorders*). Aber bei einem aluminiumfreien Impfstoff besteht diese Korrelation ebenso, weshalb ein anderer Faktor im Spiel sein muss. Bevor Aluminium als Hilfsstoff verwendet wurde, wurde Quecksilber eingesetzt.[446]

---

442 http://www.onmeda.de/impfungen/impfstoffe_ueberblick-hilfsstoffe-%28adjuvantien%29-4044-7.html

443 Ehgartner Bert, *Dirty Little Secret – Die Akte Aluminium*, Ennsthaler, 3. Aufl. 2014, 328 Seiten, ISBN 3850688941.

444 http://www.al-ex.org/alu-fallen/alu-falle-impfungen.html

445 http://www.chemie.de/lexikon/Aluminiumhydroxid.html

446 http://www.zentrum-der-gesundheit.de/aluminium-in-impfstoffen-ia.html

«Das offizielle Impfprogramm der Schweiz sieht für unsere Kinder zurzeit nicht weniger als 26 Impfdosen gegen 8 verschiedene Krankheiten in den ersten 24 Lebensmonaten vor.»[447]

Mit diesem Vorgehen ist programmiert, dass die Menschen von der Wiege bis zur Bahre von Babylon abhängig sein werden, was Absicht ist. Die Menschen sind inzwischen so verblödet, dass sie sogar dafür bezahlen, damit sie krank werden und nachher ein Leben lang von Babylon abhängig sind.

Pandemien

Immer wieder wird über die Medien eine Pandemie angekündigt und die babylonische Weltgesundheitsorganisation WHO stilisiert diese hoch. Betrachtet man aber die nur seit dem letzten Jahrhundert entstandenen Seuchen wie AIDS, Ebola, SARS etc., so stellt man fest, dass diese im Labor entstanden sind und künstlich verbreitet wurden. Ziel ist, die Menschen einzuschüchtern, denn der Angstzustand ist die beste Möglichkeit, sie zu manipulieren. Dahinter steht die Absicht, dass sich die Menschen impfen lassen und dadurch die babylonische Pharmaindustie finanzieren und sich damit andererseits krank machen lassen. Das ist nur der kleinere Teil. Viel entscheidender ist, dass WHO einen weltweiten Notstand ausrufen kann, wenn die höchste Alarmstufe erreicht wird. Dann wird umgehend ein Notrecht in Kraft treten und das gängige Recht ausser Kraft gesetzt. Dann haben wir die Diktatur – auch in der Schweiz.

Ein grosser Einfluss, ob eine Krankheit ausbricht, steht im Zusammenhang, ob wir übersäuert sind, denn Pilze haben im basischen Medium keine Überlebsenschance. Einzeller kann man einfach mit Silberwasser abtöten, denn das Silberatom lässt sie ersticken; auch Goldwasser ist geeignet. Bei diesem Mittel gibt es keine Resistenzen. Um beispielsweise die Ausbreitung von Keimen in Spitälern zu minimieren, sollten die Türgriffe und Lichtschalter aus Silber oder nur schon aus Kupfer gefertigt sein. Damit würden die Keime am (Edel- oder Halbedel-) Metall abgetötet. Aber es ist wie überall: Wir verwenden immer das schlechteste Material, um nachher mit weiterer Technik die Folgen einzudämmen, was weitere Technik und damit Materialismus zur Folge hat.

Beispielsweise gibt es gegen Malaria auch das Natriumchlorit (NaClO2), das unter dem Namen *Miracle Mineral Supplement* (MMS) bekannt ist. Obschon der Entdecker Jim Humble, ein Scientologe ist, also ein Babylonier, heisst das nicht, dass diese Substanz für den Menschen schädlich ist, wenn man sie dosiert einnimmt, ansonsten würde sich die obere babylonische Mafia nicht so vehement dagegen zur Wehr setzen.[448] Allerdings muss auch gesagt werden, dass MMS nicht für alle behaupteten Krankheiten tauglich ist. So steht der Autismus in Verbindung mit der Vergiftung durch Impfungen und nicht im Zusammenhang mit Erregern. Aber wie immer, sollte man die Geschichte und die technischen Gegebenheiten kennen, bevor man sich ein vorschnelles Urteil aufgrund von babylonischen Behörden und Medien macht.

Drogen

«Das Drogenproblem hat bereits aufgehört, einfach nur ein Gesundheits- oder Sozialproblem zu sei. Es hat sich in ein weitaus ernsthafteres und weitreichenderes Problem gewandelt, das unsere nationale Souveränität bedroht, weil es die Unabhängigkeit der Nationen bedroht. Drogen, in all ihren Manifestationen – der Produktion, der Kommerzialisierung und ihres Gebrauchs – denaturieren uns, indem sie unser ethisches, religiöses und politisches Leben verletzen und unsere historischen, wirtschaftlichen und republikanischen Werte.» *Venezuelas Botschafter der Vereinten Nationen*[449]

---

447 Impfratgeber: ~~http://www.bag.admin.ch/ekif/04440/04442/index.html~~ nicht mehr verfügbar. Impfungen für Säuglinge und Kinder: https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/themen/mensch-gesundheit/uebertragbare-krankheiten/impfungen-prophylaxe/informationen-rund-ums-impfen/impfungen-fuer-saeuglinge-und-kinder.html

448 Zeitenschrift Nr. 59: *MMS - Miracle Mineral Supplement*. https://www.zeitenschrift.com/artikel/mms-miracle-mineral-supplement

449 Coleman, John, Komitee der 300, 2006, Seite 259

Wie alles verdreht wird, möchte ich am Beispiel von Hanf erklären.

Hanf zählt zu den ältesten Nutzpflanzen der Welt. Hanf wurde in früherer Zeit vor allem für die Herstellung von Seilen, Textilien, Öl und Arzneimitteln benötigt. Aber auch der Samen war für die Ernährung begehrt. In der Neuzeit wurde Hanf für die Papierherstellung verwendet. In den Vereinigten Staaten konnte man bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die Steuern mit Hanf bezahlen. Die Firma Ford erstellte 1941 ein Auto aus Hanf. Die Verkleidung war gegenüber einem Stahlblech sehr viel stabiler, rostete nicht und konnte umweltgerecht entsorgt werden.[450]

Wie war es dann möglich, dass Hanf so verteufelt wurde?

China wurde von den Briten mit indischem Opium überflutet, weshalb China Millionen von Süchtigen hatte; 1880 gab es bereits 20 Millionen Süchtige. 1909 tagte in Shanghai erstmals eine internationale Opiumkommission und in der Folge kam es 1911 bis 1913 in Den Hag zu einer ersten internationalen Opiumkonferenz. Es wurde beschlossen, dass sich die daran beteiligten Staaten bestmöglich bemühen sollten, sowohl alle Personen, die Morphin und Kokain und entsprechende Produkte produzieren, verkaufen oder im- und exportieren, als auch entsprechende Produktionsstätten und Umsatzplätze streng zu kontrollieren. Das Abkommen wurde 1915 von den USA, den Niederlanden, China, Honduras, und Norwegen umgesetzt und 1919 im Rahmen des Friedensvertrags von Versailles weltweit gültig. Damit wird schon ruchbar, wer dahinter steckt.

Während einer weiteren Opiumkonferenz wurde 1925 in Genf ein überarbeitetes Abkommen unterzeichnet und 1928 in Kraft gesetzt. Daraufhin wurden auch Drogen wie Heroin, Kokain und, auf Drängen von Ägypten, auch Cannabis gänzlich verboten. Die Unterzeichnerstaaten mussten die Überwachung für Drogen im medizinischen Bereich erhöhen sowie die Strafen für den illegalen Handel verschärfen. Cannabis ist die wissenschaftliche Bezeichnung für Hanf und das Wort Marihuana, das aus dem mexikanischen Spanisch stammt, bedeutet ebenfalls Hanf.

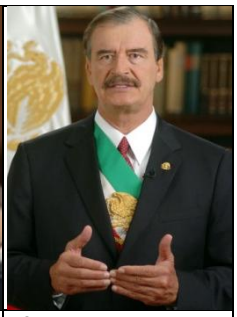
Bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts war Cannabis, gewöhnlich in Form von alkoholischen Extrakten, ein leicht verfügbares Medikament und im 19. Jahrhundert eines der am häufigsten verschriebenen.

Anfang 1936 setzte in den USA ein gezielter Lobbyismus, eine rassistisch gefärbte Propaganda der Hearst Corporation des Medienmoguls und Illuminaten William Randolph Hearst gegen das als «neue Droge» wahrgenommene Marihuana ein; dass Marihuana und Hanf identisch sind, wurde nicht erkannt. Seither ist Hanf, zusammen mit anderen Drogen geächtet.

Ein Ziel des Komitees der 300 besteht darin, die Drogen zu legalisieren.

Nachdem wir nun wissen, was geplant ist, verstehen wir auch, weshalb innerhalb des Jahres 2014 verschiedene Vorstösse vorgetragen wurden, Drogen in den Städten Genf, Zürich, Bern, Basel, Winterthur und Biel zu legalisieren. Dahinter steht niemand anderer als Babylon. Die verschiedenen Exponenten führen lediglich eine Auftragsarbeit aus.

Jamen Shively*


Vicente Fox*

In den USA ist der Gebrauch von weichen Drogen wie Marihuana (spanischer Slang für Hanf) 2015 in den ersten Bundesstaaten legalisiert worden, obschon das Verbot auf Bundesebene noch besteht. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass in absehbarer Zeit die übrigen Bundesstaaten und der Bund das Verbot ebenfalls aufheben werden. Kenner der Szene sind sich einig, dass es ein sehr lukrativer Markt sein wird. Das hat auch der ehemalige Strategie-Manager bei Microsoft, Jamen Shively, bemerkt, weshalb er mit seiner Firma Diego Pellicer Inc. eine Handelskette auf-

450 22.08.2011: *Hanf: Auto – Öl – Kleidung – Erneuerbare Energie pur*. https://www.youtube.com/watch?v=H4hKSoB1OOM und
20.08.2011: *Hanf-Papier lässt die Bäume stehen*. https://www.youtube.com/watch?v=41LrJe9NZ7Q

bauen will. Erstmals anvisiert er 40 Prozent des Weltmarkts zu kontrollieren;[451] in einem zweiten oder dritten Schritt werden es dann 100 Prozent sein. Shively peilt deshalb für jedes einzelne Marihuana-Geschäft in Colorado und Washington einen Gewinn von rund 120'000 Dollar an – pro Monat.[452] Ihm zur Seite steht die Legalisierungs-Bewegung mit Vicente Fox, dem Ex-Präsidenten von Mexico. Der Babylonier Shively wird sich damit ein weltweites Monopol aufbauen. In der Schweiz wird die Angelegenheit genau gleich verlaufen.

Mit der Prohibition von Drogen, vor allem von Hanf, wurden die Drogen in den Schwarzmarkt gedrängt, weshalb die Preise stiegen und so grössere Profite erzielt wurden. Man muss sich bewusst sein, dass sich der gesamte Drogenanbau und Handel in der Hand des Komitees der 300 befindet. Bevor die Amerikaner 2001 in Afghanistan einfielen, hatten die Taliban den Mohnanbau völlig unterdrückt und seit die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) unter NATO-Führung den «Wiederaufbau» unterstützt, gedieh der Mohnanbau prächtig. Afghanistan ist seither weltweit der grösste Opiumlieferant.

Auf der einen Seite wird der Mohnanbau mit militärischen Mitteln in fremden Ländern geschützt und verteidigt und auf der andern Seite versuchen die gleichen Staaten mit grossem Aufwand, der Droge Herr zu werden. Jeder, der nur ein Milligramm in der Tasche hat wird mit gewaltigem Aufwand verfolgt. Die Kleinen henkt man und die Grossen lässt man laufen!

Wenn man diese Zusammenhänge erstmals verstanden hat, dann wird man auch verstehen, weshalb die grossen Drogenfahndungen in der Schweiz nie aufgeklärt werden konnten bzw. durften. Als prominente Beispiele stehen die «Libanon-Connection» und die «Pizza Connection» im Vordergrund.[453] Der damalige Tessiner Undercover-Polizist Tato, Fausto Cattaneo, hat dazu ein Buch[454] beschrieben, in dem er einzelne Staatsanwälte beschuldigte, weshalb ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wurde.[455] Cattaneo glaubte schon damals, dass die wirklichen Drahtzieher unantastbar sind: *«Wir sind nur Ameisenjäger, die Elefanten laufen frei herum.»* Zu viele Politiker, Rechtsanwälte und Geschäftsleute hatte er als willige Helfer der Drogenkartelle entlarvt.

2.5.2 Energie und Technik[1]

«An dem Tage, an dem die Wissenschaft beginnen wird, nichtphysikalische Erscheinungen zu untersuchen, wird sie in einem Jahrzehnt grössere Fortschritte machen, als in all den vorhergehenden Jahrhunderten ihres Bestehens.»

Nikola Tesla (1856-1943), Kroate, Elektroingenieur, Erfinder

---

451 Süddeutsche Zeitung vom 31.05.2013: *Geschäftsidee: Drogenhandel*.
http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/marihuana-kette-von-ex-microsoft-manager-geschaeftsidee-drogenhandel-1.1685153

452 Handelsblatt vom 25.06.2013: *Kiffen gegen die Staatsschulden, Seite 2*.
http://www.handelsblatt.com/politik/international/cannabis-legalisierung-in-den-usa-happiger-steuersatz-auf-cannabis/8401496-2.html

453 Siehe dazu Eingabe 4.5 an die Bundesversammlung vom 11.04.2005
http://politik.brunner-architekt.ch/eingabe-4-orientierung-5/

454 Cattaneo Fausto, übersetzt von K. Bartsch, *Deckname Tato. Als Undercoveragent gegen die Drogenkartelle*, Pendo, 1. Auflage 2001, 376 Seiten, ISBN 3858424188.
In Französisch: *«Comment j'ai infiltré les cartels de la drogue»*, Albin Michel, 2014, ISBN 2226251634.

455 Tagesanzeiger vom 27.07.2014: Der erbitterte Krieg zweier Undercover-Polizisten.
http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Der-erbitterte-Krieg-zweier-UndercoverPolizisten/story/20875991 und
Südostschweiz vom 21.10.2015: *Freispruch für Tessiner Ex-Drogenfahnder.*
https://www.suedostschweiz.ch/panorama/2015-10-21/freispruch-fur-tessiner-ex-drogenfahnder

Die Energiekrise

Im Mai 1973 traf sich eine Gruppe von 84 Personen der Weltspitze aus Finanz und Politik im schwedischen Saltsjöbaden. Ihr Plan war sehr einfach: Ein globales Ölembargo sollte die Ölversorgung weltweit drastisch verknappen. Das würde die Weltölpreise dramatisch steigen lassen. Da die Ölgesellschaften den Weltmarkt seit 1945 fest in der Hand hatten, war es üblich geworden, die internationalen Ölrechnungen in Dollar zu fakturieren. Mit dem Ölpreis musste also auch die Nachfrage nach US-Dollar ansteigen. Die steigende Nachfrage nach Dollar würde den Druck von ihm nehmen und seinen Wert stützen. Sie würde natürlich auch die Position derer stärken, die Dollar drucken und liefern konnten. Der Preis sollte um 400 Prozent steigen.

Wenn Sie die Geschichte Englands verstanden haben, so wissen Sie, dass damals eine kleine Gruppe grosse Monopole zugeschanzt erhalten hat, die ihnen gewaltige Reichtümer beschwerten. Die Energiekrise ist ebenfalls so ein Monopol. Da steckten nicht die bösen Araber dahinter, sondern nur die bösen Babylonier!

Diese Gruppe war niemand anderer als die der Bilderberger. Von Schweizer Seite waren Erich Mettler und Victor H. Umbricht, Diplomat und VR-Delegierte der Ciba-Geigy AG, dabei.[456] Die Bilderberger haben diesen Plan lediglich zur Kenntnis genommen, damit sie die nötigen Vorbereitungen in ihren Organisationen und Ländern tätigen konnten.

Die Energiekrise war nur ein kleiner Teil aus dem Plot, dem Bericht «Die Grenzen des Wachstums», des Club of Rome, einer mächtigen Organisation des Komitees der 300. Von Schweizer Seite war unter anderem Bundesrat Kurt Furgler (Ehren-) Mitglied.

> Fazit: Die Energiekrise war ein willkürlich und künstlich erzeugtes Ereignis, um die Gesellschaft in eine gewünschte Richtung zu lenken.

Mit der Energiekrise wurde begonnen, die Gebäude energetisch zu sanieren. Dazu wurden Milliarden von Franken ausgegeben, damit die noch halbwegs brauchbare Gebäudesubstanz mit Sondermüll eingemüllt wurde, die eines Tages mit grossem Aufwand wieder zu entsorgen ist. Die ganze Übung ist ebenfalls wieder ein Schlag ins Wasser, denn bestehende, nicht sanierte Gebäude benötigen weniger Energie als solche, die nachisoliert wurden. Das ist dem Bundesamt für Energie seit Anfang der 1980er Jahre bekannt, denn es hat dazu die Erhebung selber in Auftrag gegeben. Bei den Aussendämmungen und den hinterlüfteten Fassaden ist es genau gleich. Für die babylonische Industrie war das natürlich ein Segen und die babylonischen Banken hatten somit wieder Zinssklaven, die obendrein noch das aus der Luft entstandene Geld zurück zu zahlen haben.

> Fazit: Dem Bundesamt für Energie ist seit Anfangs der 1980er Jahre bekannt, dass nachträglich gedämmte Gebäude mehr Energie verbrauchen als ungedämmte. Es hat die Auswertung dazu selbst in Auftrag gegeben.

Anstelle von Erdöl und Atomstrom gäbe es durchaus alternative und sauberere Energieträger, die zudem noch unentgeltlich wären. Wenn die Menschheit von den Herrschern Babylons abhängig sein soll, ist es eine Frage der Politik, dass uns diese Techniken vorenthalten werden. Mit andern Worten, die Politik sorgt dafür, dass den Herrschern Babylons immer mehr Monopole zulasten der Menschheit zugeschanzt werden.

Klimaveränderung

Wegen dem Verbrauch von Erdöl, steige der CO2-Gehalt in der Luft an und weil das CO2 die Wärmeabstrahlung in den Weltall verhindere, so erwärme sich die Atmosphäre seit der Industriealisierung dramatisch, weshalb sie vom Menschen verursacht sei, so die behauptete Erkenntnis der «exakten» Glaubenswissenschaften.

Deshalb muss der Umweltschutz weltweit organisiert werden, weshalb sogenannte Klimakonferenzen durchgeführt werden. Der Jesuit und Bilderberger Herman van Rompuy, der ehemalige Präsident

---

456 https://contraganda.files.wordpress.com/2010/03/bilderberger_mitgliederliste.pdf

des Europäischen Rates (2009-2014), hat nach seiner Designation deutlich gesagt, dass die Klimakonferenzen ein weiterer Schritt hin zur globalen Regierung unseres Planeten sind. Seit der gleichen Zeit ist auch die erste globale Weltregierung im Amt.[457] Haben Sie an deren Wahl teilgenommen und ihm die Stimme gegeben?

Aber weshalb nehmen die Unwetter immer mehr zu? Unwetter hat es schon immer gegeben. Das ist ein Teil der Natur. Aber in der Vergangenheit haben sie tatsächlich zugenommen. Das ist eine Folge des Menschen, des babylonischen Menschen. Sowohl die Wetter- als auch die Erdbebenphänomene sind Prozesse, die der Mensch selbst auslösen kann. Die Erzeugung von Erdbeben geht auf Studien und Experimente von Nikola Tesla (1856-1943) zurück. Diese Technik wird u.a. mit dem Ionosphärenheizer, dem Projekt HAARP (High frequency Active Auroral Research Program - Aktives Hochfrequenzprogramm zur Erforschung der Aurora)[458] angewendet. Die US-Air Force hat dazu im Jahre 1996 eine Studie *«Weather as a Force Multiplier: Owning the Weather in 2025»*[459] verfasst, wie sie bis ins Jahr 2025 die Wetterherrschaft erringen will. Damit wären die von Babylon unterworfenen USA an jedem beliebigen Ort in der Lage, Dürren, Überschwemmungen oder Erdbeben auszulösen und so weltweit jedes Land in die Knie zu zwingen.

Chemtrails

Da gibt es aber noch einen künstlichen Faktor: Sie kennen sicherlich die Kondensstreifen der Flugzeuge am Himmel. Diese bestehen nur aus Wasserdampf, weshalb sie nach fünf Minuten nicht mehr sichtbar sind. Seit den 1990er Jahren gibt es das Phänomen der Chemtrails (übersetzt: Chemie-Spur). Am Anfang sehen sie genau gleich aus wie die Kondensstreifen. Nachher werden sie breiter und breiter und bilden schlussendlich schlierenartige Teppiche. In den Wetternachrichten werden sie neu als sogenannte «Schleierwolken» bezeichnet. Wie es der Name sagt, beinhalten sie Chemie, die uns nicht gut tut. Unter anderem ist Nano-Aluminium darin enthalten. Das Aluminium sorgt dafür, dass die Abstrahlung der Erde in den Weltraum nicht mehr so gross ist, womit die Temperatur in der Atmosphäre steigt. Vor allem die Billigflieger-Airlines versprühen es und werden dafür bezahlt, weshalb sie günstige Flugpreise anbieten.

Die meisten Behörden bestreiten die Chemtrails und behaupten, das sei eine Verschwörungstheorie. Tatsächlich werden sie gleichzeitig aber auch bestätigt:

- John Holdren, Obamas Berater für Wissenschaft und Technologie, sieht die Geo-Technik als eine vollkommen lebensfähige Möglichkeit, die Temperatur des Planeten zu kühlen. Er unterstützt den Prozess der Freisetzung von Partikeln aus Barium, Magnesium, Aluminium, Nanofasern, Bacillus-Blutsporen und anderen Chemikalien, um das Sonnenlicht von der Erde zu reflektieren.[460]
- Geoengineering-Technologien werden bestätigt und empfohlen.[461]
- «Geoengineering» ist eine neue Wissenschaft, die bis vor kurzem als eine reine Science-Fiction betrachtet wurde, verspricht eine alternative Möglichkeit, die Kontrolle über das Klima vorübergehend wiederzuerlangen.[462]

Und nun möchte ich das mitteilen, was ich im Welsbach-Patent, auf dem die Ausbringung der Aluminium-Nanopartikel beruht, bis anhin ebenfalls nicht richtig interpretiert habe. Immer, nachdem

---

457 https://www.youtube.com/watch?v=l1qTPvugqgg&feature=player_embedded – englisch
https://www.youtube.com/watch?v=QEqFtVrAgSo
Deutscher Text auf http://wunderhaft.blogspot.ch/2010/01/eu-prasident-spricht-offen-uber-die.html

458 Siehe dazu Eingabe 7.1 an die Bundesversammlung, Kapitel 3.4 HAARP.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_7_1.pdf

459 https://archive.org/details/WeatherAsAForceMultiplier

460 Susanne Posel vom 10.04.2013: *Obama's Science Adviser Recommends Chemtrails to Save the Planet*.
https://www.occupycorporatism.com/obamas-science-adviser-recommends-chemtrails-to-save-the-planet/

461 COTO Report vom 28.10.2010: *BREAKING: UN Bans Chemtrails*.
https://coto2.wordpress.com/2010/10/28/un-votes-to-ban-chemtrails/

462 The Royal Society vom 09.11.2010: *Geoengineering - taking control of our planet's climate*.
https://royalsociety.org/science-events-and-lectures/2010/geoengineering/

Chemtrails ausgebreitet worden sind, steigt die Temperatur in der Atmosphäre. Wenn keine Chemtrails gesprüht werden, gibt es keine Temperaturerhöhung. Das sind die Ergebnisse mit Laser-Temperatur-Messgeräten, wie mir mitgeteilt wurde. Das hat zur Folge, dass die Alupartikel die Energieabstrahlung von der Erde in den Weltall verhindert und nicht die Sonneneinstrahlung auf die Erde. Mit diesem Ausbringen wird eine Art Treibhaus-Effekt (Glasscheiben-Effekt) in der Atmosphäre erzeugt. Deshalb werden die Chemtrails immer gespritzt, bevor es schönes Wetter gibt oder bei schönem Wetter. Die Temperaturerhöhung in der Atmosphäre wird daher vom Menschen, sprich von Babylon vorsätzlich verursacht. Gleichzeitig wird mit den ausgebreiteten Substanzen dafür gesorgt, dass die Menschen krank werden.

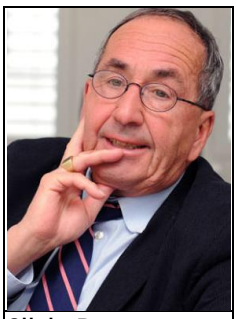
Fazit: Nach dem Ausbreiten der Chemtrails steigt die Temperatur in der Atmosphäre an, weil die ausgebreiteten Aluminium-Nanopartikel eine Wärmeabstrahlung in den Weltall verhindern. Gleichzeitig werden wir mit Aluminium kontaminiert, weshalb die Alzheimerkrankheit zunimmt.

Nun wissen wir auch, weshalb wir in der Luft so viele Schmutzpartikel haben, die allen andern Prozessen (Autos, Heizungen) in die Schuhe geschoben werden.

Energiestrategie 2050 des Bundes

Am 21. Mai 2017 wurde das revidierte Energiegesetz und damit die Energiestrategie 2050 des Bundes mit 58.2 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Es diene dazu, den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und die erneuerbaren Energien zu fördern. Zudem werde der Bau neuer Kernkraftwerke verboten. Die Schweiz könne so die Abhängigkeit von importierten fossilen Energien reduzieren und die einheimischen erneuerbaren Energien stärken. Das schaffe Arbeitsplätze und Investitionen in der Schweiz.

Das neue Energiegesetz bringt für die babylonische Industrie wieder Monopole zulasten der einfachen Haushalte und des Kleingewerbes, weil sie nicht so grosse Energieumsätze tätigen. Das bestätigt sogar der Gestenbruder und Wirtschaftsprofessor Silvio Borner.[463]


Silvio Borner

> *«Das politische Motiv ist durchsichtig: Man erteilt den Intensiv-Verbrauchern Absolution und macht sie so zu Verbündeten, belastet aber alle Kleinkonsumenten umso stärker.»*
>
> *«Dienstleistungsunternehmen oder der einfache Handwerker werden den Wert kaum erreichen. Die Schwellen führen aber zu perversen Fehlanreizen: Ein Unternehmen, das knapp weniger Strom verbraucht, wird dazu motiviert, den Stromverbrauch künstlich zu vergrössern.»*
>
> *«Mit dem neuen Energiegesetz würde Strom teurer, weil der Netzzuschlag zur Förderung neuer Energien steigt. Firmen mit besonders energieintensiver Produktion können den Zuschlag weiterhin zurückfordern.»*
>
> *«Rund 100 Firmen profitieren derzeit von Rückerstattungen. 2015 flossen rund 45 Millionen zurück. Geld erhielt auch die EMS-Chemie der Energiegesetz-Gegnerin Magdalena Martullo-Blocher.»*

Borner durfte so eine Aussage natürlich erst im Pensionsalter tätigen. Hätte er dies in seiner Zeit als Professor getan, wäre er arbeitslos geworden.

Fazit: Das zur Abstimmung anstehende Energiegesetz, die «Energiestrategie 2050 des Bundes», ist nichts anderes als eine Umverteilung der Verbrauchskosten durch die Grossen auf die Kleinen. Es ist mit einem Monopol vergleichbar.

---

463 20Minuten vom 07.04.2017: «Energiegesetz führt zu perversen Fehlanreizen». http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Energiegesetz-fuehrt-zu-perversen-Fehlanreizen--10540856

So eine Bevorzugung der babylonischen Industrie mit der schweizerischen Gesetzgebung passiert natürlich nicht das erste Mal, denn es ist konstante Praxis. Das Gleiche sollte ebenfalls bei der abgelehnten Unternehmenssteuerreform erfolgen.

Mobilfunk

> *«Niemals in der Geschichte der Menschheit gab es eine Praxis wie wir sie jetzt mit der Vermarktung und Verbreitung von Produkten erleben, welche für die menschliche Biologie lebensfeindlich sind - durch eine Industrie mit Vorwissen dieser Effekte.»*
>
> *Robert C. Kane, Ehem. Handy-Entwickler von Motorola*
> *in seinem Buch «Cellular Telephone Russian Roulette»*[464]

Kane spricht etwas an, das in verschiedener Hinsicht eine tickende Zeitbombe ist. In meiner Schule der Lehre drei Welten wird deren Problematik ebenfalls diskutiert. Ich habe meine eigene Erfahrung, nachdem mein Air-Tub-Headset defekt war und der Ersatz einige Zeit benötigte. In der Folge hatte ich Lähmungserscheinungen am Mund. Dank Techniken aus der Lehre drei Welten konnte ich mich heilen; die Schulmedizin kann das nicht. Die gesundheitlichen Auswirkungen werden erst in einigen Jahren sichtbar werden. Das ist auch der babylonischen Schulwissenschaft bekannt, auch wenn sie die Gefährlichkeit herunter spielt. Dann wird es eine gesundheitliche Katastrophe geben.

> *«Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, kein Mensch mehr.»* *Albert Einstein*

Vielleicht haben Sie auch schon bemerkt, dass es nicht mehr so viele Bienen gibt. Das ist eine Folge der Mobilfunkstrahlung. Die Konsequenzen sollten aus dem Zitat erkenntlich sein.

2.5.3 Geld – 2. Teil

> *«Wenn eine Regierung für Geld von Bankern abhängig ist, kontrollieren sie und nicht die Führer der Regierung die Situation, denn die Hand, die sie gibt, ist über der Hand, die dauert … Finanziers sind ohne Patriotismus und ohne Anstand.»*
>
> *Napoleon Bonaparte*

> *«Money plays the largest part in determining the course of history.*
> *Geld spielt bei der Festlegung der Geschichte die grösste Rolle.»* *Karl Marx*

Ich will hier nicht die Problematik des Geldes, d.h. des Zins und Zinseszinses, die Geldschöpfung (aus den Nichts), Geld als Schuld und die Problematik der Nationalbanken erklären. Dazu gibt es andere Aufsätze.[465]

Dieses Kapitel müssen Sie sich selbst erarbeiten.

Nationalbank

Zu einem Nationalstaat braucht es natürlich auch eine Nationalbank. Mit der Botschaft zum *Bundesgesetz über die Errichtung der schweizerischen Bundesbank* vom 23.10.1894 (BBl 1894 III 565)[466] beantragte der Bundesrat eine staatliche Bank. Das Parlament fällte am 18.06.1896 den Beschluss dazu (BBl 1896 III 681). In der Folge wurde das Referendum ergriffen.

Die babylonischen Gegner befürchteten bei der Staatsbank die Vermischung des Staatskredites mit demjenigen des Noteninstituts, die Folgen der unbegrenzten Haftbarkeit des Staates, die starke Ein-

---

464 Kane Robert C., Cellular Telephone Russian Roulette, Vantage, 2001, 235 pages, ISBN 0533136733

465 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/das_geld.pdf und
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/der_welt_geldbetrug.pdf

466 Übersicht des Geschäfts: https://www.admin.ch/ch/d/pore/rf/cr/1896/18960008.html

mischung der politischen Behörden in die Verwaltung der Bank und den mangelnden Kontakt der Bank mit der Wirtschaft. Nicht zuletzt bildete die Gefahr der Beschlagnahme der Staatsbankgelder im Kriegsfall einen Haupteinwand. Insgesamt erschien die vorgeschlagene Notenbank den Gegnern nicht unabhängig genug von staatlichen Behörden und Interessen.[467]

In der Folge kam es am 28.02.1897 zu einer Volksabstimmung. Mit 56.7 Prozent Nein-Stimmen wurde die Vorlage verworfen. (BBl 1897 II 27)

Ich bin mir nicht so sicher, ob zuerst bewusst eine Vorlage mit einer Staatsbank gewählt wurde, um sie nachher zu bodigen, damit nachher eine Privatbank errichtet werden konnte. Deshalb zolle ich dem Bundesrat bewusst kein Lob.

Daher war der Bundesrat gezwungen, eine neue Vorlage zu erarbeiten in der Form einer privaten Bank, der Schweizerischen Nationalbank in Form einer Aktiengesellschaft, einer Société anonyme. Gemäss dem ersten Nationalbankgesetz vom 6. Oktober 1905 (BBl 1905 V 42) musste der ganze Gegenwert der in Umlauf sich befindlichen Noten mit mindestens 40 Prozent Gold zum Marktwerte gedeckt sein. Wie der Schweizer Franken nachher sukzessive entwertet wurde, kann in «Anpassung des Mindestumwandlungssatzes» nachgelesen werden.[468]

Wer glaubt, die babylonische Nationalbank sei in vollständigem Besitz von Bund und Kantonen, irrt gewaltig. Der zuletzt gehörte Anteil von Bund und Kantone sei bei 55 Prozent. Ob das stimmt oder nicht, kann nicht beurteilt werden, weil die Anteile «geheim» sind. Auch muss nicht geglaubt werden, dass das letzte noch verbliebene Gold in der Schweiz lagere. Es ist davon auszugehen, dass es wie bei der FED und der deutschen Bundesbank passiert: Niemand weiss wo es ist und niemand will es kontrollieren; es ist ja privat! Ja, die Nationalbank ist so oder so babylonisch!

Vollgeld-Initiative[469]

Die eidgenössische Volksinitiative *Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)* wurde am 12.05.2014 von einem babylonischen Komitee eingereicht. Die Initiative ist zustande gekommen und der Bundesrat hat bereits die Botschaft an das Parlament abgegeben.

Diese Initiative fordert u.a., dass die Nationalbank den verfassungsmässigen Auftrag erhalte, als unabhängige Zentralbank eine Geld und Währungspolitik zu führen, die dem Gesamtinteresse des Landes diene.

Mit dieser Initiative wird der privaten Nationalbank, deren Eigner wir nicht kennen, einen Blankoauftrag erteilt, die Währungspolitik des Landes zu betreiben.

Mit andern Worten, wir legen die verfassungsrechtlichen Kompetenzen blindlings in die Hände eines fremden Privaten, einem Babylonier, der über uns entscheiden wird. Das ist die Botschaft hinter der Initiative.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht – FINMA

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) besteht seit 2009. Aufsichtsorgan ist die Bundesversammlung. Da weiss man ja bereits, was beaufsichtigt wird! Nicht nur daher ist die FINMA babylonisch, sondern schon des Geldes wegen. Die Finma hat den formellen Auftrag

§ nach Massgabe der Finanzmarktgesetze, Gläubiger, Anleger und Versicherte zu schützen.
§ den Betrieb der ihrer Aufsicht unterstellten Unternehmen und Organisationen zu bewilligen und zu überwachen.
§ die Geldwäscherei zu bekämpfen und bei Bedarf Sanierungsverfahren und Konkurse abzuwickeln.

---

467 BBl 2002 6097, Geschäft Nr. 02.050. Botschaft über die Revision des Nationalbankgesetztes.
468 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/mindestumwandlungssatz.pdf
469 https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis453.html

Wenn Sie die Problematik des Geldes tatsächlich verstanden haben, so wissen Sie, dass das Geldwesen höchst kriminell organisiert ist. Nachdem Sie das Kommunistische Manifest gelesen haben, wissen Sie auch, dass das bürgerliche Eigentum abzuschaffen ist. In diesem Sinn sind übrigens auch die Negativzinsen der Banken zu verstehen.

Wer glaubt, die 2008 ausgebrochene Finanzkrise sei beendet, irrt ebenfalls. Diese Krise ist noch gar nicht richtig verdaut und zudem türmen sich im Hintergrund gewaltige, absichtlich getätigte und damit betrügerische Spekulationen auf, die in absehbarer Zeit das ganze weltweite Finanzsystem aus den Fugen werfen. Das ist beabsichtigt. In diesem Sinn muss auch die Bankeninsolvenzverordnung der FINMA (SR 952.05) betrachtet werden; die entscheidenden Artikel: 47, 48 Bst. d und 49 Bst. a.

Damit wird es bei insolventen Banken möglich sein, Bankeinlagen in Eigenkapital umzuwandeln. Beträge bis zu 100'000 Franken werden dabei nicht berücksichtigt. Mit andern Worten, wenn jemand insolvent wird, werden Ihre Einlagen verwendet, um die Bank wieder geschäftstüchtig zu machen. Dann wird Ihnen die Einlage genommen, dafür werden Sie Miteigentümer der Bank. Aber diese Finanzkrise passiert nur, weil dahinter ein weltweiter Betrug steckt. Die verschwundenen Gelder sind dann irgendwo auf der Welt in Sicherheit der Babylonier. So wird die Menschheit betrogen und um ihr rechtmässig erarbeitetes Vermögen gebracht. Sie können sicher sein, dass auch der Finanzplatz Schweiz, auch wenn er weltweit besser fahren wird, als andere Länder, diese Krise auch hier nicht spurlos vorübergehen wird. So ein Vorgang nennt man Bail-In.[470] In Zypern wurde das bereits vor Jahren durchexerziert. Die Einleger mussten mit einem «Haarschnitt» von 30 bis 100 Prozent rechnen.

Wechselkurse und Quantitative Easing (QE)

Im Januar 2016 wurde die Schweizer Wirtschaft durch die Anpassung des Wechselkurses durch die Nationalbank geschockt, weil der Schweizer Franken gegenüber andern Währungen auf einmal sehr teuer wurde. Der Export von Schweizer Gütern im Ausland war damit nicht mehr so erschwinglich.

Adam LeBor beschreibt in seinem Buch[471] folgendes:

> *«… An den zweimonatigen Treffen beschliessen die Zentralbanker keine formale Koordinierung der Politik, aber sie harmonisieren ihre geldpolitischen Strategien, wo immer möglich. Doch paradoxerweise wandten sich die Zentralbanker mit der zunehmenden Globalisierung vermehrt lokalen Lösungen zu. Seit dem Crash von 2007 ist unübersehbar geworden, dass die Gouverneure – die schliesslich nationale Zentralbanken leiten – an erster Stelle die Interessen ihres Landes schützen, auch wenn dies anderen Volkswirtschaften schadet.»*

Egal, welchem Land diese Massnahme der babylonischen Nationalbank schadete, entscheidend ist, dass dies ein weiteres Mittel von Babylon ist, die Nationalstaaten gegen sich aufzubringen, also ein Wirtschaftskrieg zu entfachen. Diesen Wirtschaftskrieg wird keine Nation gewinnen, denn Babylon ist der Spielleiter. Das sind Massnahmen, die Nationalstaaten wirtschaftlich in den Ruin zu treiben, damit die Nationalstaaten in grösseren Organisationen aufgehen, beispielsweise der Europäischen Union als Vereinigte Staaten von Europa oder der zukünftigen Eurasischen Union (EAWU) als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt, wie es Trotzki beschrieben hat.

Quantitative Lockerung (oder QE von englisch *quantitative easing*) bezeichnet eine unkonventionelle Form der Ausweitung der Geldbasis (expansive Geldpolitik) durch eine Zentralbank. Dabei kauft die Zentralbank meist langfristige private oder öffentliche Wertpapiere, in der Regel Staatsanleihen, von Geschäftsbanken auf. Durch diese Käufe wird die Geldbasis erhöht. Diese Massnahme wird von Zentralbanken ergriffen, wenn konventionelle Geldpolitik (Senkung der Zinsen) nicht wirksam ist, weil die kurzfristigen Zinsen bereits bei Null oder darunter sind (Negativer Zins). Die quantitative Lockerung

---

470 https://de.wikipedia.org/wiki/Bail-in

471 LeBor Adam, *Der Turm zu Basel: BIZ - Die Bank der Banken und ihre dunkle Geschichte*, Rotpunktverlag, 2014, 344 Seiten, ISBN 3858695890, Seite 288.

zielt darauf ab, die langfristigen Zinsen am Anleihemarkt zu senken und zusätzliche Liquidität ins Bankensystem zu schleusen. Soweit die Kurzbeschreibung von Wikipedia.

LeBor schreibt:

> *«Quantitative Easing (Quantitative Lockerung; QE) hat einen Ausfluss von heissem Geld zur Folge, das rund um den Globus nach besseren Renditen sucht, was in den betreffenden Ökonomien zu Spekulationsblasen führt und die Wechselkurse verzerrt.»*

In diesem Sinn ist auch der Aufkauf von Fremdwährungen zu verstehen, was die Nationalbank ebenfalls unter dem Titel «Intervention» tut.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich - BIZ

> *«Die wenigen, die das System verstehen, werden dermassen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die grosse Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar, ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System ihnen feindlich ist.»* *von unbekannt*

Nachdem Sie endlich das Kommunistische Manifest gelesen haben, ist Ihnen bekannt, dass die Nationalitäten, also die Nationalstaaten, abgeschafft werden. Mit der Abschaffung der Nationalstaaten werden aber auch die Nationalbanken abgeschafft. Dann wird es nur noch eine Bank geben: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, kurz BIZ, in Basel. Niemand kennt sie, aber sie ist die Zentralbank der Zentralbanken.

Wesentliche Eckpunkte der BIZ

Die Mächte des Finanzkapitalismus hatten ein weit reichendes Ziel. Das war kein geringeres als die Schaffung einer weltweiten Finanzkontrolle in privaten Händen, die fähig sein sollte, die Politik jedes Landes und die Weltwirtschaft insgesamt zu steuern. Diese Kontrolle sollte nach feudalistischer Manier von den vereint handelnden Zentralbanken der Welt durch geheime Abkommen in häufigen Treffen und Konferenzen kontrolliert werden. Die hierarchische Spitze dieses Mechanismus sollte die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* sein.

Jede dieser Zentralbanken versuchte ihre jeweilige Regierung mittels verschiedener Einflussinstrumente zu dominieren. Dazu gehörten ihre Fähigkeit, die Ausgabe von Schatzamtsnoten zu steuern, Devisenmanipulationen durchzuführen, das Niveau der jeweiligen wirtschaftlichen Aktivitäten im Lande zu beeinflussen und kooperative Politiker durch die anschliessende Übernahme in die Privatwirtschaft zu belohnen.

In jedem Land beruhte die Macht der Zentralbank hauptsächlich auf der Kontrolle der Versorgung mit Krediten und Geld. In der Welt beruhte die Macht der Zentralbanker vor allem auf ihrer Kontrolle der Anleihen und der Goldflüsse. In der Endphase des Systems waren diese Zentralbanker fähig, Ressourcen zu mobilisieren, um sich gegenseitig über die BIZ zu Hilfe zu kommen.

Die BIZ wird allgemein als Aufgipfelung jener Struktur des Finanzkapitalismus betrachtet, deren ferne Ursprünge bis zur Gründung der Bank von England 1694 und der Bank von Frankreich 1803 zurückgehen.

Für die Regierung bedeutete die Macht der Bank von England schon 1819 eine bedeutende Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten. Eine Bemühung, diese Macht durch Änderungen in der Satzung der Bank zu brechen, schlug 1844 fehl. 1852 erklärte Gladstone, der damals Schatzkanzler war und später Premierminister wurde: «Das entscheidende Scharnier der ganzen Situation war das folgende: die Regierung selbst war keine gewichtige Macht in Finanzangelegenheiten, sondern musste die Geldmacht souverän und unbestritten belassen.»[472] Gladstone war ein Mitglied des Komitees

---

472 Quigley Caroll, *Katastrophe und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit*, Perseus, 2007, 543 Seiten, ISBN 3907564421, Seiten 216ff.

der 300, womit ersichtlich wird, dass die Regierung keine Änderung wollte. Das Motte gilt nach wie vor: Babylon sitzt immer auf beiden Seiten!

In diesem Zusammenhang passt ein Zitat von Nathan Mayer Rothschild (1777-1836) aus dem Jahre 1815:

> *«Ich mache mir nichts daraus, wer auf den Thron von England gesetzt wird, um das Englische Imperium, in dem die Sonne nie untergeht, zu regieren. ... Wer Englands Geldmarkt kontrolliert, kontrolliert das britische Imperium, und ich kontrolliere den britischen Geldmarkt.»*

Norman behielt seine Position als Gouverneur der Bank von England über 24 Jahre (1920-1944) lang. In dieser Zeit wurde er zum wichtigsten Architekten der Zerstörung der britischen Vorrangstellung in der Welt.[472] Damit wird ersichtlich, dass England seine «Pflicht» erfüllte hatte, indem es die babylonische Elite zur Weltmacht getragen hat und nun als Nation – wie alle anderen ebenfalls – durch den Globalismus zerstört wird, um in den Vereinigten Staaten der Welt wieder einen untergeordneten Platz zu finden.

Die BIZ wurde im Schatten des Ersten Weltkrieges als Reparationsbank gegründet, um vordergründig die deutschen Reparationszahlungen zu kassieren und an deren unrechtmässigen Gläubiger zu verteilen. Im Zweiten Weltkrieg war sie für die babylonischen Nazis unentbehrlich, um das gestohlene Gold und andere Wertpapiere in den Weltmarkt zu schleusen und umgekehrt. Deshalb konnte die BIZ nur auf dem neutralen Boden der Schweiz errichtet werden. Aus diesem Grund wurde die Schweiz am Wiener Kongress auf vorausschauendes Betreiben der Rothschilds neutral.

> *«Ich bin deshalb verpflichtet zu gestehen, dass mich das deutsch-englische Zahlungsabkommen sehr bestürzte. Noch mehr bestürzt mich die Politik der Bank of England. Wenn sie fortgesetzt wird, wird sie es den Nazis ermöglichen, in einem Umfang wiederaufzurüsten, der zwangsläufig zu Konflikten führen muss.»*
>
> *Brüning Heinrich (1885-1970), Deutscher Reichskanzler 1930-1932*
> *Äusserung gegenüber dem britischen Politiker Robert Vansittart im Jahre 1935*[473]

Die Exponenten der BIZ sind wie jene der Weltbank, des Internationalen Monetary Fund (IMF), der Vereinten Nationen (UN), aber auch wie die Personen aus der höchsten Freimaurerhierarchie, dem Orden *Skull and Bones* sowie *Scroll and Keys*, den Illuminaten (oder *Mariah Conquering Wind*, wie sie bei den «300» heissen), der britischen *Quatuor Coronati* und der italienischen P2-Loge, den Jesuiten sowie den alten Familien des venezianischen und europäischen Schwarzen Adels, dem Ostküsten Establishment der USA und vielen weiteren im Komitee der 300 vertreten.[474]

Gegründet durch einen internationalen Vertrag und darüber hinaus durch das sogenannte Sitzabkommen[475] geschützt, geniesst die Bank einen Status wie diplomatische Vertretungen. Obwohl es sich formal um eine schweizerische Aktiengesellschaft handelt, gilt die BIZ nach dem Haager Vertrag als eine internationale Organisation und ist damit dem Völkerrecht unterworfen.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Internationale Währungsfond (IWF) sind tyrannische Waschanlagen für den Drogenhandel. Die BIZ unterminiert jedes Land, wenn es der IWF will, indem sie Mittel und Wege schafft, damit Kapital leicht fliehen kann. Die BIZ macht auch keinen Unterschied zwischen «legitimem» Kapital, das fliehen will, oder gewaschenen Drogengeldern.[476]

Die BIZ wurde von den privaten Zentralbanken aufgebaut und wird exklusiv durch sie kontrolliert. Deshalb dürfen die Schweizer Behörden ohne Einwilligung der BIZ-Verwaltung die Gebäude der Bank nicht betreten. Leitende Angestellte geniessen während ihrer Arbeit in der Schweiz einen Sonderstatus, ähnlich dem von Diplomaten, was bedeutet, dass ihr Gepäck nicht durchsucht und ihre Post nicht

---

473 Claire Nix (Hrsg.): *Heinrich Brüning Briefe und Gespräche 1934 – 1945*. Stuttgart 1974, Seite 70.

474 Coleman, Komitee der 300, 2006, Seite 298

475 SR 0.192.122.971.3: Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Regelung der rechtlichen Stellung der Bank in der Schweiz https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19870018/index.html

476 Coleman, Komitee der 300, 2006, Seite 259

geöffnet werden darf (ausser es liegen Beweise für klare kriminelle Handlungen vor). Dieser Status wird auch den Zentralbankern gewährt,... Nach Schweizer Recht geniessen alle Bankangestellten Immunität für alle Handlungen, die sie während der Ausübung ihres Berufes vornahmen, und zwar lebenslang. Das Eigentum der BIZ ist nach schweizerischem Recht immun gegen zivilrechtliche Klagen und kann nicht beschlagnahmt werden.

> *«An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass es Staaten waren, welche die BIZ geschaffen haben, und jede vom Staat geschaffene Notenabnk ist dort angeschlossen. Niemand bekommt eine Banklizenz, ohne an das eigene Zentralbanksystem und damit an die BIZ angeschlossen zu sein. In einem freien Markt benötigte man keine Lizenz. Auch hier sehen wir wieder, dass private Banken den Staat nutzen, um sich selbst Sonderrechte zu verschaffen. Das eigentliche Problem ist auch hier das Gewaltmonopol.»*
>
> *«Die BIZ war massgeblich bei der Schaffung des Europäischen Währungssystem (EWS) und der Etablierung der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Euro beteiligt. Im Basler Ausschuss der BIZ werden die Basler Verträge (Basel I bis III) zur Bankenregulierung beschlossen. Das heisst, das grösste Bankenkartell in der Geschichte der Menschheit beschliesst seine eigene Regulierung – durchgesetzt von den Regierunge.»*
>
> *«Der Oberbefehlshaber des Weltsystems der Bankenkontrolle war Montagu Norman, der Governour der Bank of England, der von den privaten Bankern zu einer Position aufgebaut worden war, in der er als Orakel für alle Fragen der Regierung und der Wirtschaft galt... Am 2. November 1927 nannte das Wall Street Journal Mr. Norman den Währungsdiktator der Welt.»*[477]

Norman, er war Mitglied des Komitees der 300, soll sogar kurz bevor der internationale Finanzkapitalismus in der Krise zerbrach gesagt haben, *«Ich halte die Hegemonie der Welt in meinen Händen.»* Gouverneur Norman hat sich bei wesentlichen Weltproblemen mit Repräsentanten von J.P. Morgan beraten, bevor er handelte. Norman und Morgan beherrschen in den Jahren 1911 bis 1931 nicht nur die Finanzwelt, sondern auch die internationalen Beziehungen sowie weitere Handlungsfelder.[478]

Die Errichtung der BIZ wegen den Reparationszahlungen war nur ein Täuschmanöver, um sie zu etablieren. Die entscheidende Stunde der BIZ kommt erst noch. Wenn die Nationalstaaten zerstört werden, braucht es eine alternative, weltweite Bank. Das wird die BIZ sein.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die BIZ für alle Einwohner bereits eigene Konten eingerichtet hat. Sie können es versuchen, auf Ihr BIZ-Konto Geld einzuzahlen. Es wird von der BIZ wieder zurück geschickt werden. Die IBAN-Nummer ergibt sich aus dem CH für die Schweiz, einer zweistelligen Prüfziffer xx, der Bankleitzahl der BIZ, einer Null 0 und der persönlichen 11-stelligen Steuernummer (für die Schweiz beginnt diese mit 756). Alles in allem ergibt sich die IBAN-Nummer: CHxx08899 + 0 + Steuernummer. Diese Nummer, alles aneinander geschrieben, muss man einem IBAN-Rechner übergeben, z.B. iban.de. Dieser berechnet die Prüfziffern xx und damit ist die persönliche Kontonummer bei der BIZ bekannt.

Der Babylonier Friedrich August von Hayek forderte bereits 1976, also drei Jahre nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems, eine «Denationalisierung» des Geldes.

> *«Geld sollte wieder das Ergebnis von Marktprozessen, nicht aber hoheitlichen Diktates sein. Denn inflationslüsternen Regierungen und deren willfährigen Agenten in den Zentralbanken die Verantwortung für die Geldproduktion zu überlassen, führt, wie wir eben erleben dürfen, geradewegs ins Desaster.*
> *Wenn wir nicht das Recht der Geldausgabe und das Geldmonopol des Staates und der Behörden [bzw. der Banken] abschaffen und völlige Freiheit in der Wahl des Geldes ermöglichen, werden wir nie wieder eine anständige Währung und auch nie wieder ein anständig funktionierendes Wirtschaftssystem haben.*

---

477 Janich Oliver, *Die Vereinigten Staaten von Europa. Geheimdokumente enthüllen: Die dunklen Pläne der Elite*, FinanzBuch, 3. Auflage 2014, 512 Seiten, ISBN 9783898798204, Seite 217ff.

478 Quigley Caroll, *Katastrophe und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit*, Perseus, 2007, 543 Seiten, ISBN 3907564421, Seiten 70-71.

Die Geschichte des staatlichen Umgangs mit Geld ist eine Geschichte von unablässigem Lug und Betrug.»

Selbstverständlich dank den Babyloniern, zu denen auch Hayek gehörte.

Der Kampf um die Geld-Weltherrschaft

Bisher drehte sich der Kampf um die Geldherrschaft des physischen Geldes und der Banken. In den letzten Jahren sind aber über 100 Kryptowährungen[479] entstanden, deren Herausgeber zum Teil nicht Banken oder Vertreter von Babylon sind. Kryptowährungen sind Gelder in Form digitaler Zahlungsmittel. Sie gehören ebenfalls zum Fiatgeld, d.h. sie sind ohne inneren Wert, das als Tauschmittel dient. Das Gegenteil von Fiatgeld ist Warengeld, das z.B. als Nahrungsmittel, Waren jeglicher Art oder Edelmetall neben dem äusseren Tauschwert auch einen inneren Wert hat. Kryptowährungen sind ebenfalls an eine Zentrale gebunden, die jedoch auch virtuell sein können, aber in jedem Fall über das Internet funktionieren.

Da die Menschheit von den Herrschern Babylons abhängig sein soll, ist es Absicht, auch die Kryptowährungen unter Kontrolle zu bringen.[480] Dabei soll Russland mit der 2015 auf den Markt gebrachten Kryptowährung *Ethereum* eine massgebende Rolle spielen. Inzwischen steht sie mit 24 Prozent Anteil hinter *Bitcoin* mit 45 Prozent.[479]

---

479 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kryptow%C3%A4hrungen

480 Euromed vom 16.06.2017: *Provokanter Putin introduziert Digitale Kryptowährung, das russisch entwickelte Etherium, das von Rothschild als kommende NWO-Weltwährung unterstützt wird, auf Kosten des Petrodollars.* http://new.euro-med.dk/20170616-provokanter-putin-itroduziert-digitale-kryptowahrung-das-russisch-entwickelte-etherium-das-von-rothschild-als-kommende-nwo-weltwahrung-unterstutzt-wird-auf-kosten-des-petrodollars.php

3 Erklärung der Behördenwillkür aufgrund der Geschichte

«Wir sind Assassinen. Nichts ist wahr. Alles ist erlaubt.»
Niccolo Machiavelli (1649-1527), Florentinischer Philosoph, Politiker

Nachdem wir einen ersten Überblick über die tatsächlichen Vorgänge der Geschichte erfahren haben, von der wir in der Schule nie, selbst nicht in Ansätzen je etwas erfahren haben, müssen wir die verschiedenen Vorgänge in einem andern Licht betrachten.

3.1 Die persönlich erlebte Behördenwillkür

«Where you have a concentration of power in a few hands, all too frequently men with the mentality of gangsters get control. History has proven that. All power corrupts; absolute power corrupts absolutely.»
«Wo Sie eine Konzentration der Kraft in einigen Händen haben, werden oft alle Männer mit der Mentalität von Gangstern kontrolliert. Die Geschichte hat das bewiesen. Alle Macht korrumpiert; absolute Macht korrumpiert unbedingt.»
Lord Acton (John E. E. Dalberg-Acton; 1834-1902), Englischer Historiker

3.1.1 Die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

«Demokratie ist nicht ein für alle Mal Fertiges, sondern Prozess der Demokratisierung, ohne dass wir ein Ende absehen könnten.»
Ryffel Hans (1913-1989), Dr. iur., Prof., Vizedirektor des BIGA[481]

Der Bundesrat mit Bundeskanzler der Jahre 2001 bis 2006

Moritz Leuenberger*, 1995-2010	Samuel Schmid* 2001-2008	Joseph Deiss* 1999-31.07.2006	Pascal Couchepin* 1998-2009
Hans-Rudolf Merz* 2004-31.10.2010	Christoph Blocher* 2004-2007	Micheline Calmy-Rey*, 2003-2011	Annemarie Huber-Hotz*, 2000-2007

Aufgrund von offiziellen Amtsdokumenten geht schlüssig hervor, dass die Schweizer Politik in den 1950er Jahren ihre Kernaufgabe der parlamentarischen Oberaufsicht über die Gerichte, aber auch über die restliche Staatsverwaltung aufgehoben hat. Die Folge war die aufgezeigte Gerichtswillkür.

In Deutschland finden wir das gleiche Verhalten des deutschen Parlamentes, als es am 24. März 1933 im Reichstag das Ermächtigungsgesetz verabschiedete und damit Hitler den Weg zur uneingeschränkten Machtergreifung ebnete. Es war fast nur so möglich, damit der Zweite Weltkrieg ausbrechen konnte. Wenn das Gros der Bevölkerung die tatsächlichen Hintergründe der Entstehung der beiden Weltkriege nicht kennen, so ist es trotz-

481 Andreas Kley, *Geschichte des öffentlichen Rechts*, Dike, 2011, 550 Seiten, ISBN 9783037513521, Seite 284.

dem belegt, wer und was dafür die Ursache war. Die beiden Weltkriege wurden von Babyloniern ausgeheckt und angezettelt. Seither hat Deutschland keine eigene Souveränität mehr erlangt, wie es der Bilderberger Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 beim European Banking Congress in Frankfurt erklärte.[482] Es ist aber auch bekannt, dass die Nazis während des Zweiten Weltkriegs bereits das Vierte Reich planten, das kein militärisches, sondern ein ökonomisches sein sollte. Das Vierte Reich ist heute nichts anderes als die Europäische Union. Aus dem Buch «Der Krieg und die Internationale»[483], des Massenmörders und Freimaurers Leo Trotzki (1879-1940) geht hervor, dass es Ziel war, zuerst die republikanischen Vereinigten Staaten Europas zu erschaffen, die nachher als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt dienen werden. Die Vereinigten Staaten Europas sind heute mit der Europäische Union identisch. Ähnliches haben schon Ende des 18. Jahrhunderts die beiden Hochgradfreimaurer George Washington und Benjamin Franklin berichtet.

R. Metzler-Arnold*, 03.1999-2003

Kaspar Villiger* 02.1989-2003

Ruth Dreifuss* 03.1993-2002

A. Casanova*, 1981- 2005; V-BK

Da gibt es aber noch andere Hinweise aus dem babylonischen Umfeld. Im Kommunistischen Manifest der Freimaurer Marx und Engels ist beispielsweise die Rede von der Aufhebung der ewigen Wahrheiten wie Freiheit und Gerechtigkeit sowie der Abschaffung der Philosophie, der Politik und des Rechts, aber auch der Nationalität, was mit der Aufhebung der Nationen identisch ist. Vor allem letzteres kann der Schweizer Politik eindeutig entnommen werden. Als Beispiel dient das Beitrittsgesuch der Schweiz zur EU, wie es der babylonische Bundesrat Joseph Deiss veranlasste.

Fazit: Aufgrund der Geschichte und der Zusammenhänge kann nur das babylonische Netzwerk als Verantwortliche der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht in Frage kommen.

Aber gerade die kommunistische Forderung von der Aufhebung des Rechts und der Gerechtigkeit, wie ich sie aufgedeckt habe, sind eindeutige Belege für die Wühlarbeit der Babylonier. Daraus ergibt sich, dass sowohl Parlamente, Regierungen und die Gerichte in Bund und Kantonen die Politik der Babylonier festschreiben, was heisst, die Meinung der Einwohner ist nicht gefragt, denn alle Wahlentscheide, die gegen diese Doktrin verstossen, werden verwässert und ignoriert. Kurz gesagt heisst das: Parlamente, Regierungen und Gerichte vollziehen gegen den Willen deren Einwohner den Anschluss an die EU, um nachher in den Vereinigten Staaten der Welt ganz unter zu gehen.

Fazit: Parlamente, Regierungen und Gerichte vollziehen gegen den Willen der Einwohner den Anschluss an die EU, um nachher in den Vereinigten Staaten der Welt ganz unter zu gehen.

482 http://politik.brunner-architekt.ch/filme/#souveraen

483 Trotzki Lew Dawidowitsch, *Der Krieg und die Internationale*, Verlag der Grütlibuchhandlung, 1918, Seiten 1-84 in Krieg und Revolution, Seite V.
E-Book http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/trotzki_krieg_und_internationale.pdf

Betrachten wir die verschiedenen Personen, so stellen wir fest, dass die meisten in den Medien mit Gesten[484] dargestellt werden. Die dargestellten Personen stehen daher im Verdacht, dass sie babylonische Gesten zeigen und damit irgendeiner babylonischen Organisation zugehörig sind. Beim Bundesrat ist zu ergänzen, dass Couchepin und Blocher Teilnehmer an den Bilderberger-Tagungen sind. Die Bilderberg-Gruppe ist eine Institution, die direkt unter der Kontrolle des *Komitees der 300* steht. Die Bilderberg-Gruppe ist eine Level 1-Planungsgruppe, die Befehle des *Komitees der 300* ausführt.[485] Villiger war von 2009 bis 2012 Verwaltungsratspräsident der UBS. Die UBS steht entweder unter der direkten Kontrolle des Komitees der 300 oder arbeitet mit ihm eng zusammen.[486] Kaspar Villiger gehört aber auch diesem Komitee der 300 an.[487] Er ist nicht der einzige Schweizer. Der ehemalige Chef der Credit Suisse, Rainer Gut sowie Stephan Schmidheiny, gehören ebenfalls dazu.

Präsidenten von National- und Ständerat der Jahre 2002 bis 2006

L. Maury Pasquier*, 2001/2002	Yves Christen*, 2002/2003	Max Binder*, 2003/2004	Jean-Philippe Maitre*, 2004/2005
Thérèse Meyer*, 2005	Claude Janiak*, 2005/2006	Anton Cottier*, 2001/2002	Gian-Reto Plattner*, 2002/2003
Fritz Schiesser*, 2003/2004	Bruno Frick*, 2004/2005	Rolf Büttiker*, 2005/2006	Peter Bieri*, 2006/2007

Bei den bei meinen Eingaben beteiligten National- und Ständeräte sowie des Bundesgerichtspräsidenten besteht der gleiche Verdacht, dass sie babylonische Gesten zeigen und einer babylonischen Organisation zugehörig sind. Schweiger ist ebenfalls ein Bilderberger. Bei den Präsidenten von National- und Ständerat besteht der genau gleiche Verdacht. Das ist aber nicht nur bei den Präsidenten der

Hans Hess*	Rolf Schweiger*	Luzi Stamm*

484 Eine Geste eine Bewegung der zwischenmenschlichen nonverbalen Kommunikation. Diese werden in den einschlägigen babylonischen Organisationen verwendet und haben je eine Bedeutung.

485 Coleman, Komitee, 2006, Seite 437

486 Coleman, Komitee, 2004, Seite 238

487 Lutz Brana, *Engel, Energie und Heilung 13: Der "Schwarze Adel"*, Books on Demand, 1. Auflage 2016, 260 Seiten, ISBN 3738651047, Seite 151, mit Bezug auf Coleman.

Fall, denn praktisch alle Parlamentarier findet man mit Gesten dargestellt.

Hans Hofmann*	Hugo Fasel*	Giusep Nay*

Am 21.10.2015 habe ich der Bundesversammlung mein Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»[488] als Eingabe 8[489] eingereicht. Parallel dazu haben alle Mitglieder der Bundesversammlung die Kurzfassung des Manifestes[490] erhalten. Die Eingabe erreichte die Bundesversammlung gar nicht, weil die Parlamentsdienste sie abfassten. Die Parlamentsdienste haben die Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen, aber nachdem sich die Räte «vergeblich» mit meinen Eingaben beschäftigt hätten, sähen sie nach wie vor keinen Handlungsbedarf.[491] Als Reaktion auf diese Antwort, setzte ich die verschiedenen Reaktionen der vergangenen Jahre zusammen und verschickte sie wiederum allen Mitgliedern der Bundesversammlung.[492] Eine Reaktion wäre sehr viel gewesen.

Die Nichtigkeitsbeschwerden

Bis anhin habe ich nur von der politischen Bedeutung der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht gesprochen. Nun ist es an der Zeit, die juristische Bedeutung dieser Massnahme zu erklären.

Aufgrund der erfahrenen Ereignisse kann festgehalten werden, dass ein kriminelles Netzwerk im Staat an der Arbeit ist oder besser ausgedrückt: Wir haben einen «Staat» im Staat, der die gesamte Staatsverwaltung, angefangen von den Parlamenten, über Regierung, Gerichten sowie der Staatsverwaltung in Bund und Kantonen unter Kontrolle hält. Dieser Staat im Staat agiert gegen deren Einwohner, indem er die eigenen Ziele bzw. die seiner Auftraggeber verfolgt.

> Fazit: Wir haben einen «Staat» im Staat, der die gesamte Staatsverwaltung, angefangen von den Parlamenten, über Regierung, Gerichten sowie der Staatsverwaltung in Bund und Kantonen unter Kontrolle hält. Dieser «Staat» im Staat agiert gegen deren Einwohner, indem er die eigenen Ziele bzw. die seiner Auftraggeber verfolgt.

Ganz besonders eindrucksvoll ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Gewalten bei der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht zu verfolgen. Zuerst gibt es eine Auseinandersetzung zwischen der Staatsverwaltung (Staatsanwaltschaft) und dem Parlament. Anschliessend beschliesst das Parlament klammheimlich eine Praxisänderung, die nach aussen nicht ersichtlich ist bzw. nicht kommuniziert wird, und in der Folge urteilen die Gerichte willkürlich. Das ist die beabsichtigte Wirkung, nachdem die Oberaufsicht eingestellt wurde. Zu diesem Zweck wurde die «Gewaltenteilung» eingeführt. In führungstechnischer Hinsicht heisst das nichts anderes als teile und herrsche. Dieser Führungsgrundsatz wird seit alters her angewendet. Sicher ist bei dieser Konstellation, dass das Volk nicht mehr herrschen kann. Deshalb stellt sich die Frage, wer herrscht nun?

---

488 Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

489 Eingabe 8 vom 21.10.2015
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eingabe_8_an_die_BVers.pdf

490 Kurzfassung Manifest «Der Spiegel»
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel_Kurzfassung.pdf

491 Antwort des Sekretariats der GPK vom 19.11.2015
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Antwort_GPK_Sekretariat_zu_Eingabe_8.pdf

492 Stellungnahme zur Absage über die Eingabe 8 vom 27.11.2015
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Stellungnahme_zu_Absage_Eingabe_8.pdf

Damit ist aber auch bewiesen, dass sowohl die Staatsverwaltung (inkl. der Regierungen), als auch die Parlamente und die Gerichte dieser neuen Herrschaft Folge leisten.

Kurt Furgler*

Die Schweiz hat sich mit der Ratifikationsurkunde vom 28.11.1974 verpflichtet, die Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101) zu schützen. Federführend war dabei Kurt Furgler, ein Mitglied der Bilderberger und des *Club of Rome*[493]. Er ist daher ein hartgesottener Babylonier, zumal er auch Ehrenmitglied des *Club of Rome* war. Der *Club of Rome* hat seit 2008 seinen Sitz in Winterthur und wird von der Stadt Winterthur sowie vom Unternehmer Robert Heuberger[494] gesponsort.[495] Der *Club of Rome* untersteht als Level 1-Planungsgruppe[485] ebenfalls dem Komitee der 300 und führt dessen Befehle aus. In der genannten Konvention ist in Artikel 6 Abs. 1 das Recht auf ein faires Verfahren festgehalten:

> *«Jede Person hat ein Recht darauf, dass über Streitigkeiten in Bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen oder über eine gegen sie erhobene strafrechtliche Anklage von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird. …»*

Fazit: Die Gerichte in der Schweiz sind daher weder unabhängig und unparteiisch.

Wie aufgezeigt, sind die Schweizer Gerichte weder unabhängigen noch unparteiischen, weil sie nicht die Ziele der Bevölkerung, sondern die einer fremden Herrschaft verfolgen. Deshalb habe ich im Jahre 2006 das Gros der Verfahren neu aufgerollt, weil sie deswegen nichtig sind. Diese Neubeurteilung muss innerhalb von drei Monaten nach der Erkenntnis erfolgen. Weil ich damals weder über Einkünfte noch Vermögen verfügte, beantragte ich immer die unentgeltliche Prozessführung. Aber wie nicht anders zu erwarten, wenn man das System einmal verstanden hat, wurden alle diese Verfahren von den Schweizer Gerichten in böser Absicht kostenpflichtig niedergeschlagen.

Elisabeth Steiner*

Alle diese Entscheide habe ich am babylonischen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg beschwert.[496] Am 20.11.2009 hatte der EGMR in Einzelbesetzung durch die österreichische Richterin Elisabeth Steiner meine Beschwerde für unzulässig erklärt, weil die in der Konvention niedergelegten Voraussetzungen angeblich nicht erfüllt seien. Leider gibt es diesbezüglich keine Vorschriften, weshalb die Klage abzuschmettern war, ansonsten nicht nur das Schweizerische Justizwesen, sondern auch das internationale ausgehebelt worden wäre. Aber beachten wir noch die Geste von Steiner. Somit müssen wir uns nicht mehr fragen, ob sie eine Babylonierin ist.

Fazit: Meine Beschwerde musste vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unter einem Vorwand abgewiesen werden, ansonsten wäre das gesamte babylonische Rechtssystem, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Europa ausgehebelt worden.

Sogar der Betrüger und ehemalige Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Mark Villiger bestätigt, dass der EGMR immer wieder Vordenker in Europa sei. Mit Vordenker ist natürlich das babylonische Netzwerk gemeint, womit er bestätigt, dass der EGMR babylonisch ist.[497]

---

493 www.clubofrome.org

494 Robert Heuberger ist der Gründer der Winterthurer Firma Siska Heuberger Holding AG.

495 NZZ vom 22.04.2008: *Der Club of Rome verlegt seinen Hauptsitz nach Winterthur*. https://www.nzz.ch/der-club-of-rome-verlegt-seinen-hauptsitz-nach-winterthur-1.716003

496 Beschwerden an den EGMR Nr. 1 bis 3 vom 04.07.2007, 06.09.2006 und 03.01.2007 http://politik.brunner-architekt.ch/politik-schriften/politik-schriften-egmr/

497 21.06.2015: Villiger: «Der Gerichtshof ist immer wieder Vordenker in Europa» http://www.volksblatt.li/nachricht.aspx?p1=fl&id=92091&src=vb

Das Inkasso der Verfahrenskosten

Bei allen Nichtigkeitsbeschwerden habe ich ausdrücklich die unentgeltliche Prozessführung verlangt, da ich zum damaligen Zeitpunkt weder über Einkünfte noch über Vermögen besass. Aber diese Gesuche wurden vom Zürcher Obergericht in böser Absicht ignoriert und die Beschwerde willkürlich und kostenpflichtig nieder geschlagen. Beim Bundesgericht verlief die Angelegenheit genau gleich. Bei beiden Gerichten habe ich jeweils auch Befangenheit der Gerichte beanstandet und gleichzeitig den Kantonsrat bzw. die Bundesversammlung angeschrieben. Aber darüber setzten sich die Gerichte mit stillschweigender Unterstützung der Parlamente elegant hinweg.

Diese Forderungen bezahlte ich nicht. Später, in einem andreren Inkassoverfahren wegen Gerichtswillkür, auf das ich noch zurückkomme, hatte ich im Jahre 2013 provoziert, dass das Obergericht den Mut nicht hätte, das Inkasso aus diesen Nichtigkeitsbeschwerden einzufordern. Dann dauerte es etwa ein halbes Jahr, bis sich das Obergericht bequemte, die Forderung einzukassieren. Aber gegen alle Begehren nutzte ich vergeblich die Rechtsmittel aus. Aber das Obergericht benötigte immer wieder ein halbes Jahr, bis es einen neuen Anlauf nahm. Im März 2016 fand die letzte Gerichtsverhandlung statt. Ich habe vorgängig das Gericht informiert, es solle wenigstens den Rechtsteil meines Manifestes lesen, damit es überhaupt wusste, wovon die Rede war. Doch an der Verhandlung musste ich feststellen, dass der Einzelrichter Jean-Claude Simmen, zugleich Gerichtspräsident, keine Ahnung hatte, wovon die Rede war. Er behauptete nur, dass wir Gewaltenteilung hätten. Nachdem wir aber eingangs schon viel Zeit geredet hatten und ich ihm nun die Angelegenheit nicht in fünf Minuten erklären konnte, verzichtete ich darauf. Die Verhandlung war nachmittags um 14.30 Uhr und das Urteil war abends bereits geschrieben, obschon es nicht die einzige Verhandlung war. Das heisst, das Urteil war schon geschrieben, als die Verhandlung begann. Das haben mir schon verschiedene Anwälte bestätigt, sogar welche, die nie in einem Gericht gearbeitet haben. Ich überlasse es den Lesern, eine Meinung über den Gerichtspräsidenten zu machen.

Der Grund der konsequenten Weigerung, eine Forderung nicht zu bezahlen, wenn man nicht einverstanden sei, hat das Bundesgericht selbst zu verantworten. Nach seiner Ansicht sei man mit einer Forderung einverstanden, wenn man sie in «freiem» Willen begleiche.

Im Sommer erhielt ich dann vom Betreibungsamt mehrere Aufforderungen, auf dem Amt zu erscheinen, was ich aber nie tat. Ich verwies darauf hin, dass sie es wie beim letzten Inkasso, auf das ich noch zurück komme, vom Konto abbuchen sollten. Mit andern Worten, sie mussten das Geld holen. Im September erhielt ich dann von der Polizei einen Anruf, mit der Frage, wo ich stecke, denn sie sollten mich auf das Betreibungsamt begleiten. Zu dieser Zeit war ich im Ausland, erklärte der Polizei aber, sie sollten dem Betreibungsamt erklären, dass die Forderung vom Konto abzubuchen sei, da ich es nicht bringen werde. Am 21.10.2016 wurde schlussendlich die Pfändung erlassen und die Forderung der Bank zugestellt. Die geforderte Summe zuzüglich ca. 2500 Franken wurde daraufhin gesperrt. Fünf Monate später war das Geld aber immer noch nicht abgehoben. Meine diesbezügliche Anfrage Mitte März 2017 beim Betreibungsamt wurde begründet, die Bank habe das Geld noch nicht geschickt. Nun wurde das Geld innert wenigen Tagen überwiesen. Damit wurde höchst obergerichtlich eine vollendete Nötigung vollzogen! Das Gericht urteilt nicht nur völlig willkürlich, sondern sorgt noch dafür, dass die Bürger aufgrund ihrer Verbrechen sogar genötigt werden.

> Fazit: Das Obergereicht begeht nicht nur Willkür in der Rechtsprechung, sondern sorgt noch dafür, dass die Opfer vollendet genötigt werden.

Das Bundesgericht hat mir gegenüber nach wie vor offene Forderungen von rund 14‘000 Franken aus «ehrbaren, wohlüberlegten» Gerichtsentscheiden. Es wäre doch wünschenswert, wenn auch das Bundesgericht diese «legitimen» Forderungen noch einkassieren würde. Dann könnte ich den «ehrbaren» Bundesrichtern auch noch den Straftatbestand der vollendeten Nötigung unterstellen.

Noch eine Bemerkung zum Gerichtspräsidenten Simmen: Es war derselbe SVP-Simmen, der als Einzelrichter den SVP-Parteikollegen und Kristallnacht-Twitterer gemäss Antrag der Staatsanwaltschaft verurteilte, gleichzeitig aber den anwesenden Journalisten unter Strafandrohung verbot, weder Name noch Alter des Mannes oder seinen Internet-Blog zu nennen. Eine schriftliche Verfügung wollte er

ebenfalls nicht erlassen, weil damit die Journalisten ein Rechtsmittel erhalten hätten.[498] Gerichtsverhandlungen sind öffentlich. Ich kenne die Zusammenhänge des Kristallnacht-Twitters nicht, könnte mir aber vorstellen, dass er im Zusammenhang der tatsächlichen Geschichte unter Umständen zu Unrecht verurteilt wurde.

3.1.2 Die Berichte der GPK an die Bürgerversammlungen

In meiner ersten Aufsichtsbeschwerde an die Regierung des Kantons St. Gallen habe ich die Berichte der Geschäftsprüfungskommission (GPK) beanstandet, dass sie nicht nach Gesetz abgefasst seien, also das Ergebnis der Prüfung nicht festhielt. Nachdem wir die Hintergründe der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht kennen, kennen wir auch die Gründe für die nichtssagenden GPK-Berichte. Auch bei diesen Berichten geht es nur darum, dass die Bürgerversammlung die Herrschaft über die Gemeindeverwaltung nicht ausüben kann. Zusammen mit dem Amtsgeheimnis funktioniert das seit Jahrzehnten, denn nur so kann die Behördenkriminalität unter dem berühmten Teppich gehalten werden.

Betrachten wir die Zeitverhältnisse, so hat der Kanton St. Gallen im Jahre 1946 ein bezüglich der Herrschaft für die Bürgerversammlung gutes Organisationsgesetz erlassen. Mangels Akteneinsicht ist es mir nicht möglich, die praktische Anwendung und die verwaltungstechnische Änderung aufzuzeigen. Aber spätestens mit dem Gemeindegesetz 1978 wurden fast alle griffigen Massnahmen für die Herrschaft der Bürger abgeschafft und der Rest bis ins Jahr 2002. Heute kann die Bürgerversammlung im Kanton St. Gallen nicht mehr aufgrund von Fakten entscheiden, weil ihr einfach die erforderlichen Grundlagen fehlen. Sie entscheidet nur, weil ihr das Blaue vom Himmel versprochen wird. Aber zumindest in der Gemeinde Flawil sind die Bürger noch so dumm, dass sie die Angelegenheit nicht verstehen wollen, auch wenn man es ihnen unter die Augen hält. Anscheinend muss das Dorf von der Behördenkriminalität sehr gut leben, auch wenn einzelne mir gegenüber reklamieren.

> Fazit: Die GPK-Berichte werden bewusst so kurz und nichtssagend abgefasst, damit die Bürgerversammlung keine Fakten als Entscheidungsgrundlage für die Oberaufsicht erhält. Die aufgedeckten Unstimmigkeiten werden in einem internen Bericht festgehalten, der unter Verschluss bleibt, damit keine Verbrechen ans Tageslicht kommen.

Damit wird offensichtlich, dass mir die St. Galler Regierung in Sachen der GPK-Berichte das Recht verweigert hat. Damit steht auch fest, dass sie die Politik von Babylon betreibt.

Ergänzend sei hinzugefügt, dass der Kanton Appenzell Ausserrhoden auf Stufe Gemeinde ebenfalls über eine Geschäftsprüfungskommission verfügt und diese berichten der Bürgerversammlung wie im Kanton St. Gallen ebenfalls nichts zur Oberaufsicht. Es ist daher zu vermuten, dass es in anderen Kantonen mit einer Geschäftsprüfungskommission auf Stufe Gemeinde genau gleich gehandhabt wird.

In jenen Kantonen mit einer Rechnungsprüfungskommission, wie beispielsweise im Kanton Zürich, ergibt sich die Kompetenz aus dem Namen. Die Rechnungsprüfungskommission kann nur die Rechnung prüfen. Sie ist ein untaugliches Mittel für eine Herrschaft über die Gemeindeverwaltung.

> Fazit: Die Rechnungsprüfungskommission ist ein untaugliches Mittel für eine Herrschaft über die Gemeindeverwaltung, weil sie zu wenig Kompetenzen hat.

Als ich im Jahre 2001 als Zuschauer an der Bürgerversammlung der politischen Gemeinde teilnahm, die am gleichen Abend nach der Schulgemeinde tagte, habe ich mit eigenen Augen feststellen können, dass Werner Muchenberger (CVP) das offensichtliche Abstimmungsmehr ins Gegenteil kehrte. Als ich mich nach dem zweiten Mal so empörte, dass meine Nachbarn es hörten, berichtigten sie mich, dass es nicht das zweite, sondern das dritte Mal an diesem Abend sei. Der neue Schulpräsident

---

498 NZZ vom 19.05.2014: *«Kristallnacht-Twitterer» schuldig gesprochen*. https://www.nzz.ch/zuerich/kristallnacht-twitterer-kaempft-um-freispruch-1.18305537 und http://www.hans-stutz.ch/meldungen-zu-rechtsextremismus-und-rassismus-in-der-schweiz?jahr%5Bvalue%5D%5Byear%5D=2014&page=1

Peter Hartmann (SP) habe das ebenfalls getan (sic). Ein Geschäft betraf den Scheidweg-Kreisel. Dieser wurde nicht angenommen, aber tatsachenwidrig als angenommen protokolliert.

Ich gehe davon aus, dass das kein Einzelfall ist und das in allen Gemeinden praktiziert wird. Als Teilnehmer einer Versammlung hat man aus der Mitte keine Chance, die Kontrolle zu bewahren. Nach der Zählung berichteten die Stimmenzähler jeweils direkt der Versammlungsführung. Was dort jeweils passiert, wissen nur die Verantwortlichen, aber nicht die Versammlung. Um diesen Stimmbetrug zu verhindern, gibt es nur eine Massnahme: Die Stimmenzähler zählen in ihren Reihen ihre Teilnehmer und deren Stimmen. Ihre Resultate kommunizieren sie jeweils direkt von ihrem Standort aus nach vorne, so dass alle Teilnehmer der Versammlung die einzelnen Resultate mithören. Die Gemeindeführung hat alle Teilresultate für alle Stimmenzähler direkt sichtbar für die ganze Versammlung aufzuschreiben und anschliessend das Resultat bekannt zu geben.

Wenn ich mir die Geschäftsprüfungskommissionen anschaue, aber nicht nur diese, so stelle ich fest, dass diese wirklich aus Tulpen sind!

3.1.3 Strafrecht

«Eine Nation von Schafen wird eine Regierung der Wölfen erzeugen.»
Edward R. Murrow (1908-1965), amerikanischer Radio- und TV-Journalist

Das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen im Kanton St. Gallen stammt aus dem Jahre 1806 und hatte Bestand bis ins Jahre 1945. Mit der Einführung des Eidgenössischen Strafrechts mussten die Kantone ihre Gesetzgebung anpassen. Das passierte auch im Kanton St. Gallen, weshalb das Ermächtigungsverfahren aufgehoben werden musste. Doch im Jahre 1953 log die St. Galler Regierung in der Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Strafrechtspflege vorsätzlich, indem sie behauptete, das Ermächtigungsverfahren bestehe bereits. Sie wollte wieder die alleinige Kompetenz zur Strafeinleitung bei Behördenmitgliedern und Beamten bei sich haben. Dieses Vorhaben scheiterte, weshalb anstelle der Regierung, also einer politischen Instanz, der Anklagekammer, also eine richterlichen Instanz, diese Kompetenz zugewiesen wurde. Aus den publizierten Leiturteilen der Anklagekammer geht unschwer hervor, dass es Ziel und Zweck ist, Behördenmitglieder und Beamte vor Strafverfolgung zu schützen. Angesichts der Aufhebung des Rechts und der Abschaffung der Gerechtigkeit ist die Strafvereitelung bei der genannten Personengruppe Absicht, damit diese in ihrem Unrecht bestärkt werden und weiter Verbrechen gegen die Einwohner verüben. Aber all jene, die versuchen aus diesem «Gefängnis» auszubrechen, müssen mit drakonischen Strafen rechnen, ganz besonders jene, die das Amtsgeheimnis brechen, mit dem die gesamte Kriminalität unter Kontrolle gehalten werden kann.

Aufgrund dieser Zielsetzung war es nie Absicht, weder von den Parlamenten, noch der Regierungen und schon gar nicht von den Gerichten in Bund und Kantonen, dieses Ermächtigungsverfahren aufzuheben, weil eine Aufhebung, wie dargestellt, die ganze Politik in Frage stellen würde.

Seit dem Jahre 2004 ist im Strafgesetzbuch in Art. 52 das Opportunitätsprinzip festgehalten. Nach diesem Prinzip ist es der Staatsanwaltschaft möglich, von einer Strafverfolgung abzusehen, wenn Schuld und Tatfolgen geringfügig seien. Das ist aber in einer Willkürbehörde ein Freipass, weshalb das Ermächtigungsverfahren gar nicht mehr erforderlich wäre. Verfahrensmässig wird das Opportunitätsprinzip in der Blocher'schen Strafprozessordnung (SR 312.0) in Art. 8 konkretisiert.

3.1.4 Die Entscheide der St. Galler Regierung

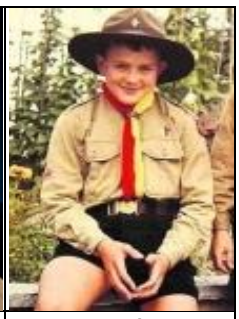
St. Galler Regierung mit Staatssekretär			
Anton Grüninger* 2000-2004	Willi Haag* 2000-2016	Kathrin Hilber* 1996-2012	Josef Keller* 2000-2011
Karin Keller* 2000-2012	P. Schönenberger* 1992-2008	H. U. Stöckling* 1988-2008	Martin Gehrer* 2000-2008

Nachdem wir wissen, was für eine Agenda verfolgt wird, erstaunt uns auch nicht mehr, dass die Strafverfahren «nur» gegen einen Teil der Baukommission im Sande verlaufen sind. Aus den gleichen Gründen mussten auch die übrigen Entscheide so gefällt werden, um sie nach aussen, gegenüber der dummen und unmündigen Bevölkerung, als «korrekt» erscheinen zu lassen. Deshalb behauptete beispielsweise die Regierung, sie könne sich nicht in einlaufendes Verfahren einmischen. Mit andern Worten heisst das, die Regierung lässt Behörden und Beamte lieber Verbrechen zulasten der Bevölkerung verüben, anstatt dass sie diese unterbindet. Dieses Verhalten entspricht genau der Absicht des Kommunistischen Manifestes. Und bezogen auf meine Angelegenheit war es Absicht, das nicht zu unterbinden, weil mit mir wegen meiner Aufdeckungen und meines öffentlichen Vorgehens eben anderes geplant war. Zeigen alle Regierungsmitglieder babylonische Geste?

Die Vergabe der amtlichen Publikationen

Bezüglich der Vergabepraxis will ich hier nichts mehr weiter erklären als bereits in Kapitel 1.2.2 beschrieben ist, dafür aber eine personelle Konstellation genauer beleuchten:

Regierungsrat Willy Haag hat als Vorsteher des Baudepartements diesen Entscheid unterzeichnet. Ausgefertigt hat ihn sein damaliger Chefjurist Christoph Gämperle.

	
Willi Haag*	‹Sesam› mit 16*

Haag war schon in jungen Jahren ein begeisterter Pfadfinder. Er wurde Sesam genannt. Machte er damals schon das babylonische Dreieck, heute meist «Freimaurer»-Dreieck genannt, wie er es in späteren Jahren als Regierungsrat tat? Die Pfadfinder sind eine babylonische Erfindung. Ihr Symbol ist die Lilie. Die Lilie ist aber ein urbabylonisches Symbol.[499] Als er 1980 das Bundeslager organisierte, besuchte ihn sogar Fürst Rainer Grimaldi von Monaco. Grimaldi ist Mitglied des Komitees der 300 und er verdient kräftig am Drogenhandel. Das ist auch der Hintergrund des Todes seiner Frau Grace.[500] Heute steht Haag mehr auf feinen Massagen als auf harten Zeltlagern.

499 Hislop Alexander, *Von Babylon nach Rom*, CLV, 1999, Erstausgabe 1858, 480 Seiten, ISBN 389397377X. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/hislop_von_babylon_nach_rom.pdf

500 Coleman, Komitee, 2006, Seite 244

Nachdem Christoph Gämperle bis im Jahr 2010 im Baudepartement das Studium und die Praxis des Vergaberechts studieren und ausloten konnte, hat er in die Privatwirtschaft gewechselt. Seit März 2017 ist Gämperle eines von fünf Mitgliedern des Group Executive Board der Implenia AG. Zuvor war er für den Geschäftsbereich Bau Deutschschweiz verantwortlich. In dieser Funktion suchte er Wege, wie das Submissionsrecht zu umgehen oder zu unterlaufen war, um aus schlanken Offerten möglichst fette Abrechnungen entstehen zu lassen.

Christoph Gämperle

Die Implenia AG ist das grösste Bau- und Baudienstleistungsunternehmen der Schweiz. Es entstand Anfang 2006 aus der Fusion der Batigroup Holding AG mit der Zschokke Holding SA. Die Batigroup entstand aus einer Fusion von verschiedenen Bauunternehmungen, dazu gehörte auch die Stamm Bau AG in Basel. Letztere gehörte seit 1978 zur Zementfabrik Holderbank, der späteren Holcim, deren Besitzer Ernst Schmidheiny war. Nach dem Tod von Ernst, übernahm der Sohn Thomas Schmidheiny das Zementgeschäft. Sein Bruder Stephan, ist gemäss dem Geheimdienstler und Autor Coleman Mitglied des Komitees der 300.[501] Batigroup und Zschokke waren von Babyloniern geleitet. Beide Fusionen sind aktive Aktionen im Sinne der babylonischen Globalisierung. Die öffentlich zugänglichen Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse von Implenia werden nur zu 31.2 Prozent angegeben. Gehören die restlichen 68.8 Prozent der internationalen Elite? Implenia ist eine babylonische Firma. Ist Gämperle ebenfalls ein Babylonier? Aufgrund seiner Straftaten ganz sicher.

Mir wurde von einer Seite mitgeteilt, Regierungsrat Ernst Rüesch (1928-2015), der Vater von Adrian Rüesch (1954-), sei ein Freimaurer. Von einer anderen Quelle wurde mir mitgeteilt, Vater und Sohn Rüesch seien Scientologen und sie seien oft an Tagungen in die USA gereist. Ich habe an letzterer Aussage meine Zweifel, weil von dieser Quelle alles mit Scientology zu tun hat und nicht mit den ursprünglichen babylonischen Organisationen, obschon Scientology ebenfalls babylonisch ist. Bei dieser Aussage geht es lediglich darum, das eigentliche (übrige) Netzwerk in Schutz zu nehmen. Ist Rüeschs Geste babylonisch? Rüesch besass im Jahre 2009 rund einen Drittel der Aktien der DFAG.

Adrian Rüesch*

Lieber möchte ich mich auf einen Bericht von Adrian Rüesch stützen, den er in den 1970er Jahren selbst geschrieben hat. Da ging es um Kurse an abgelegenen Orten. Man erhält den Eindruck der Konspiration. Es werden verschiedene Namen aufgelistet, u.a. auch jener vom alten Pinkus. Der alte Pinkus ist der Sohn von Lazar Felix Pinkus (1881-1947), dem ehemaligen Bankier der *Felix Pinkus & Cie*. Lazar Felix Pinkus war Mitglied der Judenloge Bnai Brith[502] und pflegte enge Beziehungen zum Monte Verita in Ascona.[503] Sein Sohn Paul Theodor «Theo» Pinkus (1909-1991) arbeitete nach der Lehre als Verlagsbuchhändler für den Neuen Deutschen Verlag von Willi Münzenberg. Münzenberg (1889-1940) war ein Top Geheimdienstagent und Propagandawissenschaftler. Er war ein enger Bekannter von Lenin und führte bei den Vorbereitungen zur Russischen Revolution das Zellen-System ein. Münzenberg trat 1921 der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka (GPU) bei. Ab zirka 1930 wurde er vom Komitee der 300 angeworben.[504]

---

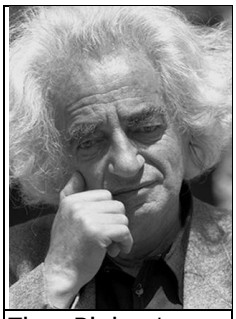
501 Wurde das Urteil im Asbest-Prozess in Italien am Schluss eine langen Kette von Verfahren wegen Verjährung plötzlich kassiert, weil Stephan Schmidheiny ein sehr hohes Mitglied in den babylonischen Organisationen ist? Wusste man das vorher nicht?

502 König Peter-R, *Das OTO-Phänomen. 100 Jahre Magische Geheimbünde und ihre Protagonisten von 1895-1994*. http://www.parareligion.ch/books/oto.htm

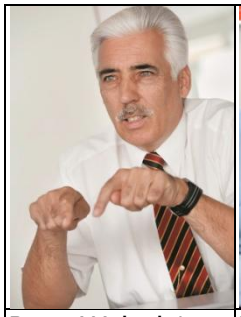
503 Sinnsehnsucht: das Archiv der Psychosophischen Gesellschaft in Stein, Appenzellische Jahrbücher, Band (Jahr): 138 (2011). http://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=ajb-001:2011:138::286

504 Coleman, Komitee, 2006, Seiten 18, 163, 178, 179 und 375.

Der Kommunist Theo Pinkus arbeitete in Deutschland in diesem revolutionären Umfeld. 1933 verliess er Deutschland und in der Schweiz wurde er Redakteur der Schweizer Ausgabe der *Inprekorr* (Internationale Presse-Korrespondenz, Organ der Kommunistischen Internationale) und gründete 1940 den Büchersuchdienst, ein Antiquariat. Sein Vater Felix Pinkus war der Mentor von Hermann Metzger, bis sich die zwei 1946 überwarfen. Metzger wurde von Felix Pinkus in den *Ordo Templi Orientis* (OTO) eingeführt.[505] Der OTO ist eine freimaurerische-illuminatische Organisation, die in späterer Zeit von Aleister Crowley (1875-1947) mit satanisch-sexuellen Praktiken ergänzt wurde. Crowley gilt als der grösste Satanist. Der Gründer von Scientology L. Ron Hubbard (1911-1986) soll sein Nachfolger gewesen sein. Metzger zelebrierte im Restaurant Rose im appenzellischen Stein die gnostisch-katholische Messe für die psychosophische Gesellschaft in Zürich. Das war die äussere Organisationsform eines «Inneren Ordens der Illuminaten, Templer der Neuen Zeit und Gnostiker in unseren Tagen».[506] In diesem gnostischen, also revolutionär-babylonischen Umfeld bewegte sich Adrian Rüesch. Tut er das heute noch?


Theo Pinkus*

Die Druckerei Flawil AG (DFAG) nennt sich seit 2011 neu Dfmedia AG. VR-Präsident ist der ehemalige Kantons- und Nationalrat Peter Weigelt, zugleich Mitinhaber der Mediapolis, die für den Gemeinderat im Wahlkampf 2000 tätig wurde. Pascal Schwarz war vorher Geschäftsführer der dfmedia und sein Vorgänger Max Stark war noch für die DFAG als CEO und nachher als Verwaltungsrat tätig. Zeigen alle drei babylonische Gesten?


Peter Weigelt*

Pascal Schwarz*

Max Stark*

Nachdem fest steht, dass die Vergabe, aber auch die mir auferlegte Parteientschädigung widerrechtlich war, ist offensichtlich, dass das Christoph Gämperle und die gesamte St. Galler Regierung wiederholt Amtsmissbrauch begangen haben, indem sie mir Nachteile zufügten und die Druckerei Flawil AG bevorteilten. Es stellt sich aber auch die Frage, ob sie alle den gleichen Oberen dienen, da ihr Verhalten und ihre Gesten in diese Richtung deuten.

Die Wahlbeschwerden

Nachdem fest steht, dass der Gemeinderat, Christoph Gämperle und die ganze St. Galler Regierung die Druckerei Flawil AG wiederholt bevorteilten, müssen wir die Gemeinderatswahlen 2000 genauer anschauen.

Als ich damals meine Zeitung verlegte und den Gemeinderat der Korruption (neu Bestechung; Art. 322, SR 311.0) beschuldigte, hat er genau das gemacht, was ich ihm vorwarf, indem er mit der Vergabe der amtlichen Publikationen die DFAG wiederholt bevorteilte und sich gleichzeitig nach meiner Zeitung mediale Unterstützung durch die örtliche Presse zukommen liess. Wie ist es dann möglich, wenn in einer freien Presselandschaft die Medien nicht über das über Wochen herrschende Tagesthema Nummer eins mitdiskutierten?

---

505 Blum Iris, *Mächtig geheim. Einblicke in die Psychosophische Gesellschaft 1945 bis 2009*, Limmat, 348 Seiten, ISBN 9783857918216. Und http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Herr-Metzger-und-seine-Frauen/story/27925388

506 Zeitschrift *Tantra*, 2. Ausgabe Juli 1994. Nicht mehr verfügbar. ~~http://www.yabyum.ch/tantra/aleister-crowley-sex-drugs-and-magick/~~

Dieser Fakt ist in der Öffentlichkeit bekannt, aber es hat bis heute niemanden gestört. Weiter ist durch den Arbeitsrapport des PR-Berater Urs Corradini der Mediapolis bestätigt, dass Absprachen getroffen wurden. Deshalb hat die ganze Gemeinde inklusive Gemeinderat mit seinem Anwalt Stadelmann, dem ehemaligen Präsidenten des FC St. Gallen, gar nie realisiert, was er damals eingegangen ist. Macht der Funktionär der babylonischen FIFA, Stadelmann, eine babylonische Geste.

Peter Stadelmann*

Wenn wir aber die Funktion der Medien betrachten, wie sie erklärt wurde, so hat die Vierte Gewalt im babylonischen Staat nichts anderes zu tun, als uns in die Irre zu führen, zu zerstreuen und zu verblöden. Damit sind nicht nur die Parlamente, die Regierungen und die Gerichte, sondern auch die Medien babylonisch. Das allein heisst, dass es schweizweit (ja sogar weltweit) gar keine Wahlen und Abstimmungen gibt, die frei sind, weil alles durch Babylon manipuliert wird.

Fazit: Es gibt schweizweit (ja sogar weltweit) gar keine freie Wahlen und Abstimmungen mehr, weil alles durch Babylon manipuliert ist.

Das lässt sich eindrücklich auf der Homepage der Farner Consulting AG[507] nachlesen. Da steht geschrieben: *«Bei praktisch allen von uns geführten Abstimmungskampagnen (in den Jahren 1951–2007) haben wir die Position der gewählten Behörden vertreten. Die Erfolgsquote liegt bei 95%.»* Das heisst nichts anderes, dass Farner eine babylonische Firma ist.

Wenn sowohl die Medien als auch Parlamente, Regierungen und Gerichte babylonisch sind, so kann es nicht sein, dass die Regierung eine babylonische Gewalt abstraft und damit das ganze System gefährdet. Unter diesem Blickwinkel muss die Abweisung der Wahlbeschwerde verstanden werden. Da kann Hilber noch lange behaupten, Eingreifen sei nur zulässig, wenn klares Recht, wesentliche Verfahrensvorschriften oder öffentliche Interessen missachtet worden seien. Das ist natürlich immer eine Frage der Perspektive. Von Seiten der Regierung heisst das, dass es nicht ins babylonische Konzept passt, aber von Seite der Einwohner heisst das genau das Gegenteil. Aber solange Babylon an den Schalthebeln der Macht sitzt, wird das nicht ändern. Somit heisst das, die Wahlbeschwerde sowie auch die diesbezügliche Aufsichtsbeschwerde wurden völlig willkürlich abgewiesen, womit die Regierung einmal mehr Amtsmissbrauch begangen hat. Das alles konnte die Regierung unmöglich eingestehen, ansonsten ein Erdbeben stattgefunden hätte.

Fazit: Die Gemeinderatswahlen 2000 waren widerrechtlich.

Die dumm und unmündig gehaltene Bevölkerung hat das alles nicht begriffen und deshalb die Kriminellen wieder mit einem Glanzresultat gewählt. Vielleicht ist die Flawiler Bevölkerung nicht nur dumm und unmündig, sondern vor allem der Kriminalität verfallen, ansonsten sie diese Behördenwillkür nicht akzeptieren würde.

Medien im Gemeinderatswahlkampf

Im Rahmen des Gemeinderatswahlkampfes hatte ich Kontakt zu einer Journalistin bei Radio Top. Sie hatte mich diesbezüglich interviewt. Dabei hat sie mir erklärt, das Thema in Flawil hätte das Potential, auf nationaler Ebene behandelt zu werden. Dass es nicht dazu gekommen ist, wissen wir inzwischen. Es stand wiederum Babylon im Weg!

Wie sich die Printmedien verhalten haben, ist ebenfalls bekannt: Der «Volksfreund» hatte das Gegenkomitee vollständig und genüsslich «zerrissen», weil er wusste, dass sie am längeren Hebel sassen und die dummen und korrupten Leser haben ihm geglaubt und dafür noch teuer bezahlt. Es war schon immer so: «Nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Metzger selber!»

507 https://www.farner.ch/agentur/history/

3.1.5 Die Entscheide des Gemeinderates Flawil

Nachdem der Gemeinderat mein Dossier über einen langen Zeitraum liegen gelassen hat, setzte ich ihn Anfangs 2001 in Verzug. Das Dossier wanderte von der Baukommission zur Tiefbaukommission. Obschon von vier Mitgliedern der Präsident und die Vizepräsidentin neu waren, ging die Willkür weiter und das vor Jahren Abgemachte wurde nicht mehr respektiert, indem sie Rechnung stellte. Dagegen rekurrierte ich an den Gemeinderat. In der Folge setzte der Gemeinderat noch einen darauf, indem er mich mit Unterstützung des Baudepartements nötigte. Damit der Rekurs gutgeheissen würde, sollte ich im Gegenzug die zugesprochene Erschliessungsplanung an den Gemeinderat zurück geben. Damit hat die Tiefbaukommission Amtsmissbrauch und der ganze Gemeinderat Nötigung begangen, die schlussendlich vollendet wurde. Zu all dem kommt, dass die Mitglieder der alten Amtsperiode gegenüber mir befangen waren, weil sie mich eingeklagt hatten. Demzufolge hätten sie in den Ausstand treten müssen, was aber nicht passiert ist. Ob der Entscheid gültig sei oder nicht, spielt keine Rolle, denn die Gemeinderatswahlen waren widerrechtlich, womit der ganze Gemeinderat ohne Legitimation war.

Fazit: Die Tiefbaukommission hat Amtsmissbrauch begangen und der ganze Gemeinderat hat mich vollendet genötigt. Zudem waren vier von fünf Mitgliedern nicht in den Ausstand getreten, obschon sie mir gegenüber befangen waren. Zudem war der ganze Gemeinderat ohne Legitimation, weil die Gemeinderatswahlen 2000 widerrechtlich waren.

Nur in diesem Zusammenhang wird die Aussage von Christoph Gämperle, dem Leiter Rechtsdienst des Baudepartements, anlässlich der Februarsession 2002, verständlich, ich hätte einen «Abrieb» erhalten.[508] Damit wird bestätigt, dass der Vernichtungsfeldzug nicht vom Gemeinderat aus gegangen ist, sondern von der babylonischen Regierung, also von Babylon. Und so wird auch die Forderung im Kommunistischen Manifest erfüllt, dass Rebellen zu enteignen sind.

Fazit: Das Konzept des Amtsmissbrauchs und der vollendeten Nötigung wurde von Babylon ausgeheckt und durch das Baudepartement in Auftrag gegeben.

Ich kann ja verstehen, dass Leute zu dumm sind, um die Politik zu verstehen. Aber dann sollten sie wenigstens noch über so viel graue Zellen verfügen, nicht in die Politik zu gehen, und schon gar nicht straffällig zu werden. Aber der Gemeinderat erfüllt nicht einmal diese bescheidene Voraussetzung. Dafür wurde er mit einem Glanzresultat gewählt, das ungültig ist.

3.1.6 Konkurs

Spätestens seit dem Sommer 2001 wusste, ich, dass ich gewaltige Gegner hatte und dass ich in der Falle sass. Niemand verstand die Situation und interessierte sich auch nicht, denn alle glaubten an rechtschaffene Behörden, die durch die «demokratisch» gewählten Parlamente kontrolliert würden, anstatt dass sie es mit eigenen Augen sehen wollten. Das zu sehen hätte Aufwand gegeben und zudem hätten sie es ohnehin nicht verstanden. Das ist natürlich die Folge der Verblödung durch die Religion, an die man glauben muss und an die Demokratie, in der vom «Volk» alles kontrolliert wird! Aber selbst einzelnen konnte ich die Angelegenheit nicht erklären, weil ich selbst zu wenig wusste.

508 Eingabe 1 an die Bundesversammlung vom 20.08.2002, Position C5.8, Weiteres. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_1_willkuer_sg.pdf

Die gerichtliche Auseinandersetzung

Christoph Locher

Mein Gegenanwalt Christoph Locher, der meine Schwester und Mutter anwaltlich vertreten hatte, hatte eine anwaltliche Interessenskollision, die das Gericht nicht störte, wobei anzumerken ist, dass RA Schütz mir die Sache erklärte, aber ebenfalls nicht aktiv wurde. Locher ist Vizepräsident des St. Galler Anwaltsverbandes. Damit täuscht er nach aussen, eine Rechtmässigkeit vor, die gar nicht gegeben ist.

Dieser «ehrbare» Anwalt Locher wurde mandatiert, musste aber von Babylon zusätzlich den Auftrag erhalten haben, mich finanziell zu liquidieren, ansonsten er nicht die Akten via meinen Anwalt dem Gericht zurückgegeben hätte und daher mit ihm Absprache getroffen hat.

Thomas Schütz

Mein Anwalt Thomas Schütz hat mich am Anfang gut bedient, doch am Schluss habe ich gemerkt, dass etwas nicht mehr in Ordnung war, bewusst habe ich es erst festgestellt, als er mir mitteilte, dass ich in den Konkurs gehen müsse. Da war es schon zu spät, aber es hätte auch nichts genützt, wenn ich es vorher gewusst hätte, denn das babylonische Urteil war über mich bereits im Jahre 2000 gefällt worden. Wenn ich mich nun rückblickend an sein Plädoyer anlässlich der Gerichtsverhandlung vom 04.12.2003 zurück erinnere, so stelle ich fest, dass er Nebensächlichkeiten erzählt hat. Schütz ist Mitglied des Kiwanis Club Stäfa, also einem Serviceclub, der die unterste Ebene der Globalisierung bildet und damit ist der Club babylonisch. Ob Schütz noch in anderen, wichtigeren babylonischen Organisationen Mitglied ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Dieses Beispiel zeigt aber eindrücklich, dass er mitmachte oder mitmachen musste. Da er zumindest das korrupte Justizsystem kennt, konnte er davon ausgehen, dass *«ich keine Chance habe»*, wie mir mitgeteilt wurde. Inwieweit seine Arbeit als ehemaliger Bezirksanwalt noch eine Rolle spielte, ist im Moment nebensächlich. Die Letzte Rechnung von Schütz habe ich bis heute noch nicht bezahlt, d.h. er steht nach der Rechtsprechung nach wie vor in der Haftung.

Marcel Moser

Nicht nur aufgrund der aufgedeckten Sachverhalte, wusste ich schon lange, dass ich diese Kriminalität beenden würde. Allerdings wusste ich nicht, was ich alles unternehmen musste, um es nur bis zum vorliegenden Manifest zu bringen, ganz geschweige, um es bis zum Ende zu führen. Vielleicht hätte ich es nicht gemacht, wenn ich das gewusst hätte. Nun auf die Gerichtsverhandlung vom 04.12.2003 habe ich ein Schreiben verfasst, indem ich prophezeit hatte, dass der Konkurs nicht zu Ende geführt werde. Das kam dem kriminellen Gerichtspräsidenten Moser in den falschen Hals, weshalb er Schütz beauftragte, meine Absicht zu ergründen. Ob Schütz das gemacht habe, weiss ich nicht mehr.

Sodann wurde die Konkursverhandlung auf den 24.06.2004 angesetzt und gleichentags der Konkurs eröffnet. Nachdem für mich eindeutig ist, dass Babylon hinter der Behördenwillkür und damit meiner finanziellen Liquidation steht, wurde auch das Datum des 24. Juni nicht zufällig ausgewählt. Vielmehr wurde es ausgewählt, um den Babyloniern zu zeigen, wer dahinter steckt. Das Datum 24. Juni symbolisiert im babylonisch-katholischen Kalender die Geburt des Heiligen Johannes, früher auch Oannes genannt. Im Altertum begann in Chaldäa (Babylon), Syrien und Phönizien am selben Tag der Monat «Tammuz» und wurde mit einem Fest gefeiert. «Tammuz» ist aber nur einer der vielen Namen von Nimrod, dem ersten Fürsten auf Erden, was lediglich eine Metapher ist für die eine Welt in der Lehre der drei Welten, das Jenseits. Aber mit diesem Namen sind noch viele weitere «Personen» des Altertums und der Bibel verknüpft.[509] Aufgrund dieser Geschichte werden die unteren Freimaurer-Logen, die sogenannten blauen Logen, auch Johannis-Logen genannt.

Da der Termin für die Konkursverhandlung vom Gericht festgesetzt wird, heisst das, dass das Bezirksgericht Uster durch Babylon besetzt ist. Aufgrund der grundsätzlich aufgedeckten Systemkriminalität

---

509 Hislop, Von Babylon Nach Rom, Seite 101ff.

ist das auch keine Überraschung mehr, habe ich eingangs doch festgehalten, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte in Bund und Kanton institutionell Verbrechen begehen. Aus diesem Umstand wurden alle meine Begehren niedergeschmettert.

Erklärungen zur Umsetzung des Konkurses

Die Konkursforderung des Gemeinderates Flawil

Bei einem Konkurs müssen die Behörden zuerst den «Schaden» feststellen, d.h. die Forderungen müssen beim Konkursamt angemeldet werden. Das hat auch der Gemeinderat Flawil gemacht für die Aufwendungen der Erschliessungsplanung, die ich für das Landwirtschaftsland, aber nicht für das Bauland bestellt hatte. Der Gemeinderat hat also eine Forderung gestellt, die ich erstens nicht bestellt hatte, zweitens war er bei allen meinen Geschäften befangen, aber trotzdem nicht in den Ausstand getreten, drittens wurde ich dabei genötigt und viertens war er mangels Wahllegitimation nicht beschlussfähig. Das alles heisst, fünftens, er beging Betrug.

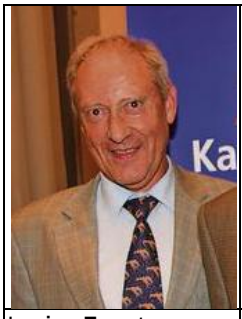
> Fazit: Der Gemeinderat Flawil hat in Kenntnis der Lage eine Forderung ans Konkursamt gestellt, die ich erstens nicht bestellt hatte, zweitens war er bei allen meinen Geschäften befangen, aber trotzdem nicht in den Ausstand getreten, drittens wurde ich dabei genötigt und viertens war er mangels Wahllegitimation nicht beschlussfähig, d.h., fünftens, er beging Betrug.

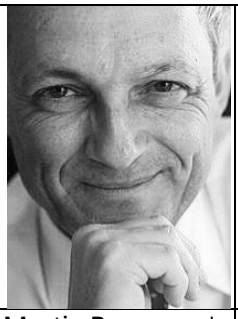
Aus dem Konkurs erhielt er einen Verlustschein. Im April 2012 forderte mich das Steueramt Flawil auf, ich solle ihnen mitteilen, wie ich gedenke diese Forderung zu begleichen. In einem eingeschriebenen Brief an das Steueramt und alle Mitglieder des Gemeinderates habe ich mitgeteilt, dass ich nicht gedenke, die Forderung je zu begleichen. Seither habe ich nie mehr etwas dazu gehört. Das allein spricht Bände, aber es ist auch ein stillschweigendes Schuldeingeständnis. Der Gemeinderat ist sich deshalb seiner Strafdelikte bewusst. Von den damaligen Tätern sitzt heute nur noch der Gemeindepräsident Elmar Metzger (CVP) im Amt. Macht er ebenfalls babylonische Gesten?

Elmar Metzger*

Konkursamt und Aufsichtsbehörden

Der ehemalige Kantonsratspräsident Fritz Buchschacher, der rote Fritz, hatte mir bei meinem ersten Besuch auf dem Konkursamt mitgeteilt, dass sie seit 50 Jahren kein Konkursprotokoll mehr verurkunden würden. Damit hat er nur das bestätigt, was ich aufgrund meiner Recherchen herausgefunden habe, nämlich, dass seit den 1950er Jahren, nachdem die parlamentarische Oberaufsicht eingestellt wurde, die Gerichte und natürlich auch die Konkursämter sowie die übrigen Behörden begonnen haben, willkürlich zu handeln.


Luzius Eugster


Martin Baumann*

Leo Lorenzi

Werner Grübel

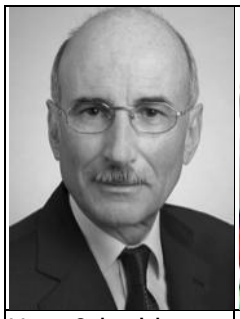
Ivo Kuster

Patrick Guidon

Walter Würzer

Dominik Scherrer

In der Zeit, als derKonkurs durchgeführt wurde (2004-2007), bestand im Kanton St. Gallen die Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs aus den Kantonsrichtern Luzius Eugster (Präsident), Martin Baumann (Stv.), Leo Lorenzi und Ersatzmitglied Werner Grübel. In der Amtsperiode ab 2015 stehen die Kantonsrichter Ivo Kuster (Präsident), Walter Würzer (Stv.) sowie die übrigen Mitglieder des Kantonsgerichts als Ersatzmitglieder der Aufsichtsbehörde vor; als Kantonsgerichtspräsident amtet Dominik Scherrer. Sie alle begehen im Minimum ungetreue Amtsführung und Amtsmissbrauch. Macht nur Baumann eine babylonische Geste? Das spielt keine Rolle, denn das babylonische Kantonsparlament hat bestimmt seine Brüder gewählt.


Hans Schmid

A. Katzenstein*

Bruno Frick*

Im Kanton Zürich ist die Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs bei der II. Zivilkammer des Obergerichtes angesiedelt. Deren Präsident war von 2001 bis 2005 Hans Schmid, von 2005 bis 2011 Otto Kramis und seither Annegret Katzenstein. Schmid bessert seine kärgliche Pension bei der Kanzlei Roesle Frick & Partner als Konsulent auf. Frick ist niemand anderer als der ehemalige Ständerat Bruno Frick. Annegret Katzenstein als Richterin Grausam war ab dem Jahre 2005 Präsidentin der Anklagekammer, die das neu eingeführte Ermächtigungsverfahren in Strafsachen in St. Gallischer Manier anwendete. Die Zürcher Aufsichtsbehörde ist nicht besser als jene in St. Gallen und der andern Kantone sowie jener des Bundesgerichtes. Sie alle sind babylonisch.

Erwerber der Liegenschaften

Betrachten wir die einzelnen Akteure, die meine Liegenschaften erhielten:

Klingler und sein Umfeld

Der Flawiler Tycoon Ralph Klingler verdiente, nachdem er vom Konkursbeamten Peter Schläpfer bevorteilt wurde, am Mehrfamilienhaus innert sieben Wochen rund Dreiviertel Millionen Franken. Offiziell war nur eine Offerte eingegangen, aber ich habe erfahren, dass im Minimum eine zweite eingereicht worden war. Für seine Offerte musste Klingler im Vorfeld Internas vom Konkursbeamten Schläpfer erhalten haben. Deshalb stellt sich die Frage, ob Schläpfer von Klingler bei seinen denkwürdigen Feiern und Gelagen nicht angefüttert worden sei.

Was Klingler anfasse, machte er zu Geld, er habe eine «goldene Nase für Geschäfte», heisst es unter seinen Bekannten. Das ist einfach, wenn man bevorteilt wird. Da muss man keine goldene Nase haben, sondern nur kriminelle Bekannte.

Klingler ist ein Spross der Textildynastie. Mit seiner VTAG zählt er zu den grössten Immobilien-Besitzern in der Ostschweiz. Er beteiligte sich unter dem Präsidenten Dölf Früh an der Sanierung des FC St. Gallen mit 1,2 Millionen Franken. Früh gründete die Media-Swiss-Gruppe, die an Ringier verkauft wurde. Edgar Oehler spendete ebenfalls 1,2 Millionen Franken. Oehler brachte als Journalist die Arbonia-Forster-Holding unter seine Kontrolle. Michael Hüppi war von 2008 bis 2010 Präsident des FCSG. Er ist Partner der Anwaltskanzlei Schoch Auer. Diese Kanzlei wurde 1970 von Otto Dagobert Schoch gegründet, dem späteren babylonischen Ständerat (1983-1997). Die Geldgeber – neben Früh sind dies Rainer Sigrist, Vreni und Norbert Jann, Ralf Klingler, Edgar Oehler, Hans Sulser und andere –, die den FC St. Gallen vor vier Jahren vor dem Kollaps retteten, verzichten offiziell auf den grossen Teil ihrer Darlehen.[510] Lediglich zehn Prozent muss der Club zurück zahlen. Und was erhielten sie inoffiziell?

[510] Tagblatt vom 12.11.2014: St.Gallens Retter zeigen sich grosszügig
http://www.tagblatt.ch/sport/fcsg/St-Gallens-Retter-zeigen-sich-grosszuegig;art33792,4018938

Auch den Präsident des Fussballclubs Basel, Bernhard Heusler, nennt er zu seinen guten Bekannten, weil er monatlich bei den grossen babylonischen Banken und Versicherungen in Basel tätig ist.

Ralph Klingler*	Dölf Früh*	Edgar Oehler*	Michael Hüppi*
Otto Schoch*	Rainer Sigrist	Bernhard Heusler*	Tito Tettamanti*
Christoph Blocher*	C. v. Graffenried*	Thomas Matter*	Philippe Gaydoul*

Klingler beteiligte sich auch mit über 2 Millionen Franken an Tito Tettamantis Holding Medien-Vielfalt, die vom Bilderberger Christoph Blocher die BaZ Holding übernahm. Beim Erwerb des Jean-Frey-Verlags im Jahre 2002, unterstützte er Tettamanti ebenfalls. Bei diesem Deal war auch Charles von Graffenried mit von der Partie. Der babylonische Rechtsanwalt Tettamanti (1930-) war kurz Regierungsrat im Kanton Tessin, musste dann aber wegen Steuerhinterziehung zurück treten. Nachher betätigte er sich als Treuhänder und Immobilieninvestor und machte dabei ein Vermögen und begann in Heuschreckenmanier die grossen Maschinenbaufirmen (Sulzer, Saurer, Rieter) zu filetieren.

Nachdem Tettamanti 1960 wegen einer Steueraffäre als Tessiner Regierungsrat zurücktreten musste, gründete er im gleichen Jahr die Firma Fidinam. Heute agiert die Fidinam Group Holding SA in der ganzen Welt und spendet jährlich fünf Millionen Franken für «gemeinnützige Initiativen». Ist nun Fidinam wie eine kleine Tochter von Soros, der ebenfalls nur «gemeinnützige Organisationen» unterstützt? Fidinam steht irgendwie in Verbindung zur Loge Propaganda Due (P2) und damit zu Silvio Berlusconi, dem ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten, aber auch zu Sergio Ermotti, dem CEO der UBS.[511] Die UBS ist entweder direkt unter der Kontrolle des Komitees der 300 oder arbeitet mit ihm eng zusammen. Ersteres dürfte wahrscheinlicher sein, nachdem Villiger dem Komitee der 300 angehört.

Der Babylonier Blocher faselt ein Leben lang von Demokratie, aber er war derjenige, der als Kantonsrat im Jahre 1971 die parlamentarische Oberaufsicht versenkte und später als Nationalrat wiederholte er im Nationalrat das Gleiche. Als ich dann diese Aufdeckung auch dem Gesamtbundesrat zustellte, war er Justizminister und in dieser Funktion hat er sich geweigert, die Oberaufsicht wieder einzuführen und die Behördenkriminalität zu beenden. Demzufolge ist das bei den Bilderbergern Programm. Als SVP-Parteistratege verfolgte er wiederholt die Strategie des Strategiewechsels, wenn die Gefahr bestand, dass sein Lager zu viel Stimmen holte und eine Abstimmung nicht im Sinne der Babylonier erfolgen könnte. Der aus einer Patrizierfamilie stammende Berner Immobilienkönig, Bankier und Verleger Charles von Graffenried fusionierte 1979 die Berner Nachrichten und das Berner Tag-

511 Trepp Gian, Swiss Connection, Unionsverlag, 1996, 420 Seiten, ISBN 3293002056 und private Quellen.

blatt zur Berner Zeitung und 2001 machte er daraus die Espace Media AG, die er 2007 an die babylonische Tamedia verkaufte.

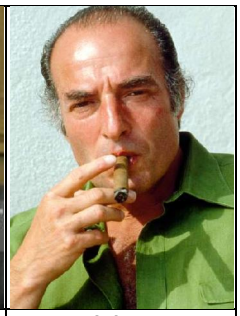
In Arosa baute Klingler zusammen mit Thomas Matter und Philippe Gaydoul den Kursaal. Matter gründete 1994 die Finanzgruppe Swissfirst (heute Bellevue Group), 2005 die Matter Group und 2011 die Neue Helvetische Bank. Nach dem Rücktritt von Christoph Blocher als Nationalrat konnte er seinen Sitz erben. Gaydoul ist ein Neffe von Denner-Besitzer Karl Schweri. Er übernahm die Rast-Holding seines Grossvaters, verkaufte Teile und schlussendlich noch die Denner an die Migros. Dann kaufte er sich beim Modeunternehmen Navyboot ein, gründete die Interessensgemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS) mit den babylonischen Unternehmen Denner, Coop, Migros, Charles Vögele und Valora. Zwischendurch engagierte er sich im Hockey und wurde kurzfristig Mehrheitsaktionär des EHC Kloten.[512]

Das ist Klinglers Umfeld. Ist es Zufall, dass alle genannten Gesten machen. Sind sie alle Babylonier?

Die Mobimo und seine Hintermänner

Das Bauland der Bauzone W2 wurde an die Mobimo verkauft. Die Mobimo AG wurde 1997 und die Mobimo Holding AG 1999 gegründet. Gemäss Gründungsvertrag[513] der Holding hielten Pincus Green, Chifa Holding AG, Gramena AG, Charles Vögele, die Posen Stiftung und Ulrich Bettermann Anteile an der Mobimo AG. Die Holding übernimmt diese Sacheinlagen, zusammen mit der Kubus Immobilien und Investitions AG und der Interpool Verwaltungs AG von Dr. Alfred Meili, sowie die Absolute Invest AG und die Ordan Beteiligungs AG.

Pincus Green


Marc Rich*

Der milliardenschwere Hebrärer Pincus Green (1936) ist ein amerikanischer Öl- und Gaswarenhändler mit Wohnsitz in Walchwil. Er wurde in den Vereinigten Staaten einst wegen Steuerhinterziehung und des Handels mit Iran zu 325 Jahren Haft verurteilt. Um sich der Strafe zu entziehen, flüchtete er Babylonier in die Schweiz. Die Schweiz hat diese Straftäter aber nicht an die USA ausgeliefert. Bill Clinton hat ihn bekanntlich, zusammen mit dessen Kompagnon Marc Rich, in seiner letzten Nacht im Weissen Haus begnadigt[514] und später seine Begnadigung bereut. Green hält bei Mobimo keine Aktien mehr, jedoch seine Frau Libby (Elisabeth) Green[514] mit Stand 2005 19.8 Prozent. Mit dem Handelsregistereintrag Green Libby ist aber nicht Pincus' Frau gemeint, sonder die Green Libby-Gesellschaft mit Sitz in Jerusalem, denn Mobimo publizierte 2006 gemäss Börsengesetz, dass diese Gesellschaft neu weniger als 5 Prozent am Aktienanteil besitzt.[515] Pincus, Libby und Alan Green sind in der Darchey Noam-Stiftung engagiert. Die spendabelsten Donatoren für das Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL) stammen aus dem Rohstoffhandel, darunter auch die Darchey Noam-Stiftung und Marc Rich.[516] Rich wurde wie Green wegen Steuerhinterziehung verurteilt und von Clinton begnadigt.

Charles Vögele (1923-2002) ist der Autorennfahrer und der Inhaber des gleichnamigen Mode-Einzelhandelsunternehmen.

---

512 Tagblatt vom 29.12.2011: *Ein Flawiler im Immobilien-Teig*. http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/Ein-Flawiler-im-Immobilien-Teig;art123841,2810031

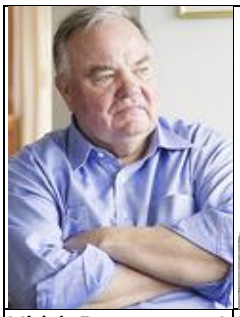
513 https://www.easymonitoring.ch/handelsregister/mobimo-holding-ag-502318

514 Bilanz vom 26.11.2003: *Händler: Reich mit Handel*. http://www.bilanz.ch/people/haendler-reich-mit-handel

515 NZZ vom 11.08.2006: https://www.nzz.ch/articleEDHSU-1.52547

516 Tagesanzeiger vom 05.04.2014: *Wenn Rohstoffhändler Geld verschenken*. http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/geld/Wenn-Rohstoffhaendler-Geld-verschenken/story/14233736

Ulrich Bettermann (1946-) ist der heutige Inhaber der OBO Bettermann GmbH - Co. KG im deutschen Menden. Heute sei er auch Schweizer Bürger. Auf zweifelhafte Art übernahm er in den 1980er die Unternehmensanteile von seinen Verwandten. Er ist bestens bekannt mit Grössen wie Henry Kissinger, Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow und weiteren hochgestellten Babyloniern.[517] Er ist einer der Gründerväter und ständiges Mitglied des babylonischen Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. 1981 wurde er zum Ehrenoffizier der Schweizer Armee ernannt.[518]


Ulrich Bettermann*

Dr. Alfred Meili*

Der Jurist Alfred Meili ist auch mit seinen Meili-Unternehmungen bekannt. Meili übernahm 1999 nebst einer Beteiligung auch das Präsidium des Verwaltungsrates der Mobimo Holding AG (bis 2008) und führte die Firma an die Börse. Heute ist sie die viertgrösste Immobilien AG an der Schweizerischen Börse.

Im Jahre 2005 waren nach Schweizer Wirtschaft folgende Personen Teilhaber der Mobimo Holding AG: Libby Green, Zug, 19.8 Prozent; Dr. Alfred Meili, Zollikon, 8.6 Prozent; Pensionskasse des Kantons Zug, 5.8 Prozent; Posen Stiftung Luzern, 9.3 Prozent und Bank Reichmuth & Co Holding AG, Luzern mit 23.1 Prozent. Das sind 56.6 Prozent.

2017 werden nur noch die Teilhaber Black Rock, New York mit 4.29 Prozent; die Zuger Pensionskasse mit 3.38 Prozent und die Norges Bank Oslo mit 2.96 Prozent in der Schweizer Wirtschaft aufgeführt. Das sind nur 10.63 Prozent. Es ist kaum anzunehmen, dass der Rest alles Kleinaktionäre sind. Die Mobimo wurde von Babyloniern gegründet und sie wird nach wie vor in der Hand diese Leute sein.

Und ausgerechnet in dieser Firma sitzt der ehemalige National- (1995-2011) und Ständerat (2011-2015) Georges Theiler, seit 2000 als Verwaltungsrat und seit 2013 als dessen Präsident. Und da Theiler als Parlamentarier ebenfalls ungetreue Amtsführung gegangen hat, konnte sich somit «seine» Firma an einem zweifelhaften Kauf bereichern.

Georges Theiler*

Urs Ledermann*

Theiler ist somit ein gutes Beispiel aus der Politik, bei dem ruchbar wird, dass er als Parlamentarier ungetreue Amtsführung begangen hat und nachher im Gegenzug einen (mehrere) lukrativen Posten zugeschanzt erhielt, genau so, wie es in der Literatur immer wieder beschrieben wird. Das ist die berühmte Korruption, die offiziell inexistent, aber überall vorhanden ist.

Sein Vorgänger war Urs Ledermann, der «König des Seefelds». Er ist Mitglied des Mar-a-Lago Club in Florida, deren Clubinhaber Donald Trump, der amtierende US-Präsident ist. Die Anzahl der Mitglieder ist auf 500 beschränkt und allein der Eintritt kostet stolze 200‘000 Dollar.[519] Auf diesem Anwesen wird seit 2005 jährlich der Internationale Red-Cross-Ball durchgeführt. Das Red Cross ist die babylonische Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Diese Organisation wurde 1919 im Schatten der Pariser Friedenskonferenz und in der Folge des Völkerbundes gegründet. Gründervater

---

517 Wirtschaftswoche vom 07.11.2012: *Zampano des Sauerlandes*. http://www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/ulrich-bettermann-zampano-des-sauerlandes/7359250.html

518 Nachtrag 1: Die erste Anfrage bei der Armee vom 10.04.17 wurde nicht beantwortet, obschon im Juni mündlich bestätigt wurde, dass sie in Bearbeitung sei. Die erneute Mahnung vom 05.12.17 wurde umgehend ans Militärprotokoll weitergeleitet und mustergültig beantwortet. Das Militärprotokoll erhielt meine Anfrage zum ersten Mal. Gemäss Recherche gibt es keinen offiziellen Titel Ehrenoffizier, der je vergeben worden sei.

519 Watson vom 17.03.2017: *Darum ist der Zürcher Immobilien-Multi Urs Ledermann Mitglied in Trumps Luxus-Club*. http://www.watson.ch/Schweiz/International/648722612-Darum-ist-der-Z%C3%BCrcher-Immobilien-Multi-Urs-Ledermann-Mitglied-in-Trumps-Luxus-Club

ist der Babylonier Henry Pomeroy Davison (1867-1922). Er war u.a. an vorderster Stelle bei der Gründung der FED beteiligt.[520] Der Gründer des Roten Kreuzes, Henry Dunant, war ein Freimaurer.

Die Kantonsräte

Hugo Seiz*

Hansruedi Brändle

Die Waldparzellen wurden an den ehemaligen Unternehmer Hugo Seiz (CVP) und ein Teil des Landwirtschaftslandes an Hansruedi Brändle (CVP) verkauft. Die Angebote zum Wald habe ich nicht untersucht. Fest steht jedoch, dass beide, die den Zuschlag erhalten haben, Kantonsräte sind und beide, wie auch die übrigen Ratsmitglieder, haben in dieser Funktion ungetreue Amtsführung begangen und sind zudem gegenüber der Strafverfolgung immun. Bei Brändle ist nachgwiesen, dass er vom Vorsteher des Landwirtschaftsamtes, Hansueli Nef, bevorteilt wurde. Man erhält daher den Eindruck, als ob die delinquierenden Kantonsäte von Amtes wegen zu «belohnen» seien. Beide haben aber noch ein weiteres «Steckenpferd»: Sie sind in einem Quartett von Immobilienspekulaten, zusammen mit Kurt Hättenschwiler und Bobby Allenspach, wie mir erklärt wurde. Seiz ist zudem noch im Serviceclub (Korruptionsclubs) Kiwanis. So etwas haben wir doch schon einmal gesehen.

Abschliessend möchte ich hier ausdrücklich noch eine Aussage eines ehemaligen Flawilers festhalten. Er erklärte mir, dass in CVP-Kreisen hinter vorgehaltener Hand offen darüber diskutiert wurde, wie man schon meinem Vater die Liegenschaften abjagen könnte.

3.1.7 Ergänzende Verfahren und Erlebnisse

Kantonsratspräsident Fritz Lüdi

Fritz Lüdi*

Am 23.10.2003 habe ich eine Aufsichtsbeschwerde wegen Amtsgeheimnisverletzung eingereicht. Grund dazu bildete ein Bericht in der Wilerzeitung / Volksfreund vom 23.09.2002 unter dem Titel «Brunners Spuren in der Gesetzgebung». Die Nennung meines Namens in diesem Zusammenhang war völlig unverhältnismässig und damit ehr- und persönlichkeitsverletzend. Die Beschwerde wurde der Rechtspflegekommission unter dem Präsidenten Armin Eugster zur Stellungnahme überstellt und schlussendlich antwortete der Kantonsratspräsident Fritz Lüdi[521] am 14.04.2003. Er behauptete, dass es keine Amtsgeheimnisverletzung sei.[522]

Dem St. Galler Tagblatt vom 6. Mai 2003 kann entnommen werden, dass der St. Galler Grossratspräsident Fritz Lüdi anlässlich des Besuches von Bundesrat Pascal Couchepin die Vision des Parlaments in 50 Jahren beschrieben hat. Eine Vordenkerkommission aus den Meinungsführern der Fraktionen sehe den Kantonsrat von 180 auf 60 Mitglieder verkleinert. Weiter werde es keine Interpellation, sprich keine Kontrolle mehr über die Regierung geben.

Wenn Lüdi eine Vordenkerkommission bezeichnet, so kann das nur eine babylonische Kommission sein, ob offizielle oder inoffiziell sei dahingestellt, denn der Staat ist so oder so in den Händen der Babylonier. Lüdi‘s Aussage passt haargenau zu Mark Villigers Aussage, der den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ebenfalls als Vordenker bezeichnet.

---

520 https://bitcointalk.org/index.php?topic=295820.20;wap

521 Fritz Lüdi, Ruhbergstrasse 4, 071 393 15 06

522 Eingabe 4 an die Bundesversammlung vom 06.12.2004
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4.pdf

Mit dieser Rede hat der Rotarier Lüdi dem Bilderberger Couchepin rapportiert, dass der Kanton St. Gallen auf Kurs sei, damit die Babylonier die Macht demnächst übernehmen können.[523]

Im Protokoll Nr. 10 steht folgendes:

- Absatz 18: Sobald wir die neue republikanische Verfassung eingeführt haben, werden wir ferner dem Abgeordnetenhause das Interpellationsrecht unter dem Vorwand der Wahrung des Staatsgeheimnisses nehmen.
- Absatz 19: Auch werden wir die Zahl der Abgeordneten auf ein Mindestmass herabsetzen. Dadurch verringern wir auch im gleichen Ausmasse die politischen Leidenschaften.

Mit Lüdi's Aussage haben wir die ausdrückliche Bestätigung, dass der Fahrplan zur Weltherrschaft, wie er in den *Protokollen von Babylon*[316], auch *Protokolle von Zion* genannt, von der Politik umgesetzt wird. Hier ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass das Amtsgeheimnis (vorgängig Staatsgeheimnis genannt), wie ich es bereits seit Jahren im Bereich der Aufhebung über die Kontrolle der Staatsverwaltung bzw. Gerichte in Bund und Kantonen sowie der Berichte der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommissionen an die Bürgerversammlungen auf Stufe Gemeinde thematisiere, eine Schlüsselrolle spielt.

Mit anderen Worten, die Gemeinde- und Staatsverwaltung wird je länger je mehr von der Bevölkerung abgeschottet, damit die Bevölkerung überhaupt keine Einsicht mehr in die inneren Angeleigenheiten erhalten, die sie betreffen und sie auszutragen hat. Dementsprechend rigoros wird das Amtsgeheimnis angewendet werden, damit keine Staatsangestellte die endemische Kriminalität nach aussen trägt. In diesem Sinne sind die Vertreter der Geschäfts- oder Rechnungsprüfungskommissionen aller Stufen und damit vor allem die Parlamentarier nichts anderes als Steigbügelhalter der Babylonier und damit Förderer der Staatskriminalität.

Es wäre an der Zeit, endlich diese *Protokolle* endlich einmal zu lesen, anstatt sie in Bausch und Bogen und als Schundliteratur zu verwerfen. Dann werden Sie feststellen, dass alle Massnahmen, die ich in den neuen Staatsverfassungen kritisiert habe, in diesen Protokollen enthalten sind.

> Fazit: Die *Protokolle von Babylon*, bzw. *Protokolle von Zion*, werden von der Politik willentlich in die Tat umgesetzt. Sie sind der Fahrplan für die Weltherrschaft. Aus diesem Grund werden diese *Protokolle* von der Politik als antisemitisch dargestellt, womit den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit gegeben wird, gegen jene Leute strafrechtlich vorzugehen, die sie thematisieren. So wird Lüge um Lüge aufgebaut, um sie mit vorsätzlich falsch begründeten Strafen im Zaun zu halten. Das ist babylonische Praxis.

Lüdi ist daher nicht einfach nur ein subalterner Babylonier, weshalb er höheren Graden angehören muss. Damit wird auch ersichtlich, weshalb er sich im Flawiler Gemeinderatswahlkampf 2000 so versteckt hat, aber auch, dass das Komitee sich unwissend an einen Babylonier verraten hat.

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich die Problematik dieser Geheimgesellschaften und seiner Mitglieder auf. Sie arbeiten im Geheimen und decken das gesamte politische Spektrum ab. D.h., wenn jemand etwas in die Wege leiten will, und sich an jemanden wendet, in der Annahme, er unterstütze das Vorhaben, so besteht die grosse Gefahr, dass man an den Falschen geraten ist. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die Mitglieder dieser Geheimgesellschaften ihre Zugehörigkeit öffentlich zu erkennen geben. Solange das nicht passiert, werden diese Leute in die höchsten Ämter gewählt. Dann kommt es so heraus, wie bisher: Es wird alles immer schlimmer!

> Fazit: Es ist zwingend erforderlich, dass die Mitglieder aller Geheimgesellschaften ihre Zugehörigkeit öffentlich zu erkennen geben. Solange das nicht passiert, können die Gesellschaft und damit der Staat nicht gesunden. Die Geheimgesellschaften mit ihren Mitgliedern sind in der Gesellschaft wie ein Krebs im menschlichen Körper: Wir müssen ihn unter Kontrolle bringen, damit wir überleben können.

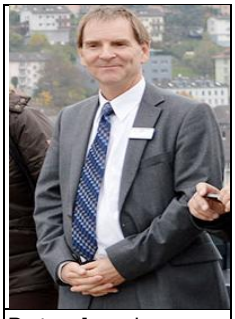
---

523 Eingabe 7 an die Bundesversammlung vom 20.06.2006
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_7.pdf

Der Versuch, mich psychiatrisch zu behandeln

Bei meinen Eingaben hat es allgemein immer geheissen, dass man nicht wisse, was ich wolle. Tatsache ist, dass diese Leute durchaus wussten, was ich wollte. Das sollte auch die heutige Leserschaft unschwer erkennen. Aber diese Leute wollten nicht ihr babylonisches Werk zerstören, das sie mühsam und unter Gefahren aufgebaut haben.

In der Eingabe 4 vom 06.12.2004 habe ich am Schluss geschrieben, dass mich die Schweizer Behörden finanziell liquidieren wollen und provoziert, wenn mir nur ein rostiger Nagel weggenommen werde, so werde ich mich physisch liquidieren. In meiner Eingabe 4.5 vom 11.04.2005 habe ich mitgeteilt, dass nun die Bedingungen erfüllt seien, mich zu liquidieren.[453]


Peter Jans*

Eine so schnelle Reaktion hatte ich in meiner ganzen Auseinandersetzung noch nie gesehen. Meine Eingabe wurde gelesen, wie übrigens alle andern auch. Doch der kriminelle St. Galler Kantonsrat und Anwalt, der spätere Kreisrichter und Stadtrat von St. Gallen, Peter Jans, der Mitglied in der Rechtspflegekommission war und durchaus wusste, was ich wollte, erstattete deswegen bei der Polizei Anzeige. Deshalb wurde ich von der Kantonspolizei verhaftet und auf den Posten gebracht. Dort wurde ich vom Bezirksarzt befragt. Das Gespräch war innert wenigen Minuten erledigt. Der Grund, weshalb das so schnell gegangen war, ist der folgende: Zirka zwei Jahre vorher versuchte ich, mich einem Gespräch bei der Psychiatrie in Wetzikon zu unterziehen. Das Gespräch dauerte nicht lange, denn mir wurde attestiert, es fehle mir nichts. Das Gleiche hatte ich dem Bezirksarzt mitgeteilt, weshalb ich von ihm nie mehr etwas gehört habe. Aufgrund dieser Verhaftung habe ich am 15.04.2005 meinen Gegnern gedankt; ja, ich habe sie in eine Falle gelockt, indem dieses Pack ihre wahre Absicht offenbart hat.

Damit wird ersichtlich, dass in krimineller Absicht jede Gelegenheit ergriffen wird, Personen, die mit dem kriminellen System nicht einverstanden sind, aus dem Weg geräumt werden. Das ist über den Tatbestand der Schizophrenie am einfachsten, denn auf diesem Weg kann man das den angeblichen Fachleuten, den Ärzten, überlassen, die so oder so über allem erhaben sind, auch wenn sie keine Ahnung haben, was das Leben beinhaltet.

> Fazit: Personen, die mit dem kriminellen System nicht einverstanden sind, werden über den psychiatrischen Dienst «entsorgt» und deren Körper mit Medikamenten zerstört, damit sie nie mehr aufbegehren!

Das Fest für den neuen Kantonsratspräsidenten Fritz Lüdi

Nachdem das Parlamentspräsidium neu bestellt wurde, wird anschliessend in der Wohngemeinde ein Fest veranstaltet. Das war auch bei Fritz Lüdi im Mai 2002 der Fall. Eine Bekannte aus Flawil, die ebenfalls am Fest teilnahm, berichtete mir später, dass unverhältnismässig viel Polizei anwesend war. Die erhöhte Polizeipräsenz wurde mit einem möglichen Anschlag meinerseits begründet. Sie war der Meinung, es wäre viel billiger gewesen, wenn man mich eingeladen hätte.

Damit wird erkennbar, dass Leute, die die systematische Behördenkriminalität aufdecken, nicht nur kriminalisiert, sondern gegen sie auch systematisch Rufmord betreiben wird.

> Fazit: Personen, die die systematische Behördenkriminalität aufdecken werden nicht nur kriminalisiert, sondern gegen sie wird auch systematisch Rufmord betrieben, damit die kriminellen Behörden weiterhin mit «sauberer» Weste dastehen.

Bericht aus Bedrohungsmanagement

Ich habe bereits die Problematik des Polizeiinformationssystems mit deren Auswertung im Rahmen des Bedrohungsmanagements erklärt. Vor Jahren hat mir eine Bekannte aus St. Gallen, die über gute Kontakte zur Polizei verfügt, mitgeteilt, dass über mich ein Bericht von über 70 Seiten bestehe.

Gleichzeitig wurde ich aufgefordert, diesen einzusehen. Obschon ich damals die beschriebene Problematik nicht kannte, lehnte ich die Einsichtnahme ab, weil ich mich nicht unnötig belasten wollte. Heute weiss ich, dass mir, wenn überhaupt, ohnehin nur ein Bruchstück der erfassten «Informationen» zugänglich gemacht worden wäre. Und überhaupt, wenn die Leserschaft das hier Beschriebene nur zur Hälfte verstanden hat, so werden Sie feststellen, dass alles an den Haaren herbeigezogen werden muss, damit in der Öffentlichkeit über diese Leute ein falsches Bild entsteht. Ich wiederhole hier nochmals: Bei diesem Polizeiinformationssystem, zusammen mit dem Bedrohungsmanagement und der Generierung von beliebig erstellbaren Berichten geht es einzig und allein darum, die Bevölkerung zu fichieren und zu terrorisieren, um sie auf diesem Weg noch mehr überwachen, einschüchtern und ihre Freiheit einschränken zu können. Es ist ein babylonisches Werkzeug!

Fazit: Das Polizeiinformationssystem, zusammen mit dem Bedrohungsmanagement und der Generierung von beliebig erstellbaren Berichten verfolgt nur die Absicht, die Bevölkerung zu fichieren und zu terrorisieren, um sie so noch mehr überwachen, einschüchtern und ihre Freiheit einschränken zu können. Es ist ein babylonisches Werkzeug!

Die Überwachung durch die Sozialbehörde

Stefan Hunger*

In der Zeit, als der Konkurs über mich in Gang gesetzt wurde, habe ich aufgedeckt, dass die parlamentarische Oberaufsicht über die Staatsverwaltung eingestellt wurde. Diese Arbeit war mir wichtiger, als einer bezahlten Arbeit nachzulaufen. Das nahm mich ein halbes Jahr in Beschlag, weshalb ich mich selbst noch ganz finanziell ruinierte. Deshalb musste ich den Gang zum Sozialamt antreten; ich wohnte damals in Mönchaltorf. Beim ersten Gespräch mit der Sozialberaterin stellte ich natürlich nicht nur finanzielle Forderungen, sondern ich begehrte selbstverständlich auch noch politische Unterstützung gegen die Behördenkriminalität. Das haben natürlich nicht alle Beteiligten gleich verstanden. Später stellte ich bei einer Akteneinsicht fest, dass der damalige Gemeinderat und Vorsteher der Sozialbehörde, Stefan Hunger, die Polizei beauftragte, mich zu überwachen. Das erstaunt eigentlich nicht, wenn man seine Geste anschaut. Ausser Spesen war nichts herausgekommen! Demzufolge haben diese Brüder den Auftrag, das System vorausschauend zu schützen. Der ehemalige Sekundarlehrer hat eine steile Karriere hingelegt. 2007 gründete er mit einem Gestenbruder die Firma *inoversum AG* und 2011 wurde er in den Kantonsrat (bis 2016) gewählt.

Fazit: Die babylonischen Brüder und Schwestern haben ihr System zu schützen und umgehend Nachrichten zu beschaffen.

Anwälte

Voraus möchte ich festhalten, dass meine Bemühungen, die Behördenwillkür bekannt zu machen, sich gerade einmal drei Personen mit juristischem Wissen bei mir gemeldet haben. Zwei davon waren noch im Jus-Studium. Sie versorgten mich teilweise mit ihrem Wissen aus der Universität. Der Dritte, ein St. Galler Anwalt und ehemals Untersuchungsrichter, bestätigte 2004 meine Kritik am Ermächtigungsverfahren bzw. am Bundesgerichtsentscheid.

Anwaltsverbände

Vorauszuschicken ist, dass die Anwälte durch den Staat kontrolliert werden. Massgebendes Organ ist die Anwaltskammer, die bei den babylonischen Gerichten angesiedelt ist. Mitglieder dieser Anwaltskammern sind Vertreter der Gerichte und der Anwälte (über deren Anwaltsverband) sowie je nach Kantonsgesetz weitere Teilnehmer. Die Hauptaufgaben dieser Anwaltskammer bestehen in der Überwachung des Anwaltsgesetzes und der Erteilung der Bewilligung für die Berufsausübung. Im Anwaltsgesetz sind verschiedenste Berufsregeln definiert, die, wenn ich sie mir so anschaue, nur zur Zier beschrieben sind, aber gar nicht gelebt werden. Ein weiteres Behördenorgan ist die Prüfungskommission, die entscheidet, wer den Titel Anwalt tragen und damit mehr Lohn verdienen darf.

Zusammengefasst heisst das, die Anwälte werden von den babylonischen Gerichten kontrolliert. Aber die Verbände sind ebenfalls babylonisch, so auch die Anwaltsverbände. Mit andern Worten die Anwälte werden von Babylon kontrolliert. Nur so kann das Willkürregime aufrecht erhalten werden, zusammen mit der Verblödung durch das universitäre Studium.

> Fazit: Die Anwälte werden durch Babylon kontrolliert. Nur so kann das Willkürregime aufrecht erhalten werden, zusammen mit der Verblödung durch das universitäre Studium.

Am 30.08. und 09.10.2002 habe ich den Schweizerischen Anwaltsverband angeschrieben, nachdem ich meine Eingabe an die Bundesversammlung verschickt hatte. Die Antwort vom 17.10.2002 war lediglich, dass das Anwaltsrecht kantonal geregelt sei.

Den St. Gallischen Anwaltsverband habe ich am 29.06.2003 angeschrieben[524] und ihm das Problem der Behördenwillkür erklärt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass Anwälte verfilzt und verbandelt, ja sogar straffällig seien. Letzteres war der Grund, weshalb der Vorstand des Anwaltsverbandes nicht auf meine «Triade» eingehen wollte.[525] Normalerweise sind die Anwälte in ihrer Argumentation nicht verlegen, aber ich habe mehr den Eindruck, dass sie vor meiner Aufdeckung des Rechts zurück schreckten, da ihnen damit ihr Pfründensystem wegfallen würde. Mir kann niemand angeben, dass der St. Gallische Anwaltsverband, aber nicht nur dieser, von der systematischen Behördenkriminalität nichts weiss. Die Anwaltsverbände haben kein Interesse, die Behördenwillkür zu beenden, denn die Anwälte sind deren grösster Nutzniesser. Aus dieser Perspektive müssen die Antworten gesehen werden. Zudem sind alle Verbände babylonisch.

Bevorteilung der Anwälte durch das Bundesgericht

Nach bundesgerichtlicher Entscheidung kann ein Anwalt nur haftbar gemacht werden, wenn seine Rechnungen nicht vollständig bezahlt wurden. In allen anderen Branchen ist das nicht so. Sonst ist es möglich, jemanden einzuklagen, nachdem der Fehler entdeckt wurde, unabhängig davon, ob die Rechnung vollständig bezahlt wurde oder nicht. Im Klartext heisst das, die Anwälte werden gegenüber den anderen Branchen höchst gerichtlich bevorteilt. Die dahinter steckende Logik kann nur sein, dass die Anwälte mit dieser Bevorteilung ihr Stillschweigen zur Behördenkriminalität gegeben haben, von der sie die grössten Nutzniesser sind.

3.1.8 Strafverfahren

Pfändungsbetrug

Thomas Näf

Am 30.04.2001 erstattete ich gegen eine Privatperson Strafanzeige wegen Pfändungsbetrug an das Untersuchungsrichteramt Gossau. Der Flawiler Thomas Näf erhielt diesen Fall zur Bearbeitung. Wochen später rief er mich einmal an und bestätigte mir den Sachverhalt. Mit Schreiben vom 09.09.2002 teilte mir Näf mit, dass er gedenke, das Verfahren aufzuheben. Das bewog mich, Einsicht in die Akten zu nehmen.

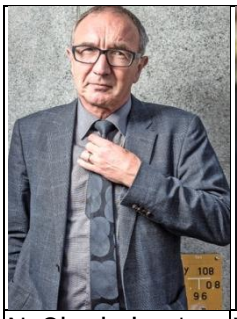
Bei der Akteneinsicht stellte ich fest, dass kein Aktenverzeichnis vorhanden war, das es erlaubt hätte, die Arbeit zu verifizieren. Aber das war gar nicht nötig, denn das Verfahren wurde gar nie richtig in die Hand genommen. In meiner Stellungnahme vom 21.09.2002 hielt ich am Schluss fest, dass es für einen Parteipräsidenten (er war damals Präsident der CVP Flawil) kein Honigschlecken sei, einen korrupten Gemeindepräsidenten (Muchenberger) in den eigenen Reihen zu haben. Darauf gab er das Dossier wegen Befangenheit ab.

---

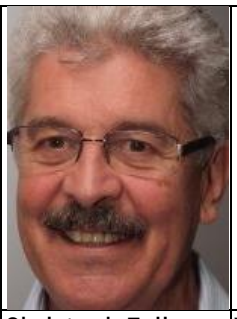
524 Schreiben vom 29.06.2003 an den St. Gallischen Anwaltsverband
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/SGAV_Anfrage_29.06.2003.pdf

525 Antwort des St. Gallischen Anwaltsverbandes vom 08.07.2003
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/SGAV_Antwort_08.07.2003.pdf

Sein Nachfolger Peter Hangartner stellte das Verfahren am 08.01.2003 unter fadenscheinigen Behauptungen ein. Dagegen erhob ich bei der berühmt-berüchtigten Anklagekammer des Kantons St. Gallen Rekurs. Das Resultat kennen Sie bereits: Mit Entscheid vom 30.04.2003 der Herren Niklaus Oberholzer, Walter Locher und Christoph Egli erfolgte die vollständige Abweisung. Am 30.01.2006 stellte ich ein Wiedererwägungsbegehren, welches mit Entscheid der Anklagekammer vom 22.03.2006 wieder niedergeschlagen wurde. Am erneuten Amtsmissbrauch waren Oberholzer, Egli und Veronica Hälg-Büchi beteiligt.


N. Oberholzer*

Walter Locher*


Christoph Egli

V. Hälg-Büchi*

Heinrich Gründler war bis 2012 der leitende Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Gossau. Er ist Mitglied des Kiwanis-Club. Sein Nachfolger ist der Deutsche Peter Straub.

Peter Straub*

Ich unterstelle Thomas Näf, seit 2009 Kreisrichter in Flawil, keineswegs, dass er die Einstellung des Verfahrens von sich aus entschieden hat, ansonsten er mir nach Eingang der Anzeige nicht mitgeteilt und den Sachverhalt bestätigt hätte. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass ihm die Einstellung vom Amtsleiter Gründler befohlen worden war. Inwieweit dieser wiederum Befehl von oben erhalten hatte, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber der Kadavergehorsam dieser Strafverfolger Näf und Hangartner, die stellvertretend für die ganze Branche sind, ist so gross, dass sie kein Rückgrat besitzen, indem sie solche Befehle verweigern und die Konsequenzen ziehen. Viel lieber begehen sie selber Verbrechen, anstatt dass sie sie aufklären. In der Öffentlichkeit stehen diese Strafverfolger grossspurig hin und zeigen, was sie für Siebesiechen sind, obschon sie klägliche Jammerlappen sind. Dieses Verhalten hat jedoch Konsequenzen, denn Babylon ist nicht entgangen, dass sie mit so einer willkürlichen Verfahrenseinstellung Amtsmissbrauch begangen haben. Damit sind diese Jammerlappen ein ideales Werkzeug für Babylon, denn so sind sie erpressbar, womit sie ihnen sprichwörtlich aus der Hand fressen.

Fazit: Den einzelnen Staatsanwälten wird von «oben» befohlen, was sie zu tun haben und wie sie ein Verfahren zu lösen haben, denn nur so ist es möglich, dass jemandem auf der ganzen Länge immer wieder das Recht verweigert wird. Deshalb kontrolliert Babylon zentral alle Verfahren und erteilt die entsprechenden Weisungen. Das ist die Folge der parlamentarischen Oberaufsicht, bzw. des Amtsgeheimnisses.

Die Drohung

Nachdem ich die Behördenwillkür in Bund, Kanton und Gemeinde ein Stück weit aufgedeckt hatte, habe ich begonnen, diese Behördenkriminalität bekannt zu machen, indem ich Aufsätze auf meiner Homepage veröffentlichte und diese vor allem im Kanton St. Gallen per E-Mail zu verschickte. Immer wieder habe ich Mails verschickt.

Andreas Kühn

Am 26.04.2004 schreibt mir Andreas Kühn[526] von der know.ch AG einen eingeschriebenen Brief und schulmeistert mich, ich hätte ihm gemäss Art. 3 Datenschutzgesetz bekannt zu geben, wie ich seine Daten bearbeite und überhaupt, er hätte noch nie die Einwilligung zu seinen Daten gegeben. Soviel Dummheit kann natürlich nur einem Studierten der Universität (HSG) einfallen, lernen sie

[526] Andreas Kühn, lic. Oec. HSG, Boppartstrasse 11, 9014 St. Gallen, 071 279 32 22/20, info@know.ch

im Studium doch nur unnützes Zeugs, das die Verblödung fördert. Meine Arbeit fällt gar nicht unter das Datenschutzgesetz. Das hätte Kühn ebenfalls merken müssen, aber eben, er ist «studiert». Er schickte diesen Brief sogar zwecks Karriere an den babylonischen Datenschutzbeauftragten.

Das Schreiben zeigt ausdrücklich, dass er keine Ahnung hat, wovon er faselt. Ich habe ihm neun Mails geschickt, bis er reagierte. Wenn er es nicht gewollt hätte, wie sehr viele andere, die kein Interesse an der Behördenwillkür haben, von der sie betroffen sind und sie noch teuer bezahlen werden, hätte er das Mail mit einem kurzen Kommentar retournieren können. Aber dieser babylonische Musterschüler hatte meine Mails nicht gelesen, weshalb ich ihm in meinem Schreiben vom 25.05.2004 versuchte zu erklären, warum ich diese Mails verschickte und ihn auch mit den Problematiken des Ermächtigungsverfahrens und der GPK-Berichte konfrontierte. Kühn ist u.a. Lieferant bei der babylonischen St. Galler Kantonspolizei und damit ist er ein Profiteur des Erächtigungsverfahren. Daher muss er selbstverständlich ein Interesse haben, dass dieses nicht aufgehoben wird. Schlussendlich forderte ich ihn auf, bis am 25.06.2004 Stellung zu beziehen, sodass ich mir nachher überlegen könne, in welcher Art und Weise ich ihm zu gegebener Zeit das *Fett ablassen*[527] könne, wobei ich ausdrücklich präzisierte, dass es keine verbotenen Mittel seien.

Die Antwort war eine Einladung der Staatsanwaltschaft, denn er war zu feige, mir direkt eine Antwort zu geben. Zwei Tage später, am 27.05.2004, stand er bereits auf dem Polizeiposten Wetzikon und erstattete Strafanzeige. Dabei machte er massive Drohungen geltend. *Unter anderem werde von «Fett ablassen» gesprochen; darunter könne das Erstechen eines Menschen verstanden werden. Insgesamt sei aufgrund der Vorwürfe und der Drohungen eine unterschwellige Unberechenbarkeit spürbar. Er könne sich vorstellen, dass ich bei ihm auftauchen könnte. Scheinbar habe ich genügend Zeit, mich mit solchen Angelegenheiten herumzuschlagen. Kühn habe Angst.* In diesem Brief habe ich eigentlich nur vorweg genommen, was kommen und jetzt manifest wird, obschon ich den hürden- und dornenvollen Weg damals noch nicht kannte.

Diese Schilderung zeigt, dass der «Studierte» gar nicht in der Lage ist, einen Text in seiner Tiefe zu erfassen und zu analysieren, genau das, was er behauptet, in seiner Firma zu tun. Wenn man unser babylonisches Gesellschaftssystem verstanden hat, so kann man nur sagen, dass er eben seinen Beruf auch nicht versteht. Aber da ist er in bester Gesellschaft, die babylonischen Ziele zu verwirklichen. Dafür brauchen wir die zahlreichen Studenten.

Die Polizei in Wetzikon empfahl Kühn, er solle doch zu mir gehen und die Angelegenheit direkt erledigen. Der wirbellose Kühn wollte das wider besseres Wissen nicht, denn die Staatsanwaltschaft musste sich nun damit beschäftigen. Staatsanwalt Thomas Brändli stellte das Verfahren ein und überwälzte mir in «Anlehnung» bei Zivilverfahren die Kosten, da ich angeblich durch leichtfertiges Verhalten dem Geschädigten Kühn zumindest Anlass zur Anzeige bezüglich des Tatbestandes der Drohung gegeben habe. Der zweitoberste Staatsanwalt des Kantons Zürich, Pius Schmid, der ehemalige stellvertretende Polizeikommandant des Kantons St. Gallen, unterstützte dieses Vorgehen.

Die Staatsanwaltschaft ist im Kanton Zürich nicht besser als im Kanton St. Gallen und anderswo, zumal wenn man das Ermächtigungsverfahren kennt. Aber wenn die obersten beiden Zürcher Staatsanwälte gegen die eigenen Unterstellten Strafverfahren einleiten, weil sie nicht mehr zu ihrem Wort stehen, so zeigt das, was sie taugen.[528] Der «exakte» Staatsanwalt und Zunftmeister Schmid war selbst im zweiten Anlauf nicht einmal in der Lage, sein Alibi zu belegen. Das allein spricht Bände und zeigt, wie die obersten babylonischen Strafverfolger arbeiten.[529]

Fazit: Es deutet alles darauf hin, dass es auch hier wieder um ein abgekartetes babylonisches «Spiel» handelte.

---

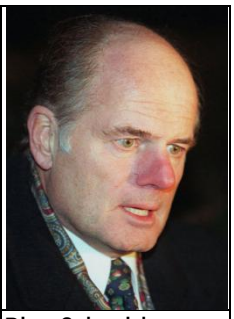
527 Duden, Band 11, 2. Auflage: Umgangssprachlich: Verdientermassen für etwas getadelt, bestraft werden. Siehe auch https://www.redensarten-index.de/liste/2002/316-2.php

528 NZZ vom 23.01.2002: *Massive Vorwürfe gegen Staatsanwälte*. https://www.nzz.ch/article7X36S-1.360426

529 Eingabe 4 und 4.2 an die Bundesversammlung
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4.pdf
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/bund_bvers_eingabe_4_2.pdf

Diesen Entscheid beschwerte ich beim Bezirksgericht Hinwil. Der damalige Vizepräsident Thomas Frey behauptete sogar, die Bezirksanwaltschaft habe (grosszügigerweise) zugestanden, ich hätte nicht mit Vorsatz gehandelt, den Anzeigeerstatter in Angst und Schrecken zu versetzen, so heisse das nicht, sein Verhalten sei in zivilrechtlichem Sinne nicht vorwerfbar. Und so schlug er die Beschwerde kostenpflichtig ab. Wir werden diesen Herrn noch kennenlernen.

Thomas Brändli


Pius Schmid

Hoffentlich wird Kühn mit dieser Publikation weit herum bekannt für seine «genauen Analysen» und seine babylonische Tätigkeit. Hoffentlich wird es ihm eine Lehre sein.

Nicht genehme Äusserungen

Ursache

Nachdem ich einen ersten Überblick über die Geschichte hatte, habe ich begonnen, Hintergrundberichte zu einzelnen eidgenössischen Abstimmungen zu schreiben. Das tat ich auch auf die Abstimmung zur Minarett-Initiative vom 29.11.2009.[530] Darin habe ich verschiedene Hintergründe, u.a. über Blocher, beleuchtet. Hier gebe ich den Teil über die Swissair umfassender wieder.

Die Schweiz hatte die Abstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 06.12.1992 mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen und 16 von 23 Ständen abgelehnt. Das passte den obersten Babyloniern ganz und gar nicht. Mir wurde kommuniziert, dass das Swissair-Grounding eine Folge dieses Abstimmungsresultats gewesen sei. Deshalb muss man sich auch fragen, wie es überhaupt möglich gewesen war, dass diese Firma mit einer Cash-Portokasse im zweistelligen Milliardenbetrag, über Nacht (Oktober 2001) zusammen brach. Vorauszuschicken ist, dass die Swissair, wie übrigens alle Grossbetriebe, schon bei der Gründung in der Hand von Babylon war.

Logo Heberlein

Beispielsweise war Rudolf V. Heberlein im Jahre 1956 Verwaltungsrat der Swissair. Heberlein war aber auch noch Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Heberlein & Co AG, Wattwil. Diese Firma führte zirka um das Jahr 1910 die Eule als Firmen-Logo ein. Auf dem Dorfplatz in Wattwil steht ein Brunnen mit einem Färber und seitlich davon auf dem Brunnenrand sitzt eine Eule. Die Eule ist ein Symbol der Illuminaten. Als Nachfolger wurde Ernst Schmidheiny als Verwaltungsrat der Swissair gewählt. Nach dem MI6-Geheimdienstler Coleman ist heute Stephan Schmidheiny Mitglied des Komitees der 300. Stephans Bruder, Thomas Schmidheiny, sass beim Grounding zufällig im Verwaltungsrat. Schmidheiny war nicht der einzige Babylonier im Swissair-Verwaltungsrat.

St. Schmidheiny*

Th. Schmidheiny*

Folge

Mein Bericht überzeugte mich nicht besonders und trotzdem hatte er Folgen. Ein Bekannter hat mir mitgeteilt, nachdem er ihn gelesen hatte, ich müsse aufpassen, wenn ich Ross und Reiter nenne.

Im Frühjahr 2010 teilte mir eine Bekannte mit, dass ich überwacht werde. Meine Reaktion war, das ist mir egal, es wäre sowieso nicht das erste Mal. Damit verbunden war aber auch der Hinweis, es sei die Rede gewesen von in die Mangel nehmen. Diese Informationen stammten aus dem Blocherschen babylonischen Netzwerk. Ein halbes Jahr später erfolge die Warnung ein zweites Mal, über die ich

530 Minarett-Initiative vom 13.10.2009
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/minarett_initiative.pdf

mich hinweg setzte. Dann im Dezember 2011 erhielt ich vom Staatsanwalt Stephan Walder eine Vorladung, der Grund: Verstoss gegen das Antirassismusgesetz.

Stephan Walder* | S. Simkhovitch* | J. Kreutner*

Aus den Akten ging hervor, dass der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), vertreten durch Sabine Simkhovitch-Dreyfuss als Vizepräsidentin und Jonathan Kreutner als Generalsekretär am 17.10.2011 die Strafanzeige einreichte. Beklagt wurde, dass ich antirassistische Texte auf meiner Homepage veröffentliche. Konkret wurden die Bücher

§ Der Jahrhundert-Betrug (Originaltitel "The Hoax of the Twentieth Century"), von Prof. Dr. Arthur Butz, übersetzt von Elsbeth Schade und Udo Walendy, Historical Review Press, 1977 (Original 1976), 414 Seiten[531]
§ Die echten Protokolle der Weisen von Zion, Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern. / Dr. jur. Stephan Vasz: Das Berner Fehlurteil über die Protokolle der Weisen von Zion. / Prof. E. Freiherr von Engelhardt: Weltmachtpläne. Zur Entstehung der sogenannten zionistischen Protokolle. Neue Zusammenhänge zwischen Judentum und Freimaurerei. von Ulrich Fleischhauer,[532]

die teilweise gegen Artikel 261bis StGB verstossen könnten, wurde festgehalten. Im Buch von Fleischhauer sind auch die babylonischen Protokolle enthalten.

Später wurden von der Staatsanwaltschaft noch zwei Bücher bemängelt:

§ Der Erste Holocaust. Jüdische Spendenkampagnen mit Holocaust-Behauptungen im Ersten Weltkrieg und danach, von D. Heddesheimer, Castle Hill Publishers, 2004, 174 S., ISBN 1902619080.[533]
§ Im Namen Gottes - Israels Geheimvatikan als Vollstrecker biblischer Prophetie: Band 1, von Wolfgang Eggert, Chronos Medien (2004), 391 Seiten, ISBN 3935845014.[534]

Damals war ich in der Geschichte noch nicht so bewandert, denn ich hatte erst im Jahre 2012 begonnen, mich mit dem Altertum zu beschäftigen. Deshalb konnte ich in dem Verfahren auch nicht aufgrund der Geschichte ausholen, doch das wäre auch nicht möglich gewesen, denn unsere verblödeten Juristen wären dazu auch gar nicht fähig gewesen und zudem ist das Verfahren so reglementiert, dass weder links noch rechts geschaut werden darf. Und schlussendlich gibt es zu diesem Thema eine bunte babylonische Literatur, was geschichtlich und juristisch richtig oder falsch ist, egal ob es den Tatsachen entspricht. Wichtig ist, dass es Babylon dient!

Nach der Befragung gratulierte mir der Staatsanwalt für meine sehr aufschlussreiche Homepage, die sich im Internet vom Rest abhebe. Trotzdem verknurrte er mich zu einer bedingten Strafe von 60 Tagessätzen zu 100 Franken. Aber genau diesen Stephan Walder haben wir unter dem Kapitel *Internet* als Co-Leiter des *Kompetenzzentrum Cybercrime* kennengelernt, wie er babylonische Gesten macht. Die Anerkennung meiner Homepage ist nichts anderes als eine indirekte Bestätigung meiner Aufdeckungen. Aber das durfte Walder nicht sagen, sondern musste seine babylonischen Befehle ausführen. Das sind unsere grossen Stars in der Strafverfolgung, die selbst Verbrechen begehen, anstatt dass sie sie verfolgen. Es ist immer das Gleiche: Wasser predigen und selbst Wein trinken! Welch Doppelmoral diese ach so korrekten Brüder doch haben. Wichtig ist ihnen nur, dass sie sich durch ihre Speichelleckerei hochdienen können, damit sie «Rang und Ehre» erhalten.

---

531 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/butz_der_jahrhundertbetrug.pdf
532 Die Protokolle von Babylon sind ein Teil davon.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Protokolle_von_Babylon.pdf
533 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/heddesheimer_der_erste_holocaust.pdf
534 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eggert_Wolfgang_Israels_Geheimvatikan_I_2002.pdf
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eggert_Wolfgang_Israels_Geheimvatikan_II_2002.pdf
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Eggert_Wolfgang_Israels_Geheimvatikan_III_2002.pdf

Dagegen diesen Entscheid erhob ich Beschwerde und verfasste eine geschichtliche Übersicht. Darin thematisierte ich unter dem Kapitel «Die politische Umsetzung» die rechtlichen Veränderungen in der Oberaufsicht (Bund, Kantone und Gemeinden) sowie im Strafrecht.

Mein Anwalt, den ich nur für die Vorladung bei der Staatsanwaltschaft und die verschiedenen Verhandlungen eingesetzt habe, hat mich gewarnt, dass es bei diesem Geschäft üblich sei, die Angeklagten medial «bekannt» zu machen. Weiter hat er mir vorgeschlagen, ich solle mich gegenüber dem SIG reuig zeigen und selbst einen Brief schreiben, sowie mich bereit halten, Geld für eine «gute Sache» zu spendieren. Das lehnte ich kategorisch ab, denn ich bin kein Speichellecker. So beauftragte ich ihn, dies in meinem Auftrag zu verhandeln. Herausgekommen ist nichts.

Thomas Frey

An der Verhandlung erklärte der Einzelrichter und Vizepräsident des Bezirksgerichtes Hinwil, Thomas Frey, einleitend, dass sich ein Journalist angemeldet habe, der aber bei Beginn noch nicht eingetroffen war. Gleichzeitig bemerkte er, dass heutzutage die Journalisten überall sein sollten. Damit hat sich bewahrheitet, wovor ich gewarnt wurde, womit Frey den babylonischen Rufmord institutionell umsetzte. Anschliessend erklärte Frey offen, dass er meine Stellungnahme nicht gelesen habe; er habe keine Zeit gehabt. Wen man das Recht nicht versteht, muss man diese Unfähigkeit selbstverständlich mit Arroganz überdecken, was in der ganzen Justiz Praxis ist. Als er dann erfahren hatte, dass ich in einen betrügerischen Konkurs geraten war, hat er nur so beiläufig erwähnt, dass es ihm Leid tue, aber nicht begriffen, dass die Justiz mit Schuld war, zu der er selbst gehört.

Frey behauptete noch im Entscheid in Sachen Drohung, dass die gegen mich begangene Behördenwillkür zuerst noch bewiesen und geprüft werden müsste. Im Verfahren dreht er den Spiess um und akzeptiert sämtliche vorsätzlich falsch verfassten Grundlagen in Recht und Geschichte der Babylonier ungeprüft. Daraus ergibt sich, dass die Richter nicht nur nichts verstehen, sondern zudem alles akzeptieren, was von den Behörden vorgelegt, und alles in Frage gestellt, was von den Bürgern vorgebracht wird. Das ist die parteiische Logik der Justiz. Die Justiz, und damit die Richterschaft, huldigt nur Babylon zulasten der Einwohner. Und weil die Richter Babylon huldigen, erreicht sie der Zorn der Einwohner, weshalb sie sich bedroht fühlen. Aber diese Richter sind so ignorant und verblendet, dass sie sich damit ihr eigenes Grab schaufeln.

> Fazit: Die Justiz übernimmt von den Behörden alles ungeprüft als richtig an. Sie prüft nur, das, was die Einwohner vorlegen und zwar im Sinne von Babylon, weil die Juristen nicht wissen, welche Rolle sie im ganzen Mechanismus der Gesellschaft spielen. Und weil die Richter Babylon huldigen, erreicht sie der Zorn der Einwohner, weshalb sie sich bedroht fühlen.

Zuerst wurde darüber diskutiert, weshalb ich solche Texte verbreite und was der Grund sei, dass ich einmal mit einer Person in Kontakt stand, die als Antirassist verurteilt wurde. Alles in allem kam es mir vor, als würden sie versuchen, den Kaffeesatz zu analysieren. Dabei wurden sogar Hypothesen aufgestellt in der Art, wie, weshalb einer schreit, wenn man ihm ein glühendes Eisen in den Anus steckt! Es war wie im Kindergarten. Diese Richter haben keine Ahnung, was sie machen; sie sind eben an der Universität «ein- und ausgebildete» Juristen!

Patrick Studer

Von Seiten des SIG war der «Historiker» Patrick Studer vertreten. Historiker werden ebenfalls an der babylonischen Universität ausgebildet, weshalb sie die Geschichte nicht kennen (dürfen). Auch sie werden «ein- und ausgebildet». In der Diskussion bestätigte Studer die eingangs genannten Zeiten der Überwachung, die sich auf die Homepage bezog. Das heisst nichts anderes, als dass es Absprachen zwischen dem Blocher‘schen Netzwerk und dem SIG gegeben haben muss. Letzteres konnte ich nicht einbringen, weil es so oder so niemand verstanden hätte.

An der Verhandlung musste ich feststellen, dass Frey auch in der Geschichte von Tuten und Blasen keine Ahnung hatte. Deshalb verstand er auch meine Antworten nicht. Am Schluss verknurrte er mich völlig willkürlich, bedingt zu 30 Tagessätzen zu 300 Franken. Er empfahl mir, das Verfahren nicht weiter zu ziehen. Ich bestellte immerhin das Dispositiv, um ihm

noch etwas Arbeit zu geben, damit er seinen Erguss fest hielt, verzichtete aber auf einen Weiterzug, weil ich inzwischen die Gerichte zu gut kannte. Soweit zur Übersicht.

Andrea Strähl

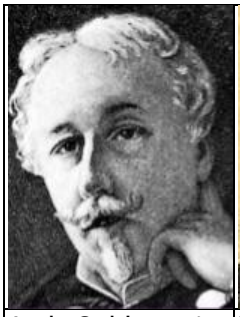
Auch diese Kosten bezahlte ich nicht, weshalb das Obergericht die Betreibung einleitete, gegen die ich Beschwerde einlegte. Im März 2014 entschied die Bezirksrichterin Andrea Strähl. Auf diesen Termin gab ich mein Manifest ab, das ich zum ersten Mal auf meiner Homepage veröffentlichte. Es ist mit geringfügigen Korrekturen immer noch der gleiche Text (bis und mit dem Kapitel Strategie) wie heute auf meiner Homepage. Darin regt sie sich auf und schreibt, *«Er bezeichnet das Rechtssystem als kriminelles Netzwerk, die Behördenmitglieder als willkürlich und höchst kriminell … im vorliegenden Rechtsöffnungsverfahren kann auf seine Kritik am Rechtssystem und damit an den daraus hervor gegangenen Erkenntnissen nicht eingegangen werden.»*.

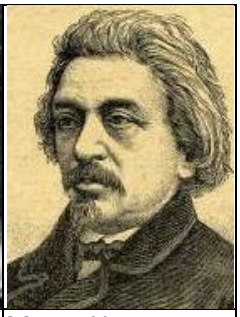
Diese Richterin hat den Inhalt des Manifestes nicht verstanden. Es ist egal, ob sie es nun verstanden hat oder nicht, denn bei richtiger Gesinnung hätte sie die Aufgabe, die Aufdeckung zu thematisieren. Ob wissend oder unwissend, ob vorsätzlich oder nur aus Verblödung, in jedem Fall unterstützt sie mit ihrem Verhalten das kriminelle babylonische Netzwerk, also eine kriminelle Organisation. Mehr kann man von unseren Richtern nicht erwarten, denn sie sind dazu angehalten, genau das zu tun.

In jedem Fall wurde ich mit diesem Entscheid vom Staat vollendet genötigt.

Hintergründe

In zeitlicher Hinsicht ist verdächtig, dass sich zuerst das Blochersche-babylonische Netzwerk äussert, mich in die Mangel zu nehmen und schlussendlich kommt die Strafanzeige aus einer angeblich ganz anderen Ecke. Bevor wir die verschiedenen Personen genauer anschauen, müssen wir einen kurzen Blick auf die Entstehung des Rassismus werfen.[535]


A. de Gobineau*


Moses Hess

Die ersten Grundlagen des Rassismus[1] entstanden ab dem 16./17. Jahrhundert. Der französische Schriftsteller Arthur de Gobineau (1816-1882) publizierte 1852 bis 1854 einen vierbändigen *Essai sur l'inégalité des raçes humaines* (*Versuch über die Ungleichheit der menschlichen Rassen*), in dem er das Konzept der *Rassenmischung* einführte und den in der Sprachwissenschaft gebräuchlichen Begriff des *Ariers* in den Bereich der Rassentheorien übernahm. Macht Gobineau eine babylonische Geste?

Was Gobineau in den Anfängen als «rein arische Rasse» skizzierte, dessen Idee nachher üppig zu spriessen begann, entwickelte der jüdische Philosoph und Freimaurer Moses Hess (1812-1875) 1858 auf der Gegenseite zur «reinen jüdischen Rasse».[536] Er war nicht nur der erste deutsche Kommunist, also ein Babylonier, sondern auch der Vorläufer eines sozialistischen Zionismus. Hess erklärte den Rassenkampf, und nicht als Klassenkampf, als Faktor, der das Gesicht Europas forme. 1862 formulierte er den Nationalismus begrifflich als verbindliche Staatsideologie für den zionistisch projektierten rassereinen Judenstaat, Eretz Yizrael.[537] Damit zeigt sich, dass die später verfeindeten Seiten der Nazis und der Juden von den Babyloniern errichtet worden sind. Wenn man die Strategie der Religionen versteht, so war es unerlässlich, den Rassismus unter die Strafnorm zu stellen, damit der Zusammenprall der Religionen möglichst heftig durchgeführt werden

535 Siehe dazu das Kapitel Rassismus im Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem».

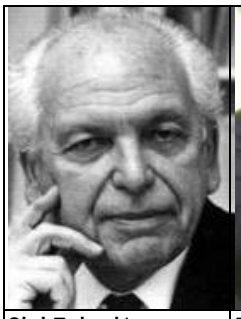
536 Shahak Israel, *Jüdische Geschichte, Jüdische Religion. Der Einfluss von 3000 Jahren*, Luehe 1999, 232 Seiten, ISBN 3926328258.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/shahak_juedische_geschichte.pdf

537 Hess Moses, *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage* (The Revival of Israel – Rome and Jerusalem, the last nationality question), Vdm Verlag, 2007, Erstausgabe 1862, 256 Seiten, ISBN 3836415283.
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/hess_moses_rom_und_jerusalem.pdf

kann, um die Bevölkerung massiv zu reduzieren. Der Rassismus ist deshalb ein Produkt der Babylonier.

In rechtlicher Hinsicht wurde der Rassismus erstmals mit dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (SR 0.104) von den babylonischen Vereinten Nationen (UNO) am 21.12.1965 beschlossen. In der Folge hat der babylonische Bundesrat am 02.03.1992 die Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Übereinkommen von 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und über die entsprechende Strafrechtsrevision zwecks Beitritt zum Übereinkommen an das babylonische Parlament erlassen (BBl 1992 III 269)[538]. In der Folge fand die eidgenössische Volksabstimmung am 25.09.1994 statt, weshalb der Bundesrat dem Übereinkommen am 29.11.1994 beitrat und das Recht am 29.12.1994 bzw. am 01.01.1995 in Kraft setzte.

In der Schweiz existiert seit 1990 die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA). Die Stiftung setze sich für die Menschenrechte und die Erhaltung der Demokratie Schweizer Prägung ein. Sie arbeite interkonfessionell und überparteilich, setze sich für eine bessere Verständigung sowie für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben der Mehrheit mit den Minderheiten und umgekehrt ein. Dann soll die GRA zuerst einmal den Nachweis erbringen, dass sie sich für die Wiedereinführung der Demokratie einsetze; das kann sie nicht, weil sie dazu nichts unternimmt. Die Thematisierung der Minderheiten ist ein Projekt der Frankfurter Schule und somit babylonisch.


Sigi Feigel*

Ronnie Bernheim*

Gründer der GRA war Sigi Feigel (1921-2004). Er war zugleich auch der Gründer der B'nai B'rith-Judenloge Augustin Keller in Zürich. Feigel war daher ein Babylonier, deshalb macht er eine babylonische Geste.[539] Er engagierte sich in der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, später im Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG). Er kämpfte für die Verabschiedung der Rassismus-Strafnorm (ugs. Antirassismusgesetz) und war ein aktiver Teilnehmer an der Debatte zu den sog. nachrichtenlosen Vermögen der jüdischen Holocaust-Opfer bei schweizerischen Finanzinstituten. Damit ist GRA eine babylonische Stiftung. Seit 2004 ist Ronnie Bernheim Präsident der Stiftung GRA. Gehört er ebenfalls der B'nai B'rith-Judenloge an?

Der Historiker Wolfgang Eggert beschreibt in seinen Büchern *«Israels Geheimvatikan»*[534], dass die B'nai B'rith Logen die «Freimaurerei» über die Hochgraden kontrolliere.

Christoph Blocher*

In der Schweiz war die Volksabstimmung über die Anti-Rassismus-Strafnorm auf den 25. September 1994 angesetzt. Wie erklärt, gründet diese Strafnorm auf der UNO-Konvention. Dagegen formierte sich eine starke Opposition; die Prognosen für ein Ja waren schlecht. Blocher führte diese Opposition an. Blocher ist ein Bilderberger und im Internet wird er als Freimaurer im 33. Grad bezeichnet. Daher musste der Bilderberger-«Volkstribun» Christoph Blocher, vor der Abstimmung bei seinem «Meister» Sigi Feigel antreten. Nach dieser Unterredung behauptete der Babylonier Blocher, dass alles nicht so schlimm sei, weshalb er die Stimmfreigabe bekannt gab. Hätte Blocher nach diesem Treffen mit Feigel die Anti-Rassismus-Vorlage weiter bekämpft, so wäre die Vorlage abgelehnt worden. Das war die typisch babylonische Strategie, die Strategie des Strategiewechsels. Das war nichts anderes als ein babylonischer Politbetrug, den die Massen einmal mehr nicht als solchen erkannt haben.

Aber ausgerechnet die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) würdigte 2003 Bundesrat Kaspar Villiger, einen Babylonier, der in den 1970er Jahren in Deutschland Juden enteignet hat. Da

538 BBl 1992 III 269: https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10052223

539 GRA-Medienmitteilung vom 27.08.2007: *Einweihung der Sigi-Feigel-Terrasse in Zürich*. http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/gra_medienmitteilung_sigi_feigel_terrase.pdf

stinkt es zum Himmel, dass sich Babylon gegenseitig öffentlich bauchpinselt, aber hinter dem Rücken eine andere Politik betreibt.

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG)

Herbert Winter*	S. Simkhovitch*	J. Kreutner*

Wenn nun der erste Hinweis aus dem Blocherschen Netzwerk gekommen ist und an der Gerichtsverhandlung die Zeitumstände von Seiten des SIG bestätigt wurden und schlussendlich die SIG Strafanzeige erstattete, so heisst das, dass die SIG ebenfalls das babylonische Süppchen kocht. Von links nach rechts sehen wir den SIG-Präsidenten Herbert Winter, die Vizepräsidentin Sabine Simkhovitch-Dreyfuss und den Generalsekretär Jonathan Kreutner. Machen sie babylonische Gesten? Sind sie Babylonier?

> Frage: Begehen die Verantwortlichen der SIG falsche Anschuldigungen und Irreführung der Rechtspflege? Oder unterstützen sie gar eine kriminelle Organisation?

Der 1904 gegründete SIG ist Mitglied im *Jüdischen Weltkongress* (World Jewish Congress, WJC), welcher im Jahre 1936 gegründet wurde. Vorbild für den WJC war der bereits 1918 gegründete *American Jewish Congress*, der gezielt ein breit legitimiertes und in der politischen Meinungsbildung aktives Gegengewicht zu den bestehenden grossbürgerlichen jüdischen Organisationen darstellen sollte.

Eine weitere Vorläuferorganisation war das 1919 vor dem Hintergrund der Pariser Friedenskonferenz entstandene *Comité des Délégations Juives*. Erster Präsident der Organisation wurde Stephen Wise (1874-1949). Dieses *Comité* ging 1936 im WJC auf.

Stephen Wise gilt als «Vater des Zionismus in Amerika». Er sass im Beraterstab des US-Präsidenten Wilson, erarbeitete zusammen mit den Richtern Louis Brandeis (1856-1941) sowie Felix Frankfurter (1882-1965) den Text der prozionistischen Balfour-Deklaration Englands und war 1918/19 Mitglied der zionistischen Delegation in Versailles.[540] Jacob de Haas, ein Mitarbeiter Theodor Herzls, sagte, dass das Komitee der 300 die Kontrolle über die Weltereignisse hätten, die so weit geht, dass sie den amerikanischen Präsidenten auswählen, wie z. B. Woodrow Wilson, und die Delegierten, die ihn zur Pariser Konferenz des Völkerbundes begleiteten[541], aber auch zur Pariser Friedenskonferenz von 1919. Nun ist aber bewiesen, dass Jakob Schiff (1847-1920), ein jüdisch-babylonischer Banker der Hochfinanz und ausgerechnet Präsident des *American Jewish Committee*, den Ersten Weltkrieg und die Bolschewistische Revolution in Russland geschürt und mitfinanziert hat. Deshalb konnte der ersehnte Zweite Weltkrieg ausbrechen, in dem die jüdischen Babylonier die Juden als Manipuliermasse missbrauchten, um den Rassismus entgegen jeglichen geschichtlichen Grundlagen heute als Mahnmal zu etablieren. Das ist die Grundlage für den künftigen Bürgerkrieg zwischen Moslems und Christen, aber auch dem Rest der Juden, damit die Religionen zerstört werden können und so die Herrschaft von Babylon über die Menschheit für immer gesichert werden kann. Damit schliesst sich der Kreis wieder. Mit andern Worten, die jüdischen Organisationen wie WJC und SIG sind nicht nur babylonisch, sondern betreiben aktiv die Politik von Babylon!

---

540 http://de.metapedia.org/wiki/Wise,_Stephen

541 Coleman, Komitee, 2006, Seite 46

Kommission gegen Rassismus (EKR)

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) ist eine 1995 ins Leben gerufene ausserparlamentarische Kommission, die dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) untersteht. Die Kommission entstand im Zuge der Ratifizierung der UN-Rassendiskriminierungskonvention, d.h. mit der Annahme der Volksabstimmung über die Anti-Rassismus-Strafnorm vom 25.09.1994.

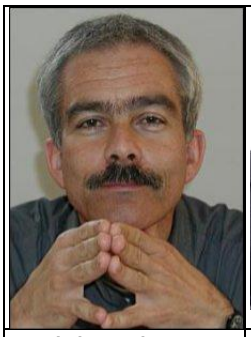
M. Brunschwig*	Gülcan Akkaya	S. Simkhovitch*	W. Bürgstein*
Fredy Fässler*	Stefan Heinichen*	Maya Hertig*	Ruedi Horber*

Die EKR besteht gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern: Martine Brunschwig Graf, lic. oec., Präsidentin EKR; Gülcan Akkaya, Dr. rer. pol., Vizepräsidentin der EKR; Sabine Simkhovitch-Dreyfus, lic. iur., Vizepräsidentin der EKR; Wolfgang Bürgstein, Dr. theol., dipl. oec., Vertreter: Schweizer Bischofskonferenz; Fredy Fässler, lic. iur., Vertreter: Konferenz der Kantonalen Justiz- u. Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD; Stefan Heinichen, Experte: Sinti und Roma; Maya Hertig, Prof. Dr. iur., Expertin: Rechtswissenschaften, Forschung und Lehre; Ruedi Horber, Dr. rer. pol., Vertreter: Schweizerischer Gewerbeverband sgv; Madeleine Joye, Expertin: Journalismus; Rifa'at Lenzin, Dr. h.c. theol. lic. phil., Expertin: Islamwissenschaften; Frank Mathwig, Prof. Dr. theol., Vertreter: Schweiz. Evangelischer Kirchenbund SEK; Venanz Nobel, Experte: Jenische und fahrende Lebensweise; Rita Schiavi, lic. phil., Vertreterin: Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Nenad Stojanovic, Dr. phil., Experte: Politikwissenschaften; Celeste C. Ugochukwu, lic. iur., Experte: Afrikanische Diaspora; Bernard Wicht, Dr. iur., Vertreter: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK. Erstaunlicherweise machen wiederum viele Gesten. Sind sie alle Babylonier?

Madeleine Joye	Rifa'at Lenzin*	Frank Mathwig*	Venanz Nobel*
Rita Schiavi*	Nenad Stojanovic*	C. C. Ugochukwu	Bernard Wicht*

Einzelne «Experten»

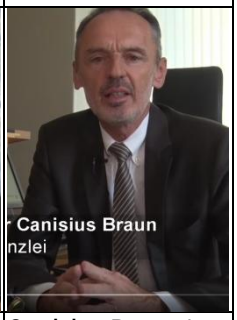
Ein Wächter der Rassismus-Strafnorm ist beispielsweise der Berner Fürsprecher Daniel Kettiger. Der grüne, sprich, der kommunistische Lokalpolitiker ist schweizweit bekannt, Strafanzeigen im Sinne des Antirassismusgesetzes einzureichen. Er ist sich nicht zu schade, diese im Multipack einzureichen.[542, 543] Er war Mitglied der Gesamtprojektleitung des Verwaltungsreformprojekts «Neue Verwaltungsführung NEF 2000» im Kanton Bern. Das ist ein babylonisches Projekt. Seither brüstet er sich, die Gemeinden und andere Kantone in diesem Bereich zu beraten. Seine babylonische Geste erscheint mir etwas gar zu provokativ. Es wird eine Frage der Zeit sein, bis man ihm sein Handwerk legt.

	
Daniel Kettiger*	Hans Stutz*

Ein weiterer Saubermann ist der Luzerner Journalist Hans Stutz. Für den Grünen, sprich, den Kommunisten, Kantonsrat und Grossstadtrat besteht die Welt nur aus Rassisten, die im Sinne Babylons zu bekämpfen sind. Von der Geschichte hat er keine Ahnung, aber das ist für einen Journalisten auch keine Notwendigkeit. Wichtig ist, dass sie im Sinne von Babylon berichten und die Menschheit verblöden. Er diffamiert auf seiner Homepage Andersdenkende. Es wird eine Frage der Zeit sein, bis ihn diese üblen Nachreden einholen werden.

3.1.9 Anfrage an die St. Galler Regierung

Anfangs Dezember 2016 fragte ich grundsätzlich bei der St. Galler Regierung an, ob sie bereit wäre, alle meine Beschwerden und Verfahren nochmals zu überprüfen, da die Regierung heute nicht mehr in der gleichen personellen Zusammensetzung bestehe wie früher. Die Regierung antwortete am 17.01.2017 und behauptete, ich hätte keine Einwände geltend gemacht, dass die Entscheide durch Arglist oder strafbare Handlungen beeinflusst worden seien. Damit wurde die An-

St. Galler Regierung mit Staatssekretär			
Martin Klöti* seit 2012	Benedikt Würth* seit 2010	Bruno Damann* seit 2016	Stefan Kölliker* seit 2008
			
Marc Mächler* seit 2016	Fredy Fässler* seit 2012	H. Hanselmann* seit 2004	Canisius Braun* seit 2008

542 Weltwoche Ausgabe 16/2008: *Wächter der richtigen Gesinnung*. http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2008-16/artikel-2008-16-waechter-der-ric.html

543 Bernerzeitung vom 07.04.2014: *Streitbar, spitzfindig und hartnäckig*. http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Streitbar-spitzfindig-und-hartnaeckig/story/19538436

frage[544] abschlägig beantwortet.[545]

Betrachten wir die Vergangenheit der Regierungsmitglieder, so sassen in der fraglichen Zeit folgende im Grossen Rat: Benedikt Würth, von 1996 bis 2011; Marc Mächler, von 2000 bis 2016; Fredy Fässler, 1992 bis 2012; Heidi Hanselmann, 1996 bis 2004. Damit sind bereits vier von sieben Regierungsmitgliedern in meinen Fällen vorbelastet. Bruno Damann war von 2012 bis 2016 Kantonsrat. Aber alle Kantonsräte haben im Zusammenhang ungetreue Amtsführung begangen, auch die genannten. Deshalb erstaunt die Antwort der Regierung keineswegs, denn die heutige Regierung geht, wie im Zusammenhang aufgezeigt, weiter Verbrechen gegen die Bevölkerung und verfolgt die Agenda von Babylon. Mit dieser Antwort hat sie aber die ganze Verantwortung für die begangenen Verbrechen übernommen.

3.2 Erklärung von politischen Vorgängen

«Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.»

Ludwig von Mises (1881 – 1973), österreichisch- amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der babylonischen Mont Pelerin Society[546]

3.2.1 Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Ausgangslage[547]

Der Minarettstreit begann Anfang 2006 mit dem Widerstand gegen Baugesuche von Minaretten auf bestehenden muslimischen Gebetsräumlichkeiten in drei Schweizer Gemeinden (Wangen bei Olten, Langenthal und Wil SG), und mit dem Plan für den Bau des *Islamischen Zentrums* in Bern, das zum grössten Zentrum für die Muslime in Europa werden soll.

Die Baubewilligungsbehörde der Stadt Langenthal erteilte am 20.12.2006 dem türkisch-kulturellen Verein eine ordentliche Baubewilligung u.a. betreffend Bau eines Minaretts. Dagegen erhoben verschiedene Personen Beschwerde bei der zuständigen kantonalen Behörde. Diese hiess die Beschwerde am 18.04.2007 gut. Am 04.07.2007 wies das Bundesgericht die Beschwerde zweier Personen gegen einen Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Solothurn ab. Dieses hatte einen Entscheid der zuständigen Solothurner Behörden bestätigt, welche dem türkisch-kulturellen Verein die Bewilligung erteilt hatten. Inzwischen war die Baubewilligung abgelaufen. Der türkisch-kulturelle Verein begehrte bei der Gemeindebehörde die Verlängerung der Baubewilligung, was abgelehnt wurde. Dagegen erhob der Verein Beschwerde, worauf das Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn eine Verlängerung der Baubewilligung bis im Frühling 2009 gewährte.

---

544 Anfrage an die St. Galler Regierung vom 05.12.2016
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/SG_Regierung_Anfrage_Ueberprüfung_05.12.2016.pdf

545 Antwort der St. Galler Regierung vom 17.01.2017
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/SG_Regierung_Entscheid_17.01.2017.pdf

546 Mises Ludwig von, *Im Namen des Staates oder die Gefahren des Kollektivismus*. Verlag Bonn aktuell, 1982, ISBN 3879590915, Seite 68.

547 https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis353.html

Am 10.04.2007 reichte ein Initiativkomitee die eidgenössische Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» ein. Die Initiative kam mit 113‘540 gültig Unterschriften zustande. Der Initiativtext lautete: «Der Bau von Minaretten ist verboten.» Am 29.11.2009 wurde abgestimmt. Die Volksinitiative wurde von 17 5/2 Ständen und mit 57.50 Prozent der Stimmen angenommen.

Damit hatte die Schweiz ein Problem. Das wusste das Initiativkomitee und die dahinter stehenden Parteien SVP und EDU selbstverständlich bevor sie die Initiative eingereicht hatten. Das war auch die Strategie dieser Parteien, um den Leuten die Aussichtslosigkeit ihrer Lage zu demonstrieren, dass mit ihnen gemacht wird, was Babylon will. Die angenommene Initiative stand nun diametral zu Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie auch gegen Artikel 2, 18 und 27 des UNO-Paktes II. Gemäss Wiener Übereinkommen vom 23.05.1969 gehen diese Normen des allgemeinen Völkerrechts dem nationalen Recht vor. Allerdings hat der Bundesrat bei der Vorprüfung die Anwendung von zwingendem Völkerrecht verneint.

Der Bundesrat hat, gestützt auf ein Postulat vom 20.06.1962 von Nationalrat Willy Bretscher am 26.10.1962 der Bundesversammlung einen Bericht Nr. 8563 über die Beziehungen der Schweiz zum Europarat (BBl 1962 II 1085) unterbreitet. Am Schluss schreibt er, dass die Mitgliedschaft beim Europarat kurzfristig kündbar sei, weshalb ein Referendum nicht erforderlich sei. Das Parlament hat diesen Bericht wohlwollend zur Kenntnis genommen, obschon in früheren Jahren die Diskussion um die Neutralität intensiv war. Aufgrund dieser Antwort unterbreitete der Bundesrat am 15.01.1963 die Botschaft Nr. 8682 über den Beitritt der Schweiz zum Statut des Europarates (BBl 1963 I 113). Die Folge war der Beitritt zum Europarat. Die Europäische Menschenrechtskonvention wurde vom Europarat ausgearbeitet, am 04.11.1950 in Rom unterzeichnet und trat am 03.09.1953 allgemein in Kraft. Die Schweiz hat diese Konvention am 28.11.1974 ratifiziert; sie trat gleichentags in Kraft.

Da die Schweiz mit der Abstimmung vom 03.03.2002 den Beitritt mit 54.6 Prozent angenommen hat, ist sie Mitglied der babylonischen UNO geworden. 16 Jahre vorher, am 16.03.1986 wurde die gleiche Frage mit 75.7 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Daran erkennt man, was die PR-Aktionen und die Medien für einen Gesinnungswandel bewirken. Der UNO-Beitritt, wie er von Babylon «verkauft» wurde, ist nichts anderes als ein Danaer-Geschenk.

Haben Bundesrat, Parlament oder die Parteien und Verbände die Bevölkerung je über diese Tragweite ins Bild gesetzt? Da kann ich nur NEIN sagen. Aber das ist Programm, wie Sie inzwischen vielleicht bemerkt haben. Deshalb muss man sich überlegen, ob die Abstimmungen in der Vergangenheit überhaupt Rechtens waren und nicht aufzuheben sind.

Hier ist noch zu ergänzen, dass ich ca. im Jahre 2005 Lukas Reimann, den heutigen Nationalrat und Präsidenten der AUNS, persönlich kennengelernt habe. Er war damals Kantonsrat im Kanton St. Gallen (2004-2008). Im Vorfeld dieser Zusammenkunft habe ich ihn mit Unterlagen über die Problematiken des Ermächtigungsverfahrens und über die GPK-Berichte bedient. Schlussendlich hat er mir mitgeteilt, dass er die Angelegenheit verstanden habe. Gemacht hat er nichts! Deshalb weicht er bei jedem Gespräch, wenn es um meine Person geht, aus, wie mir mitgeteilt wurde.

Nach der Abstimmung

Noch am Abend des Abstimmungssonntags begann eine massive Welle der Entrüstung über die Annahme. Roger de Weck, Generaldirektor der SRG, sagte, dass das Volk mit der Annahme der Initiative für ein Minarett-Verbot (57,5%) einen ‚Fehl-Entscheid' getroffen habe und der *Club Helvétique* diesen Entscheid mit einer Volksinitiative «korrigieren» will... Auch der Staatsrechtler Jörg Paul Müller erklärte den Plan, das Minarettverbot wieder abzuschaffen: «Eine neue Volksinitiative ist der demokratischste Weg, um das durchzusetzen.» Es sei «dringend», dass dieser Prozess sofort in Bewegung gesetzt werde, sagt Müller weiter. Guisep Nay, der Ex-Bundesgerichtspräsident, der meine aufgedeckte Gerichtswillkür unterdrückte, sagte, bei der angestrebten Verfassungsänderung gehe es darum, «einen Toleranzartikel in der Bundesverfassung zu verankern und gleichzeitig das diskriminierende Minarettverbot zu ersetzen; Vorschläge für eine neue Verfassungsbestimmung liegen bereits vor».

Wer ist dieser *Club Helvétique*?

Der *Club* wurde am 50. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie[548], im Oktober 2005 angedacht und die formelle Gründung erfolgte am 07.01.2006.[549] Treibende Elemente zur Vereinsgründung waren Kurt Imhof, Roger de Weck sowie die Lehrerin und Nationalrätin Hildegard Fässler. An der Gründungsversammlung hielten der Soziologe Kurt Imhof und der Historiker Georg Kreis je ein Referat. Der Vereinsname *Club Helvétique* ist eine Analogie zum ersten *Club Helvétique*, der im Zuge der Französischen Revolution 1790/91 aus den Reihen von Illuminaten und Freimaurern gegründet wurde. Der *Club* ist demzufolge in seinen Grundsätzen babylonisch.

Der *Club* hat allerdings kalte Füsse be-

548 https://www.sgs-sss.ch/
549 http://clubhelvetique.ch/wp-content/uploads/2016/03/10-Jahre-CH.pdf

kommen, weshalb er seine Ankündigung, die Abstimmung mit einer Volksinitiative zu «korrigieren», unterliess.

Aber der *Club Helvétique* entwickelte weitere Foren und Initiativen, so u.a. die Solothurner Landhausversammlung. Die fünf Solothurner Landhausversammlungen wurden vom Verein *Forum für Menschenrechte und Demokratie FMD*, organisiert. Beteiligt waren 22 zivilgesellschaftlich-babylonische Organisationen, die sich zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, gemeinsam nach Lösungsvorschlägen für eine bessere Abstimmung von Menschenrechten und «Demokratie» in der Schweiz zu suchen und diese Vorschläge anschliessend politisch durchzusetzen. Im Mai 2014 hat der Verein FDM seine Auflösung beschlossen.[550]

Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)

Aufgrund dieser Entwicklung hat die SVP unter ihrem Parteistrategen, Ex-Bundesrat, Mehrfach-Demokratie-Abschaffer und Bilderberger, Christoph Blocher, die eidgenössische Volksinitiative *Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)* eingereicht. Diese Initiative, sie ist ebenfalls babylonisch, ist am 06.09.2016 zustande gekommen.[551]

Der Initiativtext[552] hält ausdrücklich fest, dass die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechtes anzuwenden sind. Welche Normen zum zwingenden Völkerrecht (ius cogens) gehören, ist in einzelnen Punkten umstritten. Unstreitig gehören das Allgemeine Gewaltverbot, das Verbot des Völkermordes, des Sklavenhandels, der Rassendiskriminierung und der Folter sowie das Verbot der systematischen und willkürlichen Verfolgung und Verletzung von Leib und Leben zum menschenrechtlichen Mindeststandard des Völkerrechts.[553]

Der *Club Helvétique* hat bereits verlauten lassen, dass er diese Selbstbestimmungsinitiative klar ablehne.[554]

Kurzbesprechung

Der babylonischen Strategie kann entnommen werden, dass der babylonische Humanismus nur ein Mittel zum Zweck ist, um die Menschheit von den Herrschern Babylons abhängig zu machen. Deshalb wird der Humanismus mit den kommenden Bürgerkriegen obsolet, zumal er bereits heute schon eine Worthülse ist, wie ich bewiesen habe. Deshalb muss die Scharia eingeführt werden. Die Bestrebungen dazu laufen bereits.[555]

Wenn die ewigen Wahrheiten Freiheit und Gerechtigkeit so oder so über kurz oder lang abgeschafft werden, so können wir natürlich auch die Menschenrechtskonventionen des babylonischen Europarates und der babylonischen UNO kündigen. Aufrichtiger wäre sogar, die Kündigung der Mitgliedschaften dieser babylonischen Organisationen. Aber das wollen unsere babylonischen Politiker nicht, weshalb es diese politisch-dialektischen «Spiele» gibt, die nur wenige verstehen.

3.2.2 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

«Die faschistische Gesellschaft der Zukunft wird von Organisationen der Gesundheitswohlfahrt auf kommunaler Ebene durch die Anwendung von psychiatrischer Massen-

550 http://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/direkte-demokratie/reform/solothurner-landhausversammlung-ideen-reform-initiativrechts
551 Stand und Übersicht der Initiative: https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis460.html
552 Initiativtext: https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis460t.html
553 Zwingendes Völkerrecht: https://de.wikipedia.org/wiki/Ius_cogens
554 http://clubhelvetique.ch/wp-content/uploads/2016/11/Selbstbestimmungsinitiative.pdf
555 NZZ vom 28.12.2008: *Scharia-Gerichte in der Schweiz?* http://www.nzz.ch/scharia-gerichte-fuer-die-schweiz-1.1606772

Behandlung der Bevölkerung realisiert, gleich ob das Opfer dies will oder nicht.» [556]
John Rawlings Rees (1890-1959), britischer Armeepsychiater,
Gründer der Brainwashing-Fakultät des Tavistock-Instituts, Begründer der
World Federation for Mental Health, Mitglied des Komitee der 300

Die Gesetzgebung zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) hat ihre Wurzeln wiederum in den verschiedenen UNO-Pakten, insbesondere im «Übereinkommen über die Rechte des Kindes» (SR 0.107) von 1989, das in der Schweiz 1997 in Kraft trat.

Die Revision des ZGB

Zur Revision des Zivilgesetzbuches hat der Bundesrat wiederum eine Botschaft Nr. 06.063, vom 28.06.2006 (BBl 2006 7001 / 7139) an das Parlament erlassen und nachher das Gesetz per 01.01.2013 in Kraft gesetzt.

In der Botschaft wird vollmundig behauptet, dass damit das Selbstbestimmungsrecht gefördert und die Solidarität in der Familie gestärkt werde. Wenn bisher eine Person nicht mehr urteilsfähig war, so konnte das innerhalb der Familie unbürokratisch erledigt werden. Heute ist das nur noch bedingt möglich. Anstelle der bisherigen Vormundschaft, Beiratschaft und der Beistandschaft trat neu die KESB, die statt der Anordnung standardisierter Massnahmen künftig «Massarbeit» leisten müsse, damit im Einzelfall nur so viel staatliche Betreuung erfolge, wie wirklich nötig sei. Neu gibt es nicht mehr die genannten Massnahmen, sondern vier Arten von Beistandschaften, nämlich die Begleit-, die Vertretungs-, die Mitwirkungs- und die umfassende Beistandschaft.

In der Botschaft wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass innerhalb der Familie alle Rechtshandlungen vorgenommen werden können, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs üblicherweise erforderlich sind, jedoch nur in einem bestimmten Umfang das Einkommen und das Vermögen zu verwalten. Gemäss Artikel 374, Abs. 3 müssen der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner für Rechtshandlungen im Rahmen der ausserordentlichen Vermögensverwaltung die Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde einholen. Was die ausserordentliche Vermögensverwaltung beinhaltet, bestimmt die KESB abschliessend. Damit hat sich der Staat direkten Zugang zu Ihrem Vermögen verschafft, über das Sie keine Kontrolle mehr haben und nichts mehr zu entscheiden haben!

Dann wird es Ihnen so ergehen wie in Österreich, indem sie die Behörden systematisch betrügen und zudem Testamente fälschen werden[557], damit Sie und Ihre Erben ja nichts mehr haben werden. Und überhaupt passiert das nicht nur in Österreich, sondern wie bereits nachgewiesen seit Jahrzehnten unter ausdrücklicher Genehmigung durch Parlamente, Regierungen und Gerichte in Bund und Kantonen auch in der Schweiz.

Im Weiteren gibt es noch «Gummiartikel»: Nach Art. 376 kann die KESB jederzeit eine familieninterne Vertretung aufheben und eine amtliche ernennen. De jure könnte sie das nur, wenn Zweifel an der Vollmacht besteht, doch inzwischen kennen wir die Absicht der babylonischen Behörden. Zu beachten ist, dass die KESB gemäss Art. 390 jederzeit eine Beistandstaft errichten kann, wegen einer geistigen Behinderung, einer psychischen Störung oder eines ähnlichen in der Person liegenden Schwächezustands ihre Angelegenheiten nur teilweise oder gar nicht besorgen kann. Diese geistigen und psychischen Behinderungen können selbstverständlich nur behauptet und herbeigeredet, jedoch nicht bewiesen werden, wie Sie inzwischen wissen. Aber dazu ist die Psychiatrie erschaffen worden.

Wenn Sie künftig mit den Behörden berechtigte «Meinungsverschiedenheiten» haben, so kann man Sie künftig auf diesem Wege «entsorgen». Damit es keine Dritten erfahren, steht das Amtsgeheimnis zur Verfügung und zudem müssen diese Massnahmen auch nicht mehr öffentlich publiziert werden. Die Babylonier haben wohl Angst, die Leute könnten hellhörig werden, wenn auf einmal so viele Leu-

---

556 Zeitschrift Diagnosen, jetzt CODE, vom Dezember 1983, Seite 46.
http://www.freezone.de/sde/Kapitel-I/K-1-4/k-1-4.html

557 Hämmerle Gernot, *Falsche Erben. Testamentsfälscher bei Gericht*, Hohenems, 1. Auflage 2011, 168 Seiten, ISBN 3990180932.

te aufgelistet würden. Es wird sein wie im alten babylonischen Rom. Da gab es Vorschläge, die Sklaven müssten markiert werden, doch man kam davon ab, weil etwa die Hälfte der damaligen Bevölkerung Sklaven waren.

In der Botschaft wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Angehörigen im Falle von medizinischen Massnahmen nicht allein handeln können. Konkret heisst das, es dürfen nur Massnahmen ausgeführt werden, die die Götter in Weiss nach bestem «Wissen und Gewissen» vorschlagen. Das könnten durchaus auch alternative Massnahmen sein, allerdings müssen sie von der babylonischen Schulmedizin akzeptiert sein. Sind die Götter in Weiss nicht einverstanden, so können sie die KESB anrufen. Die KESB entscheidet dann endgültig und sie haben nichts mehr zu sagen, sondern nur noch zu bezahlen. Im Übrigen bleiben spezialgesetzliche Regelungen – beispielsweise im Heilmittelgesetz oder in den Bundesgesetzen über die Transplantation, die Sterilisation oder die Forschung am Menschen – vorbehalten. Da wird noch der unglaubliche Faschismus des Transhumanismus auf uns zukommen. Dabei werden Sie als Versuchskaninchen missbraucht werden, damit die babylonische Industrie an Ihnen Forschung kann, die Sie mit Geld und Blut bezahlen werden.

Die auftraggebende Person kann eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen, z.B. eine Bank oder eine Organisation wie die babylonische Pro Senectute, mit einem Vorsorgeauftrag beauftragen, für den Fall ihrer Urteilsunfähigkeit die Sorge für die Person oder das Vermögen zu übernehmen oder sie im Rechtsverkehr zu vertreten. Damit sind Sie sicher, dass Sie Ihr Vermögen los haben.

Marianne Dürst*
Präs. Stiftungsvers.
Regierungsrätin GL

Toni Frisch*
Präs. Stiftungsrat
a. UN-Botschafter

Pro Senectute wurde 1917 durch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG-SSUP) gegründet. Die SGG-SSUP gründete verschiedene Organisationen wie die in Völkermord[558] involvierte Pro Juventute (1912), Pro Mente Sana (1978), Pro Familia (1942), Schweizer Berghilfe (1942), Zentralauskunftsstelle für Wohlfahrtsunternehmungen ZEWO (1934) und weitere. Die SGG-SSUP verstand sich als Erbin der Helvetischen Gesellschaft (HG) und verfolgte aufklärerisch-patriotische Ziele. Die Helvetische Gesellschaft (HG) wurde aus den Reihen der Freimaurerei und Illuminaten gegründet. Der Illuminat Heinrich Pestalozzi war ebenfalls Mitglied. Die HG war ein Vorgänger der heutigen «Neue Helvetische Gesellschaft - Treffpunkt Schweiz». Pro Senectute ist wie die meisten Organisationen und Vereine babylonisch.

Neu heisst es nicht mehr fürsorgerischer Freiheitsentziehung (FFE) sondern fürsorgerische Unterbringung (FU). Es klingt etwas humaner, ist es aber ganz und gar nicht. Nach Art. 426 darf eine Person, die an einer psychischen Störung oder an geistiger Behinderung leidet oder «schwer verwahrlost» ist, in einer «geeigneten Einrichtung» untergebracht werden. Zudem können die Kantone (babylonische) Ärzte bezeichnen, die eine Unterbringung während einer vom kantonalen Recht festgelegten Dauer anordnen dürfen. Besteht «ernsthafte» Gefahr, dass eine «hilfsbedürftige» Person sich selbst gefährdet oder ein Verbrechen oder Vergehen begeht, mit dem sie jemanden körperlich, seelisch oder materiell schwer schädigt, haben die Erwachsenenschutzbehörde, die betroffenen Stellen und die Polizei gemäss Art. 453 zusammen zu arbeiten. Die «ernsthafte» Gefahr und die Hilfsbedürftigkeit können natürlich auch grundlos herbeigeredet werden; auch das ist gängige Praxis. Somit müsste die KESB umgehend bei den Behörden aktiv werden und diese unter vollständige Beistandschaft stellen. Das tut sie bekanntlich nicht, weshalb sie ungetreue Amtsführung begeht.

Der Bundesrat wird Bestimmungen erlassen, was die Eintragung des Vorsorgeauftrags in die zentrale Datenbank durch das Zivilstandsamt (Art. 361 Abs. 3), die Eintragung der Patientenverfügung auf der Versichertenkarte (Art. 371 Abs. 2) sowie die Anlage und Aufbewahrung des Vermögens durch den Beistand oder die Beiständin (Art. 408 Abs. 3) anbelangt. Und nur deshalb benötigen wir eine zentrale nationale Datenbank, die international verknüpft ist?

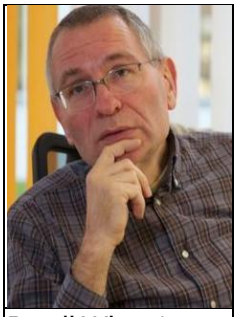
558 Gschwend Lukas, Prof. Dr. iur.: Das *«Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» der Pro Juventute - ein Fall von Völkermord in der Schweiz?* - http://www.thata.net/thatabludok7.html

Mit der neuen Botschaft des Bundesrates zum Kindesschutz, Nr. 15.033, vom 15. April 2015 soll die Meldepflicht bei «Verdacht» von Kindesmissbrauch zur Pflicht werden. Das neue Gesetz nimmt u.a. Angestellte von privat organisierten Kinderkrippen, Nannys, Therapeuten, Mitarbeiter von Elternberatungsstellen oder von sozialen Anlaufstellen in die Pflicht. Bisher galt diese nur für amtliche Tätigkeiten wie Polizisten, Lehrer, staatliche Krippenbetreuer oder Sozialarbeiter.

Für Ärzte, Rechtsanwälte, Psychologen und andere Berufsgattungen, die dem Berufsgeheimnis unterstehen, gilt bis heute, dass sie sich zuerst von ihrem Berufsgeheimnis zu entbinden haben. Neu sollen sie ohne diesen formellen Akt direkt bei der KESB aussagen können. Sie können aber – zumindest vorläufig – noch selbst entscheiden, ob sie eine Gefährdungsmeldung machen wollen.

Die Folgen der Verdummung und Indoktrination der genannten Berufs- und Personengruppen wird für Sie demnächst zu einem Spiessrutenlauf, wenn Sie auf einen «hyperkorrekten und übersensibilisierten Sozialarbeiter» treffen. Dieser wird, nachdem Ihr Kind beim Spielen ein paar blaue Flecken und Schürfungen abbekommen hat, eine Gefährdungsmeldung an die KESB absetzen und schon sitzen Sie zwischen den behördlichen Mühlsteinen. Früher gehörte es zum Spielen, dass man Schürfungen und Prellungen nach Hause trug. Dabei hat man gelernt. In Zukunft müssen die Kinder unter «sterilen» Bedingungen aufwachsen, womit sie verblöden, indem sie nicht lernen, auf sich selbst aufzupassen. Deshalb müssen überall Schutzvorkehrungen montiert werden. Wenn früher jemand nicht aufgepasst hatte und sie verunfallten, erhielten sie zum Schaden noch eins an die Ohren, dass sie künftig besser aufpassen. Heute muss man nicht mehr aufpassen. Wenn jemand verunfallt, sucht man den Schuldigen, der die Schutzvorkehrungen nicht montiert hatte. Die geldgierigen Anwälte stehen da gerne zur Seite und die unfähige und korrupte Justiz wird den Fall schon richten.

Es könnte in Zukunft aber auch sein, wenn sie sich weigern Ihr Kind oder sich selbst impfen zu lassen, dass eine Gefährdungsmeldung an die KESB erfolgen könnte. Mit diesem Verhalten, so die verlogene babylonische Schulmedizin, gefährden Sie die anderen Mitmenschen. Aber mit dem Impfen machen Sie Ihre Kinder nachhaltig krank und behindert.

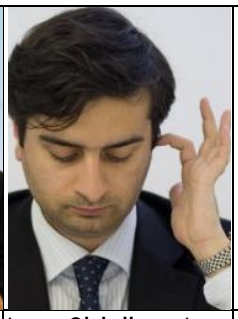

Ruedi Winet*

In diesem Sinn informiert ein neuer Leitfaden über die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten[559], erarbeitet von Ruedi Winet, wenn das «Wohl» eines Kindes gefährdet scheint. Mit diesem Leitfaden soll die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) unterstützt werden.

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ)[560]

Seit dem Jahre 1978 gibt es eine Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen. Sie besteht aus 21 Personen. Präsident ist der Genfer Staatrat Pierre Maudet, der Jurist und Bezirksrichter Luca Cirigliano ist seit 2008 Vize-Präsident und die Co-Generalsekretärin von AvenirSocial, Emilie Graff ist seit 2011 Vize-Präsidentin.

Pierre Maudet*


Luca Cirigliano*

Emilie Graff

Ihr Auftrag wurde im Artikel 4 des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (JFG) vom 6. Oktober 1989 (SR 446.1) verankert. Das Mandat der Kommission wurde durch einen Bundesratsbeschluss vom 26. September 2003 auf die Kinder erweitert.

---

559 Kanton Zürich vom 20.12.2016: Neuer Leitfaden für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und KESB http://www.vsa.zh.ch/internet/bildungsdirektion/vsa/de/schulrecht_finanzen/schulrecht/_jcr_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/leitfaden_zur_zusamm.spooler.download.1482153340396.pdf/leitfaden_zusammenarbeit_schulen_kesb.pdf

560 https://www.ekkj.admin.ch/die-ekkj/die-kommission/

Die EKKJ hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu «deuten». Sie soll Anliegen der heranwachsenden Generation formulieren und entsprechende Vorschläge ableiten. Bei wichtigen Beschlüssen des Bundes prüft die EKKJ, welche Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zu erwarten sind.

Wie kann die Kommission überhaupt die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft deuten, wenn Babylon die Veränderungen vorgibt? Oder besteht die Kommission aus lauter Babyloniern? Die Gesten der Kommissionsspitze deuten darauf hin.

Absicht

Wenn in der babylonischen Botschaft so schöne Worte verbraucht worden sind, so sieht es mit der dahinter steckenden Absicht nicht so rosig aus. Ziel ist es, die Menschheit an eine Hierarchie zu binden, die von den Herrschern Babylons abhängig ist. Also beginnt man die Gesellschaft, in «Unterwürfige», das ist die Mehrheit der «Schlafenden» und in «Terroristen» oder «psychisch Gestörten», das sind die «Erwachten», in Alte und Junge, aber auch in Arbeitende und nicht Arbeitende usw. zu teilen. Die Unterwürfigen und Arbeitenden sind wenig problematisch, weil sie das babylonische System unbewusst unterstützen, von dem sie abhängig sind. Die «Terroristen» oder «psychisch Gestörten» sind gefährlich, weil sie die «Schlafenden» wecken könnten. Deshalb muss man sie verunglimpfen und als gefährlich darstellen, damit man sie, wie beschrieben, ohne Gerichtsverfahren beliebig lang wegsperren kann, je nachdem ob sie sich «belehren» lassen oder nicht (sic.). Damit werden sie nicht nur körperlich isoliert, sondern der «Staat» im Staat sorgt auch dafür, dass ihr Vermögen vernichtet, sprich eingezogen und veruntreut wird. Das wird ja seit Jahrzehnten mit dem Segen des babylonischen Bundesgerichtes getan. Die Alten werden mittels der babylonischen Medizin krank gemacht, weshalb man sie deswegen in «fürsorgerischer» Anteilnahme in die Konzerne der Alters- und Pflegeheime oder andere Einrichtungen steckt und ausbeutet. Begehren sie auf, so werden sie zwangsmedikamentiert, damit sie ruhig sind (sic.). Und bei den Jungen geht es genau gleich weiter, indem man diese kriminalisiert[561] und sie so wiederum vom System abhängig machen kann.

Auch dieses System wird sich selbst erhalten, um die Familien zu zerstören und so viele Menschen wie nur möglich, vom System Babylon abhängig machen zu können. Zuerst werden durch die Behörden provozierende Urteile gefällt und erzürnen so im Minimum eine Partei aufs Blut. Durch diesen Zorn wird der Polizei wieder «Munition» geliefert, indem auch nur selbstbewusste Äusserungen ohne Drohungen wieder von der Polizei erfasst werden, die ins Bedrohungsmanagement-System einfliessen. Daraus generiert die Polizei willkürlich Bedrohungsbilder, worauf die Psychiatrie die Betroffenen als Schizophren erklärt. Dann kann man sie mittels des Zivilgesetzbuches «entsorgen». Je nachdem, kann auch noch mit dem Strafgesetz nachgeholfen werden. Und auf diese Weise werden irgendwann auch die Härtesten weichgeknüppelt sein oder auf unbestimmte Zeit eingesperrt bleiben. Dazu sind mir inzwischen mehr als genug Beispiele bekannt geworden. Aber das System funktioniert immer auf diese Weise, nicht nur im Ausland, sondern vor allem in der «sauberen» Schweiz. Ich weiss, wovon ich spreche, denn bei mir haben sie es versucht, aber nicht geschafft.

Auch in Sachen Kinderschutz geht es einmal mehr darum, die Familienerziehung zu zerstören, denn es ist Absicht, die Kinder durch die Gesellschaft zu erziehen oder besser gesagt, abzurichten. Das dürfen die Babylonier aber nicht sagen, weshalb man das auf andere Weise tun muss, wie zum Beispiel mit Erziehungskursen für Eltern, wie sie in einigen Kantonen bereit angeboten werden.[562] Vorläufig werden diese Kurse noch auf freiwilliger Basis durchgeführt, aber es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis sie als obligatorisch erklärt werden. Auf der ökonomischen Schiene werden die Eltern je länger je mehr gezwungen, beide arbeitstätig zu sein, weshalb daraus die Forderung nach Kinderkrippen und Tagesschulen entsteht, indem die Kinder morgens an der «Garderobe» abgegeben und abends wieder abgeholt werden. Damit haben die Eltern mit Erziehung und Ausbildung praktisch

---

561 http://www.vsa.zh.ch/internet/bildungsdirektion/vsa/de/schulrecht_finanzen/schulrecht/_jcr_content/ contentPar/downloadlist/downloaditems/leitfaden_zur_zusamm.spooler.download.1482153340396.pdf/leitfaden_zusammenarbeit_schulen_kesb.pdf

562 20 Minuten vom 12.07.2017: *CVP will Eltern in Erziehungskurse schicken* http://www.20min.ch/schweiz/ostschweiz/story/CVP-will-Eltern-in-Erziehungskurse-schicken-15452595

nichts mehr zu tun. In der Schule werden sie aber mittels des *Lehrplans 21* noch mehr verblödet als bisher und vor allem gegen die Eltern aufgebracht. Nach der Frankfurter Schule sei die Familie die Ursache des «autoritären Charakters» und des Faschismus. Gleichzeitig werden kollektive Ich-Strukturen gefördert, damit sich diese Kinder nicht mehr mit Vater und Mutter identifizieren, sondern mit ihren Kommunikationspartnern. Der «neue» sozialistische Mensch bindet sich nicht mehr an bestimmte Glaubensinhalte oder Werte, denn er folgt nur noch den Verhaltenserwartungen des Kommunikationspartners. Er hat deshalb die Verhaltensnormen «Was du nicht willst, dass man es dir tu, das füg' auch keinem andern zu» als repressiv durchschaut und hinter sich gelassen.[563] Diese Kinder, und später als Erwachsene, werden ganz gezielt von babylonischen Agitatoren instrumentalisiert. Auch durch die Medien werden sie manipuliert, denn diese erklären, was die Gesellschaft für Ideale haben müsse. Ihnen wird das heute bereits erklärt und Sie folgen diesem Irrsinn; die Mode ist dazu ein Paradebeispiel.

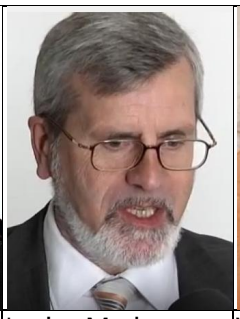
Nicht nur aus der DDR ist bekannt, dass es damals Staatskinder gab, sondern auch in der Schweiz; nur hiessen sie hier anders. In der DDR waren das Kinder, die den Eltern weggenommen und in Institutionen gehalten wurden. Das waren lediglich Feldexperimente und die Umsetzung beginnt nun weltweit zu greifen. Die Babylonier können unter ihrer Herrschaft keine Führer benötigen, sondern in allen Bereichen nur abhängige Sklaven. Deshalb muss man früh mit der Erzeihung in diese Richtung beginnen, denn Erwachsene können nur aufwendig umerzogen. Das alles kann man in der Gesellschaft bereits erkennen, sofern man nicht schläft. Ich behaupte, nicht prüde zu sein, aber schauen Sie einmal, was in der Sex-Szene für Abartigkeiten abgehen. Das ist alles geplant! Vergleiche dazu Kapitel 2.3.2 Babylonischer Kommunismus, insbesondere die *Ziele des Komitees der 300*.

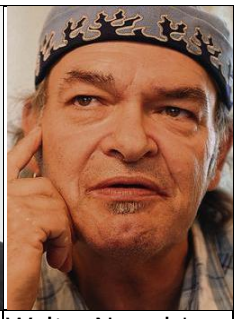
Die babylonische Medientaktik

In den Jahren 1942 bis 1981 wurden in der Schweiz tausende jugendliche Frauen und Männer, von Vormundschaftsbehörden, Amtsvormündern, Beiständen und Psychiatrischen Kliniken, ohne straffällig geworden zu sein, also ohne jegliche juristische Prozedur, mit fadenscheiniger Argumentation, für meist unbestimmte Zeit, in Strafvollzugsanstalten zur Zwangsarbeit inhaftiert.

Ein Vierteljahrhundert später «erinnerten» sich die gleichen Behörden wieder an die willkürlich Weggesperrten. Ab März 2008 begann das Projekt «administrativ Versorgte 1942-1981». Am 10. September 2010 geht die babylonische Bundesrätin Schlumpf auf die Knie und entschuldigt sich offiziell. Damit sonnt sich der Staat, dass er nur Gutes in Absicht habe und geniesst damit «Vertrauen» in der schlafenden Bevölkerung. Zur gleichen Zeit laufen aber die Massnahmen für die KESB auf Hochtouren, um die Familien auseinander zu nehmen, damit weiteres Unrecht gesät wird; diesmal aber viel mehr, aber vor allem perfider.

Eveline Schlumpf*


Luzius Mader


Walter Nowak*

Delegierter für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen war Luzius Mader, seit 2012 stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz. Er promovierte an der babylonischen London School of Economics and Political Science. Dabei wurden ehemalige Opfer wie der gestenreiche Österreicher Walter Nowak medienwirksam aufgeboten. Nowak sei im Kloster Fischingen gefoltert und missbraucht worden, behauptet er. Diese Veröffentlichung verfolgte natürlich mehrere Ziele: Erstens eine Anerkennung der «Versorgten», zweitens Eigenlob für die heutigen Behörden und drittens die Untergrabung der Autorität der Kirche.

563 Frankfurter Schule im Kontext vom 19.01.2011
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/frankfurter_schule_im_kontext.pdf

Sozialindustrie

Mit der Änderung des ZGB und der Einführung der KESB wurden die Grundlagen für eine neue Sozialindustrie geschaffen. Wie immer bei neuen Industrien, und erst recht bei behördlich verordneten, freuen sich diese über laufend zunehmende Aufträge und gute Entlöhnung ohne Inkassoverlust.

Eine der ältesten dieser Organisationen ist die Stiftung «Gott hilft». Sie wurde 1916 durch das Heilsarmee-Ehepaar Emil und Babette Rupflin in Felsberg gegründet. Die Heilsarmee ist bekanntlich eine Suborganisation der Freimaurerei, um ihre behauptete freimaurerische «Reinheit» vorzutäuschen.

Sergio Devecchi*	Barbara Gysi*	Yvo Biderbost
Heinrich Nufer*	Evelyne Thalmann*	Pierin Vincenz*

Eines der Opfer von «Gott hilft» ist der heutige Stiftungspräsident der Stiftung Contetto[564], Sergio Devecchi. Contetto vermittel im Kanton Zürich bis zu 70 Plätze für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren.

Die Pflegekinder-Aktion Schweiz[565] ist als politisch unabhängiger Verein organisiert. Der Verein wurde 1950 aufgrund einer Aktion des «Beobachteres» gegründet. Sein Ziel war es, die Missstände im Verding- und Pflegekinderwesen aufzuheben. Daraus erkennt man, dass das alte System bewusst aufgehoben wurde, um einem neuen, jedoch menschenverachtendem System Platz zu machen: Das heutige System ist nur eine Übergangsphase zu den Staatskindern. Heute führt er eine nationale Fachstelle, die in- und ausländische Aktivitäten im Bereich Pflegekinder vernetzt und ein nationales Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit pflegt. Dem Verein sind verschiedene Organisationen angeschlossen. Präsidiert wird der Verein von der Nationalrätin Barbara Gysi (SP/SG). Weitere Vorstandsmitglieder sind Dr. iur. Yvo Biderbost, Leiter Rechtsdienst der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Stadt Zürich sowie Lehrbeauftragter an den Universitäten Luzern und Zürich, der Kinderpsychologe Dr. Heinrich Nufer, Evelyne Thalmann, Gründerin von Experts for Leaders AG, Dr. Pierin Vincenz, ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsleitung der Raiffeisen Gruppe Schweiz, sowie von Dr. Karin Fischer, Präsidentin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Winterthur/Andelfingen und der Swiss Re-Betriebswirtin Corinna Gröger.

Unter Kinderanwaltschaft.ch ist 2006 ein Verein entstanden, der mit gezielten Massnahmen die Sensibilisierung und die Umsetzung einer kindgerechten Justiz in der Schweiz fördern und unterstützen will. Als Grundlage dienen die «Child-friendly Justice»-Leitlinien des Europarates[585] und die UN-Kinderkonvention. Der Verein will dazu beitragen, dass diese Leitlinien zum Standard einer kindgerechten Justiz in der Schweiz werden. Nicht nur aus der Thematik geht hervor, dass in diesem Verein Babylon vertreten ist, sondern erst recht, wenn man den Beirat und di Botschafter studiert.

Die Stiftung SSI Schweiz ist die Schweizer Zweigstelle des Internationalen Sozialdienstes[566], eines in über 140 Ländern tätigen Netzwerks. Der SSI engagiere sich vor allem bei transnationalen sozialen und rechtlichen Problemstellungen im Bereich des Kinderschutzes. Für den SSI stehe dabei das Wohl des Kindes im Zentrum der Analyse und Handlungen. Vor allem beim Stiftungsrat erkennt man, dass Babylon auch bei dieser Stiiftung vertreten ist. Weiter wird offensichtlich, wie einzelne Personen in den verschiedenen Gremien sitzen, damit alle am gleichen babylonischen Strick ziehen.

---

564 www.contetto.ch
565 http://pflegekinder.ch/
566 http://www.ssiss.ch/de/die_schweizerische_stiftung_des_ssi

Die Vorläufer des Netzwerks Kinderrechte Schweiz[567] haben 1990 begonnen, die Behörden zu drängen, die UNO-Kinderrechtskonvention zu ratifizieren. In der Folge wurde diese 1997 vom Parlament ratifiziert. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die später einen NGO-Bericht an den Kinderrechtsausschuss koordinierte, der von 46 Organisationen unterzeichnet wurde. Formell wurde der Verein erst im Jahre 2009 gegründet. Der Vorstand setzt sich aus verschiedenen Vertretern von babylonischen Organisationen zusammen. Angesichts der Tatsache, dass der Verein genau das macht, was die babylonische UNO will, ist er ebenfalls babylonisch.

Kinderschutz Schweiz[568] setzt sich als Fachstelle schweizweit dafür ein, dass alle Kinder in «Schutz und Würde» gewaltfrei aufwachsen können, dass ihre Rechte gewahrt werden und ihre Integrität geschützt wird.

Grundlage der Arbeit von Kinderschutz Schweiz ist die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes. Ferner orientiert sich Kinderschutz Schweiz an der Konvention des Europarats zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie an der Verfassung und Gesetzgebung des Bundes.

Ulrich Lips*

Viola Amherd*

§ Stellvertretender Stiftungsratspräsident ist Ulrich Lips, Facharzt FMH Kinder- und Jugendmedizin, ehemaliger Stellvertretender Direktor Medizinische Klinik und ehem. Leiter der Kinderschutzgruppe und Opferberatungsstelle am Kinderspital Zürich.
§ Viola Amherd, Nationalrätin (CVP/VS), Stadtpräsidentin Brig, Brig-Glis, ist Stiftungsrätin.

Seit 1998 besteht unter dem Namen mira[569] eine Fachstelle für die Prävention sexueller Gewalt im Freizeitbereich. Mira sensibilisiert, schult, berät und begleitet Verantwortliche von Verbänden und Vereinen beim Thema sexuelle Gewalt. Die Fachstelle stellt ein Angebot zur Verfügung, das wesentlich zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen beiträgt. Mira.ch ist eine Fachstelle, die von Pro Juventute unterstützt wird. Pro Juventute hat einen babylonischen Hintergrund.

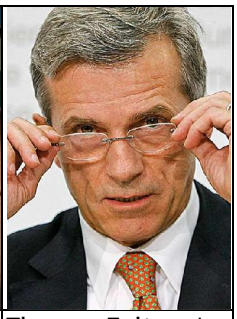
Integras[570] ist ein Fachverband der Sozial- und Sonderpädagogik. Seine Mitglieder sind stationäre und teilstationäre Institutionen der Sozialen Arbeit sowie sonderpädagogische Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, Ausbildungsstätten für Fachpersonal, Verbände und interessierte Einzelpersonen, die den Verbandszweck unterstützen. Der Verband finanziert sich aus Geldern der öffentlichen Hand, über Mitgliederbeiträge und Eigenleistungen. Integras verfolgt Quality4Children (Q4CH).[582] Präsident ist Dr. phil. Karl Diethelm-Wolfisberg, Psychologe FSP und Gesamtleiter des Kinderheim Bachtelen bei Grenchen. Das Bachtelen ist eine Hochburg der Freimaurerei. Dort wurde bereits der italienische Revolutionär und Mitglied des Komitees der 300, Giuseppe Mazzini (1805-1872), vor den Behörden versteckt.

Die Schweizerische Stiftung und Institut zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (iks)[571] entstand 2014 aus dem Winterthurer Präventions- und Versorgungsprogramm

Maja Ingold*

Richard R. Ernst*

Christoph Häfeli*


Thomas Zeltner*

567 http://www.netzwerk-kinderrechte.ch
568 http://www.kinderschutz.ch/de/
569 http://www.mira.ch
570 http://www.integras.ch/de/
571 http://www.wikip.ch

(wikip). Sie finanziert sich über Drittmittel, Beiträge der öffentlichen Hand, Erträge des Stiftungsvermögens und Erlösen aus den Dienstleistungen. Nebenstehend einige Vertreter des Stiftungsrates mit den bekannten Gesten: Präsidentin und Nationalrätin (EVP/ZH) Maja Ingold, Nobelpreisträger Prof. Dr. Richard R. Ernst, Prof. Christoph Häfeli und der ehemalige BAG-Direktor Prof. Dr. med. Thomas Zeltner.

Auf der Elternseite gibt es ebenfalls mehrere Plattformen. Zentrale Drehscheibe ist meines Erachten die Stiftung Elternsein,[572] der mehrere Organisationen angeschlossen sind. Präsidentin des Stiftungsrates ist Ellen Ringier, die Ehefrau des Verlegers und Bilderberger Michael Ringier. Ringier ist jüdisch, sprich babylonisch. Und damit ist der Stiftungskurs bereits beschrieben.

Wie Sie sehen, sind hier verschiedenste Akteure am Werk, die nur eines wollen: Die Umsetzung der babylonischen UNO-Konventionen. Wenn man die einzelnen Personen in diesen Organisationen betrachtet, so stellt man unschwer fest, dass einzelne an verschiedenen Orten gleichzeitig aktiv sind und so für eine übergeordnete babylonische Doktrin sorgen.

In der Schweiz gebe es ungefähr 15‘000 fremdplatzierte Kinder. Das dürften schweizweit zirka ein Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahren sein, Tendenz steigend. Bei einer Fremdplatzierung mit vollbetreutem Wohnen muss mit jährlichen Kosten von mindestens Fr. 75‘000.00 gerechnet werden. Diese ergeben sich aufgrund der amtlichen Tarife: Bei teilbetreutem Wohnen für Jugendliche ab Fr. 160.00 pro Tag oder Fr. 58‘400 pro Jahr, bei vollbetreutem Wohnen Fr. 210.00 bzw. Fr. 76‘650 pro Jahr. Diese Ansätze können aber bis auf Fr. 300.00 ansteigen. Rechtet man das zusammen, so ergibt dies ein Milliarden-Geschäft. Dieser «Markt» wurde von Soziologen, Pädagogen, Psychologen, Juristen und Politikern zulasten der Familien geschaffen. Finanziert wird er mit Steuergeldern und durch die zerstörten Familien. Kein Wunder, dass sich die gleichen Akteure dieser Branche ein grosses Stück dieses Kuchens einverleiben möchten, zumal der Kuchen wie ein Hefeteig aufgehen wird.

Da der Staat ein Monopol auf diese Fremdplatzierungen hat, diese Aufgabe aber noch nicht selbst erledigen will, beauftragt er entsprechende Organisationen. Dafür buhlen sich verschiedenste Organisationen um dieses Monopol.

Eine der grösseren im Kanton Zürich ist der Verein Espoir.[573] Als Non-Profit-Organisation setze er sich seit 1992 für das Wohl und die Rechte von benachteiligten Kindern ein, behauptet er. Die Vertreter des Patronats sind auf den ersten Blick mehrheitlich babylonisch.

Der Verein Familien- und Jugendhilfe FUJH[574] wurde 1870 als freiwilliger Armenverein in Winterthur gegründet. 1992 wurde der Verein neu konzeptioniert und erhielt den heutigen Namen. Demzufolge wusste der Vorstand damals, was auf ihn zukommen werde.

Betrachten wir aber die honorierten Kosten von rund Fr. 75‘000.00 pro Jahr und fremdplatziertem Kind, so ist das ein Betrag, den fast die Hälfte der Arbeitnehmenden pro Jahr nicht oder gerade erhalten.[575] Viele müssen von diesem Betrag eine ganze Familie ernähren, Kinder betreuen und deren Fortkommen sichern. Der Staat schafft aber mit diesen Fremdplatzierungen auf dem Rücken der Betroffenen eine neue Klientel, die gleichzeitig mehrere Kinder aufnehmen und dazu noch einer weiteren Arbeit nachgehen.

572 http://www.elternsein.ch
573 http://www.vereinespoir.ch
574 http://www.fujh.ch/
575 http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/key/erwerbseinkommen.html

Vertreter der KESB und Meldungen über die KESB

Die Behördenvertreter der KESB meiden die Öffentlichkeit, dafür schätzen sie umso mehr die Dunkelheit hinter dem Amtsgeheimnis. Trotzdem findet man die Vertreter Babylons:

Christoph Häfeli*

Ruedi Winet*

Andreas Haltinner*

Glen Aggeler*

Jürg Eberhart*

Patrick Fassbind*

- § Christoph Häfeli, Prof. em. FH, lic. iur. / dipl. Sozialarbeiter, ehem. Rektor und Dozent an der Hochschule Luzern, Experte für Kindes- und Erwachsenenschutz, Niederrohrdorf. Mitglied Arbeitsausschuss Konferenz für Kindes und Erwachsenenschutz (KOKES, bis 31.12.2009: Konferenz der kantonalen Vormundschaftsbehörden VBK).
- § Ruedi Winet, dipl. Pflegefachmann HF Psychiatrie, Jurist, Präsident der KESB Pfäffikon ZH.
- § Andreas Haltinner, lic. iur., ehemaliger Generalsekretär des Justiz- und Polzeidepartement, Gemeindepräsident Gaiserwald, heute Präsident der KESB Gossau SG. Er muss von der Behördenkriminalität Kenntnis haben und sie decken.
- § Der Jugendkontaktpolizist Glen Aggeler ist Präsident der KESB Toggenburg.
- § Jürg Eberhart, Vorsitzender der KESB-Geschäftsleitung des Kantons Bern bis 2013
- § Patrick Fassbind, Dr. iur., Advokat, MPA, Präsident der KESB Bern

Wenn die Medien einige wenige Meldungen über Misshandlungen in Heimen berichten, so werden diese Taten durch die Verantwortlichen negiert und die Verantwortlichen haben ein Interesse, den Fall auf sich ruhen zu lassen, denn unter dem Strich geht es um wichtigeres als nur um ein paar einzelne Kinder.[576]

Volksinitiative gegen die KESB

Zoe Jenny*

Julia Onken*

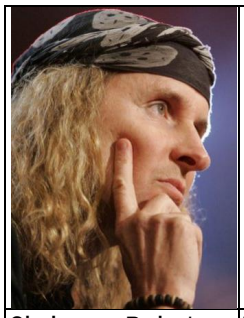
Die Schriftstellerin Zoe Jenny betreibt die Homepage kindergerechte-justiz.ch. Sie und mit ihr 700 Mütter und Väter kämpfen gegen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Wenn man auf deren Hauptseite stösst, so hat man allerdings den Eindruck, dass man vom Regen in die Traufe kommt, wenn man die «Bestsellerautorin» und Psychotherapeutin Julia Onken in ihrer Pose und den Rocker und Blocher-Freund Chris von Rohr[577] sieht. Jenny ist Botschafterin der zwielichtigen schweizerischen Kinder- und Jugendorganisation Pro Juventute. Sie wurde auch schon von Prinz Charles, dem Vertreter des britischen Königshauses, in Bern besucht.

Und nun will ausgerechnet der ehemalige AUNS-Präsident Pirmin Schwander (SVP/SZ) mit der Schriftstellerin Zoe Jenny eine Volksinitiative lancieren. Nach den Sommerferien 2015 sollte die Unterschriftensammlung beginnen. Schwander sagte: *«Die Kesb haben sich zu einer Art vierter Gewalt*

576 http://www.blick.ch/news/schweiz/aargau/neue-vorwuerfe-gegen-das-kinderheim-brugg-auch-meine-kinder-wurden-geschlagen-id64260.html

577 Von Rohr erhielt von Christoph Blocher einen Lobbyisten-Pass fürs Bundeshaus.

im Staat entwickelt, die keiner beeinflussen kann. … Es wird über die Köpfe von Kindern, Eltern und Senioren hinweg entschieden, ohne dass sie sich unmittelbar wehren könnten.»


Chris von Rohr*

Pirmin Schwander*

Die Initiative von Jenny kommt nicht zustande, dafür startet nun aber eine neue Gruppe, wiederum mit Pirmin Schwander, mit einer KESB-Initiative.[578]

Es ist nicht zu vergessen, dass diese Gesetzesänderung unter dem damaligen SVP-Justizminister und ehemaligen AUNS-Präsident Christoph Blocher in die Wege geleitet worden ist.

Der Bilderberger und babylonische Lakai Blocher, der von Demokratie faselt, gleichzeitig aber alles unternimmt, um seine Wähler anzulügen, hat mit dieser Gesetzesnovelle einmal mehr sein wahres Gesicht gezeigt: Die heutige Kesb ist nur die Vorstufe für ein noch viel schlimmeres Regime.

Für das Politsystem ist es bezeichnend, dass wieder die gleichen Kreise darum herum basteln werden. Solange Babylon die Fäden kontrolliert, wird es sicher nie besser herauskommen. Wichtig ist aber für die dumm gehaltene Masse zu begreifen, dass aus dem «Volk» heraus «demokratische» Initiativen ergriffen werden. Das suggeriert den Massen die schweizerische Demokratie, die nicht vorhanden ist. Was die Massen aber nicht bemerken wollen, ist, dass diese Initiativen immer wieder von Babylon missbraucht werden. Diese Initiative wird deshalb zur grössten PR-Aktion der KESB, anstatt dass die KESB abgeschafft und die Fehlbaren zur Verantwortung gezogen würden.

Wie weit wir es mit unserem babylonischen «Recht» gebracht haben, zeigt das am 06.01.2015 in den Medien publizierte Urteil des babylonischen Bundesgerichtes. Ein unverheiratetes eritreisches Paar hat in den Jahren 2007 bis 2010 drei Kinder gezeugt. Im Oktober 2010 hatten sie sich in Italien kirchlich getraut. Und zwei Jahre später ist die Mutter der drei Kinder gestorben. Eine KESB im Kanton Basel-Landschaft hat nun entschieden, dass der leibliche Vater der Kinder weder das elterliche Sorgerecht, noch ein Besuchsrecht erhalte und die Kinder bei einer Pflegefamilie zu leben haben. Der Grund dieses Entscheides liege im italienischen Recht, weil in Italien angeblich eine solche Eheschliessung nicht anerkannt sei. Man muss sich überhaupt nicht wundern, wenn Leute ab solchen abstrusen Entscheiden ausrasten; aber das ist ja genau Absicht! Wie bereits erklärt, haben die Juristen überhaupt noch nie begriffen, wofür sie da sind, ausser einer saftigen Honorarnote zu stellen. Für sie ist das Recht reine Onanie, dafür lässt sich damit ohne Skrupel sehr gut leben.

Erst wenn man sich etwas tiefer mit der Angelegenheit und mit Einzelfällen[579] auseinander setzt, versteht man, weshalb in der Strafverfolgung das Legalitätsprinzip durch das Opportunitätsprinzip ersetzt wurde. Unter dem Legalitätsprinzip müssten die Strafverfolgungsbehörden bei Behördenwillkür einschreiten, unter dem Opportunitätsprinzip nicht mehr, weil die Regierung vorsätzlich und missbräuchlich andere «Schwerpunkte in der Strafverfolgung» setzt.

Es kommt noch viel auf uns zu

> *«Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend grosse Ausmasse angenommen hat.»* *Bertolt Brecht, 1898-1956, deutscher Lyriker und Dramatiker*

Wenn unsere Politiker die Schweiz in die EU zwängen wollen, so müssen wir zuerst einmal über die Grenze schauen, was dort geschieht. Dann können wir daraus folgern, wie bei uns das Recht noch verändert wird.

578 http://stopp-der-kesb-willkuer.ch/Startseite/ und http://www.ch-volk.com/

579 Beispiel: http://www.ch-volk.com/medienevents/

Ausland

Ordnungsämter:

In Deutschland und in Österreich gibt es das sogenannte Ordnungsamt. Es ist die Bezeichnung für eine Organisationseinheit innerhalb der Kommunalverwaltung, in der üblicherweise die Aufgabe der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung wahrgenommen wird.

Häufig sind in Gemeinden mehrere Ordnungsbehörden im Ordnungsamt zusammengefasst. Das Ordnungsamt nimmt daher eine Reihe verschiedener ordnungsbehördlicher Aufgaben wahr. Viele Städte haben im Ordnungsamt den Vollzugsdienst der Ordnungsbehörde angesiedelt. Die Angestellten und Beamten des Ordnungsamtes bzw. der Stadtpolizei sind teilweise mit Schusswaffen bewaffnet und verfügen, je nach Landesrecht unterschiedlich ausgeprägt, über ähnliche Befugnisse wie die Landespolizei.[580]

In Österreich sind Ordnungsämter nur in wenigen Städten eingerichtet. In mittleren Städten sind oftmals Stadtpolizeien eingerichtet, welche auch die Stadtverordnungen durchsetzen. Diese Stadtpolizeien sind der Bundespolizei auf dem Gemeindegebiet gleichgestellt und bewaffnet. In Städten mit einer Landespolizeidirektion als Sicherheitsbehörde erster Instanz, welche keine Stadtpolizei einrichten dürfen, wurden zum Teil Ordnungsdienste eingerichtet. Dies sind die Ordnungswache Graz, das Ordnungsamt Klagenfurt, die Mobile Überwachungsgruppe in Innsbruck oder etwa die Ordnungswache Wels. In Linz wurde das Ordnungsamt nicht bei der Stadtverwaltung sondern als GmbH eingerichtet und heisst *Ordnungsdienst der Stadt Linz GmbH*. Die Mitarbeiter der Ordnungsämter sind uniformiert und zum Teil, wie in Klagenfurt, mit Pfeffersprays bewaffnet.[581]

Qualitätsstandards:

Benita Ferrero*

«Heute erfährt Europa bedeutsame ökonomische, politische, umweltpolitsche und soziale Veränderungen, die Kinder direkt betreffen.», schreibt die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner (1948-), Kommissarin für Auswärtige Beziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik im Vorwort zum Bericht «Quality4Children, Standards in der ausserfamiliären Betreuung in Europa».[582]

Sie schreibt aber weiter:

> *«Kinder von sozial benachteiligten Eltern oder Kinder, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie aufwachsen können, sind am häufigsten von Armut, Ausschluss und Diskriminierung betroffen. Diese Lebensbedingungen können dazu führen, dass sie noch leichter Opfer von Missbrauch, Vernachlässigung und Ausbeutung werden. Die Art und Weise wie ein Kind aufwächst und seine konkreten Lebensbedingungen haben einen grossen Einfluss auf seine unmittelbare Lebenssituation. Es ist eine traurige Tatsache, dass in Europa prozentual mehr Kinder als Erwachsene in Armutsverhältnisse leben. Daher müssen wir angemessene Lebensbedingungen und Betreuung für alle Kinder sicherstellen.»*

Der erste Standard heisst: *«Das Kind und seine Herkunftsfamilie werden während des Entscheidungsfindungsprozesses unterstützt.»* Diese Floskel kennen wir bei unseren Behörden zu gut, als dass sie für bare Münze genommen werden kann.

Der Qualitätsstandard Quality4Children (Q4C) wurde durch die nachfolgenden drei Organisationen unter der Beteiligung von 32 europäischen Ländern massiv gefördert, um die in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte umzusetzen:

- Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE)
- Internationale Vereinigung für Pflegeunterbringung (IFCO)
- SOS Kinderdörfer

---

580 http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/1055476
581 https://de.wikipedia.org/wiki/Ordnungsamt
582 http://www.quality4children.ch/media/pdf/q4cstandards-deutschschweiz.pdf

Die FICE wurde 1948 unter der Schirmherrschaft der UNESCO in Trogen (Schweiz), dem Sitz des Illuminaten-Kinderheimes, gegründet. Sie unterhält Kontakte zu UNESCO und UNICEF, zum Europarat und zum ECOSOC. Sie ist Mitglied der UN-NGO-Gruppe für Rechte der Kinder sowie Mitglied der EN-SACT (European Network for Social Action). Das sind alles babylonische Organisationen.

IFCO wurde 1981 gegründet und ist die einzige internationale Organisation, die all diejenigen miteinander verbindet, die sich weltweit für eine hohe Qualität der Pflegeunterbringungen von Kindern und Jugendlichen einsetzen. IFCO hat in 62 Staaten Mitgliederorganisationen. Die Anfänge der IFCO gehen in das Jahr des Kindes von 1979 zurück. Damals organisierte die UNO eine Veranstaltung zum Thema Pflegefamilien, an der eingeladene Regierungen, UNICEF und andere Netzwerke vertreten waren. In der Folge wurden die Vorbereitungen für die Gründung von IFCO in die Wege geleitet und 1981 gegründet. IFCO hat in 62 Staaten Mitgliederorganisationen. IFCO ist demzufolge babylonisch.

Die SOS Kinderdörfer wurden 1949 durch den österreichischen Freimaurer Hermann Gmeiner gegründet. Als Vorbild diente das Schweizer Kinderdorf in Trogen des Illuminaten Heinrich Pestalozzi. Ziel war, Familien für Kinder in Not zur Verfügung zu stellen; Familien, die gemeinsam mit den Kindern deren Zukunft gestalten und die Gemeinschaft mit ihnen teilen und entwickeln.

Wenn festgehalten wird, dass die soziale Benachteiligung bei Eltern oder Kinder der häufigste Grund sei und daher angemessene Lebensbedingungen und Betreuung für alle Kinder sicherzustellen sei, so hat das in absehbarer Zeit massive Auswirkungen. Ein grosser Teil der Bevölkerung merkt, dass es wirtschaftlich abwärts geht. Das ist keine subjektive Beurteilung, sondern eine rein objektive, auch wenn diese im Mainstream vorsätzlich verschwiegen wird. Die Kriege, aber vor allem die Weltkriege konnten nur finanziert werden, weil das Geld nicht mit einem physischen Wert hinterlegt war. Deshalb war es möglich, die Druckerpresse beliebig in Gang zu setzen. Das wurde während des Ersten und Zweiten Weltkrieges gemacht, weshalb auch die Edelmetall-Bindung aufgehoben werden musste. Der Zweite Weltkrieg wurde zudem mit der Weltwirtschaftskrise, die wegen der Finanzspekulation ausbrach, angefacht. Das wird auch demnächst passieren, nur um einen exponentiellen Faktor grösser. Dann werden grosse Massen verarmen. Das wird dann der Zeitpunkt sein, wo die Familien nicht mehr in der Lage sein werden, die Kinder zu versorgen, weil sie sich selbst rund um die Uhr gemäss dem Willen der Politik «prostituieren» müssen, womit die Stunde der Kinderschutzbehörden geschlagen hat. So werden die Familien ihrer Kinder beraubt werden.

Fazit: Nur noch Familien mit genügendem Einkommen werden vorläufig die eigenen Kinder behalten können, sofern sie sie den behördlichen Vorschriften entsprechend erziehen bzw. abrichten.

Norwegen:[583]

Die polnische Autorin Nina Witoszek, die heute in Norwegen lebt, mahnt, dass Menschen, die unter kommunistischen Regimes gelebt haben, ein merkwürdiges Gefühl von *dejà vu* in Westeuropa erleben:

> *«Bevor man einen Satz formuliert, schaltet man den Zensur-Autopiloten im Kopf ein, der fragt: Wen könnte ich damit beleidigen? Bin ich zu proisraelisch oder vielleicht zu antifeministisch oder - Gott bewahre - antiislamisch? Bin ich ‹progressiv› genug? Bald schreiben wir alle in einer ‹entkoffeinierten› Sprache: Wir werden brav ständig die guten Mantras wie ‹Dialog›, ‹Pluralismus›, ‹Aussöhnung› und ‹Gleichheit› wiederholen.»*[584]

Die Kinderrechte werden in Norwegen hochgehalten. Der Staat will möglichst allen Kindern gleiche Chancen bieten und bestmögliche Entfaltung garantieren. Zu diesem Zweck wurden 1992 die Barnevernet, das sind die Kinderschutzbehörden, (ähnlich wie in der Schweiz) «professionalisiert». Nun kümmern sich nicht mehr Laien aus den Gemeinden um «schwierige» Familien, sondern Psychologen und Sozialarbeiterinnen, die ausserdem mehr Macht erhalten haben. Die Behörde ist gesetzlich ver-

583 Weltwoche Nr. 6 vom 05.02.2015: Tyrannei der Wohlmeinenden

584 Bericht mit zusätzlichem Film (englisch): https://psychosputnik.wordpress.com/category/german/
http://acht-der-schwerter.myblog.de/acht-der-schwerter/art/4586873/

pflichtet, rasch zu handeln, wenn sie von solchen Fällen hört. Dass sie davon hört, ist darauf zurückzuführen, dass jedermann angehalten ist, der Behörde zu melden, wenn in einer Familie Vernachlässigung oder Missbrauch vermutet wird. – Und schon habe man Sozialarbeiterinnen im Haus, die einen ausspähten. Die Folge ist, dass die Zahl der Interventionen in Familien drastisch zugenommen hat, ebenso die der Fremdplatzierungen und damit verbunden der Sorgerechtsentzüge.

Damit die neue Industrie nicht arbeitslos wird, haben die Behörden ein Handbuch *«Verraten. Elterliches Versagen geht uns alle an»* geschaffen, wie vorzugehen ist, um die Anzahl der Fälle zu mehren. Es sei nötig, die Eltern bewusst zu provozieren, um zu sehen, wie sie unter Druck reagierten. Verlieren sie die Geduld, so sei das nachher der Beweis für ihre schlechte Eignung als Erzieher.

Die Professorin Nina Witoszek von der Universität Oslo sagt, die Kinderschutzbehörde sei eine stalinistische Institution. Sie rät: Eure Kinder gehören nicht euch. Sie gehören dem Staat. Gleichzeitig behaupten die Behörden, diejenigen, die die Arbeit der Behörde kritisieren, seien ungebildete, aggressive Eltern.

Körperstrafen, sie sind schon lange verboten, werden genau gleich wie intensive Zuneigung als sexueller Missbrauch interpretiert. Wer sein Kind nach traditionellen Rollenmustern erzieht, macht sich ebenfalls verdächtig. In Norwegen gilt «Gender-Mainstreaming», d.h. ein Kind gilt als «es» bis es weiss, ob «es» ein Er oder eine Sie sein will. Deshalb werden Kinder von der Kindesschutzbehörde ohne Skrupel bei homosexuellen oder lesbischen Paaren platziert. Letzteres passiert auch in der Schweiz immer mehr.

Für die Pflegeeltern ist die Platzierung ein goldiges Geschäft. Sie erhalten nebst knapp 50‘000 Euro pro Jahr und Pflegekind noch Spesen und Ferien. Das ist nicht verwunderlich, wenn sich daran eine ganze Industrie labt, schlussendlich braucht es zu jedem Fall Gutachten, Besuche und Begleitungen. Das alles ist nicht gratis und wird fürstlich bezahlt.

Vieles davon, was die Norweger haben, haben wir in der Schweiz bereits eingeführt und der Rest wird demnächst ebenfalls folgen.

Kindergerechte Justiz:

Nachdem die Justiz nicht einmal den Erwachsenen gerecht wird, soll nun durch Babylon versucht werden, eine kindergerechte Justiz aufzubauen. Das ist die Absicht des babylonischen Ministerkomitees des Europarates, gestützt auf die UN-Kinderrechtskonvention. Dazu hat er Leitlinien[585] verfasst, die einmal mehr umfassende Forderungen nach behördlichen Massnahmen verlangen. So soll es nach einem Tieranwalt nun neu auch Kinderanwälte geben. Es wird alles viel komplizierter werden, damit niemand mehr den Durchblick hat, damit man nachher mit Fug und Recht behaupten kann, dass jede Willkür genau nach Gesetz entschieden worden sei.

Wie es dann herauskommt, kann in Spanien verfolgt werden. Da gibt es neu nach dem Gesetz Jungs mit Vaginen und Mädchen mit Penissen.[586]

Das Gesetz betrachtet die Geschlechtsumwandlung als Teil des neu postulierten «Grundrechtes». Die Kosten dafür habe die Allgemeinheit zu tragen. Dazu gehören «hormonelle Behandlungen» und «chirurgische Eingriffe». Das Gesetz setzt das Elternrecht ausser Kraft. Die «Behandlung mit männlichen Hormonen für Mädchen, die sich als Jungs fühlen und umgekehrt», soll gegen den Willen der Eltern stattfinden können. In allen Bereichen habe die «frei gewählte» Geschlechtsidentität auf dem «Identitätswege» respektiert zu werden, ob im Bereich von Gesundheit, Sport, Erziehung oder Kleidung. Jede Form der Geschlechtertrennung sei aufzuheben: «Ein Junge soll in die Umkleideräume der Mädchen gehen können, um zu zeigen, dass er sich ‚als Frau fühlt‘».

Eigentlich ist das in der Schweiz bereits Praxis, indem die zwangsweisen Krankenkassen die Geschlechtsumwandlung bezahlen.

---

585 http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/childjustice/Source/GuidelinesChildFriendlyJustice_DE.pdf

586 Katholisches vom 21.03.2016: *„Ab heute gibt es Jungs mit Vagina und Mädchen mit Penis“ – Madrid hat „totalitärstes Gesetz“ erlassen.* http://www.katholisches.info/2016/03/21/ab-heute-gibt-es-jungs-mit-vagina-und-maedchen-mit-penis-madrid-hat-totalitaerstes-gesetz-erlassen/

Beachte: Die Annahme eines anderen Geschlechts ist eine Folge einer falschen Erziehung.

Schweiz

Die Universitäten als Entwickler der Vorgänge:

Die Universitäten waren seit ihrer Entstehung aktive Träger und Entwickler des babylonischen Materialismus. Deshalb sind die Universitäten immer am Volksbetrug aktiv mitbeteiligt, denn sie erstellen die Grundlagen für die Politik.

Diese Grundlagen werden immer Jahre voraus erstellt, bevor das Thema auf der politischen Tagesordnung steht. So sind an den Universitäten aber bereits Stimmen laut geworden, dass in der Schweiz Ordnungsämter wie in Deutschland und Österreich geplant seien.

Die KESB aufgrund des EU-Rechtes und der Bundeskompetenz in ein Ordnungsamt zu überführen wird über den autonomen Nachvollzug des EU Rechts ein leichtes sein. Sozialarbeiter dürfen hierdurch Waffen tragen; auch KESB-Mitarbeiter! Zu ergänzen ist auch, dass Sozialarbeiter bereits heute nicht mehr rapportieren dürfen, wenn sie Personen zwangsmässig medikamentieren müssen.

Der Vorwurf des Aargauer Kesb-Chef Jürg Lienhard ist auch voll daneben, wenn er die KESB verteidigt und behauptet, dass sie die Sozialindustrie unnötig aufblähten. Sie hätten kein Interesse daran, die Gerichte mit unnötigen Fällen zusätzlich Arbeit zu machen. Diese Sprüche haben wir inzwischen durchschaut. Die KESB muss deshalb in den gleichen Topf geworfen werden wie die Gerichte, denn auch sie sind babylonisch.

Auf der juristischen Seite waren bei der Implementierung des KEBS-Rechts nebst der Universität Luzern vor allem die Professoren Peter Breitschmid, Andrea Büchler, Michele Margot und Andreas Thier engagiert.

Peter Breitschmid*

Andrea Büchler*

Michele Margot

Andreas Thier*

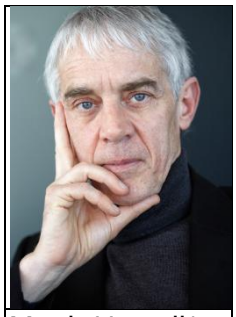
Breitschmid, der ehemalige Ersatzrichter am Obergericht Zürich, im Film macht er das Freimaurerzeichen, hält an der Universität Zürich den Lehrstuhl für Privatrecht mit Schwerpunkt ZGB.

1990 kandidierte Büchler für das «Bündnis grün - feministisch - links» erfolglos um einen Sitz im Nationalrat. Sie sass 1995-2002 im Grossen Rat des Kantons Basel Stadt und war von 1997-2001 Mitglied des Bankrats der Basler Kantonalbank. Als Grossrätin hat sie deshalb im Minimum ungetreue Amtsführung begangen. Dafür wurde sie 2002 mit einer Professorenstelle an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich belohnt; in der Zeit 2003-2007 war sie Co-Direktorin des Kompetenzzentrums Gender Studies der Universität Zürich. Seit 2009 ist sie Direktorin des Center for Islamic and Middle Eastern Legal Studies der Universität Zürich. Sie macht genau was Babylon will.

Michele Margot ist seit 2014 Assistenzprofessorin für Zivilrecht und Zivilverfahrensrecht unter besonderer Berücksichtigung des Familienrechts und der verfahrensrechtlichen Bezüge an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. 2012-2013 arbeitete sie als Juristin im Rechtsdienst *Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz* Zug und 2007-2012 war sie für Projektleitung und Koordination des Nationalfonds-Projekts Familienrechtskommentar Erwachsenenschutzrecht zuständig. Hier ist anzumerken, dass das revidierte ZGB 2013 in Kraft trat. Der babylonische Nationalfond[587] ist als private Stiftung konzipiert, wobei der Bund die Kosten trägt. Mit andern Worten: Babylon hat den Auftrag für die Gesetzesänderung befohlen und die linke Hand hat das Gesetz entworfen und die rechte den dazu gehörenden babylonischen Rechtskommentar.

587 http://www.snf.ch

Der Deutsche Andreas Thier ist Rechtshistoriker und hält seit 2004 den Lehrstuhl für Rechtsgeschichte, Kirchenrecht, Rechtstheorie und Privatrecht an der Universität Zürich.


Martin Vetterli*

Es ist kaum verwunderlich, wenn der Schweizerische Nationalfond zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) die Koordination des Familienrechtskommentars mit Steuergeldern finanziert hat. Der Präsident des SNF, Martin Vetterli ist ein Bilderberger. Und da der Bilderberger Blocher bereits wiederholt die Demokratie abgeschafft hat und er zudem als Bundesrat auch kein Interesse an deren Wiedereinführung hatte, ist Blochers KESB-Gesetz ebenfalls ein babylonisches.

Gefährdungsmeldungen

Die KESB wurde nicht als Selbstzweck erschaffen, denn sie hat gemäss dem Kommunistischen Manifest die Aufgabe, die Gesellschaft so vorzubereiten, dass

- die Familien zerstört werden;
- die Kinder in staatlichen Institutionen aufwachsen und erzogen bzw. abgerichtet werden.

Deshalb muss die Übungsanlage so angelegt sein, dass möglichst viele Familien davon betroffen sind, d.h. immer mehr Familien von der Mühle KESB erfasst werden mit dem Ziel, die kritische Menge zu erreichen und die Gesellschaft daran zu gewöhnen, dass das alltäglich sei. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, das anvisierte Ziel direkt umzusetzen. Das ist nur eine Frage der Zeit, denn durch Medienmanipulation und anderen Prioritäten kommt die Problematik ausser Sinn.

Wenn nun ein fünfjähriger Knabe einen gleichaltrigen penetrieren will, so ist das eine Folge des Sexualkundeunterrichtes und des Einflusses der Frankfurter Schule. Da hilft es nichts, gegen die Eltern ein Strafverfahren von Zaun zu reissen, den Eltern das Kind wegzunehmen oder den Buben psychiatrisch zu begutachten.[588] Die einzige Möglichkeit ist, diesen Sexualkundeunterricht und die Umsetzung der Frankfurter Schule zu verbieten, damit nicht weitere solche Fälle auftreten. Aber unsere korrupten und unfähigen Politiker und Behörden wollen das nicht, denn es entspricht nicht der babylonischen Agenda.

Die KESB ordnete 2015 allein im Kanton Zürich insgesamt 21'352 Massnahmen an. Das entspricht 14,6 Massnahmen pro 1000 Einwohner oder 1.48 Prozent.[589]

Im Jahr 2014 haben die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) schweizweit mindestens 24'527 Gefährdungsmeldungen für Erwachsene und 21'879 für Kinder erfasst. Viele Behörden klagen über zu wenig Personal respektive zu viele Fälle. Das ist nur der Anfang der Fahnenstange![590]

Seit 2013 sind Eltern, die sich um ihr behindertes Kind kümmern, nicht automatisch auch berechtigt, dies weiterhin zu tun, wenn das Kind volljährig wird. Gemäss dem neuen Erwachsenenschutzrecht müssen sie von den Kesb als Beistände eingesetzt werden. Damit geht oft ein beträchtlicher administrativer Aufwand einher: Die Eltern müssen beweisen, dass sie weder vorbestraft noch verschuldet sind: Betreibungs-, Vorstrafenregister und zwei Referenzen pro Elternteil können die Kesb einfordern. Dazu kommt in manchen Fällen ein obligatorischer eintägiger Basiskurs. Viele Eltern erleben die plötzliche Kontrolle als Affront. Nachdem sie sich jahrelang aufopfernd um ihr Kind gekümmert

588 20 Minuten vom 11.06.2017: «Der Bub wird durch Kesb-Einsatz traumatisiert» http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Der-Bub-wird-durch--Kesb-Einsatz-traumatisiert--24908848

589 Tagesanzeiger vom 28.04.2016: *Fremdplatzierungen haben mit der Kesb nicht zugenommen*. http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Fremdplatzierungen-haben-mit-der-Kesb-nicht-zugenommen/story/14225862

590 20Minuten vom 04. Mai 2016: *Zu wenig Personal, zu viele Kesb-Fälle*. http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Zu-wenig-Personal--zu-viele-Kesb-Faelle-26060890

haben, fühlen sie sich von den Behörden gegängelt und verdächtigt. Nach der Eintrittsprüfung verlangen die Kesb in vielen Fällen von den Eltern alle zwei Jahre einen Bericht.[591]

3.3 Erklärung von speziellen Fällen

Nachdem ich anhand meiner eigenen Erfahrung die Behörden und die Geschichte kennen gelernt habe, will ich der Öffentlichkeit auch die Hintergründe einiger weniger, zum Teil medienwirksam bekannten Fälle erklären. Diese stehen repräsentativ für eine ganze Lawine weiterer Fälle, die mir mehrheitlich nicht bekannt sind.

3.3.1 Psychex[592]

PSYCHEX ist ein 1987 gegründeter gemeinnütziger Verein, der sich für Menschen einsetzt, welche gegen ihren Willen in einer psychiatrischen Anstalt eingeschlossen und zwangsbehandelt werden. Er kämpft gegen die an Inquisition erinnernden Zustände in der Zwangspsychiatrie, stellt sich entschieden auf die Seite der Eingeschlossenen und engagiert sich für deren sofortige Entlassung.

Inzwischen hat der Verein in mehr als 30‘000 Fällen bei Personen Hilfe geleistet, die sich gegen die Zwangseinweisungen und Zwangsbehandlungen in psychiatrischen Anstalten gewehrt haben. Ihr Hauptaugenmerk besteht darin, für die Betroffenen schweizweit das Haftprüfungsverfahren gemäss Art. 5 Ziff. 4 EMRK direkt bei den zuständigen Gerichten und Verwaltungsbehörden (KESB) in Gang zu setzen. Zwangspsychiatrisierte haben beim Bundesgericht eine Entlassungschance von weniger als vier Prozent.

Aufgrund dieser Arbeit erhält PSYCHEX Einblick in die Vorgänge hinter den Hochsicherheitsschleusen. Fixierung auf Bett (Fesselung), Zwangsmedikamentierung und Isolation sind nur die bekanntesten Folterinstrumente, die alle fast ausschliesslich unter Einsatz von Gewalt erfolgen. Deshalb müsse «ausreichend geschultes» Personal vorhanden sein.

Ab 1990 wurde der Verein vom Bundesamt für Sozialversicherungen subventioniert. Seit dem Jahre 2014 wurden diese Beiträge gestrichen, möglicherweise wegen deren Kritik. Nachdem der Leserschaft bekannt ist, welche Ziele die Behörden verfolgen, so erstaunt die Streichung der Subventionen nicht. Aber das ist noch nicht alles, denn das Bundesamt für Sozialversicherungen hat den Verein wegen angeblicher Rückforderungen von über 400‘000 Franken betrieben.[593]

Wenn sich das Bundesamt für Sozialversicherungen durchsetzen wird, wird der Verein liquidiert werden. Die Konsequenz daraus ist, dass dann niemand mehr die willkürlich inhaftierten aus der Psychiatrie heraus holt. Diese Absicht ist lediglich eine Folge der Zielsetzung zur Beherrschung der Menschheit.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass die Behörden ebenfalls versucht hatten, mich in die Psychiatrie einzuweisen, es aber nicht geschafft haben. Das bedeutet, alle, die sich gegen die Behördenkriminalität wehren, werden so auf unbestimmte Zeit «entsorgt».

---

591 Tagesanzeiger vom 12.08.2016: *Eltern von Behinderten wehren sich gegen Kesb-Kontrollen*. http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/eltern-von-behinderten-wehren-sich-gegen-kontrollen/story/21545674

592 http://www.psychex.ch/html/frameset.htm

593 Die Betreibung: http://www.psychex.ch/doku/BSV.pdf
Was bisher geschah: http://www.psychex.ch/doku/BSV46.pdf

3.3.2 Das Zuger Attentat vom 27.09.2001

Am 27.09.2001 verübte Friedrich Leibacher während einer Sitzung des Kantonsrates im Parlamentsgebäude des Kantons Zug ein Attentat. 14 Personen wurden erschossen. Kurz darauf nahm er sich angeblich selbst das Leben. Leibacher hatte zuvor jahrelang durch exzessiven Gebrauch von Rechtsmitteln auf sich aufmerksam gemacht und fühlte sich vom Rechtsstaat derart schlecht und nachteilig behandelt, dass er sich zu dieser Tat gedrängt sah.

Nachdem ich die Geschichte recherchiert habe, sehe ich diesen Fall in einem ganz anderen Licht, als er offiziell dargestellt wird. Es sind in meinem Fall teilweise Parallelen vorhanden, zumindest was die Behörden betrifft, nicht jedoch der Rechtsuchenden.

Aus den medialen Publikationen ist hervorgegangen, dass die Behörden zwei Wochen vor dem Attentat gewarnt worden sind, dass er etwas im Schild führe. Gemacht haben sie nichts, denn ich unterstelle ihnen bis zum Beweis des Gegenteils, dass es Absicht war, den Fall eskalieren zu lassen. Die Folge war, wie wir alle feststellen konnten, dass sämtliche behördliche Einrichtungen zu Hochsicherheitsbereichen eingeigelt wurden. Das Attentat war ein Fanal für mehr «Sicherheit», aber auch weniger «Freiheit». Das war gewollt. Aufgrund des Berichtes der Schweizer Illustrierten ist zudem davon auszugehen, auch wenn ein anderer Schluss gezogen wurde, dass Leibacher nicht Selbstmord begangen hat, sondern dass er erschossen wurde.

Betrachtet man dann noch den Untersuchungsbericht des Untersuchungsamtes des Kantons Zug, insbesondere das Kapitel *Zur Person des Täters*, dann muss ich mich tatsächlich fragen, ob das alles den Tatsachen entspricht, was da alles geschrieben wurde. Es erinnert mich an die Bedrohungsanalyse der Polizei, aus denen nachher die Schizophrenie definiert wird, die unsere Schulwissenschaft gar nicht versteht.

Der damalige Justiz- und Polizeidirektor, Hanspeter Uster, hat das Attentat überlebt. Uster startete seine politische Laufbahn bei der trotzkistischen Revolutionär-Marxistischen Liga (RML), ab 1980 in deren Nachfolgeorganisation, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und wurde 1986 Gründungsmitglied der Sozialistischen Grünen Alternative. Die Grünen sind die heutigen Kommunisten. Er trat der Freimaurerloge *Modestica cum Libertate* bei und wurde Meister vom Stuhl.

Im sechzehnten Jahr seiner Amtszeit als Zuger Regierungsrat wurde er von Bundesrat Christoph Blocher angefragt, die Projektleitung *Reorganisationsprojekts in der Strafverfolgung auf Bundesebene* zu übernehmen. Für die durchschnittliche Bevölkerung ist eine Zusammenarbeit zwischen einem Marxisten und einem Rechtsbürgerlichen völlig unverständlich. Im Zusammenhang ist es aber ganz und gar nicht, denn beide passen bestens zusammen. Blocher ist gemäss Internet ebenfalls über die Freimaurerei und die Hochgrade zu den Bilderbergern avanciert; er ist also ein Babylonier. Der Kommunismus, und dazu gehören auch die verschiedenen Strömungen wie Trozkismus, Marxismus, Leninismus etc., ist jedoch ein Kind des Komitee der 300 und damit ebenfalls babylonisch. Uster gibt zu, dass er im Kanton Zug einiges bewegen konnte; natürlich im Sinne der Babylonier.[594]

Wer ist ein origineller Querdenker, wer ein notorischer Nörgler und wer ein Querulant, der zur echten Gefahr werden kann? Diese Frage wird an Fachtagungen unter dem Titel *Wenn der Staat vor dem Bürger zu schützen ist*, abgehandelt. Korrekterweise müsste der Titel heissen: *Wenn der «Staat» im Staat vor dem Bürger zu schützen ist*.[595] Er zeigt auf, in welch falsche Richtung die gesamte Gesellschaft läuft. Auch hier wird wieder der Bock zum Gärtner gemacht.

Der Haupttäter setzt sein Spiel im Innerrhoden fort

Sein eigentliches Hauptziel hat Leibacher allerdings verfehlt. Es war der Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig. Er studierte Rechtswissenschaften und war Polizeirichter, Jugendanwalt und Direktor einer

---

594 Barbara Lukesch: "Es ist ein Wunder, dass es funktioniert hat"
http://www.lukesch.ch/buecher/uster.html

595 AG Therapeut. Jurisprudenz vom 25.03.2012: *QUERULANTEN – von der Rechtskränkung zur Apokalypse*.
https://therapjur.net/2012/03/25/querulanten-von-der-rechtskrankung-zur-apokalypse/

Strafanstalt. 1975 bis 1986 gehörte er dem Grossen Rat an und wurde 1987 Regierungsrat. Nach dem Attentat, erklärte er im Jahr 2002 seinen Rücktritt, um sich einer neuen beruflichen Herausforderung zu stellen. Er wurde Direktor der Zentralen Dienste des Schweizer Paraplegiker-Zentrum in Nottwil. Von Januar 2005 bis Dezember 2008 war er CEO und anschliessend Leiter Stab Direktion des Zuger Kantonsspitals AG.

Robert Bisig

Doch dann verliess er mit 62 Jahren seinen Wohnort Steinhausen und übernahm per 1. Mai 2012 die Stelle als Sekretär des Innerrhoder Volkswirtschaftsdepartement von Regierungsrat Daniel Fässler. Per Ende 2015 wurde Bisig pensioniert. Seither lebt er mit seiner Frau, einer Appenzellerin, die aber ebenfalls in Zug aufgewachsen ist, in Weissbad.[596] Das ist ein ausserordentlicher Wechsel. Ausserordentlich war ebenfalls, dass er treibendes Element war, um den ehemaligen Säckelmeister, Regierungsrat Sepp Moser (2007-2011).

Vor seinem Mandat als Regierungsrat war Moser Bezirksrat, Bezirkshauptmann, während 13 Jahren Grossrat und dabei Mitglied der staatswirtschaftlichen Kommission, die er acht Jahre präsidierte.

Daniel Fässler*

Carlo Schmid*

Als Regierungsrat schaute er die einzelnen Geschäfte aus einer andern Perspektive an als die übrigen Ratsmitglieder der Standeskommission. Das hatte zur Folge, dass er deren Vorgehen in Frage oder sich dagegen stellte. Dabei ging es um Günstlingswirtschaft, Kompetenzüberschreitung, Intransparenz, Geheimnistuerei, aber auch um schwerwiegende Entscheide und solche mit erheblichen finanziellen Konsequenzen, die im Alleingang durch den regierenden Landammann Carlo Schmid gefällt und jeglicher Kontrolle entzogen waren.

Wenn man die Machtverhältnisse in den Behörden erstmals verstanden hat, so weiss man, dass das nicht gut enden konnte. Am 7. August 2010 hat ihn der stillstehende Landammann Daniel Fässler unter vier Augen darüber informiert, dass Moser mindestens in fünf schwerwiegende Steuerstrafverfahren verwickelt sei. Wenn er sofort und kommentarlos die Führung des Steueramts an ihn abgebe und vom Amt des Säckelmeisters zurücktrete, sei es gut. Andernfalls werde er die Standeskommission über seine Untaten im Detail informieren. Moser war kein Straffall bekannt und sich keiner Schuld bewusst. Fässler hat später diese Vorwürfe vor der Standeskommission wiederholt. Eine Woche später reichte Moser seinen Rücktritt ein, zumal in dieser Zeit seine Gesundheit zu wünschen übrig liess.

Die offizielle Version der Standeskommission lautete: «Um bereits jetzt Entlastung zu erfahren, hat er in Absprache mit der Standeskommission beschlossen, sein Pensum als Säckelmeister etwas zu reduzieren. Landammann Daniel Fässler wird für ihn bis zur nächsten Landsgemeinde die Leitung des Steueramtes besorgen.»

Carlo Schmid hat in diesem Zusammenhang verlauten lassen, «Ich habe nie beschissen!» Nein, das hat er ganz bestimmt nicht, er hat nur mitgeholfen, das gesamte Volk zu versklaven und dabei Verbrechen begangen.

Mit diesem Vorgehen wird offensichtlich, dass Babylon dahinter steckt, denn man muss einen unliebsamen Kontrolleur und Störefried entfernen, um das Ziel, der Unterwerfung der Menschheit, weiter führen zu können. Dazu ist Babylon jedes Mittel recht. Ob diese Vorwürfe nur konstruiert waren oder ob Moser in Treu und Glauben ein Geschäft abwickelte, deren Hintergründe nur bei tiefer Abklärung zu ergründen möglich gewesen wären, sei dahingestellt. Letzteres wäre auch denkbar, um so jederzeit nicht genehme Leute los zu werden.

---

596 Luzernerzeitung vom 24.01.2012: *Robert Bisig wechselt in Innerrhoder Verwaltung.* http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/zug/Robert-Bisig-wechselt-in-Innerrhoder-Verwaltung;art93,152046

Noch während seiner Amtszeit wandte sich Moser ratsuchend an den Präsidenten der staatswirtschaftlichen Kommission, Thomas Bischofberger. Vorerst geschah nichts. Eine Besprechung mit der Kommission scheiterte, weil sich diese daran störte, dass er seinen Anwalt mitbrachte. Moser spricht von «bewusster Hinhaltetaktik». Im Mai 2012 reichte er bei der staatswirtschaftlichen Kommission ein Dossier ein, in dem er mehrere Vorwürfe dokumentierte. Die Kommission hat im Innerrhoder Parlament einen kurzen Bericht vorgelegt. Sie habe sich mit den «Anliegen eines Bürgers» befasst, aufgrund der Vertraulichkeit könne sie nicht näher informieren. Bei allen vorgebrachten Punkten seien «keine Abweichungen gegenüber dem geltenden Recht festgestellt» worden.[597] Das ist nichts anderes als die fortsetzende Antwort von Babylon auf Stufe Parlament.

Nachdem Moser beim Parlament ebenfalls kein Gehör gefunden hat, gelangte er im März 2013 mit vertraulichen Informationen an die Medien. Deswegen eröffnete die Innerrhoder Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren und setzte im November 2013 den St. Galler Staatsanwalt Adrian Pfeiffer als ausserordentlichen Staatsanwalt ein. Dieser habe lediglich untersucht, ob Moser Amtsgeheimnisse verletzt habe und ob er berechtigt war, dies zu tun, sagt der Innerrhoder Staatsanwalt Herbert Brogli[598]. «Pfeiffers Aufgabe war es nicht, das Handeln und die Abläufe der Regierung und der Staatswirtschaftlichen Kommission zu untersuchen.» Im Falle des Landverkaufs in Jakobsbad habe Moser das Amtsgeheimnis verletzt, bei den weiteren Sachverhalten habe Staatsanwalt Pfeiffer diese Frage offen gelassen, so Brogli. Letztlich habe der Staatsanwalt aber festgestellt, dass Moser die Geheimnisse zur Wahrung höher stehender Interessen offenbaren durfte. Das Strafverfahren wurde eingestellt.[599] Damit erhielt Moser, aber auch alle andern, die aufdecken wollen, einen Schuss vor den Bug, der heisst: Wenn ihr Amtsgeheimnisse offenbart, die unsere babylonische Kriminalität aufdecken, dann werden wir euch strafrechtlich belangen und medial liquidieren, so dass ihr in der Bevölkerung den letzten Rückhalt verloren habt.

Schuss vor den Bug: Wenn ihr Amtsgeheimnisse offenbart, die unsere babylonische Kriminalität aufdecken, dann werden wir euch strafrechtlich belangen und medial liquidieren, so dass ihr in der Bevölkerung den letzten Rückhalt verloren habt.

Moser hatte in diesem Zusammenhang nebst den geschilderten noch andere Rechtshändel zu bestreiten, die er gewann. Seit der Neubesetzung der Stelle des Sekretärs des Innerrhoder Volkswirtschaftsdepartement war der Zuger Robert Bisig Mosers grösster Widersacher, aber ausgerechnet der Sekretär von Daniel Fässler, der ihn zum Rücktritt zwang.

Sepp Moser sagt aber noch etwas, das auch aus meinem Munde stammen könnte: «Es ist meine tiefste Überzeugung, dass man gegen dieses Geschwür etwas unternehmen muss.»

---

597 NZZ vom 26.03.2013: Ex-Regierungsrat kritisiert Landammänner.
https://www.nzz.ch/schweiz/ex-regierungsrat-kritisiert-landammaenner-1.18053559

598 Brogli, der vorher bei der «bekannten» St. Galler Kanzlei Schoch, Auer & Partner arbeitete, übernahm im Februar 2007 die Stelle als Leitender Staatsanwalt von Innerrhoden, obschon er noch nie in der Strafverfolgung gearbeitet hatte. Seine Vorgängerin, Ex-Staatsanwältin Jacqueline Jüstrich, wurde im Mai «gefeuert», weil sie ein «gestörtes Vertauensverhältnis» zu Melchior Looser, dem Justizdirektor von Innerrhoden, gehabt habe. Brogli schiebt verschiedene Strafverfahren vor sich hin, die noch nicht gelöst sind, u.a. auch den Fall von Ylenia und ihrer Gotte. Die Strafverfolgungsbehörden im Innerrhoden stecken im gleichen Sumpf wie die übrigen Strafverfolgungsbehörden. Es herrscht überall Babylon!

599 Tagblatt vom 05.07.2014: *Justiz beendet Fall Moser*.
http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/Justiz-beendet-Fall-Moser;art123841,3876594

3.3.3 Kneubühl[600]

Kneubühl wurde von seiner Schwester systematisch denunziert und die Behörden haben das ausgenutzt, um ihn so als Terroristen abzustempeln. Damit konnten sie der Öffentlichkeit demonstrieren und suggerieren, dass es nötig sei, scharfe Gesetze gegen den Terrorismus zu erlassen. Mit dem Polizeiinformationssystem wurden Behauptungen erfasst und diese als Bedrohung interpretiert, genau gleich, wie man das bei mir versuchte, aber auch gemacht hatte. Dann wurde dieses falsche Bild in den Medien hochstilisiert und als Terrorbedrohung verkauft. Die Massen haben das geglaubt, weil sie erstens an die Rechtschaffenheit der Behörden glauben, aber auch mangels Alternativen an die babylonischen Medien.

Bernhard Stähli*	Philippe Garbani*	Werner Könitzer*
P.-Y. Moeschler*	Marc R. Bercovitz	Marc F. Suter*

Ein Bekannter hat mir mitgeteilt, nachdem er Kneubühl's Brief gelesen hatte, wenn nur zehn Prozent vom dem, was im Brief stehe richtig sei, sei das bereits eine Katastrophe.

Bei Kneubühl werden vor allem der Gerichtspräsidenten und Stadtpräsident von Nidau, Bernhard Stähli, einem Parteifreund von Nationalrat Marc F. Suter; die Regierungsstatthalter Philippe Garbani und Werner Könitzer; Gemeinderat Pierre-Yves Moeschler sowie Marc R. Bercovitz, Anwalt der Schwester Christine Born, einem ehemaligen Mitarbeiter von Marc F. Suter, ins Fadenkreuz gezogen. Sind sie alles Babylonier?

Der Meister vom Stuhl der Loge In Labore Virtus (Modestica cum Libertate), Hanspeter Uster, wurde von der Berner Regierung beauftragt, die Vorgänge der Berner Polizei unter dem Kommandanten Stefan Blättler im Fall Kneubühl zu untersuchen. Regierungsrat Hans Jürg Käser stellte den Bericht vor und hielt fest, dass das Kader im Fall Kneubühl Fehler begangen habe. Es sei aber nicht alles falsch gelaufen, viel müsse man nicht ändern. Die Konsequenzen daraus ergeben sich, dass sich die Polizei in Zukunft Informationen proaktiver beschaffen müsse.[601]

Hans Jürg Käser*	Stefan Blättler*

Kneubühl wird nun dank der institutionellen Behördenkriminalität in der psychiatrischen Anstalt unter behördlicher und ärztlicher Aufsicht körperlich zugrunde gerichtet und «wissenschaftlich» als Versuchskaninchen missbraucht, denn als «Terrorist» kann man ja keine Freunde mehr haben. Von einer psychiatrischen Therapie, also den Geist zu heilen, ist weit gefehlt. Vielmehr wird er diese physische Tortur nicht überleben, womit der Tötungsvorsatz gegeben ist.

600 Brief von Peter Kneubühl vom 31.01.2016
http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Kneubuehl_Peter_Brief_31.01.2016.pdf

601 Tagesanzeiger vom 23.08.2011: *«Im Nachhinein ist man immer gescheiter».*
http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Im-Nachhinein-ist-man-immer-gescheiter/story/26350795?track

Nachtrag 1:

Inzwischen habe ich einen Bericht zur «Akte Peter Kneubühl»[602] erhalten, der es in sich hat. Da wird aus dem Schlussbericht der Staatsanwaltschaft zitiert sowie über die Aussagen vor Gericht berichtet. Bei der ominösen Verhaftung war Kneubühls Haus mit Scharfschützen der Spezialeinheit umstellt, die alle in Deckung waren und nichts sehen konnten. Nur der Sicherungsschütze konnte sehen was vor sich ging und er hielt sein Gewehr im Anschlag. Er hatte zudem den Befehl, sofort zu schiessen, wenn Gefahr drohte. Kneubühl schlich aus dem Haus, das Gewehr vorne am Lauf als Krücke haltend und lässt sich von einer Mauer fallen. Da fällt ein Schuss und ein Polizist wurde am Hinterkopf getroffen. Der getroffene Polizist hatte den Auftrag, im Treppenhaus Posten zu beziehen, um zu verhindern, dass Kneubühl dahin gelangen konnte. Als er hörte, dass Kneubühl aus dem Fenster stieg, verliess er eigenmächtig und ohne Sicherheitsvorkehrungen seinen Posten und trat vor das Haus. Da wurde er getroffen.

Entgegen aller Beweise und Aussagen wurde dieser Schuss Kneubühl angerechnet, was nichts anderes als tatsachenwidrig ist. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Gericht haben sich wissentlich nie die Mühe genommen, diese entscheidenden Details ins richtige Licht zu rücken, weil sie nicht nur ein weiteres Strafverfahren hätten eröffnen müssen, sondern damit wäre auch der Prozess gegen Kneubühl ganz anders herausgekommen. Das durfte natürlich nicht passieren, nachdem Kneubühl schon lange als «Terrorist» und «Amok-Schütze» gebrandmarkt wurde, weshalb die «Regie» befahl, nach «Drehbuch» weiter zu arbeiten.

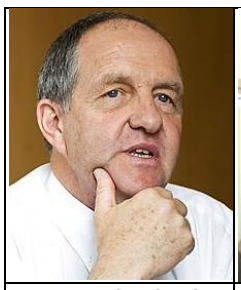
Der Verfasser dieses Berichtes zur «Akte Peter Kneubühl» versuchte, dass ihn die Medien publizieren würden, doch er wurde abgelehnt. Danach versuchte er diesen Bericht als Inserat zu publizieren, aber auch das wurde verweigert. Damit hätten die Medien zugegeben, sie hätten die Bevölkerung brandschwarz angelogen, was, wie wir inzwischen wissen, Standard ist.

Es zeigt sich hier einmal mehr, dass Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Politik und Medien unter derselben Decke stecken und die babylonischen Verbrechen umsetzen, aber die betroffenen Bürger bezahlen lassen. Es ist genau dasselbe Vorgehen, wie ich es selbst erlebt habe.

Vor Jahrzehnten haben die Gerichte begonnen, nur noch akkreditierten Journalisten Zugang zu den Gerichtsakten zu geben. Die Akkreditierung wird nur Journalisten gewährt, die «vertrauenswürdig» seien.[603] Nachdem wir aber wissen, dass sowohl die Gerichte als auch die Medien Babylon hörig sind, ergibt sich, dass nur deren Stiefellecker akkreditiert werden. Alle andern haben keine Chance und zudem dürfen sie auch keinen Klartext sprechen bzw. schreiben, weil sie sonst die Akkreditierung und gleichzeitig deren Reputation verlieren würden. So funktioniert unser kriminelles Justizsystem!

3.3.4 Brunschwiler[604]

Wie «kalt, abweisend und unnahbar» sowie repressiv die Polizei auftritt, kann am Beispiel der ehemaligen Zürcher Stadtpolizistin Monika Brunschwiler nachvollzogen werden. Weil sie begonnen hat, die Polizeieinsätze und deren Taktiken zu hinterfragen, wurde sie zur Persona non grata, weshalb man an ihr ein Exempel statuiert hat. So wurde sie im Rahmen einer Eskalationsstrategie u.a. von zwei ehemaligen Arbeitskollegen (Michael Sommerhalder und Kai Rafael Hofer) misshandelt und die Treppe hinunter gestossen. Das hatte zur Folge, dass sie bewusstlos wurde, mehrere Opera-



P. Hotzenköcherle*
Kdt bis 2013

Daniel Blumer*
Kdt ab 2014

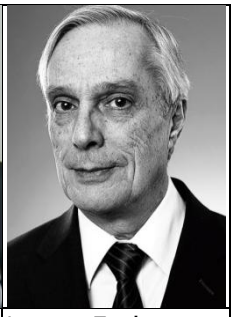
602 Bericht zur «Akte Peter Kneubühl» vom 26.11.2017
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Akte_Peter_Kneubühl.pdf

603 http://www.gerichte-zh.ch/medien/akkreditierung/akkreditierung.html

604 http://www.woz.ch/1414/zuercher-bezirksgericht/wie-die-polizei-eine-polizistin-drangsaliert-hat
http://polizeierfahrungbrunschwiler.weebly.com/
http://monikabrunschwiler.com/
https://www.youtube.com/watch?v=YLK0vLOko2Q

tionen über sich ergehen lassen musste und bleibende gesundheitliche Schäden davon trug sowie ihre beruflichen Tätigkeiten nicht mehr ausüben kann. Dafür nahm man sie fast ein Jahr lang in Untersuchungshaft, wobei Oberrichter Peter Marti die Untersuchungshaft immer willfährig verlängerte und Staatsanwalt Adrian Kaegi will sie, gestützt auf ein fingiertes psychiatrisches Gutachten von Ingo Pude, Oberarzt der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, verwahren, also auf fünf Jahre wegsperren. Wenn ich hier ausdrücklich das Wort fingiert verwende, so widersprechen sich die Handlungen und das Gutachten diametral. Gegen die beiden Stadtpolizisten wurde erst ermittelt, als die Angelegenheit begann, in die Öffentlichkeit zu dringen.

Adrian Kaegi*


Lorenz Erni

Am 23.01.2015 fand die erste Gerichtsverhandlung gegen die beiden Polizisten statt. Sie werden von den Anwälten Lorenz Erni und einem der Brettoni-Brüder (Peter oder Jürg) vertreten. Schon im Zivilverfahren hatten sie eine Blankofälschung eingereicht. Anwalt Erni ist bekannt, namhafte babylonische Persönlichkeiten zu seinen Klienten zu zählen. Solche Leute gehen nicht einfach zu Hinz und Kunz, sondern zu Brüdern, ist zu vermuten. Eine weitere Gerichtsverhandlung fand im Frühjahr 2017 vor Obergericht statt. Die Aussichtslage hat sich deswegen nicht verbessert. Ja, inzwischen kennen Sie die Behörden, wenn es darum geht, dass ihre eigenen Verbrechen aufgedeckt werden.

Der heutige Stadtzürcher Polizeikommandant Daniel Blumer hat eine schillernde Karriere hinter sich. 1985 erhielt er den Auftrag für den Aufbau des Betäubungsmittelkommissariates der Stadtpolizei Zürich, 1987-1990 war er Kripo-Chef in St. Gallen und war daher auch verantwortlich für den Mordfall in der Kristallhöhle bei Altstätten. Nachher war er Staatsanwalt, bevor er 1998 zum Stadtberner Polizeikommandant ernannt wurde. In den Jahren 2006 bis 2013 war er Kommandant der Polizei Basel-Landschaft.

Der Mord in der Kristallhöhle bei Altstätten wurde offiziell nie aufgeklärt, weshalb er verjährte. Ein Privater hat diesen Fall gelöst. Er kennt den mutmasslichen Täter. Deshalb entstand das als Roman geschriebene Buch «Kristallhöhle»[605]. Darin werden verschiedenen Personen und Behörden ihre Unterlassungen zugeordnet. Blumer war gezwungenermassen ebenfalls mit diesem Fall betraut, genau gleich wie sein Nachfolger und erster stellvertretender Kommandant, Bruno Fehr, der kurz nach der Veröffentlichung dieses Buches angeblich wegen Selbstmord gestorben (worden) ist.

Bruno Fehr*

Nachtrag 1:

Die Kantonspolizei St. Gallen bestätigte[606], dass sie alle Asservaten, das sind sichergestellte oder beschlagnahmte Gegenstände, im Fall Kristallhöhlenmord vernichtet habe. Sie habe das aufgrund einer Verfügung der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Damit wird indirekt tigt, dass die Behörden ein Interesse haben, noch die letzten Beweismittel zum Verschwinden zu bringen, damit ihnen der Nachweis der Begünstigung, der ungetreuen Amtsführung bzw. Amtsmissbrauchs und weiterer Delikte möglichst nicht zum Verhängnis werden können.

Nachdem die Behörden alles unternommen haben, um den Täter zu schützen, will ein pensionierter Justizbeamter eine Interessengemeinschaft gründen, um den Fall doch noch zu lösen. Interessierte können sich melden unter *kristallhoehlenmord@gmx.ch.*

Die Kantonspolizei St. Gallen ist über die Gründung der IG nicht begeistert. *«Wir halten grundsätzlich nichts davon, wenn Private auf eigene Faust ermitteln. Das ist Sache der Polizei»*, die alles vereitelt hat! Und der kriminelle Thomas Hansjakob, Erster St. Galler Staatsanwalt, sagt: *«Selbst wenn sich der*

605 Beutler Peter, Krimiautor, *Kristallhöhle*, Emons, 07.10.2014, 272 Seiten, ISBN 3954513897

606 20 Minuten vom 15.09.2017: Justiz vernichtet Beweismittel in Mordfall http://www.20min.ch/schweiz/ostschweiz/story/24582946

Mörder bei uns meldet, werden wir nichts tun.» Das sind keine Neuigkeiten, denn die Staatsanwaltschaft hat schon vorher nichts getan![607]

3.3.5 Tod des Polizeikommandanten des Kantons Graubünden

B. Janom Steiner*	Klaus M. Schwab*	Jean-Luc Vez*

Der WEF-Sicherheitschef und Bündner Polizeikommandant Markus Reinhardt habe sich am 26. Januar 2010 in Davos mit seiner Dienstwaffe das Leben genommen, teilte Staatsanwalt Maurus Egger vor den Medien in Chur mit. Sein Alkoholproblem sei laut der Bilderbergerin, Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, nicht der Grund für den Freitod. Die Meldung vom Tod des Polizeikommandanten am World Economic Forum (WEF)[608] ging wie ein Lauffeuer durch das Internet. Tatsache ist aber, dass die ersten Meldungen berichteten, Reinhardt habe zwei Banker abgehört und seine Leiche habe zwei Einschüsse. Diese Meldungen sind innert weniger als 12 Stunden allesamt vollständig getilgt worden. Nur durch den Umstand, dass ich darauf aufmerksam gemacht wurde, konnte ich am selben Abend im Internet noch eine der letzten Meldungen lesen. Nun stellt sich natürlich die Frage, wie es möglich ist, Selbstmord zu begehen und sich selbst zwei Kugeln in den Kopf zu schiessen. Es stinkt zum Himmel, dass hier die weltweite Chefredaktorenmafia nachgeholfen hatte, diese Nachricht sofort zu löschen. Im Internet findet man nur noch «Das Wunder von Davos»[609] und «¿"Suicidaron" al jefe de Seguridad de Davos?»[610]

Das WEF hat seinen Sitz in Cologny (GE) und wurde im Jahre 1971 von Klaus Martin Schwab gegründet. Schwab ist ein Bilderberger und gehört dem Steering Committee der Bilderberg-Konferenzen an. Der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Polizei, Jean-Luc Vez, ist *Head of Security Policy and Security Affairs* des WEF. Die Mitglieder des WEF sind in drei Gruppen gegliedert: Strategische Partner, Industriepartner und Regionale Partner. Vor allem unter den strategischen Partner erkennt man Vertreter des Komitees der 300. Das WEF verfolgt die Politik der Globalisierung und ist demzufolge babylonisch.

Für die Tat kann wahrscheinlich nur ein Geheimdienst oder ein privater babylonischer Sicherheitsdienst in Frage kommen. Deshalb benötigt das WEF ja auch einen babylonischen *Head of Security Policy and Security Affairs.*

Übrigens war es Reinhardt, der den ersten Befehl für einen finalen «Rettungsschuss» erteilte und für diesen Mord strafrechtlich nicht einmal belangt wurde. Allein daraus kann man schliessen, wie die Verrohung der Behörden fortschreitet. Es wird sicher nicht der letzte gewesen sein.

Ich würde eine Wette machen, dass Reinhardt ebenfalls ein Logenbruder war. Allerdings kannte er die geschichtlichen Zusammenhänge nicht, weshalb er seinen «Oberen» auf den «Fuss» stand, ohne es zu wissen. Das konnte nicht gut gehen.

---

607 20 Minuten vom 03.11.2017: Jetzt wollen Private den Kristallhöhlenmord lösen
http://m.20min.ch/schweiz/ostschweiz/story/28928247

608 https://www.weforum.org/

609 William Tell vom 30.01.2010: *Das Wunder von Davos*.
http://william-tell.com/index.php/themen/schweiz/wirtschaft/572-das-wunder-von-davos

610 Urgente24 vom 27.01.2010: *«¿"Suicidaron" al jefe de Seguridad de Davos?»*.
http://www.urgente24.com/64869-%C2%BFsuicidaron-al-jefe-de-seguridad-de-davos

3.3.6 Lehrer H in Basel[611]

Gaby Jenö*

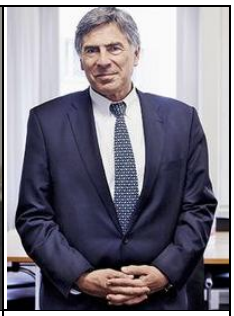
Seit 1984 war H. als Lehrer beim Arbeitgeber Basel-Stadt angestellt. Davon unterrichtete er etwa 10 Jahre an der Orientierungsschule Brunnmatt. 2005 erhielt H. mit Gaby Jenö eine neue Chefin, die auch Lehrerin und Schulhausleiterin an der OS Brunnmatt war und mit Lehrer H. im Verlauf der Jahre zahlreiche Meinungsverschiedenheiten hatte. Diese Meinungsverschiedenheiten keimten weitgehend aus der Verpolitisierung der Schule durch die fortlaufenden Schulreformen, indem die Schule nach unten nivelliert wurde und immer noch wird. Er war diesbezüglich nicht der Einzige, aber der Erste, an dem ein Exempel statuiert wurde.

Innerhalb eines Jahres unternahm die neue Rektorin alles, um Lehrer H. aus dem Schuldienst zu entfernen. Sie nutzte die unklar formulierten Paragraphen des neuen Personalgesetzes und konstruierte daraus vorsätzlich eine Eskalationsspirale, um Lehrer H. vorsätzlich in die Arbeitslosigkeit zu treiben.

Ausgangspunkt der planmässig durchgeführten Verleumdungskampagne gegen den Lehrer waren drei Briefe von drei Müttern, die den Lehrer vorsätzlich von A-Z verleumdeten. Aufgrund dieser Schreiben verleumdete die Schulhausleitung ihrerseits den Lehrer, indem sie behauptete, er sei eine Bedrohung für Kinder und Lehrpersonen. Gaby Jenö stellte daraufhin den Lehrer frei und unterstellte ihm, er habe möglicherweise eine psychische Krankheit und er müsse sich beim Amtsarzt Dr. Marc Meier untersuchen lassen. Da der Lehrer aber nicht krank war, meldete sich dieser bei Meier schriftlich ab.

T. Baerlocher*

H. G. Signer*


Chr. Eymann*

Daraufhin startete der Personaleiter Schulen Thomas Baerlocher (SP), unterstützt vom Amtsarzt, dem damaligen Ressortleiter Bildung Hans Georg Signer (SP) und dem Vorsteher des Erziehungsdepartements Dr. Christoph Eymann (LDP) eine Hetzjagd auf den völlig ahnungslosen Lehrer. Mit allen Mitteln wurde versucht, ihn als potenziellen selbst- bzw. fremdgefährlichen Psychopathen darzustellen. Sie versuchten die Vormundschaftsbehörde Münchenstein zu bewegen, gegen den Lehrer tätig zu werden. Notfallpsychiater Dr. Markus Spieler erschien mit einem Polizisten am Wohnort des Lehrers, unter dem Vorwand, die Eskalation stoppen zu wollen. [612] In Wirklichkeit hatten die beiden genau das Gegenteil vor. Obwohl der Lehrer sämtliche Fragen des Notfallpsychiaters wahrheitsgetreu beantwortete und sämtliche Unterstellungen, er habe sich mit dem Amoktäter Günther Tschanun «identifiziert» klar zurückwies, behauptete der Notfall-Psychiater in seinem Gutachten, der Lehrer habe sich mit Tschanun identifiziert. Zusätzlich behauptete der Notfallpsychiater, dass der Lehrer unter «Wahnvorstellungen» und an einer «Anpassungsstörung» leide. Naja, auch dieser Arzt versteht sein Handwerk nicht und begeht lieber Verbrechen.

T. Homberger*

Ressortleiter Hans Georg Signer (SP) wollte im Lehrer ebenfalls einen Kranken sehen und schrieb einen Brief an die Basler Staatsanwaltschaft, in welchem er mitteilte, dass der Lehrer dringend psychiatrische Hilfe benötige. Aufgrund des Schreibens des Notfallpsychiaters und des Ressortleiters entschied Staatsanwalt Thomas Homberger Amtshilfe von Basel-Land beizuziehen. Schliesslich wurde Lehrer H. in seinem eigenen Garten von der Polizei-Sondereinheit Barrakuda mit

611 Die ganze Wahrheit zum Mobbingfall Lehrer H, vom 25.05.2016
http://behoerdenkriminalitaet.blogspot.com/2016/05/die-ganze-wahrheit-zum-mobbingfall.html

612 http://behoerdenkriminalitaet.blogspot.com/2018/04/dr-med-eric-odenheimer-ehemaliger.html

Handschellen und Augenbinde abgeführt und für zwei Tage ins Basler Untersuchungsgefängnis gesteckt.

Die beiden Staatsanwälte Homberger und Thomas Hofer haben zusammen den Verfasser des Buches *«Srebrenica wie es wirklich war»*[613], Alexander Dorin, fadenscheinig wegen Canabis verhaftet, um so seine Akten zum Buch zu vernichten und ihn mundtot zu machen.[614, 615] Damit haben sie Babylon geholfen, deren Verbrechen im Jugoslawienkrieg zu vertuschen. Homberger ist ein aggressiver Babylonier.

Beim Verhör unterstellte man Lehrer H, er habe seine Chefin Gaby Jenö mit dem Tod bedroht. Da aber keine Beweise vorlagen, musste man ihn wieder entlassen. Die Staatsanwaltschaft bestätigte dem Lehrer bei der Entlassung, dass keine Meldung an die Presse erfolge, worauf tags darauf die BaZ dem Lehrer in einem Artikel unterstellte, Drohungen gegen Behörden ausgestossen zu haben. Aufgrund dieses Artikels wollte die OS-Rektorin dem Lehrer fristlos kündigen, wurde aber vom Erziehungsminister Dr. Christoph Eymann persönlich angehalten, eine ordentliche Kündigung auszusprechen.

Eric Odenheimer*

Der Lehrer rekurrierte gegen die Kündigung. Die Personalrekurskommission unter der Leitung von lic. iur. Gabrielle Kremo wies die Beschwerde allerdings ab. Das Verwaltungsgericht unter Dr. Marie-Louise Stamm (LDP) hob die Kündigung jedoch wieder auf und entschied, die Einstellungsbehörde habe über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Damit wurden der Behörde wieder alle widerrechtlichen Mittel in die Hände gelegt. Diese entschied, den Lehrer unter Androhung der Kündigung durch den Amtsarzt Dr. Eric Odenheimer abklären zu lassen. Damit liess sich der Lehrer vollendet nötigen. Der Amtsarzt empfahl dem Lehrer, sich einem psychiatrischen Gutachten zu unterziehen. Odenheimer wollte nicht einsehen, dass die aktenkundigen psychiatrischen Abklärungen des Reinacher Arztes Dr. med. Markus Spieler und Dr. med. Piet Westdijk, Basel, eindeutig bewiesen, dass Lehrer H. völlig gesund war.[612] Damit unterstützte Odenheimer die babylonische Kriminalität. Gehört er als Kassier der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB) dem B'nai Brith an?

Aufgrund der Diagnose von Dr. Eric Odenheimer forderte OS-Rektorin Gaby Jenö den Lehrer auf, sich bei Dr. Daniel Fasnacht psychiatrisch begutachten zu lassen, weigerte sich aber, eine amtliche Verfügung zu erlassen. Somit war der Lehrer nicht verpflichtet, den Gang zum staatlich diktierten Psychiater, der von der Psyche ohnehin nichts versteht, anzutreten. Das war der vorgeschobene Grund, ihm erneut zu kündigen und zwar wegen angeblich schwerer Pflichtverletzung. Dagegen rekurrierte er vergeblich bei der Personalrekurskommission, beim Verwaltungsgericht und auch beim inzwischen einschlägig bekannten Bundesgericht.

Liselotte Henz*

E. Eichenberger*

Lehrer H erstattete gegen Gaby Jenö Klage wegen Ehrverletzung. Sowohl Eichenberger der Basler Staatsanwaltschaft, die Rekurskammer des Basler Strafgerichts unter der Präsidentin von Liselotte Henz als auch das Bundesgericht wiesen die Klage nach «pflichtgemässem Ermessen» kostenpflichtig ab.

Den Strafanzeigen gegen die verschiedenen Behördenmitglieder wegen diverser Strafdelikte erging es nicht besser. Staatsanwältin Eva Eichenberger stellte Verfahren alle kostenpflichtig ein. Auch seine Rekurse wurden abgeschmettert, zudem wurde er als Querulant bezeichnet.

---

613 Dorin Alexander und Jovanovic Zoran, Srebrenica wie es wirklich war. Unterdrückte Tatsachen über die an Serben begangenen Massaker 1992-1995, Ahriman, 2. Auflage 2012 (2010), 261 Seiten, ISBN 3894848200.

614 https://parseundparse.wordpress.com/2016/08/28/politikum-basler-staatsanwaltschaft-zerstoert-rechtswidrig-alexander-dorins-lebensgrundlage/

615 Siehe dazu das 1. Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem», Seite337.

Die Rekurskammer stellte allerdings fest, dass er weder ein Querulant sei und dass dessen Strafanzeigen nicht rechtsmissbräuchlich gewesen seien. Das hinderte Staatsanwältin Eichenberger allerdings nicht daran, die Kriminalisierung des Lehrers weiter voranzutreiben.

Nachdem anonyme Blog-Betreiber die Vergangenheit von Erziehungsminister Dr. Christoph Eymann ins Visier genommen hatten, erstattete dieser Strafanzeige gegen Unbekannt. Obwohl die Staatsanwaltschaft eindeutig dokumentierte, dass diese Blogs und die sog. Schmähmails nicht dem Lehrer zugeordnet werden konnten, ermunterte der zuständige Untersuchungsbeamte, Polizei-Wachtmeister Bruno Glauser, die 13 Privatkläger «weiter zu machen».

In mehreren Verhören wurde dem Lehrer unterstellt, er habe diese 13 Privatkläger wider besserem Wissens verleumdet und falsch beschuldigt. Tatsächlich hatte er nur elf davon wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch angezeigt. Daraus lässt sich erkennen, dass sich das System gegenseitig schützt.

Nachdem bei mir der Konkurs eröffnet wurde, wurde mir eine Aussage weitergeleitet, die hiess: «Der ist erledigt!» Genau gleich erging es dem Lehrer. Aber das bereits Geschilderte war erst der Anfang, denn nun fing es erst richtig an:

Beat Voser *

Um den Lehrer noch mehr abzustrafen, verfügte der Chef des Kriminalkommissariats, Dr. Beat Voser, eine Hausdurchsuchung. Ohne über diese Kompetenz zu verfügen, liess er das Verfahren trotz mangelndem Anfangsverdacht auf harte Pornographie, Rassendiskriminierung und Irreführung der Rechtspflege ausdehnen. Aufgrund dieses behördlichen Verbrechens konstruierte Staatsanwältin Eichenberger «nach pflichtgemässem Ermessen» eine 300-seitige Anklageschrift und forderte eine unbedingte Freiheitsstrafe von 2.5 Jahren.

Anstatt die Anklageschrift wegen erheblicher Mängel zurückzuweisen, führte der Strafgerichtspräsident, Dr. iur. Lucius Hagemann, eine Verhandlung durch, die nur so von Verfahrensfehlern strotzte. Von der Stadt Basel aus wäre eigentlich gar kein Verfahren möglich gewesen, weil alle angeblichen Delikte im Kanton Basel-Land «begangen» wurden. Nur die Unterstellung, der Lehrer habe mit seinen diversen Strafanzeigen vorsätzlich falsche Anschuldigungen getätigt, führte dazu, dass der Tatort von Basel-Land nach Basel-Stadt verschoben werden konnte. Diese falschen Anschuldigungen hatte die Rekurskammer jedoch verneint. Das zeigt, dass diese Verfahren völlig willkürlich und damit im höchsten Masse kriminell durchgeführt wurden.

Aufgrund der Geschichte folgert sich widerspruchsfrei, dass der Lehrer verurteilt werden musste. Und so ist es dann auch herausgekommen. Der endgültige Ausgang des Verfahrens ist allerdings noch nicht entschieden, aber die kriminelle Energie des Bundesgerichtes wird mit grosser Wahrscheinlichkeit die kantonale Kriminalität schützen. Es ist offensichtlich, dass an diesem Lehrer ein Exempel statuiert werden musste.

Felix Bänziger*

Nachdem verschiedenste Strafanzeigen gegen Staatsanwältin Eva Eichenberger und Gerichtspräsident Dr. Lucius Hagemann eingereicht wurden, beauftragte die Basler Regierung den ausserordentlichen Staatsanwalt Felix Bänziger, die Vorwürfe zu klären. Als aber Bänzigers dunkle Vergangenheit zum Vorschein kam, quittierte dieser den Dienst.

Bänziger war von 1982 bis 1987 Chef der St. Galler Kriminalpolizei. Am 31. Juli 1982 erfolgte der Mord an zwei Mädchen in der Kristallhöhle bei Altstätten. Wenn Private angeblich wissen, wer der Täter ist, so müssten es auch die Behörden wissen, aber sie wollten den Täter nicht zur Rechenschaft ziehen. Deshalb muss den Strafverfolgungsbehörden bis zum Beweis des Gegenteils Vorsatz unterstellt werden.

Von St. Gallen wechselte er nach Appenzell Ausserrhoden und war bis 1993 Staatsanwalt. In dieser Zeit ging die Ausserrhodische Kantonalbank (ARKB) dank der bekannten Behördenkriminalität in Konkurs. Im Falle der ARKB waren nachweislich Regierungs- und Kantonsräte aktiv an der Plünderung beteiligt. Das kostete die Steuerzahler eine Menge Geld. In diesem Zusammenhang verschleppte er als Staatsanwalt Verfahren, aber er wollte auch keine Schuldigen finden bzw. er durfte auch nicht.

Nachdem Ende 1994 die Antirassismus-Strafnorm in Kraft trat, wollte diese niemand so richtig anwenden. Nachdem Reimer Peters, europäischer Geschäftsführer der Universalen Kirche mit Sitz in Walzenhausen (AR), 1995 eine Botschaft seines Meisters Peter Leach-Lewis an mehrere hundert Sektengläubige in Deutschland, Österreich und der Schweiz versandt hatte, erging Strafanzeige. Darin wurde unter anderem beschrieben, dass die Juden in ihrer «satanischen Gier» den Zweiten Weltkrieg angezettelt hätten. Ganz unrecht hatte der Verfasser nicht, denn, wenn man der Geschichte auf den Grund geht, so ist beweisen, dass die beiden Weltkriege durch die jüdisch-babylonische Hochfinanz angezettelt wurden. So eine Äusserung lässt sich aber Babylon nicht bieten, ansonsten ihre Absicht untergraben würde. Der Speichel leckende Babylonier, Journalist Hans Stutz, schrieb, der Holocaust-Leugner und Muslim Ahmed Huber[616] habe 1995 in einem Interview berichtet, die Gegner des Anti-Rassismus-Gesetzes hätten zwar «offiziell» verloren, «aber so knapp, dass das Gesetz nicht angewandt werde». Das liess sich Babylon natürlich nicht gefallen, weshalb es an der Zeit war, energisch einzugreifen. Felix Bänziger war damals Staatsanwalt von Appenzell-Ausserrhoden und somit für diesen Fall verantwortlich. Er behauptete, dass das Schreiben eine klare Verletzung der Antirassismus-Strafnorm sei, weshalb er wenig zimperlich, eine Strafuntersuchung sowie sogar eine Hausdurchsuchung anordnete. Damit hat er die Lanze gebrochen und die Anwendung des Anti-Rassismus-Gesetzes «salonfähig» gemacht.[617]

Ab 1996, in der Ära Blocher, wurde er Stellvertreter von Bundesanwältin Carla Del Ponte und durfte die Leichen der Bundesanwaltschaft hüten. Spätestens in dieser Funktion wird offensichtlich, dass er ein Babylonier sein muss. Ab 2001 wurde er stellvertretender Generalprokurator des Kantons Bern und ab 2009 Oberstaatsanwalt des Kantons Solothurn, bis er 2013 pensioniert wurde. Weitere Schweinereien dieses Babyloniers sind bekannt.[618]

Als Bänziger den babylonischen Auftrag abgab, wurde die Obwaldner Oberstaatsanwältin Esther Omlin als Ersatz ernannt.[619] Als Eichenberger von Omlins ersten Handlungen erfuhr, behauptete sie, die Vorgehensweise widerspräche dem Fairness- und Gleichbehandlungsgebot und es bestehe der Verdacht, Omlin sei befangen. Omlin hat die fehlbaren Staatsbediensteten nach Sarnen vorgeladen, aber sie erscheinen nicht zur Vernehmung.

Zurzeit wartet Omlin auf den Entscheid des Bundesgerichts. Lehrer H. hat unterdessen diverse weitere Strafanzeigen gegen den Behördenfilz bei ihr deponiert.

Abschliessend sei nochmals festgehalten, dass ich bereits beschrieben habe, dass den Staatsanwälten befohlen wird, wie ein Verfahren zu bearbeiten sei. Genau das wurde mir aus berufenem Munde eines ehemaligen Magistraten bestätigt. Wenn Omlin in ihrem Abschlussbericht «Mängel» festhalten wird, so werden im Extremfall die betroffenen Personen vom Dossier Lehrer H. entbunden. Die Konsequenzen für Lehrer H. wären weitere Verfahren. Ob schlussendlich die Verfahren aufgehoben werden, ist fraglich, denn Babylon hat ein Interesse, dass der Schwarze Peter beim Lehrer hängen bleibt und nicht bei der «nach bestem Wissen und Gewissen» handelnden Behörden.

Disziplinarische oder gar strafrechtliche Folgen wird das für die Fehlbaren leider nicht zeitigen, denn es geht darum, diese Leute zu schützen, damit sie für Babylon weiterhin die Verbrechen an der Basis vollziehen können bzw. müssen. Diese Leute könnten erst zur Rechenschaft gezogen werden, wenn die Parlamente sich ihrer Verantwortung bewusst würden und die Kontrolle über die Staatsverwaltung wieder einsetzen würden. Dazu besteht leider keine Absicht.

Zu ergänzen ist, dass es mehrere gleichlautende Aussagen von ehemaligen Staatsanwälten aus Basel, sogar von einem nachmaligen Politiker, gibt, dass sie als Staatsanwälte massiv bedroht wurden. Staatsanwalt Hans Hungerbühler hat deswegen sogar Selbstmord begangen und sein Bruder, Werner Hungerbühler, der Erste Staatsanwalt, wurde ermordet. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen,

---

616 https://de.wikipedia.org/wiki/Ahmed_Huber

617 Hans Stutz vom 06.06.1996, Die unchristliche Hetze der Universalen Kirche
http://www.hans-stutz.ch/texte/die-unchristliche-hetze-der-universalen-kirche

618 https://www.youtube.com/watch?v=GoYIucmoxkc und
https://www.youtube.com/watch?v=eQhlvvmlEm0

619 http://behoerdenkriminalitaet.blogspot.com/2017/03/dr-esther-omlin-ausserordentliche.html

dass der Erste Staatsanwalt des Kantons St. Gallen, Thomas Hansjakob, am 4. Januar 2018 gestorben ist. Wir wurde aus Insiderkreisen mitgeteilt, dass er nicht eines natürlichen Todes gestorben sei; mit andern Worten, er wurde ermordet! Die Todesliste der Staatsanwälte in Bund und Kantonen könnte beliebig verlängert werden. Aber die Politik duldet das, obschon es schwere Verbrechen sind.

Schlussbemerkung

«Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.»

Perikles (490- 429 v.u.Z.), führender Staatsmann Athens

Das was ich hier im vorliegenden und dem ersten[1] Manifest zusammengetragen habe, ist nur ein ganz kleiner rudimentärer Teil, der zum Vorschein kommt, wenn man an der Oberfläche kratzt und alle Vorgänge miteinander vernetzt. Es ist egal, ob wir in der Weltgeschichte, in der Wirtschaftsgeschichte, in den Vereinigten Staaten, in England, im Vatikan oder in der Schweizer Politik sowie in deren Niederungen suchen. Wir werden immer wieder auf das gleiche babylonische Netzwerk stossen, wohl mit anderen Namen, aber sie alle sind Babylon hörig und verfolgen – willentlich und/oder unwissend aus Trägheit, Faulheit und Unfähigkeit – deren Ziele.

Geheime Organisationen

Es ist erwiesen, dass die Nationalstaaten, also auch die Schweiz, von den Babyloniern gegründet wurden und seither von ihnen regiert werden. Aufgrund der geplanten übergeordneten Zusammenhänge kann auch nachgewiesen werden, dass die politische Agenda vorausbestimmt ist und in geheimen Zirkeln politisch vorbereitet wird. Wichtig ist dabei zur Kenntnis zu nehmen, dass die drei monotheistischen abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) nur ein Mittel zum Zweck sind, die gesamte Menschheit von den Herrschern Babylon abhängig zu machen. Daher ist es nicht zulässig, einfach nur den Vertretern dieser drei Religionen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Das wäre etwa gleich, wie wenn man den Sack anstatt den Esel schlüge. Tatsächlich ist es Babylon, das sich hinter dem Judentum, aber auch hinter dem Christentum und dem Islam verbirgt, aber nur teilweise mit ihnen identisch ist, und geschlagen werden muss.

Bei den Nationalstaaten ist es genau gleich wie bei den Religionen. Die Steuerungselemente, wie Parlamente, Regierungen, Gerichte sowie die gesamte Staatsverwaltung, sind babylonisch und führen wie bei den Religionen nur das aus, was ihnen «befohlen» wird. Wenn ich die Parlamente, Regierungen und Gerichte als Steuerungselemente bezeichne, so bedeutet das, dass diese Organe gesteuert werden und deshalb keine Führung sein können. Daraus folgt, wie aufgezeigt, dass wir einen «Staat» im Staate haben, der sein Unwesen treibt.

Dieser «Staat» im Staate ist nicht homogen, sondern in der Gesellschaft dispers durch eine Vielzahl von Geheimgesellschaften, Organisationen und politischen Parteien vertreten, die, egal ob willentlich oder unwissend, die gesamte Gesellschaft mittels den Medien und den Wissenschaften (Universitäten und Hochschulen) in eine Richtung lenken.

Das Problem, aber auch das Paradoxe an dieser Situation ist, dass selbst die verschiedenen Geheimgesellschaften und dabei selbst teilweise ranghohe Vertreter derselben nur über ein Teilwissen verfügen und somit die ganze Situation nicht überblicken können. Je nach Auftrag haben diese Organisationen punktuell tieferes Wissen, aber daneben dafür umso grössere Wissenslücken. Das ist ganz gezielt so konstruiert, um die Gesellschaft gegeneinander aufzustacheln, aber vor allem, um die Herrschaft in den eigenen Händen zu behalten. Die politischen Parteien sind dazu ein Paradebeispiel. Tatsächlich gibt es aber nur sehr wenige Leute, die über die gesamte Geschichte und Strategie Kenntnis haben.

Auf unterster Stufe der Einwohner wird diese «Politik» in der Behördenwillkür manifest, wie ich es vorgängig in meinem Fall erklärt habe. In meinem Fall kann ich zusammenfassend festhalten, dass es dem kriminellen babylonischen Netzwerk gelungen ist, mich praktisch zu enteignen. Ich habe in meinem Fall nachgewiesen, dass alle Entscheide formal-rechtlich nichtig sind, weil die Gerichte gemäss der Menschenrechtskonvention weder unabhängig noch unparteiisch sind und zudem gründen alle Handlungen auf Verbrechen. Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) meine Beschwerde abgewiesen hat, bestätigt die geschichtlichen Zusammenhänge, dass die Menschenrechte ein Mittel der Babylonier sind, um die Menschheit zu unterwerfen. Die Entwicklung im Zusammenhang mit der Migration und der Einführung der Scharia, wird das ein weiteres Mal bestätigen.

Herrschaft

Damit seit dem Jahre 2009 eine Weltregierung amten kann, musste sehr viel Arbeit geleistet werden. Lassen wir uns einmal einige grundsätzliche Überlegungen machen:

Wir haben erfahren, dass eine kleine Gruppe die Menschheit seit Jahrtausenden von den Herrschern Babylons abhängig machen will. Eine kleine Gruppe ist dazu allein nicht in der Lage. Deshalb musste diese Urgruppe Organisationen schaffen, die ihre Ziele unterstützten. Aber je mehr Leute an diesem Projekt teilnahmen, desto grösser war die Gefahr, dass es oder Teile davon verraten wurde. Deshalb wurde dieses Ziel und deren Massnahmen als striktes Geheimnis rigoros hütet. Wer dieses Geheimnis (Mysterium) oder Teile davon Preis gab, musste mit drakonischen Strafen rechnen. Weiter ist es erforderlich, dass alles, was die Menschen benötigen, kontrolliert werden muss, um es ihnen gezielt geben zu können, damit die eigenen Ziele mehrfach unterstützt werden. Das fängt mit dem Wissen an, denn Wissen ist bekanntlich Macht.

Entstehung der Religionen

Beim Monopolisieren des Wissens hatten die Babylonier einen grossen Widersacher: Das waren und sind all jene, die die Lehre der drei Welten praktizierten bzw. immer noch praktizieren. All jene, die diese Naturlehre in einem fortgeschrittenen Stadium praktizieren, sind nicht manipulierbar, weil sie ihr Wissen direkt aus der Natur beziehen und nicht von Menschen bzw. Babylon. Ihr Wissen ist ursprünglich, d.h. nicht konditioniert und praktisch unendlich. Diesen Leuten kann nichts verheimlicht werden, denn sie sehen es sprichwörtlich.

Folglich musste zuerst diese Lehre zertrümmert werden. Das war nicht einfach, denn diese Naturlehre war damals universal und konnte nicht über Nacht zerstört werden. Aus diesem Grund musste parallel zur Naturlehre eine Irrlehre aufgebaut werden, die in die Fussstapfen der ursprünglichen Lehre der drei Welten treten konnte. Diese Irrlehre begann mit den Göttern als Metaphern der drei Lehre der Welten und gipfelte nachher in den Religionen. Gleichzeitig wurde der Tauschhandel zu einem Kaufhandel umfunktioniert, womit die Leute erstmals ein Vermögen anhäufen konnten. Damit waren das Wirtschaftsleben und der Egoismus begründet. Somit konnte der Materialismus seinen Siegeszug um die Welt antreten. Gleichzeitig wurde die Naturlehre verdrängt, denn die Leute wollten materiellen «Reichtum», anstatt sich für «nichts» abmühen zu müssen. Mit diesem Paradigmenwechsel begann gleichzeitig die Lebenserwartung zu sinken und die Leute wurden krank und kränker. Der Inhalt dieser Irrlehre beinhaltete wiederum ein Mysterium, das es zu schützen galt.

Spätestens mit der Auferstehung des Christentums im römischen Reich wurden all jene offen verfolgt, die die Lehre der drei Welten praktizierten. Fortan war diese Lehre strikt verboten. Damit wurde der breiten Bevölkerung das Wissen entzogen, weshalb die Menschen in Europa in das dunkle Mittelalter stürzten. In der gleichen Zeit wurde die ursprüngliche Irrlehre zur offiziell anerkannten Lehre und die Naturlehre geriet in Vergessenheit. Niemand verstand die Schriften der alten Gelehrten, zumal das Wissen in der Schule nur mündlich tradiert wurde. Der Rest ist Geschichte.

Ein weiteres Problem der monothoistischen abrahamitischen Religionen ist sein Zwangscharakter. Die Leute wurden rechtlich in diese Religion gezwungen und bereits mit der Geburt wurde einem die Religion oktroyiert. Im Islam ist das heute noch gegeben, weil er seine Aufgabe noch zu erfüllen hat. Beim Juden- und Christentum ist das nicht mehr aktuell, weil diese Religionen demnächst auf dem Misthaufen der Geschichte entsorgt werden, denn sie haben ihre babylonische Mission seit einiger Zeit erfüllt.

All jene, die das Manifest aufmerksam gelesen haben, werden nun feststellen, dass die Entwicklung zu einer universalen Religion begonnen hat, womit das alte Wissen noch mehr in Vergessenheit geraten wird, indem die alten Wissensrelikte der Religionen zerstört werden. Die neue Religion wird noch mehr auf Glauben aufbauen, nämlich auf dem Glauben an unsere Glaubenswissenschaft; die Klimaveränderung ist dazu ein Paradebeispiel. Damit werden wir noch mehr von den Herrschern Babylons abhängig.

Universitäten

Der strategische Auftrag der Universitäten liegt in der Renaissance begraben. Mit der Reformation wurde diesem Auftrag grössere Bedeutung zuteil. Der Aufstieg der Universitäten begann eigentlich erst so richtig mit der Zeit der Aufklärung, die durch die *Hochschätzung der menschlichen Vernunft* und *den Glauben an geschichtlichen Fortschritt*, ferner durch *ihr Eintreten für die religiöse Duldsamkeit*, für *die juristische Absicherung gesellschaftlicher Verhältnisse*, für *die Befreiung der Bauern* und für *die allgemeine Volksbildung* ausgezeichnet ist. Das sind alles Themen, die die Menschheit seither intensiv beschäftigen, weil die Ziele dieser Themen immer wieder der babylonischen Absicht im Sinne einer permanenten Revolution angepasst werden. Die Umsetzung dieser Zielsetzungen wird aber ausgerechnet an den Universitäten vorgedacht. Die Universitäten leisteten daher einen sehr wichtigen Beitrag, die Menschheit im Sinne von Babylon zu unterwerfen. Deshalb hat uns der deutsche Sozialphilosoph und Direktor der Frankfurter Schule, Max Horkheimer (1895-1973), erklärt, wie dieser Mechanismus funktioniert:

> *«The Revolution won't happen with guns, rather it will happen incrementally, year by year, generation by generation. We will gradually infiltrate their educational institutions and their political offices, transforming them slowly into Marxist entities as we move towards universal egalitarianism.»*
> *«Die Revolution geschieht nicht mit Waffen, sondern sie schreitet Jahr für Jahr, Generation für Generation progressiv fort. Wir infiltrieren allmählich ihre Bildungsstätten und ihre politischen Büros und verwandeln sie langsam in marxistische Entitäten, wie wir uns in Richtung des universalen Egalitarismus bewegen.»*

Deshalb ist heute nicht mehr das Proletariat die progressive Klasse für den Kommunismus, sondern die Wissenschaft. Aber diese lebensfeindliche Wissenschaft wurde ausgerechnet an den babylonischen Universitäten entwickelt. Das was Horkheimer beschrieb, bestätigte der sowjetische Überläufer Yuri Bezmenov sinngemäss, dass diese Vorgehensweise vom Kommunismus praktiziert wird.

Betrachten wir die verschiedenen Bereiche der Universitäten, so stellen wir fest, dass bereits mit der Ausbildung der Pfaffen die Verblödung der Studenten begann. Ihnen wurde erzählt, dass sie das Seelenheil der Menschen verbessern könnten. Gefördert haben sie aber den Materialismus und den Egoismus, denn sie haben verlernt, was die Seele ist und überhaupt, dass es eine gebe. Somit haben sie ihre Untertanen sprichwörtlich brandschwarz angelogen.

Bei den Juristen ist es genau gleich. Ihnen wird erzählt, wir hätten eine Demokratie und wie sie funktioniere. Aber weder die Studenten noch die ausgewachsenen Juristen bemerken, dass wir gar keine Demokratie (Herrschaft des Volks) mehr haben. Sie sind so verblödet, dass sie jegliche Belehrung darüber weit von sich weisen. Gleichzeitig behaupten einige, dass sie Führer seien, aber solange sie die Führungsmechanismen, nicht verstehen, mit der die Demokratie abgeschafft wurde, können sie auch keine Führer sein, sondern nur blinde Ausführungsgehilfen. Auch bemerken sie nicht, dass die freiheitlichen Rechte abgeschafft und durch Polizeimassnahmen ersetzt werden, wie sie in einer Diktatur nötig sind. Und überhaupt sind sie nicht in der Lage, die Aufgabe des Rechts zu hinterfragen und schon gar nicht, was deren Ziel ist. Sie haben nur gelernt, saftige Honorarnoten zu schreiben. Sie sind eben Materialisten.

Wenn Sie heute krank sein wollen, so müssen Sie nur zum Arzt, dann sind Sie nachher ganz bestimmt krank, denn sie wissen nicht, wie der menschliche Körper funktioniert. Deshalb sind sie auch nicht in der Lage zu heilen. Sie können mit dem Skalpell meist nur den Körper verstümmeln und Medikamente verschreiben, die zum Teil schwere Nebenwirkungen verursachen. Die Psychiater massen sich gar an, geistige Störungen materiell heilen zu können. Sie wissen nicht, was das Leben ist, sondern geben nur gebetsmühlenartig wieder von sich, was ihnen in der Universität eingebläut wurde.

Die Historiker waren in ihrer ganzen Geschichte nie in der Lage, eine durchgehende Geschichte der letzten Jahrtausende niederzuschreiben. Vielmehr haben sie lieber wie die Pfaffen über etwas «philosophiert», das sie nicht verstanden haben. Aber wenn man seine Wurzeln nicht kennt, so kann man auch nicht erwarten, dass man die Gegenwart versteht und schon gar nicht die Zukunft. Deshalb läuft unsere ganze Gesellschaft Kopf voran in die Katastrophe.

Die Wirtschaftswissenschaftler stehen dauernd im Krieg, denn sie reden ständig von Märkten erobern. Aber sie haben ebenfalls noch nicht begriffen, was der Mensch zum Leben braucht. Und so fordern sie von Ihnen die letzte Anstrengung, um noch mehr Umsatz zu generieren, damit noch mehr Profit liegen bleibt. Wo dieser aber hingeht, wissen sie trotzdem nicht, weil sie das Wesen des Geldes nicht verstehen und so die Grössten Egoisten hervorbringen. Je mehr Umsatz gefordert wird, desto mehr wird die Umwelt zerstört, denn ein umweltgerechter Materialismus wird es nie geben bei unserem Raubbau; deshalb ist der Grüne (sprich kommunistische) «Umweltschutz» lediglich eine weitere Illusion, aber ein Mittel, uns besser zu überwachen.

Nachdem unsere universitäre «Elite» wie beschrieben die Gesellschaft verblödet hat, kommen nun die Soziologen und zerstören die Gesellschaft mit ihrem Sozialengineering. Sie zerstören dabei nicht nur die Familien, sondern sie sind so skrupellos, dass sie sogar noch die Kinder zerstören, indem sie die psychologischen Erkenntnisse destruktiv nutzen, um die geschlechtliche Natürlichkeit als Krankheit zu «behandeln», damit sie Transgender werden. Sie sind auch mitverantwortlich, ein gesellschaftliches Klima zu fördern, das in einem Bürgerkrieg enden wird.

Umgangssprachlich heisst es, dass die Schule einen Lehrstoff vermittle, der uns auf das praktische Leben vorbereite. Wenn man aber die Zusammenhänge endlich einmal verstanden hat, so begreift man, dass wir in unseren Schulen nichts lernen für unser Leben. Das was wir lernen, hat nichts mit Lernen zutun, sondern beinhaltet nur die psychologische Konditionierung (Signallernen und Reiz-Reaktions-Lernen). Viele werden nun entrüstet sein. Aber je besser ein Schüler den Unterrichtsstoff versteht, desto bessere Noten erhält er. Aber dieser Lehrstoff gibt uns nicht die Fähigkeit, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen, denn dieser ist ausgerichtet, damit wir uns im babylonischen Leben zurechtfinden und so weiter in die Knechtschaft sinken. Deshalb dürfen wir nichts über die tatsächliche Natur des Lebens erfahren, denn das würde nicht nur die babylonische Wirtschaft schädigen, sondern sogar das babylonische Hauptziel in Frage stellen.

Schüler, die die babylonischen Konventionen besser verstehen, erhalten daher bessere Noten. Bei den Erwachsenen ist das genau gleich, denn wer mehr babylonische Konventionen akzeptiert hat, wird mit Zertifikaten bedacht, die es erlauben, mehr zu verdienen. Mit andern Worten: Je mehr Studium einer «erfolgreich» abgeschlossen hat, d.h. je mehr er konditioniert ist, wird er für das System verlässlicher sein, weshalb er mehr verdienen wird.

Aber in unserer Gesellschaft geniessen die universitären Berufe einen noch nie da gesehenen Zulauf, denn alle, auch nur die halbwegs «guten» Schüler, sollen ein Universitätsstudium erlangen, das sie noch mehr verblödet. Deshalb werden immer weniger Lehren absolviert, womit das Gewerbe auszusterben droht, das der babylonischen Industrie weichen soll. Handwerk wird demnächst wieder einen goldenen Boden haben, weil die Absolventen der Universitäten zwei linke Hände haben. Die Hände sind gemäss der Lehre der drei Welten aber das Mittel der Kommunikation. Das heisst, wer mit den Händen nichts Kreatives schaffen kann, kann auch nicht kommunizieren. Wenn die Gesellschaft erst einmal realisiert, dass das Universitätsstudium die Leute verblödet hat, so werden die heute schon in Massen vorhandenen Soziologen und andere –logen demnächst auf der Strasse stehen.

Nachdem die Philosophen nicht wissen, was hinter der Philosophie (*philosophia perennis*[620]) steckt, sie also ihre eigene Aufgabe nicht beschreiben können, sind an den Universitäten Lehrstühle für Ethik etabliert worden. In diesen Lehrstühlen wird nun das moralische Handeln, auch als *philosophia moralis* oder Moralphilosophie bezeichnet, definiert. Daraus entsteht zwangsweise eine babylonische Ethik, die mit schönen Worten verpackt ist, die uns aber weiter unter den Boden bringt. Laotse (604-531 v.u.Z.) hat aber schon gewarnt: *«Wahre Worte sind nicht schön, schöne Worte sind nicht wahr.»*

Auch hier gilt wieder das alte Führungsprinzip des Teilen und Herrschen, indem das Wissen in verschiedene Disziplinen geteilt und damit das Wissen spezialisiert wurde. Seither haben wir nur noch Spezialisten. Sie verstehen zwar «alles von nichts», aber «von allem nichts». So ist es möglich, dass

620 *philosophia* wird fälschlicherweise meist mit Liebe zur Weisheit übersetzt. Tatsächlich heisst die richtige Übersetzung «mit Wuwei *(philia)* zur Weisheit *(sophia)*». *Philosophia* ist die Lehre zur Erlangung von Weisheit. *perennis* bedeutet ewig. Somit bedeutet *philosophia perennis* in der Lehre der Drei Welten nichts anderes als die ewige Lehre zur Erlangung von Weisheit.

keiner mehr ausser Babylon die Übersicht hat, weshalb nun das Wissen beliebig manipulierbar ist. Es ist ja nur Glaubenswissen und nicht Naturwissen!

Fazit: Wir haben nur noch Spezialisten, die «alles von nichts», aber «von allem nichts» verstehen. Diese Manipulation ist nur mit Glaubenswissen, aber nicht mit Naturwissen möglich.

Wenn wir aus dieser Sackgasse heraus kommen wollen, wir müssen sofort die Ausbildung ändern und die Studenten nicht weiter mit babylonischen Konventionen abfüllen. Das heisst, die babylonischen Universitäten als Hort der Kriminalität sind sofort zu schliessen, denn es ist effizienter, einmal etwas richtig zu erklären als zuerst etwas Falsches, das nachher wieder zu korrigieren ist. Gleichzeitig sind diese babylonischen Brutstätten rigoros zu säubern.

Fazit: Die Universitäten sind umgehend zu schliessen, weil es effizienter ist, den Studenten das richtige Wissen zu vermitteln, als zuerst etwas Falsches, um sie nachher wieder mühsam umzuschulen. Gleichzeitig sind diese babylonischen Brutstätten rigoros zu säubern.

Geld und Wirtschaft

> *«Die neue Allianz (zwischen Finanzleuten und Politikern) war für beide Seiten vorteilhaft. Washington wollte die neue Finanzkraft nutzen, um die Öffnung ausländischer Märkte für amerikanische Güter oder eine pro-amerikanische Politik zu erzwingen. Die Banken wiederum brauchten Hebel, um die Schulden-Rückzahlung zu erzwingen, und begrüssten die Macht der Regierung in fernen Ländern. Die Androhung militärischer Intervention war ein hervorragendes Mittel, um Rückzahlungen zu beschleunigen. Als Kuhn, Loeb & Co. über ein Darlehen an die Dominikanische Republik nachdachte, das von Zolleinnahmen gedeckt werden sollte, erkundigte sich Jacob Schiff bei seinem Londoner Gesellschafter Sir Ernest Cassel[621]: „Wenn sie nicht zahlen, wer wird die Zölle erheben?“ Cassel erwiderte: „Ihre Marine und unsere.“»*
>
> *Jaques Attali, A Man of Influence: Sir Siegmund Warburg, 1902-1982, Weidenfeld, 1986, ISBN 0297789783, Seite 57, bzw. G. Edward Griffin, Die Kreatur von Jekyll Island, Kopp, 2011, 458 Seiten, Seite 177*

Das was Ernest Cassel Jacob Schiff erklärt, spiegelt sich seit dem Sezessionskrieg haargenau in der Politik und in den Kriegen der Vereinigten Staaten von Amerika, die damals schon diskret von Babylon über England gesteuert wurden. Im gleichen Sinn müssen auch die unzähligen Inflationen, Bankpleiten, die Änderung vom Silber- zum Goldstandard und dessen Auflösung sowie die Politik des *Big Stick* verstanden werden. Alles diente nur dazu, die materielle Herrschaft über den Planeten zu erlangen. Da Babylon praktisch weltweit die Emittenten von Geld (Fiatgeld) sind, haben sie die Weltwirtschaft unter Kontrolle. Das ermöglicht es ihnen, einzelne Staaten nach Belieben zu destabilisieren, indem Inflationen oder Deflationen ausgelöst werden. Parallel dazu wurden nebst der Industrie Handelsmonopole aufgebaut. Heute gibt es kaum mehr einen Rohstoff oder ein Nahrungsmittel, deren Handel sie weltweit nicht unter Kontrolle haben, womit es ihnen erlaubt, auf dem Rücken der Menschheit zu spekulieren. Das ist der Hintergrund der Globalisierung. Jene die das böse Spiel artig mitmachen, werden in Ruhe gelassen und die anderen unterdrückt und bekriegt. Nutzniesser ist in jedem Fall Babylon und die Verlierer sind die einzelnen Staaten, egal ob sie artig sind oder nicht. Das ist unser heutiges Wirtschaftssystem, das allen bekannt ist, aber niemand versteht oder verstehen will.

Deshalb müsste man sich dazu einmal einige grundsätzliche Fragen stellen.

§ Weshalb emittieren wir unser Geld nicht selbst, anstatt dass wir es wie bisher den Babyloniern für viel Zins abkaufen müssen?
§ Weshalb ist der Zins in unserer Gesellschaft allgegenwärtig, obschon im Altertum bekannt war, dass der Zins ein «Teufelszeug» ist, das das Vermögen von Arm zu Reich verschiebt? Weshalb lässt unsere Politik und Gesellschaft zu, dass die Armen zulasten der Reichen ärmer werden?

---

621 Sir Ernest Cassel (1852-1921), Jude (Babylonier), britischer Bankier deutscher Abstammung, Freimaurer und Intimus von König Eduard VII.

§ Weshalb müssen wir die Güter aus anderen Kontinenten einführen, obschon wir sie ebenfalls produzieren (könnten) und damit in allen Ländern die Handelsbilanzen strapazieren?
§ Weshalb haben wir so eine grosse Konkurrenz bzw. so ein grosses Konkurrenzdenken und eine Paranoia, es könnte eine wirtschaftliche Information an die Konkurrenz gelangen?
§ Weshalb interveniert der Staat immer mehr und schreibt im Detail vor, was und wie zu erstellen und zu verwenden oder zu unterlassen ist?
§ Weshalb sind wir dem Zeitgeist der Mode so unterworfen?

Weshalb lassen wir das alles zu? Die Antwort ist ganz simpel: Weil wir schlicht und einfach zu faul sind, unseren Allerwertesten in Gang zu setzen.

Behörden

«Die Politik ist die Wissenschaft von der Freiheit: die Beherrschung des Menschen durch den Menschen, gleichviel hinter welchem Namen sie sich verbergen mag, ist Unterdrückung, die höchste Vollkommenheit der Gesellschaft findet sich in der Vereinigung von Ordnung und Anarchie.» *Pierre Joseph Proudhon (1809–1865), franz. Revolutionär*

Politik ist die «Kunst der Staatsverwaltung». Sie verfolgt die Durchsetzung bestimmter Ziele, besonders im staatlichen Bereich und bezüglich auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichteten Verhaltens von Individuen, Gruppen, Organisationen, Parteien, Klassen, Parlamenten und Regierungen. Aus der Interessenbestimmtheit ergibt sich der Kampfcharakter der Politik. Ihre Legitimation findet Politik in einem demokratischen System letztlich in der (stillen) Zustimmung (der Mehrheit) der Betroffenen, in totalitären Systemen wird sie aus der herrschenden Ideologie abgeleitet.

Nachdem bekannt ist, was der Menschheit blühen soll, ergibt sich daraus automatisch die Organisation des Staates und den Kampfcharakter der Politik.

Und weil das Recht von der Politik definiert wird, geht es schlussendlich darum, wie die Massen beherrscht werden sollen. Es ist nicht Absicht, die Völker herrschen zu lassen, sondern diese zu beherrschen. Recht ist nicht gerecht, sondern weil es so beschlossen wurde, nur damit es Babylon nutzt. Das werde ich Ihnen aufzeigen.

Politik, Parlamente und Regierungen

«Mit der Politik des kleineren Übels sind 6000 Jahre lang die grossen Übel gemacht worden.» *Lore Lorentz (1920-1994), deutsche Kabarettistin*

«Um seine Kinder braucht sich heutzutage niemand zu sorgen. Wenn sie zu nichts taugen, können sie noch immer in die Politik gehen.»
Michel Eyquem de Montaigne (1533-1593), franz. Schriftsteller und Philosoph

Nachdem der römische Politiker Cicero (106-43 v.u.Z.) schon zu seinen Lebzeiten vor der Regierungsform, in der alles der Macht von Mehrheiten unterworfen ist, gewarnt hatte, wurde die Regierungsform der Demokratie von Babylon sehr klug gewählt, erst recht, nachdem die Menschheit vom ursprünglichen Wissen bzw. von der Natur abgekoppelt und alles verdreht wurde.

Die Regierungsform mit den drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) entspricht ebenfalls dem klassischen herrschaftlichen Führungsdenken: Teile und herrsche. Dabei darf nicht vergessen werden, dass derjenige der teilt, auch immer herrschen wird.

Für jede Organisation und damit auch einen Staat, braucht es Leute, die zu beauftragen sind. In unserer «Demokratie» werden diese Leute aus dem Volk «gewählt». Damit Babylon nach wie vor die Macht im Staat behält, wird diesem «Wunsch» nachgeholfen. Zuerst ist einmal festzuhalten, dass es seit Babylons Zeiten immer geheime babylonische Organisationen gab, die die entsprechende Wühlarbeit leisteten. Wenn nun Wahlen anstehen, so weiss die Bevölkerung nicht, wer in diesen geheimen Organisationen aktiv ist. Das wissen nur die oberen Babylonier. Damit die Babylonier möglichst viele politische Mandate erhalten, wird die Portierung der Kandidaten durch die babylonischen Uni-

versalparteien entschieden; es wird also vorgesiebt. Diese babylonischen Kandidaten werden in der Regel gezielt aufgebaut und als «gut qualifiziert verkauft».

Auf diesem Wege ist es Babylon möglich, sämtliche wichtigen Schaltstellen der Macht mit Leuten zu besetzen, die den babylonischen Eid unter Morddrohung geleistet haben. Die höheren Babylonier werden zusätzlich mit «andern Massnahmen» unter Kontrolle gehalten, damit sie auch tatsächlich die vorgegebenen Aufträge umsetzen. Zu all dem kommt noch die Verblödung durch in der Schule erfolgte falsche Ausbildung und durch die Manipulation der Medien, womit das inszenierte «Theater» der Unterjochung der Menschheit seinen Lauf nimmt, das niemand erkennen will.

> *«Denn die Völker werden ebenso wie ihre Regierungen in den Geheimnissen unserer Politik für ewig unmündige Kinder bleiben.»* *Babylonisches Protokoll 15.28*

Genau hier setzt die Gewaltenteilung ein, indem nicht mehr wie früher, das höchste Organ des Staates, das Parlament als Vertreter des Volks, sämtliche Vorgänge und Geschäfte im Staat kontrollieren darf. Deshalb wurde in den 1950er Jahren das diesbezügliche Verfassungsrecht mit dem Artikel Amtsgeheimnis des Strafrechtes heimlich ausgehebelt. Das war nichts anderes als ein kalter Putsch. In Deutschland war es 1934 genau gleich, nur dass damals das Parlament die Kompetenzen vollständig an den babylonischen Führer Hitler abtrat. Das waren die Grundlagen für den Zweiten Weltkrieg. In der Schweiz führt das nicht direkt zum Weltkrieg, aber zumindest zum Bürgerkrieg, der vor der Türe steht. Mit diesem kalten Putsch, der niemand zur Kenntnis genommen hat und immer noch niemand zur Kenntnis nehmen will, wurde die Macht vom damals schon babylonischen Parlament endgültig auf Babylon übertragen. Jetzt ist es so, dass formell niemand mehr die Kompetenz hat, eine tiefgreifende sachliche Kontrolle vorzunehmen, denn alles wird unter das Amtsgeheimnis gestellt. Deshalb entscheiden die Babylonier in ihrem Sinne und die Nicht-Babylonier, sofern sie noch existieren, durchschauen das «Spiel», aus welchen Gründen auch immer, nicht.

Wenn nun Beschwerden über die Behördenwillkür an die verschiedenen Instanzen, insbesondere an die Regierung ergehen, so wird die Regierung diese Beschwerden abweisen, denn sie hat dafür zu sorgen, dass die babylonischen Ziele umgesetzt werden. Und wenn es in der Regierung noch Leute gäbe, die nicht babylonisch denken würden, so wird die Staatsverwaltung, deren Schlüsselstellen ebenfalls durch Babylonier besetzt sind und ebenfalls aus dem Netzwerk kontrolliert werden, dafür sorgen, dass die Beschwerden im Sinne von Babylon entschieden werden. Dann können sich, gemäss der Aussage des Erb-Babyloniers Napoleon, die autoritären Regierungen den Luxus leisten, zu schweigen. Als Diktator und Kaiser musste er es ja wissen. Aber das wird ja ausgerechnet auch in der Schweiz praktiziert, selbstverständlich mit dem Segen des Parlaments.

Deshalb konnte Theodore Roosevelt (1858-1919), der 26. Präsident der USA, in seinen Memoiren festhalten:

> *«Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Throne eine unsichtbare Regierung, die dem Volke keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, ist heute erste Aufgabe des Staatsmannes.»*

Theodore Roosevelt hat dagegen ebenfalls nichts unternommen. All jene, die sich gegen die Ziele von Babylon stellten, wurden aus dem Weg geräumt. Und deshalb konnte Franklin D. Roosevelt (1882-1945), der 32. Präsident der USA, schreiben:

> *«In der Politik geschieht nichts zufällig! Wenn etwas geschieht, kann man aber sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war!»*

Auch er wusste es, denn er war auch eine Marionette! Ihm wurde gesagt, was er zu tun hatte.

Naja, wenn man schon die Politik nicht versteht, sollte man nicht politisieren und dabei noch Verbrechen begehen!

> *«And how fitting that we gather here in Rome to celebrate the 50th anniversary of the Treaty of Rome. How fitting that here, in the heart of where European Civilization and the idea of public law emerged, we celebrate the success of the European 'empire of law'.»*[622]
> *«Und wie angebracht, dass wir uns hier in Rom versammeln, um den 50. Jahrestag des Vertrags von Rom zu feiern. Wie passend, dass wir hier, im Herzen der europäischen Zivilisation und der Idee des öffentlichen Rechts, den Erfolg des europäischen 'Gesetzesimperium' feiern.»* *José Manuel Durão Barroso (1956-)*
> *Präsident der Europäischen Kommission von 2004-2014,*
> *Malteser-Ritter und Kommunist. Heute ist er Berater bei Goldman Sachs.*

Die Natur kennt nur ein Gesetz: Es gibt kein Gesetz. Menschen, die mit der Natur leben, benötigen kein Gesetz. Wenn man aber ein Volk bzw. die Menschheit unterwerfen will, wie es von Babylon beabsichtigt ist, dann gibt es nur eines: Man muss, nachdem man sich zum Führer gemacht hat, Gesetze erlassen, auch wenn sie noch so unsinnig sind, und für all jene Strafen vorsehen, die das Gesetz nicht einhalten. Unter der Androhung von Strafen, werden sich fast alle den Gesetzen beugen. Aber je mehr Gesetze vorhanden sind, umso mehr werden sich die Völker beugen.

Obschon dieses Vorgehen offensichtlich Unrecht ist, haben wir es einmal mehr mit der Semantik zu tun, indem dieses Unrecht als Recht behauptet wird. Damit wird einmal mehr ersichtlich, wie alles verdreht wurde. Das ist auch die Begründung und die Legitimation, dass das Recht so sei, weil es so beschlossen wurde, weshalb es anzuwenden sei.

Das «religiöse Recht» wurde schon vor 2000 Jahren vom Sanhedrin, der obersten jüdischen religiösen und politischen Instanz, das gleichzeitig das oberste Gericht war, missbraucht, um die Reichen, also die Babylonier, zu bevorteilen. Aus der Bibel kann zudem entnommen werden, dass die Pharisäer schon damals betrogen haben. Die Pharisäer waren die juristischen Berater der Schriftgelehrten, die deren Absichten in Paragraphen umzusetzen hatten. Sie waren also Babylonier.

In England studierten die Landadeligen und die jüngeren Söhne der Landaristokratie Recht, weil Ländereien und Adelstitel nur der älteste Sohn erben konnte. Trotzdem blieben die jüngeren Söhne *immer noch Teil der landbesitzenden Klasse. Tatsächlich wurde diese Klasse gerade dadurch zur landbesitzenden, dass sie sich die Kontrolle über Richterstühle und Anwaltsstellen zu verschaffen wusste und dadurch in eine Position kam, in der sie alle Streitfälle über Eigentum an Grund und Boden zu ihren eigenen Gunsten entscheiden konnten. Die Kontrolle über die Gerichte und über das Parlament befähigte diese herrschende Gruppe von England, die Rechte der Bauern auf dem Lande zu übergehen, sie vom Land zu vertreiben, die offenen Felder des mittelalterlichen Systems einzuheben, denjenigen, die das Land bebauten, alle Herrschaftsrechte zu nehmen und sie auf die Position von rechtlosen Landarbeitern oder von Pächtern herabzudrücken. Diese immer weiter gehende Einhegung des Landes in England ermöglichte die agrikulturelle Revolution, entvölkerte die ländlichen Gebiete Englands in grossem Massstab und lieferte einen Bevölkerungsüberschuss für die Städte, für die Handels- und Militärmarine und für die Kolonisation in Übersee*.[623]

Ich habe genügend nachgewiesen, dass nach der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht die Behörden und Gerichte begonnen haben, willkürlich zu entscheiden. Zudem unterstelle ich ausgerechnet dem höchsten Schweizerischen Gericht, dem Bundesgericht, dass es Betrug legalisiere und dass seine Amtsberichte spätestens seit 1950 tatsachenwidrig sind. Aus meinem Konkurs ist belegt, dass Betrug am Laufmeter begangen wurde und die Babylonier dabei zulasten der Nicht-Babylonier bevorteilt wurden. Diese von den Behörden vorsätzlich organisierte Kriminalität steht in Einklang mit

---

622 "50 years of Europe: Honouring the past, inspiring the future". SPEECH/07/176 http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-07-176_en.htm?locale=en

623 Quigley Carroll, *Katastrophe und Hoffnung*, eine deutsche Übersetzung von "*Tragedy and Hope*" übersetzt und herausgegeben von Andreas Bracher, Perseus Verlag; 1. Auflage, 2006, 544 Seiten, ISBN 3907564421, Seite 91. E-Book in English: http://www.carrollquigley.net/pdf/Tragedy_and_Hope.pdf Quigley (1910-1977) war ein Jesuit.

dem Kommunistischen Manifest und ist daher babylonisch. Wenn Parlamente, Regierungen und Gerichte aller Stufen über meine Aufdeckung beharrlich schweigen, so bestätigt das deren autoritäre Macht, aber auch, dass sie im Dienste von Babylon stehen.

Ein weiterer Beweis ist, dass mit dem Beginn der Behördenwillkür die Anzahl der Anwälte sprunghaft angestiegen ist. Ab dieser Zeit wurde zudem alles «verrechtlicht», wie mein Vater das schon festgestellt, es aber Furgler, einem Mitglied der Bilderberger und des Clube of Rome, zugeschoben hatte. Damit wurde nicht nur eine neue und auf dem Buckel der Unterjochten sehr gut verdienende Branche geschaffen, womit das Unrecht noch vermehrt wurde, denn mit den neuen Gesetzen wurden die Bürger noch mehr unterdrückt, damit sie sich noch mehr beugen. Aber das ist selbstverständlich alles ganz im Rahmen der «Demokratie» von statten gegangen, die seit mehr als einem halben Jahrhundert auf dem Müllhaufen der Geschichte liegt.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass das staatliche Rechtswesen nicht nur völlig korrumpiert und zerrüttet, sondern zudem bis ins Mark durch und durch stinkfaul ist. Interessant ist auch, dass noch kein Jurist und keine Behörde zum Entschluss gekommen sind, dass meine Aufdeckung korrekt ist und stimmt.

> Fazit: Das staatliche Rechtswesen ist nicht nur völlig korrumpiert und zerrüttet, sondern zudem bis ins Mark durch und durch stinkfaul.

Nachdem bewiesen ist, dass die Richter nicht nur das Recht nicht verstehen, sondern auch noch Babylon unterstützen, lasse ich mir von ihnen nichts mehr vorschreiben, denn sie begehen mit jedem Mal, wenn sie das Maul öffnen, weitere Verbrechen.

Strafverfolgung – Staatsanwaltschaften / Polizei

Nachdem wir wissen, wie es in der Justiz im Allgemeinen zu und her geht, stehen die Strafverfolgungsbehörden in nichts nach. Aufgrund meiner Erfahrungen und Eindrücke funktioniert dieses System, bedingt durch den abgeschotteten Bereich der Ermittlungen, möglicherweise etwas anders als jenes der Gerichte.

Ich verfüge über drei Aussagen von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaften von drei Kantonen. Wenn auch nicht alle gleich ausgefallen sind, so decken sie sich in verblüffender Weise. Die eine Aussage ist, «mer müend äbe», was etwa gleichbedeutend ist mit, «wir müssen das tun, was uns befohlen wird». Eine andere Aussage ist, dass es den Staatsanwälten egal sei, was sie zu tun hätten; Hauptsache, sie behalten die (gut bezahlte) Arbeitsstelle.

Zwischen den Zeilen kann man daraus eindeutig herauslesen, dass in den Staatsanwaltschaften kriminelle Machenschaften herrschen, die von oben befohlen werden. Dieses Bild habe ich ebenfalls persönlich erfahren, nachdem ein Staatsanwalt das angezeigte Delikt bestätigt, nachher aber nichts unternimmt und schlussendlich die Ermittlung einstellt. Wenn er die Ermittlung aus eigener Überzeugung einstellen würde, hätte er mir im Vorfeld das Delikt nicht bestätigt. Deshalb war es nichts anderes als ein Hilfeschrei, dass etwas nicht stimmt! Da natürlich alles unter dem Amtsgeheimnis steht, darf natürlich niemand den Vorfall untersuchen und die vorgesetzten Stellen und Verantwortlichen behaupten, dass alles in Ordnung sei. Es wurde selbstverständlich nach pflichtgemässem Ermessen gehandelt!

> Fazit: Den Strafverfolgungsbehörden wird befohlen, was sie zu tun und unterlassen haben, weshalb sie sich nicht nach den Fakten orientieren dürfen.

Im Gerichtswesen, so behaupte ich, wenn auch nicht in jedem Fall, geht es zu und her, wie es in einem Internetartikel[624] aus Deutschland beschrieben wurde:

Eine Chefsekretärin eines Landgerichtspräsidenten geht zu ihrem Arzt schüttet ihm ihr Herz aus: 10 bis 14 Tage vor einem wichtigen Prozess werden die Akten bei der zuständigen Kammer besorgt. Dann studiert der Landgerichtspräsident die Akten und anschliessend kommt ein Herr Müller vom

[624] http://www.luebeck-kunterbunt.de/

Justizministerium und bespricht mit ihm alle Einzelheiten des kommenden Prozesses. Nach dieser Besprechung wird der Kammervorsitzenden der betreffenden Kammer zum Landgerichtspräsidenten vorgeladen. Und nun wird dem Kammervorsitzenden erklärt, wie der Prozess in allen Einzelheiten abzulaufen habe. Und das Erstaunliche ist, dass der Prozess tatsächlich haargenau so abläuft. Und nur noch so nebenbei: Der Herr Müller vom Justizministerium ist nicht dort beschäftigt.

> *«Die Justiz wird gelenkt, sagte Michael Bouteiller - ehemals Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und früherer Verwaltungsrichter.»*[624]

Bei der Polizei ist es nicht besser, sondern nur anders. Wenn ich mir dann die vielen Suizide anschaue, die in den Untersuchungsgefängnissen (sie unterstehen allerdings der kantonalen Direktion) verübt werden, so behaupte ich, dass diese nicht zufällig passieren. Bei wie vielen wurde nachgeholfen? Und wie steht es bei der sexuellen Ausbeutung von (hauptsächlich) Frauen in der Haft? Welche Staatsanwälte und Polizeioberen lassen sich von ihnen «bedienen»? Auch zu diesem Themenkomplex gibt es verschiedene Aussagen.

Wie kommt man da heraus?

Das ist ganz einfach, wenn Wille, Entschlusskraft und etwas Hirnschmalz vorhanden wäre. Aber von allem fehlt es den Schweizerinnen und Schweizer, egal wie viele Zertifikate ihre Wände schmücken.

Das grosse Problem besteht darin, dass

- viele Leute nicht bereit sind, die geschilderte Problematik zu akzeptieren. Sie sehen alles durch die rosarote Brille; sie sind konditioniert.
- viele Leute den Sachverhalt der parlamentarischen Oberaufsicht nicht verstehen oder verstehen wollen, d.h. sie sind keine Führer.
- viele Leute gar nicht in der Lage sind, den materiellen Umfang zu lesen und schon gar nicht zu verstehen. Das zeigt, wie verblödet die Gesellschaft ist.
- viele Leute, die das Manifest gelesen haben, nicht in der Lage sind, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Sie stehen quasi unter Schock und reagieren apathisch.
- es noch eine kleine Zahl von Leuten gibt, die den gesamten Zusammenhang noch verstehen. Aber diese Leute können sich bei den übrigen kein Gehör verschaffen, weshalb sie irgendwann resignieren. Soll doch alles den Bach herunter gespült werden!

Das Hauptproblem besteht aber darin, dass Politikerinnen und Politiker diese kriminellen Vorgänge nicht beseitigen wollen, weil sie jahrelang dazu beigetragen haben, egal ob aus Blödheit oder aus Vorsatz. Wenn sie diese staatlich organisierte Kriminalität eingestehen würden, so würden sie ihr Gesicht völlig verlieren, denn, ob sie es gerne hören oder nicht, es würde publik, dass sie im Minimum ungetreue Amtsführung begangen haben.

In einem ersten Schritt benötigen wir eine Person aus der Politik mit Autorität, auch wenn sie keine natürliche hat, aber zumindest so viel Rückgrat besitzt, öffentlich hin zustehen und bereit ist, mit der Vergangenheit zu brechen. Aber da sind wir weit davon entfernt, weil diese Leute nur das Spiegelbild der übrigen Gesellschaft sind. Wenn sich aus diesem Teil der Gesellschaft nicht innert kurzer Zeit jemand zur Verfügung stellt, so wird es mit der gesamten Gesellschaft sehr schnell «bergab» gehen und Teile davon werden gar in den «freien Fall» übergehen.

> 1. Schritt: Wir benötigen eine Person aus der Politik mit Autorität, auch wenn sie keine natürliche hat, die zumindest so viel Rückgrat besitzt, öffentlich hin zustehen und bereit ist, mit der Vergangenheit zu brechen. Wenn das nicht sofort passiert, ist die ganze Gesellschaft auf lange Zeiten unwiederbringlich verloren.

Der zweite Schritt ist jener der Verbreitung der Information und der Ausbildung. Auch wenn sich meine Gegner vielleicht etwas konzilianter verhalten werden als auch schon, so ist nicht davon auszugehen, dass diese Themen direkt von den Systemmedien übernommen werden, solange die politische Richtung nicht entschieden ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich das System vehement zur Wehr setzen. Diese Phase wird die Schwierigste sein.

Im 2. Schritt geht es um die Verbreitung der Information und der Ausbildung. Solange aber die politische Richtung nicht entschieden ist, werden diese Themen nicht automatisch von den Systemmedien übernommen werden, denn das babylonische System wird sich vehement zur Wehr setzen.

In einem 3. Schritt müssen die politischen Schlüsselstellen neu besetzt werden, weil einige Personen aufgrund der Vorgänge zum Rücktritt gezwungen werden. Erst wenn dieser Schritt vollzogen ist, kann mit dem Ausmisten des Augiasstalles begonnen werden. Das muss aber, bedingt durch die Hierarchie von Bund und Kantonen, zuerst auf Bundesebene und nachher bzw. parallel in den Kantonen erfolgen.

Den Augiasstall ausmisten wird nicht so einfach sein. Das habe ich in der Kurzfassung des ersten Manifestes[1, 625] bereits beschrieben. Entscheidend ist vor allem, dass das babylonische Netzwerk umgehend und vollständig erfasst sowie aus allen öffentlichen Institutionen ferngehalten wird, denn erst wenn letzteres vollständig erfolgt ist, kann man einigermassen sicher sein, dass nicht alle Planungen laufend verraten und unterlaufen werden.

Im 3. Schritt geht es darum, das babylonische Netzwerk zu erfassen und von allen öffentlichen Institutionen fernzuhalten.

Wenn wir einen richtigen Wechsel in der Weltanschauung (Paradigma) wollen, so ist es nicht damit getan, uns mit der Zurückholung der politischen Oberaufsicht zu begnügen und das Recht etwas zu korrigieren. Die Zurückeroberung der politischen Volksherrschaft ist zwingend verbunden mit weiteren Massnahmen. Wichtigster Punkt ist hier die Rückeroberung der finanziellen Herrschaft, die Herrschaft über das Geld und unsere Wirtschaft, die nicht so einfach sein wird, weil es grössere Verzahnungen mit dem Ausland gibt; aber es ist machbar. Weiter sind alle übrigen gesellschaftlichen Themen komplett zu überdenken und «Altes», sagen wir korrekterweise «Babylonisches», über Bord zu werfen.

Hauptveränderungen im Recht

In diesem Unterkapitel beschränke ich mich auf das Recht im Sinne der Staatsorganisation, weil ich mich nicht in Details verlieren will, deren Kompetenzen mir nicht zustehen.

Wenn wir die Volksherrschaft wieder einführen wollen, so bedeutet das, dass wir künftig selber entscheiden werden, was wir wollen und was wir nicht wollen. Das heisst, wir müssen zuerst eine Transparenz schaffen, damit wir alle Informationen zur Ausübung der Herrschaft über die Staatsverwaltung in Bund, Kanton und Gemeinde erhalten und damit auch über die Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei. Das heisst, das Amtsgeheimnis, mit dem alle Staatsverbrechen unter Verschluss gehalten werden, muss zwingend aufgehoben werden. Für jemand, der vollständig mit der Natur lebt, gibt es sowieso keine Geheimnisse, weil diesen Leuten nichts verborgen bleibt, denn ihr drittes, das geistige Auge sieht alles. Davor fürchten sich ja auch die selbsternannten Machthaber so sehr.

Fazit: Das Amtsgeheimnis muss zwingend aufgehoben werden.

Wenn wir unser eigener Herr und Meister sein wollen, so heisst das, dass wir nur fremdes Recht übernehmen, wenn wir ganz genau wissen, was auf uns zu kommt. Wir kaufen keine Katze mehr im Sack! Das heisst in jedem Fall zwingend, dass wir fremde Richter ablehnen.

Konkret bedeutet das, dass die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zwingend zu kündigen ist und zwar aus mehreren Gründen: Im Falle des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) ist es bewiesen, dass dieser völlig willkürlich über meine Beschwerde entschieden hat, um die babylonische Kriminalität in der Schweiz, aber auch in ganz Europa, weiterhin fest zu verankern. Aus geschichtlicher Perspektive ist die EMRK mit ihren Menschenrechten babylonisch und deren Tage sind noch gezählt, denn unter der Scharia, die in wenigen Jahren in Europa wüten wird wie früher die Inquisition, wird es erst recht kein Menschenrecht mehr geben. Dann herrscht nur noch die

625 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem_kurzfassung.pdf

blanke babylonische Willkür. Somit ist die Kündigung nur ein vorgezogener Schritt, der so oder so erfolgen wird. Weiter darf es keinen autonomen Nachvollzug des Rechts mehr geben, den fremde Organisationen im Alleingang entschieden haben, wie es beispielsweise mit der EU vereinbart wurde. Alle Verträge mit der UNO, der OECD, die Klimabkommen etc. müssen gekündigt werden, denn sie alle sind ein Mittel, die Menschheit zu unterwerfen.

Fazit: Wir lehnen nicht nur fremde Richter ab, sondern auch fremdes Recht, soweit es nicht im ausdrücklichen Einklang mit unseren Entscheiden steht. Wir lehnen einen autonomen Nachvollzug von fremdem Recht entschlossen ab; wir kaufen keine Katze mehr im Sack!

Die politischen Universalparteien sind zu zerstören, denn sie sind babylonisch. Freie Leute lassen sich nicht von Parteioberen vorschreiben, wie sie die verschiedenen Themen zu entscheiden haben. Deshalb muss es zu jedem Thema eine neue, nicht-babylonische Partei oder Bewegung geben.

Fazit: Die politisch-babylonischen Universalparteien sind zu zerstören.

Künftig brauchen wir Leute, die selbständig denken und handeln können und nicht nur das nachplappern, was ihnen die Lobbisten eingeflüstert haben. Deshalb müssen Kandidaten für die Parlamente und die Regierungen in der Lage sein, die tatsächlichen geschichtlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und philosophischen Zusammenhänge verstehen und erklären können, ansonsten sind sie nicht wahlfähig.

Den künftigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Bundesebene muss untersagt werden, parallel zu ihrem politischen Mandat weitere Arbeiten auszuüben. Wenn sie ihr Hauptmandat sach- und pflichtgemäss ausführen, sind sie mehr als ausgelastet. Weiter muss die Strafverschonung von Parlamentariern, Regierungen und Richtern sofort aufhören.

Gesellschaft

«Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse, in Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten. Überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.»

Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) zu Eckermann,
Mitglied bei den bayerischen Illuminaten

Ich habe bereits begründet, weshalb die Universitäten umgehend zu schliessen seien. Solange in den Universitäten, Hochschulen und anderen Schulen bis hinunter in den Kindergarten grundfalsche Sachverhalte erklärt werden, wird die Gesellschaft nicht genesen können. Das was die Universitäten aushecken, fliesst nachher in die Ausbildung der Lehrer und Studenten und weiter zu den Schülern. Deshalb ist es so wichtig, dass die Lügen und Märchen ab sofort nicht weiter erzählt werden.

Wenn wir eine freie und nicht eine indoktrinierte Gesellschaft haben wollen, muss jeder in der Lage sein, sich selbst zu orientieren und im Sinne der Natur zu entscheiden. Deshalb muss die Ausbildung in diese Richtung geleitet werden und damit weg vom babylonischen System, alles im Detail vorzuschreiben, damit nur Babylon profitiert. Aus diesem Grund hat beispielsweise ein Lehrplan 21 oder der Sexualkundeunterricht ab dem Kindergarten, wie das alles angedacht ist, ab sofort keinen Platz mehr im Unterricht.

Wenn ich vorgängig nur von den Universitäten, Hochschulen und anderen Schulen gesprochen habe, so betrifft das selbstverständlich nicht nur die Pädagogik und Didaktik, sondern generell alle Inhalte der übrigen Wissenschaftsdisziplinen, denn unser Irrsinn kann nur mit aufgrund ganzheitlichen Betrachtung beendet werden. Viele Veränderungen kann man nur richtig umsetzen, wenn auch das Wirtschaftswesen umgekrempelt wird. Beispielsweise ist es heute billiger, Brauchbares zu zerstören anstatt dieses wieder zu verwenden. Das ist zwar eine Frage des Geldes, aber solange die Arbeit billiger ist als das Material, werden wir zu viele Ressourcen verbrauchen. Aber das ist heute Programm. Das hat zur Folge, dass wir die Gesamtlohnkosten senken müssen, aber nicht indem die Löhne, insbesondere der Arbeiterschaft, gesenkt werden, sondern indem der administrative Aufwand und die Lohnnebenkosten reduziert werden.

Abschaffung der babylonischen Organisationen

Wenn wir eine freie Gesellschaft mit dem Wissen der Natur wollen, dann müssen wir zwingend alle babylonischen Organisationen zerstören, denn nur auf diesem Wege werden wir das Ziel der Freiheit erreichen.

Fazit: Alle babylonischen Organisationen müssen zwingend zerstört werden.

Das betrifft nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen, sondern auch die religiösen. Somit sind alle Religionen samt ihren Sekten zwingend zu verbieten bzw. zu zerstören, insbesondere Judentum, Christentum und Islam, aber auch die neue im Aufbau begriffene Weltreligion. Die ersteren beiden sind von Babylon bereits zur Zerstörung frei gegeben worden und der Rest wird noch folgen. Deshalb ist das kein revolutionärer Akt mehr, auch wenn es für viele so erscheint. Je schneller wir dieses Ziel erreichen, desto besser wird es uns ergehen.

Fazit: Alle Religionen samt ihren Sekten sind zwingend zu verbieten bzw. zu zerstören, insbesondere Judentum, Christentum und Islam, aber auch die neue im Aufbau begriffene Weltreligion.

Mit der Zerstörung der Religionen ist es aber noch nicht zu Ende, denn auch sämtliche babylonische Symbolik, die sich in unser Leben eingeschlichen hat, muss entfernt werden. Solange diese Symbolik, samt den verschiedenen Ritualen weiter praktiziert wird, wird das Babylon nach wie vor Kraft geben, weshalb es schwieriger werden wird, die Wende zu schaffen, vor allem, weil die Menschheit unheimlich träge ist.

Fazit: Sämtliche babylonische Symbolik und Rituale sind zu entfernen bzw. zu verbieten, denn sie geben nur Babylon Kraft und nicht einer freien Gesellschaft.

Persönliche Versicherung

Ich habe eigentlich keine Angst, dass ich wieder ernsthaft in Bedrängnis kommen könnte, obschon der Verdacht besteht, dass ich ab und zu Besuch erhalte, den ich aber noch nie gesehen habe. Das hat nichts mit Paranoia zu tun. Trotzdem möchte ich hier ausdrücklich festhalten, sollte mir etwas zustossen, so wäre das nicht «Zufall», sondern von Babylon organisiert. Ich habe mein Leben so im Griff, dass ich das ausdrücklich auch auf meine Gesundheit beziehen muss.

Eines Tages werden meine Aufdeckungen auch von der Politik und der Allgemeinheit akzeptiert werden, auch wenn es für das letzte Detail noch Generationen brauchen wird. Dann besteht der Verdacht, dass ich nicht mehr geschnitten werde, sondern dass man versucht, mich ins Rampenlicht zu ziehen. Letzteres werde ich konsequent verweigern, denn ich will meine Ruhe haben und nicht an jeder Ecke angequatscht werden. Ebenfalls will ich auf keinen Fall von Journalisten und Fotografen belagert werden. Journalisten aller Couleur werden eine Absage erhalten und wenn sie sich erdreisten, mich versuchen vor Ort zu nötigen, so werde ich ihnen eine Lektion in Form von ein paar Kilogramm «Haumiblau» (Hau mich blau) erteilen, in der Hoffnung, sie werden gescheiter. Sollten sich Fotografen erdreisten, von mir Fotos zu schiessen oder mich zu filmen und dieses Material sogar zu veröffentlichen, dann wird meine Geduld ganz bestimmt ein Ende haben. Dann werde ich den verantwortlichen Fotografen und die verantwortlichen Redaktoren recherchieren und alle zum Krüppel schlagen! Ich will nichts anderes als meine Ruhe. Und wenn dieses Bedürfnis mit Füssen getreten wird, nachdem ich seit Jahren auch diese Gilde ergebnislos um Berichterstattung angefragt habe, nun über Nacht einen Wirbel veranstalten will, so werde ich mich entschieden zur Wehr setzen. Dabei werde ich jede Verantwortung betreffend Schäden aller Art strikte ablehnen. Aus diesem Grund mache ich das im Voraus bekannt, dass alle wissen, welche Konsequenzen sie erwartet. Dann sind sie selber schuld, wenn sie provozieren.

Wenn ich im vorliegenden Manifest mit einzelnen Personen in Rang und Namen nicht zimperlich umgegangen bin, was Babylon mit mir ja auch nicht gemacht hat, so sind diese Vorwürfe nicht einfach so aus der Luft gegriffen, denn im Zusammenhang halten sie jeder sachlichen Kritik stand. Im Weiteren ist das Manifest so geschrieben, dass es auf persönlicher Ebene kaum Angriffsflächen bie-

tet. Daher wäre jeder rechtliche Angriff auf meine Person auch ein Angriff gegen eine freie Gesellschaft und somit ein Angriff aus böser Absicht. Um diese Angriffe zu erschweren und sie gleichzeitig zu «versüssen», geht jeder Angreifer automatisch die Bedingung ein, dass er mir jede so erzwungene Arbeitsstunde mit einem Kilogramm Silber vergütet; selbstverständlich zuzüglich Spesen. Und überhaupt lasse ich mir von Richtern und Staatsanwälten, nichts mehr vorschreiben, nachdem bewiesen ist, dass sie das Recht nicht verstehen und Babylon unterstützen.

Nachtrag 1:

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass ich meine persönliche Versicherung nicht nur auf die Gesundheit beziehe, sondern auch auf die Bereiche des Rechts, des sozialen Status sowie dem wirtschaftlichen Umfeld. Diese Versicherung für alle gesellschaftlichen Themen gilt nicht nur in der Schweiz, sondern ausdrücklich auch auf das gesamte Ausland. Die ersten Erfahrungen lehren mich, das Gebiet auszudehnen, denn Babylon herrscht bekanntlich nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit. Alles was mir nun auf dieser Welt zustossen wird, ist deshalb auf dieses kriminelle babylonisches Netzwerk zurückzuführen.

Nachdem ich aufgezeigt habe, dass das babylonische Netzwerk nachweislich für meine rechtliche Odyssee, die mit dem Konkurs und der Strafverfolgung seine Höhepunkte nahm, verantwortlich ist, so ist das gleiche Netzwerk interessiert, dass mein sozialer Status weiterhin gedrückt und das wirtschaftliche Fortkommen behindert wird.

Die Begründung dafür ist einfach, denn solange mein sozialer Status tief liegt, besteht die Chance, dass ich als Aussenseiter und «Nobody» ohne jegliche Reputation kaum Erfolge haben werde, meine Aufdeckungen an ein grösseres Publikum zu bringen. Das Problem wird dadurch verschärft, weil meine Aufdeckungen das gesamte Establishment in Frage stellen und somit das Augenmerk wieder auf das babylonische Netzwerk gerichtet würde. Es wird deshalb immer offensichtlicher, dass dieses Netzwerk überall seine Hände im Schmutz wäscht und die schwarzen Fäden zieht.

Ich werde jedoch alle meine Kräfte darauf ausrichten, dass meine Aufdeckungen öffentlich bekannt und akzeptiert werden. Der Same ist gesät und der Boden ist ausserordentlich fruchtbar, obschon er unglaublich steinig und mit völliger Ignoranz belegt ist. Somit steht einer Ernte nichts mehr entgehen. Deshalb muss sich Babylon bereits heute Gedanken darüber machen, wie es einmal reagieren will, wenn es mit leeren Händen dastehen wird, weil ihm sprichwörtlich die Felle davon schwammen. Je länger die Veränderung und Genesung dauern wird, je grösser wird der Zorn auf dieses kriminelle babylonische Netzwerk werden.